

Erfolg oder Misserfolg von internationalen Interventionen

Innovative Messmethoden und Fallstudien

Predrag Jureković und Walter Feichtinger (Hrsg.)

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie





Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Predrag Jureković und Walter Feichtinger (Hrsg.)

Erfolg oder Misserfolg von internationalen Interventionen

Innovative Messmethoden und Fallstudien

9/2019

Wien, Juni 2019

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Alle Rechte vorbehalten

Juni 2019

ISBN 978-3-903121-69-0

Druck:

ReproZ W
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Zusammenfassung	11
Abstract	13
Teil I – Einführung	15
Die Impact-Analyse: Eine Annäherung an die Problematik der „Erfolgsmessung“ im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement <i>Sebastian Holler, Predrag Jureković</i>	<i>17</i>
Teil II – Analyse-Tool.....	43
Analyse-Tool zur Impact-Messung des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements in idealtypischen Szenarien <i>Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement</i>	<i>45</i>
Teil III – Fallstudien.....	141
Fallstudie zum Basis-Szenario 1: Die OSZE-Mission in Georgien <i>Marius Calligaris</i>	<i>143</i>
Fallstudie zum Basis-Szenario 2: Die NATO-Luftoperation in Serbien/Kosovo 1999 <i>Michael Schmunk</i>	<i>157</i>
Fallstudie zum Basis-Szenario 3: Die Bekämpfung der Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien und Irak aus der Entsendestaatperspektive Frankreichs <i>Jasmin Rupp.....</i>	<i>187</i>
Fallstudie zum Basis-Szenario 4: Afghanistan unter den Taliban und der Regime-Change 2001 unter besonderer Berücksichtigung der Beteiligung Großbritanniens <i>Markus Gauster.....</i>	<i>245</i>

Fallstudie zum Basis-Szenario 5: Im falschen Konflikt? Deutschland und die Kurden <i>Walter Posch</i>	289
Fallstudie zum Basis-Szenario 6: Somalia 1991 <i>Gerald Hainz</i> l.....	317
Fallstudie zum Basis-Szenario 7: Die präventive Mission UNPREDEP in Mazedonien (1992/95–99): Eine Analyse im Kontext der schwedischen Beteiligung <i>Predrag Jureković</i>	325
Fallstudie zum Basis-Szenario 8: Friedensunterstützung in Bosnien und Herzegowina: Internationale und österreichische Beiträge (1996–2018) <i>Predrag Jureković</i>	347
Fallstudie zum Basis-Szenario 9: Donbass: Schnelle Antwort, aber keine Konfliktlösung durch die OSZE <i>Christoph Bilban, Hanna Grininger</i>	385
Fallstudie zum Basis-Szenario 10: Der Jom Kippur-Krieg 1973 aus dem Blickwinkel des Truppenstellers Österreich <i>Harald Müller</i>	413
Fallstudie zum Basis-Szenario 11: Der Einsatz der Stabilisierungsmission MINUSTAH nach dem Erdbeben in Haiti 2010 unter besonderer Berücksichtigung der Beteiligung Kanadas <i>Stefan Fink, Markus Gauster</i>	431
Fallstudie zum Basis-Szenario 12: Die Piraterie vor Somalia ab dem Jahr 2000 <i>Gerald Hainz</i> l.....	469

Teil IV – Annexe	479
Terminologie.....	481
Szenarien-Fallbeispiele aus dem Tool	484
Indizes und Konzepte	500
Abkürzungsverzeichnis.....	505
Autoren- und Herausgeberverzeichnis.....	515

Vorwort

Zwei Fragen dominieren die Diskussionen um die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (IKKM): Was hat es gebracht und wieviel hat es gekostet? Wie so oft ist es viel einfacher, diese banalen Fragen zu stellen als adäquate Antworten zu finden. Es ist auch irreführend, denn in den wenigsten Fällen sind die Umstände tatsächlich vergleichbar. Und trotzdem ist es sehr wichtig, zu tragbaren und validen Ergebnissen und Aussagen zu kommen. Allein deshalb, weil unrealistische Vorstellungen zu vollkommen überzogenen Erwartungen führen können, deren vorhersehbare Nichterfüllung Enttäuschung, Frustration, Ablehnung oder offenen Widerstand bewirken. Dieses Dilemma haben die Forscherinnen und Forscher des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) zum Anlass genommen, sich systematisch mit der Frage nach der Erfolgsmessung im IKKM auseinander zu setzen.

Die Herausforderung beginnt einmal damit, dass sich das IKKM äußerst vielfältig gestaltet und daher immer nur fallspezifische Erkenntnisse gewonnen werden können. Allerdings ist es möglich, ähnliche Rahmenbedingungen zu identifizieren und daraus einzelne Szenarien abzuleiten. Darin bestand der erste, methodisch entscheidende Schritt – die Festlegung von 12 Konfliktszenarien, die zwar Gemeinsamkeiten, aber doch auch substantielle Unterschiede aufweisen. Das ist von entscheidender Bedeutung, denn diese differenzierten Szenarien definieren die Möglichkeiten und auch Grenzen eines externen Engagements. Sie bestimmen auch die Auswahl der eingesetzten Mittel und ermöglichen Aussagen hinsichtlich erwartbarer Konsequenzen und Folgen. Anders ausgedrückt: durch ein Szenario sollte es möglich sein, die Erfolgchancen einer Intervention analytisch darzulegen.

Der zweite methodische Schritt, der dieses Werk von vielen anderen Analysen unterscheidet, besteht darin, die Auswirkungen des IKKM nicht ausschließlich an den Veränderungen in einem Einsatzraum zu messen, sondern den Betrachtungshorizont um zwei Dimensionen zu erweitern. Denn die Mitwirkung an internationalen Friedensbemühungen hat auch erhebliche Auswirkungen auf die wesentlichen Sicherheitsorganisationen wie etwa UNO, NATO oder EU und die teilnehmenden Staaten samt deren Instrumenten – wie z. B. die Streitkräfte. Das mag zu überraschenden Ergebnissen

führen, wenn bspw. die Ergebnisse vor Ort sehr dürftig ausfallen, aber die Lerneffekte in vielen Bereichen sehr hoch sind, wodurch folgende Engagements wesentlich besser bewältigt werden können. Selbstverständlich bleiben dabei die positiven oder negativen Veränderungen in einem Einsatzraum im Zentrum. Aber es ist von großem Wert, Aussagekraft in allen drei Kategorien zu haben.

In den Fallbeispielen haben nun die Forscherinnen und Forscher des IFK das in vielen Sitzungen aufwändig erarbeitete methodische Instrumentarium eingesetzt. Dabei hat sich gezeigt, dass für die 12 Szenarien taugliche Messinstrumente entwickelt wurden. Sie ermöglichen es, aktuelle Entwicklungen im analytischen Rahmen eines Referenzszenarios darzustellen und damit erste Einschätzungen vornehmen zu können. Während oder nach einem Engagement sollte es außerdem möglich sein, Evaluierungen über den Verlauf, den Fortschritt und die Folgen anzustellen. Der Mehrwert des Vorhabens besteht daher u. a. darin, neben rückblickenden Erkenntnissen auch vorausschauende Beurteilungen anstellen zu können.

Neben all diesen spezifischen Aspekten bietet der vorliegende Band eine exzellente Bestandsaufnahme vom institutionellen und individuellen Know-how am IFK. Die Zusammenführung des Wissens erfolgte durch die exzellente methodische Leitung des Balkanexperten Predrag Jureković. Es war den IFK-Angehörigen ein Anliegen, dieses anspruchsvolle Werk, das allen viel Aufmerksamkeit, Energie und auch Zeit abverlangt hat, zu einem präsentablen Abschluss zu bringen. Als Leiter der IFK bin ich sehr erfreut und auch stolz, dass uns das mit dem vorliegenden Band nunmehr gelungen ist. Dafür möchte ich mich bei allen Mitwirkenden und den externen Unterstützern ganz herzlich bedanken.

Wir stellen dieses Werk allen Interessierten, Beratern, Analytikern, Forschern und Wissbegierigen zur persönlichen Verwendung zur Verfügung. Es erhebt keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit. Allerdings sind wir davon überzeugt, damit einen kleinen Beitrag zur nachvollziehbaren und plausiblen Messung des IKKM geleistet zu haben.

Abschließend sei Eva Zeis und Christoph Bilban für die layouttechnische Gestaltung, Walter Rys für das Korrekturlesen der Beiträge und dem Institut für Militärisches Geowesen für die Zurverfügungstellung des ausgezeichneten Kartenmaterials gedankt.

Brigadier Dr. Walter Feichtinger
Leiter IFK

Zusammenfassung

Im Zentrum dieser Publikation steht ein vom IFK entwickeltes Analyse-Tool für das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement (IKKM) in zwölf konkreten und sicherheitspolitisch relevanten Konfliktszenarien. Es zielt darauf ab, sowohl den Friedens- und Konfliktforscher als auch den im Krisenfall Intervenierenden in unterschiedlichen Phasen analytisch zu unterstützen. Zu Beginn des internationalen Eingreifens kann das Analyseinstrument dazu beitragen, die speziellen Herausforderungen für das IKKM im konkreten Szenario besser zu verstehen. Während und am Ende des IKKM und danach können anhand spezifischer, an das konkrete Szenario angepasster Indikatoren erfolgreiche Handlungsfelder und Schwachstellen bei den internationalen Maßnahmen zur Friedensunterstützung identifiziert werden.

Dem „Analyse-Tool zur Impact-Messung des IKKM in idealtypischen Szenarien“ liegt folgende zentrale Fragestellung zugrunde: Welche Resultate muss das IKKM in einem konkreten Konfliktfall vorweisen, um im Sinne der Konfliktberuhigung/-lösung und Stärkung des internationalen Friedens als „erfolgreich“ betrachtet werden zu können?

Das Besondere am Analyse-Tool ist die innovative Methodik, welche die Multidimensionalität von Konflikten und Interventionen systematisch fassbar macht. Dies geschieht, indem die Wechselbeziehungen zwischen dem Einsatzgebiet und dem Entsendestaat sowie der Internationalen Organisation, in deren Rahmen der Entsendestaat agiert, sichtbar gemacht werden.

Zweifellos nimmt die Komplexität in den internationalen Beziehungen und damit auch im Rahmen des IKKM zu. Dies erhöht den Druck auf Analytiker wie auch politische Entscheidungsträger, die Mehrdimensionalität von Konflikten und Konfliktlösungsmechanismen besser erfassen zu können. Das „Analyse-Tool zur Impact-Messung des IKKM in idealtypischen Szenarien“ und die vorliegenden 12 Fallstudien sind als Beitrag dazu konzipiert.

Abstract

This publication provides an analytical tool for the International Crisis and Conflict Management (ICCM). The “Analytical Tool for Measuring the Impact of the ICCM in Ideal-Typical Scenarios” consists of twelve conflict scenarios, which were developed by the Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK). For each conflict scenario specific indicators were developed. The tool aims at supporting both researchers and practitioners in their analysis. It contributes to identifying challenges for the ICCM before an international intervention. Moreover, it also helps to identify the strong and weak points of international engagement during and after the intervention.

The publication seeks to address the following question: What achievements does the ICCM need to provide in a specific conflict in order to be regarded as “successful”? Success, in this context, is defined as contributing to the resolution of a conflict and strengthening international peace and security.

The developed tool provides an innovative method to reveal the multidimensional characteristic of conflicts and interventions in a systematic manner. This is realized through showcasing the interconnection between the sending state, the receiving state and international organizations.

The increasing complexity of international relations and thus in the scope of the ICCM is undoubted. This puts pressure on analysts and decision-makers to understand the multiple dimensions of conflicts and their resolution. The “Analytical Tool for Measuring the Impact of the ICCM in Ideal-Typical Scenarios” and the twelve case studies in this publication contribute to equipping researchers and practitioners with an useful tool to grasp complexities.

Teil I - Einführung

Die Impact-Analyse: Eine Annäherung an die Problematik der „Erfolgsmessung“ im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement

Sebastian Holler, Predrag Jureković

1 Projektidee und Ziel

Auf dem europäischen Kontinent wird seit der historischen Zäsur von 1990 und der Weiterentwicklung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Bedeutung der Konfliktprävention und sicherheitspolitischen Kooperation besonders betont. So gibt es im OSZE-Raum grundsätzlich ein politisches Bekenntnis dazu, auf Sicherheitsgefährdungen – auch jenseits der eigenen Grenzen – möglichst früh zu reagieren und auf der Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine kooperative Sicherheitsgemeinschaft zu etablieren. Der Weg zu diesem Ziel wurde in den vergangenen 30 Jahren neben Fortschritten auch immer wieder von politischen Rückschritten begleitet – zuletzt insbesondere durch die Verstärkung westlich-russischer Spannungen infolge des Konflikts in der Ukraine. Nach Ansicht des österreichischen Experten für internationale Sicherheit, Heinz Gärtner, hat sich in Europa trotzdem die Idee eines proaktiven Friedensengagements und der Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft fest verankert. Dazu gehört auch, die Ursachen von Instabilitäten in fragilen Staaten anzusprechen, die menschliches Leiden, aber auch globale Bedrohungen wie z. B. Terrorismus und religiösen Extremismus hervorrufen können.¹

Ein Ausdruck für dieses moderne Verständnis von der Überlappung äußerer und innerer Sicherheit ist das Dreisäulen-Modell in Bezug auf „Responsibility to Protect“ (R2P). Dieses humanitäre und sicherheitspolitische Konzept, das zwischen August 2006 und Jänner 2018 in über sechzig Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNO) einen zentralen Stellenwert gehabt hat, betont die Schutzverantwortung gegenüber Bevölkerungen in

¹ Vgl. Gärtner, Heinz: Schlusswort. In: Fenkart, Stephanie/Gärtner, Heinz/Swoboda, Hannes (Hrsg.): Gerechte Intervention? Zwischen Gewaltverbot und Schutzverantwortung. Studien zur Friedensforschung, 20/2017, Wien, S. 367–372, hier S. 367f.

Krisengebieten.² Diese Verantwortung obliegt zuallererst dem betroffenen Staat (erste Säule). Sollte er dazu nicht in der Lage sein oder sich seiner Verantwortung entziehen, sieht R2P diplomatische, politische und humanitäre Hilfe von internationaler Seite vor (zweite Säule). Als letzte Möglichkeit werden im Rahmen der dritten Säule auch robustere Interventionen, z. B. durch Anwendung militärischer Mittel, nicht ausgeschlossen, um schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern oder zumindest zu beenden. Die Durchsetzung von Menschenrechten in Krisen- und Konfliktgebieten steht in einem „traditionellen“ Gegensatz zum völkerrechtlichen Prinzip der staatlichen Souveränität.³ Deshalb sind militärische Interventionen nach geltender Völkerrechtsauffassung nur dann legal, wenn ihnen ein eindeutiges Mandat des UNO-Sicherheitsrats zugrunde liegt.⁴

Die Maßnahmen der zweiten und der dritten Säule des R2P-Konzepts sind die zentralen Handlungsfelder des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (IKKM). Das Institut für Friedensicherung und Konfliktmanagement (IFK) definiert das IKKM wie folgt:

„IKKM ist ein Sammelbegriff für Maßnahmen einer Staatengruppe oder einer internationalen Sicherheitsorganisation, die der Erhaltung oder Wiederherstellung der regionalen und internationalen Sicherheit und des Friedens dienen. *Konfliktmanagement* beschäftigt sich mit den tiefer liegenden Ursachen eines Konfliktes und zielt auf einen Ausgleich zwischen den Konfliktparteien ab. Dies gilt sowohl für Maßnahmen im Bereich der Konfliktprävention als auch der Konfliktnachsorge. *Krisenmanagement* versucht, eine gewaltsame Eskalation vor allem mit politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen oder militärischen Mitteln zu verhindern. Im Falle gewaltsamer Auseinandersetzungen zielt es auf die Beendigung der Kampfhandlungen und die Schaffung eines sicheren Umfelds ab.“

Im Zentrum dieser Publikation steht ein vom IFK zwischen 2015 und 2017 entwickeltes Analyse-Tool für das IKKM in zwölf konkreten und sicherheitspolitisch relevanten Konfliktszenarien. Es zielt darauf ab, sowohl den Friedens- und Konfliktforscher als auch den im Krisenfall operativ Involvierten analytisch zu unterstützen. Zu Beginn des internationalen

² Vgl. UN Security Council Resolutions and Presidential Statements Referencing R2P (22.1.2018). <<http://www.globalr2p.org/resources/335>>, abgerufen am 5.2.2018.

³ Vgl. Gärtner: Schlusswort, S. 368ff.

⁴ Vgl. Rezac, David: Militärische Intervention als Problem des Völkerrechts. Eine Untersuchung bewaffneten Eingreifens in innerstaatliche Konflikte anhand des Kosovo-Krieges. Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2002, Wien, S. 61.

Eingreifen kann das Analyseinstrument dazu beitragen, die speziellen Herausforderungen für das IKKM im konkreten Szenario besser zu verstehen. Während und am Ende des IKKM und danach können anhand spezifischer, an das konkrete Szenario angepasster Indikatoren⁵ erfolgreiche Handlungsfelder und Schwachstellen bei den internationalen Maßnahmen zur Friedensunterstützung identifiziert werden.

Die der „Impact-Analyse IKKM“ zugrundeliegende tiefere Fragestellung ist jedoch, welche Resultate das IKKM in einem konkreten Konfliktfall vorweisen muss, um im Sinne der Konfliktberuhigung/-lösung und Stärkung des internationalen Friedens als „erfolgreich“ betrachtet werden zu können. Welche Kriterien müssen dazu erfüllt werden? Und andererseits – unter welchen Bedingungen spricht man möglichst „objektivierbar“ von einem „Misserfolg“ im IKKM? Es ist klar, dass die völlige Objektivierbarkeit dieser schwierigen Fragestellung nur sehr schwer möglich ist, da aufgrund unterschiedlicher Perspektiven das Eingreifen in einen schwelenden oder eskalierenden Konflikt entweder als eher erfolgreich, oder auch als wenig erfolgreich beurteilt werden kann. Auch mit der in dieser Publikation vorgestellten und anhand von konkreten Fallbeispielen angewandten „Impact-Analyse IKKM“ wird die Objektivierbarkeitsproblematik⁶ sicherlich nicht vollständig gelöst werden. Aus der Sicht der IFK-Forscherinnen und -Forscher, die im Rahmen von insgesamt 29 Workshops in teilweise sehr mühseliger Kleinarbeit an der Konzipierung des Analyse-Tools mitgewirkt haben, ist aber damit zumindest eine Annäherung an die schwierige Frage der „Erfolgsmessung“ möglich.

Das Besondere an der „Impact-Analyse IKKM“ – genauer, was dieses Analyseinstrument von anderen Konzepten mit ähnlicher Fragestellung

⁵ In den Sozialwissenschaften sind Indikatoren (= Anzeiger) Messinstrumente, mit deren Hilfe erforscht werden soll, in welchem Ausmaß das zu untersuchende Phänomen in der sozialen Realität vorhanden ist. Vgl. Reinprecht, Christoph: Indikator. In: Chevron, Marie-France/Köpl, Regina/Payrhuber, Andrea/Reinprecht, Christoph: Grundlagen sozialwissenschaftlicher Methodologie. Empirische Forschung in den Sozialwissenschaften. <<http://www.univie.ac.at/sowi-online/esowi/cp/methodologiesowi/methodologiesowi-30.html>>, abgerufen am 13.2.2018.

⁶ Zur Problematik der Messbarkeit und Objektivierbarkeit in den Sozialwissenschaften siehe z. B. Kromrey, Helmut/Roose, Jochen/Strübing, Jörg: Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung (13. Auflage). Stuttgart 2016, S. 193–252.

unterscheidet – ist das Eingehen auf unterschiedliche Perspektiven in Bezug auf das IKKM in konkreten Konfliktszenarien. Im Speziellen wird im Rahmen des Tools zwischen drei verschiedenen Perspektiven unterschieden: Erstens, den Auswirkungen des IKKM auf das Konfliktgebiet bzw. den Konfliktgegenstand, als wichtigste Analyseperspektive; zweitens, der Perspektive der internationalen Organisation(en), die sich am IKKM beteiligen; sowie drittens, den relevanten Faktoren für den einzelnen Staat, der sich als externer Akteur am IKKM in einem Konfliktszenario beteiligt. Durch diesen multiperspektivischen Ansatz soll auch die möglicherweise kontroverielle Frage thematisiert werden, welche interessensgeleiteten Überlegungen bei Internationalen Organisationen und einzelnen Staaten – neben dem Bestreben der solidarischen Mitwirkung an der internationalen Friedenssicherung – im Kontext des IKKM noch von Bedeutung sein könnten. Letzteres führt zur Überlegung, dass es aus diesen beiden Perspektiven heraus auch spezielle Erfolgskriterien für das IKKM gibt, die mit den konkreten Auswirkungen des IKKM-Engagements auf die beteiligte(n) Internationale Organisation(en) und einzelne Entsendestaaten, die an der Mission teilnehmen, zusammenhängen

Gerade die Zunahme der politischen Spannungen und die neuerliche sicherheitspolitische Entfremdung zwischen westlichen Staaten und Russland hat verdeutlicht, dass der Weg zu einem konsensualen, globalen Verständnis von Friedensunterstützung und vom IKKM leider noch ein sehr langer sein wird. Sicherheitspolitik und das IKKM reflektieren natürlich auch politische Werthaltungen und können nicht wertneutral sein. Folgt man dieser Logik, spiegeln sich Werthaltungen auch in Analyseinstrumenten wie dem in dieser Publikation vorgestellten wider. Idealtypisch sind die in der „Impact-Analyse IKKM“ enthaltenen Indikatoren zur Evaluierung des IKKM auf Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) abgestimmt. Letztere beteiligen sich prinzipiell nur mit einem Mandat des UNO-Sicherheitsrates an „robusten“ militärischen Operationen.⁷ Neben bereits abgeschlossenen und laufenden

⁷ Ein Beispiel dafür wären die sog. European Union Battle Groups (EUBG), die der schnellen militärischen Krisenprävention und Krisenreaktion in potenziellen Krisenregionen dienen. Im Ernstfall sollen die EUBGs im Rahmen definierter Einsatzszenarien („erweiterte Petersberg-Aufgaben“) Rettungseinsätze, humanitäre Einsätze, friedenserhaltende Einsätze und Kampfeinsätze durchführen. Vgl. Barcikowska, Anna: EU Battlegroups ready to go? EUISS Brief Issue, 40/2013, Paris. Major, Claudia/Mölling, Christian: EU Battlegroups:

Missionen und Operationen unter EU-Kommando bildeten Beteiligungen am IKKM der UNO, des Nordatlantikpakts (NATO) und ihrer Partnership for Peace (PfP) sowie der OSZE den internationalen Rahmen für die Konzipierung des Analyse-Tools. Die Betonung der analytischen Verortung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ist der Nachvollziehbarkeit der Indikatorenauswahl geschuldet und sollte nicht pauschal als EU-Zentrismus oder Geringschätzung anderer sicherheitspolitischer Orientierungen interpretiert werden.

Vor der genaueren Erläuterung der Methodik der Toolgenerierung, des Aufbaus und der Anwendung der „Impact-Analyse IKKM“ soll zunächst anhand konkreter Beispiele beleuchtet werden, welche Zugänge internationale Institutionen, die UNO sowie andere Forscherinnen und Forscher außerhalb des IFK ausgewählt haben, um sich mit der komplexen Thematik der „Erfolgsmessung“ im IKKM auseinanderzusetzen.

2 Internationale Bedeutung des Themas der „Erfolgsmessung“ im IKKM

Eine tendenziell verstärkte internationale Zusammenarbeit im Rahmen des IKKM seit Ende des Zweiten Weltkriegs und die Vielzahl der darin involvierten Akteure haben zu einer breiten wissenschaftlichen Auseinandersetzung in diesem Feld geführt. Unzählige, sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Institutionen rund um den Globus verschreiben sich heute der Erforschung von Frieden, Konflikt und Krieg. Die Diversität der Institutionen hat zu einer Diversität in den Herangehensweisen und Zugängen geführt, wodurch das Forschungsfeld der Konfliktanalyse immens aufgefächert wurde.

Einige Institute fokussieren sich in ihren Ansätzen auf die Evaluierung von Konfliktrisiken in bestimmten Ländern oder Regionen, die meisten jedoch auf die strategische Planung für den Einsatz im IKKM. Daher beschäftigen sich auch die meisten Analyse-Tools mit der Analyse des Konflikts an sich, insbesondere für die Vorphase einer Intervention, um über die Art und Weise einer Intervention zu beraten bzw. überhaupt die Entscheidung für

What Contribution to European Defence? Progress and Prospects of European Rapid Response Forces. SWP Research Papers, 8/2011, Berlin, S. 10ff.

eine solche treffen zu können, oder aber es werden Richtlinien für ein erfolgreiches Peacekeeping bzw. Peacebuilding aufgestellt.

Der Bereich des formalisierten Impact Assessments stellt hingegen ein von der Forschung noch sehr wenig und zögerlich beachtetes Feld dar, wenngleich es seit den 1990er-Jahren ein verstärktes Bewusstsein dafür gibt, dass Interventionen auch negative Auswirkungen nach sich ziehen können und nicht unbedingt der Frieden das Endergebnis sein muss. Infolgedessen begannen Internationale Organisationen und Think Tanks Methoden des Impact Assessments zu entwickeln, was jedoch zu sehr unterschiedlichen Herangehensweisen geführt hat.⁸

Wie uneinheitlich, komplex und wenig erforscht das Feld des Impact Assessments ist, zeigen die Prinzipien und Richtlinien der UNO für Peacekeeping-Operationen, die als „Best Practices“ verfasst wurden und den gesamten Prozess der Planung, Implementierung, Durchführung und der Beendigung der Mission betreffen. Darin wird unter anderem festgehalten:

„There is no standard ‚check-list‘ of benchmarks applicable to all situations. The specific benchmarks used will differ from situation to situation, depending on the underlying causes of the conflict and the dynamics at play. They must be developed in close collaboration with the rest of the United Nations system, the national authorities, civil society, and other relevant stakeholders, taking into account the United Nations longer-term strategic goals. Care must be taken to identify appropriate benchmarks that reflect realm progress towards the consolidation of peace in the country. Indicators should not simply be measurements of international community inputs to a peace process, which may present an incomplete picture. [...]“⁹

So sieht die UNO keine Möglichkeit, die Komplexität der verschiedenen Konfliktszenarien gänzlich zu erfassen. Da in der Regel breit angelegte Konfliktinterventionen im Rahmen eines multilateralen Rahmens stattfinden – im häufigsten Fall unter UNO-Mandat – definierte die UNO dennoch sieben größere exemplarische Kategorien. Deren Untersuchung hält sie für

⁸ Vgl. DCAF-ISAAT: KOFF info sheet. Peace and Conflict Impact Assessment and Conflict Sensitivity. <<https://issat.dcaf.ch/Learn/Resource-Library2/Tools/KOFF-info-sheet-Peace-and-Conflict-Impact-Assessment-and-Conflict-Sensitivity>>, abgerufen am 23.2.2018.

⁹ United Nations: United Nations Peacekeeping Operations Principles and Guidelines (18.1.2008), S. 88. <<https://cc.unlb.org/UNSAS%20Documents/KEY%20DOCUMENTS/United%20Nations%20Peacekeeping%20Operations%20Principles%20and%20Guidelines.pdf>>, abgerufen am 23.2.2018.

potenziell bedeutend, um eine Mission als erfolgreich bewerten zu können, und damit einen Rückzug vom Engagement zu ermöglichen:

„[...] The absence of violent conflict and large-scale human rights abuses, and respect for women's and minority rights; Completion of the DDR [Anm.: Disarmament, Demobilization, Reintegration] of former combatants (male and female, adults and children) and progress in restoring or establishing responsible state institutions for security; The ability of the national armed forces and the national police to provide security and maintain public order with civilian oversight and respect for human rights; Progress towards the establishment of an independent and effective judiciary and corrections system; The restoration of State authority and the resumption of basic services throughout the country; The return or resettlement and reintegration of displaced persons with minimal internal disruption or conflict in the areas of return or resettlement; The successful formation of legitimate political institutions following the holding of free and fair elections where women and men have equal rights to vote and seek political office.“¹⁰

Diese Kriterien stellen unter Beweis, dass bei operativ beteiligten Akteuren in Bezug auf die Evaluierung der Auswirkungen ihres Engagements, trotz aller Schwierigkeiten der genauen Erfassung, ein großes Interesse an „Lessons Identified“ und „Lessons Learned“ besteht, da diese die Voraussetzung für künftige Einsätze darstellen.

Vonseiten verschiedener UNO-Mitgliedsstaaten wird steigendes Interesse an der Erfolgsmessung zuvor formulierter Missionsziele sowie an den Auswirkungen auf nationaler Ebene gezeigt. Dieser Umstand führte 2012 dazu, dass das United Nations Department of Peacekeeping Operations (DPKO)/Office of Rule of Law and Security Institutions (OROLSI) in Kooperation mit dem Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)¹¹ den Expertenworkshop „Measuring the Impact of Peacekeeping Missions on Rule of Law and Security Institutions“ durchführte.¹² Neben der Feststellung, dass bisher nur wenig in die Analyse von Auswirkungen eines Einsatzes investiert wurde, förderte der Workshop auch einige

¹⁰ Ebd., S. 88f.

¹¹ DCAF zählt zu den weltweit führenden internationalen Institutionen für Forschung und Beratung im Bereich der Sicherheitssektor-Reform und ist regelmäßiger Herausgeber von Handbüchern mit „Best Practice“-Anleitungen.

¹² Vgl. DCAF, OROLSI: Measuring the Impact of Peacekeeping Missions on Rule of Law and Security Institutions (12.3.2012). <https://www.dcaf.ch/sites/default/files/publications/documents/Workshop_Report_on_Measuring_Impact_10.05.12_2.pdf>, abgerufen am 23.2.2018, S. 5.

prinzipielle Probleme des Impact Assessments zu Tage, wie u. a. grundsätzlich fehlende finanzielle und personelle Ressourcen, mangelnde Zusammenarbeit zwischen einzelnen Akteuren und unterschiedliche institutionelle Kulturen. Die Experten des angesprochenen Workshops betonten aber, dass ein einheitlicher Impact-Assessment-Ansatz höchst wünschenswert wäre, um vorhandene Ressourcen zu bündeln und die Koordinierung zu verbessern.¹³ Ein solches einheitliches Analysekonzept blieb bislang aber Zukunftsmusik.

Im Folgenden soll daher, erstens, exemplarisch auf ausgewählte Institutionen und ihre Ansätze des Impact Assessments näher eingegangen werden, wobei hier nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann. An dieser Stelle sei Vincenza Scherrers 2012 von DCAF veröffentlichte Publikation „Measuring the Impact of Peacebuilding Interventions on the Rule of Law and Security Institutions“¹⁴ empfohlen, die eine exzellente Aufarbeitung des Diskurses über Friedensunterstützung und seiner Entwicklung sowie der bisherigen Konzepte bietet. Zweitens soll eine Brücke zu der in dieser Publikation vorgestellten „Impact-Analyse IKKM“ geschlagen und dabei thematisiert werden, welche zusätzlichen Anregungen diese Methode in den Diskurs über das IKKM einbringen kann.

3 Beispiele für Analyse-Tools im internationalen Rahmen

Die Europäische Union hat 2000 die „EU Checklist for Root Causes of Conflict“ erstellt, die einerseits der Frühwarnung für drohende Konflikte dient und andererseits dabei hilft, die strategische Agenda für den Umgang mit dem Konflikt zu planen. Insgesamt wurden acht „Root Causes“ identifiziert, mit jeweils einer Handvoll Fragen, die wiederum mithilfe einiger Subfragen beantwortet werden können. Die acht „Root Causes“ sind staatliche Legitimität, Rechtsstaatlichkeit, Respektierung der Grundrechte, Freiheit der Zivilgesellschaft und der Medien, Beziehung zwischen Gemeinden und Konfliktlösungsmechanismen, solides Wirtschaftsmanagement, soziale und

¹³ Ebd., S. 3f.

¹⁴ Scherrer, Vincenza: Measuring the Impact of Peacebuilding Interventions on the Rule of Law and Security Institutions, DCAF SSR Paper 6 (2012). <<https://www.dcaf.ch/sites/default/files/publications/documents/SSR%20Paper%206%20ONLINE%20VERSION.pdf>>, abgerufen am 23.2.2018.

regionale Ungleichheit, sowie die geopolitische Situation.¹⁵ Der „Root Causes“-Ansatz der EU zielt in der Analyse zwar auf die absolute Vorphase eines Konfliktes ab, liefert aber damit gleichzeitig wichtige Anhaltspunkte, die für eine Intervention wichtig sein können, damit ein erneutes Gewaltaufflammen verhindert wird.

Im Jahr 2002 hat die Conflict Prevention and Reconstruction Unit (CPR) der Weltbank das Conflict Analysis Framework (CAF) entwickelt, um geldgebende Organisationen bei der Formulierung ihrer Entwicklungsstrategien und -programme zu unterstützen. Im CAF werden Problem- und Risikobereiche mittels Faktoren aufgeschlüsselt, deren negative Ausprägungen Armut und gewaltsame Konflikte befördern können.¹⁶ Die sechs Variablen soziale und ethnische Beziehungen, Governance und politische Institutionen, Menschenrechte und Sicherheit, Wirtschaftsstruktur und -leistung, Umwelt und natürliche Ressourcen sowie äußere Faktoren werden dazu entlang der Dimensionen Verlauf/Veränderungen, Dynamiken/Trends, Öffentliche Wahrnehmungen, Politisierung, Organisation, Verbindung zum Konflikt und seiner Intensität sowie Verbindung zur Armut analysiert.¹⁷ Ziel der CAF-Analyse ist es, Konfliktpotenziale zu identifizieren und nicht zum Konfliktausbruch, seiner Verschlimmerung oder dem Wiederaufleben des Konfliktes beizutragen, sondern im besten Fall die Potenziale sogar zu minimieren.¹⁸ Das CAF ist somit ein präventives Instrument für die Planungsanalyse.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat 2008 im Dokument „Guidance on Evaluating Conflict Prevention and Peacebuilding Activities: Working draft for application period“, basierend auf verschiedenen Quellen, folgende vier, für die Konfliktprävention

¹⁵ Vgl. European Union: Checklist for Root Causes of Conflict (2000). <http://peacebuildingcentre.com/pbc_documents/EU_Checklist_for_Root_Causes_of_Conflict_merged.pdf>, abgerufen am 23.2.2018, S. 1–4.

¹⁶ Vgl. World Bank – Conflict Prevention and Reconstruction Unit: The Conflict Analysis Framework (CAF). Identifying Conflict-Related Obstacles to Development, Dissemination Notes 5 (2002). <<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/11335/multi0page.pdf?sequence=1&isAllowed=y>>, abgerufen am 23.2.2018.

¹⁷ Vgl. Conflict Sensitivity Consortium: Conflict Analysis Framework (8.5.2015). <http://local.conflictsensitivity.org/other_publication/conflict-analysis-framework/>, abgerufen am 23.2.2018.

¹⁸ Vgl. World Bank – Conflict Prevention and Reconstruction Unit: The Conflict Analysis Framework (CAF). hier: S. 1.

bzw. das Peacebuilding entscheidenden Kategorien, mit den jeweiligen Unterkategorien und notwendigen Aktivitäten identifiziert: Sozio-ökonomische Entwicklung, Good Governance, Reform der Justiz- und Sicherheitsinstitutionen sowie eine Kultur der Gerechtigkeit, Wahrheit und Versöhnung. Der Erfolg bzw. Nicht-Erfolg einer auf dieser Basis gestützten Intervention kann schließlich entlang mehrerer Kriterien evaluiert werden: Relevanz der Interventionsart für den Konflikt, Effektivität der Intervention, (intendierte/unintendierte) positive und negative Auswirkungen der Intervention, Nachhaltigkeit der Intervention, effiziente Nutzung der ökonomischen Ressourcen, Kohärenz mit dem politischen Gesamtkonzept, Verknüpfung der verschiedenen Ebenen und Sektoren, Behandlung der konfliktrelevanten Bereiche sowie die Übereinstimmung mit moralisch begründeten Zielen.¹⁹

Das United Nations Development Programme (UNDP) publizierte 2009 den Beitrag „How To Guide: Monitoring and Evaluation for DDR Programmes“. Darin wird mit dem DDR sehr spezifisch auf einen oft reflektierten Teilaspekt von Interventionen eingegangen. Das Monitoring und die Evaluierung (M&E) von DDR-Programmen haben einen unmittelbaren und wichtigen praktischen Nutzen für die Verbesserung derartiger Programme. Deswegen versucht der Guide, die M&E-Implementierung in die DDR-Programme mit einfachen Schritten zu fördern.²⁰ Das UNDP wendet dafür Ergebnisketten nach dem Muster „Output – Outcome – Impact“ an, mithilfe derer schließlich der Impact von DDR-Programmen festgestellt werden kann.²¹

Ebenfalls 2009 hat das United States Institute for Peace zusammen mit dem United States Army Peacekeeping and Stability Operations Institute die „Guiding Principles for Stabilization and Reconstruction“ herausgegeben. Darin werden folgende fünf anzustrebende „End States“ für Peacebuilding-Missionen aufgestellt: sicheres Umfeld, Rechtsstaatlichkeit, stabiles Regierungssystem, nachhaltige Wirtschaft, sozialer Wohlstand. Diese fünf Bereiche werden jeweils wieder in fünf Unterbereiche aufgesplittet, die jeweils mittels

¹⁹ Vgl. OECD: Guidance on Evaluating Conflict Prevention and Peacebuilding Activities. <<https://www.oecd.org/dac/evaluation/dcdndep/39774573.pdf>>, abgerufen am 23.2.2018, S. 39–45.

²⁰ Vgl. UNDP: How To Guide. Monitoring and Evaluation for DDR Programmes (2009), S. v. <http://www.undp.org/content/dam/undp/documents/cpr/documents/ddr/ddr_how_to_guide.pdf>, abgerufen am 23.2.2018.

²¹ Ebd., S. 9–15.

einer unterschiedlichen Anzahl an Indikatoren untersucht werden können. Die Anwendung der Indikatoren führt zu Aussagen über die erfolgreiche oder misslungene Implementierung des jeweiligen „End State“. ²²

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) CDA aus Cambridge, im US-Bundesstaat Massachusetts, entwickelte mit dem „Do No Harm Program“ ein Analyse-Tool für verschiedene Organisationen im IKKM-Bereich, um den Einfluss ihrer Hilfsprogramme auf den Konflikt zu eruieren, da Hilfsleistungen aufgrund des externen Eingreifens auf einer Seite selten politisch neutral sind und sich sogar negativ auf den Konflikt auswirken können. Die Analyse ist fokussiert auf die „dividers and sources of tensions between groups“, die „connectors across subgroups and Local Capacities for Peace“, die Hilfsprogramme selbst sowie auf deren Auswirkungen auf die „dividers“ und die „connectors“. Daraus sollen schließlich notwendige Änderungen abgeleitet werden, damit die Hilfsprogramme keinen Schaden anrichten („Do No Harm“). ²³

Die Hilfsorganisation CARE entwickelte mit dem „Benefits and Harms Handbook“ einen methodischen Ansatz, um zu analysieren, welche positiven oder negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte durch die Entwicklungszusammenarbeit auf Projektebene entstehen. Das Handbuch beinhaltet drei verschiedene Arten von Analyse-Tools: „Profile Tools“ für die Analyse des Einsatzkontexts; „Impact Tools“, um unerwarteten Auswirkungen des Einsatzes vorbeugen zu können; und „Decision Tools“ zur Entscheidungsfindung mit dem geringstmöglichen Schaden. Thematisch behandeln die Tools die drei Kategorien politische Rechte (u. a. Rechtssicherheit, Meinungsfreiheit, politische Partizipation), der rechtliche Kontext menschlicher Sicherheit (u. a. Recht auf Leben, persönliche Sicherheit, Schutz vor

²² Vgl. United States Institute of Peace, United States Army Peacekeeping and Stability Operations Institute: Guiding Principles for Stabilization and Reconstruction (2009). <https://www.usip.org/sites/default/files/guiding_principles_full.pdf>, abgerufen am 23.2.2018, S. 8f.

²³ Vgl. Conflict Sensitivity Consortium: Do No Harm / Local Capacities for Peace (15.5.2015). <http://local.conflictsensitivity.org/other_publication/do-no-harm-local-capacities-for-peace-project/>, abgerufen am 23.2.2018.

willkürlicher Verhaftung) sowie soziale und kulturelle Rechte (u. a. Recht auf Ernährungssicherheit, Wasser, Bildung, Gesundheit).²⁴

Das International Network on Conflict and Fragility (INCAF) entwickelte sich seit 1997 auf Initiative von Mitgliedern der Conflict, Peace, and Development Task Force des Development Assistance Committee der OECD. Ziel des Netzwerks ist die Förderung des Wissens- und Erfahrungsaustausches im Peacebuilding-Bereich und die Schaffung eines Konfliktbewusstseins bei den Mitarbeitern von Geber- und Entwicklungsorganisationen. Im Rahmen des INCAF veröffentlichte die NGO Peacebuilding Centre aus Kanada 2013 den bereits vierten Band des „Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA) Handbook“, als ein analytisches Projektplanungstool, mit dessen Hilfe das Entwicklungsengagement als Minimalziel zumindest keinen Schaden anrichten und im optimalsten Fall einen positiven Effekt auf die Konfliktdynamik ausüben soll.²⁵ Das PCIA Handbook orientiert sich dabei methodisch am CARE „Benefits and Harms Handbook“ und dessen drei Toolkits (Profile, Impact, Decision). In die Toolkits werden u. a. bereits hier besprochene Tools, wie die „EU Checklist for Root Causes of Conflict“, das „Conflict Analysis Framework“ der Weltbank oder auch das „Benefits and Harms Handbook“ integriert und somit in einem größeren Rahmen zusammengefasst. Die Impact Tools des „PCIA Handbook“ orientieren sich ebenfalls an CARE und werden entlang der drei Kategorien „Political Impact“, „Economic, Social, Cultural Impact“ und „Security Impact“ mit sowohl qualitativ- als auch quantitativ-tabellarischen Fragestellungen angewandt.²⁶

Das DPKO/Office of Rule of Law and Security Institutions entwickelte für die kohärente Planung von UNO-Missionen das „Planning Toolkit“, welches 2012 veröffentlicht wurde. Neben Komponenten, die sich auf die Projektplanung beziehen, bietet das Toolkit sechs tabellarische Listen mit exemplarischen Indikatoren für die Evaluierung gesetzter Missionsziele. Diese beinhalten sowohl qualitative als auch quantitative Fragen, die, je nach

²⁴ Vgl. Conflict Sensitivity Consortium: Benefits / Harms Handbook (8.5.2015). <http://local.conflictsensitivity.org/other_publication/benefits-harms-handbook/>, abgerufen am 23.2.2018.

²⁵ Vgl. Peacebuilding Centre: Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA) Handbook, Version 4 (2013), Introduction. <<https://reliefweb.int/report/world/peace-and-conflict-impact-assessment-pcia-handbook-version-4-2013>>, abgerufen am 23.2.2018.

²⁶ Vgl. ebd.

Bedarf, zu verschiedenen Zeithorizonten des Konflikts bzw. der Mission, von Analysten herangezogen werden können. Die exemplarischen Listen umfassen Indikatoren zur Bewertung des IKKM in Bezug auf Querschnittsthemen, Polizei und Gesetzesvollzug, Justiz, Strafvollzug, DDR und den Umgang mit Minen. Es wird dezidiert im Toolkit darauf verwiesen, dass die Indikatoren nur als Beispiele dienen können und je nach Konfliktsituation und -kontext individuell „zugeschneidert“ werden müssen. Darüber hinaus weisen die Autoren darauf hin, dass die Indikatorenlisten als „work in progress“ zu verstehen sind und zukünftigen Veränderungen unterliegen können.²⁷ Das „Planning Toolkit“ stellt dennoch in Bezug auf die Missionsplanung und -evaluierung im Bereich der Internationalen Organisationen den bisher umfassendsten systematischen Ansatz dar.

4 Positionierung der „Impact-Analyse IKKM“ des IFK in der Forschungslandschaft

Durch diese kurze Zusammenschau werden bestimmte wiederkehrende Themenschwerpunkte bei den einzelnen Tools erkennbar. Alle Ansätze basieren methodisch auf einem Kategoriensystem, das in mehrere Subkategorien bzw. -fragen untergliedert wird. Diese bleiben jedoch zumeist nur vage formuliert und lassen dem Analysten breiten Spielraum für qualitative Aussagen. Das „Planning Toolkit“ der UNO und das „PCIA Handbook“ bieten in ihrer methodischen Herangehensweise mit qualitativen und quantitativen Fragen hier eine Ausnahme. Ähnlich versucht auch die „Impact-Analyse IKKM“ in ihren Kategorien mit spezifischen Indikatoren den Blick auf konkrete, detaillierte Aspekte zu lenken und ermöglicht im Weiteren eine standardisierte Beantwortung der Kategorien durch derartige Fragestellungen.

In ihren initialen Zielen unterscheiden sich die Impact Assessment Tools doch deutlich voneinander. Steht für die einen die effizientere Verwendung von finanziellen und materiellen Ressourcen im Mittelpunkt, um ein bestimmtes gewünschtes Endziel zu erreichen, ist für andere vorrangig die reflexive Beurteilung ihrer eigenen Rolle als intervenierender Akteur innerhalb der Konfliktdynamik von Bedeutung. So gibt es Tools, die aktiv gestalten

²⁷ Vgl. United Nations: Planning Toolkit (2012). <http://www.un.org/en/peacekeeping/publications/Planning%20Toolkit_Web%20Version.pdf>, abgerufen am 23.2.2018, S. 108–142.

wollen und andere, die aktiv Schaden vermeiden wollen. Diese Ambivalenz spiegelt sich besonders im zeitlichen Untersuchungshorizont der verschiedenen Tools wider. Während die Mehrzahl der Tools die Evaluierung der möglichen Einflusswirkung in der Vorphase des Konflikts bzw. der Intervention entlang einer anzustrebenden „Best Practice“ formuliert, sind nur wenige Tools wirklich darauf ausgerichtet, in der Spät- bzw. Endphase eines Konfliktes eingesetzt zu werden. Wie bereits erwähnt, liegt dem ein Mangel an Ressourcen zugrunde. Die Ausnahme bildet hier das „Planning Toolkit“, welches den gesamten Zeitraum von der Missionsplanung bis zur Evaluierung abzudecken versucht. Die „Impact-Analyse IKKM“ ist für den gesamten Zeitraum einer Intervention als Analyse-Tool einsetzbar und unterscheidet sich dadurch von den meisten anderen Analyseinstrumenten. Im Rahmen der „Impact-Analyse IKKM“ wurden auch Indikatoren identifiziert, die nicht nur mit reinem Insider- und Vor-Ort-Spezialwissen beantwortbar sind. Damit wird das Feld des Impact Assessments auch für eine breitere wissenschaftliche Öffentlichkeit zugänglich gemacht und nicht nur für die unmittelbar an der Intervention beteiligten Institutionen und Organisationen. Das primäre Ziel der „Impact-Analyse IKKM“ ist die Evaluierung der Konfliktentwicklung/Konflikttransformation durch die Intervention. Dadurch können – je nach positiver oder negativer Entwicklung – auch Aussagen über den Erfolg oder die Schwachstellen des IKKM getroffen und auch „Lessons Identified“ bzw. „Lessons Learned“ als Basis für die Planung zukünftiger Missionen herangezogen werden.

Thematisch ähneln sich die Kategorien der untersuchten Tools sehr stark und greifen, wenn auch in leicht unterschiedlicher Form und mit Ausnahmen, inhaltlich auf die grob umrissenen vier Themenkomplexe Sicherheit, Ökonomie, Politik sowie soziale Ungleichheit zurück. Auch die „Impact-Analyse IKKM“ inkludiert diese Bereiche in ihr Analyse-Setting. Zusätzlich werden aber auch Kategorien evaluiert, deren Relevanz aus den „Rückwirkungen“ des friedensunterstützenden Einsatzes auf den Entsendestaat und die beteiligten Internationalen Organisationen resultiert. Die Berücksichtigung dieser Mehrdimensionalität findet sich auch nicht im „Planning Tool“ der UNO wieder. Damit betritt die „Impact-Analyse IKKM“ hier Neuland und stellt den ersten methodischen Versuch dar, die Multidimensionalität von Konflikten und Interventionen systematisch fassbar zu machen. Dies geschieht, indem die Wechselbeziehungen zwischen dem Zielgebiet und dem

Entsendestaats bzw. der Internationalen Organisation, in deren Rahmen jener eventuell agiert, sichtbar gemacht werden.

Diese Methode identifiziert aber nicht nur verschiedene Akteurs-Dimensionen, sondern auch Konflikttypen. Anhand von zwölf Konfliktszenarien, die sich u. a. in Bezug auf Akteure, rechtliche Situationen, Gefährdungstypen und dadurch in den Anforderungen an das IKKM unterscheiden, können konfliktspezifische Aussagen getroffen und unterschiedliche Herausforderungen im IKKM miteinander verglichen werden. Derartige Anregungen finden sich bisher ebenfalls nicht im „Planning Toolkit“.

Die „Impact-Analyse IKKM“ versucht, mithilfe von spezifischen Indikatoren die Ausprägungen der Konfliktsituation vor und nach der Intervention miteinander zu vergleichen. Eine solche Vorgehensweise soll gewährleisten, dass substantielle Aussagen über die Auswirkungen der Intervention auf das Konfliktgebiet möglich werden.

5 Toolgenerierung – Methodik und Herausforderungen

Für die Generierung der „Impact-Analyse IKKM“ wurden von März 2015 bis November 2017 am IFK insgesamt 29 Workshops durchgeführt, an denen die permanenten Forscherinnen und Forscher des IFK sowie Gastforscher/innen und Forschungspraktikant(inn)en teilgenommen haben.²⁸ In zwei zusätzlichen Workshops wurden Teilergebnisse durch externe, dem IFK nahestehende Experten für das IKKM kritisch reflektiert.

Die erste wesentliche Herausforderung bestand darin, verschiedene Konfliktszenarien festzulegen, die als Einsatzszenarien für das IKKM fungieren und auf die sich die „Messindikatoren“ beziehen würden. Für die Auswahl der Konfliktszenarien waren folgende Kriterien von Bedeutung: a) Die Konfliktszenarien sollten möglichst realitätsbezogen und sicherheitspolitisch

²⁸ Die Workshops wurden vom IFK-Institutsleiter Walter Feichtinger und vom IFK-Forscher Predrag Jureković koordiniert. Von den permanenten IFK-Forscherinnen und -Forschern nahmen (in alphabetischer Reihenfolge) folgende Personen teil: Anton Dengg, Markus Gauster, Gerald Hainzl, Harald Müller, Werner Pack, Walter Posch und Jasmina Rupp. Aus dem Kreis der Gastforscher/innen und Forschungspraktikant(inn)en waren es (ebenfalls in alphabetischer Reihenfolge): Christoph Bilban, David Fussi, Hanna Grininger, Sebastian Holler, Anna Rass, Christian Steppan und Michael Zinkanell.

relevant sein. b) Es sollte aber vermieden werden, ausschließlich militärische/polizeiliche Einsatzszenarien zu modellieren. Stattdessen sollte das IKKM durch die Konfliktszenarien als Herausforderung im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs verortet werden.²⁹ c) Des Weiteren sollten unterschiedliche Konfliktphasen/Eskalationsstufen, Konfliktursachen/Konfliktbedingungen und unterschiedliche Konfliktakteure durch die Konfliktszenarien abgebildet werden können. d) Dies hat zur Folge, dass sich daraus Einsatzszenarien im Rahmen des IKKM ergeben, die sehr unterschiedliche Ambitionsniveaus der im IKKM engagierten Akteure aufweisen. So kann das unterschiedliche Spektrum im IKKM von Konfliktprävention über die Eindämmung und Beendigung von gewaltsamen Konflikten bis hin zur Stabilisierung und Konsolidierung von Nachkriegsordnungen reichen. Was als erfolgreiches oder weniger erfolgreiches IKKM bewertet wird, hängt deshalb sehr maßgeblich vom Ambitionsniveau der jeweiligen zivilen und militärischen IKKM-Akteure im Kontext von speziellen Einsatzszenarien ab. Während in einem Fall – bei geringerem Ambitionsniveau – schon die Unterstützung der Konfliktparteien bei der Durchsetzung einer stabilen Waffenruhe als „Erfolg“ des IKKM bewertet werden kann, stellt eine solche in einem anderen Einsatzszenario, das auf die langfristige Konsolidierung des Friedens abzielt, überhaupt erst die Grundvoraussetzung für substantiellere IKKM-Aktivitäten dar.

Folgende zwölf Konfliktszenarien wurden vom IFK als analytischer Rahmen für die Entwicklung von Indikatoren zur Evaluierung des IKKM in unterschiedlichen Einsatzsituationen festgelegt:

1. Konflikt im Kontext einer regionalen Hegemonialmacht
2. Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen

²⁹ Die im Juli 2013 vom österreichischen Nationalrat beschlossene Österreichische Sicherheitsstrategie definiert „umfassende Sicherheit“ folgendermaßen: „Umfassende Sicherheit bedeutet, dass äußere und innere sowie zivile und militärische Sicherheitsaspekte aufs Engste verknüpft sind. Sie geht über den Rahmen der klassischen Sicherheitsressorts hinaus und schließt Instrumente der Wirtschafts-, Sozial-, Integrations-, Entwicklungs-, Umwelt-, Landwirtschafts-, Finanz-, Verkehrs- und Infrastruktur-, Bildungs-, Informations- und Kommunikations- sowie der Gesundheitspolitik ein.“ Vgl. Österreichische Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten (Juli 2013). <<http://archiv.bka.gv.at/site/3503/default.aspx>>, abgerufen am 6.2.2018, S. 4.

3. Aktivitäten von terroristischen Vereinigungen
4. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch ein diktatorisches Regime
5. Gewaltsamer Konflikt zwischen Bevölkerungsgruppen in einem Staat
6. Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien mit Staatszerfall
7. Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien in einem Nachbarstaat mit Spill-Over-Gefahr
8. Postkriegssituation
9. Gewaltsamer Minderheitenkonflikt
10. Gewaltsamer Konflikt zwischen zwei oder mehreren Staaten
11. Humanitäre Katastrophe mit sicherheitspolitischen Folgen
12. Aktivitäten von organisierten kriminellen Gruppen.

Die aufgelisteten Szenarien wurden in einem weiteren Schritt kurz beschrieben (siehe dazu die Darstellung der „Impact-Analyse IKKM“) und es wurden Beispiele für das IKKM angeführt, das im Kontext eines solchen Einsatzszenarios schon stattgefunden hat bzw. aktuell noch stattfindet. Ob es sich um erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Beispiele im Hinblick auf das IKKM handelt(e), hatte bei der Auswahl keine vorrangige Bedeutung. Mit den Beispielen – von denen einige in den Fallstudien dieser Publikation mit Hilfe der „Impact-Analyse IKKM“ systematisch abgearbeitet werden – sollten die spezifischen Herausforderungen des jeweiligen Szenarios für das IKKM konkretisiert und die diesbezügliche Indikatorenbildung erleichtert werden.

Einige der angeführten Szenarien wirken auf den ersten Blick sehr ähnlich³⁰, sind aber dennoch insofern „trennscharf“, als dass sie zumindest teilweise das IKKM vor unterschiedliche Herausforderungen stellen können. So werden u. a. für IKKM-Akteure viele Herausforderungen in Bezug auf die Szenarien 5 und 6 gleich oder ähnlich sein. Der Umstand, dass bei Szenario 6 – anders als bei Szenario 5 – nicht nur die Machtfrage zwischen den Konfliktakteuren im Mittelpunkt steht, sondern auch der Staatszerfall und die Bildung neuer quasi-staatlicher Gebilde eingeleitet wurden, stellt das IKKM in Bezug auf den Aspekt der territorialen Integrität aber vor zusätzliche Herausforderungen. Der bisherige Verlauf von gewaltsamen Konflikten hat gezeigt, dass sich die Merkmale von Konfliktszenarien ändern können. Dementsprechend ist z. B. ein Übergleiten eines Bürgerkriegs wie in Szenario 5 in

³⁰ Dies trifft insbesondere auf die Szenarien 2/4, 3/4, 3/12 sowie 5/6/7/9 zu.

einen secessionistischen Konflikt wie in Szenario 6 sehr leicht möglich. Auch im Falle der übrigen zehn Konfliktszenarien, bei deren Auswahl auf die Zuordnung zu unterschiedlichen Konfliktphasen und Konflikttintensitäten (unterschiedlicher Gewaltpegel) geachtet wurde, sind Übergänge zu anderen Konfliktszenarien vorstellbar. In solch einem Fall, in dem ein neues Konfliktszenario aus einem anderen hervorgeht, können die teilweise unterschiedlichen Indikatoren der „Impact-Analyse IKKM“ den Analytiker bzw. IKKM-Akteur in Bezug auf die „neuen Herausforderungen“ sensibilisieren.

Die Auswahl und Definition der Konfliktszenarien war ein sehr anspruchsvoller Vorgang im Zuge der Toolgenerierung, der unter den Teilnehmern der IFK-Workshops zu sehr vielen Diskussionen geführt hat. Insbesondere die Frage, für welche Themen und Probleme eigentlich das IKKM zuständig sein soll, inspirierte viele Debatten. Die letztlich durchgeführte 12er-Selektion orientierte sich an der IFK-Definition des IKKM, die wiederum von den Erfahrungen bereits abgeschlossener oder noch laufender internationaler Aktivitäten zur Friedensunterstützung im Rahmen der UNO, OSZE, EU und NATO(-PfP) beeinflusst wurde. Der diesbezügliche Hauptfokus liegt auf proaktiven und reaktiven Beiträgen zur Stabilisierung von innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten mit zumindest regionaler Sicherheitsdimension und unter starker Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte. Des Weiteren wurden in einigen Szenarien (3, 11 und 12) transnationale Bedrohungen wie Terrorismus und Aktivitäten organisierter krimineller Gruppen ebenso berücksichtigt wie der sicherheitspolitische Kontext einer humanitären Katastrophe, z. B. in Form einer Naturkatastrophe.

Andere wichtige sicherheitspolitische Herausforderungen, wie z. B. „hybride Bedrohungen“³¹, gewinnen zwar auf nationalstaatlicher Ebene immer mehr an Bedeutung, da sie aber nicht im Zentrum internationaler Maßnahmen zur

³¹ Im IFK wurde von Anton Dengg, Walter Feichtinger und Michael Schurian folgende Arbeitsdefinition zu „hybriden Bedrohungen“ formuliert:

„Eine hybride Bedrohung ist die Gefährdung eines Staates oder Staatenbündnisses durch das Vermögen und die Absicht eines Akteurs, sein Potential zielgerichtet, mehrdimensional (politisch, wirtschaftlich, militärisch, gesellschaftlich, medial etc.) und in einem zeitlich abgestimmten Zusammenhang zur Durchsetzung seiner Interessen einzusetzen.“ Vgl. Dengg, Anton: Krieg ohne Kampf? Hybride Bedrohungen. IFK Aktuell, Oktober/2016, Wien, S. 7.

Friedensunterstützung stehen, wurden sie bei den Konfliktszenarien als Thema nicht berücksichtigt.

Die Festlegung von Konfliktszenarien – denen reale Konfliktfälle zugeordnet werden können – stellte die Grundlage für die Bildung von Indikatoren dar, mit denen das IKKM im Rahmen der Impact-Analyse in Bezug auf die einzelnen Szenarien beurteilt werden kann. Für die diesbezügliche Operationalisierung waren die Begriffe *Dimension*, *Kategorie* und *Indikator* von Bedeutung.

Unter „Dimension“ wird bei der „Impact-Analyse IKKM“ der jeweilige Beurteilungskontext des zu analysierenden Untersuchungsgegenstands verstanden. So kann der Erfolg oder Misserfolg des IKKM in einem Konfliktszenario in unterschiedlichen Beurteilungskontexten, aus unterschiedlichen Perspektiven heraus evaluiert werden: nämlich a) im Kontext der Auswirkungen des IKKM auf das Zielgebiet (= Konfliktraum), als dem natürlich wichtigsten Beurteilungskontext; b) im Kontext der Auswirkungen des IKKM auf jene Internationale(n) Organisation(en), die die Träger der friedensunterstützenden Aktivitäten sind; und c) im Kontext der Auswirkungen des IKKM auf die spezifische interne und außenpolitische Situation des staatlichen Akteurs (= Entsendestaat), der das IKKM unterstützt. Wie der Exkurs zu den anderen Methoden der Evaluierung des IKKM gezeigt hat, gibt es bereits zahlreiche Überlegungen zur Messung des Erfolgs oder Misserfolgs von friedensunterstützenden Maßnahmen in Bezug auf das eigentliche Zielgebiet, allerdings für nur wenige Einsatzszenarien wie z. B. die Friedenskonsolidierung in der Postkriegssituation.

Für jede der drei Dimensionen/Beurteilungskontexte/Perspektiven können spezielle „Indikatoren“ entwickelt werden. Sie sollen den zu untersuchenden Sachverhalt „operationalisierbar“, d. h. messbar machen. Im Rahmen der „Impact-Analyse IKKM“ werden sowohl quantitative als auch qualitative Indikatoren zur Messung verwendet. Während sich die quantitative Messung sehr stark auf statistische Daten und Indizes³² abstützt, stehen bei der qualitativen Messung Expertenurteile und Interpretationen von empirischen Beobachtungen im Mittelpunkt. Die den drei Dimensionen zugeordneten

³² Beispiele dafür sind der Corruption Perception Index, der Democracy Index, der Global Hunger Index, der Global Peace Index, Global Terrorism Index und der Human Development Index (siehe die Beschreibungen im Annex).

Indikatoren sind in thematischen Gruppen zusammengefasst, die gleichsam Überschriften für die Indikatoren bilden und bei diesem Analyseinstrument als „Kategorien“ bezeichnet werden.

Im Beurteilungskontext Zielgebiet unterscheiden sich die Kategorien (und damit auch die für diesen Bereich definierten Indikatoren) je nach Konfliktszenario teilweise sehr massiv voneinander. Dies lässt sich mit den unterschiedlichen Herausforderungen für das IKKM und den sich daraus ergebenden Ambitionsniveaus für IKKM-Akteure erklären. Beispielhaft soll dieser Umstand durch den Vergleich der sehr divergenten Konfliktszenarien „Aktivitäten von terroristischen Vereinigungen“ und „Postkriegssituation“ verdeutlicht werden. In einem Szenario, in dem eine terroristische Vereinigung in einem Krisengebiet internationale Normen verletzt und dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht, wird für das IKKM im Vordergrund der Erfolg der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung stehen. Indikatoren sind in diesem Zusammenhang u. a. die Größe des von der terroristischen Vereinigung kontrollierten Gebiets, das als Folge des IKKM „gesunken“, „gleichgeblieben“ oder „gestiegen“ sein kann, oder als ein weiterer Indikator die Austrocknung direkter und indirekter Einnahmequellen der terroristischen Vereinigung, die als Folge des IKKM „erfolgreich“, „teilweise erfolgreich“ bzw. „nicht erfolgreich“ sein kann etc. Zu den weiteren Themen (= Kategorien), die für die Indikatorenbildung beim Konfliktszenario „Aktivitäten von terroristischen Vereinigungen“ ausgewählt wurden, gehören die „Stärkung der Sicherheitsstrukturen der anerkannten Regierung im Zielgebiet“, „der Ausbau, die Nutzung vorhandener Kommunikationskanäle mit der terroristischen Vereinigung“, „regionale, transnationale und globale Auswirkungen“ der Terroraktivitäten und der IKKM-Maßnahmen dagegen und die „Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung“ im Zielgebiet.

Mit teilweise ähnlichen, aber mehrheitlich ganz anderen Herausforderungen ist das IKKM im Kontext des Zielgebiets im Szenario „Postkriegssituation“ – wie z. B. seit 1999 auf dem Westbalkan – konfrontiert. Die diesbezüglichen Indikatoren sind auf folgende Kategorien ausgerichtet: „sicheres Umfeld“, „Sicherheitssektorreform“, „Entwicklung von Rechtsinstitutionen“, „demokratische Entwicklung“, „wirtschaftliche Entwicklung“, „soziale Versorgung“, „regionale und transnationale Auswirkungen“, „Umgang mit staatlicher Integrität“, „Versöhnungsprozess“, „Akzeptanz des internationalen

Engagements bei Konfliktakteuren“ und „Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung“.

Im Unterschied zum Beurteilungskontext Zielgebiet hat die methodische Modellierung im Rahmen der „Impact-Analyse IKKM“ für die Beurteilungskontexte „Internationale Organisation“ und „Entsendestaat“ unabhängig vom jeweiligen Konfliktszenario kaum unterschiedliche Kategorie- und Indikatoren-Nennungen hervorgebracht. Aus der Sicht der Mitwirkenden bei der Generierung der Impact-Analyse“ gab es einen weitgehenden Konsens darüber, dass in Bezug auf die „eigene Situation“ der am IKKM beteiligten Internationalen Organisation und des Entsendestaates die Kategorien und Indikatoren für eine erfolgreiche Beteiligung am IKKM sich in auch in unterschiedlichen Konflikt-/Einsatzszenarien kaum verändern.

Demgemäß wird, unabhängig vom Konflikt-/Einsatzszenario, für die am IKKM beteiligte Internationale Organisation die Kooperation mit anderen Internationalen Organisationen im Zielgebiet von Relevanz sein. Die innere Kohärenz der Internationalen Organisation während des IKKM wird eine bedeutende Rolle spielen. In einer nach dem Abschluss des IKKM durchgeführten Evaluierung wird festgestellt werden können, ob sich für die betreffende Internationale Organisation durch die Beteiligung am IKKM eine (positive) Bedeutungsveränderung im internationalen System ergeben hat, d. h. ob z. B. ihre Akzeptanz als Partner im IKKM entweder gestärkt, gleichgeblieben oder geschwächt wurde. Auch die Frage, ob eine ausreichende völkerrechtliche Grundlage für die Beteiligung am IKKM gegeben ist, wird ein maßgeblicher Faktor bei der Beurteilung der Beteiligung der Internationalen Organisation sein.

Letzteres spielt auch im Beurteilungskontext des Entsendestaates eine wichtige Rolle, und zwar ebenfalls unabhängig vom Konflikt-/Einsatzszenario. Das gilt im Wesentlichen auch für folgende Kategorien: die Übereinstimmung des IKKM mit der staatlichen Gesamtstrategie, die Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates in Bezug auf IKKM in einem konkreten Einsatzszenario, das Kapazitäten-Ressourcenmanagement, die politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu den Staatsinteressen (z. B. in Form der Aktivitäten von Lobbygruppen), die Auswirkungen des IKKM auf die internationale Stellung des Entsendestaates und die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation des IKKM sowie die politischen/humani-

tären/volkswirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Rückwirkungen des IKKM auf den Entsendestaat und seine Gesellschaft.

Aus den genannten und nicht genannten Kategorien der „Impact-Analyse IKKM“ wurden in anspruchsvollen und intensiven methodischen Diskussionsprozessen mehrere hundert Indikatoren zur Messung des „Erfolgs“ bzw. „Misserfolgs“ generiert. Sie sind natürlich insofern angreifbar, als dass sie den Gütekriterien der quantitativen Sozialforschung mit den Kernbegriffen „Objektivität“³³, „Validität“³⁴ und „Reliabilität“³⁵ nur zum geringen Teil entsprechen. Es handelt sich um eine Auswahl überwiegend qualitativer Indikatoren³⁶, die nach Meinung der an der Modellierung der „Impact-Analyse IKKM“ Beteiligten – bei allem Interpretationsspielraum – eine transparente und systematische Analyse ermöglicht.

6 Elemente und Anwendung der „Impact-Analyse IKKM“

Das Evaluierungsinstrument „Impact-Analyse IKKM“ besitzt einen sehr einfachen tabellarischen Aufbau: Für jedes der 12 ausgewählten Konfliktszenarien sind nacheinander für die drei Beurteilungskontexte (= Dimensionen) a) Zielgebiet, b) Internationale Organisation und c) Entsendestaat relevante Themenfelder (= Kategorien) dargestellt. Innerhalb dieser Kategorien sind zum jeweiligen spezifischen Themenfeld passende Indikatoren abgebildet. Die aus Kategorien und Indikatoren bestehenden Tabellen können für jedes Konfliktszenario unabhängig voneinander verwendet werden, sodass die „Impact-Analyse IKKM“ eigentlich aus 12 Sub-Messinstrumenten besteht.

³³ Die Objektivität von Messverfahren ist dann gegeben, wenn die Wahl des Messenden, des Interviewers/der Interviewerin keinen Einfluss auf die Ergebnisse hat. Vgl. Ebermann, Erwin: Grundlagen statistischer Auswertungsverfahren. <<https://www.univie.ac.at/ksa/elearning/cp/quantitative/quantitative-34.html>>, abgerufen am 13.2.2018.

³⁴ In einem Messverfahren liegt Validität vor, wenn die gewählten Indikatoren wirklich das messen, was gemessen werden soll. Vgl. ebd.

³⁵ Unter Reliabilität oder Zuverlässigkeit versteht man die formale Genauigkeit einer wissenschaftlichen Messung. Messfehler jeder Art sollen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Vgl. ebd.

³⁶ Während quantitative Sozialforschung auf „harten“, wiederholbaren Daten beruht, setzen qualitative Methoden auf „weiche“, aber realitätsnahe Daten, die z. B. durch Experten-Interviews oder umfassende Inhaltsanalysen gewonnen werden. Vgl. Scheibler, Petra: Qualitative versus quantitative Forschung. <<https://studi-lektor.de/tipps/qualitative-forschung/qualitative-quantitative-forschung.html>>, abgerufen am 13.2.2018.

Die Tabelle eines Sub-Tools wird mit der Kurzbeschreibung des jeweiligen Konfliktszenarios und der Aufzählung einiger zum Szenario passender Beispiele für internationale Interventionen eingeleitet. Dadurch soll es der Anwenderin/dem Anwender erleichtert werden, das eigene, zu untersuchende Konfliktthema leichter einem der 12 Konfliktszenarien zuordnen zu können. Seitens des IFK wird nicht der Anspruch erhoben, dass durch die „Impact-Analyse IKKM“ alle möglichen Konfliktfälle, die zu internationalen Interventionen führen könnten, zur Gänze abgedeckt werden. Die dargestellten Einsatzszenarien decken aber ein breites Spektrum realer Einsatzfälle im IKKM ab und sind vor allem auch auf die Herausforderungen im Rahmen der GSVP der EU abgestimmt.

Es sind mehrere Möglichkeiten zur Anwendung der „Impact-Analyse IKKM“ vorstellbar: Bei der Planung oder zu Beginn des IKKM in einem Konfliktszenario können die aufgelisteten Kategorien und Indikatoren den Analytiker oder den IKKM-Akteur dahingehend sensibilisieren, welche Herausforderungen im konkreten Einsatzszenario zu erwarten sind. In diesem Fall würde die „Impact-Analyse IKKM“ als Checkliste für notwendige Maßnahmen im IKKM fungieren. Als Evaluierungs- und Messinstrument käme das Tool während des IKKM oder nach Beendigung des IKKM zum Einsatz. Bei den beiden zuletzt genannten Fällen dient das Tool dazu, um Erfolge bzw. Schwachstellen im IKKM festzustellen, wobei im ersten Fall Kurskorrekturen während des laufenden IKKM die Konsequenz sein könnten, hingegen im zweiten Fall die Lehren für zukünftige friedensunterstützende Einsätze im Vordergrund stehen würden. Die Richtschnur für die Beurteilung des IKKM ist insbesondere der positive oder negative Verlauf der Konflikttransformation im Zielgebiet, der durch die Indikatoren festgestellt werden kann. Für die Funktion als Evaluierungs- bzw. Messinstrument sind den Indikatoren verschiedene, auf sie abgestimmte Antwortoptionen/Ausprägungen beigelegt. Beispiele dafür sind die Antwortoptionen „ja/nein“, „gegeben/eingeschränkt gegeben/nicht gegeben“, „gesunken/gleichgeblieben/gestiegen“, „erreicht/nicht erreicht“, „gewährleistet/nicht gewährleistet“ etc. So hat z. B. der Indikator „Erreichen der quantitativen Vorgaben“ aus der Kategorie „Sicherheitssektor-Reform“, die der Dimension „Zielgebiet“ im Rahmen des Konfliktszenarios „Postkriegssituation“ zugeordnet ist, die Antwortoptionen/Ausprägungen „erreicht/nicht erreicht“.

Es obliegt der Anwenderin/dem Anwender der „Impact-Analyse IKKM“, zu entscheiden, welche Indikatoren letztlich in die eigene Analyse einbezogen werden und welche nicht. Vor allem bei Konfliktszenarien, die im Prozess der Toolgenerierung – wegen des höheren Ambitionsniveaus im IKKM – hinsichtlich der Zahl der Indikatoren intensiver bearbeitet wurden, kann das vollständige „Abarbeiten“ der Indikatoren in zeitlicher Hinsicht langwierig sein. Auch wird die jeweilige Quellenlage (Medienberichte, wissenschaftliche Artikel, verfügbare statistische Daten, eigenes und externes Expertenwissen) natürlich auch die Indikatoren-Auswahl stark beeinflussen. Wichtig für die qualitative Gesamtbewertung des IKKM in einem der 12 Konfliktszenarien ist aber, dass zu allen Kategorien, d. h. relevanten Themenfeldern eines Konfliktszenarios, Aussagen zum IKKM getroffen werden können. Es sollte also keine Kategorie geben, in der überhaupt keiner der vorgeschlagenen Indikatoren in die Analyse einbezogen wird. Die Antwortoptionen/Ausprägungen der Indikatoren unterstützen die Anwenderin/den Anwender der „Impact-Analyse IKKM“ bei der Analyse. Ausschlaggebend für die Gesamtbeurteilung des IKKM werden die qualitativen Einschätzungen des Analytikers in Bezug auf die Erfolge bzw. Schwachstellen in den einzelnen Kategorien sein.

Internationale Bemühungen im Rahmen des IKKM sind grundsätzlich darauf ausgerichtet, kurz- bis mittelfristig (< 4 Jahre) substanzielle Verbesserungen in einem Konfliktszenario zu erreichen. Die Realität verschiedener Konflikte – wie z. B. im Nahen Osten – zeigt aber leider, dass sie zu langfristigen Konflikten werden und teilweise auch eine neue Form annehmen können. In diesem Fall, wie auch im Fall der „Postkriegssituation“, eignet sich die „Impact-Analyse IKKM“ auch sehr gut für eine Zwischenevaluierung bzw. bietet dem Analytiker zusätzliche Indikatoren bei einer Veränderung des Konfliktbildes an.

Zweifellos nimmt die Komplexität in den internationalen Beziehungen und damit auch im Rahmen des IKKM zu. Dies erhöht den Druck auf Analytiker wie auch politische Entscheidungsträger, die Mehrdimensionalität von Konflikten und Konfliktlösungsmechanismen besser erfassen zu können. Die „Impact-Analyse IKKM“ ist als Beitrag dazu konzipiert.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Barcikowska, Anna: EU Battlegroups ready to go? EUISS Brief Issue, 40/2013, Paris.

Conflict Sensitivity Consortium: Benefits / Harms Handbook (8.5.2015). <http://local.conflictsensitivity.org/other_publication/benefits-harms-handbook/>, abgerufen am 23.2.2018.

Conflict Sensitivity Consortium: Conflict Analysis Framework (8.5.2015). <http://local.conflictsensitivity.org/other_publication/conflict-analysis-framework/>, abgerufen am 23.2.2018.

Conflict Sensitivity Consortium: Do No Harm / Local Capacities for Peace (15.5.2015). <http://local.conflictsensitivity.org/other_publication/do-no-harm-local-capacities-for-peace-project/>, abgerufen am 23.2.2018.

DCAF, OROLSI: Measuring the Impact of Peacekeeping Missions on Rule of Law and Security Institutions (12.3.2012). <https://www.dcaf.ch/sites/default/files/publications/documents/Workshop_Report_on_Measuring_Impact_10.05.12_2.pdf>, abgerufen am 23.2.2018.

DCAF-ISAAT: KOFF info sheet. Peace and Conflict Impact Assessment and Conflict Sensitivity. <<https://issat.dcaf.ch/Learn/Resource-Library2/Tools/KOFF-info-sheet-Peace-and-Conflict-Impact-Assessment-and-Conflict-Sensitivity>>, abgerufen am 23.2.2018.

Dengg, Anton: Krieg ohne Kampf? Hybride Bedrohungen. IFK Aktuell, Oktober/2016, Wien.

Ebermann, Erwin: Grundlagen statistischer Auswertungsverfahren. <<https://www.uni-vie.ac.at/ksa/elearning/cp/quantitative/quantitative-34.html>>, abgerufen am 13.2.2018.

European Union: Checklist for Root Causes of Conflict (2000). <http://peacebuilding-centre.com/pbc_documents/EU_Checklist_for_Root_Causes_of_Conflict_merged.pdf>, abgerufen am 23.2.2018.

Gärtner, Heinz: Schlusswort. In: Fenkart, Stephanie/Gärtner, Heinz/Swoboda, Hannes (Hrsg.): Gerechte Intervention? Zwischen Gewaltverbot und Schutzverantwortung. Studien zur Friedensforschung, 20/2017, Wien, S. 367–372.

Kromrey, Helmut/**Roose**, Jochen/**Strübing**, Jörg: Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung (13. Auflage). Stuttgart 2016, S. 193–252.

Major, Claudia/**Mölling**, Christian: EU Battlegroups: What Contribution to European Defence? Progress and Prospects of European Rapid Response Forces. SWP Research Papers, 8/2011, Berlin.

OECD: Guidance on Evaluating Conflict Prevention and Peacebuilding Activities. <<https://www.oecd.org/dac/evaluation/dcdndep/39774573.pdf>>, abgerufen am 23.2.2018.

Österreichische Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten (Juli 2013). <<http://archiv.bka.gv.at/site/3503/default.aspx>>, abgerufen am 6.2.2018.

Peacebuilding Centre: Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA) Handbook, Version 4 (2013), Introduction. <<https://reliefweb.int/report/world/peace-and-conflict-impact-assessment-pcia-handbook-version-4-2013>>, abgerufen am 23.2.2018.

Reinprecht, Christoph: Indikator. In: Chevron, Marie-France/Köpl, Regina/Payrhuber, Andrea/Reinprecht, Christoph: Grundlagen sozialwissenschaftlicher Methodologie. Empirische Forschung in den Sozialwissenschaften. <<http://www.univie.ac.at/sowi-online/esowi/cp/methodologiesowi/methodologiesowi-30.html>>, abgerufen am 13.2.2018.

Rezac, David: Militärische Intervention als Problem des Völkerrechts. Eine Untersuchung bewaffneten Eingreifens in innerstaatliche Konflikte anhand des Kosovo-Krieges. Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2002

Scheibler, Petra: Qualitative versus quantitative Forschung. <<https://studi-lektor.de/tipps/qualitative-forschung/qualitative-quantitative-forschung.html>>, abgerufen am 13.2.2018.

Scherrer, Vincenza: Measuring the Impact of Peacebuilding Interventions on the Rule of Law and Security Institutions, DCAF SSR Paper 6 (2012). <<https://www.dcaf.ch/sites/default/files/publications/documents/SSR%20Paper%206%20ONLINE%20VERSION.pdf>>, abgerufen am 23.2.2018.

UN Security Council Resolutions and Presidential Statements Referencing R2P (22.1.2018). <<http://www.globalr2p.org/resources/335>>, abgerufen am 5.2.2018.

UNDP: How To Guide. Monitoring and Evaluation for DDR Programmes (2009), <http://www.undp.org/content/dam/undp/documents/cpr/documents/ddr/ddr_how_to_guide.pdf>, abgerufen am 23.2.2018.

United Nations: Planning Toolkit (2012). <http://www.un.org/en/peacekeeping/publications/Planning%20Toolkit_Web%20Version.pdf>, abgerufen am 23.2.2018, S. 108–142.

United Nations: United Nations Peacekeeping Operations Principles and Guidelines (18.1.2008), S. 88. <<https://cc.unlb.org/UNSAS%20Documents/KEY%20DOCUMENTS/United%20Nations%20Peacekeeping%20Operations%20Principles%20and%20Guidelines.pdf>>, abgerufen am 23.2.2018.

United States Institute of Peace, United States Army Peacekeeping and Stability Operations Institute: Guiding Principles for Stabilization and Reconstruction (2009). <https://www.usip.org/sites/default/files/guiding_principles_full.pdf>, abgerufen am 23.2.2018.

World Bank – Conflict Prevention and Reconstruction Unit: The Conflict Analysis Framework (CAF). Identifying Conflict-Related Obstacles to Development, Dissemination Notes 5 (2002). <<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/11335/multi0page.pdf?sequence=1&isAllowed=y>>, abgerufen am 23.2.2018.

Teil II – Analyse-Tool

Analyse-Tool zur Impact-Messung des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements in idealtypischen Szenarien

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement¹

12 Basis-Szenarien

1. Konflikt im Kontext einer regionalen Hegemonialmacht

Im Umfeld eines regionalen Hegemons gibt es gewaltsame Entwicklungen. Der Hegemon unterstützt eine Konfliktpartei und das internationale Krisen- und Konfliktmanagement kann nur eingeschränkt stattfinden, und zwar hauptsächlich in jenen Bereichen, in denen es vom Hegemon und der von ihm unterstützten Konfliktpartei zugelassen wird.

Bsp.: Bergkarabach (1991–), Südossetien und Abchasien (1992–), Ostukraine (2014–), Transnistrien (1990–)

2. Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen

Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen und bedroht dadurch den internationalen/regionalen Frieden und/oder die internationale/regionale Sicherheit. Das Regime ist trotz Sanktionen und der Androhung einer militärischen Aktion nicht zu einer Haltungsänderung bereit. Es kommt zu einer militärischen Intervention, bei der entweder das Regime einlenkt oder gestürzt wird.

Bsp.: Zweiter Golfkrieg (1990–1991), Irak-Invasion (2003), NATO-Luftoperation Kosovo (24.3.–10.6.1999)

¹ Von den permanenten IFK-Forscherinnen und -Forschern wirkten (in alphabetischer Reihenfolge) folgende Personen mit: Anton Dengg, Walter Feichtinger, Markus Gauster, Gerald Hainzl, Predrag Jureković, Harald Müller, Werner Pack, Walter Posch und Jasmina Rupp. Aus dem Kreis der Gastforscher/innen und Forschungspraktikant(inn)en waren es (ebenfalls in alphabetischer Reihenfolge): Christoph Bilban, David Fussi, Hanna Grininger, Sebastian Holler, Anna Rass, Christian Steppan und Michael Zinkanell.

3. Aktivitäten von terroristischen Vereinigungen

Eine terroristische Vereinigung verletzt internationale Normen und bedroht dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit.

Bsp.: Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien und Irak (2003–), Kenias Engagement in Somalia (AU-Mission AMISOM; 2010–), Tschad gegen Boko Haram (2010–)

4. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch ein diktatorisches Regime

Ein diktatorisches Regime unterstützt eine terroristische Vereinigung und bedroht dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit. Es ist nicht die Hauptintention, das Regime zu stürzen, sondern sein Einlenken zu erreichen, aber ein Regime-Change kann auch nicht ausgeschlossen werden.

Bsp.: Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban (1996–2001)

5. Gewaltsamer Konflikt zwischen Bevölkerungsgruppen in einem Staat

Innerstaatlicher Konflikt zumindest zweier rivalisierender Parteien. Der Staat hat nicht die Kontrolle über sein gesamtes Territorium inne. Die Machtfrage steht im Zentrum. Es kommt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die politische und territoriale Integrität des Staates bleiben erhalten.

Bsp.: Syrien (2011–), Südsudan (2011–), Somalia (UN-Missionen UNOSOM I, UNITAF, UNOSOM II; 1991–1995), Libyen (2011–)

6. Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien mit Staatszerfall

Innerstaatlicher Konflikt zumindest zweier rivalisierender Parteien. Der Staat hat nicht die Kontrolle über sein gesamtes Territorium inne. Die Machtfrage steht im Zentrum. Als Folge des Bürgerkrieges entstehen neue politische und territoriale Entitäten. Die Intervention findet in der Phase des Staatszerfalls statt.

Bsp.: Sudan (UN-Mission UNMISS; 1956–2011), Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (1991–1992), Somalia (1991), Irak (2014–)

7. Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien in einem Nachbarstaat mit Spill-Over-Gefahr

Mehrere Parteien in einem Nachbarstaat sind in einen gewaltsamen Konflikt involviert und es besteht die Gefahr des Ausweitens des Konflikts auf einen oder mehrere Nachbarstaat(en).

Bsp.: Mazedonien (UN-Mission UNPREDEP; 1995–1999), Ruanda/Uganda (UN-Mission UNOMUR; 1993–1994), Sudan/Süd-Sudan (UN-Mission UNISFA; 2011–), Staaten im Einflussgebiet der Boko Haram (Tschad, Zentralafrikanische Republik; 2010–)

8. Postkriegssituation

Ein gewaltsamer Konflikt wurde beendet und es stellt sich die Herausforderung einer umfangreichen Transformation im politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und Sicherheitsbereich.

Bsp.: Der Westbalkan seit Ende des Bosnienkrieges (November 1995) und des Kosovokrieges (Juni 1999), Osttimor (UN-Missionen UNAMET, UNTAET, UNMIT; 1999–2012)

9. Gewaltsamer Minderheiten-Konflikt

Bewaffneter Aufstand einer, mit ihrem Status unzufriedenen Minderheit (ethnisch, religiös, etc.) gegen den Zentralstaat. Diese Konfliktsituation kann sich zu einem separatistischen Konflikt entwickeln, aber auch innerstaatlich gelöst werden.

Bsp.: Kosovo (1998), Ostukraine (2014–), No-Fly-Zone Irak (1991–2003)

10. Gewaltsamer Konflikt zwischen zwei oder mehreren Staaten

Wegen eines Positions- und Interessenskonfliktes kommt es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Staaten. Aufgrund internationaler Vermittlungen kommt es zu einem Abkommen zwischen den Konfliktparteien, das durch die internationale Gemeinschaft überwacht und abgesichert werden soll.

Bsp.: Indisch-Pakistanischer Konflikt (1947–), Äthiopien/Eritrea (UN-Mission UNMEE; 1998–2008), Israelisch-Arabische Kriege (1948–2006)

11. Humanitäre Katastrophe mit sicherheitspolitischen Folgen

Eine Natur- oder andere schwerwiegende Katastrophe, die sich negativ auf die sicherheitspolitische Lage eines Staates oder einer Region auswirkt bzw. auswirken könnte. Durch Migrationsbewegungen kann diese Katastrophe auch internationale Auswirkungen haben. Die Unterstützung durch internationale Akteure (die auch mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgen kann) ist neben der Bewältigung humanitärer Herausforderungen auch zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Sicherheit notwendig. Es besteht die Gefahr, dass die staatliche Ordnung teilweise zusammenbricht.

Bsp. Erdbeben in Haiti (2010), Dürrekatastrophe in Mali (2011)/ Aktivitäten der „Nationalen Bewegung zur Befreiung des Azawad“ (MLNA; 2011–2013)

12. Aktivitäten von organisierten kriminellen Gruppen

Organisierte kriminelle Gruppen wie Schlepper, Piraten, Banden, Menschenhändler, Drogenschmuggler, Cyber-Kriminelle etc., die ihre Basis außerhalb der EU haben, gefährden durch ihre Aktivitäten die internationale Sicherheit und den transnationalen oder regionalen Frieden. Ziel ist die Eindämmung der Organisierten Kriminalität durch militärische, polizeiliche, politische und wirtschaftliche Maßnahmen.

Bsp.: Somalia (2000–2011), EU Naval Force Mediterranean (2015–), NATO-Einsatz im Ägäischen Meer (2015–)

Erläuterung der Schlüsselbegriffe Dimension, Kategorie und Indikator im Kontext der identifizierten Szenarien

Unter „Dimension“ wird bei diesem Analyseinstrument der jeweilige Beurteilungskontext des zu analysierenden Untersuchungsgegenstands verstanden. So kann der Erfolg oder Misserfolg einer internationalen Intervention in einem Konfliktgebiet entweder a) im Kontext der internen Situation des Entsendestaates, b) im Kontext des internationalen Engagements im Zielgebiet (= Konfliktraum) oder c) im Kontext des Handelns jener internationaler Organisation(en) beurteilt werden, die der Entsendestaat im Zielgebiet unterstützt.

Für jede der drei Dimensionen können spezielle „Indikatoren“ entwickelt werden. Sie sollen den zu untersuchenden Sachverhalt „operationalisierbar“, d. h. messbar machen. Es werden sowohl quantitative Indikatoren als auch qualitative Indikatoren zur Messung verwendet. Während sich die quantitative Messung sehr stark auf seriöse statistische Daten abstützt, stehen bei der qualitativen Messung Expertenurteile und Interpretationen von empirischen Beobachtungen im Mittelpunkt.

Die den drei Dimensionen zugeordneten Indikatoren sind in thematischen Gruppen zusammengefasst, die gleichsam „Überschriften“ für die Indikatoren bilden und bei diesem Analyseinstrument als „Kategorien“ bezeichnet werden.

Es folgt die Darstellung der Kategorien (●) und Indikatoren (○) für die zwölf Basis-Szenario in den drei Dimensionen **a) Entsendestaat, b) Zielgebiet und c) Internationale Organisation.**

Szenario 1	Konflikt im Kontext einer regionalen Hegemonialmacht <i>Im Umfeld eines regionalen Hegemons gibt es gewaltsame Entwicklungen. Der Hegemon unterstützt eine Konfliktpartei und das internationale Krisen- und Konfliktmanagement kann nur eingeschränkt stattfinden, und zwar hauptsächlich in jenen Bereichen, in denen es vom Hegemon und der von ihm unterstützten Konfliktpartei zugelassen wird.</i> Bsp.: Bergkarabach (1991–), Südossetien und Abchasien (1992–), Ostukraine (2014–), Transnistrien (1990–) ¹
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Soziale und materielle Grundversorgung <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Ärzte und Krankbetten pro 1000 Einwohner (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase vor und während der Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität; und einem vergleichbaren Land) ○ Zahl der Lehrer und Schulplätze (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase vor und während der Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität) ○ Veränderung der Kindersterblichkeitsrate (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Sozialleistungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Human Development Index² im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Global Hunger Index³ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Basic Needs⁴ (nicht abgedeckt/teilweise abgedeckt/abgedeckt) ○ Energiesicherheit⁵ (ja/nein)

¹ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

² Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

³ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

⁴ Zur Definition des Konzepts, siehe Annex.

⁵ Zur Beurteilung der Energiesicherheit eines Staates kann z. B. das „MOSES-Konzept“ herangezogen werden. Allerdings gilt es zu beachten, dass dieses Konzept auf die Bestimmung der Energiesicherheit in OECD-Ländern abgestimmt ist. Das „MOSES-Konzept“ kann aber auch für andere Ländergruppen (z. B. Entwicklungsländer) adaptiert werden. Zur Definition des Konzepts, siehe Annex.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Internally Displaced Persons⁶ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gesunken) ○ Zahl der in Flüchtlingscamps versorgten Personen im Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität) ○ Zugang von Hilfsorganisationen für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen in kritischen Räumen (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Zahl der Getöteten und Verwundeten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der offiziell registrierten⁸ Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Mannstärke⁹ der bewaffneten Kräfte auf der Separatistenseite (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Entstehen paramilitärischer Gruppierungen auf Regierungsseite (ja/nein) ○ Truppenstärke des Hegemons im Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Truppenstärke der Regierung im Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Vertreibung von Bevölkerungsgruppen (ja/nein)¹⁰ ○ Zahl und räumliche Verteilung der Kampfhandlungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl und Art der eingesetzten Wirkmittel¹¹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung (gegeben/teilweise gegeben/nicht gegeben)
--	--

⁶ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁸ Die „offizielle Registrierung“ von Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, andere internationale Gerichte (wie das International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) oder durch nationale Gerichte erfolgen.

⁹ Die Bezeichnung „Truppenstärke“ wird nur in Bezug auf reguläre Kräfte verwendet. Bei irregulären Kräften ist die Bezeichnung „Mannstärke“ üblich. Irreguläre Kräfte werden nicht von staatlichen Institutionen geleitet.

¹⁰ Falls „ja“, dann ändert sich die Ausprägung des Indikators später in „gesunken/gleichgeblieben/gestiegen“.

¹¹ Hier sind auch Wirkmittel psychologischer Art und im Cyberbereich gemeint.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Kontrolle der Grenze zum Hegemon (nicht möglich/teilweise möglich/möglich) ○ Entwicklung der Kriminalitätsrate/organisierten Kriminalität¹² (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Global Peace Index¹³ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Global Terrorism Index¹⁴ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Corruption Perception Index¹⁵ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Friedens- und Verhandlungsprozess <ul style="list-style-type: none"> ○ Etablierung eines Verhandlungsprozesses (ja/nein) ○ Verhandlungen mit Präsenz relevanter Konfliktakteure (ja/nein) ○ Verhandlungen mit substantiellem Ergebnis (ja/nein) ○ Orientierung der Friedensverhandlungen an den Konfliktursachen (ja/nein) ○ Akzeptanz des Verhandlungsprozesses bzw. allfälliger Verhandlungsergebnisse durch den Hegemon (nicht gegeben/eingeschränkt gegeben/gegeben) ○ (Wieder-)Eingliederung militanter oppositioneller Gruppierungen in die Sicherheitskräfte (nicht erfolgt/teilweise erfolgt/erfolgt) ○ (Wieder-)Eingliederung militanter oppositioneller Gruppierungen in den politischen Prozess (nicht erfolgt/teilweise erfolgt/erfolgt) ● Regionale¹⁶ Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹⁷ in der Region (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung der Nachbarländer durch Flüchtlingsströme, Gewaltakteure und die Überforderung des sozialen Systems (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements durch die Konfliktakteure/den Hegemon <ul style="list-style-type: none"> ○ Zustimmung der relevanten Konfliktakteure im Zielgebiet (ja/nein) ○ Einhaltung von relevanten Abkommen und Vereinbarungen durch die Konfliktakteure im Zielgebiet (ja/nein) ○ Zustimmung durch den Hegemon im Zielgebiet (ja/nein)
--	---

¹² Z. B. Schmuggel.

¹³ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

¹⁴ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

¹⁵ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

¹⁶ Mit „regional“ sind hier der betroffene Staat und seine Nachbarstaaten gemeint.

¹⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Einhaltung von relevanten Abkommen und Vereinbarungen durch den Hegemon im Zielgebiet (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung ○ Demonstrationen für das internationale Engagement im Zielgebiet (ja/nein)¹⁸ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement im Zielgebiet (ja/nein)¹⁹ ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte²⁰ (positiv/negativ) ○ Demonstrationen für das internationale Engagement im Hegemonialstaat (ja/nein)²¹ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement im Hegemonialstaat (ja/nein)²² ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte²³ (positiv/negativ)
--	---

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext des Konflikts ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen²⁴ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation²⁵ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering)

¹⁸ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

¹⁹ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

²⁰ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

²¹ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

²² Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

²³ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

²⁴ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

²⁵ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Interne Weiterentwicklung der internationalen Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)²⁶ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)²⁷ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	---

²⁶ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

²⁷ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts²⁸ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts²⁹ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates³⁰ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele³¹ (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität³² (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario³³ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements³⁴ (ja/nein)

²⁸ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

²⁹ Z. B. militärstrategische Konzepte.

³⁰ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

³¹ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

³² Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

³³ Operative und taktische Aspekte.

³⁴ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen <ul style="list-style-type: none"> ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen³⁵ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System³⁶ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation³⁷ (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehung und Umsetzung von Lehren³⁸ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte³⁹ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal⁴⁰ und Material⁴¹ (ja/nein)
--	---

³⁵ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

³⁶ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

³⁷ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

³⁸ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

³⁹ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

⁴⁰ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

⁴¹ Z. B. zerstörtes Material.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Rückwirkungen <u>a) politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Hegemon (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung⁴² (verringert/gleichgeblieben/erhöht) <u>b) humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴³ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen⁴⁴ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Hegemon (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen⁴⁵ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴⁶ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen⁴⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁸ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁹ des Hegemons im Entsendestaat (ja/nein)
--	--

⁴² Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

⁴³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁴ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁴⁵ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

⁴⁶ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁷ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁴⁸ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁴⁹ Inklusive Cyber und Propaganda.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁵⁰ von Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁵¹ von Sympathisanten des Hegemons im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁵² von Sympathisanten der Konfliktakteure aus anderen Ländern⁵³ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁵⁴ von Sympathisanten des Hegemons aus anderen Ländern⁵⁵ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁵⁶ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft⁵⁷ (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	--

⁵⁰ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁵¹ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁵² Inklusive Cyber und Propaganda.

⁵³ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

⁵⁴ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁵⁵ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

⁵⁶ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁵⁷ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische und sonstige Unterscheidungen.

Szenario 2	<p>Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen</p> <p><i>Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen und bedroht dadurch den internationalen/regionalen Frieden und/oder die internationale/regionale Sicherheit. Das Regime ist trotz Sanktionen und der Androhung einer militärischen Aktion nicht zu einer Haltungsänderung bereit. Es kommt zu einer militärischen Intervention, bei der das Regime entweder einlenkt oder gestürzt wird.</i></p> <p>Bsp.: Zweiter Golfkrieg (1990–1991), Irak-Invasion (2003)⁵⁸, NATO-Luftoperation Kosovo (24.3.–10.6.1999)⁵⁹</p>
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld <ul style="list-style-type: none"> ○ Internal Displaced Persons⁶⁰ durch militärische Intervention⁶¹ (ja/nein)⁶² ○ International Schutzsuchende⁶³ durch militärische Intervention⁶⁴ (ja/nein) ○ Hohe Zahl⁶⁵ der Verwundeten und Getöteten unter den Kombattanten (ja/nein) ○ Hohe Zahl⁶⁶ der Verwundeten und Getöteten unter der Zivilbevölkerung (ja/nein) ○ Entstehung neuer Gewaltakteure⁶⁷ (ja/nein)⁶⁸

⁵⁸ Das Beispiel der Irak-Invasion wird als warnendes Beispiel für ein gescheitertes internationales Krisen- und Konfliktmanagement angeführt.

⁵⁹ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

⁶⁰ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁶¹ Gemeint ist eine relevante Zahl von Personen zumindest im 1000er-Bereich.

⁶² Das Auftreten von Fluchtbewegungen durch die Intervention wird als Misserfolg gewertet.

⁶³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁶⁴ Gemeint ist eine relevante Zahl von Personen zumindest im 1000er-Bereich.

⁶⁵ Durch den Forscher kontextabhängig zu beurteilen.

⁶⁶ Durch den Forscher kontextabhängig zu beurteilen.

⁶⁷ Kommt es durch die militärische Intervention z. B. zur Etablierung eines bewaffneten Widerstands gegen den Diktator oder zu Auflösungserscheinungen im Staat und der Herausbildung von Warlords?

⁶⁸ Dieser Indikator ist nur im Subszenario „Sturz des Diktators“ relevant.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Soziale und materielle Grundversorgung <ul style="list-style-type: none"> ○ Basic Needs⁶⁹ (nicht abgedeckt/teilweise abgedeckt/abgedeckt) ● Politische und gesellschaftliche Veränderungen aufgrund der Intervention <ul style="list-style-type: none"> a) <u>Subszenario „Einlenken des diktatorischen Regimes“</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Abgehen von seiner, die internationale Ordnung und den internationalen und/oder regionalen Frieden und die Sicherheit verletzenden, Politik (kein Einlenken/teilweises Einlenken/gänzlich Einlenken) b) <u>Subszenario „Sturz des diktatorischen Regimes“⁷⁰</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Entstehen neuer Gewaltakteure (ja/nein)⁷¹ ○ Auflösungserscheinungen der staatlichen Ordnung (ja/nein) ○ Herstellung stabiler neuer Herrschaftsverhältnisse, die internationalen Normen folgen (ja/nein)⁷² ● Regionale und transnationale Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Rückkehr von international Schutzsuchenden⁷³ nach Ende der Intervention (ja/nein)⁷⁴ ○ Herstellung größerer internationaler/regionaler Stabilität nach Ende der Intervention (ja/teilweise/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung <ul style="list-style-type: none"> ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)⁷⁵ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)⁷⁶ ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte⁷⁷ (positiv/negativ)
--	--

⁶⁹ Zur Definition des Konzepts, siehe Annex.

⁷⁰ Mit dem Sturz des Diktators geht das Szenario in ein anderes Szenario über (z. B.: 5, 6, 8).

⁷¹ Dieser Indikator ist nur im Subszenario „Sturz des Diktators“ relevant.

⁷² Es gibt bisher keine Beispiele dafür, siehe die Entwicklungen im Nahen Osten.

⁷³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁷⁴ Gemeint ist eine relevante Zahl von Personen zumindest im 1000er-Bereich.

⁷⁵ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

⁷⁶ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

⁷⁷ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen⁷⁸ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation⁷⁹ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)⁸⁰ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte im Umgang mit diktatorischen Regimen für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner im Umgang mit diktatorischen Regimen und darüber hinaus (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)⁸¹ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein)

⁷⁸ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

⁷⁹ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

⁸⁰ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

⁸¹ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Solidarisierungseffekt mit dem diktatorischen Regime (ja/nein)
--	--

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts⁸² (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifischen operativen Konzepten der Ressorts⁸³ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates⁸⁴ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele⁸⁵ (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität⁸⁶ (ja/nein)

⁸² Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

⁸³ Z. B. militärstrategische Konzepte.

⁸⁴ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

⁸⁵ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

⁸⁶ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario⁸⁷ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements⁸⁸ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen⁸⁹ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System⁹⁰ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation⁹¹ (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehen und Umsetzung von Lehren⁹² (ja/nein)
--	---

⁸⁷ Operative und taktische Aspekte.

⁸⁸ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

⁸⁹ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

⁹⁰ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

⁹¹ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

⁹² Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte⁹³ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal⁹⁴ und Material⁹⁵ (ja/nein) <p>● Rückwirkungen</p> <p><u>a) politische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung⁹⁶ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Förderung von Aktivitäten der Sympathisanten des diktatorischen Regimes im Entsendestaat durch den Einsatz (ja/nein) <p><u>b) humanitäre Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁹⁷ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen⁹⁸ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen⁹⁹ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹⁰⁰ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen¹⁰¹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	---

⁹³ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

⁹⁴ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

⁹⁵ Z. B. zerstörtes Material.

⁹⁶ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

⁹⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁹⁸ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁹⁹ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

¹⁰⁰ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁰¹ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen¹⁰² des Regimes im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen¹⁰³ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft¹⁰⁴ (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	---

¹⁰² Inklusive Cyber und Propaganda.

¹⁰³ Inklusive Cyber und Propaganda.

¹⁰⁴ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische oder sonstige Unterscheidungen.

Szenario 3	Aktivitäten von terroristischen Vereinigungen¹⁰⁵ <i>Eine terroristische Vereinigung verletzt internationale Normen und bedroht dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit.</i> Bsp.: Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien und Irak (2003–), Kenias Engagement in Somalia (AU-Mission AMISOM; 2010–), Tschad gegen Boko Haram (2010–) ¹⁰⁶
Dimension	Zielgebiet
Kategorie	<ul style="list-style-type: none"> ● Erfolg der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung a) <u>Erfolg der Bekämpfung durch externe und interne Sicherheitskräfte</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Handlungsfähigkeit der Führungspersonen der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Funktionsfähigkeit der Befehlskette der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Bewegungsfreiheit der Mitglieder der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Möglichkeit für den Transport von Kämpfern, Waffen und Kampfmitteln¹⁰⁷ der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Verfügbarkeit von Kämpfern, Waffen und Kampfmitteln¹⁰⁸ der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Möglichkeit des Einsatzes propagandistischer Mittel durch die terroristische Vereinigung (ja/nein) ○ Funktionsfähigkeit anderer potenziell bedeutender logistischer Aspekte¹⁰⁹ der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Größe des von der terroristischen Vereinigung kontrollierten Territoriums¹¹⁰ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)

¹⁰⁵ Zur EU-Definition von Terrorismus siehe den „Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung“; Artikel 1, (1) 3. Aufzählungspunkt (-). Darin wird unter Terrorismus verstanden, „die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören“. Zusätzlich muss der Vorsatz gegeben sein. Zur vollständigen Definition siehe Annex.

¹⁰⁶ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

¹⁰⁷ Z. B. Munition.

¹⁰⁸ Z. B. Munition.

¹⁰⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹¹⁰ Z. B. die Terrormiliz Islamischer Staat in Syrien und Irak sowie die Guerilla FARC in Kolumbien.

	<p><u>b) Erfolg der Bekämpfung durch politische Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, die terroristische Vereinigung nicht zu unterstützen (erfolgreich/teilweise erfolgreich/nicht erfolgreich) ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, sich der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung anzuschließen (erfolgreich/teilweise erfolgreich/nicht erfolgreich) ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, auf internationaler Ebene Sanktionen gegen die terroristische Vereinigung bzw. deren Mitglieder und Unterstützer zu verhängen (erfolgreich/teilweise erfolgreich/nicht erfolgreich) <p><u>c) Erfolg der Bekämpfung durch wirtschaftliche Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Austrocknung direkter und indirekter Einnahmequellen der terroristischen Vereinigung¹¹¹ (erfolgreich/teilweise erfolgreich/nicht erfolgreich) <p><u>d) Erfolg der Bekämpfung¹¹² der terroristischen Vereinigung durch Gegennarrative¹¹³ und/oder De-Radikalisierungsstrategien¹¹⁴</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zulauf von Kämpfern (ja/nein) ○ Fahnenflüchtige der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Verbreitung und Zugriff auf Medien des Gegennarrativs (ja/nein) ○ Verbreitung und Zugriff auf Medien der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Stärkung der Sicherheitsstrukturen der anerkannten Regierung im Zielgebiet ○ Zahl der zivilen Todesopfer durch Terroranschläge (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der gegen die Infrastruktur gerichteten Terroranschläge (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der Todesopfer unter den Sicherheitskräften durch Terroranschläge (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der Terroranschläge gegen Sicherheitseinrichtungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	---

¹¹¹ Als „direkte Einnahmequellen“ gelten u. a. Steuererlöse, Schutzgelder, Lösegelder, Zölle, „Spenden“ aus dem Ausland. Als „indirekte Einnahmequellen“ werden z. B. Erlöse durch Mittelsmänner und aus dem Schwarzmarkt bezeichnet.

¹¹² Zielgruppe der ideologischen Maßnahme sind v. a. Sympathisanten einer terroristischen Vereinigung, um dadurch den Zulauf zu dieser zu drosseln. Es gibt sicherlich wichtige Erfolge der Bekämpfung terroristischer Vereinigungen durch Gegennarrative, aber es ist schwierig, den Erfolg zu quantifizieren.

¹¹³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹¹⁴ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Langfristige Sicherung des Staatsgebietes durch die Sicherheitsstrukturen der anerkannten Regierung (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Ausbau/Nutzung vorhandener Kommunikationskanäle mit der terroristischen Vereinigung ○ Zeitlich befristetes Aussetzen von Terroranschlägen (ja/nein) ○ Ankündigung von Gesprächen zwischen dem intervenierenden Akteur und/oder der anerkannten Regierung mit Vertretern der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ● Regionale, transnationale und globale Auswirkungen ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹¹⁵ in der Region und darüber hinaus (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung der Nachbarländer durch Anhänger der terroristischen Vereinigung¹¹⁶ (ja/nein) ○ Zahl der rückkehrenden international Schutzsuchenden¹¹⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung der Nachbarländer durch Flüchtlingsströme, Gewaltakteure und die Überforderung des sozialen Systems (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)¹¹⁸ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)¹¹⁹
--	---

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Anti-Terror-Aktivitäten ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen¹²⁰ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering)

¹¹⁵ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹¹⁶ Z. B. durch Anschläge.

¹¹⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹¹⁸ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

¹¹⁹ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

¹²⁰ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität der Anti-Terror-Aktivität steigert.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation¹²¹ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisationen (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der internationalen Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich der Anti-Terror-Aktivitäten und/oder darüber hinaus (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)¹²² ○ Vorbildcharakter eigener Anti-Terror-Konzepte für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Anti-Terror-Aktivitäten und darüber hinaus (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)¹²³ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet (ja/nein)¹²⁴
--	--

¹²¹ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

¹²² Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

¹²³ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

¹²⁴ Wenn diese Bedingung gegeben ist, kann auf ein internat. Mandat verzichtet werden.

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts¹²⁵ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts¹²⁶(ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates¹²⁷ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele¹²⁸(ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität¹²⁹(ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario¹³⁰(ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements¹³¹(ja/nein)

¹²⁵ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

¹²⁶ Z. B. militärstrategische Konzepte.

¹²⁷ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

¹²⁸ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

¹²⁹ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

¹³⁰ Operative und taktische Aspekte.

¹³¹ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen <ul style="list-style-type: none"> ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen¹³² (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System¹³³ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation¹³⁴ (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehung und Umsetzung von Lehren¹³⁵ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte¹³⁶ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal¹³⁷ und Material¹³⁸ (ja/nein)
--	--

¹³² Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

¹³³ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

¹³⁴ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

¹³⁵ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

¹³⁶ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

¹³⁷ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

¹³⁸ Z. B. zerstörtes Material.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Rückwirkungen <ul style="list-style-type: none"> a) <u>politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung¹³⁹ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) b) <u>humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹⁴⁰ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen¹⁴¹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) c) <u>volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen¹⁴² (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹⁴³ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen¹⁴⁴ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) d) <u>sicherheitspolitische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen¹⁴⁵ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen¹⁴⁶ von Sympathisanten der Konfliktakteure aus anderen Ländern¹⁴⁷ im Entsendestaat (ja/nein)
--	---

¹³⁹ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

¹⁴⁰ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁴¹ Wenn die Anti-Terror-Aktivität Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung an der Aktivität.

¹⁴² Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

¹⁴³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁴⁴ Wenn die Anti-Terror-Aktivität Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung an der Aktivität.

¹⁴⁵ Inklusive Cyber und Propaganda.

¹⁴⁶ Inklusive Cyber und Propaganda.

¹⁴⁷ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen¹⁴⁸ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft¹⁴⁹ (ja/nein) ○ Zulauf zur terroristischen Vereinigung durch den Einsatz (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet¹⁵⁰ (ja/nein)¹⁵¹
--	---

¹⁴⁸ Inklusive Cyber und Propaganda.

¹⁴⁹ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische und sonstige Unterscheidungen.

¹⁵⁰ Beispielsweise ersuchten die fünf Sahara-Staaten Mali, Mauretanien, Tschad, Burkina Faso, Niger (G5 Sahel) Frankreich um Hilfe bei der Bekämpfung des Terrorismus in der westafrikanischen Sahelregion.

¹⁵¹ Wenn diese Bedingung gegeben ist, kann auf ein internat. Mandat verzichtet werden.

Szenario 4	<p>Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch ein diktatorisches Regime</p> <p><i>Ein diktatorisches Regime unterstützt eine terroristische Vereinigung und bedroht dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit. Es ist nicht die Hauptintention, das Regime zu stürzen, sondern sein Einlenken zu erreichen, aber ein Regime-Change kann auch nicht ausgeschlossen werden.</i></p> <p>Bsp.: Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban (1996–2001)¹⁵²</p>
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Soziale und materielle Grundversorgung <ul style="list-style-type: none"> ○ Basic Needs¹⁵³ (nicht abgedeckt/teilweise abgedeckt/abgedeckt) ● Erfolg der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung <ul style="list-style-type: none"> a) <u>Erfolg der Bekämpfung durch militärische Mittel</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Handlungsfähigkeit der Führungspersonen der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Funktionsfähigkeit der Befehlskette der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Bewegungsfreiheit der Mitglieder der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Transportmöglichkeit von Kämpfern, Waffen und Kampfmitteln¹⁵⁴ der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Verfügbarkeit von Kämpfern, Waffen und Kampfmitteln¹⁵⁵ der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Möglichkeit des Einsatzes propagandistischer Mittel durch die terroristische Vereinigung (ja/nein) ○ Verfügbarkeit von Infrastruktur für die terroristische Vereinigung¹⁵⁶(ja/nein) ○ Funktionsfähigkeit anderer, potenziell bedeutender logistischer Aspekte¹⁵⁷ der terroristischen Vereinigung (ja/nein)

¹⁵² Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

¹⁵³ Zur Definition des Konzepts, siehe Annex.

¹⁵⁴ Z. B. Munition.

¹⁵⁵ Z. B. Munition.

¹⁵⁶ Z. B. Führung, Logistik, Ausbildung.

¹⁵⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

	<p><u>b) Erfolg der Bekämpfung durch politische Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, sich der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung anzuschließen (erfolgreich/teilweise erfolgreich/nicht erfolgreich) ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, auf internationaler Ebene Sanktionen gegen die terroristische Vereinigung bzw. deren Mitglieder und Unterstützer zu verhängen (erfolgreich/teilweise erfolgreich/nicht erfolgreich) <p><u>c) Erfolg der Bekämpfung durch wirtschaftliche Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Austrocknung direkter und indirekter Einnahmequellen der terroristischen Vereinigung¹⁵⁸(erfolgreich/teilweise erfolgreich/nicht erfolgreich) <p><u>d) Erfolg der Bekämpfung¹⁵⁹ der terroristischen Vereinigung durch Gegennarrative¹⁶⁰ und/oder De-Radikalisierungsstrategien¹⁶¹</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zulauf von Kämpfern (ja/nein) ○ Fahnenflüchtige der terroristischen Vereinigung (ja/nein) ○ Verbreitung und Zugriff auf Medien des Gegennarrativs (ja/nein) ○ Verbreitung und Zugriff auf Medien der terroristischen Vereinigung (ja/nein) <p>● Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes</p> <p><u>a) Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes durch militärische Mittel des intervenierenden Akteurs¹⁶²</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Haltungsänderung des diktatorischen Regimes gegenüber der terroristischen Vereinigung (positiv/negativ)¹⁶³ ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung mit Waffenlieferungen durch das Regime (ja/nein) ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung im Ausbildungsbereich durch das Regime (ja/nein)
--	--

¹⁵⁸ Als „direkte Einnahmequellen“ gelten u. a. Steuererlöse, Schutzgelder, Lösegelder, Zölle, „Spenden“ aus dem Ausland. Als „indirekte Einnahmequellen“ werden z. B. Erlöse durch Mittelsmänner und aus Schwarzmarkt bezeichnet.

¹⁵⁹ Zielgruppe der ideologischen Maßnahme sind v. a. Sympathisanten einer terroristischen Vereinigung, um dadurch den Zulauf zu dieser zu drosseln. Es gibt sicherlich wichtige Erfolge der Bekämpfung terroristischer Vereinigungen durch Gegennarrative, aber es ist schwierig, den Erfolg zu quantifizieren.

¹⁶⁰ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁶¹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁶² Z. B. Androhung und Einsatz selektiver oder umfassender Gewalt.

¹⁶³ Aus der Sicht des intervenierenden Akteurs.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung im nachrichtendienstlichen Bereich durch das Regime (ja/nein) ○ Änderung der Bewegungsfreiheit der terroristischen Vereinigung im Zielgebiet in Bezug auf das Verhalten des Regimes (verringert/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ermöglichung der Rekrutierung von Kämpfern für die terroristische Vereinigung durch das Regime (ja/nein) ○ Finanzielle Unterstützung der terroristischen Vereinigung durch das diktatorische Regime (ja/nein) ○ Propagandistische Auftritte der terroristischen Vereinigung (ja/nein) <p><u>b) Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes durch politische Sanktionen und/oder Anreize des intervenierenden Akteurs¹⁶⁴</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Haltungsänderung des diktatorischen Regimes gegenüber der terroristischen Vereinigung (positiv/negativ)¹⁶⁵ ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung mit Waffenlieferungen durch das Regime (ja/nein) ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung im Ausbildungsbereich durch das Regime (ja/nein) ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung im nachrichtendienstlichen Bereich durch das Regime (ja/nein) ○ Änderung der Bewegungsfreiheit der terroristischen Vereinigung im Zielgebiet in Bezug auf das Verhalten des Regimes (verringert/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ermöglichung der Rekrutierung von Kämpfern für die terroristische Vereinigung durch das Regime (ja/nein) ○ Finanzielle Unterstützung der terroristischen Vereinigung durch das diktatorische Regime (ja/nein) ○ Propagandistische Auftritte der terroristischen Vereinigung (ja/nein)
--	---

¹⁶⁴ Beispiele für politische Sanktionen: UN-Resolution gegen das diktatorische Regime, Ausschluss aus internationalen Organisationen und Foren; Beispiele für Anreize: Minderung des politischen Drucks auf das diktatorische Regime im Rahmen internationaler Gremien, Anerkennung als legitimer Partner.

¹⁶⁵ Aus der Sicht des intervenierenden Akteurs.

	<p><u>c) Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes durch wirtschaftliche Sanktionen und/oder Anreize des intervenierenden Akteurs¹⁶⁶</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Haltungsänderung des diktatorischen Regimes gegenüber der terroristischen Vereinigung (positiv/negativ)¹⁶⁷ ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung mit Waffenlieferungen durch das Regime (ja/nein) ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung im Ausbildungsbereich durch das Regime (ja/nein) ○ Unterstützung der terroristischen Vereinigung im nachrichtendienstlichen Bereich durch das Regime (ja/nein) ○ Änderung der Bewegungsfreiheit der terroristischen Vereinigung im Zielgebiet in Bezug auf das Verhalten des Regimes (verringert/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ermöglichung der Rekrutierung von Kämpfern für die terroristische Vereinigung durch das Regime (ja/nein) ○ Finanzielle Unterstützung der terroristischen Vereinigung durch das diktatorische Regime (ja/nein) ○ Propagandistische Auftritte der terroristischen Vereinigung (ja/nein) <p>● Regionale, transnationale und globale Auswirkungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹⁶⁸ in der Region und darüber hinaus (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)¹⁶⁹ ○ Destabilisierung der Nachbarländer durch Anhänger der terroristischen Vereinigung¹⁷⁰ (ja/nein)¹⁷¹ ○ Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)¹⁷² ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)¹⁷³
--	---

¹⁶⁶ Wirtschaftliche Sanktionen sind z. B. eine Verschärfung des Embargos oder Maßnahmen auf dem internationalen Kapitalmarkt. Als wirtschaftliche Anreize sind z. B. eine Lockerung des Embargos, ein Schuldenerlass oder auch Kredite zu nennen.

¹⁶⁷ Aus der Sicht des intervenierenden Akteurs.

¹⁶⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁶⁹ Außerdem ist zu berücksichtigen, dass Diktatoren auch bewusst Flüchtlingsströme in ihre Nachbarländer auslösen können.

¹⁷⁰ Z. B. durch Anschläge.

¹⁷¹ Der Indikator ist vorwiegend dann relevant, wenn es eine militärische Intervention der internationalen Interventionsmacht gibt.

¹⁷² Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

¹⁷³ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Einflussnahme auf das diktatorische Regime und/oder der Anti-Terror-Aktivitäten <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen¹⁷⁴(Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation¹⁷⁵ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der internationalen Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich der Einflussnahme auf das diktatorische Regime und/oder darüber hinaus (ja/nein) ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich der Anti-Terror-Aktivitäten und/oder darüber hinaus (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)¹⁷⁶ ○ Vorbildcharakter eigener Anti-Terror-Konzepte für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte im Umgang mit diktatorischen Regimen für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Anti-Terror-Aktivitäten und darüber hinaus (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)¹⁷⁷

¹⁷⁴ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität der Anti-Terror-Aktivitäten steigert.

¹⁷⁵ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

¹⁷⁶ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

¹⁷⁷ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Attraktivität als gewünschter Partner im Umgang mit diktatorischen Regimen und darüber hinaus (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)¹⁷⁸ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats für die Anti-Terror-Aktivität (ja/nein) ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats für die Intervention gegen ein diktatorisches Regime, das eine terroristische Vereinigung unterstützt (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die realen sicherheitspolitischen Entwicklungen (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Solidarisierungseffekt mit dem diktatorischen Regime (ja/nein)
--	---

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts¹⁷⁹ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts¹⁸⁰ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates¹⁸¹ ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ)

¹⁷⁸ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

¹⁷⁹ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

¹⁸⁰ Z. B. militärstrategische Konzepte.

¹⁸¹ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele¹⁸² (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität¹⁸³ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario¹⁸⁴ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements¹⁸⁵ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen¹⁸⁶ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System¹⁸⁷ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)
--	--

¹⁸² Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

¹⁸³ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

¹⁸⁴ Operative und taktische Aspekte.

¹⁸⁵ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

¹⁸⁶ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

¹⁸⁷ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation¹⁸⁸ (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehen und Umsetzung von Lehren¹⁸⁹ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte¹⁹⁰ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal¹⁹¹ und Material¹⁹² (ja/nein) ● Rückwirkungen <ul style="list-style-type: none"> a) <u>politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung¹⁹³ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Förderung von Aktivitäten von Sympathisanten des diktatorischen Regimes im Entsendestaat durch den Einsatz (ja/nein) b) <u>humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹⁹⁴ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen¹⁹⁵ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) c) <u>volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	---

¹⁸⁸ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

¹⁸⁹ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

¹⁹⁰ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

¹⁹¹ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

¹⁹² Z. B. zerstörtes Material.

¹⁹³ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

¹⁹⁴ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁹⁵ Wenn die Anti-Terror-Aktivität Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung an der Aktivität.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen¹⁹⁶ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden¹⁹⁷ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen¹⁹⁸ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen¹⁹⁹ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁰⁰ von Sympathisanten der Konfliktakteure aus anderen Ländern²⁰¹ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁰² aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft²⁰³ (ja/nein) ○ Zulauf zur terroristischen Vereinigung durch den Einsatz (ja/nein) <p>● internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein)²⁰⁴ ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	---

¹⁹⁶ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

¹⁹⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

¹⁹⁸ Wenn die Anti-Terror-Aktivität Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung an der Aktivität.

¹⁹⁹ Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁰⁰ Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁰¹ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

²⁰² Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁰³ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische Unterscheidungen.

²⁰⁴ Z. B. „Islamischer Staat“.

Szenario 5	<p>Gewaltsamer Konflikt zwischen Bevölkerungsgruppen in einem Staat</p> <p><i>Innerstaatlicher Konflikt zumindest zweier rivalisierender Parteien. Der Staat hat nicht die Kontrolle über sein gesamtes Territorium inne. Die Machtfrage steht im Zentrum. Es kommt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die politische und territoriale Integrität des Staates bleiben erhalten.</i></p> <p>Bsp.: Syrien (2011–), Südsudan (2011–), Somalia (UNOSOM I, UNITAF, UNOSOM II; 1991–1995), Libyen (2011–)²⁰⁵</p>
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld²⁰⁶ <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Internally Displaced Persons²⁰⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der international Schutzsuchenden²⁰⁸ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der in Flüchtlingscamps versorgten Personen im Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität) ○ Zugang von Hilfsorganisationen für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen in kritischen Räumen (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Zahl der Getöteten und Verwundeten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der offiziell registrierten²⁰⁹ Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der Gewaltakteure (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Vertreibung von Bevölkerungsgruppen (ja/nein)²¹⁰

²⁰⁵ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

²⁰⁶ Der Umgang mit der humanitären Katastrophe im Zielgebiet“ wurde unter „Sicheres Umfeld“ subsumiert.

²⁰⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁰⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁰⁹ Die „offizielle Registrierung“ von Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, andere internationale Gerichte (wie das International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) oder durch nationale Gerichte erfolgen.

²¹⁰ Falls „ja“, dann ändert sich die Ausprägung des Indikators später in „gesunken/gleichgeblieben/gestiegen“.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl und räumliche Verteilung der Kampfhandlungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl und Art der eingesetzten Wirkmittel²¹¹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung (gegeben/teilweise gegeben/nicht gegeben) ○ Entwicklung der Kriminalitätsrate/organisierten Kriminalität²¹² (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p>● Friedens- und Verhandlungsprozess</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Etablierung eines Verhandlungsprozesses (ja/nein) ○ Verhandlungen mit Präsenz relevanter Konfliktakteure (ja/nein) ○ Verhandlungen mit substantiellem Ergebnis (ja/nein) ○ Orientierung der Friedensverhandlungen an den Konfliktursachen (ja/nein) ○ (Wieder-)Eingliederung militanter oppositioneller Gruppierungen in die Sicherheitskräfte (erfolgt/teilweise erfolgt/nicht erfolgt) ○ (Wieder-)Eingliederung militanter oppositioneller Gruppierungen in den politischen Prozess (erfolgt/teilweise erfolgt/nicht erfolgt) <p>● Regionale/transnationale Auswirkungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden²¹³ in der Region und darüber hinaus (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung in den Nachbarländern durch Flüchtlingsströme, Gewaltakteure und die Überforderung des sozialen Systems (ja/nein) <p>● Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zustimmung der relevanten Konfliktakteure (ja/nein) ○ Einhaltung von relevanten Abkommen und Vereinbarungen (ja/nein) <p>● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)²¹⁴ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)²¹⁵
--	---

²¹¹ Hier sind auch Wirkmittel psychologischer Art und im Cyberbereich gemeint.

²¹² Z. B. Schmuggel.

²¹³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²¹⁴ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

²¹⁵ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte²¹⁶ (positiv/negativ)
--	---

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen²¹⁷ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation²¹⁸ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)²¹⁹ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)²²⁰

²¹⁶ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

²¹⁷ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

²¹⁸ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

²¹⁹ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

²²⁰ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	--

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts²²¹ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts²²² (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates²²³ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele²²⁴ (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein)

²²¹ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

²²² Z. B. militärstrategische Konzepte.

²²³ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

²²⁴ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität²²⁵ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario²²⁶ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements²²⁷ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen²²⁸ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System²²⁹ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation²³⁰ (negativ/neutral/positiv)
--	--

²²⁵ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

²²⁶ Operative und taktische Aspekte.

²²⁷ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

²²⁸ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

²²⁹ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

²³⁰ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehung und Umsetzung von Lehren²³¹ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte²³² (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal²³³ und Material²³⁴ (ja/nein) <p>● Rückwirkungen</p> <p><u>a) politische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung²³⁵ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) <p><u>b) humanitäre Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden²³⁶ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen²³⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen²³⁸ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden²³⁹ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen²⁴⁰ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	--

„Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

²³¹ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

²³² Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

²³³ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

²³⁴ Z. B. zerstörtes Material.

²³⁵ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

²³⁶ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²³⁷ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

²³⁸ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

²³⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁴⁰ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁴¹ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁴² von Sympathisanten aus anderen Ländern²⁴³ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁴⁴ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft²⁴⁵ (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	--

²⁴¹ Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁴² Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁴³ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

²⁴⁴ Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁴⁵ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische oder sonstige Unterscheidungen.

Szenario 6	<p>Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien mit Staatszerfall</p> <p><i>Innerstaatlicher Konflikt zumindest zweier rivalisierender Parteien. Der Staat hat nicht die Kontrolle über sein gesamtes Territorium inne. Die Machtfrage steht im Zentrum. Als Folge des Bürgerkrieges entstehen neue politische und territoriale Entitäten. Die Intervention findet in der Phase des Staatszerfalls statt.</i></p> <p>Bsp.: Sudan (UN-Mission UNMISS; 1956–2011), Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (1991–1992), Somalia (1991), Irak (2014–)²⁴⁶</p>
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld²⁴⁷ <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Internally Displaced Persons²⁴⁸ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der international Schutzsuchenden²⁴⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gesunken) ○ Zahl der in Flüchtlingscamps versorgten Personen im Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität) ○ Zugang von Hilfsorganisationen für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen in kritischen Räumen (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Zahl der Getöteten und Verwundeten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der offiziell registrierten²⁵⁰ Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der Gewaltakteure (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)

²⁴⁶ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

²⁴⁷ Der Umgang mit der humanitären Katastrophe im Zielgebiet“ wurde unter „Sicheres Umfeld“ subsumiert.

²⁴⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁴⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁵⁰ Die „offizielle Registrierung“ von Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, andere internationale Gerichte (wie das International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) oder durch nationale Gerichte erfolgen.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Vertreibung von Bevölkerungsgruppen (ja/nein)²⁵¹ ○ Zahl und räumliche Verteilung der Kampfhandlungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl und Art der eingesetzten Wirkmittel²⁵² (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung (gegeben/teilweise gegeben/nicht gegeben) ○ Entwicklung der Kriminalitätsrate/organisierten Kriminalität²⁵³ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Friedens- und Verhandlungsprozess <ul style="list-style-type: none"> ○ Etablierung eines Verhandlungsprozesses (ja/nein) ○ Verhandlungen mit Präsenz relevanter Konfliktparteien (ja/nein) ○ Verhandlungen mit substantiellem Ergebnis (ja/nein) ○ Orientierung der Friedensverhandlungen an den Konfliktursachen (ja/nein) ● Regionale/transnationale Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden²⁵⁴ in der Region und darüber hinaus (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung der Nachbarländer durch Flüchtlingsströme, Gewaltakteure und die Überforderung des sozialen Systems (ja/nein) ● Umgang mit staatlicher Integrität <ul style="list-style-type: none"> ○ Rechtliche Anerkennung und politische Unterstützung neuer und/oder bereits bestehender Entitäten²⁵⁵ im Zielgebiet durch maßgebliche externe Akteure (gegeben/nicht gegeben) ○ Politische Unterstützung der Unabhängigkeit neuer und/oder bereits bestehender Entitäten im Zielgebiet durch die betroffene Gesellschaft (gegeben/nicht gegeben) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktparteien <ul style="list-style-type: none"> ○ Zustimmung der relevanten Konfliktparteien (ja/nein) ○ Einhaltung von relevanten Abkommen und Vereinbarungen (ja/nein)
--	--

²⁵¹ Falls „ja“, dann ändert sich die Ausprägung des Indikators später in „gesunken/gleichgeblieben/gestiegen“.

²⁵² Hier sind auch Wirkmittel psychologischer Art und im Cyberbereich gemeint.

²⁵³ Z. B. Schmuggel.

²⁵⁴ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁵⁵ Kann ein bereits vorher bestehendes föderatives Element sein oder eine komplett neue Entität.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung <ul style="list-style-type: none"> ○ Demonstrationen für das internationale Engagement im Zielgebiet (ja/nein)²⁵⁶ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement im Zielgebiet (ja/nein)²⁵⁷ ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte²⁵⁸ (positiv/negativ)
--	---

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen²⁵⁹ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation²⁶⁰ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)

²⁵⁶ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

²⁵⁷ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

²⁵⁸ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

²⁵⁹ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

²⁶⁰ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)²⁶¹ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)²⁶² ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	---

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts²⁶³ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifischen operativen Konzepten der Ressorts²⁶⁴ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ○ Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates²⁶⁵ ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ)

²⁶¹ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

²⁶² Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

²⁶³ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

²⁶⁴ Z. B. militärstrategische Konzepte.

²⁶⁵ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele²⁶⁶ (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität²⁶⁷ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario²⁶⁸ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements²⁶⁹ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen²⁷⁰ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ○ Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System²⁷¹ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)
--	---

²⁶⁶ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

²⁶⁷ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

²⁶⁸ Operative und taktische Aspekte.

²⁶⁹ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

²⁷⁰ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

²⁷¹ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation²⁷² (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehen und Umsetzung von Lehren²⁷³ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte²⁷⁴ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal²⁷⁵ und Material²⁷⁶ (ja/nein) ● Rückwirkungen <ul style="list-style-type: none"> a) <u>politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der politischen Beziehungen²⁷⁷ zum Zielgebiet (gleichgeblieben, verbessert, verschlechtert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung²⁷⁸ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Förderung von Aktivitäten von Sympathisanten der Konfliktparteien im Entsendestaar durch den Einsatz (ja/nein) b) <u>humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden²⁷⁹ im Entsendestaar in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen²⁸⁰ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	--

²⁷² Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

²⁷³ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

²⁷⁴ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

²⁷⁵ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

²⁷⁶ Z. B. zerstörtes Material.

²⁷⁷ In diesem Kontext wird die Formulierung „politische Beziehungen“ gegenüber der Formulierung „diplomatische Beziehungen“ bevorzugt, weil sich das Zielgebiet im Staatszerfallsprozess befindet. Diplomatische Beziehungen setzen eine völkerrechtliche Anerkennung des/der neuen Staatsgebilde(s) voraus.

²⁷⁸ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

²⁷⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁸⁰ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen²⁸¹ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden²⁸² im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen²⁸³ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁸⁴ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁸⁵ von Sympathisanten der Konfliktakteure aus anderen Ländern²⁸⁶ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen²⁸⁷ der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft²⁸⁸ (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	---

²⁸¹ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

²⁸² Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁸³ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

²⁸⁴ Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁸⁵ Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁸⁶ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

²⁸⁷ Inklusive Cyber und Propaganda.

²⁸⁸ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische und sonstige Unterscheidung.

Szenario 7	<p>Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien in einem Nachbarstaat mit Spill-Over-Gefahr</p> <p><i>Mehrere Parteien in einem Nachbarstaat sind in einen gewaltsamen Konflikt involviert und es besteht die Gefahr des Ausweitens des Konflikts auf einen oder mehrere Nachbarstaat(en).</i>²⁸⁹</p> <p>Bsp.: Mazedonien (UN-Mission UNPREDEP; 1995–1999), Ruanda/Uganda (UN-Mission UNOMUR; 1993–1994), Sudan/Süd-Sudan (UN-Mission UNISFA; 2011–), Staaten im Einflussgebiet der Boko Haram (Tschad, Zentralafrikanische Republik; 2010–)²⁹⁰</p>
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld²⁹¹ <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden²⁹² im Spill-Over-Gebiet aus dem Hauptkonfliktgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Einwirken²⁹³ von Konfliktakteuren aus dem Hauptkonfliktgebiet in das Spill-Over-Gebiet (ja/nein) ○ Entwicklung der organisierten Kriminalität²⁹⁴ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Regierung des Spill-Over-Gebiets ○ Zustimmung der Regierung des Spill-Over-Gebiets (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung des Spill-Over-Gebiets <ul style="list-style-type: none"> ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)²⁹⁵ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)²⁹⁶

²⁸⁹ Die internationale Intervention kann sowohl im Gebiet erfolgen, das vom Konflikt direkt betroffen ist, als auch im Gebiet, das vom Spill-Over gefährdet ist.

²⁹⁰ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

²⁹¹ Ziel des Engagements ist es das Überschwappen des Konflikts oder das Durchsickern von Kämpfern zu verhindern.

²⁹² Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

²⁹³ Dazu gehört z. B. der Artilleriebeschuss aus dem Hauptkonfliktgebiet in das benachbarte Gebiet oder der Einsatz von Truppen über die Grenze hinweg. Bewertungsgrundlage ist die Zahl der Getöteten und Verwundeten im potenziellen Spill-Over-Gebiet als Folge des Konflikts im Hauptkonfliktgebiet.

²⁹⁴ Z. B. Schmuggel, Schlepperwesen, Waffenschmuggel etc.

²⁹⁵ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

²⁹⁶ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte²⁹⁷ (positiv/negativ)
--	---

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen²⁹⁸ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation²⁹⁹ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)³⁰⁰ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)³⁰¹

²⁹⁷ Z. B. Medianaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

²⁹⁸ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

²⁹⁹ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

³⁰⁰ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

³⁰¹ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationalen Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Spill-Over-Gebiet (ja/nein)³⁰²
--	---

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts³⁰³ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifischen operativen Konzepten der Ressorts³⁰⁴ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates³⁰⁵ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele³⁰⁶ (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein)

³⁰² Wenn diese Bedingung gegeben ist, ist nicht unbedingt ein internat. Mandat notwendig.

³⁰³ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

³⁰⁴ Z. B. militärstrategische Konzepte.

³⁰⁵ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

³⁰⁶ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität³⁰⁷ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario³⁰⁸ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements³⁰⁹ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen³¹⁰ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System³¹¹ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation³¹² (negativ/neutral/positiv)
--	--

³⁰⁷ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

³⁰⁸ Operative und taktische Aspekte.

³⁰⁹ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

³¹⁰ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

³¹¹ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

³¹² Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehung und Umsetzung von Lehren³¹³ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte³¹⁴ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal³¹⁵ und Material³¹⁶ (ja/nein) <p>● Rückwirkungen</p> <p><u>a) politische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung³¹⁷ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Förderung von Aktivitäten von Sympathisanten der Konfliktparteien im Entsendestaat durch den Einsatz (ja/nein) <p><u>b) humanitäre Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden³¹⁸ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen³¹⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen³²⁰ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden³²¹ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen³²² (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	--

³¹³ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

³¹⁴ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

³¹⁵ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

³¹⁶ Z. B. zerstörtes Material.

³¹⁷ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

³¹⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

³¹⁹ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

³²⁰ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

³²¹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

³²² Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen³²³ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen³²⁴ von Sympathisanten der Konfliktakteure aus anderen Ländern³²⁵ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen³²⁶ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft³²⁷ (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet³²⁸ (ja/nein)³²⁹
--	---

³²³ Inklusive Cyber und Propaganda.

³²⁴ Inklusive Cyber und Propaganda.

³²⁵ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

³²⁶ Inklusive Cyber und Propaganda.

³²⁷ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische oder sonstige Unterscheidungen.

³²⁸ Beispielsweise ersuchten die fünf Sahara-Staaten Mali, Mauretanien, Tschad, Burkina Faso, Niger (G5 Sahel) Frankreich um Hilfe bei der Bekämpfung des Terrorismus in der westafrikanischen Sahelregion.

³²⁹ Wenn diese Bedingung gegeben ist, kann auf ein internat. Mandat verzichtet werden.

Szenario 8	Postkriegssituation³³⁰ <i>Ein gewaltsamer Konflikt wurde beendet und es stellt sich die Herausforderung einer umfangreichen Transformation im politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und Sicherheitsbereich.³³¹</i> Bsp.: Der Westbalkan seit Ende des Bosnienkrieges (November 1995) und des Kosovokrieges (Juni 1999), Osttimor (UN-Missionen UNAMET, UNTAET, UNMIT; 1999–2012) ³³²
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld <ul style="list-style-type: none"> ○ Demobilisierung der Kombattanten³³³ (ja/nein) ○ Entwaffnung (planmäßig/nicht planmäßig)³³⁴ ○ Rückführung von ehemaligen Kombattanten in die Zivilgesellschaft (größtenteils/teilweise/im geringen Ausmaß) ○ Rückkehr von Internally Displaced Persons³³⁵ und international Schutzsuchenden³³⁶ (ja/nein) ○ Gefährlose Bewegungsfreiheit³³⁷ (gegeben/eingeschränkt gegeben/nicht gegeben) ○ Reduktion oder Beseitigung von schädlichen Umwelteinflüssen³³⁸ (ja/nein) ○ Entwicklung der Kriminalitätsrate/organisierten Kriminalität³³⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Global Peace Index³⁴⁰ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)

³³⁰ Im Unterschied zur kurz- bis mittelfristigen Perspektive der Szenarien 1–7 und 9–12 ist die zeitliche Perspektive des Szenario 8 mittel- bis langfristig.

³³¹ Wegen der großen Bedeutung ziviler Akteure in diesem Szenario wird u. a. die Entwicklungszusammenarbeit hervorgehoben.

³³² Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

³³³ Z. B. Auflösung von Milizen, Reduktion regulärer Streitkräfte etc.

³³⁴ In Verbindung mit einem Friedensabkommen o. ä.

³³⁵ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

³³⁶ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

³³⁷ Z. B. Kampfmittelbeseitigung, keine Gefährdung durch noch bewaffnete Gruppen etc.

³³⁸ Einschließlich kriegsbedingter Umweltzerstörung, die z. B. durch ABC-Munition hervorgerufen wurde.

³³⁹ Z. B. Schmuggel.

³⁴⁰ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des Global Terrorism Index³⁴¹ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Sicherheitssektor-Reform³⁴² <ul style="list-style-type: none"> ○ Eindeutiger rechtlicher Rahmen (ja/nein) ○ Kontrolle der Sicherheitskräfte durch national/international anerkannte staatliche Organe des Zielgebiets (ja/nein) ○ Effektivität der Sicherheitskräfte (gegeben/eingeschränkt gegeben/nicht gegeben) ○ Erreichen der quantitativen Vorgaben³⁴³ (erreicht/nicht erreicht) ○ Sicherstellung der Finanzierung (gewährleistet/nicht gewährleistet) ● Entwicklung von Rechtsinstitutionen <ul style="list-style-type: none"> ○ Aufbau eines unabhängigen und national sowie international anerkannten Justizsystems (ja/nein) ○ Gewährleistung von Rechtssicherheit (ja/nein)³⁴⁴ ● Demokratische Entwicklung <ul style="list-style-type: none"> ○ Freie, faire, geheime und gleiche Wahlen (ja/eingeschränkt/nein) ○ Funktionierendes Mehrparteiensystem³⁴⁵ (ja/nein) ○ Vereinbarkeit von Religion und Demokratie (ja/nein) ○ Funktionierende Gewaltenteilung (ja/nein) ● Garantierte Grundfreiheiten³⁴⁶ <ul style="list-style-type: none"> ○ Bereitschaft und Möglichkeit der Bevölkerung, sich demokratisch zu engagieren (ja/nein) ○ Möglichkeit zur Gründung von Interessenvertretungen (ja/nein) ○ Veränderung des Democracy Index³⁴⁷ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Corruption Perception Index³⁴⁸ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	---

³⁴¹ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

³⁴² Militär, Polizei und Justiz.

³⁴³ Z. B. Stärke oder Zeit.

³⁴⁴ Impliziert auch die Rechtssicherheit für ausländische Investoren.

³⁴⁵ Darunter versteht man Parteien, die die demokratischen Spielregeln beachten und nicht das Machtwerkzeug von Einzelpersonen sind. Eine weitere Bedingung stellt die interne demokratische Organisation der Parteien dar.

³⁴⁶ Z. B. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, unabhängige Medien etc.

³⁴⁷ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

³⁴⁸ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Wirtschaftliche Entwicklung <ul style="list-style-type: none"> ○ Wirtschaftswachstum (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Beschäftigungsquote³⁴⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Industrialisierung³⁵⁰ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Foreign Direct Investment (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Corruption Perception Index³⁵¹ sowie die Funktionsfähigkeit der Justiz in diesem Kontext³⁵² (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Internationaler Handel möglich (ja/nein) ● Soziale Versorgung³⁵³ <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Ärzte und Krankbetten pro 1000 Einwohner (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase vor und während der Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität; und einem vergleichbaren Land) ○ Zahl der Lehrer und Schulplätze (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase vor und während der Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität; und einem vergleichbaren Land) ○ Veränderung der Kindersterblichkeitsrate (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Sozialleistungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase mit der höchsten Konfliktintensität; und einem vergleichbaren Land) ○ Veränderung des Human Development Index³⁵⁴ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Global Hunger Index³⁵⁵ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Basic Needs³⁵⁶ (nicht abgedeckt/teils abgedeckt/abgedeckt)³⁵⁷
--	---

³⁴⁹ Offizielle Statistiken umfassen zumeist nur den formellen Beschäftigungssektor.

³⁵⁰ Anteil des Industriesektors an der gesamten Wirtschaftsleistung eines Gebiets.

³⁵¹ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

³⁵² Mehrfachnennung dieses Index, weil er für das Szenario 8 besonders wichtig ist.

³⁵³ Im Unterschied z. B. zu Szenario 1 wird im Szenario 8 nicht die Kategorie „materielle Grundversorgung“, sondern die Kategorie „soziale Versorgung“ verwendet. Der Grund ist das im Vergleich zu Szenario 1 höhere Ambitionsniveau der Intervention in Szenario 8.

³⁵⁴ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

³⁵⁵ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

³⁵⁶ Zur Definition des Konzepts, siehe Annex.

³⁵⁷ Vergleichsmaßstab: vor dem Krieg, und ein vergleichbares Land.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Regionale und transnationale Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Freiwillig zurückkehrende, international Schutzsuchende im Zeitraum von bis zu sieben Jahren (geringes Ausmaß/mittleres Ausmaß/hohes Ausmaß) ● Umgang mit staatlicher Integrität³⁵⁸ <ul style="list-style-type: none"> ○ Nachhaltige³⁵⁹ politische Unterstützung für die staatliche Integrität des Zielgebiets durch alle maßgeblichen Akteure im Zielgebiet (gegeben/nicht gegeben) ○ Einseitiges Streben nach politisch-territorialer Veränderung (ja/nein) ○ Rechtliche Anerkennung und politische Unterstützung der staatlichen Integrität des Zielgebiets durch maßgebliche externe Akteure (gegeben/nicht gegeben) ○ Politische Unterstützung der staatlichen Integrität durch die betroffene Gesellschaft (gegeben/teilweise gegeben/nicht gegeben) ● Versöhnungsprozess <ul style="list-style-type: none"> ○ Unterstützung von Kriegsverbrecherprozessen³⁶⁰ im Zielgebiet oder durch internationale Instanzen³⁶¹ (ja/nein) ○ Existenz einer politisch unterstützten Versöhnungskommission, die sich auch mit der Aufarbeitung des Kriegsgeschehens befasst³⁶² (ja/nein) ○ Existenz einer zivilgesellschaftlich unterstützten Versöhnungskommission, die sich auch mit der Aufarbeitung des Kriegsgeschehens befasst³⁶³ (ja/nein) ○ Maßnahmen zur Wiedergutmachung an Opfern oder deren Angehörigen (ja/nein) ○ Internationale Unterstützung für den Versöhnungsprozess im Zielgebiet (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei ehemaligen Konfliktakteuren <ul style="list-style-type: none"> ○ An-/Übergriffe auf internationales Personal und Einrichtungen durch Konfliktakteure (ja/nein)
--	--

³⁵⁸ Insbesondere am Westbalkan spielt die Frage der staatlichen Integrität auch nach dem Krieg eine bedeutende Rolle.

³⁵⁹ Unter „nachhaltig“ werden hier kontinuierliche und substanzielle Unterstützungsmaßnahmen verstanden.

³⁶⁰ Auch gegenüber Angeklagten aus der eigenen Konfliktpartei.

³⁶¹ Im Idealfall sollten Gerichte im Zielgebiet tätig werden, ansonsten internat. Instanzen.

³⁶² Muss nicht notwendigerweise die Einigung über Konfliktursachen beinhalten.

³⁶³ Muss nicht notwendigerweise die Einigung über Konfliktursachen beinhalten.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Zusammenarbeit der relevanten Akteure im Zielgebiet mit internationalen Missionen (gegeben/teilweise gegeben³⁶⁴/nicht gegeben) ○ Zusammenarbeit der Konfliktakteure im Zielgebiet mit internationalen NGOs und NGOs aus dem Zielgebiet (gegeben/teilweise gegeben³⁶⁵/nicht gegeben) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung <ul style="list-style-type: none"> ○ Umfrageergebnisse (positiv/negativ/neutral) ○ Zusammenarbeit der Bevölkerung im Zielgebiet mit internationalen Missionen (gegeben/teilweise gegeben³⁶⁶/nicht gegeben) ○ An-/Übergriffe auf internationales Personal und Einrichtungen durch die Bevölkerung des Zielgebiets (ja/nein) ○ Zusammenarbeit der Bevölkerung im Zielgebiet mit internationalen NGOs und NGOs aus dem Zielgebiet (gegeben/teilweise gegeben³⁶⁷/nicht gegeben)
--	---

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Konsolidierung <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen³⁶⁸ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation³⁶⁹ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering)

³⁶⁴ Wenn z. B. die Zusammenarbeit nicht auf allen Ebenen unterstützt wird.

³⁶⁵ Wenn z. B. die Zusammenarbeit nicht auf allen Ebenen unterstützt wird.

³⁶⁶ Wenn z. B. die Zusammenarbeit nicht auf allen Ebenen unterstützt wird.

³⁶⁷ Wenn z. B. die Zusammenarbeit nicht auf allen Ebenen unterstützt wird.

³⁶⁸ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

³⁶⁹ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)³⁷⁰ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)³⁷¹ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationalen Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet (ja/nein)³⁷²
--	--

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts³⁷³ (ja/nein)

³⁷⁰ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

³⁷¹ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

³⁷² Wenn diese Bedingung gegeben ist, ist nicht unbedingt ein internat. Mandat notwendig.

³⁷³ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts³⁷⁴ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ○ Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates³⁷⁵ ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele³⁷⁶ (ja/nein) <p>● Kapazitäten-Ressourcenmanagement</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität³⁷⁷ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario³⁷⁸ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements³⁷⁹ (ja/nein) <p>● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen³⁸⁰ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein)
--	---

³⁷⁴ Z. B. militärstrategische Konzepte.

³⁷⁵ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

³⁷⁶ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

³⁷⁷ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

³⁷⁸ Operative und taktische Aspekte.

³⁷⁹ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

³⁸⁰ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System³⁸¹ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation³⁸² (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehung und Umsetzung von Lehren³⁸³ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte³⁸⁴ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal³⁸⁵ und Material³⁸⁶ (ja/nein) ● Auswirkungen auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit <ul style="list-style-type: none"> ○ Engagement der Entwicklungszusammenarbeit im Zielgebiet durch die Intervention (ja/nein)³⁸⁷ ○ Auswirkungen auf das Budget der Entwicklungszusammenarbeit (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	--

³⁸¹ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

³⁸² Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

³⁸³ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

³⁸⁴ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

³⁸⁵ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

³⁸⁶ Z. B. zerstörtes Material.

³⁸⁷ Wenn es kein Engagement gibt, dann ist das ein Indikator dafür, dass die Entwicklungszusammenarbeit im gesamtstaatlichen Ansatz zu wenig berücksichtigt wird.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Auswirkungen auf den Whole of Nation Approach³⁸⁸ <ul style="list-style-type: none"> ○ Koordinierung aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure (ja/nein) ○ Abstimmung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure aufeinander (ja/nein) ○ Ergänzung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure entsprechend ihrer Kernkompetenz (ja/nein) ○ Entstehung neuer zivil-militärischer Plattformen (ja/nein) ● Rückwirkungen <ul style="list-style-type: none"> a) <u>politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung³⁸⁹ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) b) <u>humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden³⁹⁰ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen³⁹¹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Rückkehrer in das Zielgebiet (ja/nein) c) <u>volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen³⁹² (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden³⁹³ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen³⁹⁴ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	--

³⁸⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

³⁸⁹ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

³⁹⁰ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

³⁹¹ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

³⁹² Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

³⁹³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

³⁹⁴ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen³⁹⁵ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen³⁹⁶ von Sympathisanten der Konfliktakteure aus anderen Ländern³⁹⁷ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen³⁹⁸ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft³⁹⁹ (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet⁴⁰⁰ (ja/nein)⁴⁰¹
--	---

³⁹⁵ Inklusive Cyber und Propaganda.

³⁹⁶ Inklusive Cyber und Propaganda.

³⁹⁷ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

³⁹⁸ Inklusive Cyber und Propaganda.

³⁹⁹ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische oder sonstige Unterscheidung.

⁴⁰⁰ Beispielsweise ersuchten die fünf Sahara-Staaten Mali, Mauretanien, Tschad, Burkina Faso, Niger (G5 Sahel) Frankreich um Hilfe bei der Bekämpfung des Terrorismus in der westafrikanischen Sahelregion.

⁴⁰¹ Wenn diese Bedingung gegeben ist, ist nicht unbedingt ein internationales Mandat notwendig.

Szenario 9	Gewaltsamer Minderheiten-Konflikt <i>Bewaffneter Aufstand einer, mit ihrem Status unzufriedenen, Minderheit (ethnisch, religiös, etc.) gegen den Zentralstaat. Diese Konfliktsituation kann sich zu einem separatistischen Konflikt entwickeln, aber auch innerstaatlich gelöst werden.</i> Bsp.: Kosovo (1998), Ostukraine (2014–), No-Fly-Zone Irak (1991–2003) ⁴⁰²
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Internally Displaced Persons⁴⁰³ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴⁰⁴ (gesunken/gleichgeblieben/gesunken) ○ Zahl der in Flüchtlingscamps versorgten Personen im Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Konfliktphase mit der höchsten Konfliktintensität) ○ Zugang von Hilfsorganisationen für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen in kritischen Räumen (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Zahl der Getöteten und Verwundeten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der offiziell registrierten⁴⁰⁵ Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Mannstärke⁴⁰⁶ der bewaffneten Kräfte auf der Minderheitenseite (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Mannstärke⁴⁰⁷ der bewaffneten Kräfte auf der Separatistenseite (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)

⁴⁰² Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

⁴⁰³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁰⁴ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁰⁵ Die „offizielle Registrierung“ von Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, andere internationale Gerichte (wie das International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) oder durch nationale Gerichte erfolgen.

⁴⁰⁶ Die Bezeichnung „Truppenstärke“ wird nur in Bezug auf reguläre Kräfte verwendet. Bei irregulären Kräften ist die Bezeichnung „Mannstärke“ üblich. Irreguläre Kräfte werden nicht von staatlichen Institutionen geleitet.

⁴⁰⁷ Die Bezeichnung „Truppenstärke“ wird nur in Bezug auf reguläre Kräfte verwendet. Bei irregulären Kräften ist die Bezeichnung „Mannstärke“ üblich. Irreguläre Kräfte werden nicht von staatlichen Institutionen geleitet.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Entstehen paramilitärischer Gruppierungen auf Regierungsseite (ja/nein) ○ Truppenstärke der Regierung im Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Vertreibung von Bevölkerungsgruppen (ja/nein)⁴⁰⁸ ○ Zahl und räumliche Verteilung der Kampfhandlungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl und Art der eingesetzten Wirkmittel⁴⁰⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung (gegeben/teilweise gegeben/nicht gegeben) ○ Entwicklung der Kriminalitätsrate/organisierten Kriminalität⁴¹⁰ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Friedens- und Verhandlungsprozess <ul style="list-style-type: none"> ○ Etablierung eines Verhandlungsprozesses (ja/nein) ○ Verhandlungen mit Präsenz relevanter Konfliktakteure (ja/nein) ○ Verhandlungen mit substantiellem Ergebnis (ja/nein) ○ Orientierung der Friedensverhandlungen an den Konfliktursachen⁴¹¹ (ja/nein) ● Regionale⁴¹² Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴¹³ in der Region (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung der Nachbarländer durch Flüchtlingsströme, Gewaltakteure und die Überforderung des sozialen Systems (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren <ul style="list-style-type: none"> ○ Zustimmung der relevanten Konfliktakteure (ja/nein) ○ Einhaltung von relevanten Abkommen und Vereinbarungen (ja/nein) ○ Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)⁴¹⁴
--	---

⁴⁰⁸ Falls „ja“, dann ändert sich die Ausprägung des Indikators später in „gesunken/gleichgeblieben/gestiegen“.

⁴⁰⁹ Hier sind auch Wirkmittel psychologischer Art und im Cyberbereich gemeint.

⁴¹⁰ Z. B. Schmuggel.

⁴¹¹ Z. B. Statusfrage, Minderheitenrechte etc.

⁴¹² Mit „regional“ ist hier der betroffene Staat und seine Nachbarstaaten gemeint.

⁴¹³ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴¹⁴ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)⁴¹⁵ ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte⁴¹⁶ (positiv/negativ)
--	--

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext des Konflikts <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen⁴¹⁷ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation⁴¹⁸ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)⁴¹⁹ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagement für andere internationale Organisationen (ja/nein)

⁴¹⁵ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

⁴¹⁶ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

⁴¹⁷ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

⁴¹⁸ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

⁴¹⁹ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)⁴²⁰ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis / völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	--

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts⁴²¹ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts⁴²² (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ○ Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates⁴²³ ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele⁴²⁴ (ja/nein)

⁴²⁰ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

⁴²¹ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

⁴²² Z. B. militärstrategische Konzepte.

⁴²³ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

⁴²⁴ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität⁴²⁵ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario⁴²⁶ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements⁴²⁷ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen <ul style="list-style-type: none"> ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen⁴²⁸ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System⁴²⁹ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)
--	--

⁴²⁵ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

⁴²⁶ Operative und taktische Aspekte.

⁴²⁷ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

⁴²⁸ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

⁴²⁹ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation⁴³⁰ (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehen und Umsetzung von Lehren⁴³¹ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte⁴³² (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal⁴³³ und Material⁴³⁴ (ja/nein) ● Rückwirkungen <ul style="list-style-type: none"> a) <u>politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung⁴³⁵ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) b) <u>humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴³⁶ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen⁴³⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) c) <u>volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen⁴³⁸ (ja/nein)
--	---

⁴³⁰ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

⁴³¹ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

⁴³² Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

⁴³³ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

⁴³⁴ Z. B. zerstörtes Material.

⁴³⁵ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

⁴³⁶ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴³⁷ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁴³⁸ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴³⁹ im Entsendestaats in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen⁴⁴⁰ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁴¹ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁴² von Sympathisanten aus anderen Ländern⁴⁴³ im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁴⁴ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft⁴⁴⁵ (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein)
--	--

⁴³⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁴⁰ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁴⁴¹ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁴⁴² Inklusive Cyber und Propaganda.

⁴⁴³ Weder aus dem Zielgebiet noch aus dem Entsendestaat.

⁴⁴⁴ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁴⁴⁵ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische und sonstige Unterscheidungen.

Szenario 10	Gewaltsamer Konflikt zwischen zwei oder mehreren Staaten <i>Wegen eines Positions- und Interessenskonfliktes kommt es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Staaten. Aufgrund internationaler Vermittlungen kommt es zu einem Abkommen zwischen den Konfliktparteien, das durch die internationale Gemeinschaft überwacht und abgesichert werden soll.⁴⁴⁶</i> Bsp.: Indisch-Pakistanischer Konflikt (1947–), Äthiopien/Eritrea (UN-Mission UNMEE; 1998–2008), Israelisch-Arabische Kriege (1948–2006) ⁴⁴⁷
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld im Mandatsgebiet <ul style="list-style-type: none"> ○ Einhaltung des Waffenstillstandes (ja/nein) ○ Einhaltung der militärischen Vorgaben gemäß Abkommen⁴⁴⁸ (im vollen Umfang/teilweise/nicht gegeben) ○ Bewegungsfreiheit für die internationalen Kräfte (im vollen Umfang/teilweise/nicht gegeben) ○ Sicherheitsrelevante Vorfälle (ja/nein) ● Friedens- und Verhandlungsprozess <ul style="list-style-type: none"> ○ Abzug der internationalen Truppen (im vollen Umfang/teilweise/nicht gegeben) ○ Übernahme der Grenzkontrolle durch die Konfliktparteien (ja/nein) ○ Normalisierung des Grenzverkehrs (ja/nein) ● Regionale/transnationale Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Bewegungen von international Schutzsuchenden⁴⁴⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Rückkehr von international Schutzsuchenden⁴⁵⁰ (ja/nein)

⁴⁴⁶ Bei der Intervention handelt es sich um einen Peacekeeping-Einsatz. Dieser dient der Vorbereitung und Absicherung eines Waffenstillstands. Das Erfolgskriterium ist, ob die Abkommen eingehalten werden. Ausgangspunkt in diesem Szenario ist ein UN-Mandat für den Peacekeeping-Einsatz.

⁴⁴⁷ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

⁴⁴⁸ Z. B. Rückzug von Waffen, Truppen etc.

⁴⁴⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁵⁰ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Bereitschaftsgrad der Streitkräfte in der Region (erhöht/gleichgeblieben/gesunken) ○ Gemeinsame Teilnahme an Regionalorganisationen (ja/nein) ○ Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in der Region (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)⁴⁵¹ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)⁴⁵² ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte⁴⁵³ (positiv/negativ) ○ Bewertung des internationalen Engagements durch relevante politische Akteure (positiv/negativ) ○ Unterstützung des internationalen Engagements durch die Konfliktparteien (gegeben/teilweise gegeben/nicht gegeben) ○ Kooperationsbereitschaft der Zivilbevölkerung⁴⁵⁴ (hoch/mittel/niedrig)
--	--

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext des Konflikts ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen⁴⁵⁵ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation⁴⁵⁶ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering)

⁴⁵¹ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

⁴⁵² Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

⁴⁵³ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

⁴⁵⁴ Z. B. durch Informationsaustausch.

⁴⁵⁵ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

⁴⁵⁶ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)⁴⁵⁷ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)⁴⁵⁸ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein)
--	---

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts⁴⁵⁹ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifischen operativen Konzepten der Ressorts⁴⁶⁰ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein)

⁴⁵⁷ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

⁴⁵⁸ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

⁴⁵⁹ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

⁴⁶⁰ Z. B. militärstrategische Konzepte.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates⁴⁶¹ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele⁴⁶² (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität⁴⁶³ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario⁴⁶⁴ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements⁴⁶⁵ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen <ul style="list-style-type: none"> ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen⁴⁶⁶ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)
--	---

⁴⁶¹ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

⁴⁶² Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

⁴⁶³ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

⁴⁶⁴ Operative und taktische Aspekte.

⁴⁶⁵ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

⁴⁶⁶ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System⁴⁶⁷ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation⁴⁶⁸ (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zichung und Umsetzung von Lehren⁴⁶⁹ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte⁴⁷⁰ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal⁴⁷¹ und Material⁴⁷² (ja/nein) ● Rückwirkungen <ul style="list-style-type: none"> a) <u>politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zu den Konfliktparteien (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung⁴⁷³ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) b) <u>humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴⁷⁴ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen⁴⁷⁵ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	--

⁴⁶⁷ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

⁴⁶⁸ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

⁴⁶⁹ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

⁴⁷⁰ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

⁴⁷¹ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

⁴⁷² Z. B. zerstörtes Material.

⁴⁷³ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

⁴⁷⁴ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁷⁵ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen⁴⁷⁶ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴⁷⁷ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen⁴⁷⁸ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁷⁹ der Konfliktparteien (Staaten) im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁸⁰ von Sympathisanten aus anderen Ländern im Entsendestaat⁴⁸¹ (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁴⁸² aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft⁴⁸³(ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis / völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein)
--	---

⁴⁷⁶ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

⁴⁷⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁷⁸ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlingsströme nicht ausgelöst, sondern verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁴⁷⁹ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁴⁸⁰ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁴⁸¹ Weder der Konfliktparteien noch aus dem Entsendestaat.

⁴⁸² Inklusive Cyber und Propaganda.

⁴⁸³ Hiermit sind beispielsweise Terroranschläge durch Sympathisanten der Konfliktakteure des Zielgebiets oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische und sonstige Unterscheidung.

Szenario 11	Humanitäre Katastrophe mit sicherheitspolitischen Folgen <i>Eine Natur- oder andere schwerwiegende Katastrophe, die sich negativ auf die sicherheitspolitische Lage eines Staates oder einer Region auswirkt bzw. auswirken könnte. Durch Migrationsbewegungen kann diese Katastrophe auch internationale Auswirkungen haben. Die Unterstützung durch internationale Akteure (die auch mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgen kann) ist neben der Bewältigung humanitärer Herausforderungen auch zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Sicherheit notwendig. Es besteht die Gefahr, dass die staatliche Ordnung teilweise zusammenbricht.</i> Bsp. Erdbeben in Haiti (2010), Dürrekatastrophe in Mali (2011)/Aktivitäten der „Nationalen Bewegung zur Befreiung des Azawad“ (MLNA; 2011–2013) ⁴⁸⁴
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld <ul style="list-style-type: none"> ○ Zugang von Hilfsorganisationen für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen in kritischen Räumen (verbessert/gleichgeblieben/verschlechtert) ○ Zahl der Getöteten und Verwundeten aufgrund der schlechten Sicherheitslage (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Aktivitäten marodierender Banden (ja/nein) ○ Entstehen paramilitärischer Gruppierungen⁴⁸⁵ (ja/nein) ○ Fähigkeit zur Sicherstellung der staatlichen Ordnung durch die staatlichen Sicherheitskräfte (nicht gegeben/teilweise gegeben/gegeben) ○ Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung (nicht gegeben/teilweise gegeben/gegeben) ○ Entwicklung der Kriminalitätsrate/organisierten Kriminalität⁴⁸⁶ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Umgang mit der humanitären Katastrophe im Zielgebiet ○ Zahl der Internally Displaced Persons⁴⁸⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der Rückkehrer (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)

⁴⁸⁴ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

⁴⁸⁵ Z. B. selbsternannte Polizeikräfte, Sicherheitskräfte etc.

⁴⁸⁶ Z. B. Schmuggel.

⁴⁸⁷ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴⁸⁸ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Zahl der in Notunterkünften versorgten Personen im Katastrophengebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Funktionierende Infrastruktur (ja/eingeschränkt/nein) ● Regionale/transnationale Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁴⁸⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung der Nachbarländer durch Flüchtlingsströme, Gewaltakteure und die Überforderung des sozialen Systems (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren <ul style="list-style-type: none"> ○ An-/Übergriffe auf internationales Personal und Einrichtungen durch Konfliktakteure (ja/nein) ○ Zusammenarbeit der relevanten Akteure im Zielgebiet mit internationalen Missionen (nicht gegeben/teilweise gegeben⁴⁹⁰/gegeben) ○ Zusammenarbeit der Konfliktakteure im Zielgebiet mit internationalen NGOs und NGOs im Zielgebiet (nicht gegeben/teilweise gegeben⁴⁹¹/gegeben) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung <ul style="list-style-type: none"> ○ Demonstrationen gegen die Art und Weise des internationalen Engagements⁴⁹² (ja/nein) ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte⁴⁹³ (positiv/negativ)
--	--

⁴⁸⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁸⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁴⁹⁰ Z. B. Zusammenarbeit wird nicht auf allen Ebenen unterstützt.

⁴⁹¹ Z. B. Zusammenarbeit wird nicht auf allen Ebenen unterstützt.

⁴⁹² So führte beispielsweise die UN-Mission MINUSTA zu Demonstrationen gegen das nepalesische Kontingent, war aber nicht gegen die Mission an sich gerichtet, sondern gegen die nepalesischen Truppen, weil sie die Cholera verbreitet haben.

⁴⁹³ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der humanitären Mission/Operation <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen⁴⁹⁴ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation⁴⁹⁵ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein) ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)⁴⁹⁶ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)⁴⁹⁷ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein)

⁴⁹⁴ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

⁴⁹⁵ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

⁴⁹⁶ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

⁴⁹⁷ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

	<ul style="list-style-type: none"> ● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet (ja/nein)⁴⁹⁸
--	--

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie <ul style="list-style-type: none"> ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts⁴⁹⁹ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts⁵⁰⁰ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein) ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates⁵⁰¹ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele⁵⁰² (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität⁵⁰³ (ja/nein)

⁴⁹⁸ Wenn diese Bedingung gegeben ist, ist nicht unbedingt ein internat. Mandat notwendig.

⁴⁹⁹ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

⁵⁰⁰ Z. B. militärstrategische Konzepte.

⁵⁰¹ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

⁵⁰² Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

⁵⁰³ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario⁵⁰⁴ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements⁵⁰⁵ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen⁵⁰⁶ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System⁵⁰⁷ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation⁵⁰⁸ (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehung und Umsetzung von Lehren⁵⁰⁹ (ja/nein)
--	--

⁵⁰⁴ Operative und taktische Aspekte.

⁵⁰⁵ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

⁵⁰⁶ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

⁵⁰⁷ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

⁵⁰⁸ Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

⁵⁰⁹ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte⁵¹⁰ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal⁵¹¹ und Material⁵¹² (ja/nein) ● Auswirkungen auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ○ Engagement der Entwicklungszusammenarbeit im Zielgebiet durch die Intervention (ja/nein)⁵¹³ ○ Auswirkungen auf das Budget der Entwicklungszusammenarbeit (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Auswirkungen auf den Whole of Nation Approach⁵¹⁴ ○ Koordinierung aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure (ja/nein) ○ Abstimmung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure aufeinander abgestimmt (ja/nein) ○ Ergänzung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure entsprechend ihrer Kernkompetenz (ja/nein) ○ Entstehung neuer zivil-militärischer Plattformen (ja/nein) ● Rückwirkungen <u>a) politische Rückwirkungen</u> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung⁵¹⁵ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) <u>b) humanitäre Rückwirkungen</u> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁵¹⁶ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen⁵¹⁷ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Rückkehrer ins Zielgebiet (ja/nein)
--	--

⁵¹⁰ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

⁵¹¹ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

⁵¹² Z. B. zerstörtes Material.

⁵¹³ Wenn es kein Engagement gibt, dann ist das ein Indikator dafür, dass die Entwicklungszusammenarbeit im gesamtstaatlichen Ansatz zu wenig berücksichtigt wird.

⁵¹⁴ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁵¹⁵ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

⁵¹⁶ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁵¹⁷ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlings- bzw. Migrationsströme nicht ausgelöst, sondern diese verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen⁵¹⁸ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁵¹⁹ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen⁵²⁰ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p>● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet⁵²¹ (ja/nein)⁵²²
--	---

⁵¹⁸ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

⁵¹⁹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁵²⁰ Wenn der internationale Einsatz Flüchtlings- bzw. Migrationsströme nicht ausgelöst, sondern diese verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁵²¹ Beispielsweise ersuchten die fünf Sahara-Staaten Mali, Mauretanien, Tschad, Burkina Faso, Niger (G5 Sahel) Frankreich um Hilfe bei der Bekämpfung des Terrorismus in der westafrikanischen Sahelregion.

⁵²² Wenn diese Bedingung gegeben ist, ist nicht unbedingt ein internat. Mandat notwendig.

Szenario 12	<p>Aktivitäten von organisierten kriminellen Gruppen</p> <p><i>Organisierte kriminelle Gruppen wie Schlepper, Piraten, Banden, Menschenhändler, Drogenschmuggler, Cyber-Kriminalität etc., die ihre Basis außerhalb der EU haben, gefährden durch ihre Aktivitäten die internationale Sicherheit und den transnationalen oder regionalen Frieden. Ziel ist die Eindämmung der Organisierten Kriminalität durch militärische, polizeiliche, politische und wirtschaftliche Maßnahmen.</i></p> <p>Bsp.: Somalia (2000–2011), EU Naval Force Mediterranean (2015–), NATO-Einsatz im Ägäischen Meer (2015–)⁵²³</p>
Dimension	Zielgebiet
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicheres Umfeld im Mandatsgebiet <ul style="list-style-type: none"> ○ Funktionieren der Rechtstaatlichkeit (ja/teilweise/nein) ○ Stärke der Paralleljustiz der organisierten Kriminalität (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Getötete und Verwundete durch Aktivitäten der organisierten Kriminalität (ja/nein) ○ Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung (nicht gegeben/teilweise gegeben/gegeben) ○ Veränderung des Corruption Perception Index⁵²⁴ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Erfolg der Bekämpfung der organisierten kriminellen Gruppe <p><u>a) Erfolg der Bekämpfung durch externe und interne Sicherheitskräfte</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Handlungsfähigkeit der Führungspersonen der organisierten kriminellen Gruppe (ja/nein) ○ Funktionsfähigkeit der Befehlskette der organisierten kriminellen Gruppe (ja/nein) ○ Bewegungsfreiheit der Mitglieder der organisierten kriminellen Gruppe (ja/nein) ○ Transportkapazität für Menschenhandel und Güter der organisierten kriminellen Gruppe⁵²⁵ (ja/nein) ○ Verfügbarkeit von Personal und Material in der organisierten kriminellen Gruppe⁵²⁶ (ja/nein)

⁵²³ Nähere Informationen zu den Fallbeispielen, siehe Annex.

⁵²⁴ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

⁵²⁵ Z. B. Drogen, Menschenhandel, Munition.

⁵²⁶ Z. B. Munition.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Verfügbarkeit von Kommunikationsstrukturen⁵²⁷ innerhalb und zwischen den organisierten kriminellen Gruppen (ja/nein) ○ Zugang der Mitglieder der organisierten kriminellen Gruppe zu ihren Ressourcen (nicht gegeben/teilweise gegeben/gegeben) ○ Möglichkeit der Vermarktung der Aktivitäten der organisierten kriminellen Gruppe und ihrer Rekrutierung (ja/nein) ○ Geographische Ausdehnung des organisierten kriminellen Netzwerks (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Funktionsfähigkeit anderer potenziell bedeutender logistischer Aspekte⁵²⁸ der terroristischen Vereinigung (ja/nein) <p><u>b) Erfolg der Bekämpfung durch politische Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, die organisierte kriminelle Gruppe nicht zu unterstützen (nicht erfolgreich/teilweise erfolgreich/ erfolgreich) ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, sich der Bekämpfung der organisierten kriminellen Gruppe anzuschließen (nicht erfolgreich/teilweise erfolgreich/ erfolgreich) ○ Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen auf internationaler Ebene, Sanktionen gegen die organisierte kriminelle Gruppe bzw. deren Mitglieder und Unterstützer zu verhängen (nicht erfolgreich/teilweise erfolgreich/erfolgreich) <p><u>c) Erfolg der Bekämpfung durch wirtschaftliche Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Austrocknung direkter und indirekter Einnahmequellen der organisierten kriminellen Gruppe⁵²⁹ (nicht erfolgreich/teilweise erfolgreich/erfolgreich) <p><u>d) Erfolg der Bekämpfung der organisierten kriminellen Gruppe durch Gegenarrative⁵³⁰</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zulauf von Mitgliedern zur organisierten kriminellen Gruppe (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	---

⁵²⁷ Z. B. Kuriere, Telefon, Organisation etc.

⁵²⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁵²⁹ Als „direkte Einnahmequellen“ gelten u. a. Steuererlöse, Schutzgelder, Lösegelder, Zölle, „Spenden“ aus dem Ausland. Als „indirekte Einnahmequellen“ werden z. B. Erlöse durch Mittelsmänner und aus Schwarzmarkt bezeichnet.

⁵³⁰ Zielgruppe dieser Gegenmaßnahmen sind v. a. Sympathisanten einer organisierten kriminellen Gruppe, um dadurch den Zulauf zu drosseln. Es gibt sicherlich wichtige Erfolge der Bekämpfung organisierter krimineller Gruppen durch Gegenarrative, aber es ist schwierig, den Erfolg zu quantifizieren. Unter Gegenarrativ versteht man u. a. die Gegen-darstellung zu Propaganda und die Propagierung universeller Werte. So können Gegenarrative bestehende Narrative der organisierten kriminellen Gruppe durch Aufzeigen von Widersprüchen in ihren Handlungen oder ihrer Propaganda entlarven.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Aussteiger der organisierten kriminellen Gruppe (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Verbreitung und Zugriff auf Medien des Gegennarrativs (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Verbreitung und Zugriff auf Medien der organisierten kriminellen Gruppe (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Unterstützung und/oder partielle Substitution kooperativer Strafverfolgungsbehörden <ul style="list-style-type: none"> ○ Verhaftung und Verurteilung von Schlüsselmitgliedern der organisierten kriminellen Gruppe (ja/nein) ○ Akzeptanz des internationalen Engagements bei kooperationsbereiten politischen und staatlichen Akteuren ○ Zustimmung der relevanten politischen und staatlichen Akteure im Zielgebiet (ja/nein) ○ Einhaltung von relevanten Abkommen und Vereinbarungen (ja/nein) ● Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung <ul style="list-style-type: none"> ○ Demonstrationen für das internationale Engagement (ja/nein)⁵³¹ ○ Demonstrationen gegen das internationale Engagement (ja/nein)⁵³² ○ Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte⁵³³ (positiv/negativ) ● Regionale/transnationale Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Geographische Ausdehnung des organisierten kriminellen Netzwerks (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Destabilisierung in den Nachbarländern durch Mitglieder der organisierten kriminellen Gruppe (ja/nein) ● Soziale und Materielle Grundversorgung <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der Ärzte und Krankbetten pro 1000 Einwohner (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase vor der Intervention; und einem vergleichbaren Land) ○ Zahl der Lehrer und Schulplätze (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase vor der Intervention; und einem vergleichbaren Land) ○ Zahl legaler Arbeitsplätze (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen im Vergleich zur Phase vor der Intervention)
--	---

⁵³¹ Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

⁵³² Diese können sowohl inszeniert als auch spontan sein.

⁵³³ Z. B. Medienaussagen, Umfragen und Stellungnahmen von NGOs.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der Kindersterblichkeitsrate (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Sozialleistungen (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Human Development Index⁵³⁴ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Veränderung des Global Hunger Index⁵³⁵ im Vergleich zum Vorjahr (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Basic Needs⁵³⁶ (nicht abgedeckt/teilweise abgedeckt/abgedeckt) ○ Energiesicherheit⁵³⁷ (ja/nein)
--	--

Dimension	Internationale Organisation
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Bekämpfung organisierter-krimineller Gruppen <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen⁵³⁸ (Mehrheit/Minderheit) ○ Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja/nein) ○ Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch/mittel/gering) ● Innere Kohärenz <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation⁵³⁹ (Mehrheit/Minderheit) ○ Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch/mittel/gering) ● Interne Weiterentwicklung der Organisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja/nein)

⁵³⁴ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

⁵³⁵ Zur Definition und Methodologie des Index, siehe Annex.

⁵³⁶ Zur Definition des Konzepts, siehe Annex.

⁵³⁷ Zur Beurteilung der Energiesicherheit eines Staates kann z. B. das MOSES-Konzept herangezogen werden. Allerdings gilt es zu beachten, dass dieses auf die Bestimmung der Energiesicherheit in OECD-Ländern abgestimmt ist. Das MOSES-Konzept kann aber auch für andere Ländergruppen (z. B. Entwicklungsländer) adaptiert werden. Zur Definition des Konzepts, siehe Annex.

⁵³⁸ Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass eine hohe Zahl beteiligter und relevanter internationaler Organisationen die Legitimität des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements steigert.

⁵³⁹ Die Mitwirkung kann sowohl politisch, operativ oder logistisch erfolgen.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Entwicklung der operativen Kapazitäten (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ● Bedeutungsveränderung im internationalen System ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)⁵⁴⁰ ○ Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für andere internationale Organisationen (ja/nein) ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht)⁵⁴¹ ○ Positive Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja/nein) ● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet (ja/nein)⁵⁴²
--	---

Dimension	Entsendestaat
Kategorien	<ul style="list-style-type: none"> ● Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie ○ Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts⁵⁴³ (ja/nein) ○ Übereinstimmung mit spezifischen operativen Konzepten der Ressorts⁵⁴⁴ (ja/nein) ○ Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja/nein)

⁵⁴⁰ Generelle Akzeptanz der internationalen Organisation.

⁵⁴¹ Dieser Indikator zielt darauf ab, ob der angesprochene Staat ein Wunschpartner bei einer konkreten Mission ist.

⁵⁴² Wenn diese Bedingung gegeben ist, ist nicht unbedingt ein internat. Mandat notwendig.

⁵⁴³ Z. B. in Österreich: Teilstrategien.

⁵⁴⁴ Z. B. militärstrategische Konzepte.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Konsens aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja/nein) ● Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates⁵⁴⁵ <ul style="list-style-type: none"> ○ Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv/negativ) ○ Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele⁵⁴⁶ (ja/nein) ● Kapazitäten-Ressourcenmanagement <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja/nein) ○ Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität⁵⁴⁷ (ja/nein) ○ Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario⁵⁴⁸ (ja/nein) ○ Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja/nein) ○ Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements⁵⁴⁹ (ja/nein) ● Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen <ul style="list-style-type: none"> ○ Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen beeinflussen⁵⁵⁰ (ja/nein) ○ Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (ja/nein) ● Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates <ul style="list-style-type: none"> ○ Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt)
--	---

⁵⁴⁵ In Bezug auf nationale Beschlüsse politischer und rechtlicher Natur.

⁵⁴⁶ Z. B. in Österreich: Ministerratsbeschluss mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats.

⁵⁴⁷ Z. B. Transport, Bewaffnung, Ausrüstung, Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung, Aufklärungsmittel, Sanitätsausrüstung, Verpflegung.

⁵⁴⁸ Operative und taktische Aspekte.

⁵⁴⁹ Hier sind v. a. staatliche und nichtstaatliche Akteure gemeint.

⁵⁵⁰ Der Indikator gibt nur über das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von Lobbygruppen Auskunft. Eine konkrete Bewertung, in welcher Weise sich diese Einflussnahme auf den Erfolg/Misserfolg des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements auswirkt, muss von der Expertin/dem Experten vorgenommen werden.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert/gleichgeblieben/erhöht) ○ Position im internationalen System⁵⁵¹ (geschwächt/gleichgeblieben/gestärkt) ● Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation <ul style="list-style-type: none"> ○ Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation⁵⁵² (negativ/neutral/positiv) ○ Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Ziehung und Umsetzung von Lehren⁵⁵³ (ja/nein) ○ Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte⁵⁵⁴ (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal⁵⁵⁵ und Material⁵⁵⁶ (ja/nein) ● Rückwirkungen <ul style="list-style-type: none"> a) <u>politische Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verschlechtert/gleichgeblieben/verbessert) ○ Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung⁵⁵⁷ (verringert/gleichgeblieben/erhöht) b) <u>humanitäre Rückwirkungen</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁵⁵⁸ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen⁵⁵⁹ (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen)
--	---

⁵⁵¹ Mit „Position“ ist die politische Bedeutung und der Einfluss des Akteurs im internationalen System gemeint.

⁵⁵² Z. B. Invest- und Betriebsanteil der Streitkräfte. Unter dem „Investanteil“ wird das finanzielle Kapital verstanden, das für Investitionen zur Verfügung steht. Der „Betriebsanteil“ bezeichnet den finanziellen Aufwand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist.

⁵⁵³ Maßgebliche Auswirkungen auf die Organisation (Personal, Material) und die Verfahren.

⁵⁵⁴ Z. B. durch Rückkehrbefragungen nach Einsätzen.

⁵⁵⁵ Z. B. Tod, Verwundung, Traumatisierung.

⁵⁵⁶ Z. B. zerstörtes Material.

⁵⁵⁷ Z. B. durch Medienberichte und Umfragen.

⁵⁵⁸ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁵⁵⁹ Wenn der internationale Einsatz gegen die organisierte kriminelle Gruppe Flüchtlings- bzw. Migrantenströme nicht ausgelöst, sondern diese verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

	<p><u>c) volkswirtschaftliche Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Veränderung des generellen Außenhandels ○ Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) ○ Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen⁵⁶⁰ (ja/nein) ○ Zahl der international Schutzsuchenden⁵⁶¹ im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen⁵⁶² (gesunken/gleichgeblieben/gestiegen) <p><u>d) sicherheitspolitische Rückwirkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁵⁶³ der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja/nein) ○ Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen⁵⁶⁴ aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft⁵⁶⁵ (ja/nein) ○ Zulauf für die organisierte kriminelle Gruppe durch den Einsatz im Entsendestaat (ja/nein) <p>● Internationales Einverständnis/ völkerrechtliche Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja/nein) ○ Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja/nein) ○ Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja/nein) ○ Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet⁵⁶⁶ (ja/nein)⁵⁶⁷
--	---

⁵⁶⁰ Z. B. am Arbeitsmarkt etc.

⁵⁶¹ Zur Definition des Begriffs, siehe Annex.

⁵⁶² Wenn der internationale Einsatz gegen die organisierte kriminelle Gruppe Flüchtlings- bzw. Migrantenströme nicht ausgelöst, sondern diese verhindert hat, dann ist das ein Erfolgsnachweis für die Beteiligung am Einsatz.

⁵⁶³ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁵⁶⁴ Inklusive Cyber und Propaganda.

⁵⁶⁵ Hiermit sind beispielsweise Gewaltakte von „Sympathisanten“ der organisierten kriminellen Gruppe auf Sicherheitskräfte gemeint. Der Begriff „Entsendegesellschaft“ inkludiert alle Mitglieder der Gesellschaft des Entsendestaats, ohne religiöse, ethnische, politische und sonstige Unterscheidungen.

⁵⁶⁶ Beispielsweise ersuchten die fünf Sahara-Staaten Mali, Mauretanien, Tschad, Burkina Faso, Niger (G5 Sahel) Frankreich um Hilfe bei der Bekämpfung des Terrorismus in der westafrikanischen Sahelregion.

⁵⁶⁷ Wenn diese Bedingung gegeben ist, ist nicht unbedingt ein internat. Mandat notwendig.

Teil III – Fallstudien

Fallstudie zum Basis-Szenario 1: Konflikt im Kontext einer regionalen Hegemonialmacht

Im Umfeld eines regionalen Hegemons gibt es gewaltsame Entwicklungen. Der Hegemon unterstützt eine Konfliktpartei und das internationale Krisen- und Konfliktmanagement kann nur eingeschränkt stattfinden, und zwar hauptsächlich in jenen Bereichen, in denen es vom Hegemon und der von ihm unterstützten Konfliktpartei zugelassen wird.

Die OSZE-Mission in Georgien

Marius Calligaris



Vorbemerkung

Über die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Georgien, 1992 bis 2008, ist praktisch keine Literatur vorhanden. Die nachstehenden Ausführungen beruhen auf offiziellen OSZE-Dokumenten, Material bzw. Informationen des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres und des Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie auf Aussagen von Personen, die an der Mission teilgenommen haben oder in der OSZE-Zentrale in Wien mit deren Tätigkeit befasst waren.¹

Weiters wird festgehalten, dass die frühere Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1995 als OSZE institutionalisiert wurde. Die Mission in Georgien wurde also noch von der KSZE beschlossen. In diesem Papier darf durchgehend der Terminus OSZE auch für die Zeit vor 1995 verwendet werden. Im Falle der erwähnten österreichischen Ministerien wurde – unabhängig von früheren Bezeichnungen – deren heutiger Name, nämlich Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) bzw. Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) verwendet.

1 Konfliktbeschreibung

Südossetien war als „Autonome Oblast“ Teil der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik. 1990 erklärte sich die Führung Südossetiens von letzterer für unabhängig. Georgische Milizen marschierten in das Gebiet ein. Es kam zu Kampfhandlungen mit südossetischen Verbänden. Die Sowjetunion entsandte Truppen, die auf südossetischer Seite in die Kämpfe eingriffen. Am 24. Juni 1992 wurde in Sochi durch die Präsidenten Boris Jelzin und Eduard Schewardnadse ein Waffenstillstand vereinbart. Eine Gemeinsame Kontrollkommission (Joint Control Commission, JCC) zur Überwachung des Waffenstillstandes und eines Demilitarisierungsprozesses wurde eingesetzt. Diese beschloss die Bildung einer 1500 Mann starken Friedenstruppe (Joint Peacekeeping Force, JPKF), zusammengesetzt aus je 500 Vertretern der Russischen Föderation, Georgiens und Nordossetiens. Die JCC definierte das Operationsgebiet der JPKF mit einem Radius von 15 km vom Zentrum der südossetischen „Hauptstadt“ Tskhinvali und einem

¹ Es handelt sich dabei um James O'Shea, Emmanuel Anquetil, Ryan Grist, Hans-Georg Heinrich, Siegfried Wöber und Joe McDonagh.

Sicherheitskorridor von 7 km zu beiden Seiten der „administrativen Linie“ (Kontaktlinie) zwischen Georgien und Südossetien (am 31. Oktober 1994 wurde formell die Teilnahme des Letzteren an der JCC beschlossen, was die Kontrollkommission in einen Vierer-Mechanismus umwandelte).

Nach Abschluss des Abkommens von Sochi ersuchte die Regierung in Tbilisi die OSZE um Vermittlung zwecks Erzielung einer Lösung des Konfliktes zwischen Georgien und Südossetien und um die Entsendung von OSZE-Beobachtern. Das Komitee der Senior Officials (heute Ständiger Rat) der OSZE entsprach am 6. November 1992 diesem Ersuchen und erteilte das entsprechende Mandat einem persönlichen Vertreter des OSZE-Vorsitzenden (dies war die legale Basis für die Mission). Am 13. November 1992 definierte das Komitee der Senior Officials das Mandat für eine Mission in Georgien wie folgt: Förderung von Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien mit dem Ziel, eine friedliche politische Regelung zu erreichen. Festgelegt wurden auch die Modalitäten und finanziellen Auswirkungen der Mission.

Die Mission nahm am 3. Dezember 1992 ihre Tätigkeit auf und umfasste 8 Mitglieder. Sitz der Mission war Tbilisi. Ab 22. April 1997 bestand eine Außenstelle in Tskhinvali. Der Personalstand wurde ab 1993 laufend erhöht. 2008, im Jahre des Endes der Mission, hatte diese 183 Mitglieder, davon 46 internationale Beamte, darunter acht unbewaffnete Militärbeobachter, deren Zahl per 19. August um weitere 20 aufgestockt wurde (siehe nachstehend) und 137 lokale Kräfte.

Das Mandat wurde am 29. März 1994 wie folgt erweitert:

Im Verhältnis zum georgisch-südossetischen Konflikt:

- Erleichterung der Schaffung eines breiten politischen Rahmens, in welchem eine dauerhafte politische Lösung des Konfliktes Georgien – Südossetien auf Basis der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE erzielt werden kann (Anmerkung: d. h. auf Basis der territorialen Integrität Georgiens; auch die Russländische Föderation (RF) stimmte dem zu);
- Intensivierung von Diskussionen mit allen Konfliktparteien zwecks Beseitigung der Quellen der Spannungen und Erzielung einer politischen Verständigung in der Konfliktzone;

- Erstellung von Vorschlägen für eine internationale Konferenz unter Teilnahme der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Lösung des Konfliktes einschließlich der Definition des politischen Status Südossetiens;
- Wahrnehmung einer Beobachterrolle gegenüber den JPKF, Herstellung von Kontakten mit deren Militärkommandanten und Untersuchung von Verletzungen des Waffenstillstandes;
- Mitarbeit in der Joint Control Commission zwecks Erleichterung der Kooperation zwischen den Parteien;
- Beibehaltung einer sichtbaren OSZE-Präsenz im Konfliktgebiet.

Im Verhältnis zu Georgien als Ganzes:

- Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Unterstützung bei der Schaffung demokratischer Institutionen und Prozesse, Beratung bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und unabhängigen Justiz sowie Beobachtung von Wahlen;
- Koordinierung dieser Aktivitäten mit dem OSZE- Hochkommissar für nationale Minderheiten, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und Kooperation mit dem Europarat sowie anderen auf diesem Gebiet in Georgien tätigen internationalen Organisationen.

Am 31. Oktober 1994 beschloss das JCC, dass die OSZE-Mission an deren Aktivitäten teilnehmen, mindestens alle zwei Monate eine Sitzung stattfinden und ein Sekretariat in Tskhinvali errichtet werden sollte.

Vom 15. Dezember 1999 bis 31. Dezember 2004 war eine Border Monitoring Operation der Mission mit der Überwachung der georgisch-russischen Grenze und der Berichterstattung über Grenzüberschreitungen beauftragt, ursprünglich im Grenzabschnitt zu Tschetschenien, ab Dezember 2001 auch im Grenzabschnitt zu Ingushetien und ab Dezember 2002 auch zu Dagestan.

Am 19. August 2008 wurde nach dem Georgienkrieg die Entsendung von 20 zusätzlichen unbewaffneten Militärbeobachtern an die Mission beschlossen.

Als Folge des Georgienkrieges 2008 und der Anerkennung Südossetiens als unabhängiger Staat seitens der RF erklärte Moskau, dass kein Konflikt mehr vorliege, da zwei unabhängige Staaten existierten und die Mission in Georgien für Südossetien nicht mehr zuständig sei. Für Letzteres müsse die OSZE allenfalls eine eigene Mission errichten. Für die Verlängerung der Mission in Georgien sei eine Neuformulierung des Mandates notwendig, welche die neuen politischen Realitäten berücksichtige. Im Ständigen Rat der OSZE konnte keine Einigung in dieser Frage erzielt werden und die Mission wurde per 31. Dezember 2008 geschlossen. Das Mandat der 20 zusätzlichen Militärbeobachter (siehe obstehend) lief erst am 30. Juni 2009 aus.

2 Der Einfluss der OSZE Mission auf die Konfliktentwicklung in Georgien

2.1 Soziale und materielle Grundversorgung

Die Verbesserung der Grundversorgung in Georgien und Südossetien seitens der OSZE- Mission geschah im Rahmen eines Economic Rehabilitation Program. Die Beiziehung und Kooperation von internationalen und lokalen Experten beider Konfliktparteien trug auch zu einer teilweisen Verbesserung des Klimas zwischen beiden Seiten bei.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit bei der Realisierung des Economic Rehabilitation Program war die Tatsache, dass die Interessen der OSZE und jene der georgischen Behörden teilweise divergierten. Das Programm war als Langzeitinvestition mit dem Nebeneffekt vertrauensbildender Maßnahmen konzipiert, während die Regierung in Tbilisi an einer schnellen Realisierung von sichtbaren und attraktiven Infrastrukturprojekten in georgisch-besiedelten Gebieten interessiert war.

Die Verteilung von Lebensmitteln oder Kleidung sowie die Zurverfügungstellung von Unterkünften gehörten nicht zu den Aufgaben der Mission.

Ein Schwerpunkt war die Verbesserung der Infrastruktur für die Wasserversorgung in Form des Anlegens neuer bzw. Reparatur bestehender Wasserservois sowie undichter Wasserleitungen. Hiezu gehörte auch die Überwachung Letzterer, um ein illegales Anzapfen zwecks Bewässerung von Feldern zu verhindern. In Südossetien erfolgten Reparaturarbeiten auf Initiative der

Mission durch russische Firmen, da diese über entsprechendes Gerät vor Ort verfügten. Bei einer internationalen Ausschreibung für die Reparatur des Reservoirs in Tskhinvali legte ein Unternehmen aus Nordossetien das beste Angebot, was die georgische Regierung als inakzeptabel bezeichnete. Eine Lösung konnte in der Form gefunden werden, dass die nordossetische Firma für die Reparaturarbeiten Arbeiter aus Georgien und Südossetien beschäftigte. Eine spürbare Verbesserung der Trinkwasserversorgung in dem südossetischen Hauptort konnte erreicht werden. Nichtsdestoweniger stellte die Frage von Trinkwasser sowie jenem für die Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen eine ständige Streitfrage zwischen Georgien und Südossetien dar.

Die OSZE-Mission versuchte ferner, landwirtschaftliche Projekte zu lancieren, wobei deren Realisierung aus unterschiedlichen Gründen nicht immer gelang. 2007 wurden Trainingskurse für den Anbau von Getreide und Obst sowie für Molkereiprodukte abgehalten.

Auf dem Energiesektor wurde ein OSZE-Projekt betreffend Stromzähler in Tskhinvali vollendet (die georgische Seite hatte Südossetien wiederholt den „Diebstahl“ von Strom vorgeworfen). Grundsätzlich war jedoch die Kooperation zwischen den Konfliktparteien gut, da beide an einer Verbesserung der Situation auf dem Energiesektor interessiert waren.

Auf medizinischem Gebiet war besonders zu Beginn der Mission in den 90er-Jahren die Situation in Georgien sowie in Südossetien äußerst prekär. Die georgischen Behörden waren angesichts der Lage im eigenen Land praktisch nicht zu einer Kooperation mit der Mission zwecks Verbesserung der Situation in der abtrünnigen Region bereit. Die Mission stellte für das Spital in Tskhinvali medizinisches Gerät und Medikamente zu Verfügung. Ein Großprojekt betreffend die Renovierung des Krankenhauses konnte angesichts des Georgienkrieges 2008 nicht vollendet werden. In dem Dorf Sveri nördlich von Tskhinvali mit gemischter georgisch-südossetischer Bevölkerung (siehe unten) wurde (im Rahmen einer Schule) eine kleine Klinik eingerichtet. Die Ausbildung von Ärzten wurde durch die Mission nicht vorgenommen.

Auf dem Erziehungssektor wurden vier Dorfschulen renoviert und in Sveri (siehe oben) durch georgische und südossetische Firmen unter OSZE-Aufsicht eine Schule komplett neu errichtet. Die Ausbildung von Lehrern, auch

von Deutschlehrern, wurde verschiedentlich vorgenommen. 2004 wurde eine „Menschenrechte-Sonntagsschule“ eingerichtet, in welcher Kinder beider Konfliktparteien in englischer Sprache Unterricht in Menschenrechtsfragen erhielten. 2005 wurde dies auf entsprechendes Training für Lehrer und lokale Beamte ausgeweitet. Von Juli bis Dezember 2007 wurden berufsbildende Kurse für Angehörige von Kleinbetrieben organisiert.

2.2 Sicheres Umfeld

Die OSZE-Mission in Georgien hat nach einhelliger Ansicht zur Sicherheit und Stabilität in der Konfliktregion beigetragen. Reisen über die Kontaktlinie waren über Checkpoints möglich. Die Mission förderte menschliche Kontakte zwischen den beiden Seiten, als erfolgreich erachtet wurde ein gemeinsames georgisch-südossetisches Jugendlager.

Bis 2004 herrschte wenig Gewalt in Gebieten nahe der Kontaktlinie. Danach kam es zu einer wachsenden Verschlechterung der Sicherheitslage. 2004 errichtete Georgien „Trainingscamps“ für Reservisten, welche auf Druck der Mission jedoch im April 2005 wieder aufgelöst wurden. Die Eskalation führte bis 2008 zur ständigen Ausweitung der Gewalt und mündete letztlich in den Augustkrieg dieses Jahres.

Die Mission finanzierte (über Geberländer) ein Programm zur Vernichtung von Beständen von Leichtwaffen und obsoletter Munition auf Basis der freiwilligen Übergabe seitens der Konfliktparteien gegen Finanzierung lokaler Projekte durch die OSZE. Darüber hinaus initiierte die OSZE-Mission Projekte zur Eliminierung von Melange-Raketentreibstoff und Napalm, welche sowjetische Truppen auf früheren Basen unbewacht zurückgelassen hatten.

Mit Fragen betreffend Flüchtlinge und Internally Displaced Persons (IDPs) war die Mission nicht direkt befasst – diese Agenden wurden durch ein UNHCR-Büro wahrgenommen. Das Büro berichtete aber an die OSZE-Zentrale in Wien über die Lebensbedingungen und Behandlung der IDPs durch die georgischen Behörden.

Betreffend Kriegsverbrechen gab es gegenseitige Beschuldigungen, konkrete Fälle wurden durch die Mission jedoch nicht behandelt.

Kein direktes Engagement der Mission lag in Fragen des Terrorismus vor (diesen gab es nicht im eigentlichen Sinn, sondern in der Form von Anschlägen bei Clankämpfen oder etwa Braut-Entführungen), der organisierten Kriminalität und der Korruption. Die OSZE-Mission war jedoch bestrebt, die georgische Regierung in der Bekämpfung zu unterstützen, in Form von Schulungen für Beamte oder den Hinweis auf internationale Standards.

Auf dem Gebiet der Justiz bemühte sich die Mission um die Verbesserung der Rechtsprechung und berichtete an die OSZE-Zentrale über Missstände (z. B. Gewalt in den Gefängnissen). Hilfestellung gab es bei einer Polizeireform, dem Aufbau von Sicherheitsinstitutionen und der Verbesserung der diesbezüglichen Kapazitäten. Trainingsprogramme für höheres Management und junge Offiziere wurden durchgeführt. Ein großer Erfolg war sicher die Teilnahme von Vertretern beider Konfliktparteien an einem Kurs der OSZE-Polizeischule im Kosovo.

2.3 Friedens- und Verhandlungsprozess

Ihrem Mandat entsprechend hielt die Mission laufend Kontakt mit der Regierung in Tbilisi und den Behörden in Tskhinvali. Ein gutes Verhältnis der OSZE-Militärbeobachter bestand auch zu den russischen und georgischen Friedenstruppen in Südossetien. Die Mission beobachtete auch die Auflösung der russischen Militärbasen in Georgien und den unilateralen Rückzug der Truppen und des Gerätes.

Um eine friedliche Lösung des Konfliktes zu fördern, wurden Seminare und Konferenzen organisiert. 1996 wurde eine „Gruppe politischer Experten“ zwecks Ausarbeitung eines vorläufigen Status für Südossetien eingesetzt. Der OSZE-Vorsitz organisierte jährliche Treffen. Das substantiell bedeutendste fand während des österreichischen Vorsitzes 2000 in Baden bei Wien statt. Man einigte sich auf einen Entwurf über die nominelle Reintegration Südossetiens in den georgischen Staatsverband, aber mit der Möglichkeit, privilegierte kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu Nordossetien zu unterhalten. Russland sollte als Garantiemacht das Recht auf eine militärische Präsenz in Südossetien bekommen. Georgien verlangte, dass auch die USA und die EU als Co-Garantiemächte fungieren sollten. Russland lehnte dies ab und das ausgearbeitete Papier blieb ein Entwurf. Die jährlichen Treffen wurden zwar bis 2003 weitergeführt, die Bemühungen blieben jedoch

letztlich erfolglos. Russland war de facto a priori gegen eine Lösung im Sinne der Reintegration Südossetiens in den georgischen Staatsverband, aber auch die Regierung in Tbilisi behinderte durch ihr Beharren auf einer vorrangigen Klärung der Statusfrage praktische Erfolge in Richtung einer Konfliktlösung. Wie im Abschnitt „Sicheres Umfeld“ angeführt, nahmen die Feindseligkeiten ab 2005 laufend zu und mündeten letztlich in den Augustkrieg 2008.

Es muss jedoch festgehalten werden, dass die OSZE-Mission nie eine echte Vermittlerrolle spielen konnte. Wie im Abschnitt „Ausgangslage“ angeführt sollte gemäß ihrem Mandat eine friedliche Lösung des Konfliktes auf Basis der OSZE-Prinzipien, d. h. auf jenem der territorialen Integrität Georgiens erreicht werden. Dadurch war sie für die südossetische Seite praktisch a priori kein neutraler Vermittler. Das Mandat war fix und ließ der OSZE keinen Spielraum, um effizient tätig zu werden.

2.4 Akzeptanz des internationalen Engagements bei den Konfliktakteuren bzw. dem Hegemon

Auf die Ausführungen betreffend den Friedens- und Verhandlungsprozess, nämlich die südossetische Einstufung der Mission als nicht-neutraler Vermittler wird hingewiesen. Die Haltung Moskaus gegenüber der Mission muss als ambivalent bezeichnet werden, letztlich war man dort nicht wirklich an einer Lösung des Konfliktes im Sinne der territorialen Integrität Georgiens interessiert.

2.5 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

Sowohl in der OSZE-Zentrale als auch von Seiten von Teilnehmern an der Mission wird die Haltung der Bevölkerung als überwiegend positiv bezeichnet. Anerkennung fanden die Leistungen im Wiederaufbau und bei der Hebung des Lebensstandards im Rahmen des Economic Rehabilitation Programms. Allerdings wurde der Mission teilweise vorgeworfen, den Krieg 2008 nicht verhindert zu haben.

3 Der Einfluss der Mission auf die OSZE als Organisation

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext des Konfliktes

Die Mission unterhielt regelmäßigen Kontakt mit der UNOMIG in Abchasien in Form eines in deren Büro in Suchumi tätigen Vertreters der OSZE (umgekehrt hatte die UNOMIG keinen Repräsentanten nach Tbilisi entsandt), doch war die Zusammenarbeit wenig operativ. Das Gleiche gilt für den Kontakt mit dem UN-Human Rights Office in Abkhazia, Georgia (HROAG), welcher sich de facto auf regelmäßige Treffen der Leiter der beiden Stellen beschränkte. Die UNHCR unterhielt in Tbilisi in den Räumen der Mission ein kleines Büro. Das IKRK betreute in Tskhinvali ein kleines Wiederaufbauprogramm.

3.2 Innere Kohärenz

Die Mission trug nach übereinstimmender Meinung sowohl von deren Teilnehmern als auch der OSZE-Zentrale zur inneren Kohärenz der Organisation bei. Sie wurde als Beweis dafür gewertet, dass über politische Differenzen hinweg praktische Erfolge trotz Fehlens einer politischen Lösung möglich waren. Auch die Haltung Russlands wird bis Frühjahr 2008 als im Wesentlichen kooperativ bezeichnet. Die folgende Entwicklung und insbesondere der Augustkrieg sowie die Anerkennung Südossetiens als unabhängiger Staat seitens Moskaus setzten dieser Kohärenz jedoch ein Ende, was auch in der mangelnden Einigung über eine Verlängerung der Mission zum Ausdruck kam.

3.3 Interne Weiterentwicklung der OSZE

Der Mission wird vereinzelt Modellcharakter zugeschrieben. Nach dieser Ansicht konnte die OSZE gewisse Erfahrungen bei vertrauensbildenden Maßnahmen, der Diplomatie in einer Konfliktzone, auf humanitärem Gebiet, der Rolle von Militärbeobachtern sowie in logistischen Fragen sammeln und erwies sich als anpassungsfähig in wechselnden Situationen.

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Die Mission trug bis 2008 zum internationalen Prestige bei. Die Schließung wurde jedoch als Versagen der OSZE gewertet.

3.5 Internationales Einverständnis

Es bestand unter den OSZE-Mitgliedstaaten Konsens über die Entsendung der Mission. Das Mandat war klar formuliert, nach Ansicht eines Mitgliedes der Mission in Bezug auf die angestrebte Lösung des Konfliktes aber zu vage definiert.

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates Österreich

Österreich beteiligte sich, allerdings mit jeweils nur schwacher Präsenz, an der Mission in Georgien in Form von zivilen Beobachtern sowie seitens des BMLV entsandten Militärbeobachtern (auf Basis des KSE-BVG 1997 bzw. eines vorangegangenen Gesetzes aus 1965). Alle Beobachter wurden durch das BMEIA als gegenüber der OSZE zuständige nationale Behörde sekundiert, d. h. auch die Sekundierung der Angehörigen des BMLV wurde offiziell durch das BMEIA vorgenommen. In keinem Fall entstand ein Vertragsverhältnis zwischen diesem und den Sekundierten. Nicht-Angehörige des BMEIA erhielten eine monatliche Aufwandsentschädigung, welche durch dieses vorfinanziert und durch die OSZE ausbezahlt wurde. BMLV-Angehörige erhielten keine Aufwandsentschädigung, da ein Beamten- oder Vertragsverhältnis mit diesem Ressort bestand. Die genaue Gesamtzahl der österreichischen Beobachter konnte weder in der OSZE noch den genannten Ministerien festgestellt werden. Prominentester Vertreter war der österreichische General Bernd Lubenik, welcher 2000 und 2001 den Posten des Kommandanten der Border Monitoring Operation innehatte.

Die österreichische Beteiligung entsprach der außenpolitischen Linie Österreichs, in welcher dem multilateralen Aspekt besondere Bedeutung beigemessen wird. So war Österreich an zahlreichen internationalen Friedensmissionen beteiligt. Wien ist sowohl ein Sitz der UNO als auch der OSZE.

5 Fazit

Bei der Mission in Georgien handelte es sich um die größte OSZE-Feldoperation außerhalb von Südost-Europa. Die Tätigkeit der Mission wird, zumindest bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten 2008, positiv bewertet.

Sie war in allen drei Dimensionen (politisch, wirtschaftlich, humanitär) der OSZE tätig. Auf politischem Gebiet trug sie, zumindest bis kurz vor ihrem Ende, zur Stabilität und Sicherheit in der Konfliktzone bei. Sie hatte direkten Zugang nach Südossetien und zu den dortigen Behörden und erleichterte diesen auch anderen internationalen Organisationen, wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der Caritas Dänemark. Die Militärbeobachter hatten Zugang zum Hauptquartier der JPKF und deren Beobachtungsposten. Als positiv erwies sich auch die Eröffnung eines Büros in Tskhinvali, welches den Beobachtern, besonders im Winter, den schwierigen Anfahrtsweg von Tbilisi nach Südossetien ersparte. Auf wirtschaftlichem Gebiet verzeichnete das Economic Rehabilitation Program Erfolge beim Wiederaufbau (vor allem dem Wasser- und Energiesektor) und der Verbesserung des Lebensstandards. Durch die Tätigkeit auf humanitärem Gebiet konnte ein Beitrag hiezu geleistet werden, dass Georgien langfristig auf den Weg der Verbesserung der Situation betreffend Menschenrechte und Demokratie gebracht wurde.

Die durch die Mission gesetzten vertrauensbildenden Maßnahmen brachten gewisse Erfolge im Rahmen des Economic Rehabilitation Program durch die Gründung gemeinsamer georgisch-südossetischer Firmen zur Durchführung von Reparaturarbeiten und der Schaffung einer gewissen wirtschaftlichen Interdependenz. Positiv auf das Klima wirkte sich auch die Zerstörung von Leichtwaffen (siehe oben) aus. Insgesamt blieben die vertrauensbildenden Maßnahmen jedoch eher auf die lokale Ebene beschränkt, das grundsätzliche gegenseitige Misstrauen der Konfliktparteien konnte nicht überwunden werden.

Einen Erfolg brachte auch die Border Monitoring Operation, welche half, eine Ausdehnung des Tschetschenienkonfliktes auf Georgien zu verhindern, nachdem Putin gedroht hatte, eine Militäraktion gegen tschetschenische Aktivisten im georgischen Pankisital durchzuführen. Die Spannungen wurden

durch die Teilnahme auch russischer Soldaten an der Border Monitoring Operation gemildert.

Das Mandat der Mission wird von einigen Teilnehmern als, zumindest in der Anfangsphase, ausreichend bezeichnet, wobei eine Ausweitung größere Möglichkeiten für die Tätigkeit gebracht hätte. Andere Mitglieder der Mission kritisieren das Mandat im Hinblick auf die angestrebte Konfliktlösung: die OSZE sei nicht Verhandlungsführer, sondern nur Teilnehmer bzw. eine Art aktiver Beobachter gewesen.

Die Anzahl der Militärbeobachter (8 ständige) wird als zu gering bezeichnet, deren Erhöhung hätte sich ab März 2008, als sich die Situation klar verschlechterte, als nützlich erwiesen, den Augustkrieg jedoch nicht verhindern können.

Der teilweise erhobene Vorwurf, die Mission sei auf wirtschaftlichem Gebiet zu wenig aktiv gewesen und hätte diesen Bereich zu sehr der EU überlassen, wird von der Mehrzahl der Teilnehmer an der Mission als unzutreffend bezeichnet. Die EU sei zwar im Stammland Georgiens engagiert gewesen, in Südossetien habe aber die OSZE eine größere Rolle gespielt.

Kritisiert wird teilweise auch die Haltung der OSZE selbst und einiger ihrer Mitgliedstaaten. Etliche von diesen seien, spätestens ab 2006/2007, überzeugt gewesen, dass die OSZE angesichts der Haltung Moskaus bzw. des Konsensprinzipes und eines jederzeit möglichen russischen Vetos nicht in der Lage sei, eine Lösung des Konfliktes zu erzielen. In diesem Sinne habe es auch 2008 nur unzureichende Versuche gegeben, die Mission zu erhalten.

Das letztliche Scheitern der Mission wird auf geopolitische Faktoren, insbesondere die Frage einer allfälligen NATO-Mitgliedschaft Georgiens, verbunden mit dem impulsiven Verhalten der Führung in Tbilisi und dem Augustkrieg 2008, zurückgeführt – Umstände, auf welche die Mission keinen Einfluss hatte.

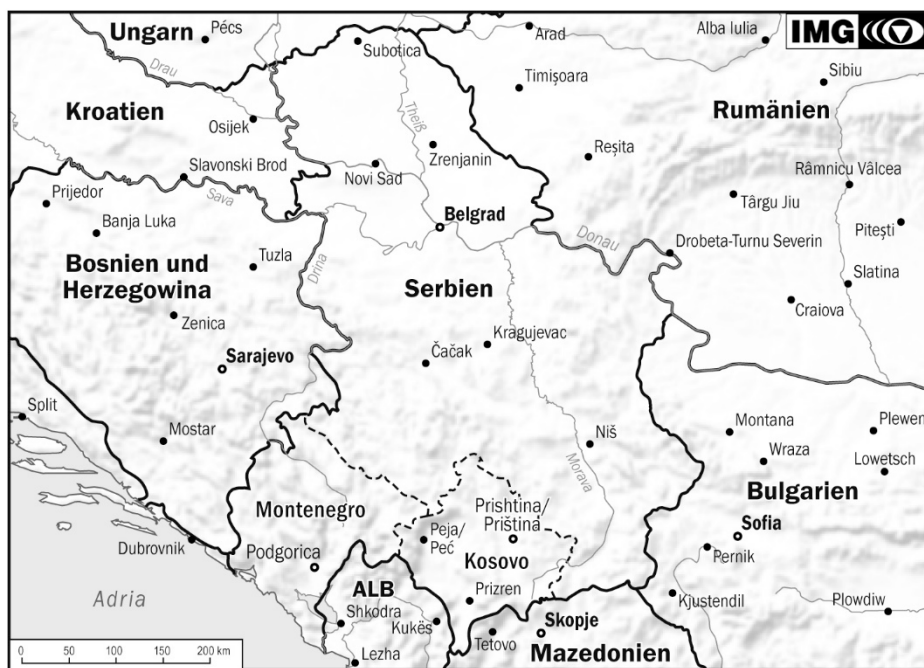
Für Österreich war die Teilnahme an der OSZE-Mission eine gute Gelegenheit, sein Bekenntnis zum multilateralen Aspekt seiner Außenpolitik im Allgemeinen und zur OSZE im Besonderen unter Beweis zu stellen.

Fallstudie zum Basis-Szenario 2: Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen

Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen und bedroht dadurch den internationalen/ regionalen Frieden und/ oder die internationale/ regionale Sicherheit. Das Regime ist trotz Sanktionen und der Androhung einer militärischen Aktion nicht zu einer Haltungsänderung bereit. Es kommt zu einer militärischen Intervention, bei der entweder das Regime einlenkt oder gestürzt wird.

Die NATO-Luftoperation in Serbien/Kosovo 1999

Michael Schmunk



1 Konfliktbeschreibung

Nur wenige Jahre nach der Beendigung des Krieges in Bosnien und Herzegowina durch das Dayton-Abkommen 1995¹ brachte Slobodan Milošević auch noch das letzte Teilgebiet des ehemaligen Jugoslawien, nunmehr die Bundesrepublik Jugoslawien², nämlich den mehrheitlich von Albanern bewohnten Kosovo, durch zunehmende serbische Repression an den Rand eines brutalen, blutigen Konflikts. Obwohl der Problemdruck in der südserbischen Provinz auch für die Internationale Gemeinschaft unübersehbar war, blieb die Kosovo-Frage in Dayton ausgeklammert. Auf die einseitige Aufhebung des Autonomiestatus des Kosovo³ 1989 und die serbische Besetzung und „Kolonisierung“ der Provinz hatte der Kosovo zunächst mit einer Politik des friedlichen Widerstands und des Aufbaus einer albanischen Parallelgesellschaft⁴ reagiert. Mit der Gründung der UÇK⁵ radikalisierte sich der Widerstand gegen Unterdrückung, ethnische Säuberung und Vertreibung durch Belgrad (systematische Serbisierungspolitik: „Alle Serben in einem Staat!“⁶, „Keiner soll Euch schlagen!“⁷). Das internationale Krisenmanagement, das den Konflikt jahrelang unterschätzt hatte und zu keiner einheitlichen Position fand, formierte sich verspätet erst Ende 1997 anlässlich schwerer Unruhen mit der Reaktivierung der Balkan-Kontaktgruppe (KG).⁸ Nachdem jedoch

¹ Paraphiert am 21. November 1995 in Dayton/USA und unterzeichnet 14. Dezember 1995 in Paris.

² Die „Bundesrepublik Jugoslawien“, der Serbien, einschließlich Kosovo, und Montenegro angehörten, bestand vom 27.04.1992 bis 03.02.2003; ihr folgte ab 04.02.2003 „Serbien und Montenegro“ nach.

³ Am 28. März 1989 durch Änderung der Tito-Verfassung von 1974: der Kosovo verlor seinen de facto gleichberechtigten Status mit Serbien.

⁴ Unter Führung des gemäßigten albanischen Politikers Ibrahim Rugova, Parteichef der LDK (Lidhja Demokratike e Kosovës = Demokratische Liga des Kosovo).

⁵ Ushtria Çlirimtare e Kosovës (= Befreiungsarmee des Kosovo); die UÇK verfügte über einen politischen und einen paramilitärischen Arm; später ging aus ihr die PDK (Partia Demokratike e Kosovës = Demokratische Partei des Kosovo), unter Führung von Hashim Thaci, hervor.

⁶ Slobodan Milošević, zitiert nach Calic, Marie-Janine: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München, 2010, S. 305.

⁷ Slobodan Milošević, zitiert nach Schmitt, Oliver Jens: Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft. Wien, 2008, S. 306.

⁸ Die (informelle) Balkan-KG war 1994 zur Bearbeitung des Bosnien-Konflikts gegründet worden; ihr gehören (bis heute) die Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und die USA an.

Beschlüsse der KG, der OSZE⁹, der EU¹⁰ sowie der UN¹¹ wirkungslos blieben und Milošević im Juli 1998 gegen die UÇK bzw. gegen die Albaner mit einer Gewalt-Offensive vorgeing, reagierte der Westen unter dem Druck der Bilder und Öffentlichkeiten erstmals mit Gewaltandrohung durch NATO-Luftschläge. Der UN-Sicherheitsrat (UN-SR) warnte längst vor einer humanitären Katastrophe und einer Gefahr für Sicherheit und Frieden in der Balkan-Region.¹² Die NATO – trotz Widerstands Moskaus, eines fehlenden Mandats des Sicherheitsrats sowie lautstarker Bedenken auch innerhalb des Westens – setzte ihren Eskalationsmechanismus in Gang. Erst im letzten Moment konnte das sog. Holbrooke-Milošević-Abkommen¹³ die Umsetzung des NATO-Drohszenarios abwenden. Das Abkommen führte nicht zuletzt über den Einsatz von Beobachtern der sog. Kosovo Verification Mission¹⁴ zu einer beiderseitigen Einstellung der Gewalt. Doch die Waffenruhe dauerte nur bis zum 15./16. Januar 1999, als es in Rečak/Račak im Zentralkosovo zu einem serbischen Massaker an albanischen Zivilisten kam. Zur Abwendung der außer Kontrolle geratenen Zuspitzung der militärischen Lage riefen Frankreich, Großbritannien und die USA eiligst die Konfliktparteien Serbien und Kosovo-Albaner in Rambouillet bei Paris an den Verhandlungstisch.¹⁵

Die unter Erfolgsdruck etwas überhastet und nicht immer sorgfältig durchgeführten Friedensbemühungen in Form von „Proximity Talks“ scheiterten an einer Vielzahl von Widerständen auf beiden Seiten der Konfliktparteien. Am 24. März 1999 begann die NATO wie angedroht mit der Bombardierung militärischer Ziele in Serbien und im Kosovo (Operation „Allied Force“) – ein Luftkrieg¹⁶, der 78 Tage dauerte, bis zum Abschluss des sog. Military-

⁹ Scheitern der Einreise nach Serbien des OSZE-Jugoslawien-Beauftragten Felipe Gonzáles an Belgrad.

¹⁰ Verhängung von Sanktionen gegen Serbien am 19. März 1998.

¹¹ Verhängung des Waffenembargos gegen Serbien am 31. März 1998.

¹² UN-SR-Res. 1199 vom 23. September 1998.

¹³ Vom 15. Oktober 1998; Richard Holbrooke war Sondergesandter des US-Präsidenten für das Kosovo.

¹⁴ KVM, eingesetzt auf Beschluss des Ständigen Rats der OSZE vom 25. Oktober 1998 – basierend auf UN-SR-Res. 1199, siehe oben.

¹⁵ 1. Runde: 6.–23. Februar 1999; 2. Runde: 15.–18. März 1999; Suspendierung der diplomatischen Verhandlungen am 19. März 1999; Deutschland und Russland waren formell an der Konferenz nicht beteiligt.

¹⁶ Zum (militärischen) Kriegsverlauf und seinem Vorlauf siehe vor allem die ausgewogene politisch-analytische Darstellung nicht nur aus US-amerikanischer Sicht von

Technical Agreements von Kumanovo¹⁷ und der UN-Sicherheitsratsentscheidung 1244. Diese UN-SR-Resolution war ein alle Konfliktparteien bindender Beschluss, der auf dem ursprünglichen Friedensplan der deutschen Bundesregierung¹⁸ basierte und Milošević zur endgültigen Aufgabe zwang. Über die Opferzahlen gibt es bis heute keine völlig gesicherte Faktenlage, aber die Zahl der Toten, Verletzten, Gefolterten und Vergewaltigten war beträchtlich.¹⁹ Der Krieg war beendet – der Wiederaufbau des Protektorats Kosovo (Verfassungsordnung; Verwaltung; Demilitarisierung der „Befreiungsarmee“; Sicherheitssektor; Wirtschaft; Sozialsystem; Bildungssystem) unter dem Statut der Resolution 1244 konnte beginnen. Trotz der Überwachung des Landes durch die internationale Friedenstruppe „Kosovo Force“ (KFOR)²⁰ und die internationale zivile Interimsverwaltung „United Nations

Daalder, Ivo. H./O’Hanlon, Michael E.: *Winning ugly. NATO’s war to save Kosovo*. Washington, D.C., 2000; Judah, Tim: *Kosovo. War and revenge*. New Haven, 2000; militärisch-amerikanische Sicht: Lambeth, Benjamin S.: *NATO’s air war for Kosovo. A strategic and operational assessment*. Santa Monica, CA, 2001; mit neutral-unabhängigem Ansatz: *The Independent International Commission on Kosovo*. Oxford, 2000; international-kritische Stimmen: Schirrmacher, Frank (Hrsg.): *Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg*. Stuttgart, 1999; Schmid, Thomas: *Krieg im Kosovo*. Reinbek bei Hamburg, 1999; Darstellungen aus europäisch-deutschsprachiger Sicht: Joetze, Günter: *Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik*. Stuttgart, 2001; Rüb, Matthias: *Kosovo. Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa*. München, 1999, insb. S. 131 ff. und 170 ff.; Rathfelder, Erich: *Kosovo. Geschichte eines Konflikts*. Frankfurt a.M., 2010; insb. S. 234 ff.; Krause, Joachim (Hrsg.): *Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa*. Opladen, 2000; Biermann, Rafael: *Lehrjahre im Kosovo. Das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch*. Paderborn, 2006.

¹⁷ Vom 9. Juni 1999 zwischen der NATO und der serbischen Militärführung – die NATO-Luftschläge wurden am 10. Juni 1999 ausgesetzt, bis zur endgültigen Einstellung am 20. Juni 1999 anlässlich des vollständigen Abzugs der serbischen Truppen aus dem Kosovo.

¹⁸ Sog. „Fischer-Plan“ vom 14. April 1999, der zunächst in der Balkan-KG sowie im Rahmen des deutschen EU-Ratsvorsitzes (erstes Halbjahr 1999) verhandelt und schließlich im Kontext der deutschen G 8-Präsidentschaft (im Jahr 1999) in Köln (Beteiligung Russlands!) mit UN-SR-Res. 1244 (9./10. Juni 1999) finalisiert wurde.

¹⁹ Die bei Sundhausen genannten Zahlen dürften der Wahrheit sehr nahe kommen: So sollen im Kosovo zwischen Anfang 1998 und Ende 2000 ca. 8.000 bis 10.000 Albaner sowie 2.000 bis 2.500 Serben, Roma, und andere ums Leben gekommen sein (Sundhausen, Holm: *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen*. Wien, 2012, S. 405); zwischen ca. 800.000 und 1 Million wurden vertrieben bzw. sind geflüchtet (UNHCR).

²⁰ Der Kosovo wurde in fünf militärische Zonen unter der Führung Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA aufgeteilt, mit anfänglich eingegliederten Streitkräften von über 40 Nationen und über 50.000 Soldaten.

Mission in Kosovo“ (UNMIK)²¹ konnten Gewaltaktionen, meist gegen Serben und Roma, die sich als „Kollaborateure“ Belgrads Hass, Rache und Vergeltungsschlägen der albanischen Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt sahen, nicht ganz verhindert werden. Ungeachtet fortgesetzter massiver Spannungen zwischen Belgrad und Pristina zwang die von beiden angestrebte Mitgliedschaft in der EU zu politischem Dialog, Verhandlungen über praktische Verbesserungen der Nachbarschaft und letztlich einer Versöhnungsperspektive – soweit allerdings nur mit mäßigem Erfolg, trotz intensiver EU-Mediation und beträchtlicher Brüsseler finanzieller Vor-Beitritts-Subventionen. Gleich nach Kriegsende errichteten die Kosovo-Serben vor allem nördlich des Ibar-Flusses ein politisch-administratives Parallelsystem, das von Serbien in jeder Hinsicht abhängig und von Belgrad mitgesteuert ist, mit obstruktiver Politik im gesamtkosovarischen Parlament in Pristina.²²

Neun Jahre nach Kriegsende erklärte sich der Kosovo 2008 für unabhängig²³ – gegen den Willen Serbiens, das die ehemalige Provinz weiterhin als zum serbischen Staatsgebiet gehörig betrachtet.²⁴ 2018, im 10. Jahr der Unabhängigkeitserklärung und knapp 20 Jahre seit dem Ende der Nato-Intervention bleibt die Gesamtsituation nicht zufriedenstellend, nicht im Kosovo und nicht zwischen Serbien und dem Kosovo.²⁵ Serbien hat von der EU-Kommission im Februar 2018²⁶ eine ambitionierte Beitrittsperspektive für 2025 erhalten²⁷ – der Kosovo hingegen bleibt unter den soweit sechs²⁸ verbleibenden Beitrittsaspiranten des Westbalkans perspektivisch an letzter Stelle. In

²¹ Eine der Hauptaufgaben von UNMIK: Schaffung von „Provisional Institutions of Self-Government (PISG)“.

²² Siehe hierzu etwa Schmitt, Kosovo, S. 347 ff.

²³ Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag kam in seinem Gutachten vom 22. Juli 2010 zu dem Schluss, die Erklärung habe das Völkerrecht nicht verletzt.

²⁴ Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008; mit Stand 15. Februar 2018 haben 116 von 193 Mitgliedern der UN den Kosovo anerkannt – fünf EU-Mitgliedstaaten erkennen den Kosovo nicht an.

²⁵ Vgl. etwa Emini, Donika/Stakić, Isidora: Belgrade and Pristina: lost in normalisation? EUISS Briefs 5/2018, 20 April 2018, www.iss.europa.eu

²⁶ Sog. „Strategy for the Western Balkans“: European Commission: A credible enlargement perspective for and enhanced EU engagement with the Western Balkans. Straßburg, 2018 (COM (2018) 65 final, vom 6. Februar 2018).

²⁷ Die allerdings in mehreren Hauptstädten mehr als Ansporn, denn als realistisch bewertet wird.

²⁸ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien.

allen politischen, menschenrechtlichen, rechtsstaatlichen, sozialen und ökonomischen internationalen Rankings schneidet der Kosovo unter den Sechs bis heute am schlechtesten ab.²⁹

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

2.1 Sicheres Umfeld

Aus Sicht der Kernstaatsserben, aber auch der anderen Teil-Republiken Jugoslawiens war der Kosovo das rückständige Armenhaus des Bundesstaates, in dem es immer wieder zu Spannungen und ethnischen Auseinandersetzungen kam. Im sog. 2. Jugoslawien seit 1945 hatte der Kosovo, dessen albanische Bevölkerung als nicht-südslawisch, d. h. ohne tragende jugoslawische „Nation“ und damit als nicht (mit-)konstituierungsfähig eingestuft wurde, für eine Aufwertung seines Status gekämpft. Die Tito-Verfassung von 1974 gewährte dem Kosovo schließlich einen Autonomiestatus, der jenem der Teil-Republiken weitestgehend gleichkam. Spätestens nach Titos Tod 1980 brachen vor dem Hintergrund nicht zufriedenstellender Studienbedingungen an der Universität Pristina (11. März 1981) Unruhen aus, im Verlauf derer erneut regulärer Republikstatus sowie ein Ende der Diskriminierung des albanischen Bevölkerungsteils gefordert wurde. Das interethnische Klima verschärfte sich; Belgrad antwortete mit Repression und Gewalt. Slobodan Milošević nutzte serbische Bedrohungsperzeptionen im Kosovo und darüber hinaus in Gesamtserbien für seine Serbisierungspläne des Kosovo und beförderte mit anderen Institutionen³⁰ geradezu nationalistisch-serbische Rauschzustände.

Am 23. März 1989 ließ er den Autonomiestatus der Provinz aufheben. Mit bewusst gewählten Worten auf der 600-Jahr-Feier der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 trieb er die Gewalt-aufgeladene Stimmung gegen die Kosovo-Albaner auf die Spitze. Die Grundlage für die brutalen Auseinandersetzungen und den Krieg 1998/99 war gelegt. Schwerste Menschenrechtsverletzungen, Massaker, Vergewaltigungen und massive Vertreibungen seitens serbischer Sicherheitskräfte gegen marodierende Banden von zunächst passiven

²⁹ Vgl. etwa Sundhausen, Jugoslawien, S. 511-514; aktuellste Zahlen bei den jeweils dort zitierten Indices.

³⁰ Akademie der Wissenschaften; Orthodoxe Kirche; nationalistische Medien.

Widerstand praktizierenden, dann gegen provozierende sowie sich verteidigende albanische Terroristen und Guerilla-Gruppen waren die Folge. Die Gräuelt-Situation verschärfte sich im Verlauf der NATO-Luftschläge noch – Milošević rechtfertigte mit ihnen eine noch brutalere Vorgehensweise gegen die Albaner, die auch dafür büßen sollten, dass es in Kernserbien zu serbischen Opfern und empfindlichen Zerstörungen kam.³¹

Was der Intervention mit der Waffenruhe und Demilitarisierung des Konflikts des 9./10. Juni 1999 folgte, war zwar ein Ende des Kosovo-weiten Blutvergießens und der Massenvertreibungen, jedoch noch keine nachhaltige Beruhigung der Gesamtlage und das Ende von Gewalt. Denn jetzt sah sich die serbische Minderheit im Kosovo Hass und Racheakten der Albaner ausgesetzt – ein serbischer Exodus in den Nord-Kosovo (nördlich des Ibar) bzw. nach Kern-Serbien³² war die Folge. Aber auch zwischen den beiden rivalisierenden albanischen Befreiungsbewegungen UÇK und FARK³³ brachen die erbitterten alten Feindschaften, jetzt zwischen den „politischen Armen“ PDK und LDK, wieder auf, in Denunziationen und Bezeichnungen, kriegsverbrecherische Kampfhandlungen begangen zu haben – Konflikte, die von LDK und PDK in der Post-Interventionsphase (bis heute, siehe auch „Fazit“) fortgeführt wurden und dem Demokratie- und Rechtsstaatsaufbau schaden.

Weniger die unter UN-SR-Res. 1244 nur schwerfällig arbeitende und von den Kosovaren heftig kritisierte UNMIK, als die weithin respektierte, nicht zuletzt, weil mit schweren Waffen ausgerüstete, KFOR sorgte aber rasch für eine grundsätzliche Befriedung des UN-Protektorats, was vor allem der gefahrlosen Rückkehr der Zehntausenden Vertriebenen und Flüchtlingen in ihre Dörfer und Häuser zugute kam. Gewalt ganz auszuschließen gelang

³¹ Die NATO sprach von bedauerlichen, aber letztlich unvermeidlichen „Kollateralschäden“.

³² An die 30.000 Kosovo-Serben flohen gleich nach dem Ende der Kampfhandlungen, vgl. etwa Phillips, David L.: *Liberating Kosovo. Coercive diplomacy and U.S. intervention*. Cambridge, MA 2012, S. 115 ff. (119).

³³ Die FARK (*Forcat e Armatosura të Republikës së Kosovë* = Bewaffnete Kräfte der Republik Kosovo) wurde von dem mit Rugova konkurrierenden, führenden LDK-Politiker Bujar Bukoshi ab 1997 aufgebaut, vgl. etwa Wittkowsky, Andreas: *Grand Hotel Kosovo. Schlaglichter einer europäischen Staatenbildung*. Berlin, 2011, S. 179 f.; zu den inneralbanischen Rivalitäten ferner Biermann, Rafael: *Lehrjahre im Kosovo. Das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch*. Paderborn, 2006, S. 460 ff.; Schmitt, S. 322–326.

nicht – das zeigten die schweren Unruhen im März 2004 bis zur Ermordung des gemäßigten Kosovo-Serben-Führers Oliver Ivanović im Januar 2018. Häufig waren radikale Nationalisten oder Kriminelle, auf albanischer wie serbischer Seite, involviert.

Unsicherheit und Instabilität gehen nach Beendigung der Intervention weniger und weniger von „Mord und Totschlag“ aus (wie teilweise noch in der direkten Post-Interventionsphase), denn vom sicherheitspolitischen Versagen der kosovarischen Institutionen, von der Korruption und organisierten Kriminalität „hohen Ausmaßes“ (EU), der Schwäche und mangelhaften Unabhängigkeit des Justizwesens sowie dem nicht lückenlosen Schutz der Menschen- und Grundrechte. Hier ist der Kosovo laut dem „Fortschrittsbericht“ der EU-Kommission vom April 2018³⁴ hinsichtlich der EU-Standards noch „at an early stage“. Zur Enttäuschung vieler konnte auch die gut ausgestattete EU-Rechtsstaatsmission EULEX (gegründet 2008) dem nicht allzu viel entgegensetzen.

2.2 Soziale und materielle Grundversorgung

Nicht nur in Bezug auf die Sicherheitslage, sondern auch hinsichtlich seines Modernisierungsgrades (in Relation zu den Teil-Republiken) – zivilisatorisch, wirtschaftliche Entwicklung, hohe Arbeitslosenrate, Alphabetisierung und Bildungsniveau – war der Kosovo vor der NATO-Intervention rückständig und peripher.³⁵ Die „Jugoslawisierung“ nach 1945 brachte dem bis dahin vorwiegend osmanisch geprägten Landstrich gewaltige Umwälzungen – und in vielen Bereichen (Bildung) und Gesundheitsversorgung auch einen deutlichen Schub. Aus Belgrader Sicht bleibt der Kosovo jedoch bis zum Ausbruch der allgemeinen jugoslawischen Wirtschaftskrise 1989 immer ein kolonisierter Zulieferungsraum – vor allem hinsichtlich seiner Energievorräte (Braunkohle) und reichhaltigen Bodenschätze (Trepça-Minen). Die Bevölkerung hatte insgesamt einen schlechteren Lebensstandard als in Kern-Serbien, jedoch gab es ein Auskommen. Nicht zuletzt halfen die

³⁴ European Commission: Enlargement package: Reports on the Western Balkans partners and Turkey. Brussels, 17 April 2018 (Fact sheet Kosovo), http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-183404_en.htm

³⁵ Vgl. hierzu etwa Sundhausen, Jugoslawien, S. 219 ff.; 366 ff.; Petritsch, Wolfgang/Pichler, Robert: Kosovo-Kosova. Der lange Weg zum Frieden. Klagenfurt 2004, S. 41 ff.

Rentenzahlungen der wachsenden kosovarischen Gastarbeitergruppen im Ausland.³⁶ Eine Verbesserung der materiellen Situation der Bevölkerung war weder Teil der Interventionsziele noch der UN-SR-Resolution 1244, die nur von humanitärer Hilfe und *Wiederaufbauleistungen* (etwa der zerstörten Infrastruktur), nicht aber von einer grundsätzlichen Neugestaltung der Wirtschaft spricht – das sollte später insbesondere der EU vorbehalten bleiben. Grundelemente einer Marktwirtschaft im Kosovo sieht die EU zwar als errichtet, verweist aber darauf, dass diese weiterhin von einer „informal economy“, hohem Handelsdefizit, schwacher Produktion sowie hoher (Jugend-)Arbeitslosigkeit geprägt ist.³⁷

2.3 Politische und gesellschaftliche Veränderungen aufgrund der Intervention

Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die die NATO-Intervention und die nachfolgende Protektoratserrichtung durch die UNO (im Verbund mit der OSZE und der EU), abgesichert durch die KFOR, bewirkt haben, sind bis heute beträchtlich, ohne das damit schon gesagt ist, dass es in jedem Fall auch Verbesserungen waren und sind. Von einer (partiell clandestinen) Parallelgesellschaft und serbischer Bevormundung, Benachteiligung und Unterdrückung durchlief die albanische Mehrheitsbevölkerung die Stufen eines mit ersten, dann wachsenden Selbstverwaltungselementen ausgestatteten internationalen General-Gouvernements (Erfassung aller Politik- und Lebensbereiche), eines sich langsam, wenn auch nicht in den Kernelementen abschwächenden Protektorats (etwa 2001 durch Schaffung des „Constitutional Framework“; eigenes Parlament; eigene Regierung) bis hin zur selbst erklärten Unabhängigkeit 2008, die allerdings soweit nur teilweise international anerkannt ist (s. o.) und nicht zur Mitgliedschaft in den UN geführt hat. Durch Fortgeltung der UN-SR-Res. 1244 und der Stationierung der KFOR-Friedenstruppe besitzt der Kosovo auch weiterhin nur eine (stark) eingeschränkte Souveränität.³⁸ Aber er ist, anders als vor der NATO-

³⁶ Vgl. hierzu die detaillierte Darstellung bei Schmitt, Kosovo, S. 237 ff. (248 ff.).

³⁷ Siehe EU-Commission, Enlargement, Kosovo Fact Sheet.

³⁸ International kann der Kosovo vor dem Hintergrund seines UN-bestimmten Status insbesondere wegen des Widerstandes Serbiens und Russlands nur sehr eingeschränkt und nur unter UN-Führung auftreten, als Kosovo*:

Intervention, frei von politischer Bestimmung und gar gewaltsamen Übergriffen des vormaligen Aggressors Serbien, wenn sich auch die im Nord-Kosovo lebenden Kosovo-Serben (mehr oder weniger freiwillig) in weite Abhängigkeit von Belgrad begeben haben.

Über die gesellschaftlich-politischen Transformationen des Kosovo nach einer „Befreiung von den Serben“ ist, das wurde den euro-atlantischen „Invasoren“ als politisches-strategisches Manko von ihren Kritikern heftig vorgeworfen, zumindest zum Zeitpunkt der Interventionsentscheidung nicht diskutiert worden. Es gab keine Post-Konflikt-Pläne – letztlich bestand zu Beginn der NATO-Luftschläge auch weitgehendes Einverständnis, dass nach erfolgreich abgeschlossener Militärintervention, einschließlich vollständigen Abzuges aller bewaffneten serbischen Sicherheitskräfte, der Kosovo völkerrechtlich weiterhin „fester Bestandteil“ Serbiens bleiben würde. Für eine Übergangszeit von etwa 3–5 Jahren, davon gingen alle Beteiligten aus, würden die aus UN-SR-Resolution 1244 abgeleiteten Institutionen und Prinzipien dem Land Struktur und Perspektive geben, auch und gerade im Alltagsleben. Weiter reichte das Ziel der Intervention nicht.

2.4 Regionale und transnationale Auswirkungen

Die Interventionen der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina (BiH), ganz sicher jedoch die im Kosovo, haben die EU bewogen, sich künftig im Westlichen Balkan grundsätzlich und nachhaltig zu engagieren. Bereits 1996 formulierte sie ein Westbalkan-Konzept (mit Kosovo noch als Teil Serbiens) mit dem Ziel der „Schaffung einer Zone der politischen Stabilität und des wirtschaftlichen Wohlstandes“³⁹, das vom Europäischen Rat 1998 als „gemeinsame Strategie für den Westbalkan“⁴⁰ beschlossen wurde. Im Mai 1999 wurde das EU-Konzept der Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA) angenommen,⁴¹ zu dem der Kosovo im April 2016 als letztes Land Zugang erhielt. Ebenfalls im Mai 1999 wurde der EU-Stabilitätspakt für Südosteuropa verabschiedet. 2003 wurde die Thessaloniki-

„This designation is without prejudice to positions on Status, and is in line with UNSCR 1244/1999 and the ICJ Opinion on the Kosovo declaration of independence“, dies drückt der dem „Staatsnamen“ Kosovo beigefügte Asterisk * aus.

³⁹ Regionalkonzept der EU von 1996.

⁴⁰ Europäischer Rat, Wien, Dezember 1998.

⁴¹ Siehe EU IP/99/350 vom 26. Mai 1999.

Erklärung angenommen; 2008 wurde der Kosovo* Mitglied des neu gegründeten „Regional Cooperation Council“ (RCC) mit Sitz in Sarajewo. Die Interventionen der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina und vor allem im Kosovo haben die EU dazu veranlasst, erstmals eine langfristige, letztendlich auf Beitritt der südosteuropäischen Staaten angelegte, Strategie zu entwickeln, die mit dem Beitritt Sloweniens ihren Anfang nahm. Die NATO ist diesem Beispiel mit einer eigenen Erweiterungsstrategie gefolgt. Aber auch über die Balkan-Region und die EU hinaus hatte die schrittweise, noch nicht vollständig abgeschlossene Staatswerdung des Kosovo im Gefolge der NATO-Intervention Veränderungen zur Folge, bis hin zu Mitgliedschaften im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

2.5 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

Es versteht sich von selbst, dass die Kosovo-Albaner die militärische Intervention der NATO, die Stationierung der KFOR und hier vor allem amerikanischer und deutscher Friedenstruppen enthusiastisch begrüßt haben – was bis heute im Grundsatz anhält. Entsprechend haben die Kosovo-Serben sowie die von den Albanern als deren Kollaborateure betrachteten Roma skeptisch bis ablehnend reagiert, obwohl sie anerkennen mussten, dass insbesondere die KFOR im Geiste von UN-SR-Resolution 1244 status-neutral operierte und stets darauf bedacht war, die nicht-albanischen Minderheiten, ihr Eigentum und ihre Kulturgüter zu schützen. Für alle Kosovo-Serben war und ist im Alltagsleben erfahrbar, dass die NATO-Interventionstruppen und nun die KFOR sie individuell trotz der Aggressionspolitik Miloševićs wie auch einiger kosovo-serbischer Führer nicht zuletzt aufgrund des in UN-Res. 1244 noch einmal verbrieften Minderheiten-Status besonders zuvorkommend behandelten. Politisch beeindruckte die Kosovo-Serben (vor allem nördlich des Ibar) das jedoch wenig oder gar nicht – sie orientierten sich vielmehr zunehmend ausschließlich nach Belgrad, mit einem sehr hohen Grad freiwilliger Abhängigkeit, im Blick immer eine Loslösung vom Rest Kosovos bzw. der Anschluss an Kernserbien. Im überwiegend serbischen Teil Kosovos wie in Serbien bleibt die Ablehnung der NATO, etwa auch hinsichtlich einer Mitgliedschaftsperspektive, ungeschmälert bestehen. Serbische Kritiker der NATO-Intervention vertraten nicht nur die Ansicht, dass die NATO und „der Westen“ durch die „illegale“ Militärintervention (unter dem „Deckmantel“ humanitärer Intervention) das völkerrechtliche Gewaltverbot gebrochen, sondern sich darüber hinaus politisch-militärisch auch

zum willfähigen Instrument lang gehegter albanischer Ziele und hier vor allem der UÇK gemacht hätten. Dieser Vorwurf findet sich auch bei Teilen westlicher Kritiker.⁴²

Die UNMIK-Zivilverwaltung hingegen, die ganz überwiegend aus entsandten Mitarbeitern einer Vielzahl von europäischen sowie außereuropäischen Staaten zusammengesetzt war (mit einigen, eher als „Hilfskräfte“ eingestuft, lokalen albanischen und auch serbischen Beschäftigten), erfuhr von Anfang an Kritik bis hin zur Ablehnung als „Kolonialmacht“ sowohl seitens der Albaner wie der Serben (und der kleineren ethnischen Minderheiten). So wurde die UNMIK rasch zum Sündenbock für vieles, was beim „State-Building“ nicht funktionierte bzw. schief lief, vor allem im Rechtsstaats- und Wirtschaftsbereich. Zunehmend wurde die UNMIK nicht als Lösung, sondern Teils des Problems, dem nur schleppenden bzw. fehlgeschlagenen Wiederaufbau angesehen. Mehr und mehr zeigte sich, dass eine derartige komplexe Wiederaufbau-Mission in einer Post-Konfliktgesellschaft durch die sog. Internationale Gemeinschaft, so klein der Kosovo auch ist, einer nicht lösbaren Herkules-Aufgabe gleichkommt. Zumindest partielles Scheitern war vorprogrammiert, hätte vorausgesehen werden können (aus Dayton und dem „Wiederaufbau-Laboratorium“ Bosnien und Herzegowina lagen bereits erste wertvolle Erfahrungen vor) und vielleicht auch müssen, auch wenn vieles erst im Nachhinein deutlich wurde. An der im Vergleich zum Kosovo gigantischen, bis heute andauernden Wiederaufbau-Operation in Afghanistan, sollte sich dann aber ernüchternd zeigen, dass nicht zuletzt die negativen Lektionen international geführter Staatsbildungs- und Wiederaufbaubemühungen kaum oder gar nicht berücksichtigt werden. Der UN-SR hatte der UNMIK mit der Resolution 1244 gleichsam als versprochene „Kompensation“ für die von Miloševićs Gräueltaten sowie der NATO-Intervention

⁴² Vgl. etwa Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999. Baden-Baden, 2000, S. 145 ff.; zur „Illegalität“ etwa Merkel, Reinhard: Das Elend der Beschützten. Rechtsethische Grundlagen und Grenzen der sog. humanitären Intervention und die Verwerflichkeit der NATO-Aktion im Kosovo-Krieg. In: Ders. (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht. Frankfurt/M., 2000, S. 66–98; Lutz, Dieter S.: Das Faustrecht der NATO. Politische und rechtliche Aspekte der gegenwärtigen Entwicklung der westlichen Staaten. In: Schmid, Krieg im Kosovo, S. 218–242; Booth, Ken: The Kosovo Tragedy. The human rights dimensions. London, 2001.

betroffenen kosovarischen Bevölkerung einen ganzen Katalog von äußerst komplexen Hauptaufgaben⁴³ vorgegeben:

- a) bis zu einer endgültigen Regelung die Förderung der Herstellung substanzieller Autonomie und Selbstverwaltung im Kosovo unter voller Berücksichtigung der Anlage II und des Rambouillet-Abkommens;
- b) Wahrnehmung grundlegender ziviler Verwaltungsaufgaben, wo und solange dies erforderlich ist;
- c) bis zu einer politischen Regelung die Organisation und Überwachung der Entwicklung vorläufiger Institutionen für eine demokratische und autonome Selbstverwaltung, einschließlich der Abhaltung von Wahlen;
- d) Übertragung ihrer Verwaltungsaufgaben auf diese Institutionen, nachdem sie geschaffen werden, bei gleichzeitiger Überwachung und Unterstützung der Konsolidierung der örtlichen vorläufigen Institutionen des Kosovo sowie weitere friedenkonsolidierende Tätigkeiten;
- e) Erleichterung eines politischen Prozesses mit dem Ziel, unter Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens den künftigen Status des Kosovo zu bestimmen;
- f) in einer Endphase die Überwachung der Übertragung der Machtbefugnisse von den vorläufigen Institutionen des Kosovo auf die im Rahmen einer politischen Regelung geschaffenen Institutionen;
- g) Unterstützung des Wiederaufbaus der grundlegenden Infrastruktur und des sonstigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus;
- h) Unterstützung der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe in Abstimmung mit den internationalen humanitären Hilfsorganisationen;
- i) Aufrechterhaltung der zivilen öffentlichen Ordnung, namentlich durch die Schaffung örtlicher Polizeikräfte und in der Zwischenzeit durch die Dislozierung internationalen Polizeipersonals für den Dienst im Kosovo;
- j) Schutz und Förderung der Menschenrechte;
- k) Gewährleistung der sicheren und ungehinderten Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat im Kosovo.

In der Konsequenz bedeutete dies: eine (heterogene) *internationale* Verwaltung mit unterschiedlichsten, häufig widerstreitenden Demokratie-, Rechts- und Wirtschaftsvorstellungen versuchte, letztlich eine einheimische zu substituieren – eine Aufgabe, die sie bis heute nicht zu lösen vermochte.

⁴³ Ziff. 11 UN-SR 1244.

3 Der Einfluss der Intervention im Kontext der Internationalen Organisation

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention

Über die KG sowie die G8 war insbesondere Russland als Haupt-Interventionsgegner beteiligt; ebenso die OSZE. Die EU, der auch Nicht-NATO-Mitglieder angehören, war eingebunden.

3.2 Innere Kohärenz

Die Planungen und Durchführung der NATO-Operation liefen nicht immer ohne Spannungen und Widersprüche ab, zumal in einigen der Interventionsgesellschaften innenpolitisch heftige Auseinandersetzungen abliefen. Das galt auch der Ablehnung eines Einsatzes von Bodentruppen.⁴⁴ Auch gab es unterschiedliche Präferenzen bei der Auswahl der Luftziele (etwa Deutschland; Italien), mit dem internen Vorwurf, die USA legten die Bombardierungsziele ohne hinreichende Beteiligung der anderen im Einsatz befindlichen Alliierten fest. In den allein-führungsgewohnten USA gab es Unzufriedenheit mit der Unvermeidbarkeit der sog. „Komitee-Kriegsführung“⁴⁵ mit Bündnispartnern; die innere Kohärenz der Operation wurde dadurch aber nicht gefährdet.

3.3 Interne Weiterentwicklung der Organisation

Die NATO hat, wie bereits auch aus dem Bosnieninsatz (der etwas anderer Natur war) versucht, Lehren aus der Kosovo-Intervention zu ziehen und ihre Interventionsstrategien und ihren Werkzeugkasten für Friedensoperationen weiter zu entwickeln. Ob es zutrifft, dass die NATO die „Gelegenheit“ des Kosovo-Konflikts allzu gern benutzt habe, um der Allianz nach Ende des Ost-West-Gegensatzes wieder eine Daseinsberechtigung zu geben, so manche Kritiker des Einsatzes, lässt sich nicht belegen.⁴⁶ In den USA und

⁴⁴ Vgl. etwa Daalder/O'Hanlon (Hrsg.), *Winning ugly*, S. 203 ff.

⁴⁵ Vgl. hierzu etwa Denison, Andrew: Die Vereinigten Staaten und die Lehren aus der Luftkrieg-Operation „Allied Force“, in: Krause (Hrsg.), *Kosovo*, S. 123 ff.

⁴⁶ Andeutungen in dieser Hinsicht finden sich etwa bei Loquai, *Der Kosovo-Konflikt*, S. 154.

im NATO-Hauptquartier wurde die erfolgreiche Intervention als Nachweis der uneingeschränkten Handlungsfähigkeit der Allianz gewertet.

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Die Unfähigkeit des UN-Sicherheitsrates, den Gräueltaten und schweren Menschenrechtsverletzungen im Kosovo ein Ende zu bereiten, sowie die darauf folgende militärische NATO-Intervention ohne ein Mandat des UN-SR stellten einen Wendepunkt in der völkerrechtlichen Diskussion zur Legalität sowie Legitimität gewaltgestützter sog. humanitärer Interventionen dar. Zwar hatte bereits die politische wie wissenschaftliche Aufarbeitung der teilweise gescheiterten bzw. erst gar nicht stattgefundenen Interventionen der Internationalen Gemeinschaft in Somalia (1993), Ruanda (1994) und Bosnien-Herzegowina (1995) eine Suche nach geeigneten, vor allem für die von der Gewalt betroffenen Menschen effektiven, lebensrettenden Lösungen ausgelöst, die von einer breiten Mehrheit der Völkergemeinschaft getragen wurden und werden. Doch es waren letztendlich die dramatischen Ereignisse im Kosovo und die Kontroverse um die Rechtfertigung des NATO-Luftkrieges, die eine grundsätzliche Weiterentwicklung des Völkerrechts auslösen sollten. Dieser Paradigmenwechsel führte 2001 zur Entwicklung des Konzepts der „Responsibility to Protect (R2P)“,⁴⁷ für das die „International Commission on Intervention and State Sovereignty“ (ICISS) 2001 Orientierungspunkte entwickelte, die der UN-Weltgipfel dann in leicht veränderter Form 2005 übernahm.⁴⁸

⁴⁷ Vgl. hierzu etwa Schaller, Christian: Gibt es eine „Responsibility to Protect“? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46 (2008); Evans, Gareth: *The Responsibility to Protect. Ending mass atrocity crimes once and for all*. Washington, D.C., 2009; Hekir, Aidan: *The responsibility to protect. Rhetoric, reality and the future of humanitarian intervention*. London, 2012; Wheeler, Nicholas: *Reflections on the legality and legitimacy of NATO's intervention in Kosovo*. In: Booth (Hrsg.), *Kosovo*, S. 145 ff.

⁴⁸ Vor allem (siehe Schaller, R2P, S. 11): Ernsthaftigkeit der Bedrohung, legitimer Zweck, letztes Mittel, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Abwägung der Folgen.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

War die mandatslose, international-militärische „humanitäre“ Intervention im Kosovo⁴⁹ nur ein Sonderfall, eine präzedenzlose Aktion zum Schutz einer gewaltbedrohten Bevölkerung in einem sog. Intra-State Konflikt? Die Frage der positiven bzw. negativen Präzedenzwirkung des Falles sollte von da ab im Kontext der Prüfung der Völkerrechtsmäßigkeit derartiger, aber auch ganz anders gelagerter gewaltsamer militärischer Eingriffe von außen in die Souveränität autoritärer oder diktatorischer Regime, die eigene Bevölkerungsgruppen unterdrücken, regelmäßig gestellt werden.⁵⁰

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates

Die „humanitäre“ Intervention in Serbien und im Kosovo gegen das Milošević-Regime wurde von einer Staatengruppe als Operation der NATO durchgeführt, also von den nordamerikanischen Staaten USA und Kanada sowie europäischen Staaten, allesamt Mitglieder der UN, darunter drei permanente Mitglieder des UN-Sicherheitsrats.

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

Die Serie von NATO-Entscheidungen gegen die Kosovo-Politik Miloševićs, die schließlich mit der Anordnung der konkreten Luftschläge durch Generalsekretär Xavier Solana vom 23. März 1999 ihre Umsetzung fand, ist nur im Kontext des vorangegangenen Bosnien-Konflikts und vor dem Hintergrund der Bemühungen um eine politisch-diplomatische Beilegung des Kosovo-Konflikts verständlich. Die noch relativ frischen traumatischen Erfahrungen des Westens mit den gewaltsamen Konflikten in Somalia und Ruanda kamen hinzu. Spätestens seit Anfang der 90er-Jahre wurde in den

⁴⁹ Zur Völkerrechtsproblematik der Kosovo-Intervention vgl. etwa Merkel, Reinhard (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht. Frankfurt am Main, 2000; Marko, Joseph (Hrsg.): Gordischer Knoten Kosovo/a: Durchschlagen oder entwirren? Völkerrechtliche, rechtsvergleichende und politikwissenschaftliche Analysen und Perspektiven zum jüngsten Balkankonflikt. Baden-Baden, 1999.

⁵⁰ Vgl. hierzu etwa Halbach, Uwe/Richter, Solveig/Schaller, Christian: Kosovo – Sonderfall mit Präzedenzwirkung? Völkerrechtliche und politische Entwicklungen nach dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs. SWP-Studie S 13, Berlin, 2011.

westlichen, stark von menschenrechtlichen Werten und Zielen geprägten Gesellschaften, auch außerhalb von EU, Europarat, NATO und Teilen der OSZE, eine intensive politische sowie politikwissenschaftliche und völkerrechtliche Debatte zur Suche nach wirksamen, möglichst universellen Antworten auf Bürgerkriege sowie die Bekämpfung eigener Minderheiten durch autokratisch-diktatorische Regime geführt. Diese „Nie wieder!“-Debatten⁵¹ hatten zumindest einen, wenn auch in Teilen noch vagen und nicht gänzlich unumstrittenen, Grundkonsens über die Feststellung des Vorliegens einer „humanitären Katastrophe“ und die Notwendigkeit eines Eingreifen – als ultima ratio auch „von außen“ – zur Rettung von Menschenleben großer Zahl herbeigeführt. Hierauf gründete der NATO-Rat seine Kosovo-Strategie, die spätestens im Mai 1998 mit der Ankündigung von NATO-Luftmanövern im Südwestbalkan einsetzte und über die ACTWARN- und ACTORD-Beschlüsse vom Herbst 1998 das bisherige Muskelspiel des Bündnisses in ein für Milošević transparentes, unmissverständliches Drohszenario ausbuchstabierte.⁵² Das Nicht-Vorliegen eines UN-SR-Mandats⁵³ sowie des NATO-Bündnisfalles⁵⁴, dann aber auch die militärische Zielauswahl für die Luftschläge, führten allerdings in einigen NATO-Staaten zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen.

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaats

Die Beschlüsse und Zielsetzungen des NATO-Rates wurden zumindest im Hinblick auf die Militärintervention durchgesetzt; zivile Opfer konnten nicht ganz verhindert werden, hielten sich aber in dem selbst bei einem „chirurgischen Präzisionskrieg“ wohl unvermeidbaren Ausmaß.⁵⁵

⁵¹ Die diesen Debatten zugrunde liegenden Empörungen vor allem in den westlichen Öffentlichkeiten waren nicht zuletzt stark beeinflusst von den Fernsehbildern über die Gräueltaten dieser „neuen, asymmetrischen Kriege“, siehe hierzu etwa die Untersuchungen von Paul, Gerhard: Bilder des Krieges. Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges. Paderborn, 2004, insb. S. 407 ff.

⁵² Petritsch/Pichler, Kosovo-Kosova, S. 247 ff.

⁵³ Nach Kapitel VII UN-Charta.

⁵⁴ Artikel 5 Nordatlantikvertrag.

⁵⁵ Siehe Daalder/O’Hanlon (Hrsg.), *Winning ugly*, S. 240.

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Die Bombardierungen der NATO führten nach 78 Tagen zum Erfolg (Aufgabe Miloševićs). Es war nicht der erwartete „Blitzkrieg“ gegen einen militärisch weit unterlegenen Gegner, aber der Verlauf der Intervention war doch für die Öffentlichkeit der meisten NATO-Staaten gerade noch hinnehmbar. Mit ihrer erfolgreichen Luftschlag-Operation gegen Milošević ist es der NATO gelungen, einen (im Bündnis äußerst umstrittenen) Einsatz von Bodentruppen zu vermeiden (allein die USA hatten zeitweilig diese Option erwogen). Ein Bodentruppeneinsatz hätte nicht nur das NATO-Opferisiko, sondern auch die finanziellen Kosten des Einsatzes deutlich erhöht. Sowohl zu den Opferzahlen als auch zu den finanziellen Kosten der Operation „Allied Force“ gibt es bis heute keine gesicherten Zahlen. Während sich die Verluste auf Seiten der USA und ihrer Verbündeten sehr gering hielten, werden die serbischen zivilen Opferzahlen mit geschätzten 2.500 bis 3.500 Toten und 10.000 Verletzten beziffert. Ca. 1.000 serbische Soldaten und Paramilitärs sollen durch die NATO-Bombardierung ihr Leben verloren haben. Etwa 230.000 Serben sollen den Kosovo verlassen haben. Auf kosovo-albanischer Seite sollen mind. 10.000 Menschen von Serben getötet worden sein; bis zu 860.000 mussten zeitweise in die Nachbarländer flüchten. Betrachtungen über die finanziellen Kosten gehen besonders weit auseinander. Laut einer seriösen US-Quelle könnten sie bei 2 bis 3 Mrd. US-\$ für die USA und bei etwa 1 Mrd. für die NATO-Verbündeten gelegen haben.⁵⁶ Im Verhältnis zu den beispiellosen Post-Konflikt-Wiederaufbaukosten der Internationalen Gemeinschaft im Kosovo fallen die rein militärischen Interventionskosten (insb. auch in Relation zu späteren Interventionen, etwa in Afghanistan) nicht besonders ins Gewicht. Die Bombenschäden – insbesondere an der serbischen Infrastruktur – werden auf mindestens 30 Mrd. US-\$ geschätzt.

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

Es konnte keine relevante politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu den Staatsinteressen festgestellt werden.

⁵⁶ Siehe etwa Daalder/O'Hanlon (Hrsg.), *Winning ugly*, S. 235 ff. (238).

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaats

Abgesehen von den Staaten, die der NATO auch schon vor dem Einsatz kritisch gegenüber standen, hat die Intervention der NATO und „dem Westen“ nicht (nachhaltig) geschadet. Im Gegenteil: Sie konnte Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen und hat letztlich einen Anstoß zu einer möglichen Fortentwicklung des Völkerrechts wie des Völkerstrafrechts gegeben.

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Sowohl militärisch als auch später beim zivilen Wiederaufbaus bzw. der Transformation des Landes wurde die Intervention im Kosovo insb. für den Westen nach dem Bosnien-Einsatz zu einem weiteren „Testfall“ und „Versuchslabor“ derartiger Versuche des „State“- bzw. gar „Nation-Building“. Die KFOR-Friedenstruppe weitete die Erfahrungen solcher „Peacekeeping-Forces“ in ethnisch verfeindeten Post-Konflikt-Gesellschaften wie schon zuvor die SFOR bzw. EUFOR in BiH aus – und entwickelte ihr Instrumentarium („Werkzeugkasten“) vor allem im Bereich der sog. Sicherheitssektor-Reform (SSR)⁵⁷ fort. Die davon abgeleiteten „Lessons Learned“ sollten dann vor allem in Afghanistan von Nutzen sein.

4.7 Rückwirkungen

Die NATO hat nach dem Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien vor allem in Serbien weiter an Ansehen und Zuspruch verloren. Eine eventuelle Mitgliedschaft in der NATO lehnen unverändert rd. 84 % der Serben ab.⁵⁸ Nur 17 % der Befragten sehen die Schuld am Kosovo-Krieg bei Milošević. Montenegro hingegen, zur Zeit der NATO-Luftangriffe noch Teil der Bundesrepublik Jugoslawien, ist seit dem 5. Juni 2017 NATO-Mitglied. Unbeeindruckt von der Diskussion über die Legitimation des Kosovo-Militäreinsatzes folgten im Oktober 2001 (bis 2014) rund 70 Nationen der US-

⁵⁷ SSR umfasst gemeinhin die Bereiche Polizei- und Streitkräfte-Aufbau, einschließlich der dazu gehörigen Bürokration; Aufbau von Nachrichtendiensten und teilweise auch die Reform des Justizwesens, einschließlich des Strafvollzuges. Die Internationale Gemeinschaft berät, trainiert, rüstet aus und zahlt (für einen begrenzten Zeitraum) Sold und Gehälter.

⁵⁸ Ergebnisse einer Meinungsumfrage des serbischen Instituts Ninamedia (Belgrad), zitiert nach: Der Standard, 24.03.2018 (www.derStandard.at) .

geführten „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan gegen den Al-Qaida-Terrorismus, die für sich die weit gefasste UN-SR-Resolution 1368 in Anspruch nahm. Die NATO rief den Bündnisfall nach Art. 5 NATO-Charta aus. Von 2001 bis 2014 hat die NATO die internationale Friedens- und Wiederaufbaumission ISAF⁵⁹ in Afghanistan, zusammengesetzt aus überwiegend NATO-Truppen, aber auch Nicht-NATO-Mitgliedstaaten, geführt, eine Intervention auf Grundlage von UN-SR-Res. 1386; diese Mission wird seit 2014 als Operation „Resolute Support“ fortgeführt. Die Kosovo-Rechtsgrundlagendebatte spielte bei den Afghanistan-Interventionen bis heute keine Rolle, ebenso bei der NATO-geführten „humanitären“ Intervention in Libyen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Massakern durch das Gaddafi-Regime (UN-SR-Res. 1973, März 2011). Russland brachte bis zuletzt immer wieder Bedenken vor, nicht zuletzt gegen die Führung solcher informellen Operationen von Ad-hoc-Koalitionen der „Willigen“ und „Fähigen“ durch die NATO. Der Krieg der USA gegen den Irak war aus heutiger Sicht zweifelsfrei widerrechtlich; die rechtfertigende Argumentation der USA beruhte erwiesenermaßen auf manipulierten „Beweisen“. Den mit Verletzung der Chemiewaffenkonvention (CWC) begründeten Luftschlägen einer kleinen Gruppe westlicher Staaten im April 2017 und April 2018 gegen Baschar al-Assad in Syrien lagen keine UN-Ermächtigungen zugrunde; sie wurden nicht als Beispielfälle „humanitärer“ Intervention trotz (vermutlichen) Einsatzes verbotener chemischer Kampfstoffe gegen die Bevölkerung ausgewiesen.

4.8 Internationales Einverständnis/völkerrechtlich Grundlage

Im Kontext des militärischen Eingreifens Russlands auf der Krim (Absicherung des Krim-Referendums) im März 2014 zugunsten einer Abspaltung der Halbinsel von der Ukraine wurden teilweise auf westlicher Seite wie nun auch von Russland Vergleiche mit der Frage der Legitimation der Kosovo-Intervention herangezogen. Prinzipielle Gegner militärischen Eingreifens in souveränen Staaten ohne UN-Mandat sahen das Völkerrecht in beiden Fällen gebrochen. Moskau verwies darauf, der Westen habe sich im Fall des Kosovo als Begründung seines Eingreifens bzw. später bei der Rechtfertigung der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung auf den Mehrheitswillen der Kosovo-Albaner berufen. Auch die Mehrheitsbevölkerung der Krim

⁵⁹ International Security Assistance Force.

habe für sich das Recht auf Selbstbestimmung (Referendum) in Anspruch genommen und sich Russland angeschlossen – das Präjudiz habe der Westen geschaffen, nicht die Russische Föderation. Die Ukraine müsse das wie damals Serbien akzeptieren. Die westliche Staatengemeinschaft sowie eine große Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten lehnen diese völkerrechtliche Parallelsatzung Kosovo – Krim ab: während im Kosovo schwerste Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Genozid Einhalt zu gebieten war, habe es dergleichen seitens der Ukraine auf der Krim nicht einmal im Ansatz gegeben. Der Kosovo-Einsatz falle weiterhin in den Einzel- und Grenzfallbereich: kein automatisch übertragbarer Präzedenzfall.

5 Fazit: Rechtfertigung und Zweckerreichung

Die humanitären Gräueltaten, das Leid der kosovo-albanischen Bevölkerung durch Ermordungen, Vergewaltigungen, Folter und Vertreibung sowie die vielfältigen gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch systematische Unterdrückung seitens des Milošević-Regimes bestanden im März 1999 objektiv und unleugbar. Blutvergießen und „Ethnic Cleansing“ durch Vertreibung ließen sich mit friedlich-diplomatischen Mitteln nicht mehr aufhalten. Die Politik hatte ihre Möglichkeiten sichtlich ausgereizt – auch wenn die Diskussion hierüber bis heute kontrovers geführt wird. Zahlreiche Resolutionen des SR hatten Milošević nicht zum Einlenken bewegen können; auch die Konferenz von Rambouillet nicht, welche allerdings – aus späterer Sicht – nicht optimal durchgeführt wurde. Insofern lässt sich (mit leichten Einschränkungen) die Schlussfolgerung vertreten: eine diplomatisch-politische Kriegsprävention war nicht (mehr) möglich.⁶⁰

Wie aber stoppt man *dann* derartige Gewalttaten eines diktatorischen Regimes gegen Teile seiner eigenen Bevölkerung?

Der Weltsicherheitsrat war durch die politischen Blockade-Vetos Russlands und Chinas nicht handlungsfähig und konnte demzufolge kein Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta erteilen. Es blieb allein die Option gezielter

⁶⁰ Zu diesem Urteil kommt auch (für viele) die bereits oben zitierte gründliche und anerkannte Studie von Daalder/O’Hanlon, *Winning ugly*, S. 182 ff.

Militärschläge *ohne* Völkerrechtsgrundlage gegen Serbien, um die Gewaltmaschine von Milošević zu stoppen.

Vor allem im Westen, im transatlantischen Raum, entbrannte erstmals in dieser Breite und Tiefe eine Diskussion darüber, ob in einem solchen Fall zur Rettung von Menschenleben im Heraushalten bzw. Zuwarten, oder vielmehr im Eingreifen (militärische Intervention)⁶¹ die, wenn schon nicht legalistisch-völkerrechtlich, dann politisch richtige Antwort liegt. Wann ist eine Gewalt-situation trotz fehlender Ermächtigung des Sicherheitsrats, dem formal allein das Gewaltmonopol obliegt, so beschaffen, dass eingegriffen werden darf, ja, muss?

Denn auch darüber wurde im März 1999 heftig gestritten, etwa in kriegs- und risiko-aversen potentiellen Interventionsstaaten wie Deutschland: Sind die völkerrechtlichen Prinzipien wie der Schutz der territorialen Souveränität und Integrität, der Unverletzlichkeit der Grenzen sowie des Gewaltverbots immer gültig, auch um Gewaltherrscher, die Teile ihres Volkes massakrieren, zu schützen?⁶² Im Fall des Kosovo war ein formaler Völkerrechtsbruch nicht von der Hand zu weisen – ebenso wenig aber auch das Opfern von Menschenleben in großem Stil – durch legalistisches Beharren auf dem Primat letztendlich der fünf „Siegermächte“ als permanenten Mitgliedern des Welt-sicherheitsrats. Nicht zuletzt diese hatten eine tiefgreifende Anpassung des SR jahrzehntelang verhindert. War aber nicht – diese Frage zwang der Kosovokonflikt geradezu auf – dringend eine Reform geboten: vor allem durch ein Rücken des einzelnen Menschen, weniger der Staaten in den Mittelpunkt der Weltrechtsordnung?

Die sich in der Pflicht sehenden NATO-Staaten sahen sich enormem Druck seitens ihrer Medien, Öffentlichkeiten und Parlamente ausgesetzt. Nicht wenige qualifizierte Stimmen wollten trotz aller humanitärer Argumente unverrückbar auf dem Gewaltverbot bestanden wissen, die großen Mehrheiten aber sahen keinen anderen Ausweg mehr, als das Untätigsein zu beenden und sich dem moralisch-humanitären Vorwurf zu entledigen, Morden und Vertreiben tatenlos zuzuschauen. Erstmals in dieser Form kam es zu einer Intervention,

⁶¹ Vgl. die Diskussion bei: Münkler, Herfried: Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert. Berlin, 2015, S. 9 ff.

⁶² Siehe die Zusammenfassung der aktuellen Argumentationslinie bei: Müller, Reinhard: Das Völkerrecht wahren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. April 2018, S. 1.

die am Ende ganz wesentlich von den Bildern des Fernsehens in den Interventionengesellschaften, dem „Kampf um die richtigen Bilder“⁶³, vorbereitet und orchestriert wurde.⁶⁴ Es galt nicht nur, die die Intervention legitimierende Medienkampagne der NATO gegen Milošević zu gewinnen, sondern auch, sie gegen Stimmungsumschwünge in den Interventionengesellschaften aufrechtzuerhalten. Das war insofern schwierig, als sich die barbarischen Aktionen der serbischen Sicherheitskräfte den Kameras des Westens weitestgehend entzogen – erst die Schlangen des Elends der Flüchtlingstrecks gaben der moralisch-humanitären Legitimation der NATO den Auftrieb für das Losschlagen am 24. März 1999. Die Luftschläge führten zum projizierten Erfolg – Milošević verlor den Krieg,⁶⁵ wenn auch nicht „total“.⁶⁶ Die NATO erreichte alle ihre Hauptkriegsziele. Im Verlauf der Bombardierungen konnten jedoch weitergehende Gewaltakte Serbiens gegen die Albaner sowie zivile „Kollateralschäden“ gegen die Bevölkerung Kernserbiens nicht ganz gestoppt bzw. vermieden werden.

Was sollen militärische Interventionen in solchen Situationen grundsätzlich erreichen, bewirken?⁶⁷ Soll die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem menschenmordenden Diktator zu einem „Sieg“ über ihn, über sein Land führen? Hört seine Bekämpfung mit der Beendigung von Blutvergießen und Vertreibung auf – oder muss die Intervention darüber hinaus fortgedacht, fortbetrieben werden, als Beseitigung des Kriegstreibers, des „Kriegsfürsten“, als „Regime Change“, wenn erforderlich, als Umbau der Gesellschaft, als Transformation zu einem demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesen, in dem sich so etwas nicht wiederholen kann? Oder, als ultima ratio: eine Aufspaltung des betroffenen Gesamtstaats durch Herauslösung des (ethnisch) unterdrückten Teils? Unterstützung für Unabhängigkeit? Flankierung von Sezession? Die Interventions-Koalition hatte weder die Herauslösung noch die Unabhängigkeit des Kosovo als Ziel. Das sieht die UN-SR-Resolution 1244 auch nicht vor. Man ging in Brüssel und in den westlichen Hauptstädten vielmehr davon aus, dass die Operation mit der Schaffung eines „safe, secure and stable environment“ (KFOR) sowie der Herstellung zufriedenstellender

⁶³ Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg, 2002, S. 229.

⁶⁴ Siehe hierzu Paul, Bilder des Krieges, S. 409 ff.

⁶⁵ Siehe Daalder/O’Hanlon, Winning ugly, S. 192 ff.

⁶⁶ Die Verluste etwa seiner Sicherheitskräfte hielten sich in Grenzen; gem. VN-SR-Resolution 1244 blieb der Kosovo „integraler Bestandteil“ der Bundesrepublik Jugoslawien.

⁶⁷ Vgl. hier auch Daalder/O’Hanlon, Winning ugly, S. 206 ff.

administrativer, materieller und sozialer Grundversorgung (UNMIK) die Intervention als erfolgreich beendet werden könnte. Zunächst sah es auch danach aus. Insbesondere die wert- und zielhomogene, NATO-geführte KFOR konnte diese Interventions-Zusatzleistung, bis auf wenige Fehlschläge, zur Zufriedenheit der Betroffenen wie der Interventionskoalition erfüllen.

Der Exodus eines Großteils der Kosovo-Serben war zu erwarten gewesen und, angesichts der traumatischen Erlebnisse der Albaner, in begrenztem Umfang (Gewaltfreiheit) als diesmal durch die Opferbevölkerung hervorgerufener „Kollateralschaden“ nachzuvollziehen. Die Errichtung einer aus Belgrad gesteuerten kosovo-serbischen Parallelgesellschaft hätte jedoch seitens der externen State-BUILDER entschlossener unterbunden werden müssen – hieran war auch die KFOR nicht ganz unschuldig.⁶⁸ Die Wiederaufbauverwaltung der wert- und zieldiffusen UNMIK (einschl. der EU) mit Akteuren auch aus demokratisch sowie rechtsstaatlich nicht unumstrittenen Staaten jenseits des Westens zeichnete sich schon bald durch eine Reihung von Versäumnissen und Fehlschlägen aus, die (zusammen mit den Lehren aus dem Bosnien-Einsatz) exemplarisch wurden für externes „Peace-, State- and Nation-Building“ in gewaltsamen inner-staatlichen Kriegen (sog. intra-state conflicts). Nahezu immer dann, wenn weit über die „Roten Linien“ der ursprünglichen Minimalerfordernisse militärischer Intervention hinausgegriffen wurde, wurde externes Handeln mehr zum Problem denn zur Lösung. Dennoch würde es den Leistungen der zivilen Interventionsseite nicht gerecht, angesichts der äußerst schwierigen innenpolitischen wie internationalen Rahmenbedingungen, nicht immer professionellen internationalen wie lokalen Personals sowie begrenzter Erfahrungen mit den Wiederaufbau-Werkzeugkästen nicht auf deren durchaus beachtlichen Erfolge hinzuweisen.

Dass die Situation mit den Jahren nach 1999 nicht kippte, dürfte letztendlich der sich zwar deutlich abgeschwächten, aber noch anhaltenden EU-Beitrittsperspektive und den damit verbundenen Vorab-Leistungen aus Brüssel geschuldet sein. Die ganz überwiegende Mehrheit der Kosovo-Albaner, die den Krieg bewusst erlebt hat, bewertet daher die NATO-Intervention („die Befreiung“) als nahezu uneingeschränkt positiv. Die Nachfolgeneration

⁶⁸ Insbesondere im französisch „geführten“ Sektor nördlich des Ibar haben die KFOR-Truppen gleich zu Beginn der Operation zu wenig entschieden durchgegriffen – auch die UNMIK-Außenstelle in Mitrovica trägt ihren Anteil daran.

hingegen, die den Krieg nicht mehr hautnah durchleiden musste, betrachtet die Interventionsleistung, das zeigen die Umfragen und EU-Fortschrittsberichte, eher kritisch und perspektivisch skeptisch.

Die politische Entwicklung *in* der kosovo-albanischen Opfergesellschaft selbst nach Kriegsende wurde durch die internationale Befreiungsleistung nicht unbedingt befriedet – in einigen zentralen Bereichen konnte bis heute die schon in der Vor-Kriegszeit entstandene Polarisierung bis zu Verfeindungen⁶⁹ nicht aufgelöst werden, was den politisch-demokratischen Interventionserfolg beeinträchtigt. Hauptgrund hierfür ist die stark verzerrte und wenig realitätsbezogene Selbsteinschätzung⁷⁰ der kosovo-albanischen „Kämpfer-Kommandanten“, die weniger der NATO denn sich selbst den Hauptverdienst an der „Befreiung“ zuschreiben. Sie wollen von der ihnen durch den NATO-Eingriff zugefallenen Macht nicht lassen und sich selbst nicht zuletzt vor internationaler Strafverfolgung wegen eventuell begangener Kriegsverbrechen und anderer Straftaten schützen.⁷¹ Daran wird deutlich, dass eine externe, humanitär-menschenrechtlich bewegte Staatenkoalition von der Intervention keine „Dankbarkeit“ und „Wohlverhalten“ der Opfer erwarten kann: Scheinbar nachholende De-Legitimationen der Intervention *später* durch die „Befreiten“ selbst sollten kein Ausschlussargument für den Eingriffsbeschluss zu einem bestimmten Zeitpunkt sein – zumal diese Entwicklung im Kosovo von manchen UÇK-Kritikern zwar antizipiert worden, letztlich aber

⁶⁹ Rivalität und Konfrontation vor allem zwischen „Kämpfern“ von FARK/LDK und UÇK/PDK, aber auch AAK (Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës = Allianz für die Zukunft des Kosovo, Ramush Haradinaj) und NISMA (Nisma Socialdemocrate = Sozialdemokratische Alternative, Fatmir Limaj/Jakub Krasniqi), s. o., die von der später gegründeten Nicht-Kriegspartei „Vetëvendosje!“ (Selbstbestimmung), aber auch von der liberalen Mediengruppe „Koha“ Veton Surroi herausgefordert werden; vgl. u. a. Schmitt, Kosovo, S. 325; Phillips, Liberating Kosovo, S. 211 ff.

⁷⁰ Die ehemalige Kosovo-Berichterstatlerin des Europaparlaments, Lunacek, spricht von einer „verheerenden destruktiven Kraft von Geschichtsverklärung und Nationalismus“: Lunacek, Ulrike: „Frieden bauen heißt Welt bauen“. Von Brüssel ins Amselfeld und retour: Mein Beitrag zu Kosovos/Kosovas Weg in die EU. Klagenfurt, 2018, S. 244.

⁷¹ Siehe hierzu insbesondere die von detaillierten Innenkenntnissen gekennzeichneten sehr kritischen Darstellungen des Publizisten („Koha Ditore“) und ehemaligen Politikers und Parlamentariers Veton Surroi: The snakes feet. Pristina, 2014; Surroi, Veton: The gorillas we didn't see. Pristina, 2017.

nicht und nicht in dieser Form voraussehbar war.⁷² So verhält es sich schließlich auch mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008. Sie war nicht Ziel der Intervention, letztlich halfen aber das wenig flexible Verhalten Belgrads sowie die Post-Interventionsadministration von UNMIK und EU, den Weg dahin zu bereiten. Diese Entwicklung war „nicht die beste, sondern die offenbar einzig gangbare Möglichkeit“ auch aus internationaler Sicht⁷³, ohne dass diese Spätfolge der NATO-Intervention im Kosovo von allen Experten als erfolgversprechend gewertet wird: „Mit Ausnahme Sloweniens hat sich keiner der postjugoslawischen Staaten wirklich konsolidieren können. Alle leiden noch unter den direkten oder indirekten Folgen der Kriege sowie ihren sozialen und psychischen Verwerfungen. (...) Keiner der neuen Staaten wird – auf sich gestellt – die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen können.“⁷⁴

⁷² Schon vor und während der Militärintervention hatte es immer wieder Hinweise auf strafrechtliche sowie völkerrechtswidrige Aktionen kosovo-albanischer Kampfgruppen gegeben – die auch später in verschiedenen (Einzel-) Fällen vor internationalen Strafgerichten, aber auch der EU-Rechtsstaatsmission EULEX verfolgt wurden.

⁷³ Schmitt, Kosovo, S. 367.

⁷⁴ Sundhausen, Jugoslawien, S. 517.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Biermann, Rafael: Lehrjahre im Kosovo. Das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch. Paderborn, 2006.

Booth, Ken: The Kosovo Tragedy. The human rights dimensions. London, 2001.

Calic, Marie-Janine: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München, 2010.

Daalder, Ivo. H./**O'Hanlon**, Michael E.: Winning ugly. NATO's war to save Kosovo. Washington, D.C., 2000.

Denison, Andrew: Die Vereinigten Staaten und die Lehren aus der Luftkrieg-Operation „Allied Force“, in: Krause (Hrsg.), Kosovo.

Dieter, S.: Das Faustrecht der NATO. Politische und rechtliche Aspekte der gegenwärtigen Entwicklung der westlichen Staaten. In: Schmid, Krieg im Kosovo, S. 218–242.

Emini, Donika/**Stakić**, Isidora: Belgrade and Pristina: lost in normalisation? EUISS Briefs 5/2018, 20 April 2018, <www.iss.europa.eu>.

European Commission: “Strategy for the Western Balkans”: A credible enlargement perspective for and enhanced EU engagement with the Western Balkans. Straßburg, 2018 (COM (2018) 65 final, vom 6. Februar 2018).

European Commission: Enlargement package: Reports on the Western Balkans partners and Turkey. Brussels, 17 April 2018 (Fact sheet Kosovo), <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-183404_en.htm>.

Evans, Gareth: The Responsibility to Protect. Ending mass atrocity crimes once and for all. Washington, D.C., 2009.

Halbach, Uwe/**Richter**, Solveig/**Schaller**, Christian: Kosovo – Sonderfall mit Präzedenzwirkung? Völkerrechtliche und politische Entwicklungen nach dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs. SWP-Studie S 13, Berlin, 2011.

Hekir, Aidan: The responsibility to protect. Rhetoric, reality and the future of humanitarian intervention. London, 2012.

Joetze, Günter: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik. Stuttgart, 2001.

Judah, Tim: Kosovo. War and revenge. New Haven, 2000.

Krause, Joachim (Hrsg.): Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa. Opladen, 2000.

Lambeth, Benjamin S.: NATO's air war for Kosovo. A strategic and operational assessment. Santa Monica, CA, 2001.

Lunacek, Ulrike: „Frieden bauen heißt Welt bauen“. Von Brüssel ins Amselfeld und retour: Mein Beitrag zu Kosovos/Kosovas Weg in die EU. Klagenfurt, 2018.

Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999. Baden-Baden, 2000.

Marko, Joseph (Hrsg.): Gordischer Knoten Kosovo/a: Durchschlagen oder entwirren? Völkerrechtliche, rechtsvergleichende und politikwissenschaftliche Analysen und Perspektiven zum jüngsten Balkankonflikt. Baden-Baden, 1999.

Merkel, Reinhard (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht. Frankfurt am Main, 2000.

Merkel, Reinhard: Das Elend der Beschützten. Rechtsethische Grundlagen und Grenzen der sog. humanitären Intervention und die Verwerflichkeit der NATO-Aktion im Kosovo-Krieg. In: Ders. (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht. Frankfurt/M., 2000.

Müller, Reinhard: Das Völkerrecht wahren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. April 2018.

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg, 2002.

Münkler, Herfried: Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert. Berlin, 2015.

Paul, Gerhard: Bilder des Krieges. Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges. Paderborn, 2004.

Petritsch, Wolfgang/**Pichler**, Robert: Kosovo-Kosova. Der lange Weg zum Frieden. Klagenfurt 2004.

Phillips, David L.: Liberating Kosovo. Coercive diplomacy and U.S. intervention. Cambridge, MA 2012.

Rathfelder, Erich: Kosovo. Geschichte eines Konflikts. Frankfurt a. M., 2010.

Rüb, Matthias: Kosovo. Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa. München, 1999.

Schaller, Christian: Gibt es eine „Responsibility to Protect“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46 (2008).

Schirmmacher, Frank (Hrsg.): Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg. Stuttgart, 1999.

Schmid, Thomas: Krieg im Kosovo. Reinbek bei Hamburg, 1999.

Schmitt, Oliver Jens: Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft. Wien, 2008.

Sundhausen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Wien, 2012.

Surroi, Veton: The gorillas we didn't see. Pristina, 2017.

Surroi, Veton: The snakes feet. Pristina, 2014.

The Independent International Commission on Kosovo. Oxford, 2000.

Wheeler, Nicholas: Reflections on the legality and legitimacy of NATO's intervention in Kosovo. In: Booth (Hrsg.), Kosovo.

Wittkowsky, Andreas: Grand Hotel Kosovo. Schlaglichter einer europäischen Staatenbildung. Berlin, 2011.

Fallstudie zum Basis-Szenario 3: Aktivitäten von terroristischen Vereinigungen

Eine terroristische Vereinigung verletzt internationale Normen und bedroht dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit.

Die Bekämpfung der Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien und Irak aus der Entsendestaatperspektive Frankreichs

Jasmin Rupp



1 Konfliktbeschreibung und die militärische Antwort der internationalen Staatengemeinschaft

1.1 Wie wurde der IS zur Bedrohung?

Die Terrororganisation *Islamischer Staat* hat ihre Wurzeln im Irakkrieg 2003, bei dem sich dschihadistische Gruppierungen gegen die amerikanische Besatzung und den neuen, schiitisch-dominierten Staat unter Premierminister Nuri al-Maliki richteten. Der *Islamische Staat im Irak* (ISI) als Vorläuferorganisation der späteren IS-Gruppe profitierte zudem von der sogenannten „Entbaathifizierungs-Kampagne“ der schiitischen Regierung, welche die systematische Verdrängung sunnitischer Beamter aus dem Staatsapparat verfolgte. Der IS-Chef, Abu Bakr al-Baghdadi, setzte in den Folgejahren viele ehemalige Baath-Offiziere an die Spitze der Organisation, sodass sie einerseits ihr Know-how wieder einsetzen und andererseits Rache für ihre Degradierung nehmen konnten. ISI gelang es zudem, in mehrheitlich sunnitischen Provinzen Kämpfer anzuwerben, Schutzgelder einzunehmen und Netzwerke aufzubauen, wie in der wichtigen sunnitischen Provinz Anbar, und den dortigen Zentren Fallujah und Ramadi vor den Toren Bagdads. Im Zuge der Demonstrationen gegen die schiitische Regierung trat ISI immer wieder als Unterstützer der lokalen sunnitischen Bevölkerung auf und profitierte maßgeblich von den gewaltsamen Räumungen der Protestlager durch die Regierung. So konnte ISI allmählich lokale Milizen unter seinem Kommando vereinen oder gänzlich verdrängen. Der Bürgerkrieg in Syrien im Jahr 2011 ermöglichte dem *Islamischen Staat im Irak*, seine Strukturen auf Syrien auszuweiten und gegen die alawitisch-schiitische Führung in Damaskus zu kämpfen. Zudem verhalfen neue Einnahmequellen, Kämpfer und Waffen der Gruppe, zur stärksten Rebellenorganisation in Syrien aufzusteigen.

Am 10. Juni 2014 nahm ISI die zweitgrößte Stadt des Irak ein. Da Mossul nahezu kampflös von der irakischen Armee preisgegeben wurde, fielen der Gruppe enorme Mengen an Fahrzeugen, aber auch Waffen, welche die USA dem Irak überlassen hatten, in die Hände. Der IS verübte Massenexekutionen und weitere Gräueltaten an Minderheiten im Irak, wie den Assyryern und Jesiden. Zudem tötete der IS im Juni 2014 im Zuge des Camp-Speicher-Massakers tausende schiitische Soldaten. Nach der erfolgreichen Einnahme von Mossul im August 2014 erlangte der IS auch die Kontrolle über große Teile des nördlichen Irak. Auch die Hauptstadt der Autonomen Region

Kurdistan, Erbil, drohte in die Hände des IS zu fallen. Insgesamt kam es zu einer Massenflucht aus den sunnitischen Provinzen nach Kurdistan im Nordirak. Bis August 2014 kontrollierte der IS mehr als ein Drittel des irakischen Staatsgebiets.¹

Mit der Eroberung Mossuls änderte die Terrormiliz auch ihren Namen in *Islamischer Staat* und erklärte die Wiedererrichtung eines grenzübergreifenden Kalifates. Der geistige und politische Führer aller Muslime weltweit sollte Abu Bakr al-Baghdadi werden. Die regionale und internationale Staatengemeinschaft, die Mehrheit der Muslime sowie auch der muslimischen geistlichen Führer lehnten die Ansprüche des IS auf religiöse Führerschaft und Staatlichkeit jedoch klar ab.²

1.2 Die US-geführte globale Koalition zur Bekämpfung des IS

Als Antwort auf die rapide Ausbreitung des IS und die weltweit verurteilten Exekutionen und Menschenrechtsverletzungen durch den IS, schlossen sich (im Zuge des Unterstützungsaappels der irakischen Regierung an die internationale Staatengemeinschaft) zahlreiche Staaten der im Sommer 2014 von den USA gegründeten Koalition zur Bekämpfung des IS an.

Ende 2017 waren 74 Staaten³ (im September 2014 waren es noch 62 Staaten) in der „Anti-IS-Koalition“ vertreten, wobei Frankreich als der erste Staat gilt, der den USA seine militärische Teilnahme zusicherte. Die Staaten beteiligten sich:

- a) direkt militärisch, in Form von Luftschlägen,

¹ Breteau, Pierre; Zerrouky, Madjid: Comment l'Etat islamique a perdu la quasi-totalité de son territoire utile en Irak et en Syrie en trois ans. In: Le Monde, 23.03.2018. <https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/visuel/2017/03/13/comment-l-etat-islamique-a-recule-en-irak-et-en-syrie-depuis-2014_5093896_4355770.html>. Abgerufen am 20.12.2018.

² Rupp, Jasmina: Der Islamische Staat – Aufstieg und Niedergang einer Terrororganisation, In: IFK Aktuell, August 2017, S. 9. <<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=2833>>. Abgerufen am 06.02.2019.

³ McGurk, Brett: The D-Isis coalitions progress in 2017. In: Dipnote, US Department of State Official Blog, 04.01.2018 <<https://blogs.state.gov/stories/2018/01/04/en/d-isis-coalition-s-progress-2017>>. Abgerufen am 02.01.2019.

- b) indirekt militärisch/unterstützend in Form von Waffenlieferungen und der Entsendung von Militärberatern und schließlich
- c) durch humanitäre Hilfe.

Das US Central Command richtete im Oktober 2014 unterdessen eine Koordinierungsstelle *Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve* (CJTF-OIR) ein, um die militärischen Aktionen der unterschiedlichen Staaten zu koordinieren. Das Personal setzt sich aus US-Streitkräften sowie Soldaten von weiteren 30 Staaten zusammen.⁴ Das erklärte Ziel der CJTF-OIR ist die „Schwächung und Zerschlagung“ des IS.⁵

Nach dem Motto „Iraq First“ wurde zunächst der Vormarsch des IS im Irak durch direkte Unterstützung des irakischen Militärs und der kurdischen Milizen zu stoppen versucht. In weiterer Folge wurde der IS im syrischen Hinterland geschwächt. Angriffsziele waren und sind neben Ölfeldern auch Kontrollposten, Trainingslager, Fahrzeuge, Militärlager sowie Kommandogebäude.⁶

Insgesamt führte die Koalition von August 2014 bis Dezember 2017 24.566 Luftschläge gegen den IS durch (13.331 Luftschläge im Irak und 11.235 in Syrien).⁷ Luftschläge werden durch 14 Staaten⁸ geflogen, wobei die USA mit

⁴ Katz, Whitney: JECC assists in the establishment of the Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve. In: Joint Enabling Capabilities Command, von JECC Public Affairs, 13.01.2015. <<https://web.archive.org/web/20160304133055/http://www.jecc.mil/News/RecentNews/tabid/3796/Article/572157/jecc-assists-in-the-establishment-of-combined-joint-task-force-operation-inhere.aspx>>. Abgerufen am 03.01.2019.

⁵ Pomperleau, Mark: Can the US actually destroy terror groups like ISIS? In: The Hill 14.08.2015. <<http://thehill.com/blogs/pundits-blog/defense/251112-can-the-us-really-destroy-terrorist-groups-like-isis>>. Abgerufen am 22.12.2018.

⁶ Rupp, Jasmina; Feichtinger, Walter: IFK Monitor – Kampf gegen den IS – mehr als nur Bomben, Jänner 2015. <www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/ifk_monitor_26_kampf_gegen_is_rupp_feichtinger.pdf>. Abgerufen am 06.02.2019.

⁷ US Department of Defense: Operation Inherent Resolve: Strike Updates, 09.08.2017. <<https://www.defense.gov/OIR/>>. Abgerufen am 23.12.2018.

⁸ Drennan, Justine: Who contributed what to the coalition against the Islamic State. In: Foreign Policy, 12.11.2014 <<https://foreignpolicy.com/2014/11/12/who-has-contributed-what-in-the-coalition-against-the-islamic-state/>>. Abgerufen am 07.01.2019.

90% den Großteil⁹ der Luftschläge fliegt und Frankreich sich mit ungefähr 5% an den Luftschlägen beteiligt.¹⁰ Folgende Staaten flogen Luftschläge sowohl im Irak als auch in Syrien: USA, Frankreich, Australien, Jordanien, Vereinigtes Königreich, Belgien, Dänemark, Kanada und die Niederlande. Die Türkei, Saudi-Arabien, Bahrein und die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar konzentrierten ihre Luftschläge nur auf Syrien. Die meisten dieser Staaten operierten nur für einen beschränkten Zeitraum, eine geringe Zahl dieser Staaten hielt ein durchgehendes Operationsniveau aufrecht.

Die Militärkampagne im Irak und Syrien ist nur ein Aspekt einer umfassenderen Strategie. Die Koalitionsmitglieder verpflichten sich, neben der Unterstützung zur Rückeroberung von IS-gehaltenen Gebieten auch die Stabilisierung dieser Regionen zu unterstützen, u. a. durch humanitäre Hilfe und Infrastrukturaufbau. Darüber hinaus kooperieren die Staaten in den Bereichen Informationsaustausch, Strafverfolgung, Eindämmung von Finanzströmen, Bekämpfung/Prävention der Rekrutierung von IS-Mitgliedern und der Neutralisierung der IS-Propaganda.¹¹

Auch die sogenannte „train and assist mission“ ist ein wichtiger Bestandteil der Militärkampagne. 26 Koalitionsmitglieder stellten über 4.000 Soldaten für die Ausbildungsmission im Irak zur Verfügung, die bis 2018 ca. 136.000 Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte ausgebildet haben. Im Rahmen des von den USA geleiteten Ausbildungsprogramms für gemäßigte Oppositionskräfte in Syrien wurden 12.577 Kämpfer ausgebildet, einschließlich der internen Sicherheitskräfte von Raqqa.¹²

Parallel zu der US-geführten Koalition gegen den IS besteht seit September 2015 auch eine von Russland geführte Militärallianz, gemeinsam mit den

⁹ ISIS/Daesh: The military response in Iraq and Syria.. In: House of Commons Library, 8.03.2017. <<http://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN06995>>. Abgerufen am 27.12.2018.

¹⁰ Daten von Ministère des armées: Dossier de Presse, Opération Chammal, Februar 2018. <<https://www.defense.gouv.fr/operations/chammal/dossier-de-presentation/operation-chammal>>. Abgerufen am 27.12.2018.

¹¹ The Global Coalition – Working to Defeat ISIS. In: US Außenministerium, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 27.12.2018.

¹² Global Coalition, Maps and Stats. 24.01.2018. <<http://theglobalcoalition.org/en/maps-stats/>>. Abgerufen am 05.01.2019.

Verbündeten Irak, Iran und Syrien¹³. Syrische Regimekräfte eroberten mit Unterstützung russischer Luftschläge zahlreiche vom IS kontrollierte Gebiete westlich des Euphrats zurück.¹⁴ Diese Koalition kooperiert nicht mit der US-geführten Allianz.

Auch eine durch Saudi-Arabien im Dezember 2015 ins Leben gerufene Anti-Terror-Allianz (Islamic Military Counter Terrorism Coalition), bestehend aus 41 mehrheitlich sunnitischen muslimischen Staaten, konzentriert sich auf den Kampf gegen den IS.¹⁵ Die Maßnahmen dieser Koalition umfassen Informationsaustausch sowie Ausbildungs- und Ausstattungsmissionen. Ein Koordinierungszentrum wurde in Riad eingerichtet. Die Beteiligung muslimischer Bodentruppen ist denkbar, diese kamen aber mit Stand vom Februar 2019 nicht zum Einsatz.¹⁶

Seit Beginn der Luftschläge verlor der IS stetig Territorium im Irak und Syrien. Im Dezember 2017 gelang die Rückeroberung aller vom IS kontrollierten Gebiete im Irak. Am 9.12.2017 verkündete der irakische Premierminister Haidar al-Abadi den Sieg über den IS und erklärte den Krieg im Irak für beendet. Auch die USA erklärten das Ende der großen Gefechte, wobei IS-Kämpfer sich in die irakische Wüste abgesetzt haben sollen.¹⁷ In Syrien standen im Dezember 2017 allerdings noch über 5%¹⁸ des Staatsgebietes unter

¹³ Gordon, Michael R.: Russia surprises US with accord on battling ISIS. In: New York Times, 27.09.2015. <<https://www.nytimes.com/2015/09/28/world/middleeast/iraq-agrees-to-share-intelligence-on-isis-with-russia-syria-and-iran.html>>. Abgerufen am 07.01.2019.

¹⁴ ISIS/Daesh: The military response in Iraq and Syria. In: House of Commons Library, 08.03.2017. <<http://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN06995>>. Abgerufen am 27.12.2018.

¹⁵ Islamic Military Counter Terrorism Coalition: Member Countries. <<https://imctc.org/English/Members>>. Abgerufen am 07.01.2019.

¹⁶ Browning, Noah; Irish, Josh: Saudi Arabia announces 43 state islamic alliance against terrorism. In: Reuters, 15.12.2015 <<https://www.reuters.com/article/us-saudi-security-idUSKBN0TX2PG20151215>>. Abgerufen am 05.01.2019.

¹⁷ ISIS/Daesh: The military response in Iraq and Syria. In: House of Commons Library, 08.03.2017 <<http://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN06995>>. Abgerufen am 27.12.2018.

¹⁸ Glenn, Cameron: Timeline: The rise and fall of the Islamic State. <<https://www.wilsoncenter.org/article/timeline-the-rise-spread-and-fall-the-islamic-state>>. Abgerufen am 28.12.2018.

IS-Kontrolle, insbesondere im irakisch-syrischen Grenzgebiet.¹⁹ Bis auf wenige Dörfer im Euphrat-Tal besteht diese Zone allerdings aus kaum besiedeltem Wüstengebiet nahe der Grenze im Irak.

1.3 Beitrag Frankreichs im Kampf gegen den IS: Opération Chammal

Frankreichs militärisches Engagement im Kampf gegen den IS entwickelte sich schrittweise, mit anfangs begrenzten Luftschlägen im Irak zu einer Ausweitung auf das Nachbarland Syrien und schließlich dem Einsatz des Flugabwehrzerstörers *Jean Bart* im Persischen Golf²⁰ und des Flugzeugträgers *Charles de Gaulle* im östlichen Mittelmeer.

Die Luftkampagne gegen den IS – seit 19. September 2014 – stellte Frankreichs erste²¹ direkte Militärintervention im Mittleren Osten dar.²² Auf Anfrage der irakischen Regierung und in Koordination mit Frankreichs Verbündeten in der Region hat die französische Militäroperation das erklärte Ziel „die lokalen militärischen Kräfte im Kampf gegen den IS zu unterstützen“.²³

¹⁹ ISIS/Daesh: The military response in Iraq and Syria. In: House of Commons Library, 08.03.2017. <<http://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN06995>>. Abgerufen am 27.12.2018.

²⁰ French Navy Cassard class Anti Aircraft Frigate Jean Bart deployed to provide air control over Iraq. In: Navy Recognition, 08.10.2014. <<http://www.navyrecognition.com/index.php/news/defence-news/year-2014-news/october-2014-navy-naval-forces-maritime-industry-technology-security-global-news/2047-french-navy-cassard-class-anti-aircraft-frigate-jean-bart-deployed-to-provide-air-control-over-iraq.html>> Abgerufen am 07.01.2019.

²¹ Frankreich engagierte sich in der Region zuvor einzig durch unterstützende Patrouillenflüge, die im Rahmen der Flugverbotszone im Irak in Folge des ersten Golfkrieges in den Jahren 1991–1998 durchgeführt wurden.

²² Graham, David A: What is France doing in Syria? In: The Atlantic, 15.11.2015. <<https://www.theatlantic.com/international/archive/2015/11/france-syria-iraq-isis/416013/>>. Abgerufen am 05.01.2019.

²³ Französisches Verteidigungsministerium: Presseauschreibung zu Opération Chammal, 31.12.2018. <<https://www.defense.gouv.fr/operations/operations/irak-syrie/dossier-de-presentation-de-l-operation-chammal/operation-chammal>> Abgerufen am 07.01.2019.

Der französische Einsatz, der den Namen *Opération Chammal*²⁴ trägt und Teil der US-geführten multinationalen Militäroperation *Operation Inherent Resolve* ist, setzt sich aus drei Arten von Luftoperationen zusammen:

1. Bodenunterstützungsmissionen für Irakische Sicherheitskräfte (ISF), die gegen den IS vorgehen (*Close Air Support Missionen*). Es handelt sich hier um unregelmäßige Missionen, die sich an den Entwicklungen der Bodenoffensiven orientieren;
2. Langfristig geplante Missionen in Syrien und Irak gegen IS-Ziele, die durch nachrichtendienstliche Operationen identifiziert werden;
3. Intelligence-Operationen zur Ermittlung von Zielen für Luftschläge.

Zudem beteiligen sich französische Sicherheitskräfte im Rahmen der *Opération Chammal* auch an Beratungs- und Ausbildungsmaßnahmen für irakische und kurdische Sicherheitskräfte in Bagdad und Erbil.²⁵

Die französische Militäroperation begrenzte sich im Jahr 2014 auf Luftschläge im Irak, ohne den Einsatz von Bodentruppen. Eine Bekämpfung des IS in Syrien wurde über einen langen Zeitraum nicht in Betracht gezogen, da dies aus Sicht Frankreichs den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad stärken würde.²⁶ Frankreich trat seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 lautstark für den Rücktritt Assads ein und forderte sogar im Zuge des vermeintlichen Chemiewaffenangriffs durch das Assad-Regime im Jahr 2013 gemeinsam mit den USA eine Militärintervention. Der angedrohte westliche Militärschlag wurde durch den russischen Deal, die in staatlichem Besitz befindlichen Chemiewaffen zu beseitigen, letztlich abgewendet. Im Verlauf des Syrienkrieges

²⁴ *Chammal* steht für den Namen eines Windes im Nordwesten Iraks.

²⁵ Französisches Verteidigungsministerium: Die Französischen Chammal Streitkräfte beschützen Frankreich im Mittleren Osten, 12.07.2016. <<https://www.defense.gouv.fr/english/actualites/newsletter/in-the-middle-east-the-chammal-french-forces-protect-france>>. Abgerufen am 07.01.2019.

²⁶ Chrisafis, Angelique: France launches first airstrikes in Syria In: The Guardian, 27.09.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/sep/27/france-launches-first-airstrikes-isis-syria>>. Abgerufen am 06.01.2019.

unterstützte Frankreich Anti-Assad-Rebellen sowie kurdische Kämpfer logistisch und militärisch.²⁷

Die *Opération Chammal* wurde am 8. September 2015 durch Luftschläge auf syrisches Staatsgebiet ausgeweitet, Ziele waren insbesondere die vom IS kontrollierte Erdöl- und Erdgas-Infrastruktur in der Provinz Deir ez-Zour, um dem IS eine seiner wichtigsten Einnahmequellen zu nehmen.²⁸

Die verheerenden Terroranschläge in Paris am 13. November 2015 mit 130 Todesopfern, die der IS für sich beanspruchte, bedeuteten einen neuen Wendepunkt für das militärische Vorgehen Frankreichs im Kampf gegen den IS. Zudem schärfte das Attentat in Paris das Bewusstsein anderer europäischer Staaten über die zunehmende Bedrohung durch den IS in Europa. Die Anschläge waren die schwerwiegendsten Angriffe auf französischen Boden seit dem Zweiten Weltkrieg und es handelte sich um den größten Angriff des IS gegen einen westlichen Staat. In einer Medienkampagne verkündete der IS, dass dieser als Antwort auf die Luftschläge Frankreichs in Syrien erfolgte. Zudem drohte er Frankreich und anderen westlichen Staaten mit weiteren Terrorattacken.²⁹

Der Anschlag in Frankreich soll Terror-Experten zufolge der erste gewesen sein, bei dem eine direkte Befehlskette aus dem IS-Territorium (vermutlich der Hauptstadt des IS-Kalifates, Raqqa) nachgewiesen werden konnte.³⁰

²⁷ France renews backing for Syrian rebels, denies troop moves. In: CNBC News, 30.03.2018. <<https://www.cnbc.com/2018/03/30/france-renews-backing-for-syrian-rebels-denies-troop-moves.html>>. Abgerufen am 11.01.2019.

²⁸ Black, Ian: France more active than rest of the west in tackling Syria. In: The Guardian, 14.11.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/nov/14/france-active-policy-syria-assad-isis-paris-attacks-air-strikes>>. Abgerufen am 11.01.2019.

²⁹ Online Statement des IS, übersetzt ins Englische: „The stench of death will not leave their noses as long as they remain at the forefront of the Crusaders’ campaign, dare to curse our prophet, boast of a war on Islam in France, and strike Muslims in the lands of the caliphate with warplanes“. In: National Post, 14.11.2015. <<https://nationalpost.com/news/world/isil-claims-responsibility-for-paris-attacks-calls-france-a-top-target>>. Abgerufen am 11.01.2019.

³⁰ Spotlight on Global Jihad, 19.10.2017. In: Meir Amit Terrorism and Intelligence Center. <<https://www.terrorism-info.org.il/en/spotlight-global-jihad-october-3-18-2017/>>. Abgerufen am 17.01.2019.

Frankreichs Präsident Hollande erklärte am 16.11.2015, dass sich Frankreich nunmehr „im Krieg gegen den Islamischen Staat“ befindet.³¹

Die Entschlossenheit Frankreichs, gegen den globalen Terror vorzugehen, hatte zwei wesentliche Auswirkungen im Kontext der multilateralen Zusammenarbeit im Anti-Terrorkampf:

- a) Frankreich berief sich am 13. November 2015 auf Artikel 42 Absatz 7 EU-V, der gegenseitigen Unterstützungsklausel der EU.
- b) Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 20. November 2015 die Resolution 2249 (2015).

Erstmals in der Geschichte der EU berief sich ein Mitgliedsstaat auf die gegenseitige Unterstützungsklausel der EU, mit dem Ersuchen, die französischen Operationen in der Levante zu unterstützen. Detaillierte operative Anträge wurden dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee am 24. November 2015 vorgelegt. Frankreich forderte andere Mitgliedstaaten auf, Luftangriffe in Syrien durchzuführen. Belgien, Zypern, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich leisteten die geforderte Unterstützung entweder durch eigene Luftangriffe, Luftbetankungen, Aufklärungsflüge oder logistische Unterstützung.

Mit der Resolution 2249 (2015) des UN-Sicherheitsrates obliegt es den Mitgliedstaaten, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den *Islamischen Staat* im Einklang mit dem Völkerrecht zu bekämpfen. Das Mandat erwähnt nicht ausdrücklich die Koalition gegen den IS. Es ist wichtig, festzustellen, dass Syrien im Gegensatz zur irakischen Regierung die französischen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung nicht durch die Einladung der westlichen Koalition legitimiert hat (nur Iran und die Russische Föderation haben einen solchen Antrag erhalten).

³¹ Doherty, Ben: France launches 'massive' airstrike on ISIS stronghold Raqqa. In: The Guardian, 16.11.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/nov/16/france-launches-massive-airstrike-on-isis-stronghold-in-syria-after-paris-attack>>. Abgerufen am 11.01.2019.

Die Resolution 2249 des UN-Sicherheitsrates füllt die rechtliche Grauzone in Bezug auf Artikel 51 der UNO-Charta³², wonach Staaten in Notwehr handeln sollen, bis der Sicherheitsrat Maßnahmen ergreift. Somit berief sich der französische Premierminister Manuel Valls im November 2015 darauf und betonte das Recht Frankreichs auf Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs: „Im Namen der Selbstverteidigung Frankreichs ist es notwendig *Daesh* anzugreifen.“³³

Während frühere Versuche, eine Resolution des Sicherheitsrates über eine militärische Intervention in Syrien zu verabschieden, am Veto Russlands gescheitert waren, gelang es – in Folge des Abschusses eines russischen Verkehrsflugzeugs über der Sinai-Halbinsel durch eine Terrororganisation –, die Pattsituation zu beenden. Zur Diskussion steht jedoch weiterhin, ob es zulässig sein soll, gegen eine terroristische Gruppe vorzugehen, wenn das Gastland dazu nicht bereit oder in der Lage ist (vgl. die Debatte über R2P/humanitäre Intervention).

In den Folgetagen der Pariser Anschläge reagierte die französische Luftwaffe mit einer umfassenden Serie an Bombardements auf Trainingscamps und Waffenlager des IS in Raqqa (Syrien) und verdoppelte seine wöchentlichen Luftschläge.

Frankreich erlitt auch nach 2015 eine Vielzahl an islamistisch motivierten Terroranschlägen durch Sympathisanten und Anhänger des IS (siehe Liste von IS-motivierten Terroranschlägen in Frankreich³⁴).

Vom 19. September 2014 bis zum 9. Dezember 2017 flog Frankreich 1.422 Luftschläge und zerstörte 2.209 Ziele.³⁵

³² Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs <<https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>>. Abgerufen am 16.01.2019.

³³ „Terrorists have no passports“ French PM says of Syria air strikes. In: France 24, 12.10.2015. <<http://www.france24.com/en/20151012-france-pm-valls-terrorists-have-no-passports-air-strikes-french-jihadists-syria>>. Abgerufen am 11.01.2019.

³⁴ ISIL-Angriffe in Frankreich. In: Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/ISIL-related_terror_attacks_in_France. Abgerufen am 09.01.2019.

³⁵ Guibert, Nathalie: Vers une réduction des moyens militaires français en Irak et Syrie. In: Le Monde, 09.12.2017. <<https://www.lemonde.fr/international/article/2017/12/09/vers->

Factbox: Militärisches Engagement Frankreichs³⁶

(Beobachtungszeitraum September 2014 – Dezember 2017)

Operationsbeginn	19.09.2014, Operation mit Stand Februar 2019 noch andauernd
Soldaten im Einsatz	3900 (davon 2.800 Marinesoldaten)
Artillerie-Soldaten für Mossul-Offensive	<i>Task Force Wagram</i> mit 150 Artilleristen wurde im September 2016 in der Operationsbasis Qayarrah-West stationiert und unterstützt die Bodenoffensive der ISF, ausgestattet mit 4 <i>CAESAR</i> -Artilleriegeschützen. Zum Höhepunkt der Mossul-Offensive waren knapp 4.000 französische Soldaten im Einsatz, Bodentruppen in Bagdad, Erbil, Qayarrah, in den Militärbasen in Jordanien und VAE sowie 2.800 Marinesoldaten.
Kommandozentrale für Bodenoperationen	<i>Combined Joint Forces Land Component Command</i> (CJFLCC) in Bagdad
Luftwaffe im Einsatz	10 <i>Rafale</i> Kampfflugzeuge, stationiert in den Luftwaffenstützpunkten in Jordanien (4 Stück) und in den Vereinigten Arabischen Emiraten (6 Stück). 2016 wurden punktuell zur Verstärkung 4 <i>Rafale Marine</i> anstatt der <i>Rafale Air</i> in Jordanien eingesetzt.
Aufgaben der Luftwaffe	Die Kampfflugzeuge tragen zur direkten Unterstützung der Bodenoffensiven der lokalen Truppen bei. Zusätzlich führen sie Aufklärungsmissionen sowie gezielte Luftschläge durch. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch NATO-Betankungsflüge (C-135 FR) und Luftlandekommandoeinsätze (Awacs E-3F, Atlantique 2) sowie eine im Mittelmeer patrouillierende Fregatte.
Kommandozentrale für Luftoperationen	Die französische Luftkommandozentrale für diese Operationen ist Teil des NATO- <i>Combined Air Operations Center</i> (CAOC) in Katar.

[une-reduction-des-moyens-militaires-francais-en-irak-et-syrie_5227118_3210.html](#)>. Abgerufen am 18.01.2019.

³⁶ Daten von Ministère des armées: Dossier de Presse, Opération Chammal, Februar 2018.

Lufteinsätze (Sorties)	7.000
Luftschläge	1.400
Einsatz von Flugzeugträgern	Punktuell kam es drei Mal ³⁷ zum Einsatz des Flugzeugträgers <i>Charles De Gaulle</i> im östlichen Mittelmeer mit 24 Kampffjets und 2800 Marinesoldaten.
Anschlagsziele	Sprengstofffabriken und -lagerplätze, illegale Handelsknotenpunkte, Stellungen, die im Zusammenhang mit den Finanzierungsquellen der Terrororganisation stehen, Kommunikationseinrichtungen, Kommandozentren des IS.
Zerstörte Ziele	mehr als 2.000 Ziele in Syrien und Irak
Ausbildungsprogramme für irakische Soldaten	Unter dem Operationsnamen <i>Task Force Narvik</i> bildeten 100 französische Ausbilder (Rotation von 4 Monaten) in einem Ausbildungsprogramm für die Spezialeinheit <i>Iraqi Counter Terrorism Service</i> (ICTS) in Bagdad 300–1.300 Soldaten sowie 30 irakische Ausbilder (Train-the-Trainer-Programm) aus. Das zweite Ausbildungsprogramm trägt den Namen <i>Task Force Monsabert</i> und trägt zum Kapazitätsaufbau der 6. Infanterie-Division bei, dessen Hauptaufgabe die Verteidigung Bagdads ist. Insgesamt wurden zwischen 100–300 Ausbilder und 20 Schulungsleiter mit individuellem Coaching ausgebildet. Im Zuge des Programms wurden Ausbildungsräumlichkeiten für den Kampf gegen improvisierte Sprengkörper sowie zur urbanen Häuserkampf-Simulation errichtet.
Waffenlieferungen und Ausbildungsprogramm für kurdische Soldaten	150 französische Ausbilder bildeten kurdische Peschmerga-Kräfte in Erbil aus. Zudem stellte Frankreich den Peschmerga 20mm-Pistolen sowie schwere Maschinengewehre zur Verfügung.

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet (Operationsgebiet des IS in Syrien und Irak)

Im folgenden Abschnitt wird der Einfluss der US-geführten multinationalen Militäroperation *Inherent Resolve* auf das Zielgebiet Irak und Syrien analysiert. Da die Erfolge im Kampf gegen den IS nicht allein auf die französische

³⁷ 1. Einsatz: 23.02.2015, 2. Einsatz: 23.11.2015–14.03.2016, 3. Einsatz: 30.09.–09.12.2016.

Militäroperation *Chammal* reduziert werden können, werden die multinationalen Aktivitäten und deren Auswirkungen auf den IS analysiert. Das Machtzentrum und Operationsgebiet des IS befindet sich in Syrien und Irak, wo die Terrororganisation in ihrer höchsten Ausprägung (im November 2014) 252.000 km² kontrollierte und 8 Millionen Menschen unter ihrer Herrschaft standen (07/2015).³⁸ Als Beobachtungszeitraum gilt September 2014 bis Dezember 2017.

2.1 Erfolg der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung

2.1.1 Erfolg der Bekämpfung des IS durch externe und interne Sicherheitskräfte

Die Handlungsfähigkeit der Führungspersonen des IS wurde gemäß US-Angaben stark beeinträchtigt. Das US Department of State gab im März 2017 bekannt, dass im Rahmen der Anti-IS-Kampagne 10.000 Kämpfer beseitigt wurden, darunter 180 Führungspersonen auf Senior und Mid-Level-Rang. US-Verteidigungsminister Ashton Carter verkündete im April 2016: „We are systematically eliminating ISIL’s cabinet“. Alle hochrangigen Stellvertreter des IS-Chefs Abu Bakr al-Baghdadi sowie Führungspersönlichkeiten der IS-Verwaltungsstrukturen – wie der sogenannte Kriegsminister, Informationsminister, Minister für Finanzen, für Öl- und Gas und der Minister für externe Operationen – wurden erfolgreich beseitigt.

Durch Präzisionsluftschnitte wurden zusätzlich Energieanlagen, Kommando- und Kontrollzentren sowie Geldlager angegriffen.³⁹ **Eine Neubesetzung der Führungspositionen durch gut ausgebildete und qualifizierte Führungskräfte wird für den IS zunehmend schwieriger.**

Trotz massiver territorialer Rückschläge des IS-Kalifates kann nicht von einer Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Befehlskette

³⁸ Breteau, Pierre; Zerrouky, Madjid: Comment l’Etat islamique a perdu la quasi-totalité de son territoire utile en Irak et en Syrie en trois ans. In: Le Monde, 23.03.2018. <https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/visuel/2017/03/13/comment-l-etat-islamique-a-recule-en-irak-et-en-syrie-depuis-2014_5093896_4355770.html>. Abgerufen am 20.12.2018.

³⁹ The Global Coalition – Working to Defeat ISIS. In: US Außenministerium, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 27.12.2018.

ausgegangen werden. Die US-geführte Anti-IS-Koalition verfolgt den Ansatz, durch die systematische Eliminierung von IS-Führungspersönlichkeiten die Terrororganisation als Ganzes zu schwächen, da insbesondere die Befehlskette des IS nicht mehr funktionieren würde. Bereits im März 2016 verkündete US-Verteidigungsminister Carter, dass die Ermordung der Nummer 2 des IS die Fähigkeit der Organisation, Operationen innerhalb und außerhalb des Kalifates durchzuführen, behindert wird.⁴⁰ Tatsächlich folgten noch dutzende verheerende Operationen von IS-Anhängern in unterschiedlichen Teilen der Welt. Auch die Ausschaltung von zahlreichen *Al-Qaida*-Führungspersönlichkeiten in den letzten 20 Jahren führte weder zu einer markanten Beeinträchtigung der Operationsfähigkeit noch zum Zusammenbruch der Organisation.

Die Bewegungsfreiheit von IS-Mitgliedern ist seit dem Zerfall des IS-Kalifates im Dezember 2017 stark beeinträchtigt. Die in den letzten Jahren verstärkten Angriffe auf die IS-Führungsriege durch die USA und ihre Verbündeten (v. a. durch Drohnen) verschärfte die Flucht vor dem „unsichtbaren Feind“. Führungsmitglieder des IS verbringen vermutlich mehr Zeit damit, sich zu verstecken und trotz aufrechter Kommunikationskanäle unentdeckt zu bleiben, als mit den Kämpfern an der Front. Seit der Zerschlagung des IS-Kalifates im Irak im Dezember 2017 kommt es zu einer regelrechten Hexenjagd auf IS-Kämpfer, Sympathisanten und deren Familien. In den letzten Monaten erfolgten hunderte Verurteilungen und Hinrichtungen durch die irakischen Behörden.⁴¹

Die hauptsächlichen Aufenthaltsorte/Netzwerke des IS verlagerten sich von bisher urbanen, durch den IS kontrollierten, Gebieten in dünn besiedelte Wüstengebiete, die durch den IS als Rückzugsgebiet verwendet werden. Gemäß Mike Knights, Forscher am Washington Institute for Near East Policy, beherrscht der IS „das Niemandsland außerhalb der Städte, was ihm [im

⁴⁰ Engel, Pamela: Experts: Killing ISIS' No.2 isn't enough to topple the terror group. In: Business Insider, 25.03.2016. <<https://www.businessinsider.de/what-isis-leader-qadulis-death-means-2016-3?r=US&IR=T>>. Abgerufen am 16.01.2019.

⁴¹ Cockburn, Patrick: Iraq executes 13 and order hanging of hundreds more in fear of ISIS resurgence. In: Independent, 29.06.2018. <<https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/iraq-executions-hangings-isis-baghdad-kirkuk-haider-al-abadi-a8423416.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Vergleich zu den Jahren 2014 – 2016 als er noch urbane Zentren dominierte] größere Bewegungsfreiheit ermöglicht“.⁴²

Die Verfügbarkeit von Kämpfern der terroristischen Vereinigung scheint stark beeinträchtigt zu sein. Es bestehen keine offenen Quellen über die genaue Verfügbarkeit des IS von Waffen und Kampfmitteln. Auch die Zahl der IS-Kämpfer einzuschätzen, stellt eine große Herausforderung dar. Weder die Zahl an Neuzugängen oder Deserteuren noch jene der Gefallenen können durch gesicherte Quellen festgestellt werden.

Betrachtet man CIA-Angaben, so gehen diese im September 2014 von einer IS-Kämpferzahl zwischen 20.000 und 30.000 aus.⁴³ Ende 2017 bezifferte man die Zahl der IS-Kämpfer in Syrien und Irak auf 1.000–3.000.⁴⁴

Weitere Indikatoren, die auf einen Rückgang der IS-Kämpferzahl schließen lassen:

- Der Einsatz von alten Männern und Kindern als Selbstmordattentäter.⁴⁵
- Die Schließung der türkisch-syrischen Grenze führte zu einem Rückgang von Foreign Terrorist Fighters. Die Zahl lag im April 2015 bei 1.500–2.000 Kämpfern pro Monat und im April 2016 bei 200 pro Monat.⁴⁶

⁴² Dublin, Rhys: ISIS 2.0 is really just the original ISIS. In: Foreign Policy, 03.04.2018. <<http://foreignpolicy.com/2018/04/03/isis-2-0-is-really-just-the-original-isis/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

⁴³ Carter, Chelsea J.; Crawford, Jamie; Sciutto, Jim: ISIS can ‚muster‘ between 20,000 and 31,000 fighters, CIA says. In: CNN, 12.09.2019. <<https://edition.cnn.com/2014/09/11/world/meast/isis-syria-iraq/index.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁴⁴ Shinkman, Paul D: IS by the numbers in 2017. In: USNews, 27.12.2017. <<https://www.usnews.com/news/world/articles/2017-12-27/isis-by-the-numbers-in-2017>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁴⁵ Antonopoulos, Paul: ISIS manpower shortage sees them relying on elderly, children in suicide operations. In: AMN News, 03.03.2017. <<https://www.almasdarnews.com/article/isis-manpower-shortage-sees-them-relying-on-elderly-children-in-suicide-operations/>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁴⁶ Browne, Ryan: ISIS internal docs show struggle to retain fighters, cut costs. In: CNN, 27.04.2016. <<https://edition.cnn.com/2016/04/26/politics/isis-documents/index.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

- Der IS selbst verkündete, aufgrund begrenzter finanzieller Mittel Gehälter von Kämpfern reduzieren zu müssen.⁴⁷
- Interne IS-Dokumente, die bei der Einnahme von IS-gehaltenen Städten gefunden wurden, belegen einen Rückgang an Kämpferzahlen und finanziellen Mitteln.⁴⁸

Obwohl der IS weite Teile seines Territoriums verloren hat, bleibt seine Onlinepräsenz stabil.

Mit der Einnahme der IS-Hochburgen Mossul und Raqqa hat der IS nicht nur Studio- und Produktionsstätten für seine Propagandaaussendungen, sondern auch qualifiziertes Personal verloren. Die Social-Media-Kanäle sanken von 40 aktiven Seiten im Jahr 2015 auf 19 im Frühjahr 2017. Dennoch bleibt der Medienapparat des IS auch in seiner reduzierten Form bemerkenswert produktiv und produziert im Durchschnitt täglich etwa 20 hochwertige Medienaussendungen, angefangen von Videos, die die Hinrichtungen von Geiseln zeigen, bis hin zu Schritt-für-Schritt-Anleitungen für den Bau einer Bombe.⁴⁹ Der Verlust des physischen Kalifats bedeutet für den IS, dass Erhalt und Ausweitung der Propaganda über das Kalifat als ewiges Ideal oberste Priorität haben. Die Möglichkeit des Einsatzes propagandistischer Mittel durch die terroristische Vereinigung besteht weiterhin. Das „virtuelle“ Kalifat wird durch den IS fortgesetzt.

Die Größe des vom IS kontrollierten Territoriums ist massiv gesunken.

Das IS-Territorium in Syrien und Irak umfasste zu seiner höchsten Ausprägung im November 2014 252.000 km². 7,7 Millionen Menschen

⁴⁷ Dearden, Lizzie: Isis cuts salaries, brings in fines and releases prisoners to make up cash shortage caused by air strikes – report. In: Independent, 16.02.2016. <<https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/isis-budget-cuts-iraq-syria-pay-bonuses-air-strikes-oil-militants-food-snickers-a6877226.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁴⁸ Browne, Ryan: ISIS internal docs show struggle to retain fighters, cut costs. In: CNN, 27.04.2019. <<https://edition.cnn.com/2016/04/26/politics/isis-documents/index.html>>. Abgerufen am 06.02.2019.

⁴⁹ Warrick, Joby: ISIS' propaganda machine is thriving as the physical caliphate fades. In: Washington Post, 18.08.2017. <https://www.washingtonpost.com/world/national-security/isiss-propaganda-machine-is-thriving-as-the-physical-caliphate-fades/2017/08/18/4808a9f6-8451-11e7-ab27-1a21a8e006ab_story.html>. Abgerufen am 14.01.2019.

standen Mitte 2015 unter IS-Herrschaft. Ende 2017 kontrollierte der IS nur noch ein Gebiet von rund 13.000 km².⁵⁰

2.1.2 Erfolg der Bekämpfung durch politische Maßnahmen

Die Einflussnahme auf andere Staaten, den IS nicht zu unterstützen war zumindest teilweise erfolgreich. Die Unterstützung des IS durch andere Staaten kann durch offene Quellen nicht belegt werden. Unterschiedliche Medienportale berichteten, dass seit 2012 eine vermeintliche indirekte Unterstützung des IS durch folgende Staaten erfolgte: Türkei, Saudi-Arabien, Katar und Israel.⁵¹ In einigen Fällen erfolgte die Finanzierung durch Privatpersonen aus unterschiedlichen Golfstaaten.⁵² Die Einnahmen durch Spenden machten allerdings nur einen geringen Prozentsatz der Gesamteinkünfte des IS aus.

Auch wenn keine Unterstützung durch die genannten Staaten nachgewiesen werden kann, so belegen Berichte, dass die USA einige Staaten mehrfach aufgefordert hatte, gegen Staatsbürger vorzugehen, die den IS unterstützen.⁵³

Angesichts der Tatsache, dass der IS in all den oben genannten Staaten Terroranschläge bereits verübt hatte oder diese als Anschlagssziele nennt, kann davon ausgegangen werden, dass die Unterstützung eingestellt wurde, da der

⁵⁰ Abdelillah, Bendaoui: After the, almost 100 percent' defeat of ISIS, what about ist ideology? In: Al Jazeera, 08.05.2018. <<http://studies.aljazeera.net/en/reports/2018/05/100-percent-defeat-isis-ideology-180508042421376.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁵¹ Stephens, Michael: Islamic State: Where does jihadist group get its support? In: BBC, 01.09.2014. <<http://www.bbc.com/news/world-middle-east-29004253>>. Abgerufen am 12.01.2019, Rogin, Josh: America's allies are funding ISIS. In: The Daily Beast, 14.06.2014. <<https://www.thedailybeast.com/americas-allies-are-funding-isis>>. Abgerufen am 12.01.2019.

⁵² Loud, Daniel: The Gulf monarchies and private funding of ISIS. In: Sigma Iota Rho Journal of International Relations, 04.04.2016. <<http://www.sirjournal.org/blogs/2016/4/4/the-gulf-monarchies-and-private-funding-of-isis>>. Abgerufen am 12.01.2019.

⁵³ Trump: Qatar must stop financing terrorism. In: CNN, 10.06.2019. <<https://edition.cnn.com/2017/06/09/politics/trump-qatar-saudi-gulf-crisis/index.html>>. Abgerufen am 12.01.2019. Cockburn, Patrick: We finally know what Hillary Clinton knew all along: that US allies Saudi Arabia and Qatar are funding ISIS. In: Independent, 14.10.2016. <<https://www.independent.co.uk/voices/hillary-clinton-wikileaks-email-isis-saudi-arabia-qatar-us-allies-funding-barack-obama-knew-all-a7362071.html>>. Abgerufen am 12.01.2019.

IS mittlerweile für die nationale Sicherheit dieser Länder eine Bedrohung darstellt.⁵⁴

Die Einflussnahme auf andere Staaten und Organisationen, sich der Bekämpfung des IS anzuschließen, war sehr erfolgreich. Die Zahl der in der Anti-IS-Koalition vertretenen Staaten ist stetig gestiegen. Im September 2014 waren es knapp über 60 Staaten. Ende 2017 erhöhte sich die Zahl durch den Beitritt von Djibouti, Chad, Niger, Äthiopien und Kamerun auf insgesamt 75 Staaten. Darüber hinaus sind folgende 4 Organisationen vertreten: Arabische Liga, Interpol, NATO und die Europäische Union.⁵⁵

Die Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, auf internationaler Ebene Sanktionen gegen den IS bzw. deren Mitglieder und Unterstützer zu verhängen, verlief erfolgreich. Seit 2014 wurden zahlreiche UN-Resolutionen (u. a. Resolution 2199(2015), 2249(2015), 2368(2017), 2396(2017)) verabschiedet, welche die Unterstützung, Finanzierung und Propaganda des IS eindämmen sollen. Es herrscht eine internationale Einigkeit, den IS zu bekämpfen, das Ausmaß und Engagement variiert aber von Staat zu Staat.

Interpol hat mittlerweile 43.000 Namen von IS-Anhängern in seiner Datenbank, die mit Unterstützung von 60 Partnerstaaten gesammelt wurden. Auch in der Privatwirtschaft gibt es starke Bemühungen, die Online-Propaganda des IS aus dem Internet zu verbannen. Eine zentrale Rolle spielen dabei

⁵⁴ Costolo, William: ISIS threat to Turkey, Saudi Arabia and Jordan. In: Liberty Voice, 22.08.2014. <<https://guardianlv.com/2014/08/isis-threat-to-turkey-saudi-arabia-and-jordan/>>. Abgerufen am 12.01.2019. Tisdall, Simon. Turkey paying a price for Erdogans wilful blindness to ISIS threat. In: Guardian, 29.06.2016. <<https://www.theguardian.com/world/2016/jun/29/turkey-pays-price-erdogan-blindness-to-isis-threat>>. Abgerufen am 12.01.2019. Black, Ian. Arab states under pressure to do more in fight against ISIS. In: Guardian, 22.11.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/nov/22/arab-states-under-pressure-fight-isis-iran-syria-saudi-arabia>>. Abgerufen am 12.01.2019. Boghart, Lori Plotkin. Gulf Support to the counter-ISIS campaign. In: Washington Institute, 21.03.2017. <<http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/gulf-support-to-the-counter-isis-campaign>>. Abgerufen am 12.01.2019.

⁵⁵ US Department of State: The Global Coalition – Working to Defeat ISIS. Factsheet Office of the Spokesperson, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Saudi-Arabien, Großbritannien, die Vereinigten Arabische Emirate und Malaysia.⁵⁶

2.1.3 Erfolg der Bekämpfung durch wirtschaftliche Maßnahmen

Die Maßnahmen der Anti-IS-Koalition bewirkten die erfolgreiche Austrocknung direkter und indirekter Einnahmequellen der terroristischen Vereinigung. Die US-geführte Koalition gegen den IS stützt ihre Strategie auf zwei Ansätze: Erstens, Luftschläge auf Führungspersonlichkeiten, Hauptquartiere und Kasernen. Zweitens, das Abschneiden der Finanzierungskanäle und Schlüssellressourcen der Gruppe. Die Koalition zielt auf die Öl-/ und Gasinfrastruktur des IS, versucht aber, Beschüsse von Bohrlöchern und Öl-Pipelines zu vermeiden.⁵⁷ Luftangriffe und militärische Operationen beeinträchtigen die Wirtschaftsleistung des IS in großem Ausmaß. So bewirkten die Luftschläge gegen Energieanlagen einen Rückgang der Ölförderungskapazitäten. Der IS passte sich allerdings stetig dem Rückgang seiner Einnahmen an. Er erhöhte Steuern, reduzierte die Ausgaben und Gehälter für Kämpfer und ihre Familien. Zudem bedeuten der Verlust des Territoriums und die Rückentwicklung zu einer Guerillaorganisation – ohne zu verwaltendes Territorium – allgemein geringere Ausgaben für den IS.

Die aus 40 Mitgliedern und Beobachtern bestehende Counter-ISIS Finance Group (CIFG) der Koalition versucht insbesondere, die grenzüberschreitenden Finanzströme in den Irak und nach Syrien zu überwachen und den IS daran zu hindern, Geldtransfermechanismen zu nutzen. Zudem setzt CIFG auch die zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates im Kontext der Eindämmung der finanziellen Mittel für den IS durch, einschließlich der

⁵⁶ McGurk, Brett: D-Isis coalitions progress in 2017, 04.01.2018. <<https://medium.com/statedept/the-d-isis-coalitions-progress-in-2017-d66384c505e1>>. Abgerufen am 06.02.2019.

⁵⁷ Justice for Life observatory in Deir Ezzor: The Impact of air strikes and military operations on ISIS's economy. In: Atlantic Council, 02.03.2016. <<http://www.atlantic-council.org/blogs/syriasource/impact-of-the-air-strikes-and-military-operations-on-isis-s-economy>>. Abgerufen am 13.01.2019.

Sanktionierung von Akteuren, die Erdöl vom IS sowie Gelder aus illegalem Handel mit Kulturgütern, Rohstoffen und Lösegeldern beziehen.⁵⁸

Darüber hinaus arbeitete die Koalition eng mit der irakischen Regierung zusammen. Die irakische Regierung schnitt über 90 Bankfilialen im IS-Gebiet vom nationalen Finanzsystem ab. Die irakische Zentralbank erstellte eine Liste von über 100 Wechselstuben und Geldtransferunternehmen, die in IS-gehaltenen Gebieten oder mit Verbindungen zum IS tätig sind. Die irakische Regierung verbot mit Unterstützung der Koalitionspartner auch die Verteilung der staatlichen Gehaltszahlungen in IS-gehaltenen Gebieten, wodurch dem IS die Möglichkeit verwehrt wurde, diese Mittel zu besteuern.⁵⁹

2.1.4 Erfolg der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung durch Gegennarrative und/oder De-Radikalisierungsstrategien

Der Zulauf von ausländischen Kämpfern (*Foreign Terrorist Fighters*, FTF) in den Irak und nach Syrien, von denen viele dem IS beigetreten sind, **ist im Jahr 2016 (nach dem Höhepunkt im Jahr 2014) deutlich zurückgegangen**. Wichtige Meilensteine umfassten unter anderem: 1) Die Sicherung der syrisch-türkischen Grenze ab November 2016; 2) Annahme eines Protokolls über die Anerkennung von Flugpassagierdatensätzen (PNR) durch die EU; 3) 31 Nicht-EU-Mitglieder führten verstärkte Maßnahmen zur Überprüfung von Reisenden durch; und 4) zahlreiche Länder setzten die Maßnahmen der UN Sicherheitsratsresolution 2178 (2014) um, die die Eindämmung der Rekrutierung, Bewegungsfreiheit, Finanzierung und Aufrüstung der Terrororganisation bzw. der Sympathisanten vorsieht.⁶⁰

Mehr als 60 Staaten implementierten Gesetze zur Verfolgung und Bestrafung von FTF-Aktivitäten. In 65 Ländern wurden ausländische Terroristen oder FTF-Vermittler verfolgt oder verhaftet. Mindestens 60 Staaten, einschließlich der UNO, übergaben Kämpferprofile an Interpol. 26

⁵⁸ US Department of State: The Global Coalition - Working to Defeat ISIS. Factsheet Office of the Spokesperson, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 12.01.2019.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ UN Sicherheitsrat Resolution S/RES/2178 (2014) 24.09.2014. <<http://unscr.com/en/resolutions/2178>>. Abgerufen am 06.02.2019.

Partnerunternehmen tauschen Finanzinformationen aus, die zu einer strafrechtlichen Verfolgung von FTFs führen. Mindestens 31 Länder nutzen verstärkte Reisende-Screening-Maßnahmen.⁶¹

Eine Vielzahl an Medienportalen und Lokalaugenzeugen berichten über harte Strafen für IS-Deserteure. Selbst IS-Kalif Baghdadi verordnete Berichten zufolge die Exekution für all jene IS-Kämpfer, die zu fliehen versuchen.⁶²

Gegennarrativ-Inhalte sind häufiger online zu finden und IS-Propaganda nimmt in offenen Foren in Social Media-Kanälen ab. Die Mitgliedsländer der Koalition produzieren nationale Antworten und koordinieren die Kommunikationsbemühungen gegen den IS auf regionaler und globaler Ebene. Die *Global Counter ISIS Coalition Communications Working Group* (geleitet von den Vereinigten Arabischen Emiraten, Großbritannien und den USA) versammelt regelmäßig über 30 Mitgliedsländer mit Medien- und Technologieunternehmen, um Informationen und Strategien auszutauschen, um gewalttätigen extremistischen Botschaften online zu begegnen und positive alternative Narrative zu präsentieren.

Die *Counter-ISIS Communications Cell* in London und das *Sawab Center* in Abu Dhabi leiten die Bemühungen der Koalition zur Bekämpfung der IS-Propaganda.

Die Koalition tauscht sich dabei aktiv mit der Privatwirtschaft aus. Beispielsweise hat Twitter seit Mitte 2015 mehr als 635.000 IS-nahe Konten gesperrt, die nachweislich die Plattform missbrauchen.⁶³

⁶¹ US Department of State: The Global Coalition - Working to Defeat ISIS. Factsheet Office of the Spokesperson, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 12.01.2019.

⁶² Sarhan, Amre: Source: ISIS leader al-Baghdadi threatens to execute deserters from battles in Hawija, Sharqat. <<https://www.iraqinews.com/iraq-war/source-isis-leader-al-baghdadi-threatens-execute-deserters-battles-hawija-sharqat/>>. Abgerufen am 14.01.2019.

⁶³ US Department of State: The Global Coalition – Working to Defeat ISIS. Factsheet Office of the Spokesperson, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 12.01.2019.

2.2 Stärkung der Sicherheitsstrukturen der anerkannten Regierung im Zielgebiet

Die Zahl der zivilen Todesopfer durch Terroranschläge ist im Irak gestiegen. Mehr als die Hälfte aller Terroranschläge in der MENA-Region im Jahr 2016 fanden im Irak statt (55%). Im Vergleich zum Jahr 2015 stieg die Zahl der Terroranschläge im Irak um 22 Prozent und die Zahl der Todesfälle aufgrund von Terroranschlägen um 38 Prozent.⁶⁴

Angesichts des Stellvertreterkrieges in Syrien mit einer Vielzahl an Konfliktakteuren neben dem IS kann die **Zahl der Terroranschläge in Syrien, die allein durch den IS verursacht wurde, nicht ermittelt werden.**

2.3 Regionale, transnationale und globale Auswirkungen

Flüchtlinge im Irak:

2014: in den Nachbarländern: 190.000 Flüchtlinge

Binnenvertriebene: 2,9 Millionen

2018: in den Nachbarländern: 279.512 Flüchtlinge

Binnenvertriebene: 2,6 Millionen

Die Zahl der irakischen Binnenvertriebenen ist leicht gesunken, die Flüchtlingszahl in der gesamten Region allerdings gestiegen.

⁶⁴ Rivinius, Jessica: Terrorist attack deaths increase in Iraq, the West, despite decrease worldwide. In: Start, 14.08.2017. <<http://www.start.umd.edu/news/terrorist-attack-deaths-increase-iraq-west-despite-decrease-worldwide>>. Abgerufen am 14.01.2019.

Flüchtlinge in Syrien

2014: in den Nachbarländern: 2.995.320 Flüchtlinge

(August 2014)

Binnenvertriebene: 6,4 Millionen (August 2014)

2018: in den Nachbarländern: 5.647.622 Flüchtlinge (Mai 2018)

Binnenvertriebene: 6,5 Millionen (Mai 2018)

Die Zahlen der syrischen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen ist insofern verzerrt, da nicht allein der IS als Fluchtgrund gilt, sondern zahlreiche andere Konfliktakteure zur Vertreibung beigetragen haben. Vor dem IS flüchtende Syrer nehmen dabei nur einen geringen Prozentsatz ein. **Es kann allerdings festgestellt werden, dass sowohl die Zahl der syrischen Flüchtlinge in der Region, als auch die der Binnenvertriebenen stark gestiegen ist.**

Von 2014–2017 erfolgte eine hohe Zahl an Terroranschlägen durch IS-Aktivistinnen oder IS-Sympathisanten in der Türkei, Libanon, Jordanien, Saudi-Arabien, Iran und Kuwait. **Von einer zumindest wirtschaftlich begrenzten Destabilisierung kann man grundsätzlich nur im Falle der Türkei sprechen, da die hohe Zahl an Terroranschlägen zu einem starken Rückgang der Touristenzahlen führte. In den Jahren 2014 – 2017 erfolgten 8 große Terroranschläge mit IS-Hintergrund in der Türkei.** Die Todesopferzahl beträgt insgesamt 289 und die Zahl der Verletzten über 1.000. Im Libanon kam es 2015 zu einem einzigen Anschlag, bei dem Verbindungen zum IS hergestellt werden konnten, mit 43 Toten und ca. 240 Verletzten. In Kuwait erfolgte 2015 ein Anschlag auf eine schiitische Moschee mit 27 Toten und 227 Verletzten. In Saudi-Arabien ereigneten sich 2015 und 2016 drei Anschläge mit insgesamt 14 Todesopfern und 26 Verletzten. Seither kam es in den Nachbarländern Iraks und Syriens nur zu einem Anschlag im Iran im Jahr 2017 mit 17 Todesopfern und 42 Verletzten.⁶⁵

⁶⁵ Liste der mit dem IS verbundenen Terrorereignisse. In: Wikipedia. <https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_terrorist_incidents_linked_to_ISIL>. Abgerufen am 06.02.2019.

Doch auch die vom IS inspirierten Terroranschläge weltweit stiegen in der Zeit von 2014 bis 2016 massiv an. Der IS führte bis Juli 2016 90 Anschläge in 21 Staaten durch, die 1.400 Menschenleben forderten.⁶⁶

Insbessondere die Nachbarländer Syriens – Libanon, Jordanien und Türkei – sind mit der Zahl an Flüchtlingen stark belastet. Die Sicherheitsapparate sind rund um die Uhr mit der Verhinderung von Terroranschlägen beschäftigt, die allerdings nicht unbedingt von Flüchtlingen ausgehen, sondern eher von lokalen Terrorzellen. Die Überforderung des Sozialsystems ist im Libanon, Jordanien und der Türkei zu spüren, die zur Versorgung der Flüchtlinge massiv auf ausländische Geldgeber angewiesen sind. Die Destabilisierung des Libanon und Jordaniens wurde in den letzten Jahren durch internationale Unterstützung abgewendet.

2.4 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

Es erfolgten keine bzw. nur begrenzte Demonstrationen gegen das internationale Engagement in Syrien und Irak.

Es besteht grundsätzliche internationale Einigkeit, dass der IS militärisch bekämpft werden sollte. Ende 2015 waren über die Hälfte aller UN-Mitgliedsstaaten in der Anti-IS-Koalition vertreten.

Umstritten sind allerdings die Luftschläge auf vermeintliche IS-Ziele, die in den letzten Jahren große zivile Opferzahlen forderten.⁶⁷ Kritiker argumentieren, dass die Luftschläge der Anti-IS-Koalition kontraproduktiv wären, denn zerstörte Infrastruktur und zivile Opfer würden sogar zu einer verstärkten Radikalisierung und Verbreitung des IS-Narrativs „der Westen bekämpft Muslime“ sorgen. Der IS operierte fast ausschließlich unter Zivilisten in großen Städten wie Raqqa und Deir ez-Zour in Syrien oder Mossul

⁶⁶ Lister, Tim; Sanchez, Ray; Bixler, Mark; O'Key, Sean; Hogenmiller, Michael, Tawfeeq, Mohammed: ISIS goes global: 143 attacks in 29 countries have killed 2,043. <<https://edition.cnn.com/2015/12/17/world/mapping-isis-attacks-around-the-world/index.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁶⁷ Pecht, Manjana: International responses to ISIS (and why they are failing). In: SIPRI, 29.01.2016. <<https://www.sipri.org/commentary/essay/2016/international-responses-isis-and-why-they-are-failing>>. Abgerufen am 15.01.2019.

im Irak. In diesen Fällen kam es in Syrien und Irak punktuell zu Demonstrationen gegen das US-geführte Engagement.

Die Koalition selbst gestand 800 zivile Opfer seit Beginn der Operation im September 2014 bis Oktober 2017 ein. Menschenrechtsorganisationen, wie Human Rights Watch, berichten regelmäßig von dutzenden zivilen Opfern in Folge der Koalitionsluftschläge und gehen von etwa 6.000 Toten für denselben Zeitraum aus.⁶⁸

Klare Ablehnung und Protestkundgebungen erfolgten punktuell, insbesondere von NGOs wie „Stop the War Coalition“, im Vorfeld der diskutierten Militäroperation gegen das Assad-Regime.

3 Der Einfluss der Intervention im Kontext der Internationalen Organisation

Die Anti-IS-Koalition kann mit ihren 75 Mitgliedsstaaten als Internationale Organisation verstanden werden. Das Ziel der Koalition ist es, die Terrororganisation zu schwächen und letztlich zu zerschlagen, wobei facettenreiche Maßnahmen – angefangen von militärischen Luftschlägen über Kapazitätsaufbau für lokale Sicherheitskräfte sowie die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und Propaganda – angewendet werden.

Zu betonen ist allerdings, dass die 75 Mitgliedsstaaten unterschiedliche Ziele und Interessen hinter ihrem Engagement sehen.

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Anti-Terror-Aktivität

Es ist nur eine Minderheit an relevanten internationalen Organisationen beteiligt. Folgende 4 Organisationen sind in der Koalition vertreten: Arabische Liga, Interpol, NATO und die Europäische Union.⁶⁹

⁶⁸ Shaheen, Kareem: US-led coalition says its strikes have killed 800 Iraqi and Syrian civilians. In: The Guardian, 30.11.2017. <<https://www.theguardian.com/world/2017/nov/30/us-coalition-airstrikes-iraqi-syrian-civilians>>. Abgerufen am 06.02.2019.

⁶⁹ The Global Coalition. <<https://theglobalcoalition.org/en/>>. Abgerufen am 06.02.2019.

Eine Beteiligung anderer internationaler Organisationen ist begrüßenswert, scheint allerdings nicht zwingend notwendig zu sein, um die Ziele der Anti-IS-Koalition zu erreichen.

Da die NATO regelmäßig AWACS-Aufklärungsflüge zur Unterstützung der Anti-IS-Koalition durchführt sowie Interpol als zentraler Kooperationspartner beim Tracking von *Foreign Terrorist Fighters* in Syrien und Irak fungiert, **ist davon auszugehen, dass Koordinierungsmechanismen existieren.** Detaillierte Informationen über Koordinierungsmechanismen mit anderen internationalen Organisationen sind in öffentlichen Quellen nicht verfügbar.

3.2 Innere Kohärenz

Mit Ende 2017 belief sich die Zahl der Mitgliedsstaaten auf insgesamt 75 Staaten.⁷⁰ Beinahe die Hälfte der 196 bei den Vereinten Nationen vertretenen Staaten ist Teil der Internationalen Koalition im Kampf gegen den IS.

3.3 Interne Weiterentwicklung der internationalen Organisation

Das stetige Wachsen der Internationalen Koalition und regelmäßige Koordinierungstreffen lassen darauf schließen, dass die Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit bestehen. Die anhaltende Bedrohung durch Terroranschläge erfordert eine längerfristige internationale Kooperation im Kampf gegen den Terror.

Mittelfristig hat sich die Koalition verpflichtet, ihr militärisches Engagement im Irak und Syrien aufrechtzuerhalten. Während die Säuberung der letzten verbliebenen Rückzugsgebiete des IS nach wie vor eine der wichtigsten Prioritäten darstellt, befindet sich die militärische Kampagne in einem Übergangsprozess, in dem die Aufrechterhaltung von Sicherheit, Stabilität und der Kapazitätsaufbau im Fokus stehen.⁷¹

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ ISIS/Daesh: What now for the military campaign in Iraq and Syria? In: House of Commons library, 10.07.2018. <<https://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/CBP-8248>>. Abgerufen am 10.01.2019.

Die operativen Kapazitäten wurden dem Bedrohungsbild, deren regionaler und internationaler Hauptakteur der IS ist, angepasst. Die Koalition erhöhte die Zahl ihrer Luftschläge im Jahr 2017 signifikant, insbesondere während der Mossul- und Raqqa-Offensive.

Seit der Rückeroberung aller vom IS gehaltenen Gebiete im Irak (November 2017) ging die Zahl der Koalitions-Luftangriffe deutlich zurück. Dieser Abwärtstrend dürfte sich fortsetzen, wobei Änderungen in den operativen Kapazitäten der einzelnen Mitgliedsstaaten im Laufe des Jahres 2018 wahrscheinlich sind. Das Ende der großen Kampfeinsätze im Irak bewirkte, dass einige Koalitionsstaaten ihre Kampfflugzeuge aus der Region abgezogen haben, wie zum Beispiel Belgien im Dezember 2017 und Australien im Jänner 2018.⁷²

Die USA, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande führten auch im Jahr 2018 Luftschläge durch. Kanada, Deutschland und Polen setzen weiterhin Aufklärungs-, Betankungs- und Transportflugzeuge ein und auch die NATO führte ihre AWACS-Überwachungsflüge fort.⁷³ Ende 2017/Anfang 2018 war eine signifikante Verlagerung der Kapazitäten nach Syrien zu beobachten, wo die Koalitionskräfte die SDF bei der Räumung der verbliebenen Rückzugsgebiete des IS unterstützten.

Zu erwarten ist, dass sich die Ausbildungsprogramme in Syrien (für die kurdisch dominierten SDF-Kräfte sowie Stammeskämpfer) und Irak (irakische und kurdische Sicherheitskräfte) längerfristig in Richtung Ausbildung der Polizei sowie der Grenzschutzeinheiten und den Aufbau militärischer Kapazitäten verlagern werden.⁷⁴

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Die Akzeptanz der Anti-IS-Koalition als Partner im internationalen System dürfte sich verstärkt haben. Die stetig wachsende Zahl an Mitgliedsstaaten sowie die Kooperation mit vier anderen internationalen

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd.

Organisationen deuten darauf hin. Zudem berufen sich UN-Organisationen in unterschiedlichen Dokumenten auf die „Global Coalition against Daesh“.

Die Anti-IS-Koalition hat grundsätzlich Vorbildcharakter im Kontext des Anti-Terror-Kampfes. Noch nie haben sich derart viele Staaten in einer Organisation zusammengefunden, um ein dermaßen umfassendes Paket an Terrorbekämpfungsmaßnahmen umzusetzen. Die Koalition selbst beschreibt sich als „unique in its membership, scope and commitment“.⁷⁵

Ob die bisher angewendeten Antiterrorkonzepte für andere internationale Organisationen Vorbildcharakter haben, bleibt abzuwarten. Es ist davon auszugehen, dass die Koalition als internationale Organisation im Antiterrorkampf auch nach der Zerschlagung des IS erhalten bleibt und sich neuen terroristischen Herausforderungen entgegenstellen wird.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Mandate des UN-Sicherheitsrates, die auf die militärische Bekämpfung des IS (wenn auch sehr allgemein) Bezug nehmen, wurden im August 2014 (UN-SR 2170) und November 2015 (UN-SR 2249) beschlossen. Die Anti-IS-Koalition startete ihre Aktivitäten bereits im September 2014. In der Resolution wird nicht explizit auf die Militäroperation der Anti-IS-Koalition eingegangen. Der Sicherheitsrat gestattet den Mitgliedsstaaten, alle möglichen Maßnahmen zu unternehmen, um den IS und weitere Terrororganisationen zu stoppen – in Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht.⁷⁶

Die Formulierungen der Mandate des UN-Sicherheitsrats lassen Interpretationsspielraum für Militäroperationen gegenüber terroristischen Gruppierungen zu. UN-SR 2249 besagt:

„It calls upon Member States that have the capacity to do so to take all necessary measures, in compliance with international law, in particular with the United Nations Charter, as well as international human rights, refugee and humanitarian law, on the territory under the control of ISIL also known as Da’esh, in

⁷⁵ The Global Coalition: Military Progress. <<http://theglobalcoalition.org/en/mission-en/#military-progress>>. Abgerufen am 12.01.2019.

⁷⁶ United Nations Security Council: Resolution 2249 (2015). <[http://undocs.org/S/RES/2249\(2015\)](http://undocs.org/S/RES/2249(2015))>. Abgerufen am 06.02.2019.

*Syria and Iraq, to redouble and coordinate their efforts to prevent and suppress terrorist acts committed specifically by ISIL also known as Da'esh as well as Al Nusra Front, and all other individuals, groups, undertakings, and entities associated with Al Qaeda, and other terrorist groups, as designated by the United Nations Security Council, and as may further be agreed by the International Syria Support Group (ISSG) and endorsed by the UN Security Council, pursuant to the Statement of the International Syria Support Group (ISSG) of 14 November, and to eradicate the safe haven they have established over significant parts of Iraq and Syria.*⁷⁷

Die Resolution betont, dass jegliche Maßnahmen zur Bekämpfung des IS und ähnlicher Gruppen ergriffen werden sollen, solange diese in Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht stehen. Zudem wird nicht explizit auf die Anti-IS-Koalition Bezug genommen. Die Legitimationsgrundlage für eine militärische Intervention im Irak wurde von der irakischen Regierung durch ein Hilfeersuchen an die USA gegeben.⁷⁸ Das syrische Regime lud keine fremden Nationen (mit Ausnahme von Russland und Iran) ein, um sich am Krieg gegen den Terror zu beteiligen. Die Vereinigten Staaten verkündeten trotzdem, gegen den IS in Syrien vorzugehen – auch ohne Einladung des Regimes.⁷⁹ Dieses Vorgehen bleibt umstritten.

Eine weitere Resolution des UN-Sicherheitsrats für eine Militärintervention in Syrien (im Kontext des Chemiewaffenangriffs in Syrien) wurde im August 2013 durch das Veto Russlands abgelehnt.⁸⁰

Trotz der Ablehnung des Sicherheitsrats fliegt die US-geführte Anti-IS-Koalition seit 2014 Angriffe gegen den IS in Syrien.⁸¹ Nach dem Abschuss

⁷⁷ Security Council Resolution 2249. In: Peacewomen. <<http://www.peacewomen.org/resource/security-council-resolution-2249>>. Abgerufen am 13.01.2019.

⁷⁸ Mills, Claire et al., ISIS/Daesh: The Military Response in Iraq and Syria, House of Commons Briefing Paper No. 06995, Sept. 11, 2015, S. 6.

⁷⁹ Smith, Ben, ISIS and the Sectarian Conflict in the Middle East, House of Commons Library Research Paper 15/16, Mar. 19, 2015.

⁸⁰ Syria resolution authorizing military force fails in U.N. Security Council. In: CBS NEWS, 28.08.2013. <<https://www.cbsnews.com/news/syria-resolution-authorizing-military-force-fails-in-un-security-council/>>. Abgerufen am 14.01.2019.

⁸¹ Barnes, Julian E; Nissenbaum, Dion: U.S., Arab Allies Launch Airstrikes Against Islamic State Targets in Syria. In: Wall Street Journal, 23.09.2014.

eines russischen Passagierjets über der Sinai-Halbinsel im Oktober 2015 und dem Anschlag auf ein französisches Stadion im November des gleichen Jahres konnte man sich im Sicherheitsrat letztlich auf die oben erwähnte Resolution 2249 einigen.⁸²

Die UN-Resolutionen lassen Interpretationsspielraum für eine Militäration in Syrien offen. Die Debatten kursieren um eine Änderung des Völkerrechts im Falle der Bekämpfung eines nichtstaatlichen Akteurs in einem von der internationalen Staatengemeinschaft diskreditierten Staat.

Insbesondere erhält die Auffassung Unterstützung, dass es einem Staat erlaubt sein sollte, Gewalt gegen eine terroristische oder bewaffnete Gruppe anzuwenden, wenn der „Gastgeberstaat“ nicht in der Lage oder nicht willens ist, diese zu bekämpfen. Syrien war nicht in der Lage, den IS zu zerschlagen, der große Teile des syrischen Territoriums kontrollierte.

Unter diesen extremen Umständen entwickeln sich neue rechtliche Grundlagen, die es erlauben, mächtige nichtstaatliche Gruppen, wie den IS, zu bekämpfen. Besonders bemerkenswert ist, dass bisher nur wenige Staaten die Anti-IS-Aktionen in Syrien verurteilt haben. Auch der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon stellte fest, dass die US-Luftangriffe in Gebieten stattfinden, die nicht mehr unter der „effektiven Kontrolle“ der syrischen Regierung stehen.⁸³

Das Mandat bzw. die Mandate des UN-Sicherheitsrats wurden stetig an die reale sicherheitspolitische Entwicklung angepasst. Seit Juni 2014 wurden insgesamt 14 UN-Sicherheitsresolutionen⁸⁴ im Kontext des Kampfes gegen den IS bzw. gegen Terrorismus im Allgemeinen formuliert. In weiteren UN-Sicherheitsresolutionen wurde auf neue Herausforderungen

<<http://www.wsj.com/articles/us-arab-allies-launch-airstrikes-against-islamic-state-targets-in-syria-1411436642>>. Abgerufen am 14.01.2019.

⁸² United Nations Security Council: Resolution 2249 (2015). 20.11.2015.

<<https://www.un.org/press/en/2015/sc12132.doc.htm>>. Abgerufen am 06.02.2019.

⁸³ Pert, Alison: Are Air strikes against IS in Syria lawful? <<http://www.abc.net.au/news/2015-08-24/pert-are-air-strikes-against-is-in-syria-lawful/6720658>>. Abgerufen am 14.01.2019.

⁸⁴ UN Security Council Report: UN Documents for Terrorism. <<https://www.security-councilreport.org/un-documents/terrorism/>>. Abgerufen am 14.01.2019.

im Kampf gegen den IS Bezug genommen, wie zum Beispiel verstärkte Maßnahmen gegen IS-Propaganda, Terrorfinanzierung, bessere Koordinierung mit Interpol im Kontext der Verfolgung von FTFs.

Im Falle Syriens erfolgt das militärische Engagement der Anti-IS-Koalition ohne Zustimmung der syrischen Regierung. Die USA beriefen sich auf unterschiedliche rechtliche Argumente, um ihre Luftangriffe in Syrien zu rechtfertigen, darunter das Recht auf humanitäre Intervention, das Recht auf Gewaltanwendung in einem „Failed State“ und das Recht auf Verfolgung, bevor sie schließlich auf Selbstverteidigung plädierten.⁸⁵

Im Irak erfolgte der Einsatz auf Basis der Einladung der irakischen Regierung im Juni 2014.⁸⁶ Dennoch scheint durch die Beteiligung von 75 Staaten ein breiter internationaler Konsens zu herrschen, den IS im Irak und Syrien zu zerschlagen.

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates

4.1 Übereinstimmung mit der staatlichen Gesamtstrategie

Die *Operation Chammal* stimmt sowohl mit der Sicherheitsstrategie Frankreichs, als auch mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts überein. Frankreich verfolgt gemäß dem *loi de programmation militaire* 2014 – 2019 (Militärplanungsgesetz) in seinen Militäroperationen im Ausland drei Ziele: 1. Schutz von Staatsangehörigen im Ausland gewährleisten; 2. Strategische Interessen Frankreichs sowie jene der Verbündeten verteidigen; 3. Frankreichs internationale

⁸⁵ Scharf, Michael P.: How the war against ISIS changed International Law. In: Case Western Reserve Journal of International Law, 2016. <https://scholarlycommons.law.case.edu/faculty_publications/1638/>. Abgerufen am 14.01.2019.

⁸⁶ vgl. Adams, Paul: Iraq formally asks US to launch air strikes against rebels. In: BBC, 18.06.2014. <<http://www.bbc.com/news/world-middle-east-27905849>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Verantwortung wahrnehmen (§ 1.3.3.).⁸⁷ Alle drei Ziele werden in der *Opération Chammal* abgedeckt.

Es herrscht ein Konsens beinahe aller Parlamentsparteien für die Operation *Chammal*, mit Ausnahme der Partei „Front de Gauche“, die sich ihrer Stimme enthielt. Gemäß Artikel 35 der französischen Verfassung ist eine Zustimmung von Parlamentsabgeordneten und Senatoren für laufende Militäroperationen erforderlich. Das Parlament stimmte mit überwältigender Mehrheit am 14. Jänner 2015 für die Fortsetzung der *Opération Chammal*. 488 Abgeordnete stimmten der Operation zu, 13 enthielten sich der Stimme. Im Senat stimmten 327 Senatoren von insgesamt 346 zu.⁸⁸

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

Die Einstellung der öffentlichen Meinung in Frankreich vor und während des Einsatzes ist durchgehend positiv. Die hohe Zustimmung der Öffentlichkeit dürfte im starken Zusammenhang mit der Vielzahl an Terroranschlägen, die vom IS durchgeführt wurden, bzw. der hohen Anzahl an IS-Sympathisanten stehen.

Eine Umfrage vor Beginn des Militäreinsatzes Frankreichs im September 2014 ergab, dass 53% der Franzosen die Operation *Chammal* im Irak unterstützen.⁸⁹ Im März 2017 gaben sogar 80% der Befragten an, dass sie die Operation im Irak unterstützen, im Jahr zuvor waren es noch 70%.⁹⁰ Die

⁸⁷ Carmona, Robert: Les Interventions Extérieures de la France, In: Federation Nationale de l'Artillerie, 03.11.2016. <<http://fna.artillerie.asso.fr/les-interventions-exterieures-de-la-france-109>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁸⁸ Lagneau, Laurent: Le Parlement a voté pour la poursuite de l'opération Chammal en Irak. In: Opex360, 14.01.2015. <<http://www.opex360.com/2015/01/14/le-parlement-vote-pour-la-poursuite-de-l-operation-chammal-en-irak/>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁸⁹ Clemenceau, Francois: 53% des Français soutiennent l'opération Chammal en Irak. In: Le Journal du Dimanche, 20.06.2017. <<https://www.lejdd.fr/International/Moyen-Orient/53-des-Francais-soutiennent-l-operation-Chammal-en-Irak-688498>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁹⁰ Dauschy, Hélène: Soutien croissant des Français à l'opération anti-EI en Irak, selon un sondage. In: Capital. <<https://www.capital.fr/economie-politique/soutien-croissant-des-francais-a-l-operation-anti-ei-en-irak-selon-un-sondage-1222865>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Militäroperation in Syrien wird weiterhin von 86% der Franzosen befürwortet (sowohl im Jahr 2016, als auch 2017).⁹¹

Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele. Verteidigungsministerin Florence Parly gab bei einem Vorsprechen im Senat am 20. Februar 2018 bekannt, dass **mit der erfolgreichen Einnahme von Mossul und Raqqa die politischen Ziele der Militäroperation *Chammal* erreicht wurden.** Die Luftschläge im Rahmen der Operation sollten im Jahr 2018 eingestellt werden, was bereits einen Teilrückzug der französischen Kräfte erlaubte. Die Ausbildungsprogramme der Sicherheitskräfte im Irak bleiben jedoch aufrecht.⁹² Bereits im Jänner 2015 verlautbarte der ehemalige Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian, dass Frankreichs Militärstrategie 5 Ziele vorsieht: 1. Den Vormarsch des IS stoppen; 2. Die Organisation schwächen; 3. Unterstützung der lokalen Bodentruppen; 4. Die Lieferung von Waffen an nicht-dschihadistische Kräfte in Syrien gemeinsam mit den USA und Großbritannien sowie die dazugehörige Ausbildung zu ermöglichen; 5. Unterstützung der irakischen und kurdischen Sicherheitskräfte bei der Rückeroberung aller IS-besetzten Gebiete.⁹³

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Der Finanzansatz für die *Operation Chammal* konnte in den letzten Jahren aufgrund eines gesteigerten militärischen Engagements (mehr Luftschläge in Folge von Terroranschlägen in Frankreich) **nicht eingehalten werden.** Im Jahr 2016 wurde das Budget für die Operation um 25%

⁹¹ Ebd.

⁹² Comptes Rendu de la commission des Affaires étrangères de la défense et des forces armées. In: Senat, 17.01.2018. <<http://www.senat.fr/compte-rendu-commissions/20180219/etr.html>>. Abgerufen am 16.01.2019.

⁹³ Lagneau, Laurent: Le Parlement a voté pour la poursuite de l'opération Chammal en Irak. In: Opex360, 14.01.2015. <<http://www.opex360.com/2015/01/14/le-parlement-vote-pour-la-poursuite-de-loperation-chammal-en-irak/>>. Abgerufen am 15.01.2019.

überstiegen.⁹⁴ Im Jahr 2015 kostete die Militäroperation 220 Millionen Euro, im Jahr 2016 bereits 360 Millionen.⁹⁵

4.4 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

Die Position Frankreichs im internationalen System und seine Attraktivität bei Missionen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements dürften sich besonders im Kontext des Anti-Terrorkampfes erhöht haben. Frankreich war über Jahrzehnte (von 1996 bis 2012) einer der wenigen westlichen Staaten, der im Gegensatz zu den USA, Großbritannien und Spanien keine großen Terroranschläge erlebte. Die Intelligence-Kapazitäten, das Wissen über dschihadistische Netzwerke und drakonische Anti-Terrorgesetze bescherten Frankreich den Ruf eines „Antiterror Powerhouse“.⁹⁶ Obwohl dieser Ruf durch die vermehrten Terroranschläge in Frankreich seit 2014 ins Wanken gekommen ist, spielt Frankreich weiterhin eine zentrale Rolle im internationalen Kampf gegen den Terror, insbesondere in unterschiedlichen afrikanischen Staaten. Ein weiterer wichtiger Faktor für Frankreichs internationales militärisches Engagement ist, dass nach dem Brexit Frankreich die wichtigste militärische Macht in der EU ist.⁹⁷

4.5 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Es gibt keine signifikanten negativen Auswirkungen auf Personal und Material im Rahmen der *Operation Chammal*. Bekanntgewordene Opfer und Verletzte in Folge der Operation umfassen einen Soldaten der

⁹⁴ Pelloli, Mathieu: Budget: Pourquoi l'armée doit économiser 850 millions d'euros. In: Le Parisien, 18.07.2017. <<http://www.leparisien.fr/economie/budget-pourquoi-l-armee-doit-economiser-850-millions-d-euros-18-07-2017-7141956.php>>. Abgerufen am 15.01.2019.

⁹⁵ Lagneau, Laurent: L'opération Chammal devrait coûter 360 millions d'euros en 2016. In: Opex360, 17.11.2016. <<http://www.opex360.com/2016/11/17/loperation-chammal-devrait-coüter-360-millions-deuros-en-2016/>>. Abgerufen am 17.01.2019.

⁹⁶ Foley, Frank: Charlie Hebdo attack: is France's counter-terrorism model still the example to follow. <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/france/11341186/Charlie-Hebdo-attack-is-Frances-counter-terrorism-model-still-the-example-to-follow.html>>. Abgerufen am 17.01.2019.

⁹⁷ Quatremer, Jean: La seule armée européenne, c'est l'armée française. In: Couillisses de bruxelles, 03.02.2017. <<http://bruxelles.blogs.liberation.fr/2017/02/02/la-seule-armee-europeenne-cest-larmee-francaise/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Spezialeinsatzkräfte (13. Fallschirmjäger-Regiment), der am 23. September 2017 im syrisch-irakischen Grenzgebiet getötet wurde⁹⁸ sowie zwei Verletzte in Folge eines Drohneneinsatzes des Islamischen Staates am 2. Oktober 2016 nahe Mossul.⁹⁹

4.6 Rückwirkungen

4.6.1 Politische Rückwirkungen

Die diplomatischen Beziehungen mit den Regierungen im Zielgebiet haben sich im Irak verbessert, in Syrien hingegen massiv verschlechtert. Frankreich leistet politische, militärische sowie humanitäre Unterstützung für die irakischen Behörden im Kontext des Anti-IS-Kampfes. Im Jahr 2017 war ein Staatsbesuch im Irak die erste Auslandsreise des französischen Präsidenten Hollande. Frankreich leistete einen wichtigen Beitrag bei der Stabilisierung befreiter Gebiete und unterstützte mit 3 Millionen Euro die UNDP Funding Facility for Immediate Stabilization.¹⁰⁰

Im Falle Syriens verschlechterten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen der ehemaligen Mandatsmacht und dem Assad-Regime massiv (bzw. wurden abgebrochen). Präsident François Hollande hat nach seinem Amtsantritt 2012 die Politik seines Vorgängers übernommen und **forderte kurz nach Ausbruch des Bürgerkrieges den Rücktritt Baschar al-Assads.**¹⁰¹ Frankreich unterstützte zudem die Oppositionskräfte zunächst mit nichtle-taler Militärhilfe, einschließlich Kommunikationsausrüstung und medizinischer Versorgung.

⁹⁸ French soldier killed in Iraq-Syria military zone, Élysées palace says. In: France 24, 23.09.2017. <<http://www.france24.com/en/20170923-french-soldier-killed-iraq-syria-military-zone>>. Abgerufen am 16.01.2019.

⁹⁹ Irish, John; Vey, Jean Baptiste; Penetier, Marine: Islamic State drone kills two Kurdish fighters, wounds two French soldiers. In: France Diplomatie, Reuters, 12.10.2016. <<https://uk.reuters.com/article/uk-mideast-crisis-iraq-france/islamic-state-drone-kills-two-kurdish-fighters-wounds-two-french-soldiers-idUKKCN12C13T>>. Abgerufen am 16.01.2019.

¹⁰⁰ France in Iraq. In: France Diplomatie, 01.2018. <<https://www.diplomatie.gouv.fr/en/country-files/iraq/france-and-iraq/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

¹⁰¹ Black, Ian: France more active than rest of the west in tackling Syria.

Gräueltaten wie das Massaker von Hula im Frühjahr 2012 lösten in der französischen öffentlichen Debatte Empörung aus, die Hollande zu einer strengeren Haltung zwang. Er verwies syrische Diplomaten aus dem Land und erklärte, dass er die Möglichkeit nicht ausschließe, das Assad-Regime militärisch anzugreifen.¹⁰² Frankreich unterstützte bereits seit 2012 über die türkische Grenze die syrische bewaffnete Opposition (die Freie Syrische Armee, darunter Liwa al-Tawhid) durch Waffenlieferungen, finanzielle Zuwendungen und Ausbildungsmaßnahmen.¹⁰³ **Präsident Hollande bestätigte erst im August 2014 öffentlich, dass Frankreich Waffen an syrische Rebellen geliefert hatte**, indem er sagte „*We cannot leave the only Syrians, who are preparing a democracy, without weapons*“.¹⁰⁴ Hollande hatte sich zuvor David Cameron angeschlossen und seine Absicht bekundet, syrische Rebellen trotz des EU-Waffenembargos von 2011 zu bewaffnen. Das Embargo wurde schließlich ab Juni 2013 schrittweise aufgehoben.¹⁰⁵

Im August 2013 beschuldigte Frankreich das Regime, Chemiewaffen im von Rebellen gehaltenen Ghouta eingesetzt zu haben und **forderte eine Militärintervention**.¹⁰⁶ Präsident Hollande sicherte seine Unterstützung für einen möglichen US-Luftangriff zur Vergeltung des Assad-Regimes zu und informierte lediglich die französische Nationalversammlung (wie von der Verfassung vorgesehen).

Frankreich wurde letztlich in Folge des US-Russland-Deals zur Beseitigung der Chemiewaffen in Bezug auf seine Forderung alleine gelassen.

¹⁰² Der Spiegel (2012): Hollande droht Assad mit Militärschlag. <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/hollande-erwaegt-militaereinsatz-gegen-assad-in-syrien-a-835846.html>>. Abgerufen am: 09.02.2019.

¹⁰³ Chulov, Martin (2012): France funding Syrian rebels in new push to oust Assad. The Guardian, <<https://www.theguardian.com/world/2012/dec/07/france-funding-syrian-rebels>>. Abgerufen am 09.02.2019.

¹⁰⁴ France delivered arms to Syrian rebels, Hollande confirms. In: France 24, 21.08.2014. <<http://www.france24.com/en/20140821-france-arms-syria-rebels-hollande>>. Abgerufen am 16.01.2019.

¹⁰⁵ SIPRI (2013): EU arms embargo on Syria. <https://www.sipri.org/databases/embargoes/eu_arms_embargoes/syria_LAS/eu-embargo-on-Syria>. Abgerufen am: 09.02.2019.

¹⁰⁶ Bremer, Catherine; Irish, John: France says ready to act over Syria, despite British refusal. In: Reuters, 30.08.2013. <<https://www.reuters.com/article/us-job-syria-crisis-france-idUSBRE97T0DF20130830>>. Abgerufen am 16.01.2019.

2014 bereitete sich Frankreich auf einen politischen Übergang in Syrien vor. Mit den Provinzen Idlib und Aleppo, die zu einem Großteil von der Al-Nusra-Front gehalten wurden, und einem Fehlurteil über das Engagement Russlands für das Assad-Regime, versuchte Frankreich Gespräche mit Russland zu führen und intensivierte seine politischen Beziehungen zur syrischen Opposition. Im Jahr 2016 verdeutlichte Hollande vor der 71. UN-Generalversammlung, dass Präsident Assad nicht Teil einer politischen Lösung sein konnte. Hollande forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, dass die Existenz des *Islamischen Staates* nicht bedeuten dürfe, dass das Regime von Assad für seine Gräueltaten begnadigt werden könne.¹⁰⁷

Der Druck auf die französische Regierung erhöhte sich insbesondere durch die Vielzahl an Terroranschlägen in Frankreich, die im Zusammenhang mit dem Machtzentrum des IS in Syrien und Irak stehen. Nach dem Anschlag in Nizza im Juli 2016 mit 87 Todesfällen beklagten die französische Öffentlichkeit und die Oppositionsparteien, dass zu wenig Maßnahmen im Anti-Terror-Kampf unternommen werden. Nur Monate zuvor waren beim Pariser Anschlag 130 Menschen umgekommen. Einige Oppositionelle und Bürger forderten sogar den Rücktritt der Regierung bzw. einzelner Minister.¹⁰⁸

Nachdem Emmanuel Macron im Mai 2017 die französische Präsidentschaft übernommen hatte, zeichnete sich ein Wandel in der französischen Außenpolitik ab: Während er eine rote Linie um den Einsatz chemischer Waffen zog, ruderte er in Bezug auf die Forderung Hollandes zurück, dass Assad zurücktreten müsse. Macron nannte Assad einen Feind des syrischen Volkes, nicht Frankreichs (stattdessen sei „*Daesh der Feind Frankreichs*“). Zudem sagte

¹⁰⁷ « Le régime est responsable de son échec et il ne peut pas s'exonérer sur des erreurs qui auraient pu être commises par d'autres. Et je dis à ses soutiens étrangers que chacun connaît ici, qu'ils doivent forcer la paix, sinon ils porteront avec le régime la responsabilité de la partition et du chaos en Syrie. » cf. Ministry for Europe and Foreign Affairs (2016): Allocution du Président de la République française - Débat général de l'Assemblée générale des Nations unies (20 septembre 2016). <<https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/la-france-et-les-nations-unies/evenements-et-actualites-lies-aux-nations-unies/71eme-session-de-l-agnu/article/allocution-du-president-de-la-republique-francaise-debat-general-de-l-assemblee>>. Abgerufen am 09.02.2019.

¹⁰⁸ McPartland, Ben: What has France actually done to fight terrorism. In: The Local, 19.07.2016. <<https://www.thelocal.fr/20160719/what-has-france-done-to-fight-terrorism>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Macron im Juni 2017: „Niemand hat mir den legitimen Nachfolger [von Assad] vorgestellt“. Macron betonte, dass sich Syrien nicht zu einem *failed state* wie Libyen oder Irak entwickeln darf.¹⁰⁹

Neben den Bombardements Frankreichs in vom IS gehaltenen Gebieten in Syrien bewahrheitete Frankreich 2018 erstmals seine „Politik der roten Linie“ gegenüber Chemiewaffeneinsätzen. Frankreich beteiligte sich an den am 14. April 2018 durchgeführten Raketenbeschüssen gegen vermutete Infrastruktureinrichtungen für Chemiewaffen in Damaskus und Homs (gemeinsam mit Großbritannien und den USA). Frankreich signalisiert durch dieses Engagement, dass es als einziger EU-Staat eine Rolle in einem Nachkriegs-syrien spielt. Wenige Tage später, am 20. April 2018, gab die syrische Regierung die Auszeichnung der Ehrenlegion, die Präsident Assad 2001 von Frankreich verliehen wurde, zurück und erklärte, dass er die Auszeichnung eines „Sklaven der USA“ nicht tragen würde.¹¹⁰

4.6.2 Humanitäre Rückwirkungen

Sowohl die Zahl der irakischen, als auch syrischen Flüchtlinge ist in Frankreich seit 2014 gestiegen. Allerdings handelt es sich nur im Falle Iraks um Flüchtlinge, die vor dem IS geflohen sind. Im komplexen syrischen Kontext, mit der Vielzahl an Konfliktakteuren, ist nur eine Minderheit vor dem IS geflohen. Frankreich hat im Vergleich zu anderen EU-Staaten wenige Flüchtlinge aus Syrien und Irak aufgenommen. Frankreich stellt unter Flüchtlingen kein bevorzugtes Zielland dar.¹¹¹ Bis Juli 2016 haben 11.694 Syrer einen

¹⁰⁹ « [L]e vrai aggiornamento que j'ai fait [...], c'est que je n'ai pas énoncé que la destitution de Bachar el-Assad était un préalable à tout. Car personne ne m'a présenté son successeur légitime ! [...] Mes lignes sont claires. Un : la lutte absolue contre tous les groupes terroristes. Ce sont eux, nos ennemis. [...] Deux : la stabilité de la Syrie, car je ne veux pas d'un État failli. » « Longtemps nous avons été bloqués sur la personne de Bachar el-Assad. Mais Bachar, ce n'est pas notre ennemi, c'est l'ennemi du peuple syrien ». <<https://www.lorientlejour.com/article/1058617/macron-bachar-ce-nest-pas-notre-ennemi-cest-lennemi-du-peuple-syrien.html>>. Abgerufen am 09.02.2019.

¹¹⁰ Embury-Dennis, Tom: Syria returns Legion d'honneur to France because Assad will not wear award of 'slave country' to US. In: Independent, 20.04.2018. <<https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/syria-assad-legion-dhonneur-award-france-slave-country-us-latest-updates-a8313546.html>>. Abgerufen am 16.01.2019.

¹¹¹ Vu des Etats-Unis: Pourquoi les réfugiés ne veulent pas rester en France. In: Courrier international, 18.09.2015. <<https://www.courrierinternational.com/article/vu-des-etats->

Asylantrag in Frankreich gestellt.¹¹² Ende 2017 waren in Frankreich insgesamt 12.520 syrische Schutzsuchende registriert und 7.263 irakische.¹¹³

4.6.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

Der seit 2003 auf Rekordtief liegende Außenhandel zwischen Frankreich und Irak ist weiterhin rückläufig. Importe wurden stark vom Einbruch der Rohölpreise getroffen. Im Jahr 2016 betrug das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern 476 Millionen Euro gegenüber 1,26 Milliarden Euro im Jahr 2015, was einen Rückgang von 61% in einem Jahr entspricht. Damit lag der Irak im Jahr 2016 auf Rang 7 der Handelspartner Frankreichs im Nahen und Mittleren Osten. Der französische Marktanteil macht nur 1% des irakischen Außenhandels aus. Frankreich plant, sich verstärkt am Wiederaufbau zu engagieren.¹¹⁴

Das französische Engagement in Syrien verfolgt neben dem Kampf gegen den IS offenbar auch wirtschaftliche Interessen. Eine der größten Auslandsinvestitionen Frankreichs in Syrien leistet das Zementunternehmen LaFarge mit einem Werk, das sich zwischen Raqqa und Manbij befindet. Spezialeinheiten im Kampf gegen den IS sind u. a. in diesem Gebiet stationiert. Trotz des Bürgerkriegs hat das Unternehmen seine Tätigkeit fortgesetzt. Der Zementkonzern hatte vor dem Kriegsausbruch mit einem starken Wachstum im Bereich Wohnbau und Infrastruktur gerechnet. Im Juni 2018 wurde LaFarge vom Obersten Gerichtshof in Paris angeklagt, über 5 Millionen Dollar an bewaffnete Gruppen in der Region, einschließlich des IS,

unis-pourquoi-les-refugies-ne-veulent-pas-rester-en-france>. Abgerufen am 16.01.2019.
Syrische Kriegsflüchtlinge in Frankreich. In: Wikipedia. <https://fr.wikipedia.org/wiki/R%C3%A9fugi%C3%A9s_dela_guerre_civile_syrienne_en_France#Choix_de_la_France>. Abgerufen am 16.01.2019.

¹¹² Kriegsflüchtlinge des Syrischen Bürgerkrieges. In: Wikipedia. <https://en.wikipedia.org/wiki/Refugees_of_the_Syrian_Civil_War#cite_note-16-17>. Abgerufen am 16.01.2019.

¹¹³ A l'écoute du monde: Rapport d'activité 2017. In: Office français pour la protection des réfugiés et apatrides, 2017. S.122. <<https://www.ofpra.gouv.fr/sites/default/files/atoms/files/raofpra2017web0604.pdf>>; Abgerufen am 18.01.2019.

¹¹⁴ Relations bilatérales. In: France Diplomatie, 11.01.2018. <<https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/irak/la-france-et-l-irak/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

bezahlt zu haben, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.¹¹⁵ LaFarge wurde auch wegen Verletzung des EU-Embargos für Öl-Käufe angeklagt.

Ein weiteres wichtiges Unternehmen ist der französische Ölkonzern Total, der seit 1988 in Deir ez-Zour und Tabiyeh (Gas) tätig ist und 2010 ungefähr 40.000 Barrel pro Tag förderte. Als im Dezember 2011 EU-Sanktionen gegen Präsident Assad verhängt wurden, stellte Total seine Tätigkeit ein und repatriierte sein gesamtes Personal.¹¹⁶ Im Kontext des Anti-Terror-Kampfes wurde ein Kommandoposten der französischen Spezialeinheiten nordöstlich des Ölfeldes Jafrah (östlich von Deir ez-Zour) eingerichtet.¹¹⁷

Alstom, ein weiteres französisches Unternehmen, das am syrischen Transportsystem beteiligt ist, stellte seinen Betrieb in Syrien im Jahr 2012 ein und arbeitet stattdessen von Beirut aus weiter. Auch der Käsehersteller Bel hat seinen syrischen Produktionsstandort im Sommer 2012 geschlossen. Die Koordinierung des Außenhandels wird vom Außenministerium übernommen; Diplomatie, Export und Ressourcensicherheit sind daher eng miteinander verbunden. Darüber hinaus unterhält Frankreich enge Beziehungen zu den Golfstaaten, was einige der außenpolitischen Verhaltensänderungen Frankreichs in Syrien erklären könnte. Dennoch sind wirtschaftliche Interessen den politischen Zielen wie der Bekämpfung des Terrorismus und der Zerstörung chemischer Waffen untergeordnet. Frankreich hat Interesse, sich am Wiederaufbau Syriens, insbesondere in den Bereichen Luftfahrt und Eisenbahn, zu beteiligen.

¹¹⁵ Alderman, Liz (2018): French Cement Giant Lafarge Indicted on Terror Financing Charge in Syria. The New York Times. <<https://www.nytimes.com/2018/06/28/business/lafarge-holcim-syria-terrorist-financing.html>>. Abgerufen am 01.02.2019.

¹¹⁶ Damgé, Mathilde (2013): Intervention en Syrie : les intérêts économiques ne sont pas absents. Le Monde, <https://www.lemonde.fr/economie/article/2013/08/29/intervention-en-syrie-les-interets-economiques-ne-sont-pas-absents_3468524_3234.html>. Abgerufen am 01.02.2019.

¹¹⁷ Alderman, Liz / Elian Peltier / Hwaida Saad (2018): 'ISIS Is Coming!' How a French Company Pushed the Limits in War-Torn Syria. The New York Times, <<https://www.nytimes.com/2018/03/10/business/isis-is-coming-how-a-french-company-pushed-the-limits-in-war-torn-syria.html>>. Abgerufen am 01.02.2019.

4.6.4 Sicherheitspolitische Rückwirkungen

Es gab nur eine kleine Anzahl an schwerwiegenden Gewaltakten und/oder aggressiven Handlungen, an denen Syrer oder Iraker in Frankreich beteiligt waren. Dazu gehörten zwei irakische Flüchtlinge, die an der Pariser Anschlagsserie im November 2015 beteiligt waren. Hintergrund für die geringe Beteiligung syrischer oder irakischer Staatsbürger an Gewaltakten dürfte die geringe Größe der in Frankreich lebenden syrischen und irakischen Diaspora, einschließlich der Flüchtlingszahlen der letzten Jahre, sein. Kleine Kriminaltaten, wie Ladendiebstähle, können aufgrund fehlender statistischer Daten nicht berücksichtigt werden. Zudem gab es eine Handvoll an französischen Staatsbürgern, die in Syrien oder Irak auf Seiten des IS gekämpft haben und in Terrorattentate in Frankreich verwickelt waren. Die französischen Behörden befürchten, dass, seitdem der Zustrom ausländischer Terroristen zurückgegangen ist, Rückkehrer aus Syrien und Irak Terroranschläge verüben könnten.¹¹⁸

Frankreich ist in Europa der einzige Staat, der eine Vielzahl an islamistischen Terroranschlägen in den letzten Jahren erlebte. In den meisten Fällen beriefen sich die Täter auf terroristische Gruppen, wie den *Islamischen Staat* und seltener auf die *Al-Qaida*. **Bei den Tätern handelt es sich um Sympathisanten der Konfliktakteure, allerdings handelt es sich bei diesen, beinahe in allen Fällen, um gebürtige Franzosen. In einigen Fällen stammen die Attentäter aus den Maghreb-Staaten.** Andere Gewaltakte und aggressive Handlungen konnten aufgrund fehlender statistischer Daten nicht berücksichtigt werden.

Gemäß Angaben des französischen Intelligence-Behörden haben sich in den Jahren 2014 – 2017 insgesamt 690 Franzosen (darunter 295 Frauen) einer terroristischen Vereinigung angeschlossen.¹¹⁹ Ein verstärkter Zulauf aufgrund der französischen Militäroperation kann nicht

¹¹⁸ Anna, Cara: ISIS expresses fury over French airstrikes in Syria, France says they will continue. In: CTV News, 14.11.2015. <<https://www.ctvnews.ca/world/isis-expresses-fury-over-french-airstrikes-in-syria-france-says-they-will-continue-1.2658642>>. Abgerufen am 15.01.2019.

¹¹⁹ In Numbers: French jihadist fighters and their families in Iraq and Syria. In: France 24, 10.11.2017. <<http://www.france24.com/en/20171110-france-numbers-returning-french-jihadist-fighters-families-women-iraq-syria-molins>>. Abgerufen am 15.01.2019.

verzeichnet werden, jedoch hat der *Islamische Staat* mehrfach dazu aufgerufen, Frankreich aufgrund seiner Militäroperationen für sein Handeln zu bestrafen.

4.7 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Frankreich versteht als völkerrechtliche Grundlage für seine Militäroperation gegen den IS in Syrien und Irak die UN-Sicherheitsrats-Resolution 2170 vom 15. August 2014:

„Stressing that terrorism can only be defeated by a sustained and comprehensive approach involving the active participation and collaboration of all States, and international and regional organizations to impede, impair, isolate and incapacitate the terrorist threat,

Reaffirming that Member States must ensure that any measures taken to combat terrorism, including while implementing this resolution, comply with all their obligations under international law, in particular international human rights, refugee and international humanitarian law, and underscoring that effective counter-terrorism measures and respect for human rights, fundamental freedoms and the rule of law are complementary and mutually reinforcing, and are an essential part of a successful counter-terrorism effort, and notes the importance of respect for the rule of law so as to effectively prevent and combat terrorism..“¹²⁰

Der Resolutionstext betont klar, dass sämtliche Terrorbekämpfungsmaßnahmen mit dem internationalen Völkerrecht vereinbar sein müssen. **Gerade im Fall Syrien handelt es sich allerdings um eine unklare Situation, da die französische Intervention nicht auf Anfrage der syrischen Regierung erfolgte.**

Nach den Pariser Anschlägen vom 13. November 2015, die der IS für sich beansprucht hatte, betonte Frankreich das Recht auf Selbstverteidigung

¹²⁰ UN Security Council adopts Resolution 2170 (2014) condemning gross, widespread abuse of Human Rights by extremist groups in Syria, Iraq. In: UN Nations Meeting Coverage, 15.08.2014. <<https://www.un.org/press/en/2014/sc11520.doc>>. Abgerufen am 18.01.2019. Guisnel, Jean: Frappes contre l'État islamique: pourquoi la France peut peu. In: Le Point, 11.09.2014. <https://www.lepoint.fr/editos-du-point/jean-guisnel/frappes-contre-l-etat-islamique-pourquoi-la-france-peut-peu-11-09-2014-1862301_53.php>. Abgerufen am 18.01.2019.

unter Artikel 51 der UN-Charter.¹²¹ Am 20. November erfolgte unterdessen die Annahme der von Frankreich und Großbritannien eingebrachten UN Resolution 2249, welche besagt, dass die internationale Staatengemeinschaft ermächtigt ist, die terroristische Bedrohung, die vom IS oder anderen Gruppierungen ausgeht, zu bekämpfen.¹²²

5 Fazit

Die Militäroperation zur Bekämpfung der Terrororganisation *Islamischer Staat* in Syrien und Irak kann großteils als erfolgreich beurteilt werden. Die für diesen Zweck gegründete „Global Coalition to defeat ISIS“ besteht aus 75 Mitgliedsländern und ist somit die größte internationale Koalition in der Geschichte. Diese hat zum Ziel, den IS an allen Fronten zu schwächen und letztlich zu zerschlagen, indem fünf Operationslinien eingesetzt werden: Militärische Operationen, die Versiegelung der Einnahmequellen des IS, die Verhinderung des Zustromes ausländischer Kämpfer, die Stabilisierung von IS befreiten Gebieten sowie die Bekämpfung des IS-Narrativs.

Seit dem Beginn der Luftschläge im August 2014 verlor der IS stetig Territorium. Im Dezember 2017 gelang die Rückeroberung aller vom IS kontrollierten Gebiete im Irak. In Syrien standen Mitte 2018 nur noch wenige Dörfer im Euphrattal nahe der Grenze zum Irak unter IS-Kontrolle. Das US State Department gab bekannt, hunderte Führungspersönlichkeiten des IS beseitigt und die Zahl der Kämpfer auf wenige Tausend reduziert zu haben. Die Einnahme aller vom IS besetzten Gebiete in Syrien wird im Laufe der ersten Jahreshälfte von 2019 erwartet.

Die Anti-IS-Koalition hat Vorbildcharakter im Kontext des Anti-Terror-Kampfes. Noch nie haben sich derart viele Staaten in einer Organisation zusammengefunden, die ein umfassendes Paket an Terrorbekämpfungsmaßnahmen umsetzt. Es ist davon auszugehen, dass die Koalition als internationale Organisation im Anti-Terror-Kampf auch nach der Zerschlagung des IS erhalten bleibt und sich neuen terroristischen Herausforderungen stellen

¹²¹ French airstrikes in Syria ‚self defense‘. In: SBS news, 16.11.2015. <<https://www.sbs.com.au/news/french-airstrikes-in-syria-self-defence>>. Abgerufen am 14.01.2019.

¹²² Siehe Unterpunkt „Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage“ in der vorliegenden Studie.

wird. Die anhaltende globale Bedrohung durch Anschläge erfordert eine langfristige internationale Kooperation im Kampf gegen den Terror.

Frankreich, das in der vorliegenden Fallstudie als Entsendestaat untersucht wurde, ist das einzige europäische Land, das eine Vielzahl an IS-motivierten Terroranschlägen erleiden musste. Die verheerenden Pariser Anschläge im Jahr 2015 bedeuteten einen neuen Wendepunkt für das militärische Vorgehen Frankreichs im Kampf gegen den IS. Präsident Hollande erklärte, dass sich Frankreich nunmehr „im Krieg gegen den *Islamischen Staat*“ befindet und verstärkte sein militärisches Engagement, insbesondere in Syrien, von wo aus die Planung der Auslandsoperationen angenommen wurde.

Frankreich hat allerdings eine langjährige Tradition in Bezug auf die Bekämpfung islamistischer Gruppierungen. So entsandte es tausende Soldaten¹²³ nach Westafrika mit Präsenzen in Nigeria, Niger, Tschad, Burkina Faso, Mali und der Elfenbeinküste – eine Region, in der es als Kolonialmacht großen Einfluss hat. Der Einsatz in Mali konzentrierte sich auf *Al-Qaida*-Mitglieder, jener in Nigeria und den umliegenden Ländern auf den Kampf gegen *Boko Haram*, eine nigerianische Terrororganisation, die dem IS-Kalifen die Treue geschworen hatte. Der IS droht in seinen Propagandakampagnen regelmäßig, Frankreich aufgrund seiner Militäroperationen in muslimischen Ländern zu bestrafen:

„Lassen Sie Frankreich und diejenigen, die auf seinem Weg gehen, wissen, dass sie ganz oben auf der Liste der Ziele des Islamischen Staates bleiben werden, und dass der Geruch des Todes nie ihre Nase verlassen wird, solange sie den Konvoi des Kreuzzugs führen und es wagen, unseren Propheten zu verfluchen, Allahs Friede und Segen sei mit ihm, und sie stolz darauf sind, den Islam in Frankreich zu bekämpfen und die Muslime im Land des Kalifats mit ihren Kampfsjets zu schlagen, was ihnen in den Straßen von Paris und seinen verkommenen Gassen überhaupt nicht geholfen hat.“¹²⁴

¹²³ Graham, David A: What is France doing in Syria? In: The Atlantic 15.11.2015. <<https://www.theatlantic.com/international/archive/2015/11/france-syria-iraq-isis/416013/>>. Abgerufen am 06.02.2019.

¹²⁴ ISIS claims Paris attacks, warns operation is „First of the storm“. In: Site Intelligence Group Enterprise, 14.11.2015. <<https://ent.siteintelgroup.com/Statements/is-claims-paris-attacks-warns-operation-is-first-of-the-storm.html>>. Abgerufen am 14.01.2019.

Die territorialen Rückschläge des IS-Kalifates bedeuten letztlich kein Ende der IS-Bedrohung. Frankreich wird aufgrund der hohen Zahl an französischen *Foreign Terrorist Fighters*, die aus Syrien und Irak zurückkehren könnten, sowie dem anhaltenden hohen Niveau von islamistischer Radikalisierung auch in den kommenden Jahren mit Terroranschlägen zu kämpfen haben, allerdings auf einem weitaus niedrigeren Niveau als in den Jahren 2015 und 2016.

Durch den Verlust des Territoriums wird der IS in Netzwerkstrukturen gedrängt, die mit militärischen Mitteln weitaus schwieriger zu bekämpfen sind als „territorialisierte“ Gruppierungen. Die Bewegungsfreiheit des IS verlagerte sich von bisher urbanen Gebieten zu dünn besiedelten Wüstenregionen. So kann die Terrororganisation aus den schwer staatlich zu kontrollierenden Wüstengebieten heraus mit punktuellen Terrorattacken aktiv bleiben. Durch die Gebietskontrolle und die dafür notwendige Verwaltung wurden bisher Ressourcen des IS gebunden, die durch den Verlust des Territoriums nun verstärkt in terroristische Aktivitäten weltweit fließen könnten.¹²⁵

Ein langfristigeres Problem stellt die IS-Ideologie dar, die nur schwer auf militärische Weise zu bekämpfen und schon gar nicht damit endgültig zu besiegen ist. Diese bleibt weiterhin sehr wirkmächtig, da sie ganz grundsätzliche globale Probleme anspricht, die weit über die Dimension des dschihadistischen Terrors hinausgehen und auch von anderen extremistischen Gruppierungen oder politischen Strömungen für sich genutzt werden, ganz zu schweigen von den individuellen persönlichen Motivationshintergründen von IS-Anhängern, denen ohnehin nur sehr schwer schnell kollektiv begegnet werden kann. Für den IS besteht weiterhin die Möglichkeit, propagandistische Mittel einzusetzen und damit die Anwerbung von Neumitgliedern bzw. Aufrufe an Sympathisanten, Terroranschläge zu verüben, zu forcieren.

Wie herausfordernd der Kampf gegen eine Terrororganisation ist, zeigte bereits der seit 2001 geführte sogenannte *Global War on Terror* mit dem Versuch der Zerschlagung der *Al-Qaida*.¹²⁶ Netzwerkorganisationen, wie es *Al-Qaida*

¹²⁵ Rupp, Jasmina: IFK Aktuell, Der Islamische Staat – Aufstieg und Niedergang einer Terrororganisation. In: IFK Aktuell, August 2017, S. 9. <<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=2833>>. Abgerufen am 06.02.2019.

¹²⁶ President Bush Releases National Strategy for combating terrorism. In: White House, 14.02.2003.

oder der IS sind, agieren sehr viel flexibler als ein Akteur, welcher an ein fixes Territorium mit Zivilbevölkerung gebunden ist und nur an Netzwerkknüpfen schwer getroffen werden kann, diese aber gleichzeitig relativ schnell wiederbesetzen und seine Niederlage so ausgleichen kann. Dies zeigt sich vor allem an der Eliminierung einzelner *Al-Qaida*- oder IS-Anführer durch punktuelle Drohnenangriffe, die nur mühselig einen gewünschten langfristigen Erfolg bewirken. Die Ausschaltung von zahlreichen Führungspersönlichkeiten der Organisation führte weder zu einer signifikanten Beeinträchtigung der Operationsfähigkeit noch zum Zusammenbruch der Organisation.

Im Kampf gegen den *Islamischen Staat* zeigen sich folgende Herausforderungen:

- Die seit dem Verlust des IS-Territoriums verübten und vom IS beanspruchten Anschläge in Ägypten, Afghanistan, Irak, Russland, Frankreich, Indonesien und Belgien (seit November 2017)¹²⁷ zeigen, dass auch nach der Zerschlagung des IS-Kalifates die Fähigkeit und Reichweite des IS, Angriffe in anderen Regionen zu inspirieren und zu koordinieren, weiterhin besteht.
- Eine weitere Herausforderung sind Luftschläge auf vermutete IS-Ziele, die große zivile Opferzahlen forderten. Kritiker argumentieren, dass die Luftschläge der Anti-IS-Koalition kontraproduktiv seien, denn zerstörte Infrastruktur und zivile Opfer würden sogar zu einer verstärkten Radikalisierung und Verbreitung des IS-Narrativs „der Westen bekämpft Muslime“ sorgen. Der IS operierte fast ausschließlich unter Zivilisten in großen Städten wie Raqqa und Deir ez-Zour in Syrien oder Mossul im Irak. Amnesty International kritisiert, dass unzureichende Vorkehrungen zur Verhinderung ziviler Opfer einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen. Weitere Menschenrechtsverletzungen, die vermutlich von irakischen Sicherheitskräften durchgeführt wurden, sind das

<<https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/02/20030214-7.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

¹²⁷ Liste aller vom IS-inspirierten bzw. beanspruchten Anschläge. In: Wikipedia. <https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_terrorist_incidents_linked_to_ISIL#2017>. Abgerufen am 06.02.2019.

Foltern von gefangenen Kindern und verdächtigen IS-Mitgliedern sowie die Einschränkung beim Recht auf ein faires Justizverfahren.

- Einen weiteren Kritikpunkt stellen die unterschiedlichen Interessen der Mitglieder der Anti-IS-Koalition dar, die eine effiziente Bekämpfung des IS verhinderten bzw. verzögerten. Die unterschiedlichen nationalen Zugänge bei der Bekämpfung des IS hatten einen großen Einfluss auf die anhaltende Expansion und militärische Stärke der Terrormiliz. Ein Beispiel wäre das Verhalten der Türkei bei der Bekämpfung des IS, da der PKK-Ableger in Nordsyrien eine weitaus gefährlichere Bedrohung darstellte. Die in der Anti-IS-Koalition vertretenen arabischen Staaten zögern in ihrem Engagement, obwohl sie geographisch der Terrororganisation näher liegen und stärker bedroht werden als westliche Staaten; die Hälfte aller arabischen Staaten flog allerdings überhaupt keine Luftschläge in Syrien und Irak.¹²⁸ Die Logik einiger arabischen Staaten scheint folgende zu sein: Die mit dem Iran alliierten Regierungen in Bagdad und Damaskus werden direkt vom IS bedroht. Aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit, eigene Kräfte zu Gunsten des Rivalen Iran und seiner Verbündeten einzusetzen.
- Der IS-Terrorismus und islamistischer Extremismus im Allgemeinen ist ein Symptom von Instabilität, Korruption, fehlender Rechtsstaatlichkeit, Exklusion, Unterentwicklung und fehlender Beschäftigung sowie ungleicher Einkommensverteilung. Die Strategie der Anti-IS-Koalition sieht keine Antworten auf diese Fragen vor. Solange Syrien und Irak auf diese Herausforderungen nicht reagieren und Sunniten nicht ernsthaft das Gefühl haben, vollinhaltlich in die Entwicklungen in ihren Gebieten, Staaten, und der Region als Gesamtes eingebunden zu sein, solange werden der IS und andere dschihadistische Gruppierungen einen Nährboden finden.

¹²⁸ Green, Richard Allen/Elwazer, Schams (2015): Bombing ISIS: Arabs lag far behind West <<https://edition.cnn.com/2015/12/10/middleeast/arab-countries-bombing-isis/index.html>>. Abgerufen am 17.01.2019.

Literatur- und Quellenverzeichnis

A l'écoute du monde: Rapport d'activité 2017. In: Office français pour la protection des réfugiés et apatrides, 2017. <<https://www.ofpra.gouv.fr/sites/default/files/atoms/files/raofpra2017web0604.pdf>>; Abgerufen am 18.01.2019.

Abdelillah, Bendaoui: After the, almost 100 percent' defeat of ISIS, what about ist ideology? In: Al Jazeera, 08.05.2018. <<http://studies.aljazeera.net/en/reports/2018/05/100-percent-defeat-isis-ideology-180508042421376.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Adams, Paul: Iraq formally asks US to launch air strikes against rebels. In: BBC, 18.06.2014. <<http://www.bbc.com/news/world-middle-east-27905849>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Alderman, Liz (2018): French Cement Giant Lafarge Indicted on Terror Financing Charge in Syria. The New York Times <<https://www.nytimes.com/2018/06/28/business/lafarge-holcim-syria-terrorist-financing.html>>. Abgerufen am 01.02.2019.

Alderman, Liz / **Eliau**, Peltier / **Hwaida**, Saad (2018): 'ISIS Is Coming!' How a French Company Pushed the Limits in War-Torn Syria. The New York Times, <<https://www.nytimes.com/2018/03/10/business/isis-is-coming-how-a-french-company-pushed-the-limits-in-war-torn-syria.html>>. Abgerufen am 01.02.2019.

Anna, Cara: ISIS expresses fury over French airstrikes in Syria, France says they will continue. In: CTV News, 14.11.2015. <<https://www.ctvnews.ca/world/isis-expresses-fury-over-french-airstrikes-in-syria-france-says-they-will-continue-1.2658642>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Antonopoulos, Paul: ISIS manpower shortage sees them relying on elderly, children in suicide operations. In: AMN News, 03.03.2017. <<https://www.almasdarnews.com/article/isis-manpower-shortage-sees-them-relying-on-elderly-children-in-suicide-operations/>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Barnes, Julian E; **Nissenbaum**, Dion: U.S., Arab Allies Launch Airstrikes Against Islamic State Targets in Syria. In: Wall Street Journal, 23.09.2014. <<http://www.wsj.com/articles/us-arab-allies-launch-airstrikes-against-islamic-state-targets-in-syria-1411436642>>. Abgerufen am 14.01.2019.

Black, Ian. Arab states under pressure to do more in fight against ISIS. In: Guardian, 22.11.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/nov/22/arab-states-under-pressure-fight-isis-iran-syria-saudi-arabia>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Black, Ian: France more active than rest of the west in tackling Syria. In: The Guardian, 14.11.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/nov/14/france-active-policy-syria-assad-isis-paris-attacks-air-strikes>>. Abgerufen am 11.01.2019.

Boghart, Lori Plotkin. Gulf Support to the counter-ISIS campaign. In: Washington Institute, 21.03.2017. <<http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/gulf-support-to-the-counter-isis-campaign>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Bremer, Catherine; **Irish**, John: France says ready to act over Syria, despite British refusal. In: Reuters, 30.08.2013. <<https://www.reuters.com/article/us-job-syria-crisis-france-idUSBRE97T0DF20130830>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Breteau, Pierre; **Zerrouky**, Madjid: Comment l'Etat islamique a perdu la quasi-totalité de son territoire utile en Irak et en Syrie en trois ans. In: Le Monde, 23.03.2018. <https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/visuel/2017/03/13/comment-l-etat-islamique-a-recule-en-irak-et-en-syrie-depuis-2014_5093896_4355770.html>. Abgerufen am 20.12.2018.

Browne, Ryan: ISIS internal docs show struggle to retain fighters, cut costs. In: CNN, 27.04.2019. <<https://edition.cnn.com/2016/04/26/politics/isis-documents/index.html>>. Abgerufen am 06.02.2019.

Browning, Noah; **Irish**, Josh: Saudi Arabia announces 43 state islamic alliance against terrorism. In: Reuters, 15.12.2015 <<https://www.reuters.com/article/us-saudi-security-idUSKBN0TX2PG20151215>>. Abgerufen am 05.01.2019.

Carmona, Robert: Les Interventions Exterieures de la France, In: Federation Nationale de l'Artillerie, 03.11.2016. <<http://fna.artillerie.asso.fr/les-interventions-exterieures-de-la-france-109>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Carter, Chelsea J.; **Crawford**, Jamie, **Sciutto**, Jim: ISIS can ‚muster‘ between 20,000 and 31,000 fighters, CIA says. In: CNN, 12.09.2019. <<https://edition.cnn.com/2014/09/11/world/meast/isis-syria-iraq/index.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Charta der Vereinigten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs <<https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Chrisafis, Angelique: France launches first airstrikes in Syria. In: The Guardian, 27.09.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/sep/27/france-launches-first-airstrikes-isis-syria>>. Abgerufen am 06.01.2019.

Chulov, Martin (2012): France funding Syrian rebels in new push to oust Assad. The Guardian, <<https://www.theguardian.com/world/2012/dec/07/france-funding-syrian-rebels>>. Abgerufen am 09.02.2019.

Clemenceau, Francois: 53% des Français soutiennent l'opération Chammel en Irak. In: Le Journal du Dimanche, 20.06.2017. <<https://www.lejdd.fr/International/Moyen-Orient/53-des-Francais-soutiennent-l-operation-Chammal-en-Irak-688498>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Cockburn, Patrick: Iraq executes 13 and order hanging of hundreds more in fear of ISIS resurgence. In: Independent, 29.06.2018. <<https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/iraq-executions-hangings-isis-baghdad-kirkuk-haider-al-abadi-a8423416.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Cockburn, Patrick: We finally know what Hillary Clinton knew all along: that US allies Saudi Arabia and Qatar are funding ISIS. In: Independent, 14.10.2016. <<https://www.independent.co.uk/voices/hillary-clinton-wikileaks-email-isis-saudi-arabia-qatar-us-allies-funding-barack-obama-knew-all-a7362071.html>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Comptes Rendu de la commission des Affaires étrangères de la défense et des forces armées. In: Senat, 17.01.2018. <<http://www.senat.fr/compte-rendu-commissions/20180219/etr.html>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Costolo, William: ISIS threat to Turkey, Saudi Arabia and Jordan. In: Liberty Voice, 22.08.2014. <<https://guardianlv.com/2014/08/isis-threat-to-turkey-saudi-arabia-and-jordan/>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Damgé, Mathilde (2013): Intervention en Syrie : les intérêts économiques ne sont pas absents. Le Monde, <https://www.lemonde.fr/economie/article/2013/08/29/intervention-en-syrie-les-interets-economiques-ne-sont-pas-absents_3468524_3234.html>. Abgerufen am 01.02.2019.

Dauschy, Hélène: Soutien croissant des Français à l'opération anti-EI en Irak, selon un sondage. In: Capital. <<https://www.capital.fr/economie-politique/soutien-croissant-des-francais-a-l-operation-anti-ei-en-irak-selon-un-sondage-1222865>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Dearden, Lizzie: Isis cuts salaries, brings in fines and releases prisoners to make up cash shortage caused by air strikes-report. In: Independent, 16.02.2016. <<https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/isis-budget-cuts-iraq-syria-pay-bonuses-air-strikes-oil-militants-food-snickers-a6877226.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Der Spiegel (2012): Hollande droht Assad mit Militärschlag. <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/hollande-erwaegt-militaereinsatz-gegen-assad-in-syrien-a-835846.html>>. Abgerufen am: 09.02.2019.

Doherty, Ben: France launches 'massive' airstrike on ISIS stronghold Raqqa. In: The Guardian, 16.11.2015. <<https://www.theguardian.com/world/2015/nov/16/france-launches-massive-airstrike-on-isis-stronghold-in-syria-after-paris-attack>>. Abgerufen am 11.01.2019.

Drennan, Justine: Who contributed what to the coalition against the Islamic State. In: Foreign Policy, 12.11.2014 <<https://foreignpolicy.com/2014/11/12/who-has-contributed-what-in-the-coalition-against-the-islamic-state/>>. Abgerufen am 07.01.2019.

Dublin, Rhys: ISIS 2.0 is really just the original ISIS. In: Foreign Policy, 03.04.2018. <<http://foreignpolicy.com/2018/04/03/isis-2-0-is-really-just-the-original-isis/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Embury-Dennis, Tom: Syria returns Legion d'honneur to France because Assad will not wear award of 'slave country' to US. In: Independent, 20.04.2018. <<https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/syria-assad-legion-dhonneur-award-france-slave-country-us-latest-updates-a8313546.html>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Engel, Pamela: Experts: Killing ISIS' No.2 isn't enough to topple the terror group. In: Business Insider, 25.03.2016. <<https://www.businessinsider.de/what-isis-leader-qadulis-death-means-2016-3?r=US&IR=T>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Foley, Frank: Charlie Hebdo attack: is France's counter-terrorism model still the example to follow. <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/france/11341186/Charlie-Hebdo-attack-is-Frances-counter-terrorism-model-still-the-example-to-follow.html>>. Abgerufen am 17.01.2019.

France delivered arms to Syrian rebels, Hollande confirms. In: France 24, 21.08.2014. <<http://www.france24.com/en/20140821-france-arms-syria-rebels-hollande>>. Abgerufen am 16.01.2019.

France in Iraq. In: France Diplomatie, 01.2018. <<https://www.diplomatie.gouv.fr/en/country-files/iraq/france-and-iraq/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

France renews backing for Syrian rebels, denies troop moves. In: CNBC News, 30.03.2018. <<https://www.cnbc.com/2018/03/30/france-renews-backing-for-syrian-rebels-denies-troop-moves.html>>. Abgerufen am 11.01.2019.

Französisches Verteidigungsministerium. In: Presseauschreibung zu Opération Chammal, 31.12.2018. <<https://www.defense.gouv.fr/operations/operations/irak-syrie/dossier-de-presentation-de-l-operation-chammal/operation-chammal>> Abgerufen am 07.01.2019.

Französisches Verteidigungsministerium: Die Französischen Chammal Streitkräfte beschützen Frankreich im Mittleren Osten, 12.07.2016. <<https://www.defense.gouv.fr/english/actualites/newsletter/in-the-middle-east-the-chammal-french-forces-protect-france>>. Abgerufen am 07.01.2019.

French airstrikes in Syria ‚self defense‘. In: SBS news, 16.11.2015. <<https://www.sbs.com.au/news/french-airstrikes-in-syria-self-defence>>. Abgerufen am 14.01.2019.

French Navy Cassard class Anti Aircraft Frigate Jean Bart deployed to provide air control over Iraq. In: Navy Recognition, 08.10.2014 <<http://www.navyrecognition.com/index.php/news/defence-news/year-2014-news/october-2014-navy-naval-forces-maritime-industry-technology-security-global-news/2047-french-navy-cassard-class-anti-aircraft-frigate-jean-bart-deployed-to-provide-air-control-over-iraq.html>> Abgerufen am 07.01.2019.

French soldier killed in Iraq-Syria military zone, Élysées palace says. In: France 24, 23.09.2017. <<http://www.france24.com/en/20170923-french-soldier-killed-iraq-syria-military-zone>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Glenn, Cameron: Timeline: The rise and fall of the Islamic State. <<https://www.wilsoncenter.org/article/timeline-the-rise-spread-and-fall-the-islamic-state>>. Abgerufen am 28.12.2018.

Global Coalition, Maps and Stats. 24.01.2018. <<http://theglobalcoalition.org/en/maps-stats/>>. Abgerufen am 05.01.2019.

Gordon, Michael R.: Russia surprises US with accord on battling ISIS. In: New York Times, 27.09.2015. <<https://www.nytimes.com/2015/09/28/world/middleeast/iraq-agrees-to-share-intelligence-on-isis-with-russia-syria-and-iran.html>>. Abgerufen am 07.01.2019.

Graham, David A: What is France doing in Syria? In: The Atlantic, 15.11.2015. <<https://www.theatlantic.com/international/archive/2015/11/france-syria-iraq-isis/416013/>>. Abgerufen am 05.01.2019.

Green, Richard Allen/Elwazer, Schams (2015): Bombing ISIS: Arabs lag far behind West <<https://edition.cnn.com/2015/12/10/middleeast/arab-countries-bombing-isis/index.html>>. Abgerufen am 17.01.2019.

Guibert, Nathalie: Vers une réduction des moyens militaires français en Irak et Syrie. In: Le Monde, 09.12.2017. <https://www.lemonde.fr/international/article/2017/12/09/vers-une-reduction-des-moyens-militaires-francais-en-irak-et-syrie_5227118_3210.html>. Abgerufen am 18.01.2019.

Guisnel, Jean: Frappes contre l'État islamique: pourquoi la France peut peu. In: Le Point, 11.09.2014. <https://www.lepoint.fr/editos-du-point/jean-guisnel/frappes-contre-l-etat-islamique-pourquoi-la-france-peut-peu-11-09-2014-1862301_53.php>. Abgerufen am 18.01.2019.

In Numbers: French jihadist fighters and their families in Iraq and Syria. In: France 24, 10.11.2017. <<http://www.france24.com/en/20171110-france-numbers-returning-french-jihadist-fighters-families-women-iraq-syria-molins>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Irish, John; **Vey**, Jean Baptiste; **Pennetier**, Marine: Islamic State drone kills two Kurdish fighters, wounds two French soldiers. In: France Diplomatie, Reuters, 12.10.2016. <<https://uk.reuters.com/article/uk-mideast-crisis-iraq-france/islamic-state-drone-kills-two-kurdish-fighters-wounds-two-french-soldiers-idUKKCN12C13T>>. Abgerufen am 16.01.2019.

ISIL Angriffe in Frankreich. In: Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/ISIL-related_terror_attacks_in_France. Abgerufen am 09.01.2019.

ISIS claims Paris attacks, warns operation is „First of the storm“. In: Site Intelligence Group Enterprise, 14.11.2015. <<https://ent.siteintelgroup.com/Statements/is-claims-paris-attacks-warns-operation-is-first-of-the-storm.html>>. Abgerufen am 14.01.2019.

ISIS/Daesh: The military response in Iraq and Syria. In: House of Commons Library, 08.03.2017 <<http://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN06995>>. Abgerufen am 27.12.2018.

ISIS/Daesh: What now for the military campaign in Iraq and Syria? In: House of Commons library, 10.07.2018. <<https://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/CBP-8248>>. Abgerufen am 10.01.2019.

Islamic Military Counter Terrorism Coalition: Member Countries. <<https://imctc.org/English/Members>>. Abgerufen am 07.01.2019.

Justice for Life observatory in Deir Ezzor: The Impact of air strikes and military operations on ISIS's economy. In: Atlantic Council, 02.03.2016. <<http://www.atlanticcouncil.org/blogs/syriasource/impact-of-the-air-strikes-and-military-operations-on-isis-s-economy>>. Abgerufen am 13.01.2019.

Katz, Whitney: JECC assists in the establishment of the Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve. In: Joint Enabling Capabilities Command, von JECC Public Affairs, 13.01.2015. <<https://web.archive.org/web/20160304133055/http://www.jecc.mil/News/RecentNews/tabid/3796/Article/572157/jecc-assists-in-the-establishment-of-combined-joint-task-force-operation-inhere.aspx>>. Abgerufen am 03.01.2019.

Kriegsflüchtlinge des Syrischen Bürgerkrieges. In: Wikipedia. <<https://en.wikipedia.org/wiki/RefugeesoftheSyrianCivilWar#citenote:16-17>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Lagneau, Laurent: L'opération Chammal devrait coûter 360 millions d'euros en 2016. In: Opex360, 17.11.2016. <<http://www.opex360.com/2016/11/17/loperation-chammal-devrait-coûter-360-millions-deuros-en-2016/>>. Abgerufen am 17.01.2019.

Lagneau, Laurent: Le Parlement a voté pour la poursuite de l'opération Chammal en Irak. In: Opex360, 14.01.2015. <<http://www.opex360.com/2015/01/14/le-parlement-vote-pour-la-poursuite-de-loperation-chammal-en-irak/>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Liste der mit dem IS verbundenen Terrorereignisse. In: Wikipedia. <https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_terrorist_incidents_linked_to_ISIL>. Abgerufen am 06.02.2019.

Lister, Tim; Sanchez, Ray; Bixler, Mark; O'Key, Sean; Hogenmiller, Michael; Tawfeeq, Mohammed: ISIS goes global: 143 attacks in 29 countries have killed 2,043. <<https://edition.cnn.com/2015/12/17/world/mapping-isis-attacks-around-the-world/index.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Loud, Daniel: The Gulf monarchies and private funding of ISIS. In: Sigma Iota Rho Journal of International Relations, 04.04.2016. <<http://www.sirjournal.org/blogs/2016/4/4/the-gulf-monarchies-and-private-funding-of-isis>>. Abgerufen am 12.01.2019.

McGurk, Brett: The D-Isis coalitions progress in 2017. In: Dipnote, US Department of State Official Blog, 04.01.2018 <<https://blogs.state.gov/stories/2018/01/04/en/d-isis-coalition-s-progress-2017>>. Abgerufen am 02.01.2019.

McPartland, Ben: What has France actually done to fight terrorism. In: The Local, 19.07.2016. <<https://www.thelocal.fr/20160719/what-has-france-done-to-fight-terrorism>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Mills, Claire et al., ISIS/Daesh: The Military Response in Iraq and Syria, House of Commons Briefing Paper No. 06995, Sept. 11, 2015.

Ministère des armées: Dossier de Presse, Opération Chammal, Februar 2018. <<https://www.defense.gouv.fr/operations/chammal/dossier-de-presentation/operation-chammal>>. Abgerufen am 27.12.2018.

Ministry for Europe and Foreign Affairs (2016): Allocution du Président de la République française - Débat général de l'Assemblée générale des Nations unies (20 septembre 2016). <<https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/la-france-et-les-nations-unies/evenements-et-actualites-lies-aux-nations-unies/71eme-session-de-l-agnu/article/allocution-du-president-de-la-republique-francaise-debat-general-de-l-assemblee>>. Abgerufen am 09.02.2019.

Pecht, Manjana: International responses to ISIS (and why they are failing). In: SIPRI, 29.01.2016. <<https://www.sipri.org/commentary/essay/2016/international-responses-isis-and-why-they-are-failing>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Pelloli, Mathieu: Budget: Pourquoi l'armée doit économiser 850 millions d'euros. In: Le Parisien, 18.07.2017. <<http://www.leparisien.fr/economie/budget-pourquoi-l-armee-doit-economiser-850-millions-d-euros-18-07-2017-7141956.php>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Pert, Alison: Are Air strikes against IS in Syria lawful? <<http://www.abc.net.au/news/2015-08-24/pert-are-air-strikes-against-is-in-syria-lawful/6720658>>. Abgerufen am 14.01.2019.

Pomperleau, Mark: Can the US actually destroy terror groups like ISIS? In: The Hill 14.08.2015. <<http://thehill.com/blogs/pundits-blog/defense/251112-can-the-us-really-destroy-terrorist-groups-like-isis>>. Abgerufen am 22.12.2018.

President Bush Releases National Strategy for combating terrorism. In: White House, 14.02.2003. <<https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/02/20030214-7.html>>. Abgerufen am 15.01.2019.

Quatremer, Jean: La seule armée européenne, c'est l'armée française. In: Coullisses de bruxelles, 03.02.2017. <<http://bruxelles.blogs.liberation.fr/2017/02/02/la-seule-armee-europeenne-cest-larmee-francaise/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Relations bilatérales. In: France Diplomatie, 11.01.2018. <<https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/irak/la-france-et-l-irak/>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Rivinius, Jessica: Terrorist attack deaths increase in Iraq, the West, despite decrease worldwide. In: Start, 14.08.2017. <<http://www.start.umd.edu/news/terrorist-attack-deaths-increase-iraq-west-despite-decrease-worldwide>>. Abgerufen am 14.01.2019.

Rogin, Josh: America's allies are funding ISIS. In: The Daily Beast, 14.06.2014. <<https://www.thedailybeast.com/americas-allies-are-funding-isis>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Rupp, Jasmina: Der Islamische Staat – Aufstieg und Niedergang einer Terrororganisation, In: IFK Aktuell, August 2017, S. 9. <<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=2833>>. Abgerufen am 06.02.2019.

Rupp, Jasmina; **Feichtinger**, Walter: IFK Monitor – Kampf gegen den IS – mehr als nur Bomben, Jänner 2015. <www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/ifk_monitor_26_kampf_gegen_is_rupp_feichtinger.pdf>. Abgerufen am 06.02.2019.

Sarhan, Amre: Source: ISIS leader al-Baghdadi threatens to execute deserters from battles in Hawija, Sharqat. <<https://www.iraqinews.com/iraq-war/source-isis-leader-al-baghdadi-threatens-execute-deserters-battles-hawija-sharqat/>>. Abgerufen am 14.01.2019.

Scharf, Michael P.: How the war against ISIS changed International Law. In: Case Western Reserve Journal of International Law, 2016. <https://scholarlycommons.law.case.edu/faculty_publications/1638/>. Abgerufen am 14.01.2019.

Security Council Resolution 2249. In: Peacewomen. <<http://www.peacewomen.org/resource/security-council-resolution-2249>>. Abgerufen am 13.01.2019.

Shaheen, Kareem: US-led coalition says its strikes have killed 800 Iraqi and Syrian civilians. In: The Guardian, 30.11.2017. <<https://www.theguardian.com/world/2017/nov/30/us-coalition-airstrikes-iraqi-syrian-civilians>>. Abgerufen am 06.02.2019.

Shinkman, Paul D: IS by the numbers in 2017. In: USNews, 27.12.2017. <<https://www.usnews.com/news/world/articles/2017-12-27/isis-by-the-numbers-in-2017>>. Abgerufen am 15.01.2019.

SIPRI (2013): EU arms embargo on Syria. <https://www.sipri.org/databases/embargoes/eu_arms_embargoes/syria_LAS/eu-embargo-on-Syria>. Abgerufen am: 09.02.2019.

Smith, Ben, ISIS and the Sectarian Conflict in the Middle East, House of Commons Library Research Paper 15/16, Mar. 19, 2015.

Spotlight on Global Jihad, 19.10.2017. In: Meir Amit Terrorism and Intelligence Center. <<https://www.terrorism-info.org.il/en/spotlight-global-jihad-october-3-18-2017/>>. Abgerufen am 17.01.2019.

Stephens, Michael: Islamic State: Where does jihadist group get its support? In: BBC, 01.09.2014. <<http://www.bbc.com/news/world-middle-east-29004253>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Syria resolution authorizing military force fails in U.N. Security Council. In: CBS NEWS, 28.08.2013. <<https://www.cbsnews.com/news/syria-resolution-authorizing-military-force-fails-in-un-security-council/>>. Abgerufen am 14.01.2019.

The Global Coalition. <<https://theglobalcoalition.org/en/>>. Abgerufen am 06.02.2019.

The Global Coalition – Working to Defeat ISIS. In: US Außenministerium, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 27.12.2018.

The military response in Iraq and Syria. Stand. In: House of Commons Library, 8.03.2017 <<http://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN06995>>. Abgerufen am 27.12.2018.

Tisdall, Simon. Turkey paying a price for Erdogans wilful blindness to ISIS threat. In: Guardian, 29.06.2016. <<https://www.theguardian.com/world/2016/jun/29/turkey-pays-price-erdogan-blindness-to-isis-threat>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Trump: Qatar must stop financing terrorism. In: CNN, 10.06.2019. <<https://edition.cnn.com/2017/06/09/politics/trump-qatar-saudi-gulf-crisis/index.html>>. Abgerufen am 12.01.2019.

UN Security Council adopts Resolution 2170 (2014) condemning gross, widespread abuse of Human Rights by extremist groups in Syria, Iraq. In: UN Nations Meeting Coverage, 15.08.2014. <<https://www.un.org/press/en/2014/sc11520.doc.>>. Abgerufen am 18.01.2019.

UN Security Council Report: UN Documents for Terrorism. <<https://www.security-councilreport.org/un-documents/terrorism/>>. Abgerufen am 14.01.2019.

UN Sicherheitsrat Resolution S/RES/2178 (2014) 24.09.2014. <<http://unscr.com/en/resolutions/2178>>. Abgerufen am 06.02.2019.

United Nations Security Council: Resolution 2249 (2015). <[http://undocs.org/S/RES/2249\(2015\)](http://undocs.org/S/RES/2249(2015))>. Abgerufen am 06.02.2019.

US Department of Defense: Operation Inherent Resolve: Strike Updates, 09.08.2017. <<https://www.defense.gov/OIR/>>. Abgerufen am 23.12.2018.

US Department of State. The Global Coalition – Working to Defeat ISIS. Factsheet Office of the Spokesperson, 22.03.2017. <<https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/03/268609.htm>>. Abgerufen am 12.01.2019.

Vu des Etats-Unis: Pourquoi les réfugiés ne veulent pas rester en France. In: *Courrier international*, 18.09.2015. <<https://www.courrierinternational.com/article/vu-des-etats-unis-pourquoi-les-refugies-ne-veulent-pas-rester-en-france>>. Abgerufen am 16.01.2019.

Warrick, Joby: ISIS' propaganda machine is thriving as the physical caliphate fades. In: *Washington Post*, 18.08.2017. <https://www.washingtonpost.com/world/national-security/isiss-propaganda-machine-is-thriving-as-the-physical-caliphate-fades/2017/08/18/4808a9f6-8451-11e7-ab27-1a21a8e006ab_story.html>. Abgerufen am 14.01.2019.

Fallstudie zum Basis-Szenario 4: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch ein diktatorisches Regime

Ein diktatorisches Regime unterstützt eine terroristische Vereinigung und bedroht dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit. Es ist nicht die Hauptintention, das Regime zu stürzen, sondern sein Einlenken zu erreichen, aber ein Regime-Change kann auch nicht ausgeschlossen werden.

Afghanistan unter den Taliban und der Regime-Change 2001 unter besonderer Berücksichtigung der Beteiligung Großbritanniens

Markus Gauster



1 Konfliktbeschreibung

Nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion (1979–1989) und der Einsetzung eines kommunistischen afghanischen Regimes, dem Abzug der Truppen 1989 und der Einstellung finanzieller Unterstützung durch Moskau wurde in Afghanistan von 1992 bis 1996 ein von der Weltöffentlichkeit kaum beachteter Bürgerkrieg geführt. Dabei standen Machtkämpfe zwischen unterschiedlichen ethnischen Stämmen, religiösen Gruppen sowie Kommandanten von Privatarmeen im Vordergrund. Die Taliban-Bewegung profitierte vom Machtvakuum und wurde 1996 von großen Teilen der Bevölkerung in Kabul willkommen geheißen.

Nach der weitgehenden Machtübernahme in Afghanistan etablierten die Taliban funktionierende Staatsstrukturen auf der Basis ihrer Scharia-Ideologie. In der Folge unterstützte das radikal-islamistische Regime die Terrororganisation Al-Qaida mit ihrem Anführer Osama bin Laden und verstieß damit gegen internationale Normen. Unter dem Taliban-Regime wurden Ausbildungslager der Al-Qaida auf afghanischem Boden errichtet. Sowohl Afghanistan als auch Pakistan duldeten Rückzugsräume für Terroristen im gemeinsamen Grenzgebiet. Dadurch entstand eine Gefahr für die internationale Sicherheit. Trotz internationalem Druck lieferten die Taliban bin Laden nicht aus.

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 wurde von den USA der „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen. Dieser begann in Afghanistan am 7. Oktober 2001. Eine US-geführte militärische Koalition der Willigen stürzte die Taliban im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) unter substanzieller Beteiligung Großbritanniens in Zusammenarbeit mit der Nordallianz, einem Zweckbündnis afghanischer Milizen. Die USA fanden mit Großbritannien einen wichtigen und solidarischen Koalitionspartner, der sich im Rahmen von OEF sowohl beim Regimewechsel als auch in der Folge beim Wiederaufbau und der Aufstandsbekämpfung engagierte.

Das politische System Afghanistans wurde verändert, indem Anfang 2002 eine westlich orientierte Übergangsregierung unter Präsident Hamid Karzai eingesetzt wurde. Die grundlegenden Strukturen, Prinzipien und Kulturen des Landes blieben jedoch unverändert. Die Taliban wurden von den USA Ende 2001 gleichsam für besiegt erklärt, was sich als Irrtum herausstellte.

Der Kern der Taliban-Bewegung wurde zwar aus den Ballungsräumen über die Grenze nach Pakistan vertrieben. Wenige Jahre später kehrten Taliban-Kämpfer als militante oppositionelle Kraft zurück und bekämpften seither die westliche Militärpräsenz und die afghanische Regierung. Der Konflikt setzte sich mit niedriger Intensität fort.

2018/19 ist die Situation in Afghanistan als innerstaatlicher bewaffneter Konflikt einzustufen, der deutliche Züge eines Bürgerkrieges aufweist. Ein Anti-Regimekrieg militanter oppositioneller Kräfte, ein Machtkampf unterschiedlicher Ethnien sowie die Bekämpfung afghanischer Sicherheitskräfte und der internationalen Militärpräsenz stehen im Mittelpunkt. Diese Konfliktlinien erzeugen organisierte Gewalt im großen Maßstab und wirken sich negativ auf die Lebensumstände der Bevölkerung aus.¹

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

2.1 Soziale und materielle Grundversorgung

2.1.1 Basic Needs (abgedeckt)

Die soziale und materielle Grundversorgung in Afghanistan wurden nach dem Sturz der Taliban insbesondere durch die UNO (z. B. Food, Water, Shelter, Clothing) und die International Security Assistance Force, ISAF, (z. B. Infrastruktur, Verkehrswege) abgedeckt. Unmittelbar nach dem Sturz der Taliban im November 2001 war die Infrastruktur in Afghanistan gleichsam komplett zusammengebrochen und die soziale und materielle Grundversorgung durch die Zerstörungen und das Chaos infolge der Kampfhandlungen akut gefährdet. Die UNO und andere internationale Akteure führten nach dem Sturz der Taliban umfassende Erhebungen zur humanitären Lage

¹ Vgl. Gauster, Markus: Migration, Flucht und Sicherheit in Afghanistan. Perspektiven für internationales Engagement. IFK Monitor, April 2017. Bundesministerium für Landesverteidigung.

Anmerkung: Im zeitlichen Fokus der vorliegenden Analyse liegt der Zeitraum von 1996 bis Ende 2002, wobei drei Phasen unterschieden werden können: Die Zeit vom Beginn der Machtübernahme der Taliban in Kabul (1996) bis zum Beginn der US-geführten Militärintervention (7.10.2001); die Phase der Intervention selbst mit dem Regimewechsel, die offiziell bis 19.12.2001 gedauert hat; sowie die Phase der Etablierung der International Security Assistance Force/ISAF durch die UN-Sicherheitsratsresolution 1386 (2001) vom 20.12.2001.

der Bevölkerung durch, um bestmöglich reagieren zu können.² Ein Ergebnis war, dass viele Afghanen keinen Zugang zu einer Basisgesundheitsversorgung hatten.³

Ab 2002 kam es zu einem starken Anstieg bei internationalen Projekten zur sozialen und materiellen Grundversorgung, die jedoch keineswegs ganz Afghanistan erreichen konnten. Großbritannien half vor allem im ersten Jahr der Intervention, den Wiederaufbau voranzutreiben, Infrastruktur zu reparieren und zerstörte Brücken durch Pioniere der britischen Armee wieder aufzubauen, ein sicheres Umfeld zu schaffen und entwicklungspolitische und humanitäre Unterstützung bereitzustellen.⁴

2.2 Erfolg der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung

2.2.1 Erfolg der Bekämpfung durch militärische Mittel

2.2.1.1 Die Handlungsfähigkeit von Führungspersonen (nein)

Durch die Bekämpfung des Taliban-Regimes (das auf die US- und EU-Liste der Terrororganisationen gesetzt wurde) im Rahmen der OEF hofften die USA, die Terrororganisation Al Qaida entscheidend bekämpfen zu können. Al Qaida hatte unter Osama bin Laden zwischen 1996 und 2001 Trainingsmöglichkeiten für bis zu 50.000 Kämpfer aus circa 50 Ländern etabliert.⁵

Die Handlungsfähigkeit von Führungskadern des Taliban-Regimes wurde durch die OEF, die am 7.10.2001 begann, entscheidend geschwächt. Die OEF bestand aus einer US-geführten „Koalition der Willigen“ und kooperierte eng mit der Nordallianz, einem Zweckbündnis afghanischer Milizen.

² United Nations: The Situation of Women in Afghanistan (2002) <<https://www.un.org/events/women/2002/sit.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

³ USAID: Afghanistan / Health (2018) <<https://www.usaid.gov/afghanistan/health>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁴ UK Government: The UK's work in Afghanistan (Januar 2014) <<https://www.gov.uk/government/publications/uks-work-in-afghanistan/the-uks-work-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁵ The Heritage Foundation: The Vital Role of Alliances in the Global War on Terrorism (Oktober 2002) <<https://www.heritage.org/homeland-security/report/the-vital-role-alliances-the-global-war-terrorism#pgfId-1010831>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Australien, Deutschland, Kanada, Großbritannien und weitere Akteure unterstützten die OEF.⁶ Die Gesamtzahl der im November 2001 beim Sturz des Taliban-Regimes involvierten Soldaten der OEF (US- und alliierte Truppen) war nicht größer als 1300.⁷ Die OEF konzentrierte sich vor allem auf die Unterstützung der Nordallianz, welche die Masse der Bodentruppen für den Kampf gegen die Taliban stellte. Die Luftunterstützung durch die OEF war entscheidend für die sukzessive militärische Rückeroberung von Ballungszentren wie Mazar-I Sharif, Kandahar und Kabul.⁸

Die OEF vertrieb die Taliban in Kooperation mit lokalen afghanischen Milizen aus den Ballungsräumen, zerstörte elf Trainingscamps von Al Qaida und 39 Stützpunkte des Taliban-Regimes.⁹ Am 18.12.2001 wurde der Regime-Change nach US-Diktion offiziell erreicht. Trotzdem konnten die USA das Al Qaida-Netzwerk nicht ausschalten; dieses ist mit seinem Anführer Ayman al Zawahiri auch 2018/19 noch als Terrororganisation aktiv gewesen.¹⁰

Die Operationen der US-geführten Koalition und der Nordallianz dauerten auch nach dem (offiziell verlautbarten) Regimewechsel noch bis weit in das Jahr 2002 hinein (z. B. im Rahmen der „Operation Anaconda“ in Ostafghanistan). Durch die gleichzeitige Bekämpfung der Taliban und Al Qaida wurden mehrere Anführer getötet. Der Erfolg bestand in der Schwächung (aber

⁶ US Department of State: The United States and the global coalition against terrorism, September 2001- December 2003 <<https://2001-2009.state.gov/r/pa/ho/pubs/fs/5889.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁷ Channel 4 News: Why are British troops fighting in Afghanistan? (März 2012) <<https://www.channel4.com/news/why-are-british-troops-fighting-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁸ UK Government: The UK's work in Afghanistan (Januar 2014) <<https://www.gov.uk/government/publications/uks-work-in-afghanistan/the-uks-work-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁹ US Department of State: The Global War on Terrorism: The First 100 Days <<https://2001-2009.state.gov/s/ct/rls/wh/6947.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

¹⁰ Thomas Joscelyn: Al Qaeda chief says America is the 'first enemy' of Muslims (März 2018) <longwarjournal.org>, abgerufen am: 06.04.2018; The Guardian: Fivefold increase in terrorism fatalities since 9/11, says report (November 2014) <<https://www.theguardian.com/uk-news/2014/nov/18/fivefold-increase-terrorism-fatalities-global-index>>, abgerufen am: 06.04.2018.

nicht Zerstörung) der Führungsstruktur der Taliban und durch ihre Vertreibung in die Stammesgebiete an der afghanisch-pakistanischen Grenze.

2.2.1.2 Funktionsfähigkeit der Befehlskette der terroristischen Vereinigung (nein)

Die operative Befehlskette der Taliban wurde durch den militärischen Sieg der intervenierenden Koalition (OEF und Nordallianz) weitgehend zerstört. Da sich die strategische Führung der Taliban in Form der Quetta-Shura in Pakistan befand, blieben die strategischen Führungsgremien (diverse Kommissionen der Taliban) erhalten, wodurch die Taliban im Laufe des Konfliktes wieder an Kampfkraft gewannen.

2.2.1.3 Bewegungsfreiheit der Mitglieder der terroristischen Vereinigung (nein)

Die Bewegungsfreiheit der Mitglieder der terroristischen Vereinigung konnte durch die Intervention kurzfristig unterbunden bzw. stark eingeschränkt werden.

2.2.1.4 Transportmöglichkeiten von Kämpfern, Waffen und Kampfmittel (nein)

Die Transportmöglichkeiten von Kämpfern, Waffen und Munition konnte in Afghanistan kurzfristig unterbunden werden. In den Rückzugsräumen in Pakistan blieben die Transportmöglichkeiten erhalten.

2.2.1.5 Verfügbarkeit von Kämpfern, Waffen und Kampfmittel (nein)

Die Verfügbarkeit von Kämpfern, Waffen und Kampfmitteln der terroristischen Vereinigung wurde durch die OEF vorerst unterbunden.

2.2.1.6 Möglichkeiten des Einsatzes propagandistischer Mittel (nein)

Die Möglichkeit des Einsatzes propagandistischer Mittel durch die terroristische Vereinigung wurde durch die OEF vorerst unterbunden, da sich die Taliban nach Pakistan zurückzogen.

2.2.1.7 Verfügbarkeit von Infrastruktur für die terroristische Vereinigung¹¹ (nein)

Die Verfügbarkeit von Infrastruktur für die terroristische Vereinigung wurde durch die OEF in Afghanistan weitgehend unterbunden, blieb jedoch in Pakistan in Form von Ausbildungslagern und Rückzugsräumen erhalten, wobei vor allem die Koranschulen in Pakistan eine infrastrukturelle Basis bildeten.¹²

2.2.1.8 Funktionsfähigkeit anderer potenziell bedeutender logistischer Aspekte (ja)

Ein bedeutender logistischer Aspekt für die Taliban war die Finanzierung des bewaffneten Kampfes durch den Anbau und den Verkauf von Opium bzw. Drogen. Dies konnte von der OEF bzw. der ISAF zu keiner Zeit – weder unmittelbar nach dem Sturz der Taliban 2001 noch in den Folgejahren der Intervention – substanziell unterbunden werden. Diverse Drogenbekämpfungsprogramme wurden entwickelt, konnten daran jedoch nichts ändern. Der Drogenanbau und die organisierte Kriminalität stiegen seit 2001 sukzessive an und finanzierten den bewaffneten Widerstand und damit den Wiederaufstieg der Taliban.

¹¹ Z. B. Führung, Logistik und Ausbildung.

¹² Bill Roggio: Designations highlight Taliban's longstanding ties to al Qaeda (Jänner 2018) <<https://www.longwarjournal.org/archives/2018/01/designations-highlight-talibans-longstanding-ties-to-al-qaeda.php>>, abgerufen am: 05.04.2018.

2.2.2 Erfolg der Bekämpfung durch politische Maßnahmen

2.2.2.1 Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, sich der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung anzuschließen (teilweise erfolgreich)

Die USA bzw. die CIA konnten lokale Kräfte der Nordallianz mit großem finanziellem Aufwand dazu bewegen, sich dem Kampf gegen das Taliban-Regime anzuschließen. Spezialkräfte der OEF und die Nordallianz konnten das Taliban-Regime erfolgreich stürzen.¹³

Die USA versuchten 1996–2001, durch Wirtschaftshilfe und militärische Unterstützung, die politischen Entscheidungsträger Pakistans dazu zu bewegen, gegen Ausbildungslager von Al Qaida vorzugehen. Eine Reihe von UN-Sanktionen verstärkten den Druck auf Pakistan, gegen Al Qaida vorzugehen.¹⁴ Pakistan erklärte sich auch nach 9/11 bereit, den „Krieg gegen den Terror“, den US-Präsident George W. Bush ausgerufen hatte, zu unterstützen.¹⁵ Zweifelsohne gingen die pakistanischen Sicherheitskräfte zwischen 2002 und 2015 auch unter großen Verlusten eigener Kräfte gegen militante Gruppierungen vor, ließen jedoch mehrere Stammesregionen in den Federally Administered Tribal Areas (z. B. Waziristan) weiterhin unbehelligt.¹⁶ Die Rückzugsräume für Al Qaida und Taliban blieben bestehen.

¹³ BBC: The Taliban are forced out of Afghanistan (2018) <http://www.bbc.co.uk/history/events/the_taliban_are_forced_out_of_afghanistan>, abgerufen am: 05.04.2018.

¹⁴ CNN: Bush administration puts pressure on Pakistan (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/asiapcf/central/09/13/pakistan.us.bush/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

¹⁵ CNN: Bush administration puts pressure on Pakistan (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/asiapcf/central/09/13/pakistan.us.bush/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

¹⁶ The Express Tribune: 80,000 Pakistanis killed in US ‘War on Terror’: report (2015) <<https://tribune.com.pk/story/860790/80000-pakistanis-killed-in-us-war-on-terror-report/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

2.2.2.2 Einflussnahme auf andere Staaten und/oder Organisationen, auf internationaler Ebene, Sanktionen gegen die terroristische Vereinigung bzw. deren Mitglieder und Unterstützer zu verhängen (erfolgreich)

Bereits 1999, als die Taliban noch an der Macht waren und Trainingslager der Al Qaida duldeten und damit gegen internationales Recht verstießen, konnten die USA alle 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrates dazu bewegen, sich in der UNSR-Resolution 1267 (1999) und weiteren Resolutionen auf politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen das Taliban-Regime zu einigen.¹⁷ Vor allem sollten die Taliban keine Aktivitäten der Al Qaida in Afghanistan dulden und ihren Anführer Osama bin Laden ausliefern. Die Sanktionen konnten das jedoch nicht erzwingen.

2.2.3 Erfolg der Bekämpfung durch wirtschaftliche Maßnahmen

2.2.3.1 Austrocknung direkter und indirekter Einnahmequellen der terroristischen Vereinigung (teilweise erfolgreich)

Es wurden mehrere Bankguthaben der Taliban eingefroren, wie z. B. ein Taliban-Konto über 88 Mio. \$ in einer Londoner Bank durch Großbritannien (30.9.2001).¹⁸ 142 Länder hatten bis 2002 die Schließung von Konten mit Terrorbezug angeordnet.¹⁹ Eine Gesamtübersicht der Bekämpfung durch wirtschaftliche Maßnahmen ist nicht öffentlich zugänglich. Die Unterstützung von Al Qaida durch Taliban-Institutionen wie die Peshawar Financial Commission wurde im Einvernehmen mit pakistanischen Akteuren weiter fortgesetzt.²⁰

¹⁷ United Nations Security Council: RESOLUTION 1267 (Oktober 1999) <<https://daccess-ods.un.org/TMP/4970779.41894531.html>>, abgerufen am: 06.04.2018.

¹⁸ US Department of State: The United States and the global coalition against terrorism, September 2001 – December 2003 (30.9.2011) <<https://2001-2009.state.gov/r/pa/ho/pubs/fs/5889.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

¹⁹ The Heritage Foundation: The Vital Role of Alliances in the Global War on Terrorism (Oktober 2002) <<https://www.heritage.org/homeland-security/report/the-vital-role-alliances-the-global-war-terrorism#pgfId-1010831>>, abgerufen am: 05.04.2018.

²⁰ Bill Roggio: Designations highlight Taliban's longstanding ties to al Qaeda (Jänner 2018) <<https://www.longwarjournal.org/archives/2018/01/designations-highlight-talibantes-longstanding-ties-to-al-qaeda.php>>, abgerufen am: 05.04.2018.

2.2.4 Erfolg der Bekämpfung der terroristischen Vereinigung durch Gegennarrative und/oder De-Radikalisierungsstrategien

2.2.4.1 Zulauf von Kämpfern (nein)

Der Zulauf von Kämpfern zur Al Qaida konnte durch die Bekämpfung der Taliban durch die OEF und Nordallianz ab Oktober 2001 gestoppt werden. Während zwischen 1996 und 2001 etwa 10.000 bis 20.000 Kämpfer nach Afghanistan kamen, um sich in Trainingslagern der Al Qaida ausbilden zu lassen, flossen nach 9/11 deutlich weniger Kämpfer ein.²¹ Das ist als Erfolg der Intervention zu verzeichnen.

2.2.4.2 Fahnenflüchtige der terroristischen Vereinigung (nein)

Die ideologische Motivation der Kämpfer wurde durch die internationalen Medien und – unintendiert – durch die USA selbst gestärkt. Der Kampf gegen Al Qaida und die Taliban konnte von diesen Terrororganisationen durch ihre Bekämpfung im Rahmen des „US-Global War on Terror“ gleichsam zu einem „Kampf gegen den Islam“ hochstilisiert werden.²² Durch dieses Narrativ wurden Kämpfer zusätzlich motiviert, langfristig gegen die USA bzw. US-Truppen zu kämpfen. Anzunehmen ist daher, dass es zwischen 1996 und 2001 nur wenige Fahnenflüchtige und stattdessen einen hohen Zulauf zur Al Qaida und zu den Taliban gab.

2.2.4.3 Verbreitung von und Zugriff auf Medien des Gegennarratives (nein)

Der Aufbau eines Gegennarratives durch die USA war nicht erfolgreich. Osama bin Laden nutzte die Möglichkeiten von (sozialen) Medien strategisch und verbreitete Negative über die USA, um islamistische Kämpfer nach Afghanistan zu locken und deren Motivation für den Jihad weiter zu

²¹ Centre of Strategic and International Studies: Foreign Fighter Project (2018) <<https://www.csis.org/programs/transnational-threats-project/projects/foreign-fighter-project>>, abgerufen am: 05.04.2018, S. 14.

²² Ebenda, S. 15.

stärken.²³ Dem konnten die USA bzw. die OEF außer den Sanktionen durch UNSR-Resolutionen nichts entgegensetzen.

2.2.4.4 Verbreitung und Zugriff auf Medien der terroristischen Vereinigung (ja)

Die USA bzw. die OEF konnten 1996–2001 den Zugriff der Al Qaida auf die Medien und ihre Nutzung nicht verhindern. Ansätze der USA, die Medienpräsenz der Al Qaida zu bekämpfen, wie durch das Hacken jihadistischer Websites oder die Austrocknung von Finanzquellen, liefen nur sehr langsam an und erreichten erst 2005 ein größeres Ausmaß.²⁴

2.3 Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes

2.3.1 Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes durch militärische Mittel des intervenierenden Akteurs

2.3.1.1 Haltungsänderung des diktatorischen Regimes gegenüber der terroristischen Vereinigung (negativ)

Die Taliban waren – trotz der über sie verhängten Sanktionen – im Vorfeld von 9/11 und auch angesichts der Androhung einer militärischen Intervention unmittelbar nach 9/11 durch die USA nicht bereit, Osama bin Laden auszuliefern. Auch die Trainingslager der Al Qaida auf afghanischem Boden blieben bis zum Regimewechsel Ende 2001 in Funktion. Die enge Kooperation der Taliban mit Al Qaida in Pakistan blieb weiterhin (auch 2018) z. B. durch die Taliban Peshawar Shura aufrecht.²⁵

²³ Ebenda, S. 14.

²⁴ National Public Radio (NPR): America's secret campaign against al-qaida (August 2011) <<https://www.npr.org/2011/08/16/139649619/americas-secret-campaign-against-al-qaida>>, abgerufen am: 05.04.2018.

²⁵ Bill Roggio: Designations highlight Taliban's longstanding ties to al Qaeda (Januar 2018) <<https://www.longwarjournal.org/archives/2018/01/designations-highlight-talibantes-longstanding-ties-to-al-qaeda.php>>, abgerufen am: 05.04.2018.

2.3.1.2 Unterstützung der terroristischen Vereinigung mit Waffenlieferungen durch das Regime (nein)

Das Taliban-Regime unterstützte Al Qaida zwischen 1996 und 2001 vor allem durch die Zurverfügungstellung von Ausbildungslagern und Räumlichkeiten zum Training und zur Vorbereitung terroristischer Aktionen. Waffenlieferungen spielten eine eher untergeordnete Rolle. Es war vor allem Saudi-Arabien, das Al Qaida und andere Terrororganisationen seit 1996 mit Geldern, Waffen und (internationalen) Kämpfern unterstützte.²⁶ Somit ist davon auszugehen, dass diese Unterstützung durch die internationale Intervention zurückging, da sich Saudi-Arabien offiziell der US-Koalition in Afghanistan anschloss.²⁷ Die Einnahmen aus der Opium-Wirtschaft und die Rückzugsräume in Pakistan nutzten jedoch sowohl den Taliban als auch Al Qaida für ihre Aktivitäten und den Nachschub an Waffen nach ihrer Vertreibung aus Afghanistan Ende 2001.

2.3.1.3 Unterstützung der terroristischen Vereinigung im Ausbildungsbereich durch das Regime (nein)

Nachdem das Taliban-Regime bis 2002 durch die OEF weitgehend aus Afghanistan vertrieben wurde, war praktisch keine Unterstützung der Al Qaida im Bereich der Ausbildung durch die Taliban auf afghanischem Boden mehr möglich. Diese erfolgte jedoch durch Institutionen der Taliban in Pakistan, wie z. B. das Peshawar Military Council, einer Vielzahl von Koranschulen (Madrasas) sowie durch Pakistan selbst.²⁸

²⁶ Vgl. The Guardian: WikiLeaks cables portray Saudi Arabia as cash machine for terrorists (Dezember 2010) <<https://www.theguardian.com/world/2010/dec/05/wikileaks-cables-saudi-terrorist-funding>>, abgerufen am: 05.04.2018; The Washington Institute: Who is responsible for Taliban (März 2002). <<http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/who-is-responsible-for-the-taliban>>, abgerufen am: 05.04.2018.

²⁷ CNN: Saudi Arabia agrees to aid U.S. coalition, Iran refuses (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/meast/09/26/gen.mideast.eu/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

²⁸ Bill Roggio: Designations highlight Taliban's longstanding ties to al Qaeda (Januar 2018) <<https://www.longwarjournal.org/archives/2018/01/designations-highlight-talibantes-longstanding-ties-to-al-qaeda.php>>, abgerufen am: 05.04.2018.

2.3.1.4 Unterstützung der terroristischen Vereinigung im nachrichtendienstlichen Bereich durch das Regime (nein)

Die Unterstützung für Al Qaida durch die Taliban in Afghanistan, u. a. auch im nachrichtendienstlichen Bereich, wurde durch die militärische Intervention gestoppt, wurde jedoch durch die Taliban in Pakistan auch nach 9/11 fortgesetzt (siehe Kapitel 2.3.1.1 und 2.3.1.3).

2.3.1.5 Bewegungsfreiheit der terroristischen Vereinigung im Zielgebiet in Bezug auf das Verhalten des Regimes (verringert)

Die Bewegungsfreiheit von Al Qaida in Afghanistan verringerte sich durch die internationale Intervention stark (siehe Kapitel 2.3.1.1 und 2.3.1.3).

2.3.1.6 Ermöglichung der Rekrutierung von Kämpfern für die terroristische Vereinigung durch das Regime (nein)

Die Rekrutierung von Kämpfern in Afghanistan wurde durch die internationale Intervention unterbunden, setzte sich jedoch durch die Unterstützung von Institutionen der Taliban in Pakistan auch nach 9/11 fort (siehe Kapitel 2.2.4.1, 2.3.1.1 und 2.3.1.3).

2.3.1.7 Finanzielle Unterstützung der terroristischen Vereinigung durch das Regime (nein)

Die finanzielle Unterstützung der Al Qaida durch die Taliban in Afghanistan wurde durch die Intervention unterbunden, setzte sich jedoch durch die Unterstützung von Institutionen der Taliban in Pakistan auch nach 9/11 fort (siehe Kapitel 2.3.1.1, 2.3.1.2 und 2.3.1.3).

2.3.1.8 Propagandistische Auftritte der terroristischen Vereinigung (ja)

Propagandistische Auftritte von Al Qaida erfolgten vor wie nach 9/11 u. a. mit Unterstützung von Taliban-Institutionen in Pakistan (siehe Kapitel 2.2.1.6, 2.3.1.1, 2.3.1.2 und 2.3.1.3).

2.3.2 Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes durch politische Sanktionen und/oder Anreize des intervenierenden Akteurs

2.3.2.1 Haltungsänderung des diktatorischen Regimes gegenüber der terroristischen Vereinigung (negativ)

Durch die Intervention und Verhandlungen auf diplomatischer Ebene konnten keine Haltungsänderungen des Taliban-Regimes herbeigeführt werden (siehe Kapitel 2.2.2.2 und 2.3.1.1).

2.3.2.2 Unterstützung der terroristischen Vereinigung mit Waffenlieferungen durch das Regime (ja)

Die politischen Sanktionen, die mit entsprechendem Druck auf das Taliban-Regime verbunden waren, konnten keine strategische Veränderung (d. h. Unterbindung der Waffenlieferungen) herbeiführen. Die Unterstützung der Al Qaida durch die Taliban mit Waffen setzte sich nach dem Regimewechsel in den Rückzugsräumen in Pakistan fort (siehe Kapitel 2.3.1.2).

2.3.2.3 Unterstützung der terroristischen Vereinigung im Ausbildungsbereich durch das Regime (ja)

Anreize oder Sanktionen konnten das Taliban-Regime nicht beeinflussen und keine strategische Veränderung der Situation (d. h. Unterbindung der Ausbildung von Kämpfern) herbeiführen. Terrortrainings erfolgten nach 9/11 in Pakistan (vgl. Kapitel 2.3.1.3).

2.3.2.4 Unterstützung der terroristischen Vereinigung im nachrichtendienstlichen Bereich durch das Regime (ja)

Die Intervention konnte keine strategische Veränderung in Form der Unterbindung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten für Al Qaida herbeiführen. Diese erfolgten vor und nach 9/11 hauptsächlich in Pakistan (und nicht in Afghanistan) – durch den staatlichen pakistanischen Geheimdienst

Interservices Intelligence (ISI).²⁹ Vor allem die nachrichtendienstliche Unterstützung des Taliban-Regimes durch den ISI wurde von den USA und der Nordallianz als zentral für die Präsenz der Al Qaida in Afghanistan gewertet: Ohne die Military Intelligence des pakistanischen ISI seien die Taliban in Afghanistan machtlos und könnten Osama bin Laden nicht beschützen. Im Umkehrschluss seien die Taliban daher ohne die Beherbergung von Osama bin Laden genauso machtlos.³⁰

2.3.2.5 Änderung der Bewegungsfreiheit der terroristischen Vereinigung im Zielgebiet in Bezug auf das Verhalten des Regimes (gleichgeblieben)

Anreize für bzw. Sanktionen gegen das Regime hatten keine Wirkung im Hinblick auf die Bewegungsfreiheit. Die Bewegungsfreiheit für Al Qaida in Afghanistan konnte nur militärisch durch die OEF eingeschränkt werden.

2.3.2.6 Ermöglichung der Rekrutierung von Kämpfern für die terroristische Vereinigung durch das Regime (ja)

Die Rekrutierung von Kämpfern konnte zwar durch die militärische Intervention, aber nicht durch Sanktionen oder Anreize eingeschränkt werden.

2.3.2.7 Finanzielle Unterstützung der terroristischen Vereinigung durch das diktatorische Regime (ja)

Die Finanzierung der Al Qaida wurde nicht durch das Taliban-Regime in Afghanistan sichergestellt, sondern vor allem durch Akteure in Saudi Arabien und Pakistan.³¹ Anreize (in Form von US-Wirtschaftshilfe) für bzw.

²⁹ Vgl. The Telegraph: Pakistan intelligence agency elements must stop support for Taliban, al-Qaeda: US (März 2009) <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/pakistan/5065274/Pakistan-intelligence-agency-elements-must-stop-support-for-Taliban-al-Qaeda-US.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

³⁰ CNN: Bush administration puts pressure on Pakistan (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/asiapcf/central/09/13/pakistan.us.bush/>>, abgerufen am: 05.04.2018; Siehe auch Kapitel 2.3.1.4.

³¹ Vgl. The Huff Post: A profile of the Taliban's Propaganda Tactics (2018) <https://www.huffingtonpost.com/abdulhadi-hairan/a-profile-of-the-talibans_b_442857.html>, abgerufen am: 05.04.2018.

Druck auf den Staat Pakistan konnten die Unterstützung der afghanischen und pakistanischen Taliban sowie für Al Qaida nach 9/11 kaum einschränken (siehe Kapitel 2.3.1.2 und 2.3.1.7). Für Saudi Arabien war der Anreiz bzw. Druck durch die USA, zu kooperieren, wirksamer und seine Unterstützung für Al Qaida ging zurück.

2.3.2.8 Propagandistische Auftritte der terroristischen Vereinigung (ja)

Die Taliban nutzten 1996–2001 vor allem ihren Radiosender „Voice of Sharia“ für propagandistische Aktivitäten. Internet und E-Mail folgten als Instrumente, die sowohl die Taliban als auch Al Qaida nutzten.³² Weder Sanktionen noch Anreize für die Taliban konnten propagandistische Auftritte der Al Qaida in Taliban- oder fremden Netzwerken verhindern (siehe Kapitel 2.3.1.8).

2.3.3 Erfolg der Beeinflussung des diktatorischen Regimes durch wirtschaftliche Sanktionen und/oder Anreize des intervenierenden Akteurs

2.3.3.1 Haltungsänderung des diktatorischen Regimes gegenüber der terroristischen Vereinigung (negativ)

Es konnte keine Haltungsänderung beim Regime durch wirtschaftliche Sanktionen erreicht werden. Das Einfrieren von (angeblichen) Bankkonten der Taliban hatte keinen Effekt (vgl. Kapitel 2.2.3.1).

2.3.3.2 Unterstützung der terroristischen Vereinigung mit Waffenlieferungen durch das Regime (ja)

Wirtschaftliche Sanktionen hatten keinen Einfluss auf die Unterstützung von Al Qaida mit Waffen (siehe Kapitel 2.3.1.2 und 2.3.2.2 und 2.3.3.1).

³² The Huff Post: A profile of the Taliban's Propaganda Tactics (2018) <https://www.huffingtonpost.com/abdulhadi-hairan/a-profile-of-the-talibans_b_442857.html>, abgerufen am: 05.04.2018.

2.3.3.3 Unterstützung der terroristischen Vereinigung im Ausbildungsbereich durch das Regime (ja)

Wirtschaftliche Sanktionen hatten keinen Einfluss auf die Unterstützung von Al Qaida im Ausbildungsbereich (siehe Kapitel 2.3.1.3, 2.3.2.3 und 2.3.3.1).

2.3.3.4 Unterstützung der terroristischen Vereinigung im nachrichtendienstlichen Bereich durch das Regime (ja)

Wirtschaftliche Sanktionen hatten keinen Einfluss auf die Unterstützung von Al Qaida im nachrichtendienstlichen Bereich (siehe Kapitel 2.3.1.4 und 2.3.2.4 und 2.3.3.1).

2.3.3.5 Änderung der Bewegungsfreiheit der terroristischen Vereinigung im Zielgebiet in Bezug auf das Verhalten des Regimes (gleichgeblieben)

Wirtschaftliche Sanktionen gegen das Tal änderten nichts an der weitgehenden Bewegungsfreiheit von Al Qaida in Afghanistan vor der Intervention (siehe Kapitel 2.3.1.5 und 2.3.2.5 und 2.3.3.1).

2.3.3.6 Ermöglichung der Rekrutierung von Kämpfern für die terroristische Vereinigung durch das Regime (ja)

Die Rekrutierung von Kämpfern konnte durch wirtschaftliche Sanktionen gegen bzw. Anreize für das Taliban-Regime nicht eingeschränkt werden (siehe Kapitel 2.3.2.6).

2.3.3.7 Finanzielle Unterstützung der terroristischen Vereinigung durch das diktatorische Regime (ja)

Wirtschaftliche Sanktionen gegen die Taliban hatten keine Auswirkung auf die (ohnehin) begrenzte finanzielle Unterstützung von Al Qaida (siehe Kapitel 2.3.1.2, 2.3.1.7 und 2.3.2.7).

2.3.3.8 Propagandistische Auftritte der terroristischen Vereinigung (ja)

Wirtschaftliche Sanktionen gegen das Taliban-Regime konnten propagandistische Auftritte der Al Qaida in Taliban- oder fremden Netzwerken nicht verhindern (siehe Kapitel 2.3.1.8 und 2.3.2.8).

2.4 Regionale, transnationale und globale Auswirkungen

2.4.1 Zahl der international Schutzsuchenden in der Region und darüber hinaus (gesunken)

Die Zahl der Schutzsuchenden stieg während des Taliban-Regimes 1996–2001 sukzessive an. Nach der Intervention sank die Zahl afghanischer Flüchtlinge deutlich ab und gleichzeitig kehrte ab 2002 eine hohe Anzahl an Flüchtlingen wieder nach Afghanistan zurück.³³

2.4.2 Destabilisierung der Nachbarländer durch Anhänger der terroristischen Vereinigung (ja)

Obwohl Al Qaida nur mit einer sehr geringen Anzahl an Personen in Afghanistan vertreten war (weniger als 100), waren die Auswirkungen auf Afghanistan und insbesondere Pakistan beträchtlich. Al Qaida-Vertreter waren durch ihren hohen Ausbildungsgrad Multiplikatoren für das Taliban-Regime in Afghanistan, aber auch für die pakistanischen Taliban und andere terroristische Gruppierungen in Pakistan und anderen Staaten.³⁴

³³ Vgl. Kuschminder, Katie / Dora, Manoi: Migration in Afghanistan: History, Current Trends and Future Prospects, Introduction. Maastricht University. 2009.

³⁴ Vgl. Daily News: Al Qaeda in Afghanistan: Small in numbers, huge in impact on Taliban (August 2010) <<http://www.nydailynews.com/news/world/al-qaeda-afghanistan-small-numbers-huge-impact-taliban-article-1.202758>>, abgerufen am: 05.04.2018.

2.5 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

2.5.1 Demonstrationen für das internationale Engagement (ja)

Unmittelbar nach dem Sturz der Taliban durch die OEF und dem Start der ISAF war das internationale Engagement in Afghanistan in der afghanischen Bevölkerung überwiegend akzeptiert, was sich vor allem an der hohen Zahl der zurückkehrenden Flüchtlinge bzw. Schutzsuchenden ab 2002 festmachen ließ.³⁵

2.5.2 Demonstrationen gegen das internationale Engagement (nein)

In der ersten Phase des Wiederaufbaus gab es seitens der afghanischen Bevölkerung kaum Demonstrationen gegen das internationale Engagement. Erst ab ca. 2005 stieg deren Zahl an. Massive Proteste gegen die Intervention in Afghanistan fanden jedoch in den USA und europäischen Entsendestaaten bereits im Vorfeld der Intervention statt.³⁶

3 Der Einfluss der Intervention im Kontext der Internationalen Organisation

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Einflussnahme auf das diktatorische Regime und/oder der Anti-Terror-Aktivitäten

3.1.1 Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen (Mehrheit)

Im Kontext der Einflussnahme auf das Taliban-Regime 1996–2001 waren die UNO, NATO und die EU in unterschiedlichem Ausmaß involviert. Als Staat spielten die USA die maßgebliche Rolle, um das Taliban-Regime in

³⁵ Vgl. Kuschminder, Katie / Dora, Manoi: Migration in Afghanistan: History, Current Trends and Future Prospects, Introduction. Maastricht University. 2009.

³⁶ World Socialist Web Site: New York City protest opposes war in Afghanistan (Oktober 2001) <<http://www.wsws.org/en/articles/2001/10/nyc-o12.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Kooperation mit Pakistan ab ca. 1997 unter Druck zu setzen, was jedoch kaum Wirkung zeigte. Die diplomatische Koordination der USA mit Russland, das den überregionalen Einfluss von Al Qaida fürchtete, wurde unmittelbar nach 9/11 verstärkt.³⁷

3.1.2 Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja)

Der Koordinierungsmechanismus bestand in Form des UN-Sicherheitsrates. Seine Mitglieder beschlossen eine Reihe von UN-Sanktionen, um den Druck auf Pakistan, gegen Al Qaida vorzugehen, zu erhöhen.³⁸ Treibende Kraft waren dabei die USA (siehe Kapitel 2.2.2.1).

3.1.3 Effektivität der Koordinierungsmechanismen (hoch)

Die USA verstanden es gut, Organisationen und Staaten in eine Anti-Taliban- und Anti-Al Qaida-Allianz effektiv einzubinden und zu koordinieren. Dabei profitierten sie durch die permanente Mitgliedschaft im UNSR, das NATO-Bündnis und die internationale Solidaritätswelle nach 9/11. Die Intervention der USA in Afghanistan wurde dadurch sowohl rechtlich (trotz des Fehlens eines direkten Mandates für die Intervention) als auch faktisch legitimiert.

3.2 Innere Kohärenz

3.2.1 Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten der internationalen Organisation (Mehrheit)

Die für die Intervention maßgeblichen (indirekten) UNSR-Resolutionen 1368 (12.9.2001) und 1373 (28.9.2001) wurden einstimmig angenommen. Demnach haben alle 15 im UNSR mitwirkenden Staaten zugestimmt, was die innere Kohärenz des UNSR in dieser Entscheidung deutlich macht.

³⁷ CNN: Bush administration puts pressure on Pakistan (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/asiapcf/central/09/13/pakistan.us.bush/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

³⁸ CNN: Bush administration puts pressure on Pakistan (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/asiapcf/central/09/13/pakistan.us.bush/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

3.2.2 Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation (hoch)

Die Effektivität war aufgrund der Einstimmigkeit der zugrunde liegenden UNSR-Resolutionen hoch (siehe Kapitel 3.2.1).

3.3 Interne Weiterentwicklung der internationalen Organisation

3.3.1 Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich der Einflussnahme auf diktatorische Regime und/oder darüber hinaus (ja)

Durch die Verabschiedung der entsprechenden Resolutionen gegen den internationalen Terrorismus wurden die Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit verbessert (siehe Kapitel 3.2 und 3.5.1).

3.3.2 Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich der Anti-Terror-Aktivitäten und darüber hinaus (ja)

Die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus hat sich nach 9/11 und der Intervention in Afghanistan auf allen Ebenen und bei allen internationalen Organisationen (inklusive der UNO) massiv verstärkt.

3.3.3 Entwicklung der operativen Kapazitäten (gestiegen)

Die operativen Kapazitäten sind stark angestiegen. Innerhalb und außerhalb der UNO wurden entsprechende Gremien nach 9/11 operativ und personell verstärkt (z. B. im Rahmen des UN Office of Counter-Terrorism und der UN Global Counter-Terrorism Strategy).³⁹

³⁹ United Nations Office of Counter-Terrorism <<https://www.un.org/en/counterterrorism/index.shtml>>, (abgerufen am: 7.4.2018).

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

3.4.1 Akzeptanz als Partner im internationalen System (gleichgeblieben)

Die Akzeptanz der UNO ist durch die (indirekte) Unterstützung der Militärintervention in Afghanistan gleichgeblieben. Positiv auf die Akzeptanz der UNO hat sich die internationale Solidarität mit den USA im Zuge von 9/11 ausgewirkt.

3.4.2 Vorbildcharakter eigener Anti-Terror-Konzepte für andere internationale Organisationen (nein)

Ein Vorbildcharakter von UN-Anti-Terror-Konzepten kann trotz verstärkter Aktivitäten in den entsprechenden Gremien (siehe Kapitel 3.3.3) nicht abgeleitet werden.

3.4.3 Vorbildcharakter eigener Konzepte im Umgang mit diktatorischen Regimen für andere internationale Organisationen (nein)

Ein Vorbildcharakter des Umgangs der UNO mit diktatorischen Regimen kann nicht abgeleitet werden. Letztendlich hatten die Sanktionen gegen das Taliban-Regime im Vorfeld von 9/11 nur eine schwache Wirkung.

3.4.4 Attraktivität als gewünschter Partner bei Anti-Terror-Aktivitäten und darüber hinaus (gleichgeblieben)

Es konnte keine Steigerung der Attraktivität der UNO in diesem Bereich festgestellt werden (siehe Kapitel 3.4.2. und 3.4.3).

3.4.5 Attraktivität als gewünschter Partner im Umgang mit diktatorischen Regimen und darüber hinaus (gleichgeblieben)

Es konnte keine Steigerung der Attraktivität der UNO als Partner im Umgang mit diktatorischen Regimen festgestellt werden (siehe Kapitel 3.4.2. und 3.4.3).

3.4.6 Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja)

Die selektive Funktion der UNO besteht in der Schaffung einer Basis für militärische Interventionen. Die UNO ist – trotz einer zunehmenden Marginalisierung durch mangelnde Entscheidungsfähigkeit im UNSR und der Umgehung dieses Gremiums durch Koalitionen der Willigen – nach wie vor Dreh- und Angelpunkt der internationalen Sicherheit. Resolutionen des UNSR sind auch nach 9/11 für die Mehrzahl von Staaten **die** Voraussetzung, um sich an Interventionen bzw. Friedenseinsätzen zu beteiligen.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

3.5.1 Mandat des UN-Sicherheitsrats für die Anti-Terror-Operation (nein)

Der Sturz und die vorläufige Vertreibung des Taliban-Regimes erfolgten durch die OEF innerhalb weniger Wochen. Als Anti-Terror-Operation war die OEF nur durch ein indirektes Mandat der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates (UNSR) 1368 (12.9.2001) und 1373 (28.9.2001) legitimiert, wird darin aber nicht ausdrücklich erwähnt. Jedoch wird die OEF in verschiedenen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zur Lage in Afghanistan explizit angeführt und dadurch zumindest teilweise legitimiert. So bezeichnet z. B. die UNSR-Resolution 1662 (23.3.2006) die OEF neben der ISAF als „unabdingbar für die Wiederherstellung und den Erhalt von Sicherheit und Stabilität in Afghanistan“. ⁴⁰ Die parallel zur OEF laufende militärische Stabilisierungsoperation ISAF wurde Ende 2001 vom UNSR mandatiert.

3.5.2 Mandat des UN-Sicherheitsrats für die Intervention gegen ein diktatorisches Regime, das eine terroristische Vereinigung unterstützt (ja)

Die UNSR-Resolution 1368 (2001) führt an, dass jene Akteure, die Terroristen Unterschlupf gewähren, dafür zur Verantwortung gezogen werden sollten. Damit ist auch das Taliban-Regime erfasst.

⁴⁰ Vgl. Marty, Michael: Der Afghanistan Konflikt. 3000 Jahre Geopolitik und strategisches Denken. Vortrag, ETH Zürich, 21.7.2010.

3.5.3 Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (nein)

Als Anti-Terror-Operation war die OEF nur durch ein indirektes Mandat der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates (UNSR) 1368 (12.9.2001) und 1373 (28.9.2001) legitimiert, wird darin aber nicht ausdrücklich erwähnt (siehe Kapitel 3.5.1).

3.5.4 Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an reale sicherheitspolitische Entwicklungen (ja)

Die Mandate für die Intervention der OEF wurden in indirekter Form angepasst bzw. im Rahmen der darauf folgenden Stabilisierungsmission ISAF weiterentwickelt und beschlossen (siehe Kapitel 3.5.1).

3.5.5 Trotz fehlendem Mandat des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja)

Obwohl kein direktes Mandat für die Intervention vorlag (siehe Kapitel 3.5.3), gab es einen relativ breiten internationalen Konsens, der sich vor allem durch die Aktivierung der NATO-Beistandspflicht gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages manifestierte.

3.5.6 Solidarisierungseffekt mit dem diktatorischen Regime (nein)

Ein Solidarisierungseffekt mit dem Taliban-Regime war nicht gegeben. Festzuhalten sind jedoch die drei Staaten Pakistan, Vereinigte Arabische Emirate und Saudi Arabien, die das Taliban-Regime 1996–2001 offiziell anerkannten und sich damit solidarisierten.⁴¹

⁴¹ Vgl. BBC: Who are the Taliban? (Mai 2016) <<http://www.bbc.com/news/world-south-asia-11451718>>, abgerufen am: 05.04.2018.

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

4.1.1 Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (nein)

Das „Strategic Defence Review“ aus dem Jahr 1998 war die geltende Sicherheitsstrategie des Verteidigungsministeriums von Großbritannien zum Zeitpunkt der Intervention und des Regime Change 2001 in Afghanistan. In einem wesentlichen Punkt der Afghanistan-Intervention, der den Einsatz von britischen Streitkräften zur Terrorbekämpfung im Rahmen der US-geführten OEF betraf, gab es Abweichungen von der Sicherheitsstrategie.

Festgehalten wird zwar, „dass Großbritannien bereit sein muss, nicht nur eigenes Territorium zu verteidigen, sondern auch in Krisenherden vor Ort aktiver werden muss“ (Strategic Defence Review Introduction, Punkt 6). Dieser Ansatz stimmt mit der Intervention im Rahmen der OEF überein. Das Thema Terrorismus wird jedoch nur im Zusammenhang mit dem Konflikt in Nordirland erwähnt (Kapitel Current Challenges, Punkt 27). Terrorismus wird als „neue Herausforderung“ eingestuft (Security Priorities, Punkt 17). Der „Schutz vor Terrorismus“ und die Notwendigkeit entsprechender militärischer Fähigkeiten ist „von höchster Priorität“ in Friedenszeiten (Kapitel 3, Defence Missions and Tasks, Punkt 46), wird jedoch vor allem in Bezug auf britisches Territorium (mit den Übersee-Territorien) erwähnt (Kapitel „Ministry of Defence Objectives“). Afghanistan wird nur in Zusammenhang mit der Drogenwirtschaft (Heroinimport) als Gefahr für Großbritannien erwähnt (Punkt 18).⁴²

Erst durch die National Security Reform im Jahr 2002 wurde das Strategic Defence Review durch den konkreten Beitrag des britischen Militärs zu Counter-Terrorism ergänzt.⁴³ Es lag daher zum Zeitpunkt der Intervention

⁴² Vgl. Secretary of State for Defence: Strategic Defence Review (July 1998) <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20121018172816/http://www.mod.uk/NR/rdonlyres/65F3D7AC-4340-4119-93A2-20825848E50E/0/sdr1998_complete.pdf>, abgerufen am: 06.04.2018.

⁴³ UK Government: The National Security Strategy of the United Kingdom: Security in an Interdependent World (März 2008) <<https://www.gov.uk/government/publications/the>

keine Counter-Terrorism-Strategie im Rahmen der nationalen Sicherheitsstrategie Großbritanniens vor. Die militärische Beteiligung Großbritanniens an der (Anti-Terror-)Intervention in Afghanistan 2001 sprengte daher den Rahmen der damals geltenden britischen Sicherheitsstrategie.

4.1.2 Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts (nein)

Der „Kampf gegen den Terror“ war bis 2006 nur auf die Fähigkeiten des britischen Verteidigungsressorts begrenzt und schloss andere Ministerien nicht ein. Die Intervention stimmte zu Beginn am 7.10.2001 daher weder mit der Sicherheitsstrategie des Verteidigungsressorts noch mit der Entwicklungsstrategie des britischen Entwicklungsministeriums überein.

4.1.3 Übereinstimmung mit spezifisch operativen Konzepten der Ressorts (nein)

Großbritannien hatte keine spezifisch operativen Konzepte seiner Ressorts für die Beteiligung an der Intervention. In diesem Bereich stützte sich Großbritannien massiv auf die USA.

4.1.4 Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja)

Großbritannien zog eine Reihe von Lehren aus der Beteiligung an der Intervention. Wenige Monate nach 9/11 und dem Sturz der Taliban wurde die Nationale Sicherheitsstrategie auf konkrete Beiträge des Militärs im Bereich Counter-Terrorism erweitert und neue Gremien wie das Joint Terrorism Analysis Centre (2003) geschaffen (siehe Kapitel 4.1.1). Die Terrorismusbekämpfung in Afghanistan behielt 2001–2011 höchste politische Priorität.

national-security-strategy-of-the-united-kingdom-security-in-an-interdependent-world>, abgerufen am: 05.04.2018, S. 4.

4.1.5 Erzielung eines Konsenses aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja)

Der damalige Premierminister Tony Blair verstand es, die Parteien und die Bevölkerung auf eine „bedingungslose Solidarität“⁴⁴ mit den USA einzustimmen und einen Konsens für die Teilnahme an der Intervention zu erreichen. Daher gab es nur einen sehr geringen Widerstand bei den Oppositionsparteien gegen einen Einsatz bei der OEF.⁴⁵

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

4.2.1 Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, nach dem Einsatz (positiv)

Zieht man den Zeitraum beginnend mit den Anschlägen von 9/11 bis Ende 2002 heran, hatte Großbritanniens Regierung für sein Engagement bei der OEF die Mehrheit der Bevölkerung in allen drei Phasen (11.9. – 7.10.2001: Vorbereitung auf die Intervention; 7.10. – 19.12.2001: Intervention und Regime Change; 20.12.2001 – 31.12.2002: ca. ein Jahr Wiederaufbau) hinter sich. Premierminister Tony Blair genoss zu diesem Zeitpunkt große Beliebtheit, was die öffentliche Meinung zur Intervention sehr positiv stimmte. Bei 9/11 starben auch 67 britische Staatsbürger, was den Bezug der britischen Bevölkerung zu den Anschlägen verstärkte und zur relativ hohen Legitimation des britischen Beitrages zur OEF beitrug.

Die öffentliche Meinung zum britischen Engagement in Afghanistan verschlechterte sich erst zwischen 2006 und 2011 im Rahmen der ISAF, als die

⁴⁴ Daily Mail Online: The real reason British troops are in Afghanistan (Juli 2006) <<http://www.dailymail.co.uk/news/article-393884/The-real-reason-British-troops-Afghanistan.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁴⁵ Channel 4 News: Why are British troops fighting in Afghanistan? (März 2012) <<https://www.channel4.com/news/why-are-british-troops-fighting-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Aufstandsbewegung der Taliban immer mehr an Kraft gewann und die Zahl gefallener britischer Soldaten deutlich anstieg.⁴⁶

4.2.2 Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele (ja)

Das innerstaatliche Ziel Großbritanniens, die USA beim Regimewechsel in Afghanistan erfolgreich zu unterstützen und die dortige Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, wurde zumindest in den Jahren 2001 und 2002 erreicht. Die guten Beziehungen der USA mit Großbritannien zeigten sich darin, dass Großbritannien das zweitgrößte Kontingent für die OEF und die ISAF stellte.⁴⁷ Nach dem Sturz der Taliban war es ein erklärtes Ziel Großbritanniens, die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung zu unterstützen, indem auch das britische Entwicklungsministerium eingebunden wurde. Offizielle Ziele waren ab 2002 neben Sicherheit auch die Bekämpfung von Armut, Wiederaufbau von Infrastruktur und die Unterstützung guter Regierungsführung.⁴⁸

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

4.3.1 Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja)

Für die OEF waren nach offiziellen Angaben 1300 internationale Soldaten aktiv, um das Taliban-Regime zu stürzen (siehe Kapitel 2.2.1.1). Großbritannien steuerte dabei die zweitgrößte Anzahl an Truppen bei und stellte die

⁴⁶ Channel 4 News: Why are British troops fighting in Afghanistan? (März 2012) <<https://www.channel4.com/news/why-are-british-troops-fighting-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁴⁷ Channel 4 News: Why are British troops fighting in Afghanistan? (März 2012) <<https://www.channel4.com/news/why-are-british-troops-fighting-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁴⁸ UK Government: The UK's work in Afghanistan (Januar 2014) <<https://www.gov.uk/government/publications/uks-work-in-afghanistan/the-uks-work-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

größte Seeflotte für die OEF.⁴⁹ Wirksame Faktoren waren der massive Materialeinsatz der USA, umfassende geheimdienstliche Aktivitäten und die massive Luftunterstützung für die Kämpfer der Nordallianz als Bodentruppe gegen die Taliban. Die Stärke der Nordallianz wird mit etwa 15.000 Kämpfern angegeben.⁵⁰ Da das Regime gestürzt wurde, kann der Personaleinsatz für die OEF als ausreichend eingestuft werden.

4.3.2 Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität (ja)

Die Kombination des personellen und materiellen Einsatzes bei OEF war – trotz der kurzen Planungs- und Vorbereitungszeit zwischen 11.9.2001 und 7.10.2001 – ausreichend.

4.3.3 Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario (teilweise ja/teilweise nein)

Nachdem es sich bei der OEF um eine militärische Intervention und nicht um einen Friedenseinsatz handelte, sind militärische Verfahren des Krisenmanagements nicht auf die OEF anwendbar.

Für die militärische Friedenstruppe ISAF und das zivile Krisenmanagement waren in der ersten Wiederaufbauphase ab 2002 u. a. folgende Verfahren relevant: Der Light-Footprint-Ansatz mit Patrouillen als militärischem Hauptinstrument; Etablierung von Provincial Reconstruction Teams (PRTs), Institutionen, Entwaffnungsprogrammen und Wahlprozessen; Start des Armee- und Polizeiaufbaus; Hilfgelder für NGOs in großem Umfang; militärisch und zivil geführter Wiederaufbau; Versuch der Koordination internationaler Akteure durch die UN-Mission UNAMA. Einige Ansätze und Verfahren des Krisenmanagements, wie der Aufbau der afghanischen

⁴⁹ The Heritage Foundation: The Vital Role of Alliances in the Global War on Terrorism (Oktober 2002) <<https://www.heritage.org/homeland-security/report/the-vital-role-alliances-the-global-war-terrorism#pgfId-1010831>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁵⁰ BBC: Who are the Northern Alliance? (November 2001) <http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1652187.stm>, abgerufen am: 05.04.2018.

Armee, wurden auch 2019 noch praktiziert und erscheinen trotz schwieriger Umstände sinnvoll.

Der zwischen 2001 und 2005 praktizierte Light-Footprint-Ansatz des UN-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi, der sich auf eine geringe internationalen Truppenpräsenz durch die ISAF abstützte (weniger als 10.000 Soldaten bis 2004), erwies sich jedoch im Laufe des Einsatzes als nicht zielführend. In der ersten Phase der Aufbruchsstimmung (2001–2005) fehlten Truppenteile zur Festigung der Sicherheitslage in vielen Provinzen. Allerdings fiel in diese Phase auch die Etablierung von PRTs (siehe ausführliche Untersuchung in Kapitel 8), denen aus staatlichen Kreisen eine überwiegend positive Wirkung bescheinigt wurde, deren Aktivitäten jedoch auch umstritten waren.⁵¹ Insgesamt waren die Ansätze des internationalen Krisenmanagements daher nur teilweise für Afghanistan geeignet.

4.3.4 Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (nein)

Die Kosten der unmittelbar zum Regimewechsel führenden Intervention waren weder im Budget der USA noch Großbritanniens geplant. Daher spielten die Finanzen bzw. der Finanzansatz zur Erreichung des Sturzes der Taliban bis Ende 2001 kaum eine Rolle. Ab 2002 explodierten die Kosten. Die USA investierten in Afghanistan von 2001 bis 2010 ca. 51 Mrd. USD⁵² bzw. nach anderen Angaben von 2001 bis 2014 fast 100 Mrd. USD⁵³ für den Wiederaufbau. Das US-Militär erhielt auch die meisten Gelder vom Staat. Im Vergleich zu den gesamten US-Ausgaben für den Afghanistan-Einsatz, die

⁵¹ Vgl. Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand. Monografie, Schriftenreihe der LVak Nr. 11/2006; Gauster, Markus: Das PRT als innovatives Instrument des Internationalen Krisenmanagements in Afghanistan. In: Europäische Sicherheit Nr. 9/2005, S. 16–19; Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building. SWP-Studie S 33. Berlin 2005.

⁵² Vgl. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR), Quarterly Report to the United States Congress. Arlington, VA. Januar 2010. <<http://www.sigar.mil/reports/quarterlyreprots/Default.aspx>>, abgerufen am: 06.04.2018. S. 4.

⁵³ Vgl. Frankfurter Allgemeine: Afghanistan kostet Amerika eine Billion (Dezember 2014) <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/isaf-einsatz-in-afghanistan-kostet-amerika-1-billion-dollar-13321849.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

sich 2001 bis 2014 auf fast eine Billion USD beliefen,⁵⁴ erscheinen die Ausgaben der USA für die Erreichung der Absetzung des Taliban-Regimes 2001 im Verhältnis relativ gering.

4.3.5 Durchgeführte Abstimmung aller relevanten internationalen Akteure (OEF: ja, ISAF: nein)

Die USA koordinierten sich im Rahmen der OEF sehr eng mit den Verbündeten Australien, Deutschland, Kanada, Großbritannien und weiteren Akteuren.⁵⁵

Beim internationalen Krisenmanagement durch die ISAF und zivile Akteure ab Ende 2001 war die Abstimmung der Akteure unter der Führung der USA weniger effizient. Die Koordinierungsbemühungen der politischen UN-Mission UNAMA ab 2002 zeigten, dass seitens der UNO in Afghanistan einige Versäumnisse auftraten, die wesentlich zur Marginalisierung der UNO in der Region beitrugen.⁵⁶

Beispielsweise wurde die UNAMA in Kabul erst sehr spät aktiv, als der Großteil der humanitären Akteure Anfang 2002 bereits im Land war. Ab ca. 2006 wurde die ISAF sogar als „nicht koordinierbar“ beurteilt.⁵⁷ Die ISAF-Truppensteller wurden durch die USA geführt. Dazu kam, dass alle ISAF-Truppensteller von den USA mehr oder weniger abhängig waren (z. B. Logistik, Evakuierung, Close Air Support).

⁵⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine: Afghanistan kostet Amerika eine Billion (Dezember 2014) <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/isaf-einsatz-in-afghanistan-kostet-amerika-1-billion-dollar-13321849.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁵⁵ US Department of State: The United States and the global coalition against terrorism, September 2001- December 2003 <<https://2001-2009.state.gov/r/pa/ho/pubs/fs/5889.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁵⁶ Vgl. Gauster, Markus: Comprehensive Approach in zivil-militärischen Einsätzen – (k)ein Mehrwert in Afghanistan?“. In: S+F. Sicherheit und Frieden Nr. 2/2012, S. 75ff.

⁵⁷ Vgl. Winni Nachtwei: 13. Reisebericht: Aufbau im Schatten von Guerillakrieg und Aufstandsbekämpfung. Kabul (2011) <https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:GSaS_Ty_RzUJ:https://www.afghanistan-blog.de/wp-content/uploads/2011/01/Nachtweibericht2011.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=at&client=firefox-b-ab>, abgerufen am: 05.04.2018.

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

4.4.1 Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (nein)

Es sind keine Lobbygruppen bzw. Handlungen bekannt, welche die britische Regierungsposition zur Intervention 2001 konterkarierten.

4.4.2 Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (nein)

Es sind keine relevanten Sonderinteressen bekannt, welche die britische Regierungsposition zur Intervention 2001 konterkarierten (siehe Kapitel 4.1.1 und 4.1.5).

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

4.5.1 Akzeptanz als Partner im internationalen System (gestärkt)

Großbritannien konnte sich durch seine substanzielle Beteiligung bei der OEF als zuverlässiger Partner der USA, aber auch im Rahmen des internationalen Systems etablieren. Der divergierende Ansatz zur USA kam vor allem im Rahmen der britischen ISAF-Beteiligung von 2002 bis circa 2005 im Krisenmanagement und beim Wiederaufbau zur Geltung. Großbritannien erarbeitete sich durch seinen Soft-Power-Ansatz eine sehr gute Reputation bei lokalen und internationalen Akteuren im Rahmen seines Einsatzes in Nordafghanistan.⁵⁸

⁵⁸ Vgl. Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand. Schriftenreihe der LVak Nr. 11/2006, S. 59.

4.5.2 Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (erhöht)

Die Attraktivität Großbritanniens als gewünschter Partner bei Missionen erhöhte sich durch die Beiträge zur OEF und ISAF 2001–2005 (siehe Kapitel 4.5.1). Als die Aufstandsbewegungen und britische Opfer ab 2006 zunahmen, kam der Vorwurf auf, dass die Intervention der USA, Großbritanniens und anderer involvierter Akteure in ein „endloses militärisches Abenteuer ohne Exit-Strategie“ geführt hat.⁵⁹

4.5.3 Position im internationalen System (gestärkt)

Die Position Großbritanniens wurde durch die Beteiligung an der Intervention und am Wiederaufbau in Afghanistan von 2001 bis 2005 gestärkt (siehe Kapitel 4.5.1 und 4.5.2).

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

4.6.1 Auswirkung der Operation auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation (positiv)

Das britische Engagement in Afghanistan von 2001 bis 2014 kostete rund 40 Milliarden Pfund (über 45 Milliarden Euro).⁶⁰ Die Auswirkungen der Teilnahmen an der OEF und der ISAF auf die finanzielle Situation der britischen Streitkräfte waren positiv, da ab 2001 deutlich mehr Gelder zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zur Verfügung gestellt wurden.

4.6.2 Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation (gestiegen)

Das Prestige der britischen Streitkräfte ist durch die Intervention ab 2001 gestiegen (siehe Kapitel 4.5.2).

⁵⁹ Daily Mail Online: The real reason British troops are in Afghanistan (Juli 2006) <<http://www.dailymail.co.uk/news/article-393884/The-real-reason-British-troops-Afghanistan.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁶⁰ BBC: UK troops in Afghanistan: Timeline of key events (Dezember 2015) <<http://www.bbc.com/news/uk-35159951>>, abgerufen am: 05.04.2018.

4.6.3 Ziehung und Umsetzung von Lehren (Ziehung: ja; Umsetzung: nein)

Es wurden viele Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz gezogen, jedoch wurde auf politischer Ebene (möglicherweise aufgrund der Brisanz der Thematik) nicht verlautbart, wie und ob diese Lehren in der Praxis der britischen Streitkräfte umgesetzt und welche Fehler in Afghanistan gemacht wurden.⁶¹

4.6.4 Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte (verbessert)

Nach dem Regimewechsel waren die britischen Streitkräfte hochmotiviert, den Wiederaufbau Afghanistans zu unterstützen. Die steigende finanzielle Unterstützung für die Streitkräfte war der Motivation förderlich.

4.6.5 Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal und Material (nein)

Es konnten keine signifikant negativen Auswirkungen festgestellt werden. Negative Auswirkungen wurden auf politischer Ebene oft nicht verlautbart (siehe Kapitel 4.6.3).

4.7 Rückwirkungen

4.7.1 Politische Rückwirkungen

4.7.1.1 Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (verbessert)

Großbritannien hatte das Taliban-Regime wie die meisten Staaten nicht anerkannt. Daher wurden die diplomatischen Beziehungen zur neuen afghanischen Regierung nach dem Regimewechsel neu aufgestellt und sind seit 2002 gut etabliert.

⁶¹ The Guardian: Lessons learnt from Afghanistan, insists UK defence minister, but what? (Oktober 2014) <<https://www.theguardian.com/world/defence-and-security-blog/2014/oct/27/afghanistan-defence-fallon>>, abgerufen am: 05.04.2018.

4.7.1.2 Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung (verringert)

Afghanistan war seit der Intervention 2001 bis 2018 ein sehr heikles politisches Thema, das die jeweils zuständigen Regierungen, Parteien und Verteidigungsminister vor allem seit 2006 stark unter Kritik stellte. Als politische Hauptstrategie Großbritanniens in der Zeit unmittelbar nach 9/11 waren die positive Vermarktung einer „Regimewechsel-Policy“ in Afghanistan und ab 2002 eine Beschönigung des zivilen und militärischen Wiederaufbaus und der Aktivitäten zur Aufstandsbekämpfung (wie es auch bei vielen anderen Truppenstellern der Fall war) erkennbar.⁶² Damit wurde versucht, das britische Afghanistan-Engagement nicht ständig auf die Tagesordnung zu setzen, da es einen negativen Einfluss auf die innenpolitische Stabilität in Großbritannien hatte. Mehrere britische Verteidigungsminister, wie z. B. Michael Fallon und auch die Premierminister, standen deshalb stark unter Druck und Kritik.⁶³

4.7.1.3 Förderung von Aktivitäten von Sympathisanten des diktatorischen Regimes im Entsendestaat durch den Einsatz (ja)

Die Terrorbedrohung durch extremistische Elemente ist in Großbritannien seit der Intervention stark angestiegen. Die Terroranschläge von London vom 7. Juli 2005 können somit indirekt auch als Rückwirkung auf die britische Beteiligung an der Afghanistan- und Irak-Intervention gesehen werden.

⁶² Gespräch des Autors mit Charles Sulocki, British Army, in Stockholm, 3.6.2013.

⁶³ The Guardian: Lessons learnt from Afghanistan, insists UK defence minister, but what? (Oktober 2014) <<https://www.theguardian.com/world/defence-and-security-blog/2014/oct/27/afghanistan-defence-fallon>>, abgerufen am: 05.04.2018.

4.7.2 Humanitäre Rückwirkungen

4.7.2.1 Zahl der international Schutzsuchenden im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen (gestiegen)

Die Zahl der international Schutzsuchenden aus Afghanistan und dem gesamten Mittleren Osten ist seit der Intervention relativ kontinuierlich angestiegen und hat zu einer verstärkten Diversität der Einwanderer geführt.⁶⁴ Eine direkte Kausalität der steigenden Einwanderung mit der Intervention ist jedoch nur schwer festzustellen.

4.7.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

4.7.3.1 Veränderung des generellen Außenhandels (gestiegen)

Der Außenhandel Großbritanniens ist zwischen 1980 und 2016 generell gestiegen, wobei einzelne Krisen wie 9/11 oder die Finanzkrise diesen Trend nicht unterbrechen konnten.⁶⁵

4.7.3.2 Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gestiegen)

Der Außenhandel Großbritanniens mit Afghanistan ist seit 2001 angestiegen. Unter den Taliban wurde kein offizieller Außenhandel mit Großbritannien betrieben. Etwa 40 britische Firmen haben seitdem einen Sitz in Afghanistan (wie z. B. Unilever).⁶⁶

⁶⁴ Migration Policy Institute: United Kingdom: A Reluctant Country of Immigration (Juli 2009) <<https://www.migrationpolicy.org/article/united-kingdom-reluctant-country-immigration/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁶⁵ OEC: United Kingdom (2018) <<https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/gbr/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

⁶⁶ UK Government: Doing business in Afghanistan: Afghanistan trade and export guide (September 2015) <<https://www.gov.uk/government/publications/exporting-to-afghanistan/doing-business-in-afghanistan-afghanistan-trade-and-export-guide>>, abgerufen am: 05.04.2018.

4.7.3.3 Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen (ja/nein)

Britische Firmen profitieren vom Handel mit Afghanistan, wenngleich auf einem niedrigen Niveau.

4.7.3.4 Zahl der international Schutzsuchenden im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen (gestiegen)

Dazu liegen keine Informationen vor.

4.7.4 Sicherheitspolitische Rückwirkungen

4.7.4.1 Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen der Akteure aus dem Zielgebiet im Entsendestaat (ja)

Es wurden diverse Hompages betrieben, welche die britische Regierung davor warnten, weiterhin „das Geld des Steuerzahlers für den Krieg in Afghanistan zu verwenden“. Dazu kamen auch gewalttätige Ausschreitungen in London, für welche die Taliban die Verantwortung übernahmen.⁶⁷ Ob die Urheber aus Afghanistan oder anderen Staaten gekommen sind, kann nicht festgestellt werden.

4.7.4.2 Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen von Sympathisanten der Konfliktakteure aus anderen Ländern im Entsendestaat (ja)

Gewaltakte fanden statt (siehe Kapitel 4.7.4.1).

⁶⁷ The Telegraph: London riots: Taliban claim Britain's 'imperialistic policies' to blame for riots (August 2011)

<<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/8704631/London-riots-Taliban-claim-Britains-imperialistic-policies-to-blame-for-riots.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

4.7.4.3 Gewaltakte und/oder aggressive Handlungen aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft (ja)

Gewaltakte fanden statt (siehe Kapitel 4.7.4.1).

4.7.4.4 Zulauf zur terroristischen Vereinigung durch den Einsatz (ja)

Al Qaida erhielt nach der Intervention weiteren Zulauf, der in den Anschlägen von London gipfelte (siehe Kapitel 4.7.1.3). Eine gewisse Kausalität des Zulaufes mit der Intervention ist vorhanden.

4.8 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

4.8.1 Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja)

Es liegt ein indirektes Mandat des UNSR für die britische Beteiligung an der Intervention vor (siehe Kapitel 3.5.1).

4.8.2 Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (nein)

Als Anti-Terror-Operation war die OEF nur durch ein indirektes Mandat der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates (UNSR) 1368 (12.9.2001) und 1373 (28.9.2001) legitimiert, wird darin aber nicht ausdrücklich erwähnt (siehe Kapitel 3.5.1 und 3.5.3). Für Großbritannien stand die Beistandspflicht als NATO-Mitglied im Vordergrund.

4.8.3 Anpassung des Mandats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja)

Die Mandate für die Intervention OEF wurden in indirekter Form angepasst bzw. im Rahmen der darauf folgenden Stabilisierungsmission ISAF weiterentwickelt und beschlossen (siehe Kapitel 3.5.1).

4.8.4 Trotz des fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats breiter internationaler Konsens (ja)

Obwohl kein direktes Mandat für die Intervention vorlag (siehe Kapitel 3.5.3), gab es einen relativ breiten internationalen Konsens, der sich vor allem durch die Aktivierung der NATO-Beistandspflicht gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages manifestierte. Natürlich wurde auch Großbritannien von der festgestellten Beistandspflicht der USA nach 9/11 erfasst.

5 Fazit

Die Intervention hat dazu geführt, dass eine afghanische Regierung eingesetzt werden konnte, die sich nur durch finanzielle und militärische Unterstützung der USA im Amt halten kann. Der Regimewechsel hatte keine Nachhaltigkeit, da die Aufbruchsstimmung, die unmittelbar nach dem Sturz der Taliban durch die Intervention herrschte, aus verschiedenen Gründen nicht genutzt werden konnte. Die Situation für die Bevölkerung hat sich in der ersten Phase des Wiederaufbaus nach 2001 verbessert, jedoch sind die Errungenschaften zunehmend bedroht. Die Intervention und die anschließenden Versuche des Wiederaufbaus in Afghanistan haben zu einem asymmetrischen Konflikt mit niedriger Intensität geführt.

Ob die Welt durch diese militärische Intervention und den Beitrag Großbritanniens sicherer geworden ist, darf angesichts der Entwicklung des transnationalen Terrorismus, der Ausweitung von nicht-staatlich kontrollierten Räumen und der Bedrohungslage für Europa 2018/19 bezweifelt werden. Als Alternative zur Intervention bzw. zum Regimewechsel in Afghanistan 2001 kann das Szenario der Schwächung von Al Qaida durch Bekämpfung ihrer einzelnen Terrorzellen angeführt werden.⁶⁸

Letztendlich kann das internationale Wiederaufbau-Engagement nach dem Sturz des Taliban-Regimes trotz vieler Unzulänglichkeiten positiv beurteilt werden. Die Versorgungsinfrastruktur, der Grad der Bildung und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbesserten sich seit 2001 deutlich.

⁶⁸ Daily Mail Online: The real reason British troops are in Afghanistan (Juli 2006) <<http://www.dailymail.co.uk/news/article-393884/The-real-reason-British-troops-Afghanistan.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Regionale Großprojekte wie Gaspipelines und Wasserkraftwerke sind vorbereitet und immer wieder ein Gegenstand politischer Debatten. Fehlende Sicherheit auf allen Ebenen ist allerdings ein großer hemmender Faktor. Ohne die Intervention gäbe es keinen allgemeinen Schulbesuch, insbesondere nicht von Mädchen. Es wurden Fortschritte erzielt, die jedoch ohne eine substanzielle und dauerhafte Fortsetzung des internationalen zivilen und militärischen Engagements auf unbestimmte Zeit nicht zu erhalten sind. Dabei stellt sich für den Westen vor allem die Kosten- und Nutzenfrage.

Afghanistan ist und bleibt ethnisch stark gespalten, was sich nicht zuletzt in den entsprechenden Konfliktlinien widerspiegelt. Der Einfluss und das geopolitische Interesse vieler Staaten haben sich auf Afghanistan konzentriert. Dadurch ist das Land nach wie vor ein Austragungsort von Stellvertreterkriegen und eine für viele Akteure sehr profitable und florierende Bürgerkriegsökonomie. Es bleibt offen, welche Rolle Afghanistan für die Großmächte China, USA, Russland und Indien in der Zukunft spielen wird. Ein gemeinsames Interesse an wirksamen De-Radikalisierungsmaßnahmen könnte ein konstruktiver Ausgangspunkt sein.

Literatur- und Quellenverzeichnis

BBC: The Taliban are forced out of Afghanistan (2018) <http://www.bbc.co.uk/history/events/the_taliban_are_forced_out_of_afghanistan>, abgerufen am: 05.04.2018.

BBC: UK troops in Afghanistan: Timeline of key events (Dezember 2015) <<http://www.bbc.com/news/uk-35159951>>, abgerufen am: 05.04.2018.

BBC: Who are the Northern Alliance? (November 2001) <http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1652187.stm>, abgerufen am: 05.04.2018.

Centre of Strategic and International Studies: Foreign Fighter Project (2018) <<https://www.csis.org/programs/transnational-threats-project/projects/foreign-fighter-project>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Channel 4 News: Why are British troops fighting in Afghanistan? (März 2012) <<https://www.channel4.com/news/why-are-british-troops-fighting-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

CNN: Bush administration puts pressure on Pakistan (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/asiapcf/central/09/13/pakistan.us.bush/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

CNN: Saudi Arabia agrees to aid U.S. coalition, Iran refuses (September 2001) <<http://edition.cnn.com/2001/WORLD/meast/09/26/gen.mideast.eu/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Daily Mail Online: The real reason British troops are in Afghanistan (Juli 2006) <<http://www.dailymail.co.uk/news/article-393884/The-real-reason-British-troops-Afghanistan.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Daily News: Al Qaeda in Afghanistan: Small in numbers, huge in impact on Taliban (August 2010) <<http://www.nydailynews.com/news/world/al-qaeda-afghanistan-small-numbers-huge-impact-taliban-article-1.202758>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Frankfurter Allgemeine: Afghanistan kostet Amerika eine Billion (Dezember 2014) <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/isaf-einsatz-in-afghanistan-kostet-amerika-1-billion-dollar-13321849.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Gauster, Markus: Comprehensive Approach in zivil-militärischen Einsätzen – (k)ein Mehrwert in Afghanistan?“. In: S+F. Sicherheit und Frieden Nr. 2/2012, S. 75–81.

Gauster, Markus: Das PRT als innovatives Instrument des Internationalen Krisenmanagements in Afghanistan. In: Europäische Sicherheit Nr. 9/2005.

Gauster, Markus: Migration, Flucht und Sicherheit in Afghanistan. Perspektiven für internationales Engagement. IFK Monitor, April 2017. Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung.

Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand. Monografie, Schriftenreihe der LVak Nr. 11/2006.

Joscelyn, Thomas: Al Qaeda chief says America is the 'first enemy' of Muslims (März 2018) <longwarjournal.org>, abgerufen am: 06.04.2018; The Guardian: Fivefold increase in terrorism fatalities since 9/11, says report (November 2014) <<https://www.theguardian.com/uk-news/2014/nov/18/fivefold-increase-terrorism-fatalities-global-index>>, abgerufen am: 06.04.2018.

Kuschminder, Katie / Dora, Manoi: Migration in Afghanistan: History, Current Trends and Future Prospects, Introduction. Maastricht University. 2009.

Marty, Michael: Der Afghanistan Konflikt. 3000 Jahre Geopolitik und strategisches Denken. Vortrag, ETH Zürich, 21.7.2010.

Migration Policy Institute: United Kingdom: A Reluctant Country of Immigration (Juli 2009) <<https://www.migrationpolicy.org/article/united-kingdom-reluctant-country-immigration/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

National Public Radio (NPR): America's secret campaign against al-qaida (August 2011) <<https://www.npr.org/2011/08/16/139649619/americas-secret-campaign-against-al-qaida>>, abgerufen am: 05.04.2018.

OEC: United Kingdom (2018) <<https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/gbr/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Roggio, Bill: Designations highlight Taliban's longstanding ties to al Qaeda (Jänner 2018) <<https://www.longwarjournal.org/archives/2018/01/designations-highlight-talibans-longstanding-ties-to-al-qaeda.php>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building. SWP-Studie S 33. Berlin 2005.

Secretary of State for Defence: Strategic Defence Review (July 1998) <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20121018172816/http://www.mod.uk/NR/rdonlyres/65F3D7AC-4340-4119-93A2-20825848E50E/0/sdr1998_complete.pdf>, abgerufen am: 06.04.2018.

Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR), Quarterly Report to the United States Congress. Arlington, VA. Januar 2010. <<http://www.sigar.mil/reports/quarterlyreprots/Default.aspx>>, abgerufen am: 06.04.2018.

The Express Tribune: 80,000 Pakistanis killed in US 'War on Terror': report (2015) <<https://tribune.com.pk/story/860790/80000-pakistanis-killed-in-us-war-on-terror-report/>>, abgerufen am: 05.04.2018.

The Guardian: Lessons learnt from Afghanistan, insists UK defence minister, but what? (Oktober 2014) <<https://www.theguardian.com/world/defence-and-security-blog/2014/oct/27/afghanistan-defence-fallon>>, abgerufen am: 05.04.2018.

The Guardian: WikiLeaks cables portray Saudi Arabia as cash machine for terrorists (Dezember 2010) <<https://www.theguardian.com/world/2010/dec/05/wikileaks-cables-saudi-terrorist-funding>>, abgerufen am: 05.04.2018.

The Heritage Foundation: The Vital Role of Alliances in the Global War on Terrorism (Oktober 2002) <<https://www.heritage.org/homeland-security/report/the-vital-role-alliances-the-global-war-terrorism#pgfId-1010831>>, abgerufen am: 05.04.2018.

The Huff Post: A profile of the Taliban's Propaganda Tactics (2018) <https://www.huffingtonpost.com/abdulhadi-hairan/a-profile-of-the-talibans_b_442857.html>, abgerufen am: 05.04.2018.

The Telegraph: London riots: Taliban claim Britain's 'imperialistic policies' to blame for riots (August 2011) <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/8704631/London-riots-Taliban-claim-Britains-imperialistic-policies-to-blame-for-riots.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

The Telegraph: Pakistan intelligence agency elements must stop support for Taliban, al-Qaeda: US (März 2009) <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/pakistan/5065274/Pakistan-intelligence-agency-elements-must-stop-support-for-Taliban-al-Qaeda-US.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

The Washington Institute: Who is responsible for Taliban (März 2002). <<http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/who-is-responsible-for-the-taliban>>, abgerufen am: 05.04.2018.

UK Government: Doing business in Afghanistan: Afghanistan trade and export guide (September 2015) <<https://www.gov.uk/government/publications/exporting-to-afghanistan/doing-business-in-afghanistan-afghanistan-trade-and-export-guide>>, abgerufen am: 05.04.2018.

UK Government: The National Security Strategy of the United Kingdom: Security in an Interdependent World (März 2008) <<https://www.gov.uk/government/publications/the-national-security-strategy-of-the-united-kingdom-security-in-an-interdependent-world>>, abgerufen am: 05.04.2018, S. 4.

UK Government: The UK's work in Afghanistan (Januar 2014) <<https://www.gov.uk/government/publications/uks-work-in-afghanistan/the-uks-work-in-afghanistan>>, abgerufen am: 05.04.2018.

United Nations Office of Counter-Terrorism <<https://www.un.org/en/counterterrorism/index.shtml>>, (abgerufen am: 7.4.2018).

United Nations Security Council: RESOLUTION 1267 (Oktober 1999) <<https://daccess-ods.un.org/TMP/4970779.41894531.html>>, abgerufen am: 06.04.2018.

United Nations: The Situation of Women in Afghanistan (2002) <<https://www.un.org/events/women/2002/sit.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

US Department of State: The United States and the global coalition against terrorism, September 2001 – December 2003 (30.9.2011) <<https://2001-2009.state.gov/r/pa/ho/pubs/fs/5889.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

US Department of State: The Global War on Terrorism: The First 100 Days <<https://2001-2009.state.gov/s/ct/rls/wh/6947.htm>>, abgerufen am: 05.04.2018.

USAID: Afghanistan / Health (2018) <<https://www.usaid.gov/afghanistan/health>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Winni, Nachtwei: 13. Reisebericht: Aufbau im Schatten von Guerillakrieg und Aufstandsbekämpfung. Kabul (2011) <https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:GSaS_Ty_RzUJ:https://www.afghanistan-blog.de/wp-content/uploads/2011/01/Nachtweibericht2011.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=at&client=firefox-b-ab>, abgerufen am: 05.04.2018.

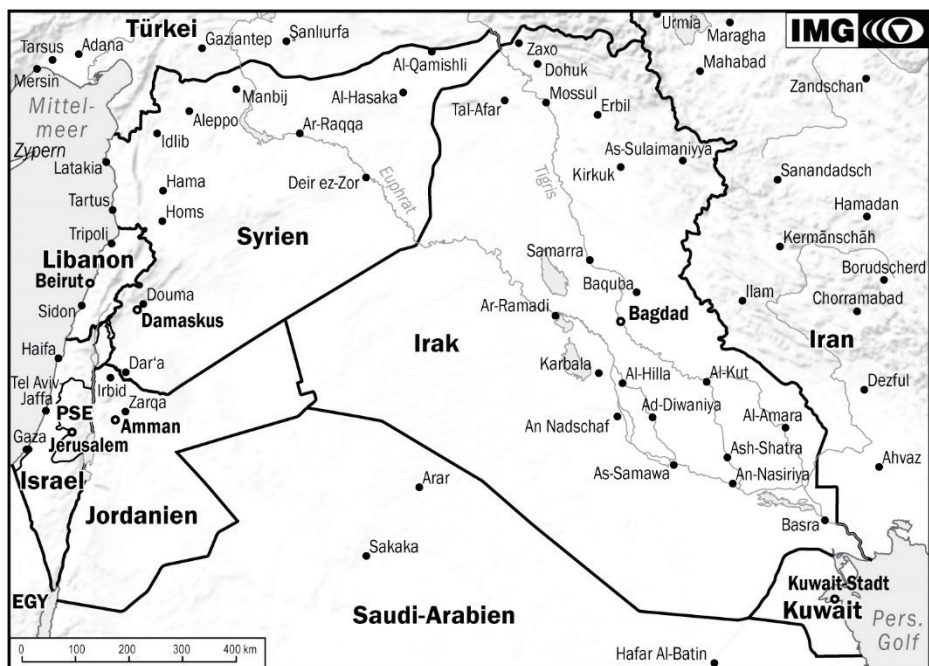
World Socialist Web Site: New York City protest opposes war in Afghanistan (Oktober 2001) <<http://www.wsws.org/en/articles/2001/10/nyc-o12.html>>, abgerufen am: 05.04.2018.

Fallstudie für das Basis-Szenario 5: Gewaltsamer Konflikt zwischen Bevölkerungsgruppen in einem Staat

Innerstaatlicher Konflikt zumindest zweier rivalisierender Parteien. Der Staat hat nicht die Kontrolle über sein gesamtes Territorium inne. Die Machtfrage steht im Zentrum. Es kommt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die politische und territoriale Integrität des Staates bleiben erhalten.

Im falschen Konflikt? Deutschland und die Kurden

Walter Posch



1 Konfliktbeschreibung: Die kurdischen Konflikte

Es gibt nicht einen kurdischen Konflikt, sondern mehrere, die sich in den jeweiligen Nationalstaaten (Türkei, Iran, Irak, Syrien) abspielen und zudem noch auf internationaler, nämlich überregional-kurdischer Ebene sowie in der Diaspora, vor allem in Europa, wirksam werden. Für Deutschland ist aufgrund der langen und intensiven deutsch-türkischen Beziehungen, der großen türkeistämmigen Gemeinden in Deutschland und der innenpolitischen Prominenz der Kurdenfrage der kurdisch-türkische Konflikt¹ der wichtigste. Das größte politische, wirtschaftliche und mittlerweile auch militärische Engagement galt deutscherseits jedoch den irakischen Kurden (bis Juni 2018).

1.1 Allgemeines

In der internationalen Politik werden unter **Kurden mehrere sich auf ihre Ethnizität als Kurden berufende Konfliktakteure** bezeichnet, deren **Status** sowohl innerhalb der betroffenen Nationalstaaten als auch auf internationaler Ebene **unterschiedlich** ist. Kurdische Akteure vertreten verschiedene Ideologien und konkurrieren oft gewaltsam untereinander, da jede Bewegung (revolutionäre Marxisten, Konservative, Islamisten) für sich die Gesamtvertretung für alle Kurden weltweit beansprucht. Dazu kommt, dass Regionalmächte abhängig von der Qualität der bilateralen Beziehungen mit den Nachbarstaaten die dortigen kurdischen Organisationen gegen deren Zentralregierung unterstützten bzw. diese Unterstützung wieder fallen ließen. Die iranische Unterstützung für die „Demokratische Partei Kurdistans“ (KDP) und die „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) im Irak oder die Duldung der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) durch die Syrer sind hierfür die besten Beispiele. Das Streben nach kultureller und politischer Autonomie

¹ Zu diesem Aspekt der deutschen Außenpolitik wird wenig geforscht. Eine systematische Analyse über die Behandlung der Kurdenfrage im deutschen Bundestag siehe bei Oliver Ernst, „Der Deutsche Bundestag und die Kurdenfrage in der Türkei: vom nationalen Interesse zur europäischen Herausforderung“, in: Brigitta Thomas und Louise Bilzer (Hgg.): *Vielfalt in Einheit. Europäische Einigung und westfälische Geschichte. Festschrift für Paul Leidinger*, Münster 2002, S. 185-216. Es gilt an dieser Stelle kritisch anzumerken, dass die durch Europäisierung und Demokratisierung der Türkei zu erreichen gewesenen Garantien für kulturelle Rechte der Kurden mit der Überwindung des Ausnahmezustandes und dem Friedensprozess zwischen der PKK und dem türkischen Staat permanent verwechselt werden.

bzw. Unabhängigkeit und opportunistische Kooperationen zwischen kurdischen Akteuren und Regionalmächten charakterisieren den allgemeinen Kurdenkonflikt.

1.2 Kurden – KRG und Irak

Völkerrechtliche Anerkennung genießen nur die durch die „**Region Kurdistan im Irak**“ (Kurdistan Region Iraq, KRI) vertretenen irakischen Kurden.² Ihre seit Anfang der 1990er-Jahre auf internationalen Druck hin entstandene De-facto-Autonomie wurde ab 2003 durch den irakischen Verfassungsprozess anerkannt. Diese Autonomie ist weitreichend: sie beinhaltet neben kulturellen Fragen (Amts- und Schulsprache) auch das Recht auf militärische und polizeiliche Sicherheitskräfte (Peschmerga, Parastina), ein eigenes Parlament, garantierte kurdische Sitze in Bagdad und einen Anteil an den irakischen Öleinnahmen. Mittel- bis langfristig streben die kurdischen Eliten gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft und der Regionalmächte eine Separation vom Irak an und festig(t)en zu diesem Zwecke ihren Einfluss in den sogenannten „umstrittenen Gebieten“ also jenen Regionen, welche das „Kurdistan Regional Government“ (KRG) für Kurdistan beansprucht, die aber nicht Teil der Region sind. (Entspricht Szenario 5)

1.3 Kurden – Rojava und Syrien

Der seit 2005 als „Gesellschaftskonföderation Kurdistan KCK“ firmierenden, aus der Türkei stammenden, Untergrundbewegung PKK³ gelang es ab 2011, große Gebiete Nordsyriens unter ihre Kontrolle zu bringen und unter dem Namen „Rojava“ eine völkerrechtlich nicht anerkannte

² Zur Entwicklung der kurdischen Selbstverwaltung im Irak siehe David McDowell, *A Modern History of the Kurds*, (3. erweiterte Auflage) London 2004 (reprint 2017), S. 368–394; Gareth Stansfield, „The Kurdish Experience in Post-Saddam Iraq“, in: Gareth Stansfield und Mohammed Shareef (Hgg.), *The Kurdish Question Revisited*, London 2017, S. 355–374.

³ Für die PKK siehe Aliza Marcus, *Blood and Belief. The PKK and the Kurdish fight for Independence*, New York and London 2007; für die späteren Entwicklungen siehe Walter Posch, „Die neue PKK: zwischen Extremismus, politischer Gewalt und strategischen Herausforderungen, (Teil 1)“, in: ÖMZ, 2.2016, S. 139–155 und derselbe „Die neue PKK: zwischen Extremismus, politischer Gewalt und strategischen Herausforderungen, (Teil 2)“, in: ÖMZ 3.2016, S. 295–311.

Selbstverwaltung nach dem kommunistischen Volksfront-Modell aufzubauen,⁴ dessen Fortbestand bisher durch die Kooperation mit den USA sichergestellt zu sein scheint. Bislang hat sich daran nichts geändert, obwohl die militärischen (YPG)⁵ und politischen (PYD)⁶ Kräfte der syrischen PKK Anfang 2018 durch den türkischen Einmarsch im „Kanton Afrin“ eine schwere Niederlage erlitten haben und ihre Kräfte in Ost- und Nordostsyrien überdehnt sind. Die Zukunft des „Rojava“ dürfte Verhandlungsmasse zwischen den USA, Russland, Syrien, der Türkei und dem Iran sein. Die Auswirkungen einer solchen Entwicklung, vor allem auf die seit dem Ende des türkisch-kurdischen Friedensprozesses im Jahre 2016 verbitterten Kurden in der Türkei und in Europa, sind noch nicht abzusehen.

1.4 Verzahnung verschiedener Konflikte

Die beiden Konflikte in Syrien und im Irak sind auf zwei Ebenen miteinander verzahnt – erstens auf der kurdischen Ebene, weil die PKK mit der KRG – insbesondere der dort dominierenden KDP – um Themen- und politische Führerschaft bei den Kurden konkurriert, zweitens weil der „Islamische Staat“ (IS) zu Lasten beider kurdischen Entitäten expandierte. Der Fall von Mosul 2014, die Massaker an den Yeziden und ein möglicher Vorstoß des IS auf Erbil bewogen die internationale Gemeinschaft, darunter auch Deutschland, zum Eingreifen im Rahmen der Anti-IS-Koalition (s. u.). Die deutschen Missionen im Irak und in Syrien **haben daher kein Mandat zur politischen oder militärischen Lösung der Kurdenkonflikte**. Gleichwohl wurden die Missionen in einem von der Kurdenfrage dominierten kulturellen, ethnischen und politischen Kontext gestellt. Der unterschiedliche völkerrechtliche Status der beiden kurdischen Entitäten erklärt im Wesentlichen das Verhalten der Bundeswehr ihnen gegenüber: Militärische Ertüchtigung für die Kurden in der Jurisdiktion der KRG und kein Kontakt zu den kurdischen Kämpfern der YPG.

⁴ Eine positiv-romantische Lesart des Rojava siehe bei Fehim Taştekin, *Rojava Kürtlerin Zamani*, Istanbul 2016; vgl. hierzu Zeynep Kaya und Robert Love, „The Courious Question of the PYD-PKK Relationship“, in: Gareth Stansfield, „The Kurdish Experience in Post-Saddam Iraq“, in: Gareth Stansfield und Mohammed Shareef (Hgg.), *The Kurdish Question Revisited*, London 2017, S. 275–288.

⁵ „Kurdische Volksverteidigungseinheiten“ in Syrien

⁶ „Partei der Demokratischen Union“

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

Die internationale Gemeinschaft hatte sich 2014 einerseits entschlossen, den IS militärisch zu vernichten und andererseits, mithilfe eines sehr weit gefassten zivilen Ansatzes einen Beitrag zur Stabilisierung der Region und zur Verhinderung des Terrorismus zu leisten (Global Coalition Anti-DAESH s. u.). Dieser Ansatz bietet den Rahmen für die unten zu beschreibende militärische Operation. Vorderhand ist festzuhalten, dass die Auswirkungen der Kampfhandlungen auf die Zivilbevölkerung in der Tat dramatisch waren und sind.

2.1 „Inherent Resolve“: der Kampf gegen den IS

Nach dem Zusammenbruch der irakischen Armee 2014 und dem Vorstoß des IS nach Mosul und Bagdad sahen sich die USA zum Eingreifen gezwungen. Aus amerikanischer Sicht erschwerend kam nämlich hinzu, dass die Iraker begannen, Volksmobilisierungseinheiten aufzustellen (siehe unten), deren Kader überwiegend von politischen schiitischen Milizen gestellt wurden, von denen viele enge Beziehungen zum Iran unterhalten.⁷ Die USA engagierten sich daher nun erstmals seit 2011 wieder direkt auf dem irakischen Kriegsschauplatz. Die militärischen Aktivitäten der USA im Irak wurden nach dem Durchbruch des IS Anfang 2014 vom „Army Central Command (ARCENT)“ in Arifjan, Kuwait geleitet. Am 24. Juni 2014 bildete ARCENT das „Joint Forces Land Component Command (JFLCC)“ für die Dauer der Operationen im Irak. Am 17. September 2014 wurde dieses Kommando zum „Combined Forces Land Component Command (CFLCC)“ bis es schließlich im Oktober desselben Jahres seine jetztgültige Form als „Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve (CJTF-OIR)“ annahm, dessen Kommando sich in Bagdad befindet. Dieses Kommando war vom Anfang an multinational zusammengesetzt und man ist von Seiten CJTF-OIR stolz darauf, eine große Anzahl verschiedener Nationen zu führen.⁸ An den

⁷ Siehe Walter Posch, *Schiitische Milizen im Irak und in Syrien: Volksmobilisierungseinheiten und andere* (unveröffentlichtes Hintergrundpapier für das österreichische Innenministerium), Wien 2017 <https://www.academia.edu/34182023/Schiitische_Milizen_im_Irak_und_in_Syrien>. Eine Monographie auf Basis dieses Papiers und unter Einbeziehung der aktuellen Entwicklungen ist in Vorbereitung.

⁸ Eine Liste der mehr als 60 Nationen siehe hier: <<http://www.inherentresolve.mil/Coalition/>>.

eigentlichen Kampfhandlungen am Boden nahmen außer den USA nur Frankreich (Operation Chammal)⁹ und Australien (Operation Okra)¹⁰ teil. Mit dieser Umgliederung wurde auch das Einsatzgebiet als „Combined Joint Operations Area (COA)“ auf Syrien ausgedehnt.¹¹ Seither wird der IS auf dem gesamten Territorium, das er kontrolliert(e), militärisch bekämpft. (Für die militärischen Operationen von 2014 bis 2017 siehe die Tabelle im Anhang.)

Im Rahmen der „Operation Inherent Resolve“¹² leistet Deutschland seinen Beitrag sowohl im Irak als auch in Syrien. In Erbil steuerte und koordinierte Deutschland gemeinsam mit Italien (Operazione Prima Parthica)¹³ die militärische Ausbildung der Sicherheitskräfte irakisch-Kurdistans im „Kurdistan Training Coordination Center KTCC“ (bis Juni 2018). Der deutsche Beitrag – Ausbildung, aber kein Kampftruppen im Irak, Luftwaffe in Syrien – ist neben dem Beitrag Italiens auch mit dem Kanadas (Operation Impact)¹⁴ oder Großbritanniens (Operation Shader¹⁵) vergleichbar. Neben der Ausbildung lieferte Deutschland auch Waffen. Im Zeitraum von 2014 bis 2016 fanden so 24.000 Sturmgewehre, 1.200 Panzerabwehrlenk Waffen Milan, 20 geschützte Fahrzeuge und 20.000 Handgranaten ihren Weg nach Erbil,¹⁶ weitere Lieferungen folgten in den Jahren darauf, zuletzt die Lieferung von Sanitätsfahrzeugen im Juli 2018. Im selben Zeitraum wurden ungefähr 2.000 kurdische Peschmerga durch die Bundeswehr ausgebildet (von 32.000 irakischen und irakisch-kurdischen Sicherheitskräften insgesamt). Schwerpunkt

⁹ Vgl. <<https://www.defense.gouv.fr/operations/chammal/actualites>>.

¹⁰ Den Kampfeinsatz australischer Truppen schlussfolgere ich aus folgender Erklärung des australischen Verteidigungsministeriums: <<http://www.defence.gov.au/Operations/Okra/SOTG.asp>>.

¹¹ Siehe das Infoblatt „History [of the] Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve,“ abrufbar unter <<http://www.inherentresolve.mil/About-Us/>>. Anzumerken bleibt noch, dass im September 2015 das III. Korps der US Army die Führung von CJTF-OIR von ARCENT übernahm und das Kommando ein Jahr später an das XVIII. Luftlandekorps übergeben wurde.

¹² Siehe die folgende Information der Luftwaffe „Der deutsche Einsatz Counter DAESH in Syrien/Irak im Rahmen der Operation Inherent Resolve“ <<http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/start/team/eins/syrien/>>.

¹³ Für die Aktivitäten Italiens siehe <http://www.esercito.difesa.it/operazioni/operazioni_oltremare/Pagine/Iraq-Operazione-Prima-Parthica.aspx>.

¹⁴ <<http://www.forces.gc.ca/en/operations-abroad-current/op-impact.page>>.

¹⁵ <<https://www.army.mod.uk/deployments/iraq/>>.

¹⁶ Siehe Hähnlein, Rayk: *Die deutsche Militärbeteiligung am Kampf gegen den Islamischen Staat (IS)*, (SWP Aktuell 72) Berlin November 2016, S. 2.

der Ausbildung, die damals noch unter dem Eindruck einer zukünftigen Rückeroberung Mosuls stand, sind Befehlsgebung, Taktik, Ressourcenplanung und Umgang mit Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (improvised explosive device, IED).¹⁷

In Syrien nahm Deutschland unter dem Namen „Counter Daesh“ zunächst von Incirlik in der Türkei, seit 2017 von Al-Azraq in Jordanien aus mit sechs Tornados für Aufklärung (RECCE und RECCE Lite) und einem Tankflugzeug teil (bis zum 31. Mai 277 Betankungen mit 6.500 Tonnen Kraftstoff). Schließlich wurde auch eine Fregatte in den Schutzverband des französischen Flugzeugträgers¹⁸ eingebunden und deutsche Mannschaften versehen ihren Dienst in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen.¹⁹ Deutsche Offiziere versehen auch in mehreren Kommanden wie dem Luftwaffenkommando (CAOC) in Al-Udeid in Qatar oder bei CENTCOM in Tampa/Florida Dienst. Im Juni 2018 wuchsen die beiden parallel laufenden Einsatzzkontingente für die Operation Inherent Resolve (also der luftwaffengestützte Beitrag in Syrien und die Ausbildungsmission im Irak) zusammen und wurden unter ein einheitliches deutsches Kommando in der jordanischen Luftwaffenbasis Al-Azraq gebracht (zu den Mandaten siehe weiter unten).²⁰ Seit Juni 2018 werden auch Einheiten im Zentralirak ausgebildet, nach Angaben des Kontingentführers, Oberst Kristof Conrath, um „das deutsche Engagement im Irak auszubalancieren und eine Brücke zwischen Nord- und Zentralirak zu schlagen.“²¹ Gemäß dem Mandat vom 22. März 2018²² sind folgende Kernaufgaben zu erfüllen:

¹⁷ Hähnlein, *Die deutsche Militärbeteiligung*, S. 3.

¹⁸ Ungelöst muss in diesem Zusammenhang bleiben, ob die Bundesmarine ihre Fregatte dem französischen Schutzverband („GAN – Group aéronaval“) direkt oder im Rahmen der Operation Chammal (s. u.) unterstellt hat. GAN waren vom Februar bis April 2015 sowie im November 2015 und im März 2016 im Anti-IS-Einsatz.

¹⁹ Hähnlein, *Die deutsche Militärbeteiligung*, S. 2, 3; sowie <<http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/start/team/eins/syrien/>>.

²⁰ „Der Einsatz Counter Daesh / Capacity Building Iraq“, <http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/start/aktuelle_einsaetze/irak/hintergrund/>.

²¹ Roman Ladenko „Kleiner Footprint – große Wirkung,“ (Interview mit Oberst Conrath) Al-Asrak 2. Juli 2018 <http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/start/aktuelle_einsaetze/>.

²² Das Mandat wird weiter unten analysiert, für die Kernaufgaben siehe diese Information der Bundeswehr: „Der Einsatz Counter Daesh / Capacity Building Iraq“ 5. Juli 2018

- Aufklärung aus der Luft;
- Einsatzunterstützung durch Tankflugzeuge;
- See- und Luftraumüberwachung, auch durch Beteiligung an A-WACS-Flügen der NATO;
- Austausch und Abgleich von Lageinformationen mit weiteren Teilnehmern der Anti-IS-Koalition;
- Durchführung von spezialisierten militärischen Lehrgängen.
 - Schwerpunkt ist dabei die Ausbildung von Führungskräften der zentralirakischen Streitkräfte mit dem Ziel des Aufbaus nachhaltiger Fähigkeiten, genannt „Capacity Building“
 - sowie ABC Abwehr.

2.2 Sicheres Umfeld

Die Schaffung eines „sicheren Umfelds“ hat seit den Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina höchste Priorität im Internationalen Krisen- und Konfliktmanagement (IKKM). Allerdings ließ sich diese Erfahrung nicht einfach auf den Irak übertragen. So bestand die Herausforderung darin, im gesamten Gebiet unter der Jurisdiktion der KRI im Gegensatz zum bürgerkriegsgeplagten Rest-Irak ein „sicheres Umfeld“ zu gewährleisten, noch bevor es zum Eingreifen der internationalen Gemeinschaft kam. Aus diesem Grunde hatten sich viele internationale Hilfsorganisationen in Kurdistan niedergelassen, wohin Flüchtlinge aus Nachbarländern und intern vertriebene Iraker (Binnenvertriebene oder Internal Displaced Persons (IDPs)) geflohen waren.

2.2.1 IDPs und Flüchtlinge

Bei der Gesamtzahl der IDPs²³ im Irak widersprechen sich die verschiedenen UN-Agenturen: OCHA spricht von bis zu sechs Millionen Binnenvertriebenen, die nach dem Aufstieg des IS im Irak seit 2014 zumindest temporär vertrieben wurden und von denen Anfang 2018 noch 2,6

<http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/start/aktuelle_einsaetze/irak/hintergrund/>.

²³ In die folgenden Zahlen sind wohlhabende Familien mit guten politischen Beziehungen, die sich bis zur Beruhigung der Lage in Erbil oder Suleymaniya niedergelassen hatten, nicht aufgenommen worden. Sie konnten meist den Zeitpunkt der Verlegung ihres Wohnsitzes selbst wählen, von eigenen Mitteln leben und können auf eigenen Wunsch wieder zurückkehren, was bei den Flüchtlingen und IDPs nicht der Fall ist.

Millionen nicht zurückkehren konnten²⁴, während das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR die Zahl der IDPs für denselben Zeitraum deutlich niedriger auf 3 Millionen ansetzt und die Zahl der ins Ausland geflohenen Iraker mit 260.000 beziffert.²⁵ Fest steht, dass die Region Kurdistan 1,5 Millionen IDPs und zusätzlich dazu über 250.000 Flüchtlinge aus Nachbarländern aufnahm (250.000 syrische Kurden seit 2011; und aus früheren Konflikten mehr als 20.000 Türken, 13.000 Iraner und 697 Palästinenser).²⁶ Damit nimmt Kurdistan mit seinen etwas mehr als 5 Millionen Einwohnern 1,5 Millionen Flüchtlinge und IDPs auf, also 40% aller IDPs und 100% aller syrischen Flüchtlinge im Irak!

Wirtschaftliche Probleme, politische Spannungen mit Bagdad und nicht eingehaltene Finanzierungszusagen für verschiedene Hilfsprogramme führten Ende April zu einem dramatischen Hilferuf des „Joint Crisis Coordination Centre“ der Regionalregierung Kurdistans. Die kurdischen Behörden sahen sich außer Stande, die Versorgung der auf neun Flüchtlingslager zwischen Duhok, Erbil und Suleymaniya aufgeteilten Syrer weiterhin sicherzustellen.²⁷ Das Argument, die KRG würde das Elend der syrischen Flüchtlinge als Druckmittel gegenüber Bagdad missbrauchen, verfängt nicht. Die Wirtschaftskrise in Kurdistan ist unübersichtlich und die Unterfinanzierung wichtiger Hilfsprojekte durch das United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) bestätigt – OCHA arbeitet sowohl mit der KRG als auch mit der Regierung in Bagdad gut zusammen. Die zunehmende *donors' fatigue* bereitet große Probleme. In Kollusion mit der weitverbreiteten Korruption in der Region könnten Hilfsprojekte dadurch gefährdet werden, sodass OCHA bereits vor einer möglichen humanitären Krise warnt.²⁸ So wurden für 2018 für die syrischen Flüchtlinge 226,8

²⁴ United Nations' Office for the Coordination of Humanitarian Affairs OCHA <<http://www.unocha.org/iraq/about-ocha-iraq>>.

²⁵ Vgl. <<http://www.unhcr.org/iraq-emergency.html>>.

²⁶ Vgl. <<http://cabinet.gov.krd/a/d.aspx?s=040000&l=12&a=56760>>. Die Ausführungen der Regionalregierung Kurdistan werden von den Vereinten Nationen bestätigt. Hierzu siehe UNOCHA (Hg.): *Humanitarian Response Plan Iraq 2018*, (sine loco) Februar 2018, S. 31-35; erhältlich unter: <<https://www.humanitarianresponse.info/en/operations/iraq/document/iraq-2019-humanitarian-response-plan-january-december-2018>>.

²⁷ „JCC statement on the alarming situation of the Syrian Refugees in the Kurdistan region“,

26. April 2018 <<http://cabinet.gov.krd/a/d.aspx?s=040000&l=12&a=56760>>.

²⁸ Vgl. <<https://www.unocha.org/story/iraq-dire-consequences-millions-due-funding-shortfalls>>.

Millionen USD benötigt, bis April 2018 wurden aber nur 25,7 Millionen von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt.²⁹ Die Unterfinanzierung hatte sich laut OCHA zwei Monate später, im Juni 2018 auch nicht verbessert: der „2018 Iraq Humanitarian Response Plan (HRP)“³⁰ bezog gerade 55% der benötigten Mittel oder 313 Millionen. Deutschland leistet in diesem Zusammenhang einen beeindruckenden Beitrag: **seit 2014 wurden 1,3 Milliarden EUR aufgebracht, was Deutschland zur zweitgrößten Gebernation im Irak nach den USA macht** und bis Ende 2017 hat Deutschland 263 Millionen Euro für Wiederaufbauprojekte ausgegeben. Die Verwendung der Hilfsmittel in den am meisten betroffenen Provinzen Ninawa, Salah ad-Din und Anbar erfolgt nach einer von der irakischen Regierung aufgestellten Prioritätenliste.³¹

2.2.2 Probleme bei der Rückkehr

Positiv vermerkt OCHA,³² dass mit Stichtag 30. Juni 2018 die Zahl der Heimkehrer deutlich größer als die der IDPs ist (2 Millionen IDPs und 3,9 Millionen Rückkehrer) und vier der fünf geplanten „Rückkehrerbeiräte für die Provinzen“ (GRC Governorate Return Committees), nämlich Anbar, Kirkuk, Salah ad-Din und teilweise Ninawa ihre Arbeit aufgenommen haben. Dem ermutigenden Trend zur Rückkehr der IDPs steht jedoch eine Reihe von Hindernissen entgegen. Zunächst verringerten die allgemeine Unsicherheit, fehlende Erwerbsmöglichkeiten und mangelnde öffentliche Serviceeinrichtungen den Rückkehrwillen der Betroffenen. Darüber hinaus sind kriegsbedingte Verzögerungen zu nennen. Das betrifft die Probleme der Minenräumung in Kampfgebieten, nicht detonierter Munition und IEDs. Letztere wurden in der Regel vom IS z. B. im Sinjar bewusst zurückgelassen, um die

²⁹ Ebenda. Es bleibt nur anzumerken, dass diese Zahl für die 250.000 syrischen Flüchtlinge sehr hoch wirkt, wenn man bedenkt, dass der gesamte HRP für den Irak bei knapp über 500 Millionen USD liegt.

³⁰ OCHA, *Iraq: Humanitarian Bulletin – June 2018*, (veröffentlicht) 18. Juli 2018, S. 3; abzufragen unter <<https://reliefweb.int/report/iraq/iraq-humanitarian-bulletin-june-2018-issued-18-july>>.

³¹ Ali al-Mawlawi, *Transformations in German Middle East Policy: The View from Iraq*, (Al-Bayan Center) Bagdad 2018, S. 8.

³² *Iraq: Humanitarian Bulletin*, S. 1, 2.

Rückkehr der Vertriebenen zu erschweren. Aus der Perspektive von Ende 2018 erschien der IS zwar militärisch weitgehend besiegt, doch war er noch

Jahr	Anzahl (in Millionen)	Provinz
Flucht		
2014	2,5	
2015	1+	
2016	0,7	
2017	1,7	
Flucht gesamt	5,9+	
Rückkehr		
2017	0,1+	
2018 (bis 30. Juni)	3,9	
	1,5	Nineva
	1,3	Anbar
	0,5	Salah ad-Din

immer in der Lage, Anschläge gegen Sicherheitskräfte und Zivilisten zu verüben. Sei es Nervosität über die Resilienz und Rückschlagfähigkeit des IS oder einfach Rachsucht, vor allem die schiitischen Einheiten der Volksmobilisierungskräfte werden für Menschenrechtsverletzungen gegenüber Sunniten verantwortlich gemacht. Im Allgemeinen darf angenommen werden, dass schiitische Sicherheitskräfte sunnitische Rückkehrer oft unter den Generalverdacht stellen, IS-Sympathisanten zu sein. Laut GRID 2017³³ wurden in einigen Provinzen – vor allem Kirkuk und Salah ad-Din – Rückkehrer an der Heimkehr gehindert, offensichtlich, um die gewünschten ethnischen und konfessionellen Mehrheitsverhältnisse sicherzustellen. Dieser Vorwurf wird vor allem gegen kurdische Peschmergas und schiitische Volksmobilisierungskräfte erhoben. Letztere sind seit Ende 2017 auch im Norden des Landes stark präsent, weil sie nach dem kurdischen Verfassungsreferendum die Peschmerga aus den umstrittenen Gebieten verdrängt und diese wieder unter die Jurisdiktion Bagdads gestellt haben. Die in GRID 2017 zitierten Fallbeispiele lassen den Schluss zu, dass aufgrund der katastrophalen

³³ Norwegian Refugee Council und Internal Displacement Monitoring Center, *Global Report on Internal Displacement (GRID 2017)*, Oslo 2017, S. 19, 20.

wirtschaftlichen Verhältnisse sowie wegen aktiver Behinderung nur etwas über 60% der IDPs in ihre alte Heimat zurückkehren, der Rest wird zu sekundären IDPs, d. h. sie leben zwar nicht mehr am ursprünglichen Fluchort, können aber nicht in die eigentliche Heimat zurück. Sie sind dann jene Gruppe, die am ehesten ihr Heil in der Flucht ins Ausland suchen wird.

2.2.3 Friedens- und Verhandlungsprozess

Der Kampf gegen den IS zielte von vornherein auf die Vernichtung dieser Organisation und ihrer Ideologie ab und schließt somit Verhandlungen mit dem Gegner aus. An eine (Wieder-)Eingliederung ehemaliger IS-Kämpfer in die Sicherheitsstrukturen des Landes denkt niemand. Allenfalls werden die Volksmobilisierungskräfte, wie es teilweise schon geschieht, sunnitischen Gruppen geöffnet, sofern diese sich am Kampf gegen den IS beteiligen. Die Kurden verfügen ohnehin über ihre eigenen Sicherheitskräfte, die auf ihre Unabhängigkeit von Bagdad pochen. Spannungen zwischen den Kurden und der Bagdader Regierung sollten idealerweise über das Parlament einer Lösung zugeführt werden. Dabei ist zu bedenken, dass die Kurdenfrage quasi der „Geburtsfehler“ des Staates Irak ist und sich dieser bisher weder aus eigener Kraft noch mit internationaler Unterstützung lösen ließ.

2.3 Regionale/transnationale Auswirkungen

Neben dem Flüchtlingsstrom nach Europa, dem sich 2015/16 vor allem gut ausgebildete jugendliche Iraker angeschlossen hatten³⁴, sind keine Flüchtlingsströme ins Ausland bekannt, Sozialsysteme und Stabilität der Nachbarstaaten werden durch irakische Flüchtlinge also nicht gestört.

2.4 Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren und bei der Bevölkerung

Der Kampf gegen den IS ist von allen Konfliktakteuren begrüßt worden. Der deutsche Beitrag wurde in Absprache mit den Regionalregierung Kurdistans und der irakischen Zentralregierung geleistet, sodass die deutsche Seite davon ausgehen konnte, dass ihr Beitrag als **militärische**

³⁴ International Crisis Group (ICG): *Fight or Flight: The Desperate Plight of Iraqs 'Generation 2000'*, (Middle East Report 169) 9. August 2016.

Ertüchtigung gegen den IS und nicht als Stärkung der Peschmerga gegen Bagdad gewertet wird. In Verkennung der deutschen Politik hoffte der Großteil der kurdischen Bevölkerung jedoch, dass die Präsenz europäischer Soldaten den eigenen separatistischen Ambitionen Auftrieb geben würde. Dementsprechend enttäuscht und ernüchtert zeigten sich öffentliche Meinung und politische Eliten in Erbil über das europäische und deutsche Verhalten im Zuge des Unabhängigkeitsreferendums vom September 2017. Erschwerend kam hinzu, dass die demokratie- und wirtschaftspolitischen Mängel der kurdischen Regionalregierung Berlin seit jeher irritierten und die KRG es verabsäumte, die Anwesenheit der Bundeswehr für vertrauensbildende Maßnahmen zu verwenden. So tauchten Waffen aus deutschen Beständen auf dem Schwarzmarkt und in weiterer Folge bei Gruppen auf, für die sie nie bestimmt waren, bzw. sie wurden für innerkurdische Konflikte genutzt.³⁵ Dies führte unter anderem dazu, dass Berlin im März 2018 entschied, seine Koordinierungs- und Führungsfunktion im „Kurdistan Training Coordination Center KTCC“ mit Juni 2018 auslaufen zu lassen.³⁶ Ebenfalls zu Friktionen kam es mit der Türkei, wo das Besuchsrecht deutscher Abgeordneter bei den auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationierten deutschen Luftwaffeneinheiten zu einer veritablen bilateralen Krise führte, die weit über den Anlassfall hinausging und die deutsch-türkischen Beziehungen schwer belastete.³⁷ Die Bundesregierung entschloss sich daraufhin, die Luftwaffe während der laufenden Operation gegen den IS von der Türkei nach Jordanien zu verlegen, um den politischen Druck der Türkei ins Leere laufen zu lassen (allerdings fliegen die AWACS nach wie vor von Konya aus).

3 Der Einfluss der Intervention im Kontext der Internationalen Organisation

Die „Global Coalition Anti-Daesh“ (hier: „Koalition“)³⁸ ist die internationale Ummantelung der von den USA geleiteten Operation „Inherent Resolve“.

³⁵ Ali al-Mawlawi, *Transformations in German Middle East Policy: The View from Iraq*, (Al-Bayan Center) Bagdad 2018, S. 6.

³⁶ Siehe den Antrag der Bundesregierung zum *Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks*, Deutscher Bundestag (Drucksache 19/1093, 19. Wahlperiode) Berlin 7. März 2018, S. 3.

³⁷ Stephan-Andreas Cassdorff, „Erdogan führt die Bundesregierung Mal um Mal vor“, *Tagespiegel*, 18. Mai 2017.

³⁸ <<http://theglobalcoalition.org/en/partners/>>.

Die „Global Coalition against Daesh“ drückt also jenen politischen Konsens aus, der auf internationaler Ebene den Kampf gegen den IS unterstützt. Ihr gehören 77 Staaten und Institutionen an. Der Beitrag der verschiedenen Koalitionspartner variiert zwischen bloßen diplomatischen Willenserklärungen und voller Partizipation bei militärischen Maßnahmen. Zu den Aufgaben der Koalition gehören³⁹:

- Die Stabilisierung vom IS befreiter Gebiete;
- Gegenmaßnahmen zur Propaganda des IS;
- Verhinderung des Zustroms ausländischer Kämpfer;
- Maßnahmen gegen die Terrorfinanzierung und
- Militärische Maßnahmen (=Inherent Resolve).

„Global Coalition Anti-DAESH“ und „Inherent Resolve“

Koalition: „Global Coalition Anti-Daesh“

77 Staaten

- Stabilisierung vom IS befreiter Gebiete
- Gegenmaßnahmen zur Propaganda des IS;
- Verhinderung des Zustroms ausländischer Kämpfer;
- Maßnahmen gegen die Terrorfinanzierung;
- Militärische Maßnahmen;

Operation: „Inherent Resolve“

60 Staaten

Militärische Operationen
Beratung und Unterstützung im Irak und Syrien

³⁹ <<http://theglobalcoalition.org/en/mission-en/>>.

Deutschland beteiligt sich auf allen Ebenen am Kampf gegen den IS, betont aber, dass der Kampf gegen den IS mit militärischen Mitteln alleine nicht zu gewinnen ist.⁴⁰ Deutschland ist als Ko-Vorsitzender der „Stabilisation Working Group“⁴¹ der Koalition sowohl in Syrien als auch im Irak aktiv im Wiederaufbau tätig und hält sein politisches Engagement sowohl mit dem Irak (auf Ebene des Premierministers) als auch mit Syrien (Unterstützung der UN) aufrecht.

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention

Bei all dem ostentativ zur Schau gestelltem Multilateralismus darf nicht vergessen werden, dass es sich nach amerikanischer Lesart um eine von den USA geführte, lose Koalition verschiedener Staaten und Institutionen handelt. Die Koalition vereint die wichtigsten amerikanischen Verbündeten im Nahen Osten und in Europa, während Iran und Russland ausgeschlossen sind. Im Falle Russlands ist dies der euroatlantischen Sanktionspolitik geschuldet, im Falle Irans den schlechten bilateralen amerikanisch-iranischen Beziehungen sowie den Wünschen der arabischen Verbündeten der USA. Die im Gegensatz zu den USA und den Arabern stehende konstruktive Haltung der EU zum Iran spielt in dieser Koalition keine Rolle. Die anderen internationalen Akteure wie Interpol, die EU, NATO, die Arabische Liga und die Gemeinschaft der Sahel-Staaten **koordinieren sich nicht untereinander, sondern fokussieren auf ihre Kernkompetenzen**: die EU ist ein wichtiger Geldgeber für die humanitären Krisen im Irak und in Syrien, finanziert arabischsprachige Anti-Daesh-Informations- und -Kommunikationsprojekte in mehreren arabischen Staaten u. ä.⁴² Interpol fokussiert auf Terrorfinanzierung und die internationalen Kämpfer⁴³ und die NATO unterstützt bei Ausbildungsmis-

⁴⁰ <<http://theglobalcoalition.org/en/countering-daesh-through-much-more-than-just-military-means/>>.

⁴¹ Siehe eine kurze Darstellung ihrer Tätigkeiten hier: <<http://theglobalcoalition.org/en/stabilising-liberated-areas/?lang=en>>.

⁴² <<http://theglobalcoalition.org/en/the-eu-countering-daesh/>> Vermutlich hat die EU auch die Beiträge der Mitgliedstaaten – unter anderem den riesigen finanziellen Beitrag Deutschlands – in seine Zahlen subsummiert, wodurch sie automatisch zum größten Geldgeber wird.

⁴³ <<http://theglobalcoalition.org/en/interpol-joins-the-global-coalition/>>.

sionen, nachrichtendienstlichem Austausch und mit AWACS-Aufklärung.⁴⁴ Die Beiträge der Arabischen Liga und der Gemeinschaft der Sahelstaaten bleiben ungeklärt. Von einer **inneren Kohärenz** der Koalition kann daher keine Rede sein. Dem steht die klare und straffe Kohäsion und Kohärenz jener Staaten gegenüber, die an der Operation „Inherent Resolve“ teilnehmen und mit ihren militärischen Beiträgen somit in die militärischen Strukturen der CJTF-OIR eingebunden sind.

3.2 Weiterentwicklung loser Koalitionen

Die Koalition Anti-Daesh ist also **im Prinzip eine temporäre Task-Force und keine Organisation**. Und eben dieser Task-Force-Charakter erklärt, warum es zu keiner institutionellen Ausprägung kam bzw. warum nicht einmal der Versuch unternommen wurde, einen institutionell fundierten **Koordinationsmechanismus** zu schaffen. Die **Effektivität der Koordinierungsmechanismen** hängt daher nicht von der Koalition ab, sondern liegt in der Erfahrung und Expertise der einzelnen involvierten Institutionen und Teilnehmerstaaten, anders ausgedrückt, sie **schreiben sich selektive Aufgaben und Funktionen selbst zu**. Dies geschieht oft in Kooperation mit den einschlägigen VN-Organisationen wie UNHCR oder OCHA bei der Bewältigung der Flüchtlings- und IDP-Problematik oder, im Falle der deutschen Unterstützung, für den VN-Friedensprozess in Syrien.

Es ist zu erwarten, dass derartige internationale „Task-Force“-Koalitionen, wenn sie sich, wie im vorliegenden Falle, eine einzige Aufgabe stellen – nämlich die Vernichtung einer politisch regional wirksamen und international isolierten Organisation wie den IS – als **Vorbild** dienen werden. Lose Koalitionen – oft auch als *liquid alliances* bezeichnet – wurden von der Forschung als Generaltrend für die Nahostregion ausgemacht.⁴⁵ Amerikanische Analytiker machen das Scheitern amerikanischer Strategien in Afghanistan und Irak für diesen Trend verantwortlich.⁴⁶ Diesem Argument folgend würden

⁴⁴ Siehe die Darstellung bei < <http://theglobalcoalition.org/en/partners/nato/> > sowie das Transkript dieser Pressekonferenz: < https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_144098.htmx?selectedLocale=en >.

⁴⁵ Eduard Soler i Lecha, *Liquid Alliances in the Middle East*, (notes internationales CIDOB) Barcelona März 2017.

⁴⁶ Paul Staniland, „The US military is trying to manage foreign conflicts – not to resolve them. Here is why,“ *Washington Post*, 16. Juli 2018.

die USA nur mehr pragmatisch (oder opportunistisch) mit lokalen Partnern kooperieren, die sie dann, bei veränderter politischer Lage, leicht fallen lassen können. In diesem Zusammenhang wird gerne auf das amerikanische Verhältnis zur YPG in Syrien verwiesen.⁴⁷ Für Deutschland stellt das insoweit ein Risiko dar, weil z. B. die YPG über ein großes, innenpolitisch relevantes, Sympathisantennetz in der Bundesrepublik verfügt⁴⁸ und Spannungen innerhalb der Türkei-stämmigen Volksgruppen seit einigen Jahren zunehmen.

3.3 Internationales Einverständnis auf umstrittener völkerrechtlicher Grundlage

Der Kampf gegen den IS entspricht dem neuen, von den USA präferierten Modell der „Koalition der Willigen und Fähigen“, wobei dieser Ausdruck vermieden wird. Bei derartigen Allianzbildungen besteht das **Risiko der Aushöhlung des geltenden völkerrechtlichen Rahmens**, wenn z. B. der Weltsicherheitsrat nicht involviert und auf eine **Mandatierung des Einsatzes durch die VN verzichtet wird. Die Mandatierung wird aus dem Weltsicherheitsratsbeschluss Nr. 2249 vom 20. November 2015 abgeleitet, der also mehr als ein Jahr später erfolgte, nachdem die USA die ersten militärischen Maßnahmen ergriffen hatten.** Der Einsatz hing völkerrechtlich auch vor dem VN-Mandat nicht völlig in der Luft, weil ein starker internationaler Konsens über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den IS vorlag und im Falle des Irak eine Einladung der irakischen Regierung vorhanden war (hierzu siehe unten). Das trifft jedoch nicht auf Syrien zu, dessen Regierung formell protestierte. Allerdings darf davon ausgegangen werden, dass sich die Syrer aus Eigeninteresse ebenfalls – quasi als stiller Partner – dem internationalen Konsens des Kampfes gegen den IS angeschlossen haben. Aus Sicht der USA war es daher ein leichtes, sich auf den Konsens der „internationalen Gemeinschaft“ im Kampf gegen den IS zu berufen.

⁴⁷ Eingedenk ihrer prekären Lage hat die YPG Ende Juli 2018 Verhandlungen mit dem syrischen Regime begonnen „Suriye’de Kürtler Esad’la müzakereye basliyor: Hedef kuzeye yönelik anlasma,“ *Diken*, 27. Juli 2018 (<http://www.diken.com.tr/suriyede-kurtler-esadla-muzakereye-basliyor-hedef-kuzeye-yonelik-anlasma/>).

⁴⁸ Zu den Strukturen der PKK in Europa siehe Walter Posch, „Die neue PKK: zwischen Extremismus, politischer Gewalt und strategischen Herausforderungen, (Teil 1)“, *ÖMZ*, 2.2016, S. 139–155 insb. S. 151f.

3.3.1 Das deutsche Mandat und Iraks Sicherheitssektorreform

Während die USA gewohnt sind, militärisch notfalls gegen den Konsens der internationalen Gemeinschaft vorzugehen, hat Deutschland bisher immer darauf geachtet, nur in Übereinstimmung mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere den VN, der EU oder NATO zu handeln. Im vorliegenden Fall handelt es sich ursprünglich um zwei verschiedene Mandate des Bundestages (Syrien und Irak), die erst 2018 vereint wurden. Für den deutschen Einsatz in Syrien wurden zunächst die amerikanische Lesart des VN-Beschlusses 2249 und die daraus logisch folgende Berufung auf Artikel 51 der VN-Charta übernommen. Ungefähr gleichzeitig erfolgte aber auch eine Bitte Frankreichs, das nach den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris die Beistandsklausel Art. 42 Abs. 7 des Vertrages über die Europäische Union für sich in Anspruch nahm, was von allen europäischen Mitgliedsstaaten am 17. November 2015 anlässlich des Treffens der Außenminister unterstützt wurde. Darauf aufbauend, beschloss der Deutsche Bundestag am 4. Dezember 2015 erstmals den Einsatz bewaffneter Streitkräfte „zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS.“⁴⁹ Dieses Mandat wurde am 12. März 2017 bis zum 31. März 2018 verlängert.⁵⁰ Etwas älter ist die Mandatierung der „Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte“. Sie geht auf das oben erwähnte Hilfeersuchen des irakischen Außenministers an die VN-Mitgliedstaaten vom 25. Juni 2014 und den Aufruf des Sicherheitsrats vom 19. September 2014 zurück.⁵¹ Dieses Mandat wurde vom Bundestag erstmals am 29. Jänner 2015 gebilligt und mit Beschluss vom 12. Dezember 2017 bis zum 30. April 2018 verlängert.

⁴⁹ <<http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/start/team/eins/syrien/>!>.

⁵⁰ Deutscher Bundestag, „Einsatz gegen die Terrororganisation IS – Counter-Daesh“, <<https://www.bundestag.de/ausschuesse/ausschuesse18/a12/auslandseinsaetze/auslandseinsaetze/counter-daesh/398796>>.

⁵¹ Deutscher Bundestag: „Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte“, <<https://www.bundestag.de/ausschuesse/ausschuesse18/a12/auslandseinsaetze/auslandseinsaetze/irak/364428>>.

3.3.2 Vereinheitlichung oder Veränderung des Mandats?

Vertreter der Opposition im Bundestag lehnten diese Herleitung ab und verlangten u. a., den Einsatz breiter zu fassen, indem er auf eine Reform des irakischen Sicherheitssektors (SSR) ausgedehnt wird, sowie das Mandat direkt – und nicht indirekt – an ein VN-Mandat zu binden.⁵² Die Bundesregierung ging auf diese Forderung nicht ein, ließ aber die vorliegenden **Mandate mehrmals durch den Bundestag adaptieren und den veränderten Verhältnissen anpassen** (z. B. Bereitstellung deutscher Besatzungen für AWACS 2016, Reduktion der Gesamttruppenstärke von 1350 auf maximal 800 Mann 2018).⁵³ Mit Bundestagsbeschluss vom 22. März 2018 wurden die beiden Mandate vereint und im Juni die beiden Kontingente zusammengeführt. Das Mandat wurde damals zunächst bis zum Oktober 2018 und am 8. Oktober 2018 um ein weiteres Jahr bis zum 31. Oktober 2019 verlängert.⁵⁴ Übereinstimmend gehen Beobachter davon aus, dass nun eine neue Phase der Mission „Capacity Building“ im Irak begann. Galt 2015 noch die Ertüchtigung der unmittelbar betroffenen kurdischen Peschmergas als Schwerpunkt, so sind es jetzt die weiter oben (2.1) erwähnten „Lehrgänge“, nämlich Stabskurse für militärische Führer der irakischen Armee.

Diese Kurse sind Teil eines NATO-Projekts (NATO Mission to Iraq – NMI) dessen eigentlicher Zweck die Beratung der irakischen Regierung im Bereich der **Sicherheitssektorreform (SSR)** ist.⁵⁵ Die Aktivitäten der NATO im Bereich der Ausbildung und der militärischen Kapazitätenbildung wurden im Juli 2018 institutionalisiert und sind zeitlich nicht begrenzt. Parallel, aber offensichtlich in Ergänzung zur NATO Mission, wurde von der EU die zivile „European Union Advisory Mission Iraq (EUAM Iraq)“ ins Leben

⁵² „Ausbildungsmission im Irak beschlossen“, 29. Jänner 2015 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw05_de_bundeswehr_irak/356342>.

⁵³ Unverständlich bleibt die Feststellung, dass das letzte Mandat vom Oktober 2018 die Gesamttruppenstärke von 1.200 Mann erlaubt hätte; <<http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/start/team/eins/syrien/!%3E>>, tatsächlich liegt sie bei 800 Mann.

⁵⁴ <http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/start/aktuelle_einsaetze/irak/hintergrund/>.

⁵⁵ Ali al-Mawlawi, *Transformations in German Middle East Policy: The View from Iraq*, (Al-Bayan Center) Bagdad 2018, S. 8; „[NATO] Relations with Iraq“, 31. Juli 2018 <https://www.nato.int/cps/su/natohq/topics_88247.htm>.

gerufen (Oktober 2017),⁵⁶ die von Dr. Markus Ritter, einem hochrangigen deutschen Bundespolizisten mit ausgewiesener internationaler Erfahrung, geleitet wird.⁵⁷ Die Mission war ursprünglich auf ein Jahr begrenzt und wurde am 15. Oktober 2018 bis zum 20. April 2017 verlängert.⁵⁸ EUAM Iraq kooperiert vor allem mit dem Büro des irakischen nationalen Sicherheitsberaters und dem Innenministerium. Ihre Aufgaben umfassen alle Bereiche des zivilen Aspekts der irakischen Sicherheitssektorreform, nämlich

- Strategische Beratung zur Implementierung der zivilen Aspekte der (a) irakischen nationalen Sicherheitsstrategie, der (b) Strategie zur Sicherheitssektorreform und (c) der Entwicklung einer nationalen Strategie im Bereich der Bekämpfung von Terror und Organisierter Kriminalität;
- Strategische Kooperation und Koordination, das beinhaltet auch einen wichtigen Beitrag zu Verwaltung und Leitung des gemeinsamen Sekretariats zur SSR (Iraqi SSR Joint Secretariat);
- Mapping und Mängelanalyse für zukünftige EU-Unterstützung zur Umsetzung der SSR.

Bemerkenswert ist auch der Wille zur engen Kooperation mit der NMI. Bis jetzt gibt es zwar nur Absichtserklärungen für eine intensivierte Kooperation und Erfahrungsaustausch auf Ebene der Missionsleiter,⁵⁹ doch scheint eine enge Kooperation angesichts der Herausforderungen und des ähnlichen Aufgabenprofils als notwendig und richtig. Das könnte sich allerdings auch als Hypothek herausstellen, dann nämlich, wenn die SSR im Irak in einen geostrategischen Rahmen gestellt wird.

⁵⁶ <https://eeas.europa.eu/csdp-missions-operations/euam-iraq/36076/introduction-euam-iraq_en>.

⁵⁷ <https://cdn3-eeas.fpfis.tech.ec.europa.eu/cdn/farfuture/anIrW3Bi8UVDgemHGpoh9Vo6RC3x7r44V6CnFFvPyqE/mtime:1534696204/sites/eeas/files/download_cv_hom_dr-markus-ritter_0.pdf>.

⁵⁸ Die folgenden Ausführungen gemäß der Presserklärung des Europäischen Rats: „Iraq: EU Advisory Mission extended and budget agreed,“ 16. Oktober 2018 <https://cdn3-eeas.fpfis.tech.ec.europa.eu/cdn/farfuture/HbNo9Y3sFASz2vsFFUGxiqz0dlHLqDq7Zo4Rb13jlqw/mtime:1539675404/sites/eeas/files/eu_council_press_release_0.pdf>.

⁵⁹ <https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/51606/euam-and-nmi-cooperation_fr>.

Denn das amerikanische Ziel der notwendigen und von der irakischen Regierung erwünschten Unterstützung zur SSR dürfte nicht mit den 2015 geäußerten Wünschen der deutschen Opposition übereinstimmen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die neue Phase auf strategischer Ebene **ein Abrücken vom Hauptfeind IS und ein In-Stellung-Bringen gegen die iranische Präsenz in der Region sein wird**. Das trifft auf die gelegentlichen Drohungen gegen vom Iran gesponserte schiitische Milizen in Syrien genauso zu wie auf die Reform der irakischen Streitkräfte. Die Aufstellung der schiitischen Volksmobilisierungskräfte (Hashd al-Shaabi) im Irak,⁶⁰ ihre Bedeutung im Kampf gegen den IS, der Streit um ihre Stellung innerhalb des irakischen Sicherheitsapparats und vor allem die Frage nach dem iranischen Einfluss sind Probleme, die vor allem die USA belasten und wofür sie eine breite Koalition brauchen. Das sieht auch Teheran so. Nach fünfzehn Jahren US-Präsenz im Irak haben die Iraner ihre eigenen Schlüsse gezogen und beurteilen amerikanische SSR- (Security Sector Reform) und DDR- (Demobilisation, Disarmament, Reintegration) -Projekte aus ihrer Sicht durchwegs negativ, nämlich als Methode, revolutionäre schiitische Gruppen zu neutralisieren.⁶¹ Da mit Wegfall des gemeinsamen Feindes IS die USA und der Iran sich nun direkt gegenüberstehen, ist zu erwarten, dass die Spannungen zwischen den beiden Staaten im Irak und in Syrien sich auch kinetisch entladen und zu einer weiter führenden Krise führen können. Für die USA würde eine Uminterpretation des Mandats wenig Mühe bereiten, für Deutschland wäre dies viel schwieriger und würde seine bisherige, auf Ausgleich und Mäßigung setzende, Iranpolitik konterkarieren.

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates

Deutschland verfügt über keine gesamtstaatliche Nahost-Strategie und somit auch über keine Syrien-, Irak- oder Kurdistanstrategie. Als Gegner der

⁶⁰ Zu diesen Kräften siehe die Studie von Walter Posch, *Schiitische Milizen im Irak und Syrien. Volksmobilisierungseinheiten und andre*, Wien 2017; sowie für eine iranische Lesart Amir Hamed Azad, *Sayeh-ye roushan-e Hashad-e Sha'abi*, Teheran 1395/2017; Inna Rudolf, *From Battlefield to Ballot Box: Contextualising the Evolution of Iraq's Popular Mobilisation Units*, (ICSR Report) London 2018.

⁶¹ Siehe Abbas Chakini, *Ab'ad-e prozhe-ye DDR-e Amrika dar jehan-e Eslam*, (Die Dimensionen amerikanischer DDR-Projekte in der islamischen Welt) (Yaghin Zentrum zur Analyse militärischer Doktrinen) Teheran 1387/2008, insbesondere die Fallbeispiele auf S. 165-168.

amerikanischen Intervention 2003 spielte Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine nennenswerte Rolle im Irak. Mit der Teilnahme an der Anti-Daesh-Koalition im Allgemeinen und an Inherent Resolve im Besonderen sah sich Deutschland bald vor Herausforderungen gestellt, sein Verhältnis zum Irak neu zu überdenken. Als wichtigste Richtschnur darf hierbei die deutsche Entscheidung gelten, an der staatlichen Einheit des Irak festzuhalten und den in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit vorherrschenden Eindruck politischer Kurdenlastigkeit zu korrigieren. So wurden in den letzten Jahren die Kontakte mit irakischen staatlichen und akademischen Institutionen vervielfacht. Es ist zu erwarten, dass die zukünftige deutsche Irakpolitik die bisherigen Erfahrungen als Ausgangspunkt nimmt und unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus der Flüchtlingskrise von 2015 im Dialog mit den Irakern eine neue, gesamtstaatliche Irakstrategie entwickeln wird,⁶² auf der dann zukünftige Strategiepapiere aufgebaut werden können. Im Gegensatz zum Irak ist in Syrien vorläufig keine größere deutsche Eigeninitiative zu erwarten.

4.1 Rückwirkungen

Die **diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet haben sich im Fall des Irak intensiviert**, obschon die Beziehungen zur KRG bis zur Krise von 2017 sehr eng waren. Eine Intensivierung des deutsch-irakischen Handels wird als Folge der erstarkten diplomatischen Beziehungen und der laufenden Stabilisierung des Landes ebenfalls erwartet. Auf humanitärer Ebene ist anzumerken, dass durch den Aufbau von Rückführzentren für abgelehnte irakische Asylbewerber⁶³ zwar kurzfristig höhere Kosten entstehen, mittelfristig jedoch mit einer finanziellen und vor allem gesellschaftspolitischen Entlastung gerechnet werden kann. Auf die Gesamtzahl der international Schutzsuchenden dürfte diese Maßnahme jedoch wenig Einfluss haben. Gewaltakte und aggressive Handlungen von Akteuren aus dem Zielgebiet in Deutschland beziehen sich in erster Linie auf IS-Anhänger oder Sympathisanten, die bisher nicht aus dem Irak stammten, sondern aus anderen arabischen Ländern. Daran dürfte sich mittelfristig wenig ändern.

⁶² Ali al-Mawlawi, *Transformations in German Middle East Policy: The View from Iraq* (Al-Bayan Center), Bagdad 2018.

⁶³ al-Mawlawi, *Transformations in German Middle East Policy*, S. 9.

4.2 Kapazitäten-Ressourcenmanagement und Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/-organisation

Die Bundeswehr konnte die von ihr verlangten Aufgaben erfüllen, qualifiziertes Personal und Material standen in ausreichender Anzahl für die Auftragserfüllung zur Verfügung. Die in den Medien kolportierten und debatierten Ausrüstungsmängel stehen in keinem Zusammenhang mit dem Einsatz im Irak und Syrien,⁶⁴ wenngleich jeder Einsatz eine zusätzliche Belastung darstellt. Zurecht betont man die internationale Anerkennung für die Qualität des bereitgestellten Materials und die Effizienz der Umsetzung: so verfügen nur wenige Staaten über Luftbetankungsfähigkeiten und die Tatsache, dass nur zwei Tage nach der Entscheidung der Bundesregierung, von Incirlik nach Al-Azrak in Jordanien zu verlegen, der erste Einsatz geflogen wurde, beweist die hohe Leistungsfähigkeit der Luftwaffe.⁶⁵ Das Prestige der Bundeswehr ist in Deutschland in etwa gleichgeblieben, in der Region jedoch deutlich gestiegen. Die Anwendung der militärischen und zivilen Verfahren im Einsatzgebiet und in der Kooperation mit Partnern bereitete keine Probleme, weil die jeweiligen Sphären klar getrennt und die Aufträge präzise formuliert worden sind.

4.3 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

Obwohl sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den politischen Strömungen aufgrund des Anlassfalls für das deutsche zivile und militärische Engagement, nämlich die Vertreibung und der versuchte Genozid an den irakischen Yeziden, große Unterstützung für das deutsche Engagement herrschte, wurde der militärische Beitrag rasch zum Opfer politischer Debatten. Auf der einen Seite wurde von den Sympathisanten der PKK und YPG in Deutschland der Luftwaffe der Vorwurf gemacht, ihre Aufklärungsergebnisse würden dem türkischen NATO-Partner zur Verfügung gestellt, der damit die YPG im grenznahen Bereich in Syrien bekämpfen würde.⁶⁶ Da die YPG einen wichtigen Anteil zur Errettung der Yeziden geleistet hatte

⁶⁴ Siehe z. B. diesen in voller Erbitterung verfassten Artikel von Rolf Bergmeier, „Das Schweigen der Generäle“, *Civero*, 27. Juli 2018.

⁶⁵ Siehe die folgende offizielle Darstellung: „Seit einem Jahr im Einsatz in Jordanien mit dem Auftrag: Betankung über den Wolken“, 12. Juni 2018 < <https://bit.ly/2FDcWa5> >.

⁶⁶ So zum Beispiel Christoph Sydow, „Deutsche Beteiligung an Anti-IS Koalition: Die Fotolieferanten von der Bundeswehr“, *Spiegel Online*, 18. Mai 2017.

und über große Sympathiewerte in der deutschen Öffentlichkeit verfügt, wog dieser Vorwurf schwer. Dem ist entgegen zu halten, dass ein deutscher Offizier im Luftwaffenkommando El-Udeid jederzeit anwesend ist und als sogenannter Red-Card-Holder über die mandatskonforme Verwendung der deutschen Aufklärungsergebnisse wacht. Eine missbräuchliche Verwendung für andere Zwecke ist daher äußerst unwahrscheinlich.⁶⁷ Außerdem stellte sich bald heraus, dass dieses Argument nur vorgeschoben war und das Prestige der YPG dazu benutzt werden sollte, um in der Öffentlichkeit genügend politischen Druck aufzubauen, bis das Verbot ihrer Mutterorganisation, der PKK aufgehoben wird.

4.4 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

Der deutsche Beitrag in der Anti-DAESH-Koalition wird international geschätzt. Neben dem militärischen spielt vor allem der zivile Beitrag Deutschlands eine große Rolle, denn ohne finanzielle deutsche Unterstützung hätten wichtige und erfahrene internationale Organisationen, wie die verschiedenen VN-Branchen, ihre Arbeit kaum aufnehmen können. Deutschland bleibt als Partner im internationalen System weiterhin hochangesehen und respektiert.

5 Fazit

Die beiden deutschen Mandate – die Ausbildungsunterstützung im Irak und die Luftwaffenunterstützung in Syrien – sind in beiden Fällen vom Gedanken der humanitären Intervention und der Hilfe zur Selbsthilfe geprägt. Im Prinzip handelte es sich um Notfallmaßnahmen, mit denen auf eine unmittelbare Krise reagiert wurde. Deutschland folgte hierin der Logik der Schutzverantwortung (R2P), obwohl dieses Prinzip explizit nie angerufen wurde. Da die Krise nicht allein militärischer Natur ist, wurde der Beitrag der Bundeswehr in einen breitgefächerten politischen Ansatz eingebunden, der Deutschland u. a. zur größten Gebernation nach den USA im Irak machte und dessen Beitrag vor allem für das Funktionieren der VN-

⁶⁷ Siehe das Interview mit dem „red card-holder“ der Luftwaffe, Oberst Stefan Bauch, „Neue Phase im Krieg gegen den IS“, Al-Udeid 8. Juni 2018 sowie „Überblick: Der Einsatz gegen den ‚Islamischen Staat‘ IS“, Al-Asrak 4. Juni 2018; beide unter dem folgenden Link zu finden <https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/aktuelles/aus_dem_einsatz/>.

Hilfsorganisationen unerlässlich ist. Deutschland konnte bisher alle diplomatischen Krisen in der Region – insbesondere mit der Türkei und mit den Kurden in Erbil – ohne Ansehensverlust und ohne Gefährdung des Einsatzes leicht meistern. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Phase nach dem Kampf gegen den IS zur Konfrontation mit dem Iran führt. Das könnte im Zuge der irakischen SSR und einer möglichen Konfrontation mit den Hashd al-Shaabi geschehen. In diesem Fall wäre Deutschland gezwungen, seinen Beitrag neu zu überdenken. Vermutlich wird Deutschland versuchen, unter Wahrung seiner Bündnistreue und in Absprache mit den Irakern konstruktive Beziehungen zu iranischen Stellen aufzubauen, um eine Eskalation, deren Hauptleidtragende wieder die Iraker sein würden, abzuwenden.

Übersicht: Inherent Resolve

Wann	Wer	Rolle der CJTF-OIR	Wo
Dezember 2015	10.000 Mann Polizei, lokale Kräfte (Stämme), Anti- Terror-Truppen	Operationsunterstützung	Ramadi/Irak
2015/16	Syrian Democratic Forces (SDF), CJTF-OIR Advise and Assist Teams	Advise and Assist Teams	Shaddadi/Nordost Syrien
Frühjahr 2016	Peschmerga	„Elemente“ des CJTF- OIR	Sinjar und Städte östlich von Mosul
26. Juni 2016	Irakische Kräfte	Ohne Unterstützung durch CJTF-OIR	Fallujah, Öffnung des Euphrattales
		Einsatz von CJTF-OIR ausgebildeten „Wide Area Security Forces“ zur Absi- cherung des Erfolges, nach jeder Operation	
15. August 2016	VSO „Vetted Syrian Opposition“ und politisch organisierte Kräfte (=YPG)	Train and Equip Program	Manbij und Raqqa
25. August 2016	Irakische Elemente		Qayyarah
17. Oktober 2016 – 24. Jänner 2017	Irakische Kräfte	Feuerunterstützung (Arti- lerie, Luftwaffe), Zielerfas- sungsteams	Ost-Mosul
15. August 2016	SDF	Ausweitung des „Train and Equip Program“	Manbij, Raqqa
19. Februar 2017 – 10. Juli 2017	Irakische Kräfte; Häuserkampf	Taktische und operative Unterstützung: Gefechts- feldaufklärung und -be- obachtung, Feuerunter- stützung, Logistik; Strategische Entscheidun- gen wurden von der iraki- schen Regierung und Kommandanten getroffen	West-Mosul
April 2017	SDF	coalition airlift für SDF	Tabqah Damm
6. Juni 2017	SDF		Angriff auf Raqqa

Literatur- und Quellenverzeichnis

Aliza, Marcus. *Blood and Belief. The PKK and the Kurdish fight for Independence*, New York and London 2007.

al-Mawlawi, Ali. *Transformations in German Middle East Policy: The View from Iraq*, (Al-Bayan Center) Bagdad 2018.

Cassdorff, Stephan-Andreas. „Erdogan führt die Bundesregierung Mal um Mal vor“, *Tagespiegel*, 18. Mai 2017.

Chakini, Abbas. *Ab'ad-e prozhe-ye DDR-e Amrika dar jehan-e Eslam*, (Die Dimensionen amerikanischer DDR-Projekte in der islamischen Welt) (Yaghin Zentrum zur Analyse militärischer Doktrinen) Teheran 1387/2008.

Hähnlein, Rayk. *Die deutsche Militärbeteiligung am Kampf gegen den Islamischen Staat (IS)*, (SWP Aktuell 72) Berlin November 2016.

International Crisis Group (ICG): *Fight or Flight: The Desperate Plight of Iraqs ,Generation 2000'*, (Middle East Report 169) 9. August 2016.

Kaya, Zeynep und **Love**, Robert. „The Courious Question of the PYD-PKK Relationship“, in: Gareth Stansfield, „The Kurdish Experience in Post-Saddam Iraq“, in: Gareth Stansfield und Mohammed Shareef (Hgg.), *The Kurdish Question Revisited*, London 2017, S. 275–288.

McDowell, *A Modern History of the Kurds*, (3. erweiterte Auflage) London 2004 (reprint 2017).

Norwegian Refugee Council und Internal Displacement Monitoring Center, *Global Report on Internal Displacement (GRID 2017)*, Oslo 2017.

OCHA, *Iraq: Humanitarian Bulletin – June 2018*, (veröffentlicht) 18. Juli 2018; abzufragen unter <<https://reliefweb.int/report/iraq/iraq-humanitarian-bulletin-june-2018-issued-18-july>>.

Posch, Walter. „Die neue PKK: zwischen Extremismus, politischer Gewalt und strategischen Herausforderungen, (Teil 1)“, in: ÖMZ, 2.2016.

Posch, Walter. Die neue PKK: zwischen Extremismus, politischer Gewalt und strategischen Herausforderungen, (Teil 2)“, in: ÖMZ 3.2016.

Posch, Walter. *Schiiitische Milizen im Irak und in Syrien: Volksmobilisierungseinheiten und andere*, (unveröffentlichtes Hintergrundpapier für das österreichische Innenministerium) Wien 2017 <https://www.academia.edu/34182023/Schiiitische_Milizen_im_Irak_und_in_Syrien>.

Soler i Lecha, Eduard. *Liquid Alliances in the Middle East*, (notes internationales CIDOB) Barcelona März 2017.

Staniland, Paul, „The US military is trying to manage foreign conflicts – not to resolve them. Here is why“, *Washington Post*, 16. Juli 2018.

Stansfield, Gareth. „The Kurdish Experience in Post-Saddam Iraq“, in Gareth Stansfield und Mohammed Shareef (Hg.), *The Kurdish Question Revisited*, London 2017.

Sydow, Christoph. „Deutsche Beteiligung an Anti-IS Koalition: Die Fotolieferanten von der Bundeswehr“, *Spiegel Online*, 18. Mai 2017.

Taştekin, *Rojava Kürtlerin Zamani*, Istanbul 2016.

Thomas, Brigitta und **Bilzer**, Louise (Hgg.): *Vielfalt in Einheit. Europäische Einigung und westfälische Geschichte. Festschrift für Paul Leidinger*, Münster 2002.

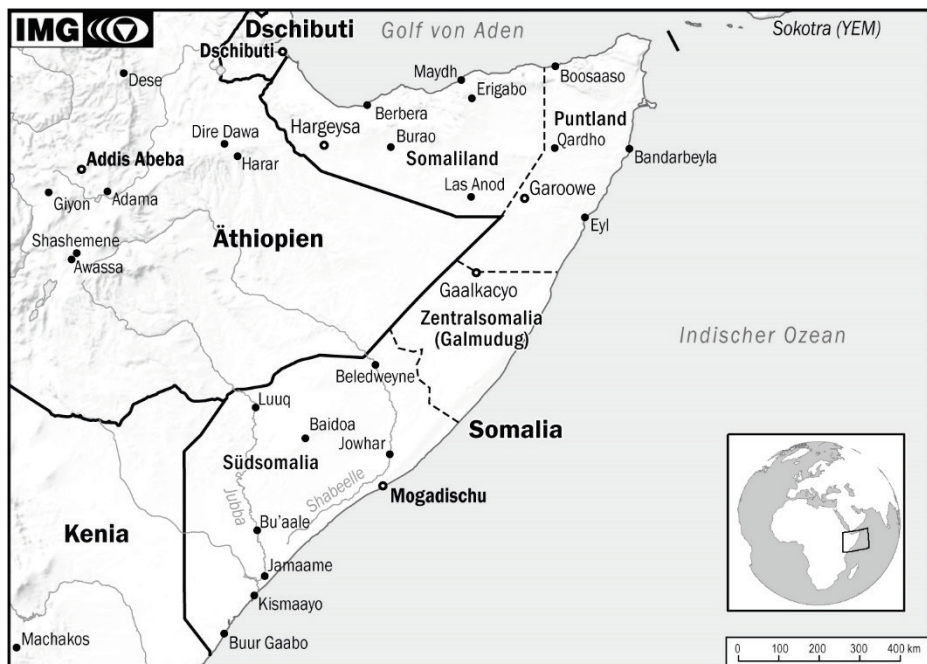
UNOCHA (Hg.): *Humanitarian Response Plan Iraq 2018*, (sine loco) Februar 2018, S. 31–35; erhältlich unter: <<https://www.humanitarianresponse.info/en/operations/iraq/document/iraq-2019-humanitarian-response-plan-january-december-2018>>.

Fallstudie für das Basis-Szenario 6: Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien mit Staatszerfall

Innerstaatlicher Konflikt zumindest zweier rivalisierender Parteien. Der Staat hat nicht die Kontrolle über sein gesamtes Territorium inne. Die Machtfrage steht im Zentrum. Als Folge des Bürgerkrieges entstehen neue politische und territoriale Entitäten. Die Intervention findet in der Phase des Staatszerfalls statt.

Somalia 1991

Gerald Hainz



1 Konfliktbeschreibung

Langzeitpräsident Siad Barre (1969 bis 1991) sah sich seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre mehr und mehr mit clan-basierten Rebellengruppen gegen seinen totalitär agierenden Supreme Revolutionary Council (SRC) konfrontiert, deren wichtigstes Ziel sein Sturz war. Vor allem die Bombardierung von Städten (inklusive Hargeisa in Somaliland) im Jahr 1988 sowie die Inhaftierung führender Politiker im Jahr 1990 einte die unterschiedlichen Gruppen. Nach seinem Sturz begann jedoch der gewaltsame Kampf um Einfluss und Macht. Im Norden spaltete sich im April/Mai 1991 die Republik Somaliland ab. Im Süden waren es bewaffnete Teile des United Somali Congress (USC) unter Mohammed Farah Aidid und Ali Mahdi Mohamed, die um die Vorherrschaft kämpften. Nach vier Monate langen schweren Kämpfen stimmten sie einem Waffenstillstand zu. Als Ergebnis wurde eine „greenline“ zwischen dem Norden und Süden Mogadishus gezogen und die Stadt damit in die jeweiligen Einflusszonen geteilt.

Mit den UNSR-Resolutionen 733 und 746 wurde UNOSOM I (United Nations Operation in Somalia) geschaffen, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen und bei der Wiederherstellung einer öffentlichen Ordnung nach der Auflösung der Zentralregierung zu unterstützen. Mit UNSR-Resolution 794 wurde im Dezember 1992 eine Allianz unter Führung der USA autorisiert (Unified Task Force – UNITAF), die die Sicherung humanitärer Hilfe übernehmen sollte, bis die UNO die Stabilisierung selbst übernehmen konnte. Das Mandat von UNITAF erlaubte in Übereinstimmung mit Kapitel VII der UNO „alle notwendigen Maßnahmen“, um die Lieferung humanitärer Hilfe zu gewährleisten. 1993 startete UNOSOM II, die von einigen Milizen als Bedrohung für ihre Machtansprüche gesehen wurde.

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

2.1 Sicheres Umfeld

Ein **sicheres Umfeld** konnte nicht gewährleistet werden, da es **nicht Teil der Mandate** war. Der **Zugang von Hilfsorganisationen** für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen hat sich in kritischen Räumen **verbessert**, solange eine internationale Präsenz gegeben war. Die **Zahl der Gewaltakteure** ist **gleich** geblieben, wobei Gewaltakteure und

organisierte Kriminalität/Warlords/Klans nicht voneinander getrennt werden können. Damals wie heute wird Sicherheit im Wesentlichen durch den jeweiligen Klan sichergestellt.

2.2 Friedens- und Verhandlungsprozess

Ein Verhandlungsprozess führte in Mogadishu zu einer kurzzeitigen, fragilen Einigung zwischen Mohammed Farah Aidid und Ali Mahdi Mohamed, die relativ rasch zerbrach.

2.3 Regionale/transnationale Auswirkungen

Die Zahl der international Schutzsuchenden führte in den Nachbarstaaten teilweise zu permanenten Siedlungen, die bis heute existieren und Implikationen auf die Sicherheit haben. In den 2010er-Jahren begann Al-Shabaab, gezielt in den Lagern (besonders in Kenia) zu rekrutieren.

2.4 Umgang mit staatlicher Integrität

Eine **rechtliche Anerkennung und politische Unterstützung** für neue oder bereits bestehende Entitäten ist **nicht gegeben**. Die Republik Somaliland wurde bis dato (2018) **international nicht anerkannt**. Die **Bevölkerung Somalilands unterstützt die Unabhängigkeit** bis heute. Aufgrund der Herausforderungen im Rest Somalias blieb eine Auseinandersetzung der Bevölkerung mit der Abspaltung aus.

2.5 Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren

Eine Zustimmung der relevanten Konfliktakteure war nur gegeben, wenn es in deren militärischen und/oder politischen Interessen lag. **Vereinbarungen** wurden nur **bedingt** von Interessen getrieben **eingehalten**.

2.6 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

Aufgrund des Einsatzes gegen relevante Warlords gab es **Proteste der Bevölkerung gegen den internationalen Einsatz**.

3 Der Einfluss der Intervention im Kontext Internationaler Organisationen

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention

Zu Beginn der 1990er-Jahre war nur die UNO in Somalia. Die OAU (Organisation Afrikanischer Einheit) hatte keinen bedeutenden Einfluss.

3.2 Innere Kohärenz

Es beteiligten sich zahlreiche UNO-Mitgliedstaaten, bei UNOSOM II jedoch deutlich mehr als bei UNOSOM I. Die **Effektivität** der **Entscheidungsgremien** war **mittel**.

3.3 Interne Weiterentwicklung der Organisation

In Folge der Somalia-Einsätze blieb die **Zusammenarbeit** innerhalb der internationalen Organisation im Bereich internationales Krisen- und Konfliktmanagement **gleich**. Lediglich die USA haben von weiteren Einsätzen in Afrika Abstand genommen. Dies hatte auf den Genozid in Ruanda einen maßgeblichen Einfluss. Die Entwicklung der **operativen Kapazitäten** ist insofern **gleichgeblieben**, als die UNO keine eigenen Truppen hat und von Truppenstellern abhängig ist.

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Die UNO ging aus den Somalia-Einsätzen eher geschwächt hervor, weil Einsätze in Afrika von den Mitgliedstaaten kritischer betrachtet wurden.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Mandate des Sicherheitsrates der UNO waren gegeben. Diese wurden den Umständen angepasst (UNITAF, von UNOSOM I zu UNOSOM II). Für UNITAF war das Mandat durch die Resolution 794/1992, für UNISOM I

durch Resolution 751/1992, für UNOSOM II durch Resolution 814/1993 gegeben.¹

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates

Als Entsendestaat werden die USA betrachtet.

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

Als globaler Akteur **stimmte** der Einsatz **mit der Sicherheitsstrategie** der USA **überein**. Eine wesentliche Konsequenz für die USA war, dass sie sich in Ruanda aufgrund der Verluste in Somalia („Black Hawk Down“) nicht militärisch engagierten.

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

Die **öffentliche Meinung** in den USA änderte sich von **neutral zu negativ**, insbesondere nach den Kämpfen in Mogadischu. Die politischen Ziele wurden nicht erreicht.

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Personal und Material waren **ausreichend und zeitgerecht** vorhanden. Die vorhandenen **Verfahren** waren aufgrund des Scheiterns der Intentionen offensichtlich **nicht geeignet**. Ein **wenig abgestimmtes Handeln** der USA mit der UNO wurde für das Scheitern mit verantwortlich gemacht.

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

Es konnte keine zusätzliche politische Dynamik neben den Staatsinteressen festgestellt werden.

¹ www.un.org.

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

Die **Akzeptanz** der USA als Partner im internationalen System **blieb gleich**, die **Attraktivität** als gewünschter Partner hat sich jedoch **vermindert**.

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Der 3. Oktober 1993 (Black Hawk Down) gilt als eine der größten Demütigungen in der Geschichte des US-Militärs.

4.7 Rückwirkungen

4.7.1 Politische Rückwirkungen

Die **politischen Beziehungen** zum Zielgebiet haben sich **verschlechtert**. Die **innenpolitische Stabilität** der Regierung ist **gleichgeblieben**, wenngleich es in den USA Demonstrationen gegen den Einsatz gab.

4.7.2 Humanitäre Rückwirkungen

Die Zahl der **international Schutzsuchenden** im Entsendestaat stellte **keine verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderung** dar.

4.7.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

Es gab **keine Auswirkungen** auf den generellen **Außenhandel** sowie den Außenhandel mit dem Zielgebiet und **keine innerstaatlichen wirtschaftlichen Konsequenzen**.

4.7.4 Sicherheitspolitische Rückwirkungen

Gewaltakte oder aggressive Handlungen der Akteure aus dem Zielgebiet **im Entsendestaat gab es ebenso wenig**, wie aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft.

4.8 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Mandate des UN-Sicherheitsrates waren für alle Phasen des Einsatzes gegeben, waren aber nicht an die realen sicherheitspolitischen Entwicklungen angepasst und nahmen auf die Besonderheiten des Einsatzgebietes (Clansystem, etc.) keine Rücksicht.² Die Mandate waren zudem zu umfassend und es wurde kein klares Ziel formuliert. Für UNITAF war das Mandat durch die Resolution 794/1992, für UNISOM I durch Resolution 751/1992, für UNOSOM II durch Resolution 814/1993 gegeben.³

5 Fazit

Der Einsatz der UNO in Somalia erfolgte kurz nach dem Fall der Berliner Mauer in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld. Die USA waren als alleinige Weltmacht verblieben und insgesamt war eine Aufbruchsstimmung erkennbar, die aber durch die Verluste der USA in Mogadischu (vor allem durch die mediale Verbreitung der Bilder) getrübt wurde. Die Afrikapolitik der USA wird bis heute davon zumindest in Teilen bestimmt. Besonders gravierend waren die Auswirkungen in Ruanda, als die USA im Genozid auf einen Einsatz verzichteten. Auf Somalia und die politischen Entwicklungen im Land hatte der Einsatz kaum eine Auswirkung. In Unkenntnis der sozialen und gesellschaftlichen Organisation Somalias wurden viele Fehlentscheidungen getroffen, da die Auswirkungen nicht abgeschätzt werden konnte. Letztendlich waren die Union der Islamischen Gerichtshöfe und ist Al-Shabaab eine Konsequenz dieser internationalen Einsätze.

² Zur sozialen Organisation der somalischen Gesellschaft siehe Zitelmann, Thomas: Soziale Strukturen, Organisationsformen und Konfliktverhalten unter Somali. In: Feichtinger, Walter und Hainzl, Gerald (Hg.): Somalia, Optionen – Chancen – Stolpersteine. Böhlau Verlag 2011, S. 29–53.

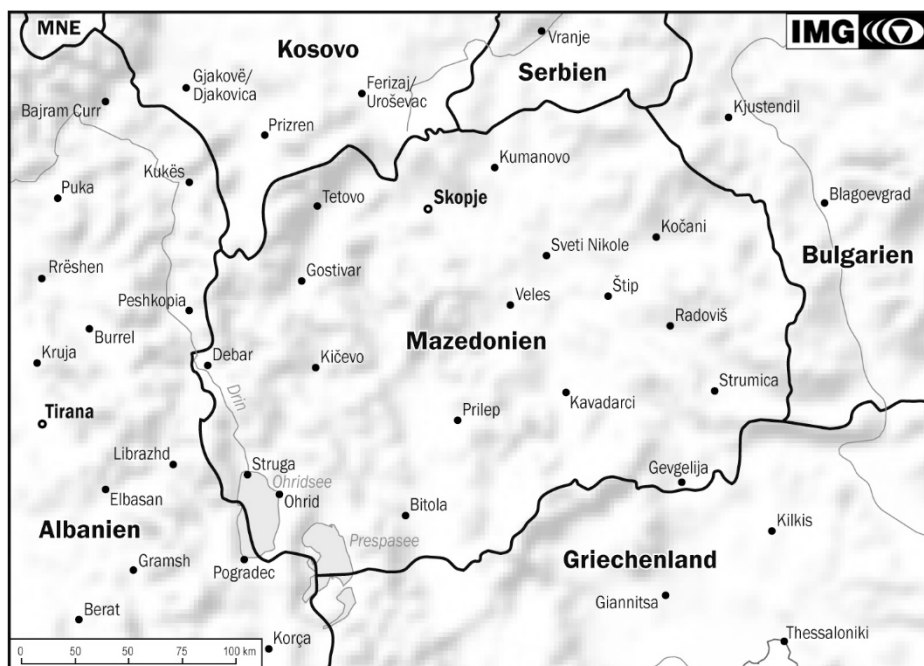
³ www.un.org.

Fallstudie für das Basis-Szenario 7: Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien in einem Nachbarstaat mit Spill-Over-Gefahr

Mehrere Parteien in einem Nachbarstaat sind in einen gewaltsamen Konflikt involviert und es besteht die Gefahr des Ausweitens des Konflikts auf einen oder mehrere Nachbarstaat(en).

Die präventive Mission UNPREDEP in Mazedonien (1992/95–99): Eine Analyse im Kontext der schwedischen Beteiligung

Predrag Jureković



1 Konfliktbeschreibung

Im Kontext des gewaltsamen Zerfalls der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bestand Anfang der 1990er-Jahre auch das Risiko, dass gewaltsame Entwicklungen aus den anderen ex-jugoslawischen Gebieten auf den im September 1991 gegründeten Staat Mazedonien¹ „überschwappen“ könnten. Insbesondere die Eskalation des Krieges in Bosnien und Herzegowina (1992–95) sowie die zunehmende Verschärfung des Kosovokonfliktes innerhalb des neu gegründeten, von Serbien (inklusive Kosovo) und Montenegro gebildeten Staates Bundesrepublik Jugoslawien² rief internationale Besorgnis vor einer Destabilisierung des multiethnischen Mazedonien hervor. Interethnische Konfliktpotentiale zwischen der albanischen Volksgruppe in Mazedonien (ca. 25%) und der mazedonischen Titularnation zeichneten sich in den frühen 1990er-Jahren ebenso ab wie größere außenpolitische Probleme mit dem Nachbarn Griechenland wegen des Staatsnamens und nationaler Symbole von Mazedonien.

Vor dem Hintergrund dieser zahlreichen regionalen, nachbarschaftlichen und innenpolitischen Probleme, die die Stabilität Mazedoniens ernsthaft gefährden konnten, beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSR) im Dezember 1992, einen Teil der hauptsächlich für Bosnien und Herzegowina vorgesehenen Schutztruppe United Nations Protection Force (UNPROFOR) für eine präventive Mission in Mazedonien abzustellen.

¹ Im Februar 2019 erfolgte die offizielle Umbenennung der Republik Mazedonien in Republik Nordmazedonien. Vorausgegangen war der Umbenennung ein politischer Kompromiss zwischen Skopje und Athen im langjährigen „Namensstreit“. Wegen dieses Disputs war in den diplomatischen Beziehungen der provisorische Name Former Yugoslav Republic of Macedonia in Gebrauch. In diesem Beitrag über einen zwei Jahrzehnte zurückliegenden internationalen Einsatz wird der Einfachheit halber die frühere Bezeichnung „Mazedonien“ verwendet.

² Die als eine der Nachfolgestaaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien 1992 gegründete Bundesrepublik Jugoslawien existierte bis 2003, wurde dann in den Staat „Serbien und Montenegro“ umbenannt. Mit der montenegrinischen Unabhängigkeitserklärung im Juni 2006 hörte auch dieser Staatenbund zu existieren auf. Der Kosovo, welcher bis 1999 innerhalb der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Bundesrepublik Jugoslawien als autonomes Gebiet ein Teil Serbiens gewesen war, kam im Juni 1999 unter die Protektoratsverwaltung der UNO. Im Februar 2008 rief das kosovarische Parlament die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo aus. Sie wurde bis März 2019 von etwas mehr als 100 UN-Mitgliedsländern, jedoch nicht von Serbien anerkannt.

Als eigenständige Mission United Nations Preventive Deployment Force (UNPREDEP) wurde diese erste präventive UN-Mission im März 1995 eingesetzt. Sie besaß militärische und zivile Komponenten. Der Großteil der bis zu 1050 Militärpersonen setzte sich aus US- und skandinavischen Soldatinnen und Soldaten (darunter auch aus Schweden) zusammen. Ihre Aufgabe bestand vor allem darin, durch ständige Präsenz an sensiblen Grenzabschnitten Mazedoniens zur Bundesrepublik Jugoslawien und zu Albanien eine abschreckende Wirkung gegenüber potentiellen Konfliktakteuren zu erzielen und somit ein Überschwappen von Konflikten nach Mazedonien zu verhindern. Die zivilen Komponenten der UNPREDEP, insbesondere die UN-Polizei CIVPOL und der Special Representative of the Secretary General (SRSG) als Missionsleiter, sollten durch vertrauensbildende Aktivitäten auch nach innen stabilitätsfördernd wirken.

Die Mission der UNPREDEP wurde bis Februar 1999 mehrmals vom UNSR verlängert, ehe sie – wegen eines Vetos von China – ungeachtet der sich abzeichnenden Eskalation des Kosovo-Konfliktes beendet wurde.

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

2.1 Sicheres Umfeld

Die UNPREDEP unterhielt bis zu 24 permanente und bis zu 33 zeitweilige Beobachtungsposten an den Grenzabschnitten von Mazedonien zur Bundesrepublik Jugoslawien und zu Albanien. 150 bis 400 Patrouillen wurden pro Woche durchgeführt. **Während** der Präsenz der **UNPREDEP** kam es zu **keinem nennenswerten Einwirken von Konfliktakteuren aus dem Hauptkonfliktgebiet** in den Nachbarländern nach Mazedonien. Das militärische Personal der UNPREDEP sowie die UN-Polizei UNCIVPOL war nicht befugt, verdächtige Personen festzunehmen und durfte auch nur zu Selbstverteidigungszwecken Waffengewalt anwenden. Ungeachtet dessen entwickelte die Präsenz der UN-Kräfte eine abschreckende Wirkung auf kriminelle und extremistische Personen und Gruppen. So kehrte z. B. eine Gruppe von Waffenschmugglern im Februar 1999 nach Albanien zurück, als sie von UNO-Soldaten beim versuchten Grenzübertritt nach Mazedonien

entdeckt wurde.³ Potentiell bedrohliche Konfliktfaktoren aus den Nachbarländern waren für Mazedonien in der Phase der UNPREDEP-Präsenz der nicht genau geregelte Grenzverlauf zur Bundesrepublik Jugoslawien, die Verschärfung des Kosovokonfliktes seit 1997 und die bürgerkriegsähnlichen Unruhen in Albanien 1997.⁴ Aus diesen Gründen wurde UNPREDEP mehrfach vom UN-SR verlängert.

Neben den potenziellen Risikofaktoren in den Nachbarländern wurde die Stabilität Mazedoniens aber mindestens im gleichen Ausmaß durch die Verschlechterung der interethnischen Beziehungen in diesem Balkanland gefährdet. 1994–1997 kam es vor allem in den mehrheitlich von ethnischen Albanern besiedelten Städten Tetovo und Gostivar zu Zusammenstößen mit der mazedonischen Polizei. Ausschlaggebend dafür waren die albanische Forderung nach Gleichstellung der albanischen Sprache und ihrer National-symbole sowie weitere politische, soziale und rechtliche Forderungen aus dieser Gemeinschaft gewesen.⁵ Wegen ihrer Unparteilichkeit – so der letzte Leiter der UNPREDEP und SRSG, Henryk J. Sokalski – habe die UN-Mission gute Dienste bei der Vermittlung in politischen Konflikten mit interethnischem Bezug leisten können.⁶ Der UNCIVPOL, welcher die mazedonischen Behörden zunächst Misstrauen entgegenbrachten, gelang es, ein gutes Verhältnis zur mazedonischen Grenzpolizei und zur lokalen ethnisch-albanischen Bevölkerung aufzubauen. Dies wirkte sich beruhigend auf die interethnischen Beziehungen aus. Auch verschiedene humanitäre Aktionen, die vom UNPREDEP-Militär, der UNCIVPOL oder im Rahmen des United Nations Development Programme (UNDP) durchgeführt wurden, trugen dazu bei, die Akzeptanz der internationalen Akteure zu erhöhen und interethnische Spannungen zu verringern.⁷

Die **Zahl der international Schutzsuchenden in Mazedonien aus dem Hauptkonfliktgebiet** blieb während des UNPREDEP-Einsatzes **gering und ungefähr gleich**. Eine große Zahl an Flüchtlingen (ca. 255.000) suchte in Mazedonien im Frühjahr 1999 im Kontext der Eskalation des

³ Vgl. Sokalski, Henryk J.: An ounce of prevention. Macedonia and the UN experience in preventive diplomacy. Washington 2003, S. 122f.

⁴ Ebd., S. 110f.

⁵ Ebd., S. 112f u. 116f.

⁶ Ebd., S. 108f.

⁷ Ebd., S. 127ff. u. S. 157.

Kosovokonflikts Zuflucht.⁸ In dieser Phase war der UNPREDEP-Einsatz aber schon beendet gewesen.

2.2 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Regierung des Spill-Over-Gebiets

Die durch die Resolution 795 (11. Dezember 1992) des UN-SR beschlossene **Ausweitung der UN-Präsenz auf die Grenzgebiete Mazedoniens** zur damaligen Bundesrepublik Jugoslawien und zu Albanien war **im Sicherheitsinteresse** des jungen Staates und traf **bei den politisch Verantwortlichen auf hohe Akzeptanz**. Dem Beschluss durch die UN-SR-Resolution war ein Brief des damaligen Präsidenten Mazedoniens, Kiro Gligorov, vorausgegangen. Darin ersuchte Gligorov eindringlich um die Präsenz von UN-Beobachtern in seinem Land, da er ein Überschwappen des jugoslawischen Zerfallskrieges auf Mazedonien befürchtete.⁹

Gewisse Reserven bestanden bei mazedonischen Regierungsvertretern in Bezug auf einige „Good-Offices-Aktivitäten“ der Missionsleiter von UNPREDEP, nachdem diese am 31. März 1995 durch die UN-SR-Resolution 983 als eigenständige Mission eingesetzt wurde. Diese Aktivitäten zielten u. a. auf die Verbesserung der interethnischen Kommunikation in Mazedonien ab, was von einigen Regierungsvertretern als zu starke internationale Einmischung in die inneren staatlichen Angelegenheiten beurteilt wurde.¹⁰

Die insgesamt aber sehr hohe Akzeptanz der UNPREDEP-Mission bei der mazedonischen Staatsführung zeigte sich im großen Bedauern, das Gligorov im März 1999 in einem Brief an den UN-Generalsekretär angesichts der Beendigung der UNPREDEP-Mission ausdrückte. Vor dem Hintergrund der in dieser Phase eskalierenden Kosovokrise hatte Mazedonien großes Interesse an der Verlängerung der Mission gehabt.¹¹

⁸ Vgl. UN High Commissioner for Refugees: UNHCR Country Operations Plan 2002 – FYR of Macedonia (December 2001). <<http://www.refworld.org/type,COP,,MKD,,,0.html>>, abgerufen am 25.6.2018, S. 2.

⁹ Vgl. Sokalsky: An ounce of prevention, S. 96.

¹⁰ Ebd., S. 151.

¹¹ Vgl. United Nations, S/1999/271, 12 March 1999 (Annex: Letter dated 12 March 1999 from the President of the former Yugoslav Republic of Macedonia addressed to the

2.3 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung des Spill-Over-Gebiets

Gemäß den Ausführungen von Sokalsky und einer 1997 in Mazedonien durchgeführten repräsentativen Umfrage ist eine relative **Mehrheit der mazedonischen Staatsbürger** (inklusive der ethnischen Albaner, Türken, Serben und Roma) der UNPREDEP-Mission **positiv oder** zumindest **neutral** gegenübergestanden. Während der sechsjährigen UN-Präsenz fanden **weder** nennenswerte **Demonstrationen für noch gegen** die UNPREDEP in Mazedonien statt. In der von Sokalski zitierten repräsentativen Meinungsumfrage aus dem Jahr 1997 bezeichneten 26,41% der Befragten die UNPREDEP als erfolgreiche Mission, 14,88% als teilweise erfolgreich, 9,07% als gescheiterte Mission und 37,06% hatten keine Meinung dazu. Ungefähr 65% sprachen sich bei der genannten Umfrage 1997 dafür aus, die UNPREDEP-Mission entweder mit bestehendem oder erweitertem Mandat fortzusetzen. Ca. 23% bevorzugten die Beendigung der Mission und den Abzug der internationalen Kräfte.¹²

Am Beginn der UN-Präsenz bestanden vor allem Bedenken bei ethnischen Albanern, da die UN-Beobachter vor allem in Grenznähe zu Albanien und der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien (und der damaligen autonomen Provinz Kosovo) eingesetzt waren.¹³ Die Verschärfung des innerstaatlichen mazedonisch-albanischen Konflikts Mitte der 1990er-Jahre führte vereinzelt zur Kritik mazedonischer Medien, die der UNPREDEP vorwarfen, sich einzumischen.¹⁴ Durch zahlreiche vertrauensbildende Aktivitäten der Militärbeobachter (United Nations Military Observers/UNMOs) und der UN-Polizeibeobachter in den Dörfern des Grenzgebietes vergrößerte sich sehr bald die Akzeptanz der UNPREDEP.¹⁵ Insbesondere **von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Mazedonien** wurden die **humanitären Aktivitäten der UNPREDEP sehr positiv perzipiert**. Dazu gehörten z. B. Ausbesserungsarbeiten an Straßen, die durch militärische Einheiten der

Secretary-General). <<https://digitallibrary.un.org/record/1490606?ln=en>>, abgerufen am 15.4.2018.

¹² Vgl. Sokalsky: An ounce of prevention, S. 172.

¹³ Ebd., S. 97.

¹⁴ Ebd., S. 115.

¹⁵ Ebd., S. 126ff.

UNPREDEP durchgeführt wurden, sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Schulkindern und medizinische Hilfestellungen.¹⁶

3 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext der Internationalen Organisation

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Intervention

Während des UNPREDEP-Einsatzes in Mazedonien war **auch die Mehrheit der anderen internationalen Sicherheitsorganisationen** phasenweise entweder in Mazedonien selbst oder im benachbarten Kosovo durch eigene Missionen/Operationen **präsent**. Der SRSG als Leiter der UNPREDEP-Mission stand deshalb vor der Herausforderung, die eigenen Aktivitäten mit jenen der anderen internationalen Organisationen bestmöglich zu koordinieren. Die engsten Kontakte bestanden zur OSZE Spillover Monitor Mission, die über ein ähnliches politisches Mandat wie die UNPREDEP verfügte. Nach Selbsteinschätzung der UNO war die **Effektivität der Koordinierungsmechanismen**, die zwischen der **UNO-** und der **OSZE-Mission** bestanden, **hoch**. Auf Führungs- und operativer Ebene fanden regelmäßige Koordinierungstreffen und ein Informationsaustausch statt. Obwohl die OSZE-Mission als Early-Warning-Instrument ähnliche präventive Ziele verfolgte wie die UNPREDEP, sei es gelungen, sich sinnvoll zu ergänzen. So hätte die OSZE-Mission von der konstanten Beobachtung der Grenze Mazedoniens zur Bundesrepublik Jugoslawien durch die UNPREDEP profitiert, da die OSZE-Mission dazu von ihren personellen Ressourcen her nicht in der Lage war. Andererseits hat das gemeinsame Auftreten des Leiters der UNPREDEP-Mission mit den OSZE-Repräsentanten bei interethnischen Krisen in Mazedonien den internationalen Vermittlungsbemühungen Nachdruck verliehen.¹⁷

Kontakte zur Abstimmung von Aktivitäten bestanden – allerdings auf niedrigerem Niveau als zur OSZE – auch **zur EU Monitoring Mission** in

¹⁶ Ebd., S. 129f.

¹⁷ Ebd., S. 184ff

Mazedonien **und** zur **NATO**.¹⁸ Letztere überwachte zwischen Dezember 1998 und März 1999 im Rahmen der NATO Kosovo Air Verification Mission von Mazedonien aus Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Jugoslawien über die Nutzung des Luftraumes über Kosovo. Eine zweite NATO-Operation, die während der UNPREDEP-Präsenz in Mazedonien stattfand, war der Einsatz der NATO Extraction Force. Diese war zwischen Dezember 1998 und Juni 1999 als Notfalltruppe in Mazedonien präsent, um bei einer Eskalation des militärischen Konflikts im Kosovo die dort eingesetzten OSZE-Beobachter zu retten.¹⁹

3.2 Innere Kohärenz

Die UNPREDEP verfügte über **eindeutig zuordenbare Strukturelemente**, mit **klar umrissener Aufgabenstellung**. Dazu gehörten die militärische Komponente mit zwei mechanisierten Infanterie-Bataillonen und einem Pionierzug (insgesamt bis zu 1.050 Militärpersonen) sowie bis zu 35 Militärbeobachter. Die Zivilkomponente der UNPREDEP setzte sich aus 203 vom UNO-SR autorisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen (davon 68 internationale Mitarbeiter/innen) sowie aus bis zu 26 Polizisten. Der SRSG, der als Missionsleiter fungierte, repräsentierte die Mission auch gegenüber internationalen Partnern und den Akteuren in Mazedonien.²⁰

Ungeachtet der grundsätzlich aufeinander abgestimmten Strukturelemente lag die **Effektivität der Entscheidungsgremien auf mittlerem Niveau**. Diese Einschränkung ergab sich aus dem Umstand, dass die US-Truppen, die ein Bataillon stellten, ihre Befehle von den US-Kommandostrukturen erhielten, obgleich sie nominell Teil der UNO-Truppen waren. Entscheidungsabläufe gestalteten sich im Falle der US-Truppen schwieriger als im Falle der

¹⁸ Vgl. United Nations Security Council, S/1999/161, 12 February 1999 [Report of the Secretary General on the United Nations Preventive Deployment Force pursuant to Security Council Resolution 1186 (1998)]. <<http://www.un.org/en/sc/documents/sgreports/1999.shtml>>, abgerufen am 4.4.2018, S. 3.

¹⁹ Vgl. Feichtinger, Walter/Gustenau, Gustav: Die NATO-Operation gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. In: ÖMZ, 3/1999, S. 334–340, hier S. 335.

²⁰ Vgl. General Assembly of the United Nations: Financing of the United Nations Preventive Deployment Force. Report of the Secretary-General, A/53/812, 28 January 1999. <<https://digitallibrary.un.org/record/1487622?ln=en>>, abgerufen am 4.4.2018, S. 4f.

truppenstellenden Staaten des nordischen Bataillons, die vollständig in die UNO-Befehlskette integriert waren. Dies betraf zum Beispiel die Verlegung von Truppenteilen entlang der Grenze zu Albanien und Bundesrepublik Jugoslawien/Kosovo in Folge der Verschärfung der Krise in beiden Ländern im Jahr 1997. Während das nordische Bataillon flexibel eingesetzt werden konnte, gab es für die US-Truppen größere Einschränkungen.²¹ Andererseits garantierte die US-Präsenz eine starke abschreckende Wirkung in einem potenziell sicherheitspolitisch sehr gefährlichen Umfeld.

Militärische Kontingente für die UNPREDEP-Mission stellte mit sechs Staaten (Dänemark, Finnland, Indonesien, Norwegen, Schweden und USA) nur eine **kleine Minderheit unter den UNO-Mitgliedsländern**. Wegen der **guten Zusammenarbeit**, insbesondere der **nordeuropäischen Kontingente**, wirkte sich dieser Umstand in diesem Fall **vorteilhaft auf die Kohärenz** innerhalb der Mission **aus**. Die UN-Polizei CIVPOL wurde von sieben europäischen Staaten (einschließlich der Türkei) gestellt. Demgegenüber repräsentierten die aus 25 Staaten entsandten Militärbeobachter ein breiteres UN-Spektrum.²²

3.3 Interne Weiterentwicklung der Organisation

Mit der UNPREDEP hatte die UNO zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1945 eine präventive Mission/Operation mit überwiegend militärischem Anteil durchgeführt. Durch diesen „Modellfall“ wurden bessere **Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation** im Bereich des **internationalen Krisen- und Konfliktmanagements**, insbesondere im präventiven Bereich, **geschaffen**. Die **operativen Kapazitäten** sind **gestiegen**. Als vorteilhaft hat sich diesbezüglich die Zusammensetzung der UNPREDEP-Truppen aus je etwa zur Hälfte skandinavischen und US-Militärpersonen erwiesen. Während das nordische Bataillon für die traditionellen Peacekeeping-Aufgaben zuständig war, hatte die Präsenz der US-Soldaten vor allem abschreckende Wirkung auf

²¹ Vgl. Sokalsky: An ounce of prevention, S. 131ff.

²² Vgl. United Nations Security Council, S/1999/161, 12 February 1999 [Report of the Secretary General on the United Nations Preventive Deployment Force pursuant to Security Council Resolution 1186 (1998)]. <<http://www.un.org/en/sc/documents/sgreports/1999.shtml>>, abgerufen am 4.4.2018, S. 10.

potenzielle Akteure mit destabilisierenden Zielen. Björkdahl bezeichnete die Truppenzusammensetzung als Herausforderung für das bis dahin gültige Prinzip des Peacekeeping, Großmächte nicht an solchen Friedenseinsätzen zu beteiligen.²³

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Nach der starken Kritik am UNO-Einsatz während des Krieges in Bosnien und Herzegowina, insbesondere im Kontext des Genozids im ostbosnischen Srebrenica, bedeutete der insgesamt erfolgreiche **UNPREDEP-Einsatz** eine **Stärkung der UNO** als **internationaler Partner** bei Krisenmanagement-Einsätzen. Mit der UNPREDEP-Mission **konnte** die UNO den **Vorbildcharakter eigener Konzepte** im Rahmen der internationalen Friedenssicherung **unter Beweis stellen**. Diese Feststellung bezieht sich vor allem auf die Stärkung von Konzepten zur Konfliktprävention, die in der „Agenda for Peace“ (1992) erstmals programmatisch im Rahmen des UN-Systems entwickelt wurden.²⁴

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Die präventive UN-Friedensmission in Mazedonien **hatte ein Mandat des UN-SR**. Dem **Einsatz** war ein **Ersuchen des mazedonischen Präsidenten** Gligorov an die UNO nach internationaler Präsenz in seinem Land **vorausgegangen** (siehe dazu 2.2). Mit der SR-Res 795 vom 11. Dezember 1992 beschloss der UN-SR, eine militärische UN-Präsenz in Mazedonien zu installieren. Das **Mandat der Mission** war **eindeutig formuliert**. Es war präventiv ausgerichtet und sah vor, dass die UN-Präsenz die Grenze Mazedoniens zu Albanien und zur Bundesrepublik Jugoslawien beobachten und über relevante Entwicklungen berichten sollte, die die Stabilität Mazedoniens gefährden könnten. Das militärische Personal hierfür wurde zunächst aus der UNPROFOR rekrutiert, die die UN-Friedensbemühungen in Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina unterstützte. Die präventive Mission verfügte

²³ Vgl. Björkdahl, Annika: Promoting Norms through Peacekeeping: UNPREDEP and Conflict Prevention. In: International Peacekeeping, 2/2006, S. 214-218, hier S. 216 u. 223f.

²⁴ Vgl. Robin, Natasha: Lessons Learned from UNPREDEP: Preventive Peacebuilding in Macedonia. In: Paterson Review of International Affairs, Vol. 15/2015, S. 20-29, hier S. 27.

über keine exekutiven Befugnisse. Alleine durch ihre Präsenz sollte eine abschreckende Wirkung erzielt werden – was auch weitestgehend gelang.

Das **Grundmandat** des UN-SR mit den präventiven Aufgaben **blieb bis 1999 bestehen. Leichte Anpassungen** des Mandats **an die reale sicherheitspolitische Entwicklung fanden 1994–98 aber statt.** In seiner Resolution 908 von 31. März 1994 ermutigte der Sicherheitsrat den noch für das gesamte frühere Jugoslawien zuständigen SRSG, sich in Kooperation mit den mazedonischen staatlichen Stellen für die Erhaltung des Friedens und der Stabilität innerhalb Mazedoniens einzusetzen.²⁵ Mit der Betonung der „good offices“ des SRSG wurde vom UN-SR dem Umstand Rechnung getragen, dass die Bedrohung der Stabilität Mazedoniens nicht nur von Krisen in der unmittelbaren Nachbarschaft, sondern auch von der Verschärfung der interethnischen Probleme zwischen ethnischen Mazedoniern und ethnischen Albanern innerhalb von Mazedonien ausging.²⁶

Durch die SR-Res 983 von 31. März 1995 wurde die präventive UN-Mission unter dem Namen UNPREDEP als eigenständige Mission etabliert. Dieser Umstand ermöglichte es dem SRSG in Mazedonien, direkt mit dem UN-Hauptquartier in New York in Kontakt zu treten und es mit Informationen aus erster Hand zu versorgen. Auch die Wahrnehmung durch nationale Akteure in Mazedonien verbesserte sich nach der „Abkoppelung“ der präventiven Mission von UNPROFOR.²⁷ Am 21. Juli 1998 bekräftigte der UN-SR durch die SR-Res 1186, dass UNPREDEP durch ihre Präsenz Bedrohungen abhalten, Auseinandersetzungen verhindern und die Grenzabschnitte beobachten sollte. Der SRSG wurde aufgefordert, dem UN-Generalsekretär über alle Entwicklungen zu berichten, die eine Bedrohung für Mazedonien darstellen könnten.²⁸ Letzteres umfasste insbesondere auch den Waffenschmuggel in den Grenzregionen, der 1997 wegen der Verschärfung des

²⁵ Vgl. General Assembly of the United Nations: Financing of the United Nations Preventive Deployment Force. Report of the Secretary-General, A/53/812, 28 January 1999, S. 4.

²⁶ Vgl. United Nations Security Council, S/1997/631, 11 August 1997 [Report of the Secretary General on the United Nations Preventive Deployment Force pursuant to Security Council Resolution 1110 (1997)]. <<https://www.un.org/en/sc/documents/sgreports/1997.shtml>>, abgerufen am 14.4.2018, S. 4.

²⁷ Vgl. Sokalski: An ounce of prevention, S. 101.

²⁸ Vgl. General Assembly of the United Nations: Financing of the United Nations Preventive Deployment Force. Report of the Secretary-General, A/53/812, 28 January 1999, S. 4.

Kosovo-Konflikts und der innerstaatlichen Krise in Albanien zugenommen hatte.

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

Das **Engagement Schwedens bei UNPREDEP** stand in **Übereinstimmung** mit **relevanten Dokumenten** für das **Auslandsengagement** Schwedens. In ihrer „Government Communication“ mit dem Titel „Preventing Violent Conflict – Swedish Policy for the 21st Century“ aus dem Jahr 2000 betonte das schwedische Außenministerium, dass aus der Sicht Schwedens die Beteiligung an der Prävention gewaltsamer Konflikte durch die Beteiligung an UN- und anderen Friedenstruppen sowie an internationalen Vermittlungsmissionen ein zentrales Element einer solidarischen und friedvollen Politik Schwedens gewesen ist und auch in Zukunft bleiben wird. In diesem Zusammenhang wurde von schwedischer Seite an die internationale Gemeinschaft appelliert, die Prävention von Konflikten in einem frühen Stadium anzustreben.²⁹

Björkdahl weist in einem Beitrag über die schwedische Außen- und Sicherheitspolitik auf das oftmalige strategische Bekenntnis Schwedens zum Konzept der Konfliktprävention im Zeitraum 1995–2003 hin. Dazu zitiert sie außer der oben angeführten Government Communication u. a. auch den 1997 erschienen Außenamtsbericht „Preventing Violent Conflict – A Study“ und das strategische Dokument „Preventing Violent Conflict – A Swedish Action Plan“ aus 1999.³⁰ Trotz eines in Schweden durchgeführten Regierungswechsels während des Einsatzes von UNPROFOR/UNPREDEP in Mazedonien **gab** es in dieser Phase einen **breiten Konsens zwischen den schwedischen**

²⁹ Vgl. Ministry for Foreign Affairs Sweden: Preventing Violent Conflict – Swedish Policy for the 21st Century. Government Communication 2000/01:2. Stockholm 2001, S. 9.

³⁰ Vgl. Björkdahl, Annika: Constructing a Swedish Conflict Prevention Policy Based on a Powerful Idea and Successful Practice. In: Cooperation and Conflict. Journal of Nordic International Studies Association, 2/2007, S. 169-185, hier S. 178f.

Parteien über den präventiven Einsatz wie auch über die Eckpfeiler der schwedischen Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen.³¹

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

Aus Sicht der an UNPREDEP beteiligten nordeuropäischen Staaten, darunter Schweden, wurden die **politisch festgelegten Ziele weitgehend erreicht**. Schweden und die anderen nordeuropäischen Teilnehmerstaaten haben Schritte gesetzt, um in einem konkreten Fall die politische Forderung nach Konfliktprävention in die Praxis umzusetzen. Damit wurde auch die UNO in ihren damaligen diesbezüglichen Reformvorhaben unterstützt. In Mazedonien selbst konnte Schweden durch seinen militärischen Beitrag zur Verhinderung negativer Spill-Over-Effekte beitragen.³²

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Von den ca. 700–1.050 Militärpersonen der UNPROFOR-/UNPREDEP-Mission stellte Schweden 1993–99 in den meisten Phasen eines der kleineren Kontingente. Die Stärke reichte von ca. 40 bis ca. 200 in der Endphase der UNPREDEP-Mission.³³ Wegen der engen Kooperation mit Dänemark, Finnland und Norwegen im Rahmen des NordBatt und der gemeinsamen Kommandostruktur im Rahmen von UNPREDEP war aber **ausreichend Personal in Zahl und Qualifikation vorhanden**. Das NordBatt stellte während des Mazedonien-Einsatzes zumindest die Hälfte der internationalen Kräfte, phasenweise war der nordeuropäische Truppenanteil auch größer als jener der USA. Die von NordBatt **im Rahmen des Krisen- und**

³¹ Ebd., S. 177.

³² Vgl. Björkdahl, Annika: Conflict Prevention from a Nordic Perspective: Putting Prevention into Practice. In: International Peacekeeping, 3/1999, S. 54-72, hier S. 67.

³³ Vgl. United Nations Security Council, S/1995/222, 22 March 1995 [Report of the Secretary-General Pursuant to Security Council Resolution 947 (1994)]. <http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1995/222>, abgerufen am 14.4.2018, S. 30; United Nations Security Council, S/1997/631, 11 August 1997 [Report of the Secretary General on the United Nations Preventive Deployment Force pursuant to Security Council Resolution 1110 (1997)]. <<https://www.un.org/en/sc/documents/sgreports/1997.shtml>>, abgerufen am 14.4.2018, S. 7; United Nations Security Council, S/1999/161, 12 February 1999 [Report of the Secretary General on the United Nations Preventive Deployment Force pursuant to Security Council Resolution 1186 (1998)]. <<http://www.un.org/en/sc/documents/sgreports/1999.shtml>>, abgerufen am 4.4.2018, S. 10.

Konfliktmanagements für das Konfliktszenario praktizierten Verfahren zeigten sich insgesamt als **geeignet**. In Folge der gut funktionierenden Planung des Mazedonien-Einsatzes durch das Nordic Committee for Military Matters (NordSamFN)³⁴ konnte ein **ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität** konstatiert werden. Die gute Koordination zwischen den nordeuropäischen Staaten ermöglichte im Februar 1993 die rasche Ablösung einer kanadischen Kompanie, die im Januar 1993 als Zwischenlösung in Mazedonien stationiert worden war.³⁵

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

In Zusammenhang mit der schwedischen Beteiligung an UNPREDEP konnte **keine Existenz von Lobbygruppen oder politischen Sonderinteressen** konstatiert werden, die **die offizielle gesamtstaatliche Position** durch konkrete Handlungen **konterkariert** hätten.

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

Schweden hatte auch schon vor seiner Beteiligung bei UNPREDEP und bei den anderen Balkanmissionen einen international sehr guten Ruf als sehr aktiver Truppensteller bei internationalen Friedensmissionen. Als bevölkerungsmäßig zu den kleineren und mittleren Ländern zählender Staat gehörte Schweden Ende der 1990er-Jahre zu den größten finanziellen Unterstützern der UNO.³⁶ Angesichts dieser etablierten internationalen Stellung ist **die Akzeptanz Schwedens als Partner und seine Position im internationalen System als Folge des UNPREDEP-Einsatzes gleichgeblieben**. Für die schwedischen **Soldaten**, die an UNPREDEP teilgenommen hatten, und ihr **Material** resultierten **aus dem Einsatz keine** öffentlich berichteten **negativen Auswirkungen**. Insgesamt kamen während des UNPREDEP-Einsatzes in Mazedonien drei Peacekeeper und eine Zivilperson zu Tode. Es

³⁴ Wurde 1997 durch die Bezeichnung Nordic Coordinated Arrangements for Military Peace Support (NORDCAPS) ersetzt.

³⁵ Vgl. Björkdahl: Conflict Prevention from a Nordic Perspective, S. 60f u. Björkdahl: Promoting Norms through Peacekeeping, S. 220.

³⁶ Vgl. Lindström, Gustav: Sweden's Security Policy: Engagement – the Middle Way. EU-ISS, Occasional Paper 2, October 1997. <<https://www.peacepalacelibrary.nl/ebooks/files/occ02.pdf>>, abgerufen am 14.4.2018, S. 5.

handelte sich um drei finnische Soldaten und ihren kanadischen Piloten, die im Februar 1997 Opfer eines Hubschrauberabsturzes wurden.³⁷

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Wegen der traditionell hohen innerstaatlichen Akzeptanz der Beteiligung Schwedens an friedenserhaltenden Maßnahmen und der stabil guten wirtschaftlichen Entwicklung ist der budgetäre Rahmen dafür abgesichert.³⁸ Die **Beteiligung** an der **Mission UNPREDEP wirkte sich** deshalb für die weitere **finanzielle Situation der Einsatzorganisation**, das schwedische Militär, weder besonders positiv noch negativ, sondern **neutral aus**. Das **Pres-tige** der **Einsatzkräfte** durch die Beteiligung an UNPREDEP ist **gleichge-blichen**, da das schwedische Militär auch vor der Teilnahme an dieser Operation einen sehr guten Ruf als truppenstellender Staat gehabt hat.

Experten für das „nordische“ Engagement bei UN-Friedenseinsätzen wie z. B. Peter Viggo Jakobsen merkten aber rückblickend kritisch an, dass in den 1990er-Jahren ein Paradigmenwechsel im internationalen Krisenmanagement stattgefunden habe. Das Erfolgsmodell der nordeuropäischen Staaten aus dem Kalten Krieg, sich nur an Friedensmissionen beteiligen zu wollen, in denen Waffengewalt nur für die Selbstverteidigung eingesetzt wird, wäre angesichts der Zunahme von robusteren und offensiveren Operationen, die insbesondere unter NATO-Kommando standen, zusehends in-frage gestellt worden.³⁹

³⁷ Vgl. Copter crash kills Finish Peacekeepers, Canadian pilot. In: Reuters, 2.2.1997. <http://articles.latimes.com/1997-02-02/news/mn-24830_1_finnish-peacekeepers>, abgerufen am 21.6.2018.

³⁸ Vgl. Heldt, Birger: Peacekeeping Contributor Profile: Sweden (letztes Update September 2012). <<http://www.providingforpeacekeeping.org/2014/04/03/contributor-profile-sweden/>>, abgerufen am 21.6.2018; Van der Lijn, Jaïr/Smit, Timo: Peacekeepers under threat? Fatality trends in UN peace operations. Sipri Policy Brief, September 2015. <<http://www.providingforpeacekeeping.org/2014/04/03/contributor-profile-sweden/>>, abgerufen am 21.6.2018, S. 7.

³⁹ Vgl. Jakobsen, Peter Viggo: The Nordic Peacekeeping Model: Rise, Fall, Resurgence? In: International Peacekeeping, 3/2006, S. 381-395, hier S. 387.

4.7 Rückwirkungen

4.7.1 Politische Rückwirkungen

Die auch vor der schwedischen Beteiligung an UNPREDEP **unproblematisch guten diplomatischen Beziehungen zwischen Schweden und Mazedonien** sind als Folge des Einsatzes gleichgeblieben. Der präventive internationale Einsatz wurde ja von der mazedonischen Regierung explizit begrüßt (vgl. 2.2). Es gab **keinen** erkennbaren **Einfluss** der schwedischen Beteiligung an UNPREDEP **auf die innenpolitische Stabilität der schwedischen Regierung**. Es war **keine Förderung von Aktivitäten von Sympathisanten der Konfliktparteien** aus Mazedonien oder den Nachbarländern **in Schweden** durch den schwedischen **Einsatz bei UNPREDEP** feststellbar.

4.7.2 Humanitäre Rückwirkungen

Schweden hat vor allem in der Anfangsphase des Krieges in Bosnien und Herzegowina (1992–95) ca. 100.000 Flüchtlinge aufgenommen.⁴⁰ Die **Beteiligung** an der präventiven Mission von **UNPREDEP** **trug sehr wahrscheinlich dazu bei**, dass die **Zahl der Schutzsuchenden in Schweden etwa gleichgeblieben ist** und nicht durch zusätzliche Flüchtlinge aus Mazedonien noch gesteigert wurde, was zusätzliche gesellschaftliche Herausforderungen bewirkt hätte.

4.7.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

Die **Importe** aus **Mazedonien** nach **Schweden** und die **Exporte** nach Mazedonien sind in den beiden letzten Jahren des UNPREDEP-Einsatzes, von **1998 auf 1999, gesunken**. **Allerdings** ist der **generelle Außenhandel Schwedens** mit allen Handelspartnern im selben Zeitraum **insgesamt gestiegen**, sodass kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem

⁴⁰ Vgl. Roden, Lee: What lessons can Sweden learn from its Yugoslavian refugees? (18.9.2017). <<https://www.thelocal.se/20170918/what-lessons-can-sweden-learn-from-its-yugoslavian-refugees>>, abgerufen am 22.6.2018.

militärischen Engagement in Mazedonien und der schwedischen Wirtschaftsentwicklung festgestellt werden konnte.⁴¹

4.7.4 Sicherheitspolitische Rückwirkungen

Während der schwedischen Beteiligung an UNPREDEP gab es **keine** öffentlich berichteten **Gewaltakte in Schweden**, die **auf das schwedische Engagement in Mazedonien zurückgeführt werden konnten**.

4.8 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Das **schwedische UNPREDEP-Engagement basierte** auf einem **eindeutigen Mandat** des **UN-SR** (vgl. 3.5). Angesichts der sich verschlechternden Kosovo-Situation setzte sich Schweden 1997–98 im UN-SR als nicht-ständiges Mitglied für die Verlängerung der UNPREDEP-Mission ein.⁴² Im Februar 1999 wurde im UNO-SR wegen der Konflikteskalation im Kosovo darüber beraten, das Mandat für UNPREDEP nochmals um sechs Monate, bis August 1999, zu verlängern. Dagegen legte aber das ständige Mitglied des UN-SR, China, sein Veto ein. Aus diesem Grund beendete die UNPREDEP trotz der sich verschlechternden Sicherheitssituation am 1. März 1999 ihre Mission. China begründete seine Entscheidung offiziell damit, dass präventive Operationen nicht zeitlich unbegrenzt laufen sollten. Als eigentlicher Grund ist aber die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der damaligen mazedonischen Regierung zu Taiwan anzunehmen.⁴³

5 Fazit

In Bezug auf den Einsatz von UNPREDEP im „Zielgebiet“ Mazedonien kann insgesamt ein positives Fazit gezogen werden. Obwohl es sich um keine UN-Mission/-Operation nach Kapitel VII der UN-Charta gehandelt hat und Waffengewalt deshalb nur zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden konnte, hatte die militärische Präsenz von UNPREDEP an der Grenze zur

⁴¹ Statistics Sweden: Imports and exports of goods 1998-2008. <http://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/START__HA__HA0201__HA0201H/ImpExpPSNI99Ar/?rxid=c74e1dbe-018f-4d0e-8a96-9c1837f26999>, abgerufen am 22.6.2018.

⁴² Vgl. Björkdahl, Annika: Swedish Norm Entrepreneurship in the UN. In: International Peacekeeping, 4/2007, S. 538–552, hier S. 546.

⁴³ Vgl. Sokalski: An ounce of prevention, S. 207 u. 211.

Bundesrepublik Jugoslawien und zu Albanien eine abschreckende Wirkung gegenüber potentiellen Konfliktakteuren. Die Sicherheitslage konnte stabilisiert und ein Überschwappen militärischer Konflikte aus den Nachbargebieten – während des UNPREDEP-Einsatzes – verhindert werden. Vertrauensbildende Maßnahmen, humanitäre und Vermittlungsaktivitäten der zivilen Komponenten der UNPREDEP halfen, einer Eskalation interethnischer Konflikte in Mazedonien vorzubeugen. Die UNPREDEP hatte eine hohe Akzeptanz bei der Staatsführung Mazedoniens. Neutral bis tendenziell leicht positiv standen ihr die Bürgerinnen und Bürger Mazedoniens gegenüber. Sie hatten allerdings zunächst eine zu starke Einmischung der UN-Mission/-Operation in die innerstaatlichen Angelegenheiten befürchtet.

Auch aus der Sicht der für den UNPREDEP-Einsatz verantwortlichen internationalen Organisation, der UNO, konnte ein insgesamt positives Resümee gezogen werden. Nach den teilweise negativen Erfahrungen der UNPROFOR im bosnisch-herzegowinischen Krieg, mit dem traurigen Endpunkt des Genozids in Srebrenica, konnte die UNO mit UNPREDEP zum ersten Mal einen präventiven Ansatz in einem potenziellen Konfliktgebiet implementieren und ihren eigenen präventiven Konzepten der Friedenssicherung damit Nachdruck verleihen. Für den präventiven UNPREDEP-Einsatz hatte der UN-SR ein eindeutiges Mandat erteilt. Die innere Kohärenz des UNPREDEP-Einsatzes war zufriedenstellend. Insbesondere die gute Zusammenarbeit zwischen den nordeuropäischen Kontingenten trug sehr wesentlich dazu bei. Eine operative Herausforderung stellte allerdings der Status der US-Truppe innerhalb von UNPREDEP dar, da sie nicht in die UNO-Befehlskette integriert war.

Für Schweden, das einer der truppenstellenden Staaten im Rahmen des nord-europäischen Bataillons gewesen war, bot die Teilnahme an UNPREDEP eine gute Gelegenheit, eigene außen- und sicherheitspolitische Konzepte, die sich in dieser Phase sehr stark an der Idee der Konfliktprevention orientierten, – ohne großes Gefährdungsrisiko und im Konsens der schwedischen Parlamentsparteien – in die Tat umzusetzen. Durch die gute Einbettung des schwedischen Kontingents in das NordBat verlief das Kapazitäten- und Ressourcenmanagement während des Einsatzes erfolgreich. Für Schweden gab es durch die Teilnahme an UNPREDEP weder erkennbare positive noch negative Rückwirkungen im diplomatischen, Sicherheits- und volkswirtschaftlichen Bereich. Im humanitären Bereich kann die schwedische

Beteiligung an UNPREDEP dazu beigetragen haben, dass durch die Verhinderung des Spillover nach Mazedonien neue Flüchtlingsströme aus der Balkanregion verhindert wurden, die eventuell teilweise auch Schweden erreicht hätten. Die internationale Akzeptanz Schwedens als Partner bei Friedensmissionen ist durch die Beteiligung an UNPREDEP gleichgeblieben, da Schwedens Ruf als verlässlicher Partner bei UN-Friedensmissionen auch schon davor sehr gut war. Kritiker des skandinavischen Erfolgsmodells bei Friedenseinsätzen bemängeln allerdings, dass sich einige nordeuropäische Staaten, darunter auch Schweden, zu spät auf „robustere“ Krisenmanagementeinsätze eingestellt hätten.

Ungeachtet des positiven Resümees muss darauf hingewiesen werden, dass die präventive Mission – wegen des diplomatischen Disputs zwischen Mazedonien und dem ständigen SR-Mitglied China – zu früh beendet wurde, was als mögliche Spätfolge zur Verschlechterung der interethnischen Beziehungen in Mazedonien im Jahr 2001 geführt hat.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Björkdahl, Annika: Conflict Prevention from a Nordic Perspective: Putting Prevention into Practice. In: *International Peacekeeping*, 3/1999, S. 54–72.

Björkdahl, Annika: Constructing a Swedish Conflict Prevention Policy Based on a Powerful Idea and Successful Practice. In: *Cooperation and Conflict. Journal of Nordic International Studies Association*, 2/2007, S. 169–185.

Björkdahl, Annika: Promoting Norms through Peacekeeping: UNPREDEP and Conflict Prevention. In: *International Peacekeeping*, 2/2006, S. 214–218.

Björkdahl, Annika: Swedish Norm Entrepreneurship in the UN. In: *International Peacekeeping*, 4/2007, S. 538–552.

Copter crash kills Finish Peacekeepers, Canadian pilot. In: *Reuters*, 2.2.1997. <http://articles.latimes.com/1997-02-02/news/mn-24830_1_finnish-peacekeepers>, abgerufen am 21.6.2018.

Feichtinger, Walter/Gustenau, Gustav: Die NATO-Operation gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. In: *ÖMZ*, 3/1999, S. 334–340.

General Assembly of the United Nations: Financing of the United Nations Preventive Deployment Force. Report of the Secretary-General, A/53/812, 28 January 1999. <<https://digitallibrary.un.org/record/1487622?ln=en>>, abgerufen am 4.4.2018.

General Assembly of the United Nations: Financing of the United Nations Preventive Deployment Force. Report of the Secretary-General, A/53/812, 28 January 1999.

Heldt, Birger: Peacekeeping Contributor Profile: Sweden (letztes Update September 2012). <<http://www.providingforpeacekeeping.org/2014/04/03/contributor-profile-sweden/>>, abgerufen am 21.6.2018.

Jakobsen, Peter Viggo: The Nordic Peacekeeping Model: Rise, Fall, Resurgence? In: *International Peacekeeping*, 3/2006, S. 381–395.

Lindström, Gustav: Sweden's Security Policy: Engagement – the Middle Way. EU-ISS, Occasional Paper 2, October 1997. <<https://www.peacepalace.nl/ebooks/files/occ02.pdf>>, abgerufen am 14.4.2018.

Ministry for Foreign Affairs Sweden: Preventing Violent Conflict – Swedish Policy for the 21st Century. Government Communication 2000/01:2. Stockholm 2001.

Robin, Natasha: Lessons Learned from UNPREDEP: Preventive Peacebuilding in Macedonia. In: *Paterson Review of International Affairs*, Vol. 15/2015, S. 20–29.

Roden, Lee: What lessons can Sweden learn from its Yugoslavian refugees? (18.9.2017). <<https://www.thelocal.se/20170918/what-lessons-can-sweden-learn-from-its-yugoslavian-refugees>>, abgerufen am 22.6.2018.

Sokalsky, Henryk J.: An ounce of prevention. Macedonia and the UN experience in preventive diplomacy. Washington 2003.

Statistics Sweden: Imports and exports of goods 1998–2008. <http://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/START__HA__HA0201__HA0201H/ImpExpP-SNI99Ar/?rxid=c74e1dbe-018f-4d0e-8a96-9c1837f26999>, abgerufen am 22.6.2018.

UN High Commissioner for Refugees: UNHCR Country Operations Plan 2002 – FYR of Macedonia (December 2001). <<http://www.refworld.org/type,COP,,MKD,,,0.html>>, abgerufen am 25.6.2018.

United Nations Security Council, S/1995/222, 22 March 1995 [Report of the Secretary-General Pursuant to Security Council Resolution 947 (1994)]. <http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1995/222>, abgerufen am 14.4.2018.

United Nations Security Council, S/1997/631, 11 August 1997 [Report of the Secretary-General on the United Nations Preventive Deployment Force pursuant to Security Council Resolution 1110 (1997)]. <<https://www.un.org/en/sc/documents/sgreports/1997.shtml>>, abgerufen am 14.4.2018.

United Nations Security Council, S/1999/161, 12 February 1999 [Report of the Secretary-General on the United Nations Preventive Deployment Force pursuant to Security Council Resolution 1186 (1998)]. <<http://www.un.org/en/sc/documents/sgreports/1999.shtml>>, abgerufen am 4.4.2018.

United Nations, S/1999/271, 12 March 1999 (Annex: Letter dated 12 March 1999 from the President of the former Yugoslav Republic of Macedonia addressed to the Secretary-General). <<https://digitallibrary.un.org/record/1490606?ln=en>>, abgerufen am 15.4.2018.

Van der Lijn, Jäir/Smit, Timo: Peacekeepers under threat? Fatality trends in UN peace operations. Sipri Policy Brief, September 2015. <<http://www.providingforpeacekeeping.org/2014/04/03/contributor-profile-sweden/>>, abgerufen am 21.6.2018.

Vetschera, Heinz: Military Stabilization and Arms Control in Bosnia and Herzegovina Five Years after the Dayton Agreement (Part I). The Agreement on Confidence and Security-Building Measures in Bosnia and Herzegovina. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/2001, S. 311–318.

Vetschera, Heinz: Military Stabilization and Arms Control in Bosnia and Herzegovina Five Years after the Dayton Agreement (Part II). The Agreement on Sub-Regional Arms Control (“Art. IV/Florence Agreement”) and Implementation and Verification, 4/2001, S. 465–472.

Watscher, Johannes Alexander: Die Legitimationsproblematik öffentlicher Institutionen am Beispiel des Österreichischen Bundesheeres. Diplomarbeit, Universität Wien 2010.

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Bosnia and Herzegovina (August 2018). <<https://wiiw.ac.at/bosnia-and-herzegovina-overview-ce-2.html>>, abgerufen am 30.8.2018.

Fallstudie zum Basis-Szenario 8: Postkriegssituation

Ein gewaltsamer Konflikt wurde beendet und es stellt sich die Herausforderung einer umfangreichen Transformation im politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und Sicherheitsbereich.

Friedensunterstützung in Bosnien und Herzegowina: Internationale und österreichische Beiträge (1996–2018)

Predrag Jureković



1 Konfliktbeschreibung

Der Krieg in Bosnien und Herzegowina/BuH (Frühjahr 1992 – Herbst 1995) war die Konsequenz der Unfähigkeit der ex-jugoslawischen Akteure, einen politischen Kompromiss für eine geordnete und friedliche Auflösung des sozialistischen jugoslawischen Staates zu finden. Von zentraler Bedeutung für die Eskalation des Konfliktes war die Entscheidung der damaligen Führung Serbiens, mit kriegерischen Mitteln die Separationsbestrebungen nationalistischer Serben in Kroatien und BuH zu unterstützen, die die Eigenstaatlichkeit dieser Republiken ablehnten. Nach Slowenien und Kroatien war BuH als multiethnische Republik in besonderem Maße von der Ausbreitung des Krieges betroffen. In phasenweise unterschiedlichen Konstellationen standen sich die Armeen der Serben, Kroaten und Bosnjaken in BuH als Kriegsgegner gegenüber, wobei die serbische bzw. kroatische Konfliktpartei von den Armeen ihrer Mutterländer unterstützt wurden und auf der Seite der muslimischen Bosnjaken auch zahlreiche Freiwillige aus arabischen Ländern kämpften.

Zahlreiche Kriegsverbrechen und ethnische Vertreibungen charakterisierten diesen brutalen innerstaatlichen Krieg, der nach Schätzungen des International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY) zu ca. 100.000 Todesopfern geführt hat¹. Die Präsenz der UN-Friedenstruppe UNPROFOR konnte weder die militärische Eskalation des Konfliktes noch den Genozid serbischer Truppen an Bosnjaken im ostbosnischen Srebrenica (Juli 1995) verhindern. Erst durch NATO-Luftangriffe gegen serbische Positionen und ein kroatisch-bosnjakisches Waffenbündnis wurden Voraussetzungen für einen dauerhaften Waffenstillstand und substantiellere Friedensverhandlungen geschaffen, die im November 1995 zur Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Dayton und im Dezember 1995 des Friedensvertrages von Paris führten.

Durch den Friedensvertrag erhielt BuH eine komplizierte föderative Struktur und ein ethnisches Proporzsystem. Ungeachtet dieser schwierigen Rahmenbedingungen sollten durch eine umfassende internationale Zivil- und

¹ ICTY: New War Demographics Feature on the ICTY website. <<http://www.icty.org/en/press/new-war-demographics-feature-icty-website>>, abgerufen am 28.11.2018.

Militärpräsenz die multiethnische Gesellschaft und funktionsfähige staatliche Strukturen in BuH unterstützt werden.

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

2.1 Sicheres Umfeld

Unmittelbar nach dem Ende des Krieges in BuH zeichnete die unter NATO-Kommando gestandene internationale Friedenstuppe Implementation Force (IFOR) für die Implementierung des militärischen Teils des Dayton-Abkommens verantwortlich. Sie wurde 1997 von der NATO-Friedenstruppe Stabilisation Force (SFOR) und diese wiederum 2004 von der EU-Friedenstruppe EUFOR ALTHEA abgelöst. Stärker als die IFOR verknüpften und verknüpfen die SFOR und die EUFOR militärische mit politischen Stabilisierungszielen.

Durch die Präsenz der bis zu 60.000 Militärpersonen der IFOR konnte die Truppenentflechtung und **Demobilisierung der Soldaten** der drei ehemaligen Konfliktparteien in BuH **rasch nach Kriegsende durchgeführt** werden. Die **Entwaffnung – in den militärisch relevanten Waffenkategorien** – fand **planmäßig** und ohne größere Probleme statt.² Sehr hilfreich war in diesem Zusammenhang ein Rüstungskontrollprozess, der von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien eingeleitet wurde. An diesem Rüstungskontrollprozess beteiligten sich auch die Nachbarländer Kroatien und die damalige Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro).³ **Allerdings** belastet das **Problem von hunderttausenden Kleinwaffen**, die sich teilweise legal und teilweise illegal im privaten

² Vgl. Džihic, Vedran: Ethnopolitik in Bosnien und Herzegowina. Staat und Gesellschaft in der Krise. Baden-Baden 2009, S. 205f.

³ Vgl. Vetschera, Heinz: Military Stabilization and Arms Control in Bosnia and Herzegovina Five Years after the Dayton Agreement (Part I). The Agreement on Confidence and Security-Building Measures in Bosnia and Herzegovina. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/2001, S. 311-318; ders.: Military Stabilization and Arms Control in Bosnia and Herzegovina Five Years after the Dayton Agreement (Part II). The Agreement on Sub-Regional Arms Control („Art. IV/Florence Agreement”) and Implementation and Verification, 4/2001, S. 465-472.

Besitz befinden, die Sicherheit der Bürger von BuH.⁴ Ähnlich verhält es sich mit den Antipersonen-Minen aus dem Krieg. Nach Schätzungen aus 2017 galten noch immer ca. 2% des Territoriums von BuH als minenverseucht. Die **gefährlose Bewegungsfreiheit** ist wegen der Minenproblematik nur **eingeschränkt gegeben**.⁵ Unmittelbar nach Kriegsende war die interne, administrative Grenzziehung zwischen den beiden Staatsteilen rigider als die Grenze zu den Nachbarländern. Ausschlaggebend dafür war der politische Widerstand nationalistischer Akteure gegen die Idee der Wiedererrichtung eines multiethnischen Staates BuH. Mit der Einführung „**ethnisch neutraler**“ **Autokennzeichen** durch eine **Entscheidung des High Representative** Carlos Westendorp (1998) **verbesserte sich die Bewegungsfreiheit** innerhalb von BuH substanziell.⁶

Die **Rückkehr von Internally Displaced Persons und international Schutzsuchenden** des Krieges ist **teilweise erfolgt**. Von den ca. 4,4 Mio. Einwohnern, die BuH vor dem Krieg hatte, waren 1992–95 2,2 Mio. Kriegsvertriebene oder Flüchtlinge. Davon flüchteten 1,2 Mio. ins westliche Ausland sowie in die Nachbarländer Kroatien, Montenegro und Serbien. Etwa 1 Mio. Bosnier und Herzegowiner waren Internally Displaced Persons.⁷ Die meisten Rückkehrbewegungen fanden in der Phase 1996–2004 statt. Danach kehrten Kriegsflüchtlinge nur noch in kleinerer Zahl zurück. Bis 2005 kehrten ca. 1 Mio. Kriegsflüchtlinge in ihre Heimatgebiete zurück, davon waren ca. 454.000 sog. „Minority Returns“.⁸ Damit sind ehemalige Kriegsflüchtlinge gemeint, die in ihren Heimatgebieten nach dem Krieg eine ethnische Minderheit bilden.

⁴ Vgl. Rose, Eleanor: Bosnian Arms Still Worryingly Available, Experts Say (7.11.2016). <<http://www.balkaninsight.com/en/article/bosnian-arms-still-easy-to-obtain--11-04-2016>>, abgerufen am 19.7.2018.

⁵ Vgl. Spaić, Igor: Bosnia „Failing to Meet Landmine Removal Target“ (4.4.2017). <<http://www.balkaninsight.com/en/article/bosnian-citizens-still-endangered-by-landmines-04-03-2017-1>>, abgerufen am 19.7.2018.

⁶ Vgl. Ebner, Christian J.: The Bonn Powers Powers – Still Necessary? In: Jureković, Predrag/Labarre, Frederic: From Peace Making to Self Sustaining Peace. International Presence in South East Europe at a Crossroads? Wien 2004, S. 119-151, hier S. 125f.

⁷ Vgl. Ministry for Human Rights and Refugees: Comparative Analysis on Access to Rights of Refugees and Displaced Persons. Sarajevo 2005, S. 47.

⁸ Ebd., S. 211 u. 225.

Einen entscheidenden Einfluss auf die zumindest teilweise gelungene Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen hatten vor allem folgende Maßnahmen: Die mit Hilfe der „Bonn Powers“⁹ des High Representative durchgesetzte Rücknahme der im Kriege in großer Zahl vollzogenen Enteignungen und die im Auftrag des International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) durchgeführten Festnahmen von lokalen Kriegsverbrechern durch die NATO-Friedenstruppe SFOR.¹⁰

Von internationaler Seite und den politischen Akteuren aus BuH gab es zahlreiche **Maßnahmen der Rückführung ehemaliger Kombattanten in die Zivilgesellschaft**. Die nur **langsame Verbesserung der ökonomischen und sozialen Situation** in BuH **erschwert** aber auch 20 Jahre nach Kriegsende die **Integration ehemaliger Soldaten** in das Zivilleben. Proteste von Veteranen kommen deshalb in beiden Entitäten häufig vor.¹¹ Seit Kriegsende (Herbst 1995) bis Mitte 2018 hat es in BuH zumindest fünf Anschläge mit Verletzten und/oder Todesopfern gegeben, die von den Behörden dieses Landes als „terroristisch“ klassifiziert werden. Eine auffällige Häufung von Anschlägen fand im Zeitraum 2010–15 statt. Die Ermittlungsbehörden gingen in den meisten Fällen von einem islamistischen Hintergrund der Täter aus. Opfer und Täter waren – mit Ausnahme eines Anschlags – Bürger von BuH. Internationale Akteure waren im Analysezeitraum nicht das vorrangige Ziel von terroristischen Anschlägen gewesen.¹² Im Kontext der globalen Stärkung islamistischer Bewegungen hat seit Kriegsende das Risiko terroristischer Anschläge in BuH wie auch in vielen

⁹ Politische und legislative Vollmachten des High Representative im Sinne seiner Kontrollfunktion bei der Umsetzung der zivilen Teile des Dayton-Abkommens.

¹⁰ Vgl. Mikami, Satoru/Katayanagi, Mari: Property Restitution and Return: Revisiting the Case of Bosnia and Herzegovina. JICA-RI Working Paper (März 2014). <https://www.jica.go.jp/jica-ri/publication/workingpaper/property_restitution_and_return_revisiting_the_case_of_bosnia_and_herzegovina.html>, abgerufen am 28.11.2018, S. 7f.

¹¹ Vgl. Nastavljeni protesti veterana u Doboj Jugu, promijenjena lokacija (Fortsetzung der Veteranen-Proteste in Doboj-Süd, Veränderung der Lokation). In: Oslobodjenje, 3.3.2018. <<https://www.oslobodjenje.ba/vijesti/bih/foto-nastavljeni-protesti-veterana-u-doboj-jugu-promijenjena-lokacija>>, abgerufen am 19.7.2018.

¹² Siehe dazu detaillierter Jureković, Predrag: Politischer Islam und gewaltsamer Extremismus im Kontext der Friedenskonsolidierung am Westbalkan. In: Rupp, Jasmina (Hrsg.): Der (Alb)traum vom Kalifat. Ursachen und Wirkung von Radikalisierung im politischen Islam. Wien, Köln und Weimar 2016, S. 267–284, hier S. 278f.

anderen Staaten der Erde zugenommen. Dieses Risiko wird durch die nicht vollständige Konsolidierung dieses Staates erhöht. Andererseits befindet sich **BuH** in den **Rankings** des seit 2012 vom Institute for Economics & Peace herausgegebenen „**Global Terrorism Index**“(GTI) unter den Staaten mit **eher schwachem Einfluss des Terrorismus**. Die **Ranking-Positionierung** von BuH im **Mittelfeld** der analysierten 163 Staaten ist im **Zeitraum 2012–17 ungefähr gleichgeblieben**.¹³

In den ersten Nachkriegsjahren waren kriminelle Einzelpersonen und Gruppen noch ohne größere Einschränkungen seitens der staatlichen Strukturen aktiv. Im Vergleich dazu hat sich in den mehr als zwei Jahrzehnten der bosnisch-herzegowinischen Entwicklung nach dem Krieg die Situation in diesem Bereich verbessert. **Die Kriminalitätsrate ist gesunken**. Im Jahr 2014 gaben im Rahmen einer repräsentativen Umfrage 42,9% der befragten bosnisch-herzegowinischen Bürgerinnen und Bürger an, sich in ihrem Heimatort sicher und 19,9% sehr sicher zu fühlen.¹⁴ Einen positiven Einfluss auf diese Perzeption haben sicherlich die Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors durch die in BuH präsenten internationalen Organisationen, die sukzessiv verbesserte Zusammenarbeit zw. BuH und den Nachbarländern bei der Verbrechensbekämpfung und zuletzt auch die diesbezügliche EU-Reformagenda für BuH gehabt. **Ungeachtet der zufriedenstellenden Wahrnehmung** der eigenen **Sicherheitssituation** waren 2014 ca. **60%** der befragten Bürgerinnen und Bürger der **Ansicht**, dass von den **staatlichen Strukturen in BuH zu wenig gegen die Organisierte Kriminalität unternommen** wird¹⁵. Sie umfasst in BuH wie auch in anderen Ländern verschiedene Kriminalitätsformen wie den organisierten

¹³ Vgl. Institute for Economics and Peace: Global Terrorism Index 2012. Measuring and Understanding the Impact of Terrorism (2012). <<https://reliefweb.int/.../2012-Global-Terrorism-Index-Report.pdf>>, abgerufen am 18.7.2018; Institute for Economics and Peace: Global Terrorism Index 2014. Measuring and Understanding the Impact of Terrorism (2014) <<https://reliefweb.int/report/world/global-terrorism-index-report-2014>>, abgerufen am 18.7.2018; Institute for Economics and Peace: Global Terrorism Index 2017. Measuring and Understanding the Impact of Terrorism (2017). <<https://reliefweb.int/report/world/global-terrorism-index-2017>>, abgerufen am 18.7.2018.

¹⁴ Vgl. Center for Security Studies – BH: Studija o organizovanom kriminalu u Bosni i Hercegovini [Studie über die Organisierte Kriminalität in Bosnien und Herzegowina] (2014). <css.ba/wp-content/uploads/2011/06/OrganizKrim_BHS.pdf>, abgerufen am 18.7.2018, S. 7.

¹⁵ Ebd., S. 7.

Drogenhandel, den illegalen Handel mit Waffen, Geldfälschung, die Einrichtung von Schleppernetzwerken für illegale Migration, die Entführung von Menschen etc. Als **größtes Kriminalitätsproblem** gelten für viele Bürger in BuH die **weitläufige Korruption** sowie die **Wirtschafts- und Finanzkriminalität**.¹⁶

Repräsentativen Meinungsumfragen zufolge werden Politiker in BuH von der Bevölkerung als sehr korruptionsanfällig wahrgenommen. Der Polizei wird eher als Richtern und Staatsanwälten zugetraut, gegen kriminelle Gruppen vorzugehen. Richter und Staatsanwälte werden als korrupt und politisch beeinflussbar wahrgenommen.¹⁷

2.2 Sicherheitssektorreform

Angesichts der unvorstellbaren Brutalität im letzten Krieg, in dem in BuH durch Soldaten, Mitglieder verschiedener Milizen und „Polizeikräfte“ der Konfliktparteien zahlreiche Kriegsverbrechen verübt wurden, kann die von internationaler Seite ab 1996 unterstützte **Sicherheitssektorreform überwiegend** als **Erfolg** bezeichnet werden. Mit Unterstützung des Office of the High Representative (OHR), der OSZE und der NATO kam es 2006 zur formalen Vereinigung der früher miteinander verfeindeten Armeen zu den „Streitkräften von BuH“ unter einem gemeinsamen Oberkommando. Die Gründung gemeinsamer **Streitkräfte** beruht auf einem **eindeutigen rechtlichen Rahmen**, dem im Oktober 2005 im gesamtstaatlichen Parlament beschlossenen Verteidigungsgesetz. Es **besteht** eine **Kontrolle der Streitkräfte** durch das gesamtstaatliche Parlament von BuH. Das Verteidigungsgesetz weist den Oberbefehl über die Streitkräfte den drei Mitgliedern des Staatspräsidiums von BuH zu.¹⁸ Von internationaler Seite wird das Training der Streitkräfte von BuH vor allem durch die europäische Friedenstruppe im Rahmen der Operation EUFOR ALTHEA unterstützt.

¹⁶ Ebd., S. 10.

¹⁷ Ebd., S. 8.

¹⁸ Vgl. die Informationen auf der Homepage der bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte: <http://os.mod.gov.ba/Default.aspx?langTag=bs-BA&template_id=180&pageIndex=1>, abgerufen am 28.8.2018.

Im Polizeibereich trugen die Missionen der International Police Task Force der UNO (Dezember 1995 – Dezember 2002) und der EU Police Mission (Januar 2003 – Juni 2012) sehr wesentlich dazu bei, dass die im Kriege diskreditierten Polizeikräfte wieder Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen konnten. Einer repräsentativen Umfrage aus 2016 zufolge konnten die Polizeikräfte von allen staatlichen Organen mit einer Zustimmungsrate von 60% das größte Vertrauen der Bevölkerung für sich reklamieren.¹⁹ Dazu dürften auch die Bemühungen der OSZE im Bereich des Community Policing beigetragen haben.²⁰

Die grundsätzlich positiv verlaufene Reform des Sicherheitssektors bleibt aber nicht unbeeinflusst durch teilweise negative Entwicklungen in anderen relevanten Bereichen des Transformationsprozesses in BuH. Die **Effektivität der Sicherheitskräfte** ist deshalb nur **eingeschränkt gegeben**. So war aus der zeitlichen Perspektive von Herbst 2018 die sicherheitspolitische Zukunft von BuH unklar. Entgegen der 2005 gemeinsam beschlossenen Linie, den NATO-Beitritt als gemeinsames Ziel zu verfolgen, vertraten serbische Politiker im Staatsteil Republika Srpska eine Politik der „militärischen Neutralität“. Der separatistische Kurs eines Teils der Politiker aus dieser Entität könnte weitere Reformschritte bei den gemeinsamen Streitkräften und auch eine effizientere Kooperation mit den Polizeikräften in der Entität Föderation BuH verhindern.

2.3 Entwicklung von Rechtsinstitutionen

Insbesondere die Ära des High Representative Wolfgang Petritsch (1999–2002) war gekennzeichnet durch viele Anstrengungen, das Justizsystem in BuH im Sinne einer unabhängigen Gerichtsbarkeit zu reformieren. Dafür wurde z. B. für besonders schwere Verbrechen, wie Kriegsverbrechen, hochkarätige Korruptionsfälle und Verbrechen im Rahmen der Organisierten Kriminalität ein eigener Gerichtshof auf gesamtstaatlichem Niveau etabliert. Dieser hat seinen Sitz in der Hauptstadt Sarajevo. Insgesamt

¹⁹ Vgl. Mandić, Sofija: The Citizens' Opinion of the Police Force. The Comparative Analysis of Public Opinion Surveys Conducted in Albania, Bosnia and Herzegovina, Montenegro, Kosovo, Macedonia and Serbia. Belgrad 2016, S. 10.

²⁰ Organization for Security and Co-operation in Europe: Building Sustainable Peace and Democracy: OSCE Experiences in South-Eastern Europe. 2018, S. 40f.

gelang es jedoch in mehr als zwei Jahrzehnten der Postkriegsentwicklung – trotz internationaler Unterstützung – **nicht, in BuH ein unabhängiges sowie national und international anerkanntes Justizsystem aufzubauen.**

Einige der Schlüsselprobleme sind die politische Einflussnahme auf die Gerichte und die strukturelle Korruption sowie die Infragestellung von Urteilen des gesamtstaatlichen bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts, vor allem durch Funktionsträger der Entität Republika Srpska, aber auch durch kroatische Politiker in BuH. Die Rechtssysteme auf der Ebene des Gesamtstaates, der beiden Entitäten und des Sonderverwaltungsgebietes Brčko-Distrikt sind schlecht aufeinander abgestimmt, ein Umstand, der die Ineffizienz des Rechtssystems vergrößert.²¹ Nach Meinung vieler Bürgerinnen und Bürger aus BuH ist die **Rechtssicherheit nicht gewährleistet.** Im Jahr 2016 gaben – in leichter Steigerung im Vergleich zu 2015 – 39% der Befragten an, den Gerichten zu vertrauen, 36% der Staatsanwaltschaft und 38% der Antikorruptionsbehörde.²²

2.4 Demokratische Entwicklung

In diesem Bereich wurden von Seiten der **internationalen Akteure** zur Unterstützung des Friedens- und Konsolidierungsprozesses in BuH die **größten Fehler** begangen. Der **Schlüsselfehler** lag in der **falschen Annahme**, dass **frühe Wahlen die demokratische Entwicklung fördern würden.** In BuH war das Gegenteil der Fall. Die Durchführung der ersten Nachkriegswahl, nicht einmal ein Jahr nach Kriegende, begünstigte strukturell die nationalistischen Parteien, die im Kriege dominiert haben. Wegen dieser „Erbssünde“ des demokratischen Nachkriegsprozesses bekamen obstruktive politische Kräfte einen entscheidenden Startvorteil, dessen negative Auswirkungen auch nach mehr als zwanzig Jahren demokratischer Entwicklung noch spürbar sind. **Freie, faire, geheime und gleiche Wahlen** fanden trotz formaler Korrektheit wegen der nationalistischen

²¹ Vgl. die Beurteilung der rechtlichen Entwicklung in den Freedom House-Berichten zu BuH, 1998-2018: <<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/bosnia-and-herzegovina>>, abgerufen am 29.8.2018.

²² Vgl. Mandić, Sofija: The Citizens' Opinion of the Police Force. The Comparative Analysis of Public Opinion Surveys Conducted in Albania, Bosnia and Herzegovina, Montenegro, Kosovo, Macedonia and Serbia. Belgrad 2016, S. 10.

Einflussnahme und politischen Druckausübung – vor allem im Medienbereich – **nur eingeschränkt statt.**

Der ehemalige High Representative Petritsch vertritt die Ansicht, dass die internationalen Akteure den demokratischen und pro-gesamtstaatlichen Kräften mehr Zeit hätten geben müssen, um sich nach dem Krieg erfolgversprechend zu konstituieren.²³ Dass dies nicht passiert ist, hatte zahlreiche politische Krisen zwischen den nationalistischen Parteien der Bosnjaken, Kroaten und Serben in BuH zur Folge, die oftmals den Eindruck der staatlichen Dysfunktionalität hervorrufen. Das OHR und sein Leiter hatten als „Wächter des Dayton-Abkommens“ mit ihren Sondervollmachten die Rolle eines politischen Korrektivs gegenüber nationalistischen Politikern. Ihre Interventionen ermöglichten einerseits Fortschritte bei der Normalisierung des Alltagslebens, der Menschen- und Bürgerrechte und der Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen. Andererseits war das OHR mit dem Vorwurf konfrontiert, ein Protektoratssystem errichtet zu haben und eine eigenständige demokratische Entwicklung in BuH zu verhindern.²⁴ Die 2006 vom OHR vollzogene Kehrtwende, im Sinne der EU-Integrationsstrategie am Westbalkan auf zu starke Interventionen zu verzichten, hat vor allem das „Local Ownership“ nationalistischer Parteien gestärkt. Kritiker dieses passiven Kurses fordern deshalb wieder ein stärkeres Einschreiten des OHR gegen nationalistische Kräfte, die den Frieden in BuH gefährden.²⁵

Im formalen Sinne **hat** BuH ein **funktionierendes Mehrparteiensystem**, allerdings mit den zuvor beschriebenen demokratiepolitischen Einschränkungen. Die **Vereinbarkeit von Religion und Demokratie** ist **grundsätzlich gegeben**. Alle in BuH vertretenen relevanten Religions-

²³ Im Rahmen eines Expertengesprächs des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, das am 20. November 2017 an der Wiener Landesverteidigungsakademie abgehalten wurde.

²⁴ Vgl. Knaus, Gerald/Cox, Marcus: Bosnia and Herzegovina: Europeanisation by decree? In: Batt, Judy (Hrsg.): The Western Balkans: moving on. Chaillot Paper, Oktober 2004, Paris, S. 55-68.

²⁵ Zu diesen Kritikern zählt u. a. der frühere kroatische Präsident Stjepan Mesić. Vgl. Redaktion ba.n1info.com: Mesić: Zagreb i Beograd kalkuliraju s cjelovitosti BiH [Mesić: Zagreb und Belgrad kalkulieren mit der Einheit von Bosnien und Herzegowina] (30.8.2018). <<http://ba.n1info.com/a281816/Vijesti/Vijesti/Mesic-Zagreb-i-Beograd-kalkuliraju-s-cjelovitosti-BiH.html>>, abgerufen am 30.8.2018.

gemeinschaften²⁶ bekennen sich zu einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft. Kritisch bleibt aber die Instrumentalisierung von religiöser Identität durch nationalistische Politiker²⁷.

Da die Justiz in BuH nicht vollständig unabhängig agiert, existiert **keine funktionierende Gewaltenteilung**.

Die **Grundfreiheiten** für alle Bürgerinnen und Bürger sind trotz des diesbezüglichen Engagements des OHR und der EU **nicht vollständig garantiert**. Bis zum Abschluss dieser Analyse konnten Bosnier und Herzegowiner, die nicht den drei „konstitutiven Völkern“, den Bosnjaken, Kroaten und Serben, angehören, das passive Wahlrecht nicht auf allen staatlichen Ebenen ausüben. Sowohl in der Republika Srpska als auch in der Föderation BuH sind diskriminierende Bestimmungen aufrecht geblieben, die Bevölkerungsteile, welche nicht der Mehrheitsbevölkerung angehören, teilweise benachteiligen. Für die bosnisch-herzegowinische Bevölkerung besteht **grundsätzlich die Möglichkeit, sich demokratisch zu engagieren und Interessensvertretungen zu gründen**. Das engmaschige klientelistische Netz der dominierenden nationalistischen Parteien hemmt aber ein pro-aktives und zivilgesellschaftliches Engagement.

Ungeachtet der mit internationaler Unterstützung errichteten Anti-Korruptionsbehörden hat sich in der bisherigen Nachkriegsperiode der Eindruck der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung verfestigt, dass staatliche Funktionäre und Behörden strukturell korrupt sind. Dies zeigen auch die Werte des Corruption Perception Index. Demnach ist die Tendenz der gesellschaftlich wahrgenommenen **Korruption** über einen längeren Zeitraum **gleichgeblieben**. So belegte BuH 2003 in einem Ranking von 133 Staaten den 70. Platz, wobei der 133. die schlechteste Positionierung war. Im Jahr

²⁶ In BuH sind das die Islamische Gemeinschaft, der die Bosnjaken mehrheitlich angehören, die Serbisch-Orthodoxe Kirche und die Katholische Kirche als religiöse Gemeinschaft für die Mehrheit der Kroaten.

²⁷ Vgl. u. a. Džihic, Vedran: Zur Symbiose zwischen Politik und Religion am Beispiel Bosnien und Herzegowina. In: Jureković, Predrag/Feichtinger, Walter (Hrsg.): Religiöser Extremismus vs. Internationale Friedensbemühungen. Lessons Learned und präventive Strategien im Nahen Osten und am Westbalkan. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 8/2008, Wien, S. 111-129.

2009 waren es bei 180 untersuchten Staaten der 99. Platz, 2013 die 72. Position bei 127 Staaten und 2017 der 91. Platz von 180 Staaten.²⁸

2.5 Wirtschaftliche Entwicklung

In den **frühen 2000er-Jahren** ist das **Wirtschaftswachstum tendenziell gestiegen** und erreichte 2006 einen Wert von ca. 6%. Die **internationale Finanz- und Wirtschaftskrise** (insbesondere der Jahre 2008–11) bewirkte auch in BuH einen **Rückgang der Wirtschaftsleistung** und der Foreign Direct Investments (FDIs). **Nach Beendigung der Finanz- und Wirtschaftskrise** begann die **Wirtschaft wieder leicht zu wachsen**. Das **Wirtschaftswachstum** ist den **letzten Jahren des Analysezeitraums fast gleichgeblieben** und pendelte sich bei 3% ein. Die **Beschäftigungsquote** ist im Verlauf des Analysezeitraums **gestiegen**, blieb **aber** zuletzt mit ca. 800.000 Beschäftigten auf einem eher **geringen Niveau**. Damit befinden sich etwas weniger als 23% der ca. 3,5 Mio. Einwohner von BuH in einem geregelten Arbeitsverhältnis. Die **FDIs** sind in **unterschiedlichen Phasen unregelmäßig gestiegen** und **auch wieder gesunken**. Die größten Investitionen wurden im Telekommunikations- und Energiebereich erzielt.²⁹

Die internationale Militär- und Zivilpräsenz in BuH sowie die Wiederaufbauhilfe in Milliardenhöhe seitens der EU und anderen westlichen Geberländern ermöglichte in den vergangenen zwei Jahrzehnten, dass nach dem Krieg eine langsame wirtschaftliche Normalisierung stattfinden konnte. Schwerwiegende strukturelle Probleme wie die Deindustrialisierung, Überbürokratisierung und hohe Jugendarbeitslosigkeit bestehen aber fort. Für positive Gegenstrategien wären die Beendigung der innerstaatlichen Konflikte in BuH sowie – wechselseitig – eine enge und konstruktive

²⁸ Vgl. die Rankings von Transparency International: <https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2017>, abgerufen am 30.8.2018.

²⁹ Vgl. Bosnić, Zlatko: Bosnia and Herzegovina's economic boom. WIIW Research Reports Nr. 328, Juli 2006. <<https://wiiw.ac.at/bosnia-and-herzegovina-s-economic-boom-p-385.html>>, abgerufen am 30.8.2018, S. 3; Pöschl, Josef: Bosnia and Herzegovina: Some chance of getting things moving. In: Recovery: Limp and Battered. wiiw Current Analyses and Forecasts Nr. 8, Juli 2011. <<https://wiiw.ac.at/bosnia-and-herzegovina-some-chance-of-getting-things-moving-p-2330.html>>, S. 104–106; Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Bosnia and Herzegovina (August 2018). <<https://wiiw.ac.at/bosnia-and-herzegovina-overview-ce-2.html>>, abgerufen am 30.8.2018.

Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und der EU notwendig. Vielen Bürgerinnen und Bürgern von BuH fehlt das diesbezügliche Vertrauen in ihre politische Führung. Die Folge davon ist die Abwanderung vor allem vieler junger Leute aus BuH. Allein im Zeitraum zwischen 2013 und 2017 betrug der Bevölkerungsverlust insgesamt ca. 151.000 Menschen.³⁰

2.6 Soziale Versorgung

Der Human Development Index (HDI) ist ein Index, der Ergebnisse zu den Faktoren Lebenserwartung, Bildung und Wirtschaftswachstum miteinander verbindet. Im Rahmen der Berechnung des HDI für verschiedene Staaten wird ein Wert über 0,700 als ein hoher Level der menschlichen Entwicklung interpretiert. Im Zeitraum 2005 bis 2015 ist der **HDI** von BuH kontinuierlich von 0,679 (2005) auf 0,75 (2015) **gestiegen**. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass **menschliche Grundbedürfnisse (Basic Needs)** in BuH in der Nachkriegsphase **grundsätzlich abgedeckt** werden und eine individuelle Entwicklung möglich ist.³¹ Die persönliche Perzeption vieler Bürgerinnen und Bürger entspricht aber nicht unbedingt den statistischen Daten. In der Wahrnehmung/Erinnerung vieler Bosnier und Herzegowiner war z. B. das Gesundheitssystem der Vorkriegsrepublik BuH innerhalb des jugoslawischen Vielvölkerstaates effizienter als das gegenwärtige. Statistische Daten lassen aber vermuten, dass es nach dem Krieg dennoch eine Fortschrittsentwicklung gegeben hat. So ist die **Sterblichkeitsrate bei Kindern** signifikant **gesunken**. 1988 entfielen in BuH auf 1000 Lebendgeburten 16,1 Todesfälle.³² 2006 waren es 8,5 und 2016 6.³³ Trotz des großen demographischen Verlustes, der sich in BuH wegen des Krieges vollzogen hat (1991: 4,38 Mio. Einw., 2013: 3,53 Mio.) und aktueller

³⁰ Vgl. Redaktion buka.com: Znate li koliko je ljudi napustilo BiH u 2017. godini? [Wissen Sie wie viele Menschen Bosnien und Herzegowina 2017 verlassen haben?] (3.1.2018). <<http://www.6yka.com/novost/133767/znate-li-koliko-je-ljudi-napustilo-bih-u-2017.godini>>, abgerufen am 30.8.2018.

³¹ Vgl. Statista.com: Human development index of Bosnia and Herzegovina 2005-2015. <<https://www.statista.com/statistics/880460/human-development-index-of-bosnia/>>, abgerufen am 31.8.2018.

³² Vgl. Lampe, John R.: Yugoslavia as History. Twice there was a country. Cambridge University Press 1996, S. 332.

³³ Vgl. de.statista.com: Bosnien und Herzegowina: Kindersterblichkeit von 2006 bis 2016. <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/754160/umfrage/kindersterblichkeit-in-bosnien-und-herzegowina/>>, abgerufen am 31.8.2018.

Abwanderung hat sich die ärztliche Versorgung etwas verbessert. Die **Zahl der Ärzte** in BuH ist im Vergleich zur Vorkriegszeit **gestiegen**. Im Jahr 1988 entfielen 1,47 Ärzte auf 1000 Einwohner, 2018 sind es 1,6 Ärzte.³⁴

Für die Kriegsphase liegen nur wenig gesicherte statistische Daten vor. Der Charakter der äußerst grausamen und sehr stark gegen Zivilisten ausgerichteten Kriegsführung lässt aber darauf schließen, dass alle sozialen Indikatoren im Vergleich zur Vorkriegs- und Nachkriegsphase deutlich negativer ausgeprägt waren.

2.7 Regionale und transnationale Auswirkungen

Im **mittleren Ausmaß** gab es in BuH in den ersten sieben Jahren **freiwillig zurückkehrende, international Schutzsuchende**. Gemäß den in BuH offiziell veröffentlichten Zahlen hatten während des Krieges ca. 1,2 Mio. bosnisch-herzegowinische Staatsbürger Zuflucht in den Nachbarländern und im westlichen Ausland gesucht. Davon hielten sich 2005, zehn Jahre nach Kriegsende, noch ca. 500.000 Bosnier und Herzegowiner in ihren Gastländern auf. Viele integrierten sich in die Aufnahmegesellschaften. 220.000 reisten in ein anderes Aufnahmeland weiter und 480.000 kehrten bis 2005 nach BuH zurück.³⁵

2.8 Umgang mit staatlicher Integrität

Eines der Schlüsselprobleme für den Staat BuH und die Normalisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem Krieg stellt der Umstand dar, dass eine **nachhaltige politische Unterstützung** für die **staatliche Integrität durch alle maßgeblichen Akteure nicht gegeben** ist. Ein substanzieller Teil der serbischen Politiker aus der Entität Republika Srpska zeigt ein **einseitiges Streben nach politisch-territorialer Veränderung**, indem die staatliche Unabhängigkeit der in Bezug auf die Bevölkerungszusammensetzung mehrheitlich serbischen Republika Srpska

³⁴ Vgl. Iz BiH prošle godine otišlo čak 350 ljekara (Bosnien und Herzegowina haben letztes Jahr sogar 350 Ärzte verlassen). In: Dnevni avaz, 13.2.2018. <<https://avaz.ba/vijesti/bih/350935/iz-bih-prosle-godine-otislo-cak-350-ljekara>>, abgerufen am 31.8.2018.

³⁵ Vgl. Ministry for Human Rights and Refugees: Comparative Analysis on Access to Rights of Refugees and Displaced Persons. Sarajevo 2005, S. 50.

angestrebt wird. Als Mittel dazu werden die gesamtstaatlichen Institutionen kontinuierlich desavouiert. Der politisch gemäßigtere Teil der Serben gibt sich – vorerst – mit der sehr umfassenden Autonomie der Republika Srpska zufrieden.

Kroatische Politiker bekennen sich vorbehaltlos zum Staat BuH, kritisieren aber die ihrer Meinung nach benachteiligte politische Position der Kroaten gegenüber den beiden anderen sog. konstitutiven Völkern, den Bosnjaken und Serben. Von einem Teil der kroatischen Politiker wurden Forderungen erhoben, die auf die Schaffung einer eigenen kroatischen Entität hinauslaufen. Letzteres wird vor allem von den Bosnjaken abgelehnt, die in der bisherigen Postkriegstransition den Gesamtstaat am stärksten unterstützt haben. Insbesondere von serbischen Politikern, aber auch von kroatischen wird die bosnjakische Position als Zentralismus interpretiert. Die von serbischen Politikern oft geäußerte Einschätzung, wonach bei einem Referendum die große Mehrheit der Bürger der Republika Srpska für die staatliche Eigenständigkeit stimmen würde, wird durch Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen nicht eindeutig bestätigt. So haben z. B. 2016 bei einer repräsentativen Umfrage 31% der Interviewten sich für die Aufteilung von BuH in drei unabhängige Staaten ausgesprochen, in der Entität Föderation waren es nur 2%. **Die politische Unterstützung der staatlichen Integrität von BuH durch die betroffene Gesellschaft ist damit zumindest teilweise gegeben**³⁶.

Die rechtliche Anerkennung und politische Unterstützung der staatlichen Integrität von BuH durch maßgebliche externe Akteure ist gegeben. Auf der Grundlage des Dayton-Abkommens wird die Souveränität von BuH sowohl von Kroatien und Serbien als auch von allen relevanten internationalen Akteuren, einschließlich Russlands, anerkannt. In unterschiedlichen Phasen hat die Unterstützung für nationalistische kroatische und serbische Politiker in BuH durch Zagreb und Belgrad bei den Bosnjaken und gesamtstaatlich ausgerichteten Kräften aber zu Zweifeln über die Aufrichtigkeit der beiden Nachbarländer in den bilateralen Beziehungen

³⁶ Vgl. USAID: Anketa Percepcija Gradjana u Bosni i Hercegovini 2016 [Umfrage zu den Perzeptionen der Bürger von Bosnien und Herzegowina 2016] (März 2017). <http://www.measurebih.com/uimages/final_MEASURE-BiH_NSCP2016_FindingsReport-BSC_200511201720formatted.pdf>, abgerufen am 3.9.2018, S. 28.

geführt. Die EU, USA und die Türkei haben bisher ein stärkeres Interesse an der Stärkung des Gesamtstaates gezeigt als Russland, das – ähnlich wie Serbien – vor allem der umfassenden Autonomie der Republika Srpska große Bedeutung beimisst. Bis 2006 unterstützten die westlichen Akteure die staatliche Integrität von BuH indirekt durch Sanktionsmaßnahmen des OHR gegen nationalistische Politiker.³⁷

2.9 Versöhnungsprozess

Angesichts der sehr unterschiedlichen Interpretation der Kriegsursachen und des Kriegsverlaufes hat der Versöhnungsprozess in BuH in der Postkriegsphase einen sehr schwierigen Verlauf genommen. Kriegsverbrechen, die von der eigenen Konfliktpartei begangen wurden, werden oft relativiert oder geleugnet. Die Täterrolle wird fast ausschließlich den anderen Konfliktparteien zugeordnet und eigene Kriegsverbrecher werden teilweise als Helden verehrt.

Eine **politisch unterstützte Versöhnungskommission**, die sich **auch mit der Aufarbeitung des Kriegsgeschehens** befasst, wurde wegen der stark divergierenden Ansichten über den Krieg in BuH **nicht installiert**. Es **existieren** mit REKOM (*Regional Commission Tasked with Establishing the Facts about All Victims of War Crimes and Other Serious Human Rights Violations Committed on the Territory of the Former Yugoslavia*) und anderen regionalen Initiativen am Westbalkan **aber zivilgesellschaftlich unterstützte Versöhnungsinitiativen**, die sich **auch mit der Aufarbeitung des Kriegsgeschehens befassen**.³⁸ Solche Initiativen erhalten auch **internationale Unterstützung für den Versöhnungsprozess**. Ungeachtet der politischen Blockaden im Kontext der Einleitung von Versöhnungsprozessen werden von den nationalen Behörden **Kriegsverbrecherprozesse** – wenn auch teilweise widerwillig – **unterstützt**. Das 2004 in BuH geschaffene gesamtstaatliche Strafgericht ist u. a. für Kriegsverbrecherprozesse zuständig.³⁹ Zuvor wurden Kriegsverbrechen, die auf dem Territorium BuH verübt

³⁷ Eindrücke des Autors im Zuge der mehr als zwanzigjährigen Beobachtung des Transitionsprozesses in BuH.

³⁸ Vgl. <<http://recom.link/>>, abgerufen am 4.9.2018.

³⁹ Vgl. <<http://www.sudbih.gov.ba/>>, abgerufen am 4.9.2018.

wurden, vom International Criminal Tribunal in the Former Yugoslavia in Den Haag strafrechtlich behandelt.⁴⁰

2.10 Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren

Mit Ausnahme eines terroristischen Anschlagversuchs gegen die US-Botschaft in Sarajevo im Oktober 2011 fanden **keine An-/Übergriffe auf internationales Personal und Einrichtungen durch Konfliktakteure** in BuH statt. Die Zusammenarbeit der relevanten Akteure in BuH mit internationalen Missionen war teilweise gegeben. In einigen Phasen des Transformationsprozesses kam es zu politischen Konflikten zwischen dem OHR und nationalistischen Politikern, insbesondere in der Republika Srpska.⁴¹

2.11 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

Umfragen zeigen weder eine besonders positive noch negative, sondern eine eher neutrale Einstellung der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung gegenüber der Präsenz internationaler Missionen und dem internationalen Engagement. Die stärkste Zustimmung hat das Engagement der Europäischen Union, von der man sich eine Verbesserung der ökonomischen Bedingungen erwartet. Während insbesondere die Kroaten und auch die Bosnjaken im Falle eines kompletten Rückzugs der internationalen Akteure tendenziell eher negative Folgen befürchten, sieht eine Mehrheit der befragten Serben darin eine Chance für mehr Eigenverantwortung der nationalen Politiker in BuH.⁴²

⁴⁰ Vgl. <<http://www.icty.org/>>, abgerufen am 4.9.2019.

⁴¹ Das Verhältnis zwischen dem OHR und der politischen Führung der Republika Srpska unter Milorad Dodik verschlechterte sich ab 2006 kontinuierlich, da diese Mission als internationaler Gegenspieler ihrer nationalistischen und separatistisch ausgerichteten Politik perzipiert wird.

⁴² Vgl. Office of the UN Resident Coordinator: Public Opinion Poll Results (2015). <http://www.undp.org/content/dam/unct/bih/PDFs/Prism%20Research%20for%20UN%20RCO_Report.pdf>, abgerufen am 4.9.2018.

3 Der Einfluss der Intervention im Kontext der Internationalen Organisation

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Konsolidierung

Insbesondere in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren **beteiligte sich die Mehrheit der relevanten internationalen Organisationen** (UNO, NATO, OSZE und EU) an der Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens für BuH. **Mit** dem im Dezember 1995 ins Leben gerufenen **Friedensimplementierungsrat** (Peace Implementation Council/**PIC**) **existiert** auch ein **Koordinierungsmechanismus** für die internationalen Maßnahmen zur Unterstützung des Transformationsprozesses in BuH.

Zu den Mitgliedern des PIC gehören ca. 40 Staaten, die EU-Kommission, die NATO, die OSZE und die UNO sowie zahlreiche andere internationale Akteure. Im Lenkungsausschuss des PIC sind neben der EU-Ratspräsidentschaft und der EU-Kommission politisch einflussreiche westliche Staaten sowie die Türkei und Russland repräsentiert. Den Vorsitz in diesem zentralen Koordinierungsgremium hat der High Representative als Leiter des OHR. Die insgesamt **mittlere Effektivität der Koordinierungsmechanismen** durch das PIC unterlag in den bisher mehr als zwei Jahrzehnten seiner Existenz Schwankungen, die auch die unterschiedliche Intensität des internationalen Engagements in BuH widerspiegelt. Analytiker sprachen deshalb von „interlocking institutions“, die wegen Überlappungen bei den Aufgaben und Kompetenzkonflikten sehr leicht zu einander sich blockierenden Institutionen werden können.⁴³

Im militärischen Bereich wurde in Bezug auf die **Zusammenarbeit der EU und NATO** bei Friedensoperationen am Westbalkan mit der „**Berlin-Plus-Vereinbarung**“ ein **Koordinierungsmechanismus mit hoher Effektivität** entwickelt. Diese Vereinbarung aus dem Jahr 2003 regelt das militärische Handeln der EU für den Fall, dass die NATO nicht aktiv wird. Es sieht den Austausch von geheimen Informationen, den Rückgriff der EU

⁴³ Vgl. Džihic, Vedran: Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina: Staat und Gesellschaft in der Krise. Baden-Baden 2009, S. 192f; Office of the High Representative: Peace Implementation Council. <http://www.ohr.int/?page_id=1220>, abgerufen am 24.9.2018.

auf NATO-Planungskapazitäten bei einem von der EU geführten Einsatz sowie die Bereitstellung der NATO-Kommandostruktur für EU-geführte Missionen vor.⁴⁴

3.2 Innere Kohärenz

Aus der Sicht des Entsendestaates Österreich war 1996–2004 im Zuge seiner Beteiligung an den militärischen Stabilisierungsoperationen der IFOR und SFOR die Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ von zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung. Seit Dezember 2004 bildet die EU-Präsenz in BuH den internationalen Rahmen für das sicherheitspolitische und politische Engagement Österreichs. Die EU trägt seit 2004 die Verantwortung für die militärische Stabilisierungstruppe EUFOR ALTEA und ist auch mit einer zivilen Säule (EU-Delegation und EU Special Representative) in BuH repräsentiert. Zwischen 2002 und 2011 war der EU Special Representative auch gleichzeitig der Leiter des OHR. Seine Hauptaufgabe besteht darin, in BuH Reformen zu unterstützen, die den Integrationsprozess dieses südosteuropäischen Staates in Bezug auf die EU unterstützen.

Sowohl die NATO als auch die EU zeigten und zeigen im bisherigen Engagement **hohe innere Kohärenz. In relevanten Phasen** der militärischen Stabilisierungsmissionen in BuH beteiligte sich eine **Mehrheit der NATO- und EU-Mitglieder** daran. Seit 2004 verringerten sich wegen der verbesserten Sicherheitslage und anderer militärischer Krisenherde die militärische Stärke der Stabilisierungsmissionen und die Zahl der sich daran beteiligenden Staaten sehr deutlich.⁴⁵ Planungsabläufe innerhalb der EU sind im Zuge

⁴⁴ Vgl. Kupferschmidt, Frank: Bosnien-Operation „Althea“ – EU-Mission mit starkem NATO-Bezug. In: Feichtinger, Walter/Gebhard, Carmen (Hrsg.): EU als Krisenmanager. Herausforderungen – Akteure – Instrumente. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 9/2006, S. 157-187, hier. S. 165ff.

⁴⁵ Im Jahr 1996 waren im Rahmen der IFOR-Operation 60.000 Militärpersonen aus 36 Staaten (darunter alle NATO-Mitgliedsländer) im Einsatz. Die Maximalstärke der SFOR betrug 32.000 und ihre Minimalstärke 7.000 Militärpersonen. Von 2004 bis 2018 wurde die Truppenstärke von EUFOR ALTHEA von 7.000 auf ca. 650 Militärpersonen verringert. Im September 2018 setzte sich die EUFOR-Truppe aus 13 EU-Mitgliedsländern und fünf Nicht-EU-Ländern zusammen. Vgl. Pesendorfer, Michael: IFOR – SFOR – EUFOR. Österreichische Soldaten im Friedenseinsatz im ehemaligen Jugoslawien. In: Truppendienst, 2/2005. <<http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=324>>.

des (militärischen) Konfliktmanagements am Westbalkan teilweise von gemeinsamen Koordinierungsprozessen mit der NATO abhängig. Auch die Institutionen der EU im Rahmen ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurden erst schrittweise in den frühen 2000er-Jahren entwickelt.⁴⁶ Aus diesen Gründen kann – insbesondere in den ersten Jahren des EU-Engagements in BuH – von einer **mittleren Effektivität der vorgesehenen EU-Entscheidungsgremien** ausgegangen werden.

3.3 Interne Weiterentwicklung der Organisation

Da sich die eine Mehrheit der NATO- und EU-Staaten an IFOR/SFOR bzw. der Operation der noch laufenden EUFOR ALTHEA beteiligt hat, **schufen diese Beteiligungen Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit** innerhalb dieser beiden internationalen Organisationen im Bereich des **internationalen Krisen- und Konfliktmanagements**.

Die Beteiligung sowohl der NATO als auch später der EU an der militärischen Stabilisierung von BuH hat dazu beigetragen, dass die **operativen Kapazitäten** dieser beiden internationalen Organisationen **gestiegen** sind. Für die NATO bedeutete das Kommando über IFOR und SFOR, dass ihre Soldaten – nicht ohne Anfangsschwierigkeiten – mit Militärpersonen zusammenarbeiteten, die aus Partnerländern der NATO-„Partnership for Peace“ stammten. Bei der unter EU-Kommando stehenden Friedenstruppe EUFOR ALTHEA handelt es sich um die am längsten laufende militärische GSVP-Operation, sodass operative Weiterentwicklungen für andere GSVP-Operationen naheliegend erscheinen.

abgerufen am 25.9.2018; About EUFOR (28.3.2018). In: <<http://www.euforbih.org/eu-for/index.php/about-eu-for>>, abgerufen am 25.9.2018; History of the NATO-led Stabilisation Force (SFOR) in Bosnia and Herzegovina (letzte Aktualisierung 15.2.2007). In: <<https://www.nato.int/Sfor/docu/d981116a.htm>>, abgerufen am 25.9.2018.

⁴⁶ Zum Zusammenhang zwischen dem EU-Konfliktmanagement am Westbalkan und der (Weiter-)entwicklung der GSVP-Institutionen siehe Reichel, Sarah: Anspruch und Wirklichkeit der EU-Krisenbewältigung: Testfall Balkan. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, 78/2010, Baden-Baden.

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Der Umstand, dass sich auch Staaten, die nicht der NATO und der EU als Mitglieder angehören, an den militärischen Stabilisierungsoperationen von IFOR, SFOR und EUFOR ALTHEA beteiligt haben und (im Falle der EUFOR noch) beteiligen, hat sehr wahrscheinlich die internationale **Akzeptanz dieser Organisationen gestärkt**. Insbesondere der **EU** wird durch ihr ziviles und politisches Engagement am Westbalkan auch die **selektive Funktion einer Softpower zugeschrieben**. Das zurückhaltende Auftreten der EU gegenüber nationalistischen Kräften in BuH hat in der jüngsten Vergangenheit diese positive Rollenzuschreibung jedoch teilweise beschädigt.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Für die militärische und die zivile Präsenz der internationalen Gemeinschaft in BuH gibt es ein **Mandat des UNO-Sicherheitsrates**, das **eindeutig formuliert wurde**. Das **Mandat** für die internationale Militärpräsenz wurde **an die reale sicherheitspolitische Entwicklung angepasst**.

Das Grundmandat für die militärischen Friedenstruppen lässt sich auf die UNO-SR-Res 1031 (für IFOR), 1088 (für SFOR) und 1575 (für EUFOR ALTHEA) zurückführen. Alle drei Militärpräsenzen verfügten/verfügen über ein „exekutives Mandat“ gemäß Kapitel VII der UNO-Charta. Demgemäß kann bei einer ernsthaften Bedrohung der Sicherheitslage und aus Gründen der Selbstverteidigung der Kommandant der Friedenstruppe den Einsatz von Waffengewalt befehlen. Das Grundmandat der IFOR hatte noch einen starken Bezug zu Annex 1 des Dayton-Abkommens und zielte insbesondere auf die Beendigung der Feindseligkeiten, die Trennung der Konfliktparteien und den Abzug der schweren Waffen ab. Das Mandat der SFOR betonte neben der Gewährleistung eines sicheren Umfeldes schon stärker die Unterstützung der zivilen Missionen und politischer Konsolidierungsziele.

Die Aufgaben der sich noch im Einsatz befindenden internationalen Friedenstruppe EUFOR ALTHEA sind in einen „exekutiven“ und „nicht-exekutiven“ Teil untergliedert. Der exekutive Teil bezieht sich auf die Unterstützung der BuH-Sicherheitsbehörden bei der Gewährleistung eines sicheren Umfeldes und auf eine abschreckende Wirkung gegenüber potenziellen

Gefährdern des Friedensprozesses. Im nicht-exekutiven Teil unterstützt die EUFOR die gesamtstaatlichen bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte beim Kapazitätenaufbau und durch Trainingsmaßnahmen.⁴⁷

Als „Wächter“ der Implementierung des Dayton-Abkommens wurde der Friedensimplementierungsrat PIC durch die UN-SR-Res 1031 legitimiert. Gemäß Annex 10 des Dayton-Abkommens sollen das OHR und sein Leiter, der High Representative, die bosnisch-herzegowinischen Akteure bei der Umsetzung der zivilen Friedensziele unterstützen und diesen Prozess beobachten.⁴⁸ Auf Kritik eines Teils der politischen Öffentlichkeit in BuH stieß die Ausweitung der Vollmachten des OHR bei der Bonner Konferenz des PIC im Dezember 1997.⁴⁹ Dadurch wurde BuH de facto in ein internationales Protektorat transformiert. Zumindest bis 2006 machte das OHR von den Sondervollmachten reichlich Gebrauch – in den meisten Fällen zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger von BuH.

Der UN-Sicherheitsrat hat in seiner Resolution 1144 vom 19. Dezember 1997 die Bonner Beschlüsse ausdrücklich unterstützt. Im Februar 2008 beschloss der Lenkungsausschuss des PIC, dass die Erfüllung der sog. „5+2-Agenda“ die Voraussetzung für die Beendigung des Mandats des OHR sein soll. Eine dieser Bedingungen ist eine positive Situation in BuH, die der Erfüllung der Ziele des Dayton-Abkommens entspricht. Mehr als zehn Jahre später ist nach Einschätzung des PIC diese Situation noch immer nicht eingetreten.⁵⁰

Bei der Mission der EU-Delegation und des EU Special Representative in BuH handelt es sich um eine ausschließlich politische Mission ohne

⁴⁷ Vgl. a.a.O. FN 42.

⁴⁸ Vgl. OHR: Mandate (2015). <http://www.ohr.int/?page_id=1161>, abgerufen am 27.9.2018.

⁴⁹ Vgl. S/RES/1144, 19. Dezember 1997. <<http://unscr.com/en/resolutions/doc/1144>>, abgerufen am 27.9.2018.

⁵⁰ Vgl. OHR: 5+2 Agenda (2015). <http://www.ohr.int/?page_id=1318>, abgerufen am 27.9.2018.

exekutive Elemente, die den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess von BuH unterstützt. Sie benötigt deshalb kein spezielles UN-Mandat.⁵¹

4 Der Einfluss der Intervention im Kontext des Entsendestaats

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

Die **Beteiligung Österreichs an den friedenserhaltenden Maßnahmen** der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ und der EU in BuH seit 1996 **stimmt und stimmt mit der nationalen Sicherheitsstrategie** (2013) und dem davon abgeleiteten **Militärstrategischen Konzept Österreichs** (2017) **überein**. In seiner Sicherheitsstrategie bekennt sich Österreich zu einer solidarischen Außen – und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU, UNO, OSZE, der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ sowie des Europarats.⁵² Wichtige Aufgaben stellen in diesem Zusammenhang die „Konfliktverhütung, Friedenserhaltung und Einsätze zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ dar.⁵³

Die „geografische Situierung der betreffenden Mission“ und „sicherheitspolitische Auswirkung der betreffenden Situation auf Österreich“ sind wesentliche Kriterien für die Beteiligung des Österreichischen Bundesheeres an internationalen Friedensmissionen.⁵⁴ Wegen der geografischen Nähe zum Westbalkan stellen Beiträge zur Konsolidierung des Friedens in dieser Region deshalb ein nationales Interesse für Österreich dar.

⁵¹ Vgl. European Union in Bosnia and Herzegovina – EUD / EUSR – Delegation of the European Union to Bosnia and Herzegovina and European Union Special Representative. <<http://www.eubih.eu/eu-delegation-eu-special-representative-in-bih>>, abgerufen am 27.9.2018.

⁵² Vgl. Österreichs Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten (Juli 2013). <<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/sicherheitsstrategie>>, abgerufen am 25.9.2018, S. 7.

⁵³ Vgl. Militärstrategisches Konzept 2017. <<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=753>>, abgerufen am 25.9.2018, S. 8.

⁵⁴ Vgl. Österreichs Sicherheitsstrategie, S. 15f.

Für die Beteiligung Österreichs am Friedenseinsatz in BuH wurde in fast allen Phasen ein **Konsens der Parlamentsparteien im Hauptausschuss des Nationalrates erzielt.**⁵⁵

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

Repräsentative Umfragen der letzten 15 Jahre haben gezeigt, dass die österreichische Bevölkerung in Bezug auf das Österreichische Bundesheer innerstaatlichen Aufgaben – wie dem Katastrophenschutz – vor allem auch im Hinblick auf den permanenten Sparzwang beim Militär eine wesentlich höhere Bedeutung beimisst als Auslandseinsätzen.⁵⁶ Auslandseinsätze werden aber von einer Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher positiv perzipiert, wenn sie mit der militärischen Neutralität Österreichs vereinbar sind, im Rahmen einer UNO-Friedensmission stattfinden bzw. zumindest über ein klares Mandat des UN-Sicherheitsrates verfügen und einen friedenssichernden, aber keinen friedenserzwingenden Charakter haben.⁵⁷ Auf die österreichische Beteiligung an den Friedenseinsätzen in BuH seit 1996 treffen diese Merkmale grundsätzlich zu. Dem Autor dieses Beitrags liegen keine speziellen Umfragedaten zur Einstellung der österreichischen Beteiligung gegenüber den Friedenseinsätzen in BuH vor. Vor dem Hintergrund der allgemein erhobenen Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu Auslandseinsätzen kann aber darauf geschlossen werden, dass es eine

⁵⁵ Vgl. z. B. OTS0252 v. 17.3.2004 (Österreich entsendet mehr Soldaten nach Bosnien und in den Kosovo. Hauptausschuss billigt auch Wiederaufnahme des Afghanistan-Einsatzes). <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040317_OTS0252/oesterreich-entsendet-mehr-soldaten-nach-bosnien-und-in-den-kosovo-hauptausschuss-billigt-auch-wiederaufnahme-des-afghanistan-einsatzes>, abgerufen am 1.10.2018; OTS0294 v. 9.11.2007 (Hauptausschuss stimmt weiteren internationalen Entsendungen zu. Österreichisches Bundesheer-Kontingent in Bosnien wird halbiert). <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071109_OTS0294/hauptausschuss-stimmt-weiteren-internationalen-entsendungen-zu-oesterreichisches-bundesheer-kontingent-in-bosnien-wird-halbiert>, abgerufen am 1.10.2018; Parlamentskorrespondenz Nr. 1362 v. 1.12.2016 (Österreich unterstützt weiterhin aktiv zahlreiche Missionen der UNO, der EU und der OSZE). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK1362/>, abgerufen am 1.10.2018.

⁵⁶ Vgl. Watscher, Johannes Alexander: Die Legitimationsproblematik öffentlicher Institutionen am Beispiel des Österreichischen Bundesheeres. Diplomarbeit, Universität Wien 2010, S. 99.

⁵⁷ Vgl. Ogris, Günther: Österreichs Sicherheitspolitik im Spiegel der Bevölkerungsmeinung. In: Pucher, Johann/ Frank, Johann (Hrsg.): Strategie und Sicherheit 2012. Der Gestaltungsspielraum der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien 2012, S. 813–824, hier S. 819f.

positive Einstellung der **öffentlichen Meinung** gegenüber dem bisherigen österreichischen Engagement in BuH gibt.

Die von den politischen Entscheidungsträgern für die österreichische Beteiligung am Friedenseinsatz festgelegten Ziele orientieren sich am internationalen Mandat in BuH. Im Zentrum steht das Ziel, zur Friedenskonsolidierung in einer Nachbarregion aktiv beizutragen und damit negative Entwicklungen, die für Österreich aus neuer Instabilität am Westbalkan entstehen könnten, zu verhindern. Weitere Ziele stellen die erfolgreiche Mitwirkung Österreichs im multinationalen Verband bei der Friedenssicherung dar. Im Rahmen seiner Möglichkeiten als kleinerer/mittlerer Staat konnte Österreich vor allem im Kontext seiner Mitwirkung bei den militärischen Stabilisierungsmissionen substanzielle Beiträge leisten. In diesem Bereich wurden die **festgelegten Ziele erreicht**. Allerdings stellt die instabile politische Situation in BuH weiterhin einen Risikofaktor für die weitgehend konsolidierte Sicherheitslage dar.

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Mit seinen in Relation zum Gesamtbudget niedrigen Militärausgaben, die im demokratischen Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg weniger als 1% des Bruttoinlandsprodukts ausmachten, stellte Österreich eines der diesbezüglichen Schlusslichter in Europa dar. Es gab deshalb in Bezug auf das **ausreichende Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation** sowie auf das **ausreichende und zeitgerechte Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität Anfangsschwierigkeiten beim Österreichischen Bundesheer**. Auf diese Problematik wies z. B. eine parlamentarische Anfrage aus dem Jahr 1996 an den damaligen Verteidigungsminister hin, in der oppositionelle Abgeordnete in Bezug auf die österreichische Beteiligung an der IFOR-Friedenstruppe von „fehlenden budgetären Mitteln“ und der Notwendigkeit zur Improvisation sprachen.⁵⁸

⁵⁸ Vgl. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Herbert Scheibner, Ute Apfelbeck, Mag. Herbert Haupt, Dr. Harald Ofner, Dipl. Ing. Leopold Schögggl und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend den Einsatz österreichischer Soldaten im Rahmen der IFOR (21.5.1996). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/J/J_00346/index.shtml>, abgerufen am 2.10.2018.

Wegen der Ausweitung der Einsätze auf andere Konfliktgebiete und des niedrigen Militärbudgets in Österreich wurde der Einsatz der österreichischen Transporteinheit mit bis zu 300 Militärpersonen im Rahmen von IFOR und SFOR 2001 beendet. Österreichische Soldaten unterstützten die SFOR-Truppe aber weiterhin als Stabspersonal. Mit der Entwicklung des Systems der „Kräfte für Internationale Operationen“ (KIOP) wurde es Anfang der 2000er-Jahre insbesondere durch die freiwillige Verpflichtung länger dienender Militärpersonen möglich, in einem beschleunigten Verfahren Truppen für internationale Einsätze zur Verfügung stellen zu können.⁵⁹

Die **Verbesserung interner Verfahren** sowie die **klare Fokussierung** auf den **Westbalkan als Schwerpunktgebiet des österreichischen Auslandsengagements verbesserte** insbesondere ab 2004 – trotz des knappen Militärbudgets – das **Kapazitäten-Ressourcenmanagement**. Im Rahmen von EUFOR „ALTHEA“ hat Österreich sehr verantwortungsvolle operative Aufgaben übernommen. Österreich erhielt zunächst das Kommando über die Multinational Task Force North, nach deren Auflösung im Jahr 2007 die Verantwortung für das Regional Coordination Center 4. Dazu kamen als zusätzliche österreichische Beiträge mehrere Häuser der Liaison and Observation Teams, Elemente der Militärpolizei, Sanitätselemente und Teams für die Sprengstoffentschärfung, Hubschrauber für die Sanitätsversorgung und den Transport sowie Aufklärungsflugzeuge.⁶⁰

Seit 2009 stellt Österreich den Kommandanten der EUFOR-Operation und der personelle Rahmen wurde von 300 auf eine Maximalstärke von 400 ausgeweitet. Aus der zeitlichen Perspektive von Dezember 2018 stellte Österreich mit ca. 300 Militärpersonen das stärkste Einzelkontingent im Rahmen der EUFOR mit einer Gesamtstärke von ca. 650 und hatte sich zu einem Schlüsselakteur der militärischen Stabilisierungsoperation in BuH entwickelt.

⁵⁹ Vgl. Schmidl, Erwin: 1960 bis 2010 – 50 Jahre österreichische Teilnahme an internationalen Einsätzen. In: Truppendienst, 2/2010. <<http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=1002>>, abgerufen am 3.10.2018.

⁶⁰ Vgl. Redaktion Truppendienst: Einsätze des ÖBH. In: Truppendienst Spezial, 1/2018, S. 28-33, hier S. 28.

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

Im bisherigen Verlauf der österreichischen Beteiligung an Friedensmissionen in BuH bestand außerhalb der Staatsinteressen keine politische Dynamik, die nennenswerten Einfluss auf das österreichische Engagement ausgeübt hat.

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

Die schon mehr als zwei Jahrzehnte bestehende Beteiligung Österreichs am Friedenseinsatz in BuH und insbesondere die Übernahme der Rolle der „Lead Nation“ im Rahmen von EUFOR „ALTHEA“ hat die **Akzeptanz Österreichs als Partner im internationalen System gestärkt** und seine **Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements** noch zusätzlich **erhöht**. Die hohe Akzeptanz Österreichs als Partner bei internationalen Friedenseinsätzen zeigt sich vor allem anhand des Umstandes, dass sich die Alpenrepublik im Oktober 2018 an insgesamt 14 Missionen/Operationen der EU, NATO PfP, OSZE und UNO beteiligte.⁶¹

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Da die Ausweitung der Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheeres in den vergangenen zwanzig Jahren keine nennenswerte Erhöhung des Anteils der Militärausgaben am BIP zur Folge hatte bzw. es sogar phasenweise zu einer Verringerung dieses Anteils gekommen war⁶², **wirkte sich** die Beteiligung an den Friedensoperationen in BuH durch die zusätzliche finanzielle Belastung **auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation tendenziell negativ aus**.

⁶¹ Vgl. Auslandseinsätze des Bundesheeres. Zahlen, Daten, Fakten. <<http://www.bundesheer.at/ausle/zahlen.shtml>>, abgerufen am 4.10.2018.

⁶² Vgl. die Darstellung der Entwicklung der Militärausgaben 2000-2015 in Österreich durch ihren Anteil am BIP in Jedlaucnik, Herwig: Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die budgetäre Situation der europäischen Streitkräfte. In: ISS Aktuell, 1/2015, Wien, S. 12.

Das **Prestige der Einsatzkräfte ist durch die Operation gestiegen**, wozu sehr maßgeblich die führende Rolle Österreichs im Rahmen von „ALTHEA“ seit 2009 beiträgt. Aus der Zusammenarbeit im multinationalen Verband im Rahmen der Kooperation mit NATO-PfP-Staaten und Truppenstellern aus der EU konnten vielfältige **Lehren für operative militärische Prozesse gezogen und umgesetzt werden**.

4.7 Auswirkungen auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

Bosnien und Herzegowina gehörte 1995–2011 zu den Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Nach offiziellen Angaben des österreichischen Außenamtes wurde BuH in diesem Zeitraum mit 465 Mio. € unterstützt.⁶³ Die **Beteiligung österreichischer Kontingente an den militärischen Friedensmissionen hat die Entwicklungszusammenarbeit mit BuH begünstigt**. Insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Bundesheer und österreichischen Entwicklungshilfe-organisationen.⁶⁴ Auf das – gemäß OECD-Beurteilung – generell sehr niedrige österreichische **Budget für Entwicklungszusammenarbeit** hatte die österreichische Mitwirkung an den Friedensmissionen in BuH bisher keinen nennenswerten Einfluss. Es ist während dieses Engagements **fast gleichgeblieben** und 2017 sogar gesunken.⁶⁵

4.8 Auswirkungen auf den Whole of Nation Approach

In Gesprächen des Autors mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Österreich, die sich in den vergangenen 20 Jahren für den Frieden und den Wiederaufbau in BuH engagiert haben, dominierte der Eindruck, dass

⁶³ Vgl. Österreichische Entwicklungshilfe kehrt Bosnien den Rücken. In: Wiener Zeitung, 18.5.2011. <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/51447_Oesterreichische-Entwicklungshilfe-kehrt-Bosnien-den-Ruecken.html?em_cnt=51447>, abgerufen am 4.10.2018.

⁶⁴ Vgl. CIMIC Workshop beim Streitkräfteführungskommando (18.1.2008). <<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=3798>>, abgerufen am 4.10.2018.

⁶⁵ Vgl. Entwicklungszusammenarbeit: Österreichs Ausgaben stürzen ab. In: Kurier (online), 9.4.2018. <<https://kurier.at/wirtschaft/entwicklungszusammenarbeit-oesterreichs-ausgaben-stuerzen-ab/400018423>>, abgerufen am 15.10.2018.

staatliche und nicht-staatliche Akteure aufeinander abgestimmt agiert und sich entsprechend ihrer Kernkompetenz ergänzt haben.

4.9 Rückwirkungen

4.9.1 Politische Rückwirkungen

Die **diplomatischen Beziehungen** zu BuH sind durch die österreichische Beteiligung an den Friedensoperationen, die engen wirtschaftlichen Beziehungen und die politische Unterstützung Österreichs für die Einbindung von BuH in den europäischen Integrationsprozess sehr positiv beeinflusst worden und haben sich **gleichbleibend positiv weiterentwickelt**.

4.9.2 Humanitäre Rückwirkungen

Die österreichische Beteiligung an Friedensoperationen hat dazu beigetragen, dass zumindest ein **kleiner Teil der Flüchtlinge** des Bosnien-Krieges, die in Österreich Schutz fanden, **in ihre Heimat zurückgekehrt sind**. Etwa 60.000 von insgesamt 90.000 im Zuge des Krieges nach Österreich geflüchteten Bosniern und Herzegowinern blieben jedoch in Österreich und haben sich überwiegend gut in die österreichische Gesellschaft integriert.⁶⁶

4.9.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

Der Außenhandel zwischen Österreich und BuH ist 1995–2018 – überwiegend – kontinuierlich **gestiegen**, das gilt sowohl für den Warenimport als auch -Export. Österreich gehört zur Gruppe der wichtigsten Handelspartner von BuH und führt bei den Investitionen im Balkan-Staat.⁶⁷

⁶⁶ Vgl. Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen: Jugoslawien-Kriege: 115.000 flohen nach Österreich (21.6.2011). <http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2011/06/21/kriege-in-ex-jugoslawien-fuhrten-zu-drei-grosen-fluchtlingswellen/>, abgerufen am 15.10.2018.

⁶⁷ Vgl. Außenwirtschaftscenter Sarajevo: Außenwirtschaft. Update Bosnien und Herzegowina (September 2018). <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/start.html?shorturl=wkoat_aussenwirtschaft>, abgerufen am 20.10.2018; Botschafter Jandl: Österreichs Wirtschaft nun Top-Investor in Bosnien und Herzegowina. In: OTS0195, 14.12.2004.

4.9.4 Sicherheitspolitische Rückwirkungen

Mit Stand von Dezember 2018 gab es im Rahmen des bisherigen österreichischen Engagements in BuH **keine negativen sicherheitspolitischen Rückwirkungen** für Österreich.

4.10 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Das Engagement Österreichs im Rahmen der friedenserhaltenden Operationen von IFOR, SFOR und EUFOR basierte und basiert auf eindeutig formulierten Mandaten des UN-Sicherheitsrates. Die Mandate wurden der sicherheitspolitischen Entwicklung in BuH angepasst (vgl. 3.5).

5 Fazit

Bosnien und Herzegowina durchläuft seit 1996 einen äußerst komplexen Konsolidierungsprozess, bei dem dieser Balkanstaat von einer internationalen Militär- und Zivilpräsenz unterstützt wird. Diese Unterstützung war bis 2006 auch durch – demokratiepolitisch nicht unumstrittene – protektoratsähnliche Eingriffe des OHR gekennzeichnet gewesen.

Die bisherige Bilanz der internationalen Unterstützung für BuH fällt im Sicherheitsbereich besser aus als im Bereich der politischen und gesellschaftlichen Transformation. Aus den verfeindeten Armeen des Krieges wurde eine gemeinsame bosnisch-herzegowinische Armee, insbesondere für Friedenseinsätze im Ausland, gebildet. Eine große Zahl an Kriegsverbrechern konnte wegen der internationalen Militärpräsenz festgenommen und dem ICTY übergeben werden. Diese Festnahmen waren eine wesentliche Voraussetzung für die zumindest teilweise gelungene Flüchtlingsrückführung. Armee und Polizeiapparate wurden mit internationaler Einflussnahme unter demokratische Kontrolle gestellt. So konnte das im brutalen Krieg zerrüttete Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitskräfte weitgehend wieder hergestellt werden. Nicht gelungen ist allerdings die Reintegration vieler

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20041214_OTS0195/botschafter-jandl-oessterreichs-wirtschaft-nun-top-investor-in-bosnien-herzegowina, abgerufen am 20.10.2018; Guter Handel mit Bosnien und Herzegowina. In: Wiener Zeitung, 7.5.1999 (online). <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/369029_Guter-Handel-mit-Bosnien-Herzegowina.html>, abgerufen am 20.10.2018.

Kriegsveteranen – ein Umstand, der in BuH kontinuierlich zu sozialen Spannungen führt. Ein kritischer Faktor bleibt auch die Minengefahr. Wegen des langwierigen Entminungsprozesses sind noch immer Todesopfer zu beklagen. Trotz angespannter politischer Beziehungen und des tendenziellen Erstarkens salafistischer Gruppen ist BuH nur vereinzelt von Terroranschlägen betroffen gewesen, die auch nicht gegen die internationale Präsenz gerichtet waren. Die große Zahl an Kleinwaffen stellt – potentiell – ein größeres Sicherheitsproblem als der Terrorismus dar.

Der politische Klientelismus verhinderte bisher trotz massiver internationaler Unterstützung die Schaffung eines funktionalen und unabhängigen Rechtssystems. Darüber hinaus sind die Rechtssysteme der beiden BuH-Entitäten schlecht aufeinander abgestimmt. Der mangelnde Respekt der Politik vor der Gewaltenteilung hat verhindert, dass die BuH-Bevölkerung Vertrauen zu ihren Rechtsinstitutionen aufbauen konnte. Dieser Umstand erschwerte bisher den gesellschaftlichen Kampf gegen die organisierte Kriminalität und insbesondere gegen die in BuH weit verbreitete Korruption.

Als Kardinalfehler der internationalen Einflussnahme auf die Nachkriegsprozesse in BuH kann die zu frühe Durchführung von Wahlen bezeichnet werden. Sie ermöglichte es nationalistischen und klientelistischen Akteuren auch nach Kriegsende, die politische Entwicklung zu dominieren. Die Dominanz ethno-nationaler Politik in BuH hat u. a. zu verantworten, dass es in BuH nach mehr als zwei Jahrzehnten nach Kriegsende noch immer zu politischer und gesellschaftlicher Diskriminierung von Bürgern wegen ihrer Volksgruppenzugehörigkeit bzw. ihrer Weigerung, sich Volksgruppen zuzuordnen, kommt. Mit seinen „Bonn Powers“ stellte das OHR ein notwendiges, internationales Korrektiv zur politischen Obstruktion und nationalistischen Politik dar, ermöglichte die Einleitung kooperativer gesellschaftlicher Prozesse und erhöhte die Funktionalität des Gesamtstaates. Der weitgehende Verzicht von internationaler Seite, die „Bonn Powers“ einzusetzen, hat seit 2006 jedoch zu einer massiven Verstärkung desintegrativer Tendenzen, vor allem in Form separatistischer Bestrebungen in der Entität Republika Srpska, geführt. Insgesamt erschwert die Instrumentalisierung nationalistischer Kriegsnarrative durch BuH-Politiker den Versöhnungsprozess und die Unterstützung der EU für einen funktionierenden, multiethnischen und föderativen Staat BuH, der in mittlerer Zukunft der EU beitreten soll.

Durch internationale Wiederaufbauhilfe und verschiedene Initiativen im Sozialbereich konnte sehr bald nach Kriegsende wieder ein Zustand erreicht werden, in dem die Grundbedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung gedeckt waren. So ist in BuH die Sterblichkeitsrate bei Kindern im Vergleich zur Vorkriegsentwicklung gesunken und der proportionale Anteil der Ärzte an der Gesamtbevölkerung gestiegen. Ungeachtet dieser verbesserten sozialen Indikatoren haben die unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven und die innenpolitischen Dauerkonflikte dazu geführt, dass auch nach Kriegsende einige Hunderttausend Bürgerinnen und Bürger aus BuH Richtung Westen abgewandert sind.

Im Hinblick auf die Bewertung des Zusammenspiels internationaler Akteure im Prozess der Friedenskonsolidierung konnte für den Zeitraum 1996–2018 eine mittlere Effektivität der Koordinierungsmaßnahmen bei der Zivilpräsenz festgestellt werden. Demgegenüber erreichten EU und NATO durch das „Berlin-Plus-Abkommen“ eine funktionale Kooperation im Kontext der militärischen Präsenz. In Zusammenhang mit der militärischen Präsenz kann auch positiv hervorgehoben werden, dass die Mandate der Friedenstruppen IFOR, SFOR und EUFOR eindeutig formuliert und an die realen sicherheitspolitischen Entwicklungen angepasst wurden. Im Kontext der internationalen Zivilpräsenz ist negativ anzumerken, dass die westliche Unterstützung für das OHR erkennbar nachgelassen hat, obwohl es nach wie vor plausible Gründe für sein Weiterbestehen gibt.

Aus der Sicht Österreichs hatte und hat die Beteiligung an den militärischen Friedensoperationen in BuH trotz der damit verbundenen finanziellen Belastung für die Einsatzorganisation überwiegend positive Auswirkungen. Bestanden in der Phase der österreichischen Beteiligung an IFOR und SFOR noch Anfangsschwierigkeiten bei der ausreichenden Bereitstellung von Material in Quantität und Qualität, so führte die außen- und sicherheitspolitische Fokussierung Österreichs auf den Westbalkan spätestens ab 2004 zu einer Verbesserung des Kapazitäten-Ressourcen-Managements. Die österreichische Beteiligung an den Friedensoperationen in BuH entspricht der strategischen Grundausrichtung, wird von allen Parteien im österreichischen Parlament getragen und auch die öffentliche Meinung in Österreich steht positiv dazu. Durch die Zusammenarbeit in multinationalen Verbänden konnte das Österreichische Bundesheer seine operativen Fähigkeiten im Rahmen von Friedenseinsätzen verbessern. Letztlich haben

Österreichs Beiträge als Lead Nation bei EUFOR ALTHEA seine Attraktivität als Partner in internationalen Missionen erhöht.

Literatur- und Quellenverzeichnis

About EUFOR (28.3.2018). In: <<http://www.euforbih.org/eufor/index.php/about-eufor>>, abgerufen am 25.9.2018.

Auslandseinsätze des Bundesheeres. Zahlen, Daten, Fakten. <<http://www.bundesheer.at/ausle/zahlen.shtml>>, abgerufen am 4.10.2018.

Außenwirtschaftscenter Sarajevo: Außenwirtschaft. Update Bosnien und Herzegowina (September 2018). <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/start.html?shorturl=wkoat_aussenwirtschaft>, abgerufen am 20.10.2018.

Botschafter Jandl: Österreichs Wirtschaft nun Top-Investor in Bosnien und Herzegowina. In: OTS0195, 14.12.2004. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20041214_OTS_0195/botschafter-jandl-oesterreichs-wirtschaft-nun-top-investor-in-bosnien-herzegowina, abgerufen am 20.10.2018.

Guter Handel mit Bosnien und Herzegowina. In: Wiener Zeitung, 7.5.1999 (online). <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/369029_Guter-Handel-mit-Bosnien-Herzegowina.html>, abgerufen am 20.10.2018.

Bosnić, Zlatko: Bosnia and Herzegovina's economic boom. WIIW Research Reports Nr. 328, Juli 2006. <<https://wiiw.ac.at/bosnia-and-herzegovina-s-economic-boom-p-385.html>>, abgerufen am 30.8.2018.

Center for Security Studies – BH: Studija o organizovanom kriminalu u Bosni i Hercegovini [Studie über die Organisierte Kriminalität in Bosnien und Herzegowina] (2014). <[css.ba/wp-content/uploads/2011/06/OrganizKrim_BHS.pdf](https://www.css.ba/wp-content/uploads/2011/06/OrganizKrim_BHS.pdf)>, abgerufen am 18.7.2018.

CIMIC Workshop beim Streitkräfteführungskommando (18.1.2008). <<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=3798>>, abgerufen am 4.10.2018.

de.statista.com: Bosnien und Herzegowina: Kindersterblichkeit von 2006 bis 2016. <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/754160/umfrage/kindersterblichkeit-in-bosnien-und-herzegowina/>>, abgerufen am 31.8.2018.

Džihić, Vedran: Ethnopolitik in Bosnien und Herzegowina. Staat und Gesellschaft in der Krise. Baden-Baden 2009.

Ebner, Christian J.: The Bonn Powers Powers – Still Necessary? In: Jureković, Predrag/Labarre, Frederic: From Peace Making to Self Sustaining Peace. International Presence in South East Europe at a Crossroads? Wien 2004, S. 119–151.

Entwicklungszusammenarbeit: Österreichs Ausgaben stürzen ab. In: Kurier (online), 9.4.2018. <<https://kurier.at/wirtschaft/entwicklungszusammenarbeit-oesterreichs-ausgaben-stuerzen-ab/400018423>>, abgerufen am 15.10.2018.

History of the NATO-led Stabilisation Force (SFOR) in Bosnia and Herzegovina (letzte Aktualisierung 15.2.2007). In: <<https://www.nato.int/Sfor/docu/d981116a.htm>>, abgerufen am 25.9.2018.

European Union in Bosnia and Herzegovina – EUD / EUSR – Delegation of the European Union to Bosnia and Herzegovina and European Union Special Representative. <<http://www.eubih.eu/eu-delegation-eu-special-representative-in-bih>>, abgerufen am 27.9.2018, abgerufen am 27.9.2018.

ICTY: New War Demographics Feature on the ICTY website. <<http://www.icty.org/en/press/new-war-demographics-feature-icty-website>>, abgerufen am 28.11.2018.

Institute for Economics and Peace: Global Terrorism Index 2012. Measuring and Understanding the Impact of Terrorism (2012). <<https://reliefweb.int/.../2012-Global-Terrorism-Index-Report.pdf>>, abgerufen am 18.7.2018

Iz BiH prošle godine otišlo čak 350 ljekara (Bosnien und Herzegowina haben letztes Jahr sogar 350 Ärzte verlassen). In: Dnevni avaz, 13.2.2018. <<https://avaz.ba/vijesti/bih/350935/iz-bih-prosle-godine-otislo-cak-350-ljekara>>, abgerufen am 31.8.2018.

Jedlaucnik, Herwig: Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die budgetäre Situation der europäischen Streitkräfte. In: ISS Aktuell, 1/2015, Wien.

Jureković, Predrag: Politischer Islam und gewaltsamer Extremismus im Kontext der Friedenskonsolidierung am Westbalkan. In: Rupp, Jasmina (Hrsg.): Der (Alb)traum vom Kalifat. Ursachen und Wirkung von Radikalisierung im politischen Islam. Wien, Köln und Weimar 2016, S. 267–284.

Knaus, Gerald/Cox, Marcus: Bosnia and Herzegovina: Europeanisation by decree? In: Batt, Judy (Hrsg.): The Western Balkans: moving on. Chaillot Paper, Oktober 2004, Paris, S. 55–68.

Kupferschmidt, Frank: Bosnien-Operation „Althea“ – EU-Mission mit starkem NATO-Bezug. In: Feichtinger, Walter/Gebhard, Carmen (Hrsg.): EU als Krisenmanager. Herausforderungen – Akteure – Instrumente. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 9/2006, S. 157–187.

Lampe, John R.: Yugoslavia as History. Twice there was a country. Cambridge University Press 1996.

Mandić, Sofija: The Citizens' Opinion of the Police Force. The Comparative Analysis of Public Opinion Surveys Conducted in Albania, Bosnia and Herzegovina, Montenegro, Kosovo, Macedonia and Serbia. Belgrad 2016.

Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen: Jugoslawien-Kriege: 115.000 flohen nach Österreich (21.6.2011). <http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2011/06/21/kriege-in-ex-jugoslawien-fuhrten-zu-drei-grosen-fluchtlingswellen/>, abgerufen am 15.10.2018.

Mikami, Satoru/Katayanagi, Mari: Property Restitution and Return: Revisiting the Case of Bosnia and Herzegovina. JICA-RI Working Paper (März 2014). <https://www.jica.go.jp/jica-ri/publication/workingpaper/property_restitution_and_return_revisiting_the_case_of_bosnia_and_herzegovina.html>, abgerufen am 28.11.2018.

Militärstrategisches Konzept 2017. <<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=753>>, abgerufen am 25.9.2018.

Ministry for Human Rights and Refugees: Comparative Analysis on Access to Rights of Refugees and Displaced Persons. Sarajevo 2005.

Nastavljeni protesti veterana u Doboj Jugu, promijenjena lokacija (Fortsetzung der Veteranen-Proteste in Doboj-Süd, Veränderung der Lokation). In: Oslobodjenje, 3.3.2018. <<https://www.oslobodjenje.ba/vijesti/bih/foto-nastavljeni-protesti-veterana-u-doboj-jugu-promijenjena-lokacija>>, abgerufen am 19.7.2018.

Office of the High Representative: Peace Implementation Council. <http://www.ohr.int/?page_id=1220>, abgerufen am 24.9.2018.

Office of the UN Resident Coordinator: Public Opinion Poll Results (2015). <http://www.undp.org/content/dam/unct/bih/PDFs/Prism%20Research%20for%20UN%20RCO_Report.pdf>, abgerufen am 4.9.2018.

Ogris, Günther: Österreichs Sicherheitspolitik im Spiegel der Bevölkerungsmeinung. In: Pucher, Johann/ Frank, Johann (Hrsg.): Strategie und Sicherheit 2012. Der Gestaltungsspielraum der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien 2012, S. 813–824.

OHR: 5+2 Agenda (2015). <http://www.ohr.int/?page_id=1318>, abgerufen am 27.9.2018.

OHR: Mandate (2015). <http://www.ohr.int/?page_id=1161>, abgerufen am 27.9.2018.

Organization for Security and Co-operation in Europe: Building Sustainable Peace and Democracy: OSCE Experiences in South-Eastern Europe. 2018.

Österreichische Entwicklungshilfe kehrt Bosnien den Rücken. In: Wiener Zeitung, 18.5.2011. <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/51447_Oesterreichische-Entwicklungshilfe-kehrt-Bosnien-den-Ruecken.html?em_cnt=51447>, abgerufen am 4.10.2018.

Österreichs Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten (Juli 2013). <<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/sicherheitsstrategie>>, abgerufen am 25.9.2018.

OTS0252 v. 17.3.2004 (Österreich entsendet mehr Soldaten nach Bosnien und in den Kosovo. Hauptausschuss billigt auch Wiederaufnahme des Afghanistan-Einsatzes). <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040317_OTS0252/oesterreich-entsendet-mehr-soldaten-nach-bosnien-und-in-den-kosovo-hauptausschuss-billigt-auch-wiederaufnahme-des-afghanistan-einsatzes>, abgerufen am 1.10.2018.

OTS0294 v. 9.11.2007 (Hauptausschuss stimmt weiteren internationalen Entsendungen zu. Österreichisches Bundesheer-Kontingent in Bosnien wird halbiert). <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071109_OTS0294/hauptausschuss-stimmt-weiteren-internationalen-entsendungen-zu-oesterreichisches-bundesheer-kontingent-in-bosnien-wird-halbiert>, abgerufen am 1.10.2018.

Parlamentskorrespondenz Nr. 1362 v. 1.12.2016 (Österreich unterstützt weiterhin aktiv zahlreiche Missionen der UNO, der EU und der OSZE). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK1362/>, abgerufen am 1.10.2018.

Pesendorfer, Michael: IFOR – SFOR – EUFOR. Österreichische Soldaten im Friedenseinsatz im ehemaligen Jugoslawien. In: Truppendienst, 2/2005. <<http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=324>>, abgerufen am 25.9.2018.

Pöschl, Josef: Bosnia and Herzegovina: Some chance of getting things moving. In: Recovery: Limp and Battered. wiiw Current Analyses and Forecasts Nr. 8, Juli 2011. <<https://wiiw.ac.at/bosnia-and-herzegovina-some-chance-of-getting-things-moving-p-2330.html>>, abgerufen am 25.9.2018.

Redaktion ba.n1info.com: Mesić: Zagreb i Beograd kalkiliraju s cjelovitosti BiH [Mesić: Zagreb und Belgrad kalkulieren mit der Einheit von Bosnien und Herzegowina] (30.8.2018). <<http://ba.n1info.com/a281816/Vijesti/Vijesti/Mesic-Zagreb-i-Beograd-kalkiliraju-s-cjelovitosti-BiH.html>>, abgerufen am 30.8.2018.

Redaktion buka.com: Znate li koliko je ljudi napustilo BiH u 2017. godini? [Wissen Sie, wie viele Menschen Bosnien und Herzegowina 2017 verlassen haben?] (3.1.2018). <<http://www.6yka.com/novost/133767/znate-li-koliko-je-ljudi-napustilo-bih-u-2017.godini>>, abgerufen am 30.8.2018.

Redaktion Truppendienst: Einsätze des ÖBH. In: Truppendienst Spezial, 1/2018, S. 28–33.

Reichel, Sarah: Anspruch und Wirklichkeit der EU-Krisenbewältigung: Testfall Balkan. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, 78/2010, Baden-Baden.

Rose, Eleanor: Bosnian Arms Still Worryingly Available, Experts Say (7.11.2016). <<http://www.balkaninsight.com/en/article/bosnian-arms-still-easy-to-obtain--11-04-2016>>, abgerufen am 19.7.2018.

Schmidl, Erwin: 1960 bis 2010 - 50 Jahre österreichische Teilnahme an internationalen Einsätzen. In: Truppendienst, 2/2010. <<http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=1002>>, abgerufen am 3.10.2018.

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Herbert Scheibner, Ute Apfelbeck, Mag. Herbert Haupt, Dr. Harald Ofner, Dipl. Ing. Leopold Schöggel und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend den Einsatz österreichischer Soldaten im Rahmen der IFOR (21.5.1996). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/J/J_00346/index.shtml>, abgerufen am 2.10.2018.

Spaić, Igor: Bosnia „Failing to Meet Landmine Removal Target” (4.4.2017). <<http://www.balkaninsight.com/en/article/bosnian-citizens-still-endangered-by-landmines-04-03-2017-1>>, abgerufen am 19.7.2018.

Statista.com: Human development index of Bosnia and Herzegovina 2005-2015. <<https://www.statista.com/statistics/880460/human-development-index-of-bosnia/>>, abgerufen am 31.8.2018.

USAID: Anketa Percepcija Gradjana u Bosni i Hercegovini 2016 [Umfrage zu den Perzeptionen der Bürger von Bosnien und Herzegowina 2016] (März 2017). <http://www.measurebih.com/uimages/final_MEASURE-BiH_NSCP2016_FindingsReport-BSC_200511201720formatted.pdf>, abgerufen am 3.9.2018.

Vetschera, Heinz: Military Stabilization and Arms Control in Bosnia and Herzegovina Five Years after the Dayton Agreement (Part I). The Agreement on Confidence and Security-Building Measures in Bosnia and Herzegovina. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/2001, S. 311–318.

Vetschera, Heinz: Military Stabilization and Arms Control in Bosnia and Herzegovina Five Years after the Dayton Agreement (Part II). The Agreement on Sub-Regional Arms Control (“Art. IV/Florence Agreement”) and Implementation and Verification, 4/2001, S. 465–472.

Watscher, Johannes Alexander: Die Legitimationsproblematik öffentlicher Institutionen am Beispiel des Österreichischen Bundesheeres. Diplomarbeit, Universität Wien 2010.

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Bosnia and Herzegovina (August 2018). <<https://wiiw.ac.at/bosnia-and-herzegovina-overview-ce-2.html>>, abgerufen am 30.8.2018.

Fallstudie zum Basis-Szenario 9: Gewaltsamer Minderheiten-Konflikt

Bewaffneter Aufstand einer, mit ihrem Status unzufriedenen Minderheit (ethnisch, religiös, etc.) gegen den Zentralstaat. Diese Konfliktsituation kann sich zu einem separatistischen Konflikt entwickeln, aber auch innerstaatlich gelöst werden.

Donbass: Schnelle Antwort, aber keine Konfliktlösung durch die OSZE

Christoph Bilban, Hanna Grininger



1 Konfliktbeschreibung

Für das hier betrachtete Szenario eines „Gewaltsamen Minderheitenkonfliktes“ ist die Krise in und um die Ukraine ein sehr komplexes Beispiel. Wir beschränken uns in diesem Beitrag auf die Betrachtung des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine. Dieser kann jedoch nicht nur auf einen Konflikt zwischen ukrainischer und russischer Ethnie zurückgeführt werden. Eine aktuelle Studie¹ zeigt, dass die Unterstützung für den Separatismus im Donbass nicht vorrangig ethnisch determiniert war. Durch die Annexion der Krim im März 2014 brachen außerdem alte Konfliktlinien zwischen Russland, Europa und den USA auf. Dieser „Metakonflikt“ bestimmt wesentlich auch die Kämpfe in und um die Ukraine. Für den Zweck der Analyse sollen die wesentlichen Eckpunkte der Krise dargestellt werden².

Der Euromaidan 2013/14 zeitigte eine tiefe Staatskrise³ in der Ukraine. Hierbei waren weniger die ethnischen Unterschiede zwischen West und Ost, als die politische Loyalität gegenüber der *Partei der Regionen* von Janukowytsch relevant. Dieser hatte seine politische Heimat im Gebiet Donezk. Nach Einschränkungen des Demonstrationsrechts im Jänner 2014 kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen am Maidan. In den Regionen – im Westen und Osten – wurden lokale Regierungsgebäude blockiert oder besetzt. Wenngleich die Unterstützung für den Euromaidan in den meisten Regionen größer war als jene der Anti-Maidan-Proteste, so zeigte sich in den östlichen und südlichen Regionen eine stärkere Unterstützung der Janukowytsch-Regierung.

¹ Vgl. Giuliano, Elise: Who supported separatism in Donbas? Ethnicity and popular opinion at the start of the Ukraine crisis. In: *Post-Soviet Affairs*, 2-3/2018, S. 158-178. hier: S. 174-175. auch S. 158-162; siehe auch Sasse, Gwendolyn: The Donbas – Two parts, or still one?. The experience of war through the eyes of the regional population. ZOiS Report 2, Centre for East European and International Studies (ZOiS). Berlin 2017.

² Für eine Beschreibung siehe z. B. Dubowy, Alexander/Čuljak, Elvis: Vom Euromaidan 2013 bis zur Eskalation des Konflikts 2014. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): *Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung*. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 189-202; Van Bladel, Joris: Russlands Kleinkrieg in der Ukraine: Wie der russische Adler seine Flügel schlägt. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): *Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung*. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 203-221.

³ Vgl. Stykow, Petra: Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise: Gleichzeitige Demokratisierung und Staatsbildung als Überforderung. In: *Osteuropa*, 5-6/2014, S. 41-60.

Vor allem in Donezk und Luhansk unterstützten etwa zwei Drittel der Bevölkerung die Forderungen des Euromaidan nicht⁴. Trotz aller internationaler Vermittlungsversuche zwischen Opposition und Regime konnte eine Eskalation am Maidan nicht verhindert werden. Am 21. Februar 2014 wurde schlussendlich Präsident Janukowytsch seines Amtes enthoben und eine Übergangsregierung eingesetzt.⁵

Die folgende Annexion der Krim war nicht Ursache, aber ein Verstärker für die Proteste im Donbass. Im April 2014 wurden dann die sogenannten Volksrepubliken Donzek (DNR; 6. April) und Luhansk (LNR; 27. April) ausgerufen, die nach einem – aus ukrainischer Perspektive – illegalem Referendum im Mai 2014 ihre Unabhängigkeit proklamierten. Die Regierung in Kiew beantwortete die Unabhängigkeitserklärungen mit dem Beginn einer Anti-Terror-Operation (ATO). Die ATO entwickelte sich zu einem konventionellen Krieg mit Höhepunkten im Juli und Dezember 2014, wo die beiden sogenannten Volksrepubliken nur durch Hilfe Russlands bestehen konnten⁶.

Der Minderheitenkonflikt war also zu Beginn weniger durch ethnische, als vielmehr wirtschaftliche Interessen und politische Loyalität gegenüber dem *ancien régime* geprägt. Die hohen Zustimmungsraten für eine Abspaltung von der Ukraine bei den Referenden in Donezk und Luhansk im Mai gründen ebenso auf einem diffusen Interessensgemenge, welches durch die Präsenz von bewaffneten Banden und lokalen Sicherheitskräften der sogenannten Volksrepubliken, Partikularinteressen regionaler Oligarchen, aber auch durch die Einmischung von Russland und eine intensive Propaganda bestimmt wird⁷. Der Konflikt darf wegen der Verstrickung Russlands und vor allem des Metakonflikts zwischen Ost und West als nicht reiner Minderheitenkonflikt gesehen werden.

⁴ Vgl. Forschungsstelle Osteuropa/Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Hrsg.): Umfragen. Zwei Monate Proteste in der Ukraine (November–Dezember 2013). In: Ukraine-Analysen, 126/2014, S. 13-16. hier: S. 14.

⁵ Vgl. Dubowy/Čuljak: Vom Euromaidan 2013, S. 191-195.

⁶ Vgl. Van Bladel: Russlands Kleinkrieg, S. 212-214.

⁷ Vgl. Giuliano: Who supported separatism in Donbas?, S. 163.

2 Der Einfluss der internationalen Mission auf das Zielgebiet

2.1 Sicheres Umfeld

Tabelle 1 – Auswirkungen der Kämpfe im Donbass auf die Bevölkerung in Zahlen, eigene Darstellung⁸

	2014	2015	2016	2017
Zahl der Internally Displaced Persons	823.000	1.700.000	1.600.000	1.600.000
Zahl der International Schutzsuchenden	240.000	1.100.000	1.200.000	k.A.
Zahl der Getöteten	4.364	4.734	635	570
Zahl der Verwundeten	10.064	10.668	1.988	2.058

Der Krieg in der Ukraine dauert nun bereits knapp fünf Jahre an. Die meisten der über 10.000 Todesopfer stammen aus der Intensivphase des Konflikts zwischen Juni 2014 und Februar 2015. Seither sanken die Opferzahlen zwar, blieben aber im Vergleich zwischen 2016 und 2017 mit rund 2.600 Getöteten und Verwundeten pro Jahr gleich. Nach wie vor sind rund 1,6 Mio. Menschen innerhalb der Ukraine vertrieben und über ca. 1,2 Mio. fanden im Ausland Zuflucht. Beide Zahlen blieben in den letzten Jahren weitgehend gleich. Die meisten der IDPs und Schutzsuchenden wollen laut Umfragen nicht mehr in den Donbass zurückkehren⁹.

Seit den Abschluss des Minsk II-Abkommens im Februar 2015 nahmen die Kampfhandlungen stark ab. Bis Mitte 2015 kam es noch zu größeren

⁸ Quellen: UNHCR: 2014 Year-End report. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GR2014-UkraineRegionalOffice-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018; 2015 Year-End report. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GR2015-UkraineRegionalOffice-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018; 2016 Year-End report. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GR2016-Ukraine-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018; 2018 Planning summary. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GA2018-Ukraine-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018; ReliefWeb Crisis App Data – Humanitarian Data Exchange (28.03.2018). <<https://data.humdata.org/dataset/0160cfd7dec-41a7-b0d2-8aa378f054d9>>, abgerufen am 02.04.2018.

⁹ Vgl. Sasse, Gwendolyn: The Displaced Ukrainians. Who are they, and what do they think? ZOIS Report 1, Centre for East European and International Studies (ZOIS). Berlin 2017. hier: S. 3.

Verschiebungen der Front. Seither herrscht quasi Stillstand. Rund 100.000 Militärpersonen haben sich entlang der Kontaktlinie auf beiden Seiten eingegraben¹⁰. Die vereinbarten Waffenruhen sind aber äußerst brüchig. 2017 zählte die OSZE über 400.000 Verletzungen des Waffenstillstands – eine Steigerung um mehr als 60% zum Vorjahr. Es flammen immer wieder Kampfhandlungen entlang der gesamten Frontlinie auf¹¹. Zu Jahresbeginn 2018 waren z. B. die Donezker Vororte Avdiivka und Jassynuvata, aber auch die Gebiete Svitlodarsk und Debaltseve oder Mariupol Schauplatz von Kämpfen¹². Die OSZE-Mission beobachtete zudem 2017 eine Rückkehr schwerer Waffen wie Rohrartillerie und Mehrfachraketenwerfer an die Frontlinie, wobei sich 40% der Waffensysteme im regierungskontrollierten Gebiet und 60% in der DNR und LNR befanden¹³. Die Art der eingesetzten Wirkmittel nahm also wieder zu, während die Truppen- bzw. Mannstärke in den letzten Jahren in etwa gleichblieb.

Die humanitäre Lage entlang der Konfliktlinie ist äußerst schlecht. Durch die Kampfhandlungen werden immer wieder Häuser und zivile Einrichtungen wie Spitäler, Schulen und Kindergärten in Mitleidenschaft gezogen. Seit März 2017 blockiert die Ukraine zudem den Handel mit der DNR und LNR. Die Transportverbindungen sind mit Ausnahme humanitärer Hilfslieferungen vollständig gekappt.¹⁴ Im Bereich der humanitären Hilfe sind viele internationale Organisationen (u. a. Rotes Kreuz, UNHCR, IOM, verschiedene UN-Organisationen) in der Ukraine aktiv¹⁵, größtenteils jedoch in den von der

¹⁰ Vgl. Bonenberger, Adrian: Opinion | The War No One Notices in Ukraine. In: The New York Times, 20.06.2017. <<https://www.nytimes.com/2017/06/20/opinion/ukraine-russia.html>>, abgerufen am 05.03.2018; Peterson, Nolan: The forgotten proxy war Putin is fighting against the US and Europe (29.12.2017). <<http://www.newsweek.com/forgotten-proxy-war-putin-fighting-against-us-and-europe-761427>>, abgerufen am 24.04.2018.

¹¹ Vgl. Heidelberg Institute for International Conflict Research: Conflict Barometer 2017. Heidelberg 2018. hier: S. 61-64.

¹² Status Report as of 7 February 2018. OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine. Kiev 2018; Status Report as of 21 February 2018. OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine. Kiev 2018.

¹³ Vgl. Heidelberg Institute for International Conflict Research: Conflict Barometer 2017, S. 61-64.

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. Foreign missions of international organizations in Ukraine. <<http://mfa.gov.ua/en/about-ukraine/org-in-ukraine>>, abgerufen am 28.02.2018; UN Eastern Team – United

Regierung kontrollierten Gebieten. Es fehlen aber ausreichende finanzielle Mittel, um die notwendige Hilfe zu leisten. In den sogenannten Volksrepubliken ist heute nur mehr das IKRK aktiv.¹⁶ Der Zugang von Hilfsorganisationen ist in den letzten beiden Jahren gleichgeblieben. Ein weiterhin bestehendes Problem ist die nur teilweise gegebene Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung durch die Beschränkung auf fünf Übertrittsstellen, wobei sich vier im Bereich der DNR und ein Fußgängerübergang im Bereich der LNR befinden. Die Übertrittsstellen sind Gefahrenpunkte, werden manchmal beschossen und sind nicht verlässlich geöffnet¹⁷.

2.2 Friedens- und Verhandlungsprozess

Die OSZE war nach der Annexion der Krim die erste Organisation, welche eine Präsenz in der Ukraine aufbaute¹⁸. Erklärtes Ziel war es, den Konflikt nicht eskalieren zu lassen. Durch Vermittlung der OSZE begannen ab Juni 2014 die Treffen der sogenannten „Trilateralen Kontaktgruppe“ – bestehend aus Vertretern von OSZE, Russland, der ukrainischen Regierung und Vertretern der sogenannten Separatistenrepubliken – in Minsk. Dort wurde am 19. September 2014 ein 12 Punkte umfassendes Protokoll zur Umsetzung eines Waffenstillstandes („Minsk I“) unterzeichnet. Die dem ersten Minsker Protokoll widersprechenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den sogenannten Volksrepubliken im November 2014 fachten den Konflikt wieder an. Erst durch Etablierung eines neuen Verhandlungsformates, der „Normandie-Gruppe“, bestehend aus Deutschland, Frankreich, Ukraine und Russland, konnte im Februar 2015 ein neues Abkommen aus nun 13 Punkten („Minsk II“) verabschiedet werden. Minsk II fordert einen sofortigen Waffenstillstand, den Abzug aller schweren Waffen und die

Nations in Ukraine. <<http://un.org.ua/en/resident-coordinator-system/un-eastern-team>>, abgerufen am 01.03.2018.

¹⁶ Vgl. Barbelet, Veronique: Humanitarian access and local organisations in Ukraine. HPG Working Paper, Overseas Development Institute. London 2017. hier: S. 6-8.

¹⁷ Human Rights Watch: Ukraine: Dangers, Unnecessary Delays at Crossing Points (17.02.2017). <<https://www.hrw.org/news/2017/02/17/ukraine-dangers-unnecessary-delays-crossing-points>>, abgerufen am 24.04.2018.

¹⁸ Vgl. Fix, Liana/Puglierin, Jana: Übung in Erwartungsmanagement. Eine nüchterne Bilanz des deutschen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2016. In: Internationale Politik, März/April 2017/2017. <<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2017/maerz-april/uebung-erwartungsmanagement>>, abgerufen am 28.02.2018.

Wiederherstellung der Kontrolle über die russisch-ukrainische Grenze im Bereich der DNR und LNR. Das Abkommen orientiert sich auch an einer weitreichenden Autonomie der beiden Gebiete Luhansk und Donezk. Daneben stellt Minsk II auch die Amnestie für alle in der Ostukraine aktiven Personen in Aussicht.¹⁹ Wenngleich die Verhandlungen rasch zu einem substanziellen Ergebnis kamen, gestaltet sich die Umsetzung der Vereinbarung umso schwieriger. 2016 „ist es trotz vier Gipfel- und dreizehn Außenministertreffen im Normandie-Format [...] nicht gelungen, den in den Minsker Abkommen festgelegten Waffenstillstand umzusetzen und in einen politischen Konfliktlösungsprozess einzusteigen“²⁰. So haben die beiden Volksrepubliken die Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze nicht an die Kiewer Regierung übergeben. Die Ukraine weigert sich, direkt mit den Separatisten zu verhandeln. Am 18. Januar 2018 beschloss die Werchowyna Rada außerdem ein neues Gesetz über den Status der Region, welches den Donbass als „illegal, durch russische reguläre und irreguläre Truppen okkupiert“ erklärt und die vormals vom Inlandsgeheimdienst geführte Anti-Terror-Operation ab 1. Mai 2018 zu einer durch den Generalstab geführten Operation macht²¹.

2.3 Regionale Auswirkungen

Durch die Krise in und um die Ukraine kam es zu keiner Destabilisierung der Nachbarländer durch Flüchtlingsströme und einer daraus resultierenden Überforderung des sozialen Systems, aber vor allem Russland, Polen und Weißrussland verzeichneten 2014/15 einen Anstieg der Zahl international Schutzsuchender. Die absoluten Zahlen bei Asylanträgen durch ukrainische StaatsbürgerInnen in den EU-Staaten sind jedoch gering und in den letzten

¹⁹ Vgl. Báchora, Rastislav/Čuljak, Elvis: Internationales Krisen- und Konfliktmanagement in der Ukraine-Krise im Überblick. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 271–289, hier: S. 274–279, insb. S. 278–279.

²⁰ Zellner, Wolfgang: Der Deutsche OSZE-Vorsitz 2016 – eine erste Bilanz. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn 2017.

²¹ Vgl. Rada adopts controversial Donbas reintegration law (18.01.2018). <<https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/rada-adopts-controversial-donbas-reintegration-law.html>>, abgerufen am 05.03.2018; Vgl. zur Bedeutung des Gesetzes Szeligowski, Daniel: Ukraine's Law on the Occupied Territories in Donbas. PISM Bulletin 12 (1083), Polish Institute of International Affairs. Warsaw 2018.

Jahren war nur etwa jeder zehnte Antrag erfolgreich²². Polen benutzte die Ukraine Krise, um sich gegenüber den EU-Forderungen nach Solidarität in der Migrationskrise seit 2015 abzugrenzen.²³ Die oft erwähnten eine Million Flüchtlinge beziehen sich wohl auf die 2015 ausgestellten Visa für ukrainische StaatsbürgerInnen. Etwa ein Drittel davon wurde für Arbeitszwecke ausgestellt.²⁴ Den größten Anteil an Schutzsuchenden nahm die Russische Föderation auf. Nach dem Höhepunkt der Kämpfe im Februar 2015 waren insgesamt knapp eine Million Menschen – vor allem aus den beiden sogenannten Volksrepubliken – nach Russland geflüchtet²⁵. Wenngleich die ehemals gute Meinung über UkrainerInnen in Russland sich durch diese Migrationsbewegung verschlechterte, so sind aktuell noch keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf Russland festzustellen²⁶.

2.4 Akzeptanz des internationalen Engagements bei den Konfliktakteuren

Grundsätzlich sind alle beteiligten Akteure – die Ukraine, Russland und die Vertreter der DNR und LNR – für das internationale Engagement in Form der OSZE. Konkrete Abkommen wie Minsk II oder die immer wieder ausverhandelten Waffenstillstände werden aber trotzdem von beiden Seiten nicht eingehalten. Außerdem wird die Arbeit der Monitore regelmäßig sowohl in dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet, als auch im Gebiet der sogenannten Volksrepubliken behindert (z. B. Warnschüsse, Drohungen mit Schusswaffen, etc.)²⁷.

²² Vgl. European Asylum Support Office: Latest Asylum Trends (05.04.2018). <<https://www.easo.europa.eu/latest-asylum-trends>>, abgerufen am 16.04.2018.

²³ Vgl. Fomina, Joanna: Economic Migration of Ukrainians to the European Union: A View from Poland. In: Pikulicka-Wilczewska, Agnieszka/Uehling, Greta (Hrsg.): Migration and the Ukraine Crisis: A Two-Country Perspective. Bristol 2017, S. 78–89, hier: S. 78.

²⁴ Vgl. ebd., S. 80.

²⁵ Vgl. Mukomel, Vladimir: Migration of Ukrainians to Russia in 2014–2015. Discourses and Perceptions of the Local Population. In: Pikulicka-Wilczewska, Agnieszka/Uehling, Greta (Hrsg.): Migration and the Ukraine Crisis: A Two-Country Perspective. Bristol 2017, S. 105–115, hier: S. 105–106.

²⁶ Vgl. ebd., S. 112–113.

²⁷ Vgl. OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine: Restrictions of SMM's freedom of movement and other impediments to fulfilment of its mandate. January to June 2017. Kiev 2017.

2.5 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

Betrachtet man die Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung, so kann festgehalten werden, dass keine nennenswerten Proteste für oder gegen Akteure des bzw. das IKKM verzeichnet wurden. Von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine – vor allem Hilfsorganisationen – wird aber die Wirksamkeit der Minsker Abkommen wegen der andauernden Verstöße gegen den Waffenstillstand in Frage gestellt. Die OSZE hält in einem Bericht fest, dass zivilgesellschaftliche Organisationen für eine Stärkung der Verhandlungen in Minsk eintreten.²⁸ In der öffentlichen Wahrnehmung der Special Monitoring Mission (SMM) herrschen jedoch bei ca. 50% der Russen und Ukrainer Misstrauen und Vorurteile vor, weil die OSZE bisher keine Lösung für den Ukraine-Konflikt voranbringen konnte. Über die Ansichten der Bevölkerung in den Volksrepubliken gibt es keine verlässlichen Zahlen²⁹. Den Indikator „Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte“ wollen wir wegen der grundsätzlichen Unterstützung für Verhandlungen seitens ukrainischer NGOs positiv bewerten.

3 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext der Internationalen Organisation

In der OSZE beschäftigen sich viele Gremien (u. a. Parliamentary Assembly, Representative on the Freedom of the Media, Project Co-ordinator in Ukraine, ODIHR, etc.) mit der Krise in und rund um die Ukraine. Außerdem sind mit der *Special Monitoring Mission to Ukraine* (SMM) und der *Observer Mission at the Russian Checkpoints Gukovo and Donetsk* seit 2014 zwei Beobachtermissionen in der (Ost)ukraine präsent. Mit gegenwärtig 1.191 Mitgliedern ist die SMM die größte Mission der OSZE und ihr Budget entspricht mit über 100 Mio. € beinahe dem Gesamtbudget der OSZE für 2017³⁰.

²⁸ Vgl. OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine: Civil Society and the Crisis in Ukraine. Kiev 2015. hier: S. 8.

²⁹ Vgl. Twickel, Nikolaus von: Zwischen den Fronten. Was die OSZE-Beobachter in der Ukraine leisten können, und was nicht. In: Internationale Politik, März/April 2017, S. 48–53.

³⁰ Vgl. OSCE: Annual Report 2017. Vienna 2018. hier: S. 70, 98.

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen

Im Hinblick auf das Internationale Krisenmanagement wurde 2015 noch auf die vielen internationalen Organisationen in der Ukraine verwiesen und mehr Koordination zwischen OSZE, UN, EU, NATO und Europarat gefordert.³¹ Es darf vorsichtig angenommen werden, dass sich bezüglich der Koordination inzwischen vieles verbessert hat³². In der Ukraine ist eine Mehrheit relevanter internationaler Organisationen (u. a. Rotes Kreuz, UNHCR, IOM, andere UN-Organisationen) präsent, aber lediglich die OSZE hat auch die Zustimmung aller Konfliktparteien für ihre Tätigkeit. Zur Existenz und Effektivität der Koordinierungsmechanismen kann aufgrund der Quellenlage keine genaue Einschätzung abgegeben werden.

3.2 Innere Kohärenz

Die SMM wurde schnell und unbürokratisch ins Leben gerufen und wird von der Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützt. Die Finanzierung gestaltet sich bisher pragmatisch.³³ Im April 2018 hatten 44 von insgesamt 57 OSZE-Mitgliedstaaten SMM Beobachter entsandt³⁴.

Was am Engagement der OSZE in der Ukraine neu und besonders ist, ist ein „hohes Maß an Koordination mit externen hochrangigen Kontaktgruppen“³⁵, z. B. mit der Trilateralen Kontaktgruppe und dem Normandie-Format.³⁶ Wichtige Entscheidungen wurden nicht von der OSZE getroffen, sondern von den Mitgliedern des Normandie-Formats, der Kiewer

³¹ Vgl. Lehne, Stefan: Reviving the OSCE: European Security and the Ukraine Crisis. Carnegie Europe. Brussels 2015.

³² Vgl. Zellner, Wolfgang/Evers, Frank/OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions: The future of OSCE field operations (options). Hamburg 2014. hier: S. 15.

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine: Status Report 18/04/2018. <<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/378172?download=true>>, abgerufen am 25.04.2018.

³⁵ Tanner, Fred: Fallbeispiel: Die OSZE und der Ukraine-Konflikt 2015. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung. 2017.

³⁶ Vgl. Gotev, Georgi: Zannier: In Ukraine, the OSCE is practically a peacekeeping operation (28.01.2016). <<https://www.euractiv.com/section/central-asia/interview/zannier-in-ukraine-the-osce-is-practically-a-peacekeeping-operation/>>, abgerufen am 28.02.2018.

Regierung und den Vertretern der Separatisten.³⁷ Durch die besonderen Verhandlungsformate sind einige Mitgliedsländer aktiver als andere. Zu nennen sind hier Deutschland (Vorsitzland 2016)³⁸, Frankreich, Schweiz (Vorsitz 2014 bei Ausbruch des Konflikts)³⁹, Ukraine, Russland, sowie USA und EU⁴⁰. Probleme in den Entscheidungsgremien ergeben sich dadurch, dass Russland als Mediator und nicht als Konfliktpartei auftritt⁴¹. Zusammenfassend wirkt also die Mehrheit der OSZE-Mitgliedsstaaten am Krisenmanagement in der Ukraine mit, die Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien ist jedoch als mittel bis gering einzustufen, da sich der Konflikt zwischen Russland und dem Westen auch innerhalb der OSZE fortsetzt.

3.3 Interne Weiterentwicklung der Organisation

In den letzten beiden Jahrzehnten befand sich die OSZE (bedingt durch fehlendes Engagement von Ost und West) in einer Krise⁴². So fordert z. B. Russland seit 2008 Verhandlungen über einen neuen europäischen Sicherheitsvertrag.⁴³ Seit damals wurden mehrere Reformversuche gestartet⁴⁴. Der Ukraine-Konflikt bzw. der Konflikt mit Russland ab 2014 wirkten sich aber negativ auf diesen Reformprozess aus.⁴⁵ Durch das Engagement in der Ukraine wurden aber auch ein Evaluierungsprozess und eine Reflexion über die Zukunft der OSZE angestoßen⁴⁶. Daraus folgten ein Interimsreport mit

³⁷ Vgl. Lehne: Reviving the OSCE.; siehe auch: Halling, Steffen: Krieg im Osten der Ukraine (08.02.2017). <<http://www.dekoder.org/de/gnose/krieg-im-osten-der-ukraine>>, abgerufen am 01.03.2018.

³⁸ Vgl. Lehne: Reviving the OSCE.

³⁹ Vgl. ebd.

⁴⁰ Vgl. Zellner/Evers/OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions: The future of OSCE field operations (options); S. 3.

⁴¹ Vgl. Lehne: Reviving the OSCE.

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Vgl. Kropatcheva, Elena: Russlands Politik gegenüber der OSZE: Erwartungen und Entwicklungen. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2017; Lehne: Reviving the OSCE.

⁴⁴ 2009 etwa der Korfu-Prozess, 2011 der V+V Dialog, ab 2013 die Helsinki+40 Reformdiskussion.

⁴⁵ Vgl. Zannier, Lamberto et al.: Overcoming the East-West Divide. Perspectives on the Role of the OSCE in the Ukraine Crisis. ETH CSS. Zürich 2014.

⁴⁶ Vgl. Schrader, Lutz: Die OSZE – ein Erfolgsmodell muss sich neu erfinden. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2017; siehe auch Zellner/Evers/OSCE

Verbesserungsvorschlägen im Juni 2015⁴⁷ und ein Abschlussbericht, dem jedoch eine gemeinsame Perspektive über die Krise in der Ukraine fehlt.⁴⁸ Die Zukunft der Ukraine hat damit auch entscheidenden Einfluss auf die Zukunft der OSZE als Organisation.⁴⁹

Was die operativen Kapazitäten angeht, zieht Zellner die Bilanz des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016 und stellt fest, dass die SMM heute „personell und von der technischen Ausstattung her besser aufgestellt“ ist „als noch im vergangenen Jahr“⁵⁰. Positiv erwähnt werden können auch die starken OSZE-Vorsitze der Schweiz 2014 und Österreichs 2017.⁵¹ Trotzdem sind viele wichtige Reformvorhaben, wie die Anpassung des Wiener Dokuments, derzeit politisch blockiert⁵². Die SMM kämpft auch im Jahr 2018 mit altbekannten Problemen (Beobachter sind unbewaffnete Zivilisten, Patrouillen nur bei Tageslicht, schwere Angriffe jedoch nachts, Verletzen der Waffenruhe, Angriffe auf OSZE-Beobachter)⁵³. Insgesamt kann also eher ein Stillstand in der internen Weiterentwicklung der Organisation konstatiert werden; die operativen Kapazitäten sind in Summe in etwa gleichgeblieben bzw. leicht verbessert.

Network of Think Tanks and Academic Institutions: The future of OSCE field operations (options).

⁴⁷ Vgl. OSCE Panel of Eminent Persons: Lessons Learned for the OSCE from its Engagement in Ukraine. Interim Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, OSCE. 2015. hier: S. 3.; OSCE should focus on conflict prevention, says study probing its role in Ukraine (17.06.2015). <<http://www.dw.com/en/osce-should-focus-on-conflict-prevention-says-study-probing-its-role-in-ukraine/a-18520519>>, abgerufen am 01.03.2018.

⁴⁸ Vgl. OSCE Panel of Eminent Persons: Back to Diplomacy. Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, OSCE. 2015. hier: S. 2, 3-9.; OSCE should focus on conflict prevention.

⁴⁹ Vgl. Lehne: Reviving the OSCE.

⁵⁰ Zellner: Der Deutsche OSZE-Vorsitz 2016 – eine erste Bilanz.

⁵¹ Vgl. Zannier et al.: Overcoming the East-West Divide. Perspectives on the Role of the OSCE in the Ukraine Crisis; S. 24.

⁵² Vgl. Richter, Wolfgang: OSZE 2018. In: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (Hrsg.): Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2018. Wien 2018, S. 124-127, hier: S. 126.

⁵³ Vgl. Twickel: Zwischen den Fronten.; OSZE-Mission wird in Ostukraine drangsaliert (23.06.2017). <<http://www.dw.com/de/osze-mission-wird-in-ostukraine-drangsaliert/a-39377097>>, abgerufen am 28.02.2018.

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Ab 2014 gewann die OSZE international wieder an Bedeutung und ist die wichtigste internationale Organisation des Krisenmanagements in der Ukraine, die eine weitere Eskalation des Konflikts verhindert. Besonders wird die Bedeutung der SMM hervorgehoben, da sie die „einzige zuverlässige Informationsquelle über die Lage in der Ostukraine“⁵⁴ ist. Dass der Einfluss der OSZE auf die Konfliktlösung begrenzt ist, zeigt auch der Vorschlag Wladimir Putins für eine UN-Mission in der Ostukraine von September 2017. Ein ähnlicher Vorschlag kam schon 2015 vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Bei der Diskussion der möglichen Umsetzung herrscht jedoch noch Uneinigkeit.⁵⁵ Insgesamt ist die Bedeutung der OSZE im internationalen System gestiegen, da sie als eine der letzten verlässlichen Organisationen gilt, in denen sich Russland und der Westen auf Augenhöhe begegnen können.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Die SMM der OSZE wurde am 21.3.2014 auf Ansuchen der ukrainischen Regierung durch eine Konsensentscheidung der 57 OSZE-Mitgliedsstaaten beschlossen.⁵⁶ Zuvor hatte sich der Schweizer Vorsitz an den UN-Sicherheitsrat (UN-SR) gewandt und diesen über die beabsichtigte Mission für die Ukraine verständigt.⁵⁷ Da es sich bei der SMM um eine zivile Beobachtermission handelt, war jedoch kein Mandat durch den UN-SR notwendig. Trotzdem befasste sich der UN-SR auch mit der Ukrainekrise. Die SR-Resolution 2166 (2014) bezieht sich auf den Abschuss eines zivilen Passagierflugzeugs über der Ostukraine⁵⁸, die SR-Resolution 2202 (2015) vom 17.2.2015 betrifft die Minsker Abkommen und hebt die Rolle von OSZE

⁵⁴ Vgl. Zellner: Der Deutsche OSZE-Vorsitz 2016 – eine erste Bilanz.; von Twickel: Zwischen den Fronten.

⁵⁵ Vgl. Gowan, Richard: Can the United Nations Unite Ukraine? Hudson Institute. Washington, DC 2018; Meister, Stefan: Perspektiven des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine – wenig Aussichten auf Veränderung. In: Ukraine-Analysen, 194/2018, S. 7–8. hier: S. 7.

⁵⁶ Vgl. OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine. <<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine>>, abgerufen am 28.02.2018.

⁵⁷ Vgl. Lehne: Reviving the OSCE.

⁵⁸ Vgl. Vereinte Nationen: Sicherheitsrat-Resolution 2166 (2014).

<https://www.un.org/depts/german/sr/sr_14/sr2166.pdf>, abgerufen am 28.02.2018.

und Trilateraler Kontaktgruppe im Krisenmanagement hervor⁵⁹. Das Mandat der SMM als Beobachtermission ist eindeutig; es findet sich dafür breiter internationaler Konsens.

4 Der Einfluss der Intervention im Kontext des Entsendestaates⁶⁰

Im Folgenden sollen die Auswirkungen der OSZE-Mission in der Ukraine für Österreich thematisiert werden.

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

Im *EU-Arbeitsprogramm 2018* wurde die Rolle der OSZE bei der Bewältigung der Krise in der Ukraine betont⁶¹. Thematisiert wurden außerdem die Minsker Abkommen, die Visaliberalisierung und Korruptionsbekämpfung. Österreich bzw. die EU wollten auch 2018 die OSZE weiter unterstützen.⁶² Im *Militärstrategischen Konzept 2017 (MSK)* wird auf die Wichtigkeit der Teilnahme an Einsätzen im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (z. B. Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheeres) verwiesen, um die Interessen Österreichs und der EU zu wahren. Die Einsätze „erfolgen grundsätzlich im multinationalen Verbund, meist eingebettet in eine multinationale Führungsorganisation internationaler Organisationen (UN, EU, OSZE, NATO).“⁶³ In der *Sicherheitsstrategie 2013 (ÖSS)* wird festgehalten, dass Österreich die OSZE weiter fördern und sich aktiv an Feldmissionen beteiligen wird. Es unterstützt die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsorganisationen und die Diskussion zur gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur.

⁵⁹ Vgl. Vereinte Nationen: Sicherheitsrat-Resolution 2202 (2015).

<https://www.un.org/depts/german/sr/sr_15/sr2202.pdf>, abgerufen am 28.02.2018.

⁶⁰ Die Autoren bedanken sich bei Elias Kindl für die Mitarbeit an diesem Unterkapitel.

⁶¹ Vgl. Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: *EU-Arbeitsprogramm 2018. Bericht der Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres an das österreichische Parlament* (Zl.: III-639-BR/2018). 2018, <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/III-BR/III-BR_00639/imfname_680517.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, hier: S. 32, Pkt. 101.

⁶² Vgl. ebd., S. 54.

⁶³ Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport: *Militärstrategisches Konzept 2017 (MSK 2017)*. <http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/msk2017.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, hier: S. 7.

Priorität haben aus geo- und sicherheitspolitischen Gründen „in erster Linie Missionen in Südost- und Osteuropa sowie im Nahen Osten“⁶⁴.

Am 29.10.2014 stimmte der Hauptausschuss des Parlaments einstimmig für die Teilnahme an der SMM (bis zu zehn Militärpersonen, sechs Zivilpersonen).⁶⁵ Die Teilnahme wurde in Hinblick auf die österreichische Neutralität von allen Fraktionen begrüßt.⁶⁶ Am 10.3.2015 wurde einstimmig beschlossen, dass sich Österreich künftig stärker an der SMM beteiligen wird (bis zu 15 Militärpersonen und zusätzliche ExpertInnen des Außenministeriums)⁶⁷. 2016 wurde der Einsatz erneut einstimmig bis Ende 2017 verlängert und auf bis zu 20 Militärpersonen aufgestockt⁶⁸. Der Hauptausschuss des österreichischen Parlaments beschloss am 20.12.2017 die Verlängerung der Entsendungen u. a. zur Mission in der Ukraine⁶⁹. Im April 2018 waren sechs österreichische Militärpersonen und fünf zivile Experten Teil der SMM⁷⁰.

Aus oben Angeführtem ergibt sich eine grundlegende Übereinstimmung der Beteiligung an der SMM der OSZE in der Ukraine mit der ÖSS sowie mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement und mit operativen

⁶⁴ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Österreichische Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten. 2013, <<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=52099>>, abgerufen am 15.03.2018, hier: S. 15.

⁶⁵ Vgl. Hauptausschuss genehmigt Auslandseinsätze in Ukraine und Nordirak (PK-Nr. 990/2014) (29.10.2014). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2014/PK0990/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018.

⁶⁶ Vgl. Österreich nimmt an Beobachtungsmission der OSZE in der Ukraine teil (PK-Nr. 282/2014) (02.04.2014). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2014/PK0282/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018.

⁶⁷ Vgl. Kein Parteienkonsens über Einsatz in Zentralafrikanischer Republik (PK-Nr. 204/2015) (10.03.2015). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0204/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

⁶⁸ Vgl. Hauptausschuss genehmigt Entsendungen in Krisengebiete (PK-Nr. 744/2016) (27.06.2016). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0744/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

⁶⁹ Vgl. Auslandseinsätze Österreichs bei internationalen Missionen einstimmig verlängert (PK-Nr. 1200/2017) (20.12.2017). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2017/PK1200/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

⁷⁰ Vgl. Bundesheer – Auslandseinsätze – Zahlen, Daten, Fakten (04.2018). <<http://www.bundesheer.at/ausle/zahlen.shtml>>, abgerufen am 15.03.2018; OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine: Status Report 18/04/2018.

Konzepten des Ressorts (z. B. MSK). Es wurde ein Konsens aller Parlamentssparteien für den Einsatz erzielt.

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

Mangels Umfragedaten zur öffentlichen Meinung bezüglich der Beteiligung Österreichs am OSZE-Einsatz können zu diesem Punkt keine Aussagen getroffen werden. Auch ist das Thema in den österreichischen Medien wenig präsent. Die in politischen Beschlüssen festgelegten Ziele wurden erreicht (siehe oben).

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Für die Beschickung der SMM stellt das österreichische Außenministerium zivile und das Verteidigungsministerium militärische Experten. Im Jahr 2016 bemerkte das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS), dass die SMM „hohe Ansprüche“⁷¹ an das Personal stelle. Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) stellte 2015 für die OSZE gesamt 1,4 Mio. € und für die SMM noch 375.000 € bereit⁷². Es scheint bisher ausreichend Personal in Zahl und Qualität vorhanden zu sein. Zudem bereitet Österreich die OSZE-Beobachter in einem einwöchigen Kurs für ihre Mission in der Ukraine vor. Die Ausbildung findet in der Auslandseinsatzbasis des Österreichischen Bundesheers statt. Daraus lässt sich schließen, dass die nationalen Verfahren in Kombination mit den Vorgaben der OSZE für die Arbeit der Militärbeobachter geeignet sind⁷³.

⁷¹ Jawurek, Martin: Auslandseinsätze des Bundesheeres 2016. In: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (Hrsg.): Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2016. Wien 2016, S. 400-402, hier: S. 401.

⁷² Vgl. Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: Außen- und Europapolitischer Bericht 2015. Republik Österreich/BMEIA. Wien 2016. hier: S. 102, 456.

⁷³ Vgl. SMM Ukraine: Ready for Anything (11.06.2015). <<https://www.osce.org/ukraine-smm/163511>>, abgerufen am 25.04.2018; Verteidigungsminister Klug besuchte Ausbildung für OSZE-Beobachter (21.11.2014). <<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=7473>>, abgerufen am 25.04.2018.

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

Österreich trägt als EU-Mitgliedsland die Wirtschaftssanktionen gegen Russland mit⁷⁴. Österreich sei „grundsätzlich offen für mehr Flexibilität hinsichtlich dieser Wirtschaftssanktionen, dafür sind aber sichtbare Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und ein einheitliches Vorgehen der EU Voraussetzung“⁷⁵. Es wird jedoch in Österreich von verschiedenen Seiten dafür lobbyiert, die Sanktionen zu lockern bzw. aufzuheben. Begründet wird dies mit dem wirtschaftlichen Schaden, der dadurch für Österreich entstehe. Zu nennen sind hier v. a. die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die einen Kooperationsvertrag mit der Partei „Einiges Russland“ hat⁷⁶, und der Landwirtschaftsausschuss des Parlaments, in dem die Forderung nach Aufhebung der Sanktionen zumeist artikuliert wird.⁷⁷ Generell zeigt sich ein Konflikt zwischen den wirtschaftlichen, nationalen Interessen Österreichs und der Position der EU bzw. der europäischen Solidarität⁷⁸. Bisher blieb es jedoch bei Diskussionen. Die beiden Kriterien, die Existenz von Lobbygruppen und politischen Sonderinteressen, die die gesamtstaat-

⁷⁴ Vgl. Aktueller Stand der Sanktionen gegen Russland und die Ukraine (16.03.2018). <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Russland_und_die_Ukrai.html>, abgerufen am 16.03.2018.

⁷⁵ Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: EU-Arbeitsprogramm 2018. Bericht der Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres an das österreichische Parlament (Zl.: III-639-BR/2018); S. 36, Pkt. 114.

⁷⁶ Vgl. „Besondere Verantwortung“ (28.02.2018). <<http://orf.at/stories/2428280/2428282/>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁷⁷ Vgl. Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation [1340/A(E) (XXV. GP)]. <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_01340/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

⁷⁸ Vgl. Kurz: Kein Kontakt zu Entführern des Österreicherers (PK-Nr. 203/2015) (10.03.2015). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0203/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018; Ende für South Stream: Gas fließt trotzdem (02.12.2014). <<https://kurier.at/wirtschaft/ende-fuer-south-stream-gas-fliesst-trotzdem/100.291.815>>, abgerufen am 25.04.2018; Österreichs Leiden an den Sanktionen (27.07.2017). <<https://kurier.at/wirtschaft/oesterreichs-leiden-an-den-sanktionen/277.222.838>>, abgerufen am 25.04.2018; Alfred Gusenbauer und die Kiew-Connection (24.02.2018). <<https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5377780/Alfred-Gusenbauer-und-die-Kiew-Connection>>, abgerufen am 15.03.2018; Wie Österreichs Politelite die EU-Sanktionen gegen Russland unterläuft (20.09.2014). <<https://www.profil.at/oesterreich/wie-oesterreichs-politelite-eu-sanktionen-russland-378000>>, abgerufen am 25.04.2018.

liche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren, können daher als erfüllt angesehen werden.

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

In der *Österreichischen Sicherheitsstrategie 2013* heißt es:

„Österreich genießt als einer der Sitzstaaten der VN, als Sitzstaat der OSZE und anderer sicherheitspolitisch relevanter und mit Abrüstungsthemen befasster Internationaler Organisationen sowie als Tagungsort einschlägiger Konferenzen und aufgrund seiner traditionellen Vermittlungstätigkeit hohes Ansehen. Das erhöht seinen sicherheitspolitischen Stellenwert.“⁷⁹

Nach Einschätzung der Autoren wird Österreich weiterhin als Vermittler im Ukraine-Konflikt auftreten, den Dialog mit Russland und der Ukraine suchen, seine Position innerhalb der EU wahrnehmen, und gute Beziehungen zu Russland pflegen. Während des OSZE-Vorsitzes 2017 verschaffte sich Österreich mehr Gehör auf der internationalen Bühne. Der Vorsitz versuchte, vor allem „die OSZE-Sonderbeobachtungsmission zu stabilisieren, den Sicherheitsdialog zu verbessern, die militärische Transparenz zu erhöhen und multilaterale Konzepte zur Prävention und Deeskalation militärischer Zwischenfälle zu stärken“⁸⁰. Insgesamt dürfte die Position Österreichs sowie die Akzeptanz als Partner im internationalen System gleichgeblieben sein.

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Durch die vergleichsweise geringe Beteiligung an einer OSZE-Mission kann nicht von wesentlichen – negativen oder positiven – Auswirkungen finanzieller, materieller oder personeller Art auf das BMLV(S) bzw. auch das BMEIA ausgegangen werden. Lehren aus der Ukraine Krise allgemein⁸¹ und

⁷⁹ Bundeskanzleramt Österreich: Österreichische Sicherheitsstrategie; S. 8.

⁸⁰ Vgl. Richter: OSZE 2018; S. 126.

⁸¹ Vgl. Schadenböck, Dieter/Scherl, Jürgen: Das Phänomen der russischen Bataillonskampfgruppe – ein Diskussionsbeitrag zum modernen Kriegs- und Gefechtsbild. Ausarbeitung, Landesverteidigungsakademie. Wien 2016.

auch aus den Erfahrungen der Monitore⁸² wurden jedenfalls durch das BMLV(S) gezogen.

4.7 Rückwirkungen

Für die politischen Rückwirkungen gilt, dass die diplomatischen Beziehungen Österreichs zu Russland und der Ukraine nach wie vor gut sind, evtl. sogar besser wurden.⁸³ Innenpolitisch hatte der Ukraine-Konflikt keine Auswirkungen; die Stabilität der Regierung ist gleichgeblieben. Die Ukraine-Krise hatte außerdem keine direkten humanitären Auswirkungen auf Österreich. Österreich betrachtet die Ukraine seit 2018 als sicheres Herkunftsland⁸⁴. 2017 kamen 484 Asylwerber aus der Ukraine nach Österreich, was gegenüber 2016 einem Plus von 110 Personen entspricht. Asyl bekamen allerdings nur 4% der Antragsteller⁸⁵. Sicherheitspolitische Rückwirkungen der Situation in der Ukraine auf Österreich sind nicht bekannt. Aus volkswirtschaftlicher Sicht hatte der Ukrainekonflikt in den ersten Jahren durch die Sanktionen gegen und von Russland negative Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft⁸⁶, was jedoch in keiner direkten Verbindung mit Österreichs Beteiligung an der OSZE-Mission steht. Laut Medienberichten stiegen jedoch 2017 die Importe aus Russland um 14% sowie die

⁸² Vgl. z. B. die Beiträge von Vogl, Doris: Der tägliche Morgen-Spaziergang entlang des Minenfeldes: Wie die lokale Bevölkerung in Konfliktzonen mit existenzieller Bedrohung umgeht. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 347-352; Lampalzer, Hans: Innenansichten eines Verifikationseinsatzes in der Ukraine im März 2014. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 353-360.

⁸³ Vgl. Sobotka betont Rolle der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Dialog zwischen Ukraine und Russland (PK-Nr. 88/2018) (08.02.2018). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0088/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018.

⁸⁴ Asyl: Ukraine wird „sicheres Herkunftsland“ (07.02.2018). <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5367671/Asyl_Ukraine-wird-sicheres-Herkunftsland>, abgerufen am 24.04.2018.

⁸⁵ Vgl. Kurz und Poroschenko sprachen über UN-Mission in der Ukraine (08.02.2018). <<https://kurier.at/politik/inland/kurz-und-poroschenko-sprachen-ueber-un-mission-in-der-ukraine/310.227.723>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁸⁶ Vgl. Christen, Elisabeth et al.: Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen der EU und Russlands auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Österreich und der EU. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien 2016. hier: S. 6, 10.

österreichischen Exporte um 16,5% an. Russland bleibt ein wichtiger Markt für die österreichische Wirtschaft.⁸⁷ Die österreichisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen erholten sich nach einigen turbulenten Jahren 2017 ebenfalls wieder. Die österreichischen Ausfuhren in die Ukraine stiegen um 13,6% gegenüber der Vorjahresperiode auf etwas über 341 Mio. Euro an, wobei man 2014 mit 511 Mio. Euro einen weitaus besseren Wert erzielte. Grundsätzlich sei die Ukraine „als ein geographisch naheliegender und wegen seines großen Nachholbedarfs aufnahmefähigen Markts“ eine „interessante Exportdestination für österreichische Firmen“⁸⁸.

4.8 Internationales Einverständnis

Die österreichische Beteiligung an der OSZE-Mission begründet sich aus den gleichen Beschlüssen wie bereits weiter oben angeführt. Die Beteiligung an den Sanktionen gegenüber Russland ist durch die verfassungsrechtliche Mitwirkung Österreichs an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (Art. 23j B-VG) gedeckt.

5 Fazit: Der Impact des IKKM in der Ukrainekrise

Zusammenfassend kann der Impact des IKKM in der Ukrainekrise bisher positiv bewertet werden, wenn man sich mit dem Einfrieren des Konfliktes auf mittlerer Intensität begnügt. Der Einsatz der OSZE in der Ukrainekrise trug 2014 wesentlich zur Verhinderung einer Eskalation bei. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten stabilisierte sich bei circa 2.500 Opfern pro Jahr. Die Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung ist noch immer nur teilweise gegeben, und der Zugang von Hilfsorganisationen bleibt seit Jahren gleich (schlecht). Die Präsenz der OSZE entlang der Kontaktlinie hilft vor allem bei der dringenden Problemlösung (z. B. lokale Waffenstillstände zur Wiederherstellung von Infrastruktur) vor Ort.

Der Friedens- und Verhandlungsprozess ist zwar durch regelmäßige Treffen der Normandie-Gruppe und der Trilateralen Kontaktgruppe am Leben. Es

⁸⁷ Vgl. „Besondere Verantwortung“.

⁸⁸ Vgl. Wirtschaftskammer Österreich: Die ukrainische Wirtschaft (22.01.2018).

<<https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/die-ukrainische-wirtschaft.html>>, abgerufen am 25.04.2018.

sind alle Konfliktparteien am Prozess beteiligt. Das aktuellste Abkommen, Minsk II, berücksichtigt die vordergründige Konflikursache, also die Autonomiebestrebungen im Donbass. Die Umsetzung des Abkommens scheint aber momentan in weiter Ferne, weil der Ost-West-Konflikt und auch innenpolitische Faktoren in Kiew und Moskau den Prozess überlagern.

Für die OSZE war die Ukraine Krise quasi eine Wiederbelebung. Die Anfangserfolge durch die Verhandlungen im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe konnte die OSZE jedoch nicht weiter ausbauen. Gegenwärtig beschränkt sie sich darauf, Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft zu sein und über den Konflikt zu berichten. Zudem ist die OSZE auch eine „Plattform für Dialog“⁸⁹, wenngleich die „politischen Grenzen einer auf Konsens beruhenden Organisation [...], gleichzeitig jedoch auch die hohe Relevanz der OSZE als Sicherheitsgemeinschaft [deutlich wurden]“⁹⁰. Die Akzeptanz als Partner im internationalen System wurde trotzdem gestärkt. Die Ukraine Krise förderte auch einen Reformprozess, welcher sowohl die Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der OSZE, als auch deren operative Kapazitäten betrifft. Die großen Veränderungen scheitern jedoch am oben erwähnten fehlenden Konsens zwischen den Mitgliedsstaaten.

Auf Österreich hatte die Ukraine Krise vor allem volkswirtschaftliche Rückwirkungen durch die gegen und von Russland verhängten Wirtschaftssanktionen. Politisch spielt Österreich als Sitzstaat der OSZE eine wesentliche Rolle für die Konfliktlösung. Durch den OSZE-Vorsitz 2017 konnte sich Österreich aktiv einbringen und die Rolle als Vermittler in internationalen Konflikten erneut bekräftigen. Die internationale Stellung Österreichs als Partner im IKKM ist, gemessen am Status vor der Krise, aber gleich (gut) geblieben. Die österreichische Beteiligung an der SMM stellt kein Problem hinsichtlich Kapazitäten und Ressourcen dar. Die Beteiligung erfolgt in Übereinstimmung mit der staatlichen Gesamtstrategie einer aktiven Teilnahme am IKKM in Südost- und Osteuropa.

⁸⁹ Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: Außen- und Europapolitischer Bericht 2015; S. 189.

⁹⁰ Ebd.

Eine wesentliche Erkenntnis des IKKM in der Ukrainekrise ist aber auch, dass es sich hier aber um einen Teil des größeren Metakonfliktes zwischen Russland, den USA und Europa handelt. Eine nachhaltige politische Konfliktlösung muss dementsprechend auch dessen Dynamiken berücksichtigen. Das IKKM in der Ukrainekrise hatte also lediglich einen stabilisierenden Effekt, der eine Eskalation verhinderte. Der Erfolg neuerer Initiativen – wie z. B. der Vorschlag einer UN-Mission – bleibt abzuwarten.

Literatur- und Quellenverzeichnis

„Besondere Verantwortung“ (28.02.2018). <<http://orf.at/stories/2428280/2428282/>>, abgerufen am 15.03.2018.

Aktueller Stand der Sanktionen gegen Russland und die Ukraine (16.03.2018). <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Russland_und_die_Ukrai.html>, abgerufen am 16.03.2018.

Alfred Gusenbauer und die Kiew-Connection (24.02.2018). <<https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5377780/Alfred-Gusenbauer-und-die-KiewConnection>>, abgerufen am 15.03.2018.

Asyl: Ukraine wird „sicheres Herkunftsland“ (07.02.2018). <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5367671/Asyl_Ukraine-wird-sicheres-Herkunftsland>, abgerufen am 24.04.2018.

Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation [1340/A(E) (XXV. GP)]. <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_01340/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

Auslandseinsätze Österreichs bei internationalen Missionen einstimmig verlängert (PK-Nr. 1200/2017) (20.12.2017). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2017/PK1200/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

Báchora, Rastislav/Čuljak, Elvis: Internationales Krisen- und Konfliktmanagement in der Ukraine-Krise im Überblick. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 271–289.

Barbelet, Veronique: Humanitarian access and local organisations in Ukraine. HPG Working Paper, Overseas Development Institute. London 2017.

Bonenberger, Adrian: Opinion | The War No One Notices in Ukraine. In: The New York Times, 20.06.2017. <<https://www.nytimes.com/2017/06/20/opinion/ukraine-russia.html>>, abgerufen am 05.03.2018.

Bundesheer – Auslandseinsätze – Zahlen, Daten, Fakten (04.2018). <<http://www.bundesheer.at/ausle/zahlen.shtml>>, abgerufen am 15.03.2018.

Bundeskanzleramt Österreich: Österreichische Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten. 2013, <<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=52099>>, abgerufen am 15.03.2018.

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: Außen- und Europapolitischer Bericht 2015. Republik Österreich/BMEIA. Wien 2016.

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: EU-Arbeitsprogramm 2018. Bericht der Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres an das österreichische Parlament (Zl.: III-639-BR/2018). 2018, <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/III-BR/III-BR_00639/imfname_680517.pdf>, abgerufen am 15.03.2018.

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport: Militärstrategisches Konzept 2017 (MSK 2017). <http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/mask2017.pdf>, abgerufen am 15.03.2018.

Christen, Elisabeth et al.: Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen der EU und Russlands auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Österreich und der EU. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien 2016.

Dubowy, Alexander/**Čuljak,** Elvis: Vom Euromaidan 2013 bis zur Eskalation des Konflikts 2014. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 189–202.

Ende für South Stream: Gas fließt trotzdem (02.12.2014). <<https://kurier.at/wirtschaft/ende-fuer-south-stream-gas-fliesst-trotzdem/100.291.815>>, abgerufen am 25.04.2018.

European Asylum Support Office: Latest Asylum Trends (05.04.2018). <<https://www.easo.europa.eu/latest-asylum-trends>>, abgerufen am 16.04.2018.

Fix, Liana/**Puglierin,** Jana: Übung in Erwartungsmanagement. Eine nüchterne Bilanz des deutschen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2016. In: Internationale Politik, März/April 2017/2017. <<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2017/maerz-april/uebung-erwartungsmanagement>>, abgerufen am 28.02.2018.

Fomina, Joanna: Economic Migration of Ukrainians to the European Union: A View from Poland. In: Pikulicka-Wilczewska, Agnieszka/Uehling, Greta (Hrsg.): Migration and the Ukraine Crisis: A Two-Country Perspective. Bristol 2017, S. 78–89.

Foreign missions of international organizations in Ukraine. <<http://mfa.gov.ua/en/about-ukraine/org-in-ukraine>>, abgerufen am 28.02.2018.

Forschungsstelle Osteuropa/Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Hrsg.): Umfragen. Zwei Monate Proteste in der Ukraine (November–Dezember 2013). In: Ukraine-Analysen, 126/2014. S. 13–16.

Giuliano, Elise: Who supported separatism in Donbas? Ethnicity and popular opinion at the start of the Ukraine crisis. In: Post-Soviet Affairs, 2–3/2018. S. 158–178.

Gotev, Georgi: Zannier: In Ukraine, the OSCE is practically a peacekeeping operation (28.01.2016). <<https://www.euractiv.com/section/central-asia/interview/zannier-in-ukraine-the-osce-is-practically-a-peacekeeping-operation/>>, abgerufen am 28.02.2018.

Gowan, Richard: Can the United Nations Unite Ukraine? Hudson Institute. Washington, DC 2018.

Halling, Steffen: Krieg im Osten der Ukraine (08.02.2017). <<http://www.dekoder.org/de/gnose/krieg-im-osten-der-ukraine>>, abgerufen am 01.03.2018.

Hauptausschuss genehmigt Auslandseinsätze in Ukraine und Nordirak (PK-Nr. 990/2014) (29.10.2014). <http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2014/PK0990/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018.

Hauptausschuss genehmigt Entsendungen in Krisengebiete (PK-Nr. 744/2016) (27.06.2016). <http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0744/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

Heidelberg Institute for International Conflict Research: Conflict Barometer 2017. Heidelberg 2018.

Human Rights Watch: Ukraine: Dangers, Unnecessary Delays at Crossing Points (17.02.2017). <<https://www.hrw.org/news/2017/02/17/ukraine-dangers-unnecessary-delays-crossing-points>>, abgerufen am 24.04.2018.

Jawurek, Martin: Auslandseinsätze des Bundesheeres 2016. In: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (Hrsg.): Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2016. Wien 2016, S. 400–402.

Kein Parteienkonsens über Einsatz in Zentralafrikanischer Republik (PK-Nr. 204/2015) (10.03.2015). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0204/index.shtml>, abgerufen am 25.04.2018.

Kropatcheva, Elena: Russlands Politik gegenüber der OSZE: Erwartungen und Entwicklungen. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn 2017.

Kurz und Poroschenko sprachen über UN-Mission in der Ukraine (08.02.2018). <<https://kurier.at/politik/inland/kurz-und-poroschenko-sprachen-ueber-un-mission-in-der-ukraine/310.227.723>>, abgerufen am 15.03.2018.

Kurz: Kein Kontakt zu Entführern des Österreichers (PK-Nr. 203/2015) (10.03.2015). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0203/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018.

Lampalzer, Hans: Innenansichten eines Verifikationseinsatzes in der Ukraine im März 2014. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 353–360.

Lehne, Stefan: Reviving the OSCE: European Security and the Ukraine Crisis. Carnegie Europe. Brussels 2015.

Meister, Stefan: Perspektiven des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine – wenig Ausichten auf Veränderung. In: Ukraine-Analysen, 194/2018. S. 7–8.

Mukomel, Vladimir: Migration of Ukrainians to Russia in 2014–2015. Discourses and Perceptions of the Local Population. In: Pikulicka-Wilczewska, Agnieszka/Uehling, Greta (Hrsg.): Migration and the Ukraine Crisis: A Two-Country Perspective. Bristol 2017, S. 105–115.

OSCE Panel of Eminent Persons: Back to Diplomacy. Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, OSCE. 2015.

OSCE Panel of Eminent Persons: Lessons Learned for the OSCE from its Engagement in Ukraine. Interim Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, OSCE. 2015.

OSCE should focus on conflict prevention, says study probing its role in Ukraine (17.06.2015). <<http://www.dw.com/en/osce-should-focus-on-conflict-prevention-says-study-probing-its-role-in-ukraine/a-18520519>>, abgerufen am 01.03.2018.

OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine. <<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine>>, abgerufen am 28.02.2018.

OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine: Civil Society and the Crisis in Ukraine. Kiev 2015.

OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine: Restrictions of SMM's freedom of movement and other impediments to fulfilment of its mandate. January to June 2017. Kiev 2017.

OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine: Status Report 18/04/2018. <<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/378172?download=true>>, abgerufen am 25.04.2018.

OSCE: Annual Report 2017. Vienna 2018.

Österreich nimmt an Beobachtungsmission der OSZE in der Ukraine teil (PK-Nr. 282/2014) (02.04.2014). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2014/PK0282/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018.

Österreichs Leiden an den Sanktionen (27.07.2017). <<https://kurier.at/wirtschaft/oesterreichs-leiden-an-den-sanktionen/277.222.838>>, abgerufen am 25.04.2018.

OSZE-Mission wird in Ostukraine drangsaliert (23.06.2017). <<http://www.dw.com/de/osze-mission-wird-in-ostukraine-drangsaliert/a-39377097>>, abgerufen am 28.02.2018.

Peterson, Nolan: The forgotten proxy war Putin is fighting against the US and Europe (29.12.2017). <<http://www.newsweek.com/forgotten-proxy-war-putin-fighting-against-us-and-europe-761427>>, abgerufen am 24.04.2018.

Rada adopts controversial Donbas reintegration law (18.01.2018). <<https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/rada-adopts-controversial-donbas-reintegration-law.html>>, abgerufen am 05.03.2018.

ReliefWeb Crisis App Data – Humanitarian Data Exchange (28.03.2018). <<https://data.humdata.org/dataset/0160cfd-f7dec-41a7-b0d2-8aa378f054d9>>, abgerufen am 02.04.2018.

Richter, Wolfgang: OSZE 2018. In: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (Hrsg.): Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2018. Wien 2018, S. 124–127.

Sasse, Gwendolyn: The Displaced Ukrainians. Who are they, and what do they think? ZOIS Report 1, Centre for East European and International Studies (ZOIS). Berlin 2017.

Sasse, Gwendolyn: The Donbas – Two parts, or still one?. The experience of war through the eyes of the regional population. ZOIS Report 2, Centre for East European and International Studies (ZOIS). Berlin 2017.

Schadenböck, Dieter/Scherl, Jürgen: Das Phänomen der russischen Bataillonskampfgruppe – ein Diskussionsbeitrag zum modernen Kriegs- und Gefechtsbild. Ausarbeitung, Landesverteidigungsakademie. Wien 2016.

Schrader, Lutz: Die OSZE – ein Erfolgsmodell muss sich neu erfinden. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung. 2017.

SMM Ukraine: Ready for Anything (11.06.2015). <<https://www.osce.org/ukraine-smm/163511>>, abgerufen am 25.04.2018.

Sobotka betont Rolle der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Dialog zwischen Ukraine und Russland (PK-Nr. 88/2018) (08.02.2018). <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0088/index.shtml>, abgerufen am 15.03.2018.

Stykwow, Petra: Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise Gleichzeitige Demokratisierung und Staatsbildung als Überforderung. In: Osteuropa, 5–6/2014. S. 41–60.

Szeligowski, Daniel: Ukraine's Law on the Occupied Territories in Donbas. PISM Bulletin 12 (1083), Polish Institute of International Affairs. Warsaw 2018.

Tanner, Fred: Fallbeispiel: Die OSZE und der Ukraine-Konflikt 2015. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung. 2017.

Twickel, Nikolaus von: Zwischen den Fronten. Was die OSZE-Beobachter in der Ukraine leisten können, und was nicht. In: Internationale Politik, März/April 2017/2017. S. 48–53.

UN Eastern Team – United Nations in Ukraine. <<http://un.org.ua/en/resident-coordinator-system/un-eastern-team>>, abgerufen am 01.03.2018.

UNHCR: 2014 Year-End report. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GR2014-UkraineRegionalOffice-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018.

UNHCR: 2015 Year-End report. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GR2015-UkraineRegionalOffice-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018.

UNHCR: 2016 Year-End report. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GR2016-Ukraine-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018.

UNHCR: 2018 Planning summary. <<http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/pdfsummaries/GA2018-Ukraine-eng.pdf>>, abgerufen am 01.03.2018.

Van Bladel, Joris: Russlands Kleinkrieg in der Ukraine: Wie der russische Adler seine Flügel schlägt. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 203–221.

Vereinte Nationen: Sicherheitsrat Resolution 2166 (2014). <https://www.un.org/depts/german/sr/sr_14/sr2166.pdf>, abgerufen am 28.02.2018.

Vereinte Nationen: Sicherheitsrat Resolution 2202 (2015). <https://www.un.org/depts/german/sr/sr_15/sr2202.pdf>, abgerufen am 28.02.2018.

Verteidigungsminister Klug besuchte Ausbildung für OSZE-Beobachter (21.11.2014). <<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=7473>>, abgerufen am 25.04.2018.

Vogl, Doris: Der tägliche Morgen-Spaziergang entlang des Minenfeldes: Wie die lokale Bevölkerung in Konfliktzonen mit existenzieller Bedrohung umgeht. In: Feichtinger, Walter/Steppan, Christian (Hrsg.): Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, 1/2017, Wien, S. 347–352.

Wie Österreichs Politelite die EU-Sanktionen gegen Russland unterläuft (20.09.2014). <<https://www.profil.at/oesterreich/wie-oesterreichs-politelite-eu-sanktionen-russland-378000>>, abgerufen am 25.04.2018.

Wirtschaftskammer Österreich: Die ukrainische Wirtschaft (22.01.2018). <<https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/die-ukrainische-wirtschaft.html>>, abgerufen am 25.04.2018.

Zannier, Lamberto et al.: Overcoming the East-West Divide. Perspectives on the Role of the OSCE in the Ukraine Crisis. ETH CSS. Zürich 2014.

Zellner, Wolfgang/Evers, Frank/OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions: The future of OSCE field operations (options). Hamburg 2014.

Zellner, Wolfgang: Der Deutsche OSZE-Vorsitz 2016 – eine erste Bilanz. Dossier OSZE, Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn 2017.

Fallstudie zu Basis-Szenario 10: Gewaltsamer Konflikt zwischen zwei oder mehreren Staaten

Wegen eines Positions- und Interessenskonfliktes kommt es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Staaten. Aufgrund internationaler Vermittlungen kommt es zu einem Abkommen zwischen den Konfliktparteien, das durch die internationale Gemeinschaft überwacht und abgesichert werden soll.

Der Jom Kippur-Krieg 1973 aus dem Blickwinkel des Truppenstellers Österreich

Harald Müller



1 Konfliktbeschreibung

David Ben-Gurion erklärte am 14.05.1948 die Unabhängigkeit Israels von Großbritannien und die Errichtung des Staates Israel. Die Geburt dieses jüdischen Staates inmitten arabischer Völker führte in der Folge zu mehreren bewaffneten Konflikten zwischen Israelis und Arabern. Nach dem Palästina-Krieg (1948/49), der Suezkrise (1956) und dem Sechstagekrieg von 1967 wurde der vierte arabisch-israelische Krieg zwischen Israel (unterstützt von den USA) und einer Allianz aus Ägypten, Syrien und den arabischen Staaten Irak, Libyen, Jordanien, Sudan, Algerien sowie Marokko (unterstützt von der Sowjetunion) geführt. Weitere Auseinandersetzungen sollten folgen.

Während des Sechstagekrieges 1967 hatten die Israelis den Sinai bis zum Suezkanal erobert, welcher als Waffenstillstandslinie festgelegt wurde. Im Norden hatte Israel etwa die Hälfte der Golanhöhen von Syrien eingenommen. In den Jahren nach dem Sechstagekrieg errichtete Israel sowohl im Sinai als auch auf den Golanhöhen militärische Verteidigungsanlagen, um die Erfolge abzusichern. Der Sieg in diesem Krieg führte bei Israel aber zu einem übertriebenen Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und ließ die Vorsicht einschlafen. Ägypten und Syrien strebten hingegen eine Rückeroberung der im Sechstage-Krieg verlorenen Gebiete an.

Am 06. Oktober 1973 griffen schließlich Syrien und Ägypten Israel unter Ausnutzung des Überraschungsmoments auf zwei Fronten an. An diesem Tag wurde nämlich in Israel das jüdische Versöhnungsfest Jom Kippur gefeiert. Der Krieg ging als „Jom Kippur-Krieg“ in die Geschichte ein.

Die Syrer stießen mit Panzerverbänden auf die von Israel besetzten Golanhöhen vor, die Ägypter durchbrachen die israelischen Verteidigungsstellungen und überquerten den Suezkanal.

Die Israelis gingen nach einer kurzen Schockstarre jedoch zur Gegenoffensive über und schlugen die Angreifer zurück. Im Norden wurde die syrische Armee bis 10.10.1973 bis kurz vor Damaskus zurückgedrängt und damit besiegt. Auf der Sinai-Halbinsel konnten israelische Truppen die Ägypter ebenfalls zurückschlagen und den Suezkanal überqueren und standen etwa 120 km vor Kairo.

Am 22.10.1973 erzwang der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit den Resolutionen 338 (1973)¹ und 339 (1973)² auf Druck der USA und der Sowjetunion einen Waffenstillstand, welcher am 22.10. für die Nordfront bzw. 24.10. für die Südfrent in Kraft trat. In den beiden Resolutionen wurde auch auf die Umsetzung der Resolution 242 (1967)³ aus dem Sechstagekrieg hingewiesen.

Nach monatelangen Verhandlungen wurde am 31.05.1974 ein Entflechtungsabkommen zwischen Syrien und Israel unterzeichnet. Das Abkommen sah vor, dass Israel auf die Räume am Golan zurückging, die es bereits 1967 erobert hatte. Es legte eine Alpha-Linie (A-Linie) im Westen, die von den Israelis nicht überschritten werden durfte, und eine Bravo-Linie (B-Linie) im Osten, die von den Syrern nicht überschritten werden durfte, fest. Dazwischen lag die etwa 80 km lange und 300 Meter bis zu 10 Kilometer breite entmilitarisierte Pufferzone (Area of Separation, AOS), die militärisch nur von UN-Truppen besetzt werden sollte. Diese war bewohnt und wurde durch die syrische Polizei behördlich überwacht. Beiderseits der Pufferzone wurde ein jeweils 25 km breiter Abschnitt (Area of Limitation, AOL) festgelegt, der in drei Teilzonen unterteilt wurde und in der sich nur eine bestimmte Höchstzahl an Soldaten und Waffensystemen befinden durfte.

Am gleichen Tag beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 350 (1974)⁴ die Entsendung der bis zu 1.250 Mann starken Peacekeeping-Truppe „United Nations Disengagement Observer Force“ (UNDOF) zur Überwachung des Entflechtungsabkommens. Diese Kräfte waren zum Zwecke der Selbstverteidigung bewaffnet. Um rasch präsent zu sein, wurden ab Anfang Juni 1974 von der Mission „United Nations Emergency Force“ (UNEF II) aus dem Grenzraum Ägypten-Israel das

¹ Vereinte Nationen, Sicherheitsrat: Resolution 338 (1973). New York, 1973. Im Internet: https://www.un.org/depts/german/sr/sr_73/sr338-73.pdf, abgerufen am 24.11.2017.

² United Nations, Security Council: Resolution 339 (1973). Im Internet: <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/IP%20S%20RES%20339.pdf>, abgerufen am 24.11.2017.

³ United Nations, Security Council: Resolution 242 (1967). Im Internet: http://content.ecf.org.il/files/M00041_UNSecurityCouncilResolution242-EnglishText_0.pdf, abgerufen am 24.11.2017.

⁴ United Nations, United Nations Peacekeeping: UNDOF Fact Sheet. Im Internet: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/289/69/IMG/NR028969.pdf?OpenElement>, abgerufen am 27.11.2017.

österreichische Bataillon (AUSBATT) und das peruanische Bataillon (PER-BATT) herausgelöst und auf die Golan-Höhen verlegt. UNDOF wird durch rund 90 unbewaffnete Militärbeobachter der „Observer Group Golan“ (OGG) und der „Observer Group Tiberias“ (OGT) von der „United Nations Truth Supervision Organization“ (UNTSO) bei der Überwachung der beiderseits an die Pufferzone anschließenden AOL unterstützt.

Österreich stellte für UNDOF seit Beginn des Einsatzes Truppen, zog sich aber wegen des seit 2011 tobenden syrischen Bürgerkrieges ab Juni des Jahres 2013 zurück.

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

2.1 Sicheres Umfeld im Mandatsgebiet

Der Waffenstillstand von 1973 wurde in der Folge durch die beiden Konfliktparteien Israel und Syrien weitgehend eingehalten. Das gegenseitige Misstrauen blieb aber bis heute.

Zu Beginn der Mission überwachte UNDOF vom 14.06. bis zum 27.06.1974 den phasenweisen Rückzug der israelischen und syrischen Truppen hinter die vorgesehenen Linien. Dies war erfolgreich und verlief friedlich.⁵

Die festgelegten Linien der AOS und der AOL wurden von beiden Seiten weitgehend akzeptiert und waren selten Anlass für Streitigkeiten. Ausnahmen waren Versuche, die Grenzverläufe der AOL einseitig zu verändern⁶. Oft lag die Ursache jedoch darin, dass der Festlegung der Grenzen unterschiedliches Kartenmaterial zugrunde lag.

Der Verantwortungsbereich war insgesamt für die vorgegebene Truppenstärke eindeutig überdehnt. Zudem waren effektive Nacht-Beobachtungsmittel kaum vorhanden, sodass eine wirklich lückenlose Überwachung eigentlich nicht möglich war.

⁵ Lindley, Dan: UNDOF: Operational Analysis and Lessons Learned. 11.03.2004. Im Internet: <https://www3.nd.edu/~dlindley/handouts/UNDOF.htm>, abgerufen am 27.11.2014.

⁶ Interview von Harald Müller am 31.01.2018 in Korneuburg mit General i.R. DI Günther Greindl, ehemaliger Force Commander UNDOF 1979 bis 1981.

Die im Entflechtungsabkommen niedergeschriebenen Vorgaben wurden im Verlauf des Einsatzes größtenteils eingehalten, wobei die Abweichungen nicht friedensbedrohlicher Natur waren. Meist wurde die erlaubte Truppenstärke in der AOL aber unterschritten. Die im Abstand von zwei Wochen durch Militärbeobachter durchzuführenden Inspektionen der jeweils zwei Brigaden in dieser Zone mussten jedoch vorangekündigt werden und wurden jeweils durch syrische bzw. israelische Verbindungsoffiziere begleitet. Sie waren daher berechenbar. Die theoretisch gegebene Möglichkeit der Verschiebung von Kräften vor einer Inspektion rief teilweise den Argwohn der jeweiligen Gegenseite hervor. Beobachter durften zudem Stellungen der Truppen nicht direkt betreten. Bei der Truppenstärke mussten die Beobachter auf die Angaben der jeweiligen Kommandanten vertrauen. Dabei dürfte es sich um nachrichtendienstliche Einrichtungen gehandelt haben.⁷

Die Bewegungsfreiheit der Kräfte von UNDOF und UNTSO war weitgehend gegeben. Die Einschränkungen waren aber aus der Gesamtsicht zu vernachlässigen. Beispielsweise⁸ brach Ende 2000 der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon aus. Israel schränkte daraufhin die Bewegungsfreiheit von UNDOF in seinem nördlichen Verantwortungsbereich ein, obwohl sich die Schebaa-Farmen im Operationsgebiet der UN-Interimstruppe im Libanon (UNIFIL) befanden. Als sich die Krise nach einigen Monaten legte, wurde die Bewegungsfreiheit von UNDOF wieder freigegeben. Weiters wurde den UN-Inspektionsteams teilweise der Zugang zu bestimmten Stellungen verwehrt.

Vereinzelte gab es sicherheitsrelevante Vorfälle wie Schusswechsel mit Schmugglern, Veränderungen der Kennzeichnung der A- bzw. B-Linie, Minenunfälle, einen Flugzeugabsturz, die Anhäufung von Steinwällen zu landwirtschaftlichen Zwecken, Überschreitungen von Linien durch syrische Schäfer mit ihren Herden (über 90% aller Vertragsverletzungen), Überflüge von Luftfahrzeugen, Abkürzungsfahrten von Militärfahrzeugen über eine Linie u. Ä.

⁷ Lindley, Dan: UNDOF: Operational Analysis and Lessons Learned. 11.03.2004. Im Internet: <https://www3.nd.edu/~dlindley/handouts/UNDOF.htm>, abgerufen am 27.11.2014.

⁸ Ebenda.

Während des innerstaatlichen Syrienkonflikts ab dem Jahr 2011 gab es jedoch größere Verstöße gegen die Waffenstillstandsbestimmungen. Gefechte zwischen den syrischen Streitkräften und Rebellengruppen eskalierten. Am 29.06.2017 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2361 (2017)⁹, womit das Mandat bis Dezember 2017 erneuert und der Einsatz schwerer Waffen durch die syrischen Streitkräfte und bewaffnete Gruppen im Bereich der Area of Separation nachdrücklich verurteilt wurde.

59 UNDOF-Angehörige kamen während der gesamten Einsatzdauer ums Leben.¹⁰

2.2 Friedens- und Verhandlungsprozess

Nachdem UNDOF seinen Einsatzraum bezogen hatte, begann Israel westlich der A-Linie auf dem besetzten Teil des Golan den Bau von Siedlungen. Diese standen unter militärischer Verwaltung, bis Israel das „Golanhöhen-Gesetz“ verabschiedete, welches das israelische Recht und die israelische Verwaltung im Jahr 1981 implementierte. Dieser Schritt wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der UN-Resolution 497 verurteilt. Israel behauptet aber unter Berufung auf den Text der UN-Resolution 242, es habe das Recht, den Golan zu behalten, weil es um sichere Grenzen geht. Die internationale Gemeinschaft lehnt jedoch israelische Ansprüche auf das umstrittene Territorium ab und betrachtet es als souveränes syrisches Staatsgebiet. Die israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin, Ehud Barak und Ehud Olmert erklärten jeweils, sie seien bereit, den Golan für den Frieden mit Syrien einzutauschen. Im Jahr 2010 forderte jedoch der israelische Außenminister Avigdor Lieberman Syrien auf, seine Träume von der Wiedererlangung des Golan aufzugeben.¹¹

⁹ United Nations: Unanimously Adopting Resolution 2361 (2017), Security Council Renews Mandate of United Nations Disengagement Observer Force for Additional Six Months. New York, 2017. Im Internet: <https://www.un.org/press/en/2017/sc12890.doc.htm>, abgerufen am 27.11.2017.

¹⁰ United Nations: Peacekeeping. Im Internet: <https://undof.unmissions.org/facts-and-figures>, abgerufen am 17.01.2018.

¹¹ UNDOF: UNDOF New Beginning. 40 Years of Peacekeeping. 1974 – 2014. HQ UNDOF, 2014. Im Internet: <https://undof.unmissions.org/undof-forty-years-service-peace-1974-2014>, abgerufen am 17.01.2018. S. 7.

Israel dürfte auch insgesamt mit dem Status quo zufrieden sein. Die Präsenz der internationalen Gemeinschaft auf den operativ wichtigen Golanhöhen hat einen psychologischen Abhalteeffekt und würde im Falle eines Angriffs syrischer Kräfte die härtesten Reaktionen rechtfertigen. Andererseits wird durch die Mission die Nutzung des Wassers des Jordan abgesichert.

Bis dato entspannte sich die Konfliktsituation am Golan also nicht so weit, dass ein Abzug der internationalen Truppen möglich gewesen wäre. Der Peacekeeping-Einsatz wird daher alle sechs Monate verlängert.

Die Konfliktparteien haben daher bis jetzt auch nicht die Kontrolle über ihre ursprünglichen Grenzen übernommen, weil die Pufferzone auf syrischem Staatsgebiet bzw. auf israelisch besetztem Gebiet eingerichtet ist.

Eine Normalisierung des Grenzverkehrs ist daher auch nicht gegeben, da die jeweilige Bevölkerung die A-Linie nicht überschreiten darf. Es wurde zwar der Quneitra-Crossing-Point an der A-Linie eröffnet, dieser dient aber vorrangig UNDOF zur Verschiebung von Personal und Fahrzeuge von und nach Syrien und Israel zur Auftragserfüllung¹². Israel erlaubt aber fallweise drusischen Pilgern die A-Linie zum Zwecke des Besuchs des Schreins Abel in Syrien zu überqueren. Mehrmals im Jahr gestatten Israel und Syrien zudem arabischen Bürgern, die auf den Golanhöhen oder in Israel leben, unter Aufsicht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz die Durchquerung der Pufferzone.

Problematisch bleibt die Situation von Palästinensern, die aus Israel nach Syrien geflohen waren. Immer wieder kommt es nach dem „Nakba-Tag“, einem traditionellen palästinensischen Trauertag, der mit der Gründung des Staates Israel zusammenfällt, zu Gewaltaktionen von syrischem Gebiet aus.¹³

2.3 Regionale/transnationale Auswirkungen

Nach Errichtung der Pufferzone kam es kaum zu Bewegungen von international Schutzsuchenden. Eine großangelegte Rückkehr von international

¹² Ebenda.

¹³ Welch, James: An Analysis of The UNDOF Peacekeeping Mission. September 2011. Im Internet: https://www.researchgate.net/publication/257924325_An_Analysis_of_The_UNDOF_Peacekeeping_Mission, abgerufen am 22.01.2018. S. 9.

Schutzsuchenden gab es nicht. Elf drusische Dörfer verblieben auf israelisch besetztem Gebiet. Binnenvertriebene syrische Bürger konnten aus dem syrischen Staatsgebiet in die Area of Separation zurückkehren. Das Niveau des Bereitschaftsgrades der israelischen und syrischen Streitkräfte sank im Zeitraum nach Implementierung von UNDOF kontinuierlich. Auf politischer Seite gab es aber keine gemeinsame Teilnahme Israels und Syriens an Regionalorganisationen. Eine Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und Syrien insgesamt konnte bis dato ebenso nicht erreicht werden.

2.4 Akzeptanz des internationalen Engagements bei Konfliktakteuren

Die lokale Bevölkerung akzeptierte UNDOF weitgehend. Demonstrationen auf israelischer wie syrischer Seite für bzw. gegen UNDOF bzw. UNTSO konnten nicht beobachtet werden¹⁴.

Gemäß General i.R. DI Günther Greindl nahm Israel zu Beginn der Mission wegen Österreichs antisemitischer Vergangenheit eine eher skeptische Haltung gegenüber dem österreichischen Kontingent ein, während Syrien aufgrund Österreichs Engagement gegenüber den Palästinensern positiv eingestellt war¹⁵. Laut dem niederländischen Force Commander Generalmajor Kusters waren die israelische und syrische Seite mit der Arbeit von UNDOF zufrieden, weil in seiner eineinhalbjährigen Amtszeit niemand einen Antrag auf Sonderprüfung gestellt hatte und somit beide Seiten darauf vertrauten, dass UNDOF seine Arbeit gut verrichtete.¹⁶

Mit Blick auf die Einhaltung des Waffenstillstandes bewerteten internationale Medien den Einsatz von UNDOF positiv.

Eine Unterstützung von UNDOF und UNTSO in administrativen und logistischen Bereichen wurde im Großen und Ganzen gewährt.

¹⁴ Interview von Harald Müller am 31.01.2018 in Korneuburg mit General i.R. DI Günther Greindl, ehemaliger Force Commander UNDOF 1979 bis 1981.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Lindley, Dan: UNDOF: Operational Analysis and Lessons Learned. 11.03.2004. Im Internet: <https://www3.nd.edu/~dlindley/handouts/UNDOF.htm>, abgerufen am 27.11.2014.

Die Kooperationsbereitschaft der Zivilbevölkerung kann als mittel bezeichnet werden. Diese wurde u. a. auch dadurch gefördert, dass UNDOF der ortsansässigen Bevölkerung im Rahmen des Machbaren medizinische Hilfe gewährte und Landminen-Sensibilisierungs- und Räumungsprogramme durchgeführt wurden. Weiters verbesserte UNDOF das wirtschaftliche Los der örtlichen Bevölkerung, weil sie Arbeit für „Locals“ anbot und damit die Ernährung vieler Familien ermöglichte.

3 Der Einfluss der Intervention auf die Internationale Organisation UNO

3.1 Kooperation der UNO mit anderen internationalen Organisationen im Kontext des Konflikts

Neben der UNO trat im Einsatzraum UNDOFs das Internationale Rote Kreuz wesentlich in Erscheinung. Es kümmerte sich um Gefangene und andere Personengruppen. Die Koordination verlief reibungslos und das Rote Kreuz zeigte weitgehend Verständnis für die Erfordernisse der Peace-Kee-
ping-Truppe.¹⁷

3.2 Innere Kohärenz

Auf Ebene des UN-Sicherheitsrates waren die maßgeblichen Akteure die USA und die Sowjetunion bzw. dessen Nachfolgestaat Russland.

Am UNDOF-Einsatz selbst beteiligten sich über die Jahre Kontingente aus:

- Bhutan,
- Fidschi (seit 2013),
- Finnland (1979–1993),
- Indien (seit 2006),
- Iran (1975–1979),
- Irland (seit 2013),
- Japan (1996–2013),

¹⁷ Interview von Harald Müller am 31.01.2018 in Korneuburg mit General i.R. DI Günther Greindl, ehemaliger Force Commander UNDOF 1979 bis 1981.

- Kanada (1974–2006),
- Kroatien (2008–2013),
- Nepal,
- Niederlande,
- Österreich (1974–2013),
- Peru (1974–1975),
- Philippinen (seit 2009),
- Polen (1974–2009) sowie
- aus der Slowakei (1998–2008).

Damit wird eine breite Beteiligung von UN-Mitgliedsstaaten ersichtlich, so dass von einer internationalen Akzeptanz der Mission gesprochen werden kann.

3.3 Interne Weiterentwicklung der UNO

UNDOF hat im Bereich Peace Keeping durchaus Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Zusammenarbeit von Truppenstellern verbessert werden konnte. U. a. wurden internationale Ausbildungsgänge ins Leben gerufen, woran sich auch Österreich beteiligte.

Bei der Entwicklung von operativen Kapazitäten vor Ort konnten jedoch keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Dies ist aber wahrscheinlich den Verträgen Israels und Syriens mit der UN geschuldet, die eine robustere Ausrüstung nicht zuließen.

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Durch den Einsatz von UNDOF hat die UN an Akzeptanz im internationalen System gewonnen, weil zwei „kriegsmüde“ Kontrahenten in einer äußerst sensiblen Weltregion eine Hilfestellung durch eine räumliche Trennung erhielten und damit eine gewisse Stabilisierung des Nahen Ostens eintrat.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Der Einsatz von UNDOF war durch die UNO-Resolutionen 338 (1973), 339 (1973) und 242 (1967) mandatiert.

Die Formulierungen der Mandate des UN-Sicherheitsrats waren eindeutig¹⁸.

Das Mandat enthielt bestimmte kurz- und langfristige Ziele:¹⁹

- Die Errichtung und den Betrieb eines Hauptquartiers im Einsatzraum.
- Die Überwachung des beidseitigen Rückzugs von Kampftruppen gemäß dem vereinbarten Zeitplan.
- Die Verhinderung des Vorgehens militärischer Kräfte in die Area of Separation.
- Die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen in der Area of Limitation.
- Die Etablierung einer schnellen Eingreiftruppe für den Fall von Problemen in der Area of Separation.
- Die langfristige Überwachung der Pufferzone.
- Die langfristige Aufrechterhaltung der Kommunikation mit und zwischen beiden Parteien.

Seit ihrer Implementierung im Mai 1974 haben sich das Mandat der Mission und diese Zielsetzungen nicht wesentlich verändert.²⁰ Laut General i.R. DI Günther Greindl, dem dritten Force Commander UNDOFs, war das Mandat deswegen so klar, weil man sehr viel Zeit in die zum Mandat führenden Verhandlungen investiert hatte²¹.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Welch, James: An Analysis of The UNDOF Peacekeeping Mission. September 2011. Im Internet: https://www.researchgate.net/publication/257924325_An_Analysis_of_The_UNDOF_Peacekeeping_Mission, abgerufen am 22.01.2018. S. 6.

²⁰ Welch, James: An Analysis of The UNDOF Peacekeeping Mission. September 2011. Im Internet: https://www.researchgate.net/publication/257924325_An_Analysis_of_The_UNDOF_Peacekeeping_Mission, abgerufen am 22.01.2018. S. 5.

²¹ Interview von Harald Müller am 31.01.2018 in Korneuburg mit General i.R. DI Günther Greindl, ehemaliger Force Commander UNDOF 1979 bis 1981.

4 Der Einfluss der Intervention auf den Entsendestaat Österreich

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

Das Wehrgesetz vom 7. September 1955 bot die Grundlage für die Aufstellung des Bundesheeres. Erst 1965 wurden Einsätze im Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen zu den Aufgaben des Bundesheeres hinzugefügt, wodurch die Grundlage für die Entsendung auf den Golan gegeben war. Mit Ministerratsbeschluss 120 vom 04.06.1974 wurde die Entsendung beschlossen²².

In den 1960er-Jahren wurde das Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV) entwickelt und 1972 in die Verfassung übernommen.²³ In der Folge entwickelte sich die Bundesverfassung im Bereich der Sicherheitspolitik immer weiter. U. a. wurde eine Mitwirkung im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der Europäischen Union möglich.

Zu Beginn des Einsatzes von UNDOF lagen keine umfassenden Grundsatzkonzepte für das Auslandsengagement vor. Im Laufe der Zeit fanden sich jedoch zunehmend klarere Aussagen in der jeweiligen Sicherheitsstrategie, der Teilstrategie Verteidigungspolitik sowie im Militärstrategischen Konzept. U. a. legte der damalige Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Werner Fasslabend, dem Nationalrat am 23. Jänner 1997 den Situationsbericht 1996 vor²⁴. Darin wurden der aktuelle Zustand des Bundesheeres und weitere notwendige Entwicklungsschritte dargestellt. Die maßgeblichen Schwerpunkte für die Aufgabenstellung der österreichischen Streitkräfte lagen demnach bei jeder Art von Assistenzleistung, vermehrtem Engagement für internationale Missionen zur Friedenssicherung und ausreichender Größe zum Schutz der EU-Außengrenze. Im Jahr 1985 wurde eine Beteiligung an friedenserhaltenden Aktionen im sogenannten „Landesverteidigungsplan“ unter dem Kapitel „Friedenssicherung“ festgeschrieben²⁵.

²² Fact Sheets. In: BMLVS: 50 Jahre Auslandseinsätze. Wien, 2010. S. 41.

²³ Schmidl, Erwin: 1955 – 2005: 50 Jahre österreichisches Bundesheer. Im Internet: http://www.vol.at/2005/09/oesterreichisches_Bundesheer.pdf, abgerufen am 17.01.2017.

²⁴ Mil News: Das Militärstrategische Konzept von 2006 – eine Vorgeschichte. Im Internet: http://milnews.at/2015/milstrat_konzept/, abgerufen am 12.03.2018.

²⁵ Österreichisches Bundeskanzleramt: Landesverteidigungsplan. Wien, März 1985. S. 41.

Somit war der Einsatz von UNDOF von Beginn an rechtlich gedeckt und stimmte mit der jeweiligen Strategie und den Konzepten überein.

Ein Konsens der Parlamentsparteien für eine österreichische Beteiligung war über die Zeit gegeben. Man darf dabei nicht vergessen, dass Anfang der 70er-Jahre die politische Landschaft durch SPÖ und ÖVP dominiert war. Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ) und der vormalige Außenminister und dann ab 1971 UN-Generalsekretär, Kurt Waldheim (ÖVP), waren kraft ihrer Ämter sehr interessiert, dass Österreich im Rahmen der UNO internationale Solidarität und Engagement zeigt.

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

Die Einstellung der Öffentlichkeit über die gesamte Einsatzdauer von UNDOF war durchgehend neutral bis positiv. Ein Grund dürfte gewesen sein, dass es sich bei den Entsandten um Freiwillige handelte und niemand gezwungen wurde, in den Einsatz zu gehen²⁶. Grundsätzlich war die Stimmung in Österreich nämlich so, dass man nicht in andere Konflikte hineingezogen werden wollte – schon gar nicht mit eigenen Soldaten²⁷. Nach Beendigung des Einsatzes wurden in Österreich durchaus harte Diskussionen über die Richtigkeit des Abzuges geführt.²⁸

Jedenfalls kann man festhalten, dass die in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele durch den Einsatz erreicht wurden.

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Da der Verantwortungsbereich von UNDOF für die vorgegebene Truppenstärke eindeutig überdehnt war, muss die Personalstärke auch des österreichischen Kontingents als nicht ausreichend bewertet werden. Auch aufgrund ineffektiver Nachsichtgeräte war eine lückenlose Überwachung nicht gewährleistet. Diese Lücke wurde aber in Kauf genommen.

²⁶ Interview von Harald Müller am 31.01.2018 in Korneuburg mit General i.R. DI Günther Greindl, ehemaliger Force Commander UNDOF 1979 bis 1981.

²⁷ Seledec, Walter: Die Öffentlichkeit und die Auslandseinsätze. In: BMLVS: 50 Jahre Auslandseinsätze. Wien, 2010. S. 282.

²⁸ Ebenda.

Das österreichische Kontingent hatte Personal in Zahl und Qualifikation jeweils in ausreichendem Maße zur Verfügung. Vor allem die Miliz leistete den Löwenanteil und stellte ihre Effektivität für Peace-Keeping-Einsätze unter Beweis.

Das zur Verfügung gestellte Material war letztlich trotz qualitativer Lücken (z. B. Sanität, Nachtsichtgeräte) in Quantität und Qualität ausreichend vorhanden²⁹. Auch der Betreuung widmete Österreich zu Beginn der Mission wenig Augenmerk, was sich aber im Verlauf der Zeit deutlich besserte. Hier muss auch hingewiesen werden, dass die UNO sehr viel Material bereitstellte.

Die vorhandenen Verfahren waren für das Konfliktszenario tauglich und wurden kontinuierlich evaluiert.

Der geplante österreichische Finanzansatz konnte eingehalten werden. Nachteilig wurde teilweise gesehen, dass das ÖBH die Kosten vorerst selbst tragen musste und erst nach einem Jahr Teilkosten vom Bundesministerium für Finanzen rückerstattet bekam.³⁰

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

In Österreich fielen über die gesamte Einsatzdauer UNDOFs keine Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarierten, oder politische Sonderinteressen auf.

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates Österreich

Österreichs Akzeptanz als Partner im internationalen System und die Attraktivität Österreichs als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Konfliktmanagements wurde durch den Beitrag zu UNDOF eindeutig

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda.

gestärkt. Durch den überhasteten Abzug im Jahr 2013 wurde diese Einstellung sicher eingetrübt.³¹

Die Position Österreichs im internationalen System wurde durch den jahrzehntelangen Beitrag bei UNDOF trotz des Abzuges 2013 gestärkt.

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Der Einsatz im Rahmen von UNDOF wirkte sich auf die finanzielle Situation des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) weder positiv noch negativ aus und kann als neutral angesehen werden.

Das Prestige des ÖBH stieg durch die Teilnahme an UNDOF, was auch durchaus der Teilnahme der Miliz zuzurechnen ist. Auch die Motivation der Angehörigen des ÖBH selbst verbesserte sich dadurch. Immerhin leisteten bis 2010 rund 27.000 österreichische Soldaten Dienst bei UNDOF³².

Der Erfahrungsgewinn durch den Einsatz der österreichischen Kontingente bei UNDOF war bedeutend. Die Soldaten verrichteten mit NATO-Mitgliedern (z. B. Kanada) und (damaligen) Warschauer-Pakt-Mitgliedern (z. B. Polen) ihren Dienst und konnten daraus profitieren. Die jeweiligen Erfahrungsberichte jedes einzelnen Kontingentes flossen in das österreichische System ein und bewirkten Verbesserungen.

4.7 Rückwirkungen

4.7.1 Politische Rückwirkungen

Die diplomatischen Beziehungen Österreichs zu den Konfliktparteien Israel und Syrien während der Einsatzdauer bei UNDOF verblieben weitgehend auf gleichem Niveau.

³¹ Thaller, Stephan: Abzug vom Golan – was wirklich geschah. Im Internet: <http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=1732>, abgerufen am 01.02.2018.

³² Etschmann, Wolfgang: Ein frühes Österreichisches Peace-Keeping. In: BMLVS: 50 Jahre Auslandseinsätze. Wien, 2010. S. 39.

Durch den UNDOF-Einsatz wurde die innenpolitische Stabilität der österreichischen Regierung nicht beeinflusst.

4.7.2 Humanitäre Rückwirkungen

In Österreich wurden keine international Schutzsuchenden, welche durch den Einsatz des ÖBH bei UNDOF verursacht worden wären, beobachtet.

4.7.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

Der Außenhandel mit Syrien bzw. Israel blieb während des Einsatzes des ÖBH bei UNDOF gleich.

Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen gab es nicht.

4.7.4 Sicherheitspolitische Rückwirkungen

Aufgrund der Beteiligung Österreichs an UNDOF wurden keinerlei Gewaltakte oder andere aggressive Handlungen syrischer bzw. israelischer Akteure in Österreich verzeichnet. Auch Sympathisanten der Konfliktparteien aus anderen Ländern bzw. Österreich verhielten sich unauffällig.

4.8 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Der Einsatz von UNDOF war durch die UNO-Resolutionen 338 (1973), 339 (1973) und 242 (1967) mandatiert.

Die Formulierung der Mandate des UN-Sicherheitsrats war, wie schon vorstehend ausgeführt eindeutig und musste im Verlaufe des Einsatzes nicht angepasst werden.

5 Fazit

Wahrscheinlich ist es unmöglich, bei unterschiedlichen Friedenseinsätzen von einem wirklichen Erfolg oder Misserfolg zu sprechen. Wie bei vielen Situationen im Leben liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen. Die UNDOF-Mission, eine der längsten in der Geschichte der Vereinten Nationen, ist keine Ausnahme von dieser Regel.

Die Lage am Golan war während der Ausübung des Mandats in den letzten 43 Jahren relativ stabil. Trotzdem gäbe es zwischen den Konfliktparteien ständig unter der Oberfläche.³³

Der Force Commander UNDOF, LtGen Iqbal Singh Singha, stellte anlässlich der 40-Jahr-Feier im Jahr 2014 fest, dass die Mission ihren Auftrag erfüllt habe und den israelisch-syrischen Grenzraum zum stabilsten in der Region gemacht hat. Seit März 2012 nahm das Geschehen aber eine neue Wendung, als sich der Bürgerkrieg in Syrien auch auf dem Golan ausbreitete, und dadurch eine Situation mit einer dritten Konfliktpartei, den syrischen Rebellen, geschaffen wurde, die im Mandat nicht abgedeckt war.³⁴

Angesichts der verbleibenden Feindseligkeit und des Misstrauens der beiden beteiligten Parteien Israel und Syrien, kann man von einer erfolgreichen Auftrags Erfüllung sprechen. Die dem Auftrag übergeordnete Absicht eines dauerhaften Friedens konnte bis dato jedoch nicht erreicht werden. Wahre Friedenskonsolidierung wird von der Kooperation und der Überwindung der syrischen ideologischen Zurückhaltung auf der einen Seite und der israelischen strategischen Zurückhaltung auf der anderen Seite abhängen.

³³ Welch, James: An Analysis of The UNDOF Peacekeeping Mission. September 2011. Im Internet: https://www.researchgate.net/publication/257924325_An_Analysis_of_The_UNDOF_Peacekeeping_Mission, abgerufen am 22.01.2018. S. 5.

³⁴ UNDOF: UNDOF New Beginning. 40 Years of Peacekeeping. 1974 – 2014. HQ UNDOF, 2014. Im Internet: <https://undof.unmissions.org/undof-forty-years-service-peace-1974-2014>, abgerufen am 17.01.2018. S. 10.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Etschmann, Wolfgang: Ein frühes Österreichisches Peace-Keeping. In: BMLVS: 50 Jahre Auslandseinsätze. Wien, 2010. S. 39.

Lindley, Dan: UNDOF: Operational Analysis and Lessons Learned. 11.03.2004. Im Internet: <https://www3.nd.edu/~dlindley/handouts/UNDOF.htm>, abgerufen am 27.11.2014.

Mil News: Das Militärstrategische Konzept von 2006 – eine Vorgeschichte. Im Internet: http://milnews.at/2015/milstrat_konzept/, abgerufen am 12.03.2018.

Österreichisches Bundeskanzleramt: Landesverteidigungsplan. Wien, März 1985.

Schmidl, Erwin: 1955 – 2005: 50 Jahre österreichisches Bundesheer. Im Internet: http://www.vol.at/2005/09/oesterreichisches_Bundesheer.pdf, abgerufen am 17.01.2017.

Seledec, Walter: Die Öffentlichkeit und die Auslandseinsätze. In: BMLVS: 50 Jahre Auslandseinsätze. Wien, 2010.

Thaller, Stephan: Abzug vom Golan – was wirklich geschah. Im Internet: <http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=1732>, abgerufen am 01.02.2018.

UNDOF: UNDOF New Beginning. 40 Years of Peacekeeping. 1974 – 2014. HQ UNDOF, 2014. Im Internet: <https://undof.unmissions.org/undof-forty-years-service-peace-1974-2014>, abgerufen am 17.01.2018.

United Nations Security Council: Resolution 242 (1967). Im Internet: http://content.ecf.org.il/files/M00041_UNSecurityCouncilResolution242-EnglishText_0.pdf, abgerufen am 24.11.2017.

United Nations Security Council: Resolution 339 (1973). Im Internet: <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/IP%20S%20RES%20339.pdf>, abgerufen am 24.11.2017.

United Nations, United Nations Peacekeeping: UNDOF Fact Sheet. Im Internet: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/289/69/IMG/NR028969.pdf?OpenElement>, abgerufen am 27.11.2017.

United Nations: Peacekeeping. Im Internet: <https://undof.unmissions.org/facts-and-figures>, abgerufen am 17.01.2018.

United Nations: Unanimously Adopting Resolution 2361 (2017), Security Council Renews Mandate of United Nations Disengagement Observer Force for Additional Six Months. New York, 2017. Im Internet: <https://www.un.org/press/en/2017/sc12890.doc.htm>, abgerufen am 27.11.2017.

Vereinte Nationen, Sicherheitsrat: Resolution 338 (1973). New York, 1973. Im Internet: https://www.un.org/depts/german/sr/sr_73/sr338-73.pdf, abgerufen am 22.01.2018.

Welch, James: An Analysis of The UNDOF Peacekeeping Mission. September 2011. Im Internet: https://www.researchgate.net/publication/257924325_An_Analysis_of_The_UNDOF_Peacekeeping_Mission, abgerufen am 22.01.2018.

Fallstudie zu Basis-Szenario 11: Humanitäre Katastrophe mit sicherheitspolitischen Folgen

Eine Natur- oder andere schwerniegende Katastrophe, die sich negativ auf die sicherheitspolitische Lage eines Staates oder einer Region auswirkt bzw. auswirken könnte. Durch Migrationsbewegungen kann diese Katastrophe auch internationale Auswirkungen haben. Die Unterstützung durch internationale Akteure (die auch mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgen kann) ist neben der Bewältigung humanitärer Herausforderungen auch zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Sicherheit.

Der Einsatz der Stabilisierungsmission MINUSTAH nach dem Erdbeben in Haiti 2010 unter besonderer Berücksichtigung der Beteiligung Kanadas

Stefan Fink, Markus Gauster



1 Konfliktbeschreibung

Als ärmstes Land der westlichen Hemisphäre hatte Haiti seit seiner Gründung 1804 jahrzehntelang mit großen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und politischen Unsicherheiten zu kämpfen. Hervorzuheben sind dabei die brutale Diktatur unter Jean-Claude Duvalier von 1971 bis 1986, der Militärstreich gegen Präsident Aristide 1991 und seine Wiedereinsetzung als Präsident zwischen 1994 und 1996 sowie 2001 und 2004.¹ Nach der erneuten Amtsenthebung von Aristide und durch die anhaltende Instabilität in Haiti wurde 2004 die UN-Stabilisierungsmission „Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti“ (MINUSTAH) durch die UNSC-Resolution 1542 (2004) geschaffen. Um die Sicherheit zu gewährleisten sowie die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Land zu unterstützen, verfügte die Mission ursprünglich über 6.700 Militärpersonen und 1.622 Polizeikräfte und war mit einem robusten Kapitel VII-Mandat der UN-Charter ausgestattet.² Allerdings sind bis heute Korruption, politische Instabilität, große Armut, andauernde gewaltsame Machtkämpfe und Menschenrechtsverletzungen weitverbreitet.

Nach Fortschritten in der Entwicklung des Landes bewirkten Naturkatastrophen wiederholt Rückschläge. Am 12. Jänner 2010 erschütterte ein Erdbeben mit Stärke 7 auf der Richterskala Haiti.³ Das Beben führte zur Vertreibung von knapp 1,3 Millionen Menschen und tötete circa 230.000 Personen.⁴ Wichtige Infrastruktur, wie Krankenhäuser, Flughäfen, Schulen und Straßen, deren mangelhafte Baumaterialien der Erschütterung nicht standhielten, wurden zerstört. Die wirtschaftlichen Schäden der Naturkatastrophe

¹ Central Intelligence Agency: The World Factbook, Haiti (2018) <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ha.html>>, abgerufen am 29.03.2018.

² United Nations: Security Council establishes UN Stabilization Mission in Haiti for initial six-month period (30.04.2004) <<http://www.un.org/press/en/2004/sc8083.doc.htm>>, abgerufen am 15.03.2018.

³ USGS: M7.0 - Haiti, 2010. (2010) <<https://earthquake.usgs.gov/learn/today/index.php?month=1&day=12.>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁴ USGS: M7.0 - Haiti, 2010. (2010) <<https://earthquake.usgs.gov/learn/today/index.php?month=1&day=12.>>, abgerufen am 15.03.2018.

beliefen sich auf circa 14 Milliarden US-Dollar und wären von Haiti alleine nicht zu bewältigen gewesen.⁵

Internationale Organisationen, NGOs und ausländische Regierungen leisteten, mit der Unterstützung von MINUSTAH, massive humanitäre Unterstützung. Diese Intervention war für die Schaffung des humanitären Zugangs zur notleidenden Bevölkerung und den anschließenden Wiederaufbau in Haiti von großer Bedeutung. Nach der Bewältigung der Krise war die Absicht von MINUSTAH, weiterhin zur politischen Stabilität, Sicherheit sowie zur demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Haiti beizutragen. Auch Kanada, das traditionell enge Beziehungen zu Haiti pflegt, beteiligte sich umfassend am Wiederaufbau und stellte militärische und zivile Kapazitäten für MINUSTAH bereit.

2 Zielgebiet

2.1 Sicheres Umfeld

2.1.1 Zugang von Hilfsorganisationen für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen in kritischen Räumen (verbessert)

Im Zielgebiet wurde durch den internationalen Einsatz der Zugang von Hilfsorganisationen für die Grund- und Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen verbessert. Besonders der Wiederaufbau der beiden Flughäfen in Port-au-Prince und Jacmel durch internationale Hilfe verbesserte den Zugang für Helfer. Auch das UN Logistic Cluster arbeitete in enger Kooperation mit MINUSTAH und anderen militärischen Einheiten, um lokale Infrastruktur wiederherzustellen. Es wurden Lastwagen, Helikopter und Flugzeuge verwendet, um Hilfsgüter auf die Insel zu bringen und zu verteilen.

⁵ Inter-American Development Bank: Estimating the Direct Economic Damage of the Earthquake in Haiti (April 2011) <https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1817279>, abgerufen am 16.03.2018.

2.1.2 Zahl der Getöteten und Verwundeten aufgrund der schlechten Sicherheitslage (gestiegen)

Das Erdbeben führte unmittelbar zum Tod von fast 230.000 Menschen und 300.000 Verletzten. Dadurch kam es kurz- bis mittelfristig zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage, die in Folge die Zahl der Todesopfer und Verletzten weiter erhöhte.⁶

2.1.3 Aktivitäten marodierender Banden (ja)

Die verstärkten Aktivitäten marodierender Banden waren vor allem in den ersten Tagen nach dem Beben ein großes Problem. Organisierte Plünderungen und hohe Kriminalität waren die Folge. Haiti stand am Rande eines Kollaps bzw. anarchischen Zustandes.⁷

2.1.4 Entstehen paramilitärischer Gruppen (nein)

Es sind keine paramilitärischen Gruppen neu entstanden.

2.1.5 Fähigkeit zur Sicherstellung der Ordnung durch die staatlichen Sicherheitskräfte (teilweise gegeben)

Die Fähigkeiten der Sicherheitskräfte zur Sicherstellung der staatlichen Ordnung waren auch vor dem Erdbeben mangelhaft. Durch die Naturkatastrophe wurden die schon zuvor limitierten Mittel der lokalen Polizeikräfte weiter eingeschränkt.⁸ Daher verschlechterten sich durch das Beben die

⁶ U.S. Geological Survey: On January 12th – Today in earthquake history (2010) <<https://earthquake.usgs.gov/learn/today/index.php?month=1&day=12>>; Haiti earthquake: police open fire on looters. In: The Telegraph (Januar 2010), <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/centralamericaandthecaribbean/haiti/7005853/Haiti-earthquake-police-open-fire-on-looters.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁷ Haiti earthquake: police open fire on looters. In: The Telegraph (Januar 2010) <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/centralamericaandthecaribbean/haiti/7005853/Haiti-earthquake-police-open-fire-on-looters.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁸ United Nations: Report of the United Nations in Haiti 2010: Situation, Challenges and Outlook (2010). <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/un_report_haiti_2010_en.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, S. 51.

Fähigkeiten der Sicherheitskräfte zusätzlich. Hinzu kam, dass vielen Häftlingen nach dem Beben die Flucht gelang.⁹

Um Ordnung in den Notfallcamps sicherzustellen, unterstützte MINUSTAH die Haitian National Police mit internationalen Polizeieinheiten (Formed Police Units). Zusätzlich half MINUSTAH bei der Wiedereröffnung der Haitianischen Polizeiakademie und bildete 900 Polizisten aus.¹⁰ Dadurch konnte die öffentliche Ordnung in Haiti verbessert werden.

2.1.6 Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung (gegeben)

Die Bewegungsfreiheit blieb überwiegend aufrecht. So flüchteten Viele nach dem Erdbeben aus Port-au-Prince und suchten Schutz in ländlichen Regionen, aber auch im Ausland (vor allem in der Dominikanischen Republik).¹¹

2.1.7 Entwicklung der Kriminalitätsrate und organisierten Kriminalität (gestiegen)

Trotz MINUSTAHs Unterstützung für lokale Polizeikräfte stieg die Kriminalitätsrate an. Zwischen August 2011 und Februar 2012 war eine „dramatische Eskalation von krimineller Gewalt“ zu verzeichnen.¹² Gleichzeitig sank das Vertrauen der lokalen Bevölkerung in die haitianische Polizei. Für den Anstieg der Kriminalität gab es mehrere ausschlaggebende Faktoren, wie zum Beispiel die anhaltende politische Unsicherheit in Haiti. Die „Cash-for-work“-Projekte von NGOs und UN-Institutionen lösten nach Ende der

⁹ Haiti earthquake: police open fire on looters. In: The Telegraph (Januar 2010) <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/centralamericaandthecaribbean/haiti/7005853/Haiti-earthquake-police-open-fire-on-looters.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

¹⁰ United Nations: Report of the United Nations in Haiti 2010: Situation, Challenges and Outlook (2010) <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/un_report_haiti_2010_en.pdf>, abgerufen am 23.03.2018, S. 51.

¹¹ Weiss Fagen, Patricia: Haitian Migrants in the Context of the 2010 earthquake. Discussion Paper, Georgetown University 2013.

¹² Kolbe, Athena u. Muggah, Robert: Haiti's Urban Crime Wave? Results from Monthly Household Surveys August 2011 – February 2012 (März 2012).

<https://igarape.org.br/pdf/Strategic_Note_1.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, S. 1.

Bezahlung eine Frustration in der Bevölkerung aus. Zusätzlich konnten viele Grundbedürfnisse der Haitianer nicht ausreichend gedeckt werden.¹³

Darüber hinaus blieb die Situation in den Notfallcamps kritisch. Eine extrem hohe Rate an sexueller Gewalt wurde gemeldet.¹⁴ Frauen und Kinder blieben daher trotz regelmäßiger Patrouillen von MINUSTAH besonders stark gefährdet.¹⁵ Ende 2010 entsandte Norwegen eine spezialisierte Polizeieinheit (Specialized Police Team / SPT), um die Haitianische Polizei in Zusammenarbeit mit MINUSTAH insbesondere bei Ermittlungen zu sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu unterstützen.¹⁶

2.2 Auswirkung der humanitären Katastrophe im Zielgebiet

2.2.1 Zahl der Internally Displaced Persons (IDPs) (gestiegen)

Die Zahl der IDPs stieg nach dem Beben stark an. Knapp zwei Millionen Menschen suchten Schutz innerhalb Haitis.¹⁷ Fünf Jahre nach dem Erdbeben lebten noch knapp 80.000 Haitianer in Zelten.¹⁸

¹³ Ebenda, S. 8.

¹⁴ The Institute for Justice & Democracy in Haiti: Our bodies are still trembling: Haitian women continue to fight against rape (Januar 2011) <<http://ijdh.org/wordpress/wp-content/uploads/2011/03/1-Year-GBV-2011.pdf>>, abgerufen am 11.04.2018.

¹⁵ Canadian businesses add to Haiti relief effort. In: CBC News (Januar 2010). <<http://www.cbc.ca/news/canadian-businesses-add-to-haiti-relief-effort-1.936372>>, abgerufen am 15.03.2018; Haiti Six Months Later: Where Do Things Stand?. In: ABC News (Juli 2010) <<http://abcnews.go.com/WN/haiti-earthquake-months-things-stand/story?id=11120059>>, abgerufen am 15.03.2018.

¹⁶ Caparini, Marina und Osland, M. Kari: MINUSTAH's Specialized Police Team to Combat Sexual Violence in Haiti. Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), Working Paper 867 (Juli 2016).

¹⁷ Global Public Policy Institute: Inter-agency real-time evaluation in Haiti: 3 months after the earthquake (August 2010). <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/dms/Documents/Haiti_IA_RTE_1_final_report_en.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, S. 7.

¹⁸ Haiti Still Struggling 5 Years After Earthquake. In: VOA News (Januar 2015) <<https://www.voanews.com/a/five-years-after-the-haitian-earthquake/2594607.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

2.2.2 Zahl der Rückkehrer (gleichgeblieben)

Viele Haitianer flüchteten nach dem Erdbeben in die Dominikanische Republik. In den Folgejahren gab es eine substantielle Zahl von Rückkehrern. Alleine im Jahr 2017 kehrten 250.000 Haitianer aus der Dominikanischen Republik zurück.¹⁹

2.2.3 Zahl der international Schutzsuchenden (gestiegen)

Die Zahl der international Schutzsuchenden stieg an.²⁰ Zielländer waren vor allem die Dominikanische Republik, Frankreich, die USA und Kanada. Auch Brasilien war ein oft gewähltes Zielland, was auf die von Brasilien geführte MINUSTAH zurückzuführen ist.²¹

2.2.4 Zahl der in Notunterkünften versorgten Personen (gestiegen)

In den ersten sechs Monaten nach dem Beben wurden circa eineinhalb Millionen Menschen mit Zelten versorgt.²²

2.2.5 Funktionierende Infrastruktur (eingeschränkt)

Aufgrund der fehlenden Mittel der haitianischen Regierung war ausländische Hilfe beim Wiederaufbau des Landes und seiner Infrastruktur von großer Wichtigkeit. Ziel von MINUSTAH war es, Infrastruktur schnellstmöglich

¹⁹ OCHA: Global Humanitarian Overview 2017 <http://interactive.unocha.org/publication/2017_appeal/#p=28>, abgerufen am 23.03.2018, S. 28.

²⁰ International Organisation for Migration: Migration Data Portal (2018) <<https://migrationdataportal.org/>>, abgerufen am 28.03.2018.

²¹ Weiss Fagen, Patricia: Receiving Haitian Migrants in the Context of the 2010 earthquake. Discussion Paper, Georgetown University 2013, S. 14.

²² Inter-Agency Standing Committee: Response to the humanitarian crisis in Haiti following the 12 January 2010 Earthquake. (Juli 2010) <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/B2987B3C2B0CB071852577600069D837-Full_Report.pdf>, abgerufen am 22.03.2018, S. 1.

wiederherzustellen und Zugang für Helfer zu schaffen (Flughäfen, Straßen, und Wasserversorgung).²³

Allerdings konnte trotz hohen finanziellen Aufwands keine substantielle Verbesserung im Vergleich zur Situation vor dem Erdbeben erreicht werden. Ein Jahr nach der Naturkatastrophe erklärte der kanadische Botschafter Henri-Paul Normandin den langsamen Fortschritt im Wiederaufbau der Infrastruktur mit den Worten: „these things take time, they take time in Canada, they are not going to go faster in Haiti”.²⁴

Ende 2017 benötigten immer noch 2,5 Millionen Haitianern humanitäre Hilfe, von denen viele kaum Zugang zu Wasser und medizinischer Versorgung hatten.²⁵

2.3 Regionale/transregionale Auswirkungen

2.3.1 Zahl der international Schutzsuchenden (gestiegen)

Die Zahl der international Schutzsuchenden stieg an. Zielländer waren Frankreich, die USA, Kanada und die Dominikanische Republik.²⁶ Auch Brasilien war ein oft gewähltes Zielland, was auf das substanzielle Engagement Brasiliens bei MINUSTAH zurückzuführen ist.²⁷

²³ United Nations: Haiti: 6 months after. (2010) <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/6_months_after_commemoration.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, S. 29.

²⁴ Canada's role in rebuilding Haiti. In: CHCH (Januar 2013) <<http://www.chch.com/canadas-role-in-rebuilding-haiti/>>, abgerufen am 15.03.2018.

²⁵ OCHA: Global Humanitarian Overview 2017. (2017) <http://interactive.unocha.org/publication/2017_appeal/#p=28>, abgerufen am 23.03.2018, S. 28.

²⁶ ReliefWeb: Earthquake-Displaced Haitians in the Dominican Republic Provided Assisted Voluntary Return Home (Mai 2011) <<https://reliefweb.int/report/dominican-republic/earthquake-displaced-haitians-dominican-republic-provided-assisted>>, abgerufen am 28.03.2018.

²⁷ Weiss Fagen, Patricia: Receiving Haitian Migrants in the Context of the 2010 earthquake. Discussion Paper, Georgetown University 2013, S. 14.

2.3.2 Destabilisierung der Nachbarländer durch Flüchtlingsströme, Gewaltakteure und die Überforderung des sozialen Systems (ja)

Viele Haitianer flüchteten nach dem Erdbeben in die Dominikanische Republik. Während sie dort anfangs willkommen geheißen wurden, führte der andauernde Anstieg an Haitianern zu Protesten bei der lokalen Bevölkerung und Unruhen. Auch die Dominikanische Regierung setzte Maßnahmen. So wurden vielen Haitianern nicht nur Sozialleistungen verwehrt, sondern es gab auch Abschiebungen in großer Zahl.²⁸

2.4 Akzeptanz des internationalen Engagements bei den Konfliktakteuren

2.4.1 An-/Übergriffe auf internationales Personal und Einrichtungen durch Konfliktakteure (ja)

Nach dem Erdbeben gab es immer wieder Proteste und Demonstrationen. Diese endeten teilweise in Schusswechseln und Krawallen, in denen auch MINUSTAH-Personal das Ziel von Aggressionen war.²⁹

2.4.2 Zusammenarbeit der relevanten Akteure im Zielgebiet mit internationalen Missionen (teilweise gegeben)

Internationale und regionale Akteure arbeiteten nur sehr eingeschränkt zusammen. Ein Großteil der ausländischen Hilfe lief nicht über die haitianische Regierung oder lokale Einrichtungen, sondern durch direkte internationale Unterstützung. Grund dafür war die weitverbreitete Korruption in Haiti, die geringe Legitimität der Regierung und der Mangel an lokalen Akteuren zur

²⁸ ReliefWeb: Earthquake-Displaced Haitians in the Dominican Republic Provided Assisted Voluntary Return Home (Mai 2011) <<https://reliefweb.int/report/dominican-republic/earthquake-displaced-haitians-dominican-republic-provided-assisted>>, abgerufen am 28.03.2018, S. 13.

²⁹ Desvarieux, J.: At the Heart of Haiti's Cholera Riots, Anger at the U.N. (November 2010) <<http://content.time.com/time/world/article/0,8599,2032437,00.html>>; Desvarieux, J. und Padgett, T.: Haiti's Cholera Riots: A Plot to Stop the Elections? (November 2010) <<http://content.time.com/time/world/article/0,8599,2031665,00.html>>, abgerufen am 28.03.2018.

Krisenbewältigung.³⁰ Die daraus resultierende unzureichende Koordination zwischen den internationalen und lokalen Akteuren war ein Grund für den langsamen Wiederaufbau. Die Ineffektivität der Hilfsmaßnahmen führte zu Frustration bei vielen Haitianern.³¹

2.4.3 Zusammenarbeit der Konfliktakteure im Zielgebiet mit internationalen NGOs und NGOs im Zielgebiet (nicht gegeben)

Siehe Kapitel 2.4.2. Die Interaktion mit Konfliktakteuren war nur gering.

2.5 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

2.5.1 Demonstrationen gegen die Art und Weise des internationalen Engagements (ja)

Aufgrund der zahlreichen Skandale gab es immer wieder Proteste der lokalen Bevölkerung gegen MINUSTAH, die teilweise auch in gewaltsamen Ausschreitungen endeten.³²

2.5.2 Bewertung des internationalen Engagements durch zivilgesellschaftliche Kräfte (negativ)

Das internationale Engagement wurde von zivilgesellschaftlichen Kräften oft sehr skeptisch gesehen. Während Hilfe für den Wiederaufbau

³⁰ Weiss Fagen, Patricia: Receiving Haitian Migrants in the Context of the 2010 earthquake. Discussion Paper, Georgetown University 2013, S. 10.

³¹ Haiti Still Struggling 5 Years After Earthquake. In: VOA News (Januar 2015) <<https://www.voanews.com/a/five-years-after-the-haitian-earthquake/2594607.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

³² United Nations attack refugee camp, protests mount. In: Huff Post (2018) <https://www.huffingtonpost.com/beverly-bell/united-nations-attacks-re_b_596365.html>, abgerufen am 23.03.2018; Council on Hemispheric Affairs: The “Enforcers”: MINUSTAH and the Culture of Violence in Port-au-Prince (November 2011) <http://www.coha.org/the-enforcers-minustah-and-the-culture-of-violence-in-port-au-prince/#_ftn1>, abgerufen am 28.03.2018.

willkommen heißen wurde, war MINUSTAHs Ruf bei der lokalen Bevölkerung, wie auch international, sehr schlecht.

So wurde die Reputation durch Berichte über die von UN-Soldaten organisierte Prostitution und Massenvergewaltigungen stark geschädigt. Die Zeitung „The Guardian“ zog aufgrund der vielen Skandale sogar Vergleiche mit den Vorfällen in Abu Ghraib im Irak.³³ Die negativste Auswirkung hatte allerdings die Cholera-Epidemie, die von Nepalesischen Blauhelmen im Oktober 2010 ausgelöst wurde. Bis März 2016 wurden knapp 800.000 Haitianer infiziert, wovon rund 9.000 zu Tode kamen.³⁴ Die Dunkelziffer ist aufgrund eines Mangels der Dokumentation von Todesfällen deutlich höher.³⁵

Aufgrund der Vielzahl an negativen Berichten wird die Umwandlung von MINUSTAH in die kleinere Polizeimission MINUJUSTH seit 2017 als Versuch gesehen, die Reputation der UN zu verbessern und einen Neustart durchzuführen („rebranding effort“).³⁶

³³ Weisbrot, Mark: Is this Minustah's 'Abu Ghraib moment' in Haiti? (September 2011). <<https://www.theguardian.com/commentisfree/cifamerica/2011/sep/03/minustah-un-haiti-abuse>>, abgerufen am 15.03.2018.

³⁴ Cholera quietly still kills dozens a month in Haiti. In: AP News (Mai 2016) <<https://apnews.com/bc72bac9c61a42e5be513daccfd26c65/cholera-quietly-still-kills-dozens-month-haiti?version=meter+at+0&module=meter-Links&pgtype=article&contentId=&mediaId=&referrer=http%3A%2F%2Fwww.ijdh.org%2Fadvocacies%2Four-work%2Fcholera-advocacy%2F&priority=true&action=click&contentCollection=meter-links-click>>, abgerufen am 15.03.2018.

³⁵ Cholera Deaths in Haiti could far exceed official count. In: The New York Times (März 2016) <<https://www.nytimes.com/2016/03/19/world/americas/cholera-deaths-in-haiti-could-far-exceed-official-count.html>>, Abgerufen am 11.04.2018.

³⁶ Danticat, Edwidge: A New Chapter for the Disastrous United Nations Mission in Haiti? (Oktober 2017) <<https://www.newyorker.com/news/news-desk/a-new-chapter-for-the-disastrous-united-nations-mission-in-haiti>>, abgerufen am 15.03.2018.

3 Internationale Organisation

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der humanitären Mission/Operation

3.1.1 Zahl der beteiligten relevanten internationalen Organisationen (Mehrheit)

Das internationale Engagement nach dem Erdbeben war die bis dahin größte humanitäre Hilfsaktion aller Zeiten.³⁷ Insgesamt waren über 1.000 internationale Organisationen an der Hilfsleistung beteiligt, wie zum Beispiel verschiedenste UN-Akteure (z. B. MINUSTAH, WHO, UNFPA, WFP), die Weltbank-Gruppe, die EU, die Union of South American Nations (USAN), Oxfam International oder das IKRK.³⁸

3.1.2 Existenz von Koordinierungsmechanismen (ja)

Um die Arbeit der internationalen Organisationen zu steuern, existierten einige Koordinierungsmechanismen. Anfangs übernahm MINUSTAH wichtige Koordinierungsaufgaben und erstellte, zusammen mit dem UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), ein Joint Operations and Tasking Centre (JOTC). JOTC fungierte als Koordinierungsmechanismus für die internationale Hilfe und arbeitete eng mit kanadischen und amerikanischen Truppen, dem European Union Intelligence and Situation Centre (INTCEN) und der Caribbean Community (CARICOM) zusammen. Zusätzliche Aufgaben übernahm die humanitäre Informationsquelle ReliefWeb.³⁹

³⁷ OCHA: Haiti: Two years after the devastating earthquake. (2012)

<<http://www.unocha.org/story/haiti-two-years-after-devastating-earthquake>>, abgerufen am 15.03.2018.

³⁸ Global Public Policy Institute: Inter-agency real-time evaluation in Haiti: 3 months after the earthquake (August 2010). <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/dms/Documents/Haiti_IA_RTE_1_final_report_en.pdf>, abgerufen am 15.03.2018. S. 7.

³⁹ United Nations: Fact Sheet: Post-Earthquake activities MINUSTAH'S. (Januar 2011) <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/minustah_press_factsheet_012011.pdf>, abgerufen am 15.03.2018.

3.1.3 Effektivität der Koordinierungsmechanismen (gering)

Während die erste Hilfsreaktion auf das Erdbeben in Haiti relativ schnell anließ, stellten sich bald Mängel in der Qualität der Hilfsleistungen ein. Diese wurden durch geringe Effektivität der Koordinierungsmechanismen, die Vielzahl involvierter Akteure, die großen Schäden im Infrastrukturbereich und der Unerfahrenheit vieler NGOs in akuten Krisensituationen verursacht.⁴⁰ Sechs Monate nach dem Beben bezeichneten internationale Medien die internationale Hilfeleistung daher als „paralysiert“.⁴¹ UN und IOM widersprachen solchen Berichten, zeigten stattdessen Verbesserungen in der Koordination auf und betonten die Komplexität der Aufgabe. Die fehlende Koordination mit lokalen Akteuren und der haitianischen Regierung wird als zusätzlicher Schwachpunkt der Reaktion auf das Erdbeben ausgemacht. Diese Nicht-Einbindung führte zu einer gewissen Frustration bei den lokalen Akteuren.⁴²

Der Fortschritt der Hilfsleistungen wurde auch durch systematische Probleme in der Bürokratie der UNO behindert. So wurde zum Beispiel die Arbeit des norwegischen Specialized Police Team (SPT), das die lokale Polizei bei Ermittlungen von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützte, durch eine unzulängliche Koordinierung behindert. Zudem war MINUSTAH nicht darauf vorbereitet, das SPT Norwegens in seine operative Struktur aufzunehmen. So wurden dem SPT weder Büroräume noch Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus verlangsamten wiederholte Verspätungen in der Zuweisung von finanziellen Mitteln die Arbeit des SPT.

⁴⁰ Global Public Policy Institute: Inter-agency real-time evaluation in Haiti: 3 months after the earthquake (August 2010). <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/dms/Documents/Haiti_IA_RTE_1_final_report_en.pdf>, abgerufen am 15.03.2018. S. 8.

⁴¹ Report: Haiti recovery 'paralysed'. In: Al Jazeera (Oktober 2010) <<https://www.aljazeera.com/news/americas/2010/10/20101081122418306.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁴² Global Public Policy Institute: Interagency realtime evaluation in Haiti: 3 months after the earthquake (August 2010). <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/dms/Documents/Haiti_IA_RTE_1_final_report_en.pdf>, abgerufen am 15.03.2018. S. 53.

Dieser Umstand führte dazu, dass Norwegen plant, zukünftige SPTs außerhalb der UN-Bürokratie direkt selbst zu finanzieren.⁴³

3.2 Innere Kohärenz

3.2.1 Zahl der mitwirkenden Mitgliedsstaaten bei MINUSTAH (Mehrheit)

An MINUSTAH waren 49 Staaten beteiligt – eine überdurchschnittlich hohe Zahl an UN-Mitgliedsstaaten. Der Höchststand des Personals betrug ca. 12.000, davon waren ungefähr 9.000 Soldaten und 3.000 Polizeikräfte.⁴⁴

3.2.2 Effektivität der vorgesehenen Entscheidungsgremien der internationalen Organisation / MINUSTAH (hoch)

Da MINUSTAH bereits vor dem Erdbeben in Haiti präsent war, konnte sehr schnell reagiert und anderen Organisationen und Helfern logistisch geholfen werden. Kurz- bis mittelfristig war die Effektivität von Entscheidungsgremien daher als „hoch“ einzustufen.

Die langfristige Effektivität von MINUSTAH (die für die vorliegende Arbeit nicht im Vordergrund stand) ist jedoch als „mittel“ einzustufen, weil auch Ende 2017 noch 2,5 Millionen Menschen in Haiti humanitäre Hilfe benötigten.⁴⁵ Es konnte auch keine substantielle Verbesserung in der wirtschaftlichen und politischen Lage erzielt werden, was jedoch nicht allein in der Verantwortung von MINUSTAH (bzw. seit 2018 MINUJUSTH) lag.

⁴³ Caparini, Marina und Osland, Kari: MINUSTAH's Specialized Police Team to Combat Sexual Violence in Haiti (Juli 2016) Norwegian Institute of International Affairs. NUPI Working Paper 867. S. 16, 21 und 24

⁴⁴ UN Fact Sheet: MINUSTAH's Post-Earthquake Activities (Januar 2011) <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/minustah_press_factsheet_012011.pdf>, abgerufen am 22.03.2018, S. 2.

⁴⁵ OCHA: Global Humanitarian Overview 2017 (2017) <http://interactive.unocha.org/publication/2017_appeal/#p=28>, abgerufen am 15.03.2018, S. 28.

3.3 Interne Weiterentwicklung der Organisation

3.3.1 Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Organisation im Bereich Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (ja)

MINUSTAH hatte wesentliche Lerneffekte für die Weiterentwicklung von Friedensmissionen, da bewaffnete Konflikte durch Naturkatastrophen bzw. den Klimawandel immer häufiger verstärkt werden. Negative und positive Erfahrungswerte durch MINUSTAH tragen dazu bei, künftige vergleichbare Missionen koordinierter und damit effektiver zu machen.

3.3.2 Entwicklung der operativen Kapazitäten (gestiegen)

Ein UNOCHA-Bericht identifiziert Mängel in den operativen Kapazitäten für die Krisenbewältigung im urbanen Gebiet Haitis. Zum Beispiel fehlte es an geeigneten Stadtplänen.⁴⁶ Dadurch konnten Erfahrungen für zukünftige Einsätze gesammelt werden.

Zusätzlich zeigte der Einsatz in Haiti jedoch auch Unzulänglichkeiten in der Koordinationsarbeit sowie Probleme durch die komplexe und langsame administrativen Organisation der UNO auf (siehe Kapitel 3.1.3). Dieses Problem wurde wiederholt angesprochen. Ein Bericht des High Level Panel on Peace Operations verweist darauf, dass die internen administrativen Regelungen der UNO die Effektivität der Missionen untergraben, die Moral des UN-Personals verschlechtern und die Erreichung der Mandatsziele behindern.⁴⁷ Dies war auch bei MINUSTAH der Fall. Die dabei gelernten Lektionen können daher im besten Fall die operativen Kapazitäten verstärken.

Obwohl Probleme erkannt wurden, schreiten Reformen und Verbesserungen nur langsam voran. So berichtet das norwegische SPT von Problemen

⁴⁶ Global Public Policy Institute: Interagency realtime evaluation in Haiti: 3 months after the earthquake (August 2010), S. 29 und 45. <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/dms/Documents/Haiti_IA_RTE_1_final_report_en.pdf>.

⁴⁷ High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations: Uniting Our Strengths for Peace – Politics, Partnerships and People (Juni 2015). <http://www.un.org/sg/pdf/HIPPO_Report_1_June_2015.pdf>, siehe Abstract, abgerufen am 11.04.2018.

in der Zusammenarbeit mit MINUSTAH und speziell mit Einheiten der United Nations Police (UNPOL). Auch das Nichtvorhandensein von Vorschriften und Abläufen für SPTs hat zur Ineffektivität des Einsatzes geführt. In der Folge wurde die Bedeutung von SPTs auf Seite der UNO allerdings wiederholt betont. Diese Polizeiteams werden als effektive Hilfsmittel für Friedensmissionen gesehen, da sie die Fähigkeiten von lokalen Sicherheitskräften gezielt stärken.⁴⁸

2016 ist ein Paradigmenwechsel bei der Arbeit der UNPOL in Friedenseinsätzen zu erkennen. Durch den vermehrten Einsatz von SPTs soll zukünftig auf landesspezifische Anforderungen besser eingegangen werden können.⁴⁹ Trotzdem gibt es bis heute nur wenige genaue formale Vorschriften und Regeln für die Formierung und den Einsatz von SPTs – Reformen sind daher noch nicht abgeschlossen.⁵⁰

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

3.4.1 Akzeptanz als Partner im internationalen System (geschwächt)

Obwohl viele Notmaßnahmen nach dem Erdbeben von großer Wichtigkeit waren, wird MINUSTAH überwiegend negativ bewertet. Aufgrund der Vielzahl von Skandalen, des Auslösens der Cholerakrise und der schwachen Umsetzung des MINUSTAH-Mandats ist die generelle Akzeptanz von Friedenseinsätzen gesunken.⁵¹

⁴⁸ United Nations: External Review of the Functions, Structure and Capacity of the UN Police Division (Mai 2016). <<http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/policereview2016.pdf>>, siehe Abstract, abgerufen am 11.04.2018.

⁴⁹ United Nations: External Review of the Functions, Structure and Capacity of the UN Police Division (Mai 2016). <<http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/policereview2016.pdf>>, Abgerufen am 11.04.2018.

⁵⁰ Caparini Marina und Osland Kari: MINUSTAH's Specialized Police Team to Combat Sexual Violence in Haiti (Juli 2016) Norwegian Institute of International Affairs. NUPI Working Paper 867, S. 29.

⁵¹ Malone, F und Chavda R: Peacekeepers and the People: Domestic Evaluations of Peacekeeping Operations in Haiti. In: Journal of International Peacekeeping. 2012: 17(3–4). S. 385–413. Hier: S. 388.

3.4.2 Vorbildcharakter eigener Konzepte des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagement für andere internationale Organisationen (nein)

MINUSTAH nimmt aufgrund der angeführten Probleme keine Vorbildrolle ein.

3.4.3 Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (vermindert)

Die Attraktivität von UN-Friedensmissionen ist gesunken (siehe Kapitel 3.4.1).

3.4.4 Zuschreibung einer selektiven Funktion durch andere internationale Organisationen (ja)

Da MINUSTAH schon seit 2004 in Haiti stationiert war, konnte die Mission (in Zusammenarbeit mit OCHA) von bereits existierenden Mechanismen Gebrauch machen und nach dem Erdbeben wichtige Koordinationsarbeit für die internationale Hilfe leisten, die in der ersten Phase positive Auswirkungen für die Bevölkerung hatte.⁵²

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

3.5.1 Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja)

MINUSTAH wurde 2004 durch UNSC-Resolution 1542 (2004) als Kapitel-VII-Mission geschaffen, um die politische und wirtschaftliche Stabilität im Land zu unterstützen.⁵³

⁵² Global Public Policy Institute: Inter-agency real-time evaluation in Haiti: 3 months after the earthquake (August 2010). <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/dms/Documents/Haiti_IA_RTE_1_final_report_en.pdf>, abgerufen am 19.03.2018. S. 30.

⁵³ United Nations: Security Council establishes UN Stabilization Mission in Haiti for initial six-month period (April 2004) <<http://www.un.org/press/en/2004/sc8083.doc.htm>>, abgerufen am 15.03.2018.

3.5.2 Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja)

Die Formulierung des Mandates war eindeutig.

3.5.3 Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an die reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja)

Das Mandat wurde mehrmals an die sicherheitspolitische Entwicklung angepasst. Als Reaktion auf das Erdbeben ermöglichte die UNSC-Resolution 1908 (2010) die Aufstockung um 3.500 Personen.⁵⁴ Die Zahl der Polizeikräfte wurde durch UNSC-Resolution 1927 (2010) erhöht.⁵⁵ Nach dem Abhalten von Wahlen 2017 wurde MINUSTAH beendet. Gleichzeitig wurde eine kleinere Nachfolgemission gestartet, die United Nations Mission for Justice Support in Haiti (MINUJUSTH). Diese besteht überwiegend aus Polizeikräften und Justizpersonal,⁵⁶ was mit der sicherheitspolitischen Entwicklung ebenfalls korrespondiert.

Die Mandatsziele wurden teilweise erreicht. So waren die Notmaßnahmen nach dem Beben von großer humanitärer Bedeutung. Über eineinhalb Millionen Menschen wurden in Notfallcamps versorgt. Zusätzlich erhielten in den ersten sechs Monaten vier Millionen Menschen Lebensmittel. Gleichzeitig profitierten kurzfristig jeweils über eine Million Menschen von „cash-for-work“-Initiativen und erhielten Zugang zu sauberem Wasser.⁵⁷

⁵⁴ UN News: Security Council authorizes 3,500 more UN peacekeepers for Haiti. (Januar 2010) <<https://news.un.org/en/story/2010/01/326922-security-council-authorizes-3500-more-un-peacekeepers-haiti>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁵⁵ United Nations: Security Council Authorizes Deployment of Further 680 Police in Haiti, Unanimously Adopting Resolution 1927 (Juni 2010). <<http://www.un.org/press/en/2010/sc9944.doc.htm>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁵⁶ UN News: Security Council decides UN Mission in Haiti will close by October; approves smaller follow-on operation (April 2017) <<https://news.un.org/en/story/2017/04/555342-security-council-decides-un-mission-haiti-will-close-october-approves-smaller#.WeeskMekOt9>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁵⁷ Inter-Agency Standing Committee: Response to the humanitarian crisis in Haiti following the 12 January 2010 Earthquake. (Juli 2010). <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/B2987B3C2B0CB071852577600069D837-Full_Report.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, S. 1.

Allerdings wurden viele Langzeitziele des UN Mandats nicht erreicht. Während die Auswirkungen des Erdbebens durch MINUSTAH und NGOs überwunden wurden, hat Haiti politisch und infrastrukturell auch 2018 noch immer mit großen Unsicherheiten zu kämpfen.⁵⁸ Obwohl Fortschritte im Bildungs-, und Gesundheitssektor erreicht wurden, finden schwere Menschenrechtsverletzungen nach wie vor statt.⁵⁹ Daher wurden die Mandatsziele von MINUSTAH (politische Stabilität, Menschenrechtsstandards und wirtschaftliche Entwicklung) bis zum Ende der Mission 2017 nicht erreicht.⁶⁰ 2,5 Millionen Haitianer sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.⁶¹

2017 wurde MINUSTAH nach dem Abhalten von Wahlen beendet und die Rechtsstaatlichkeits-Mission MINUJUSTH mandatiert.⁶² Nach wie vor ist Haiti unter den letzten 15 Ländern des Fragile States Index.⁶³

⁵⁸ 5 Years After Haiti's Earthquake, Where Did The \$13.5 Billion Go?. In: NPR (Januar 2015) <<https://www.npr.org/sections/goatsandsoda/2015/01/12/376138864/5-years-after-haiti-s-earthquake-why-aren-t-things-better>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁵⁹ United Nations: Haiti Moving Forward: step-by-step. (2012) <<http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/UN-factsheets-2012-en.pdf>>, abgerufen am 15.03. 2018, S. 6.

⁶⁰ Malone, Mary und Chavda, Roslyn: Peacekeepers and the People: Domestic Evaluations of Peacekeeping Operations in Haiti. In: Journal of International Peacekeeping. 2012: 17 (3–4). S. 385–413. Hier: S. 388.

⁶¹ OCHA: Global Humanitarian Overview 2017. (2017) <http://interactive.unocha.org/publication/2017_appeal/#p=28>, abgerufen am 15.03.2018, S. 28.

⁶² UN News: Security Council decides UN Mission in Haiti will close by October; approves smaller follow-on operation. (April 2017) <<https://news.un.org/en/story/2017/04/555342-security-council-decides-un-mission-haiti-will-close-october-approves-smaller#WeeskMekOt9>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁶³ Fund for Peace: 2017 Fragile States Index (2017) <<https://fragilestatesindex.org/wp-content/uploads/2017/05/951171705-Fragile-States-Index-Annual-Report-2017.pdf>>, abgerufen am 23.03.2018.

3.5.4 Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet (nein)

Es wurde weder vor noch nach dem Erdbeben eine Einladung durch die Regierung Haitis ausgesprochen. Der Einsatz erfolgte auf Basis Kapitel VII der UNO-Charta (Friedens erzwingung).⁶⁴

4 Entsendestaat

In der Geschichte Kanadas war das Engagement in Haiti im Rahmen von MINUSTAH der größte Einsatz militärischer und ziviler Kräfte bei einer humanitären Katastrophe mit sicherheitspolitischen Folgen.⁶⁵

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

4.1.1 Übereinstimmung mit der Sicherheitsstrategie (ja)

Das Engagement in Haiti stimmt mit Kanadas gesamtstaatlicher Strategie überein. In der Kanadischen Sicherheitspolitik kommt der Unterstützung schwacher Staaten große Relevanz zu.⁶⁶ Das Strategiepapier „A Role of Pride and Influence in the World“ sieht vor, dass für fragile Staaten, (wie z. B. Haiti) Entwicklungshilfe bereit gestellt werden soll, um einen Kollaps zu verhindern, der gegen kanadische Interessen verstoßen würde.⁶⁷ Hinzu kommt,

⁶⁴ United Nations: Security Council establishes UN Stabilisation Mission in Haiti for initial Six-Month Period (April 2004) <<http://www.un.org/press/en/2004/sc8083.doc.htm>>, abgerufen am 23.03.2018.

⁶⁵ Mamuji, Aaida: Canadian military involvement in humanitarian assistance: progress and prudence in natural disaster response. (2012). In: Canadian Foreign Policy Journal, 18(2). S. 208-224. Hier: S. 209.

⁶⁶ Gauster, Markus: Whole of Nation-Ansätze auf dem Prüfstand: Ein neues Paradigma im internationalen Krisenmanagement. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 13. Wien 2013, S. 30.

⁶⁷ Government of Canada: Canada's International Policy Statement: A Role of Pride and Influence in the World (2005) <<http://publications.gc.ca/collections/Collection/D2-168-2005E.pdf>>, abgerufen am 15.03.2018, S. 5.

dass Kanada einen starken Anstieg an Einwanderern aus gescheiterten Staaten vermeiden will.⁶⁸

Ein zusätzlicher Faktor für Kanadas Engagement ist die große strategische Bedeutung Haitis. So haben kanadische Firmen und Investoren diverse wirtschaftliche Verbindungen in das Land, während Gastarbeiter aus Haiti wichtige Arbeitskräfte in Kanada sind.⁶⁹ Darüber hinaus haben die zwei Länder traditionell freundliche diplomatische Beziehungen, die teilweise auch in der langen Historie der haitianischen Minderheit in Kanada begründet sind. Diese Faktoren erklären nicht nur die langjährige Entwicklungshilfe für Haiti, sondern auch das Eingreifen nach dem Erdbeben.

4.1.2 Übereinstimmung mit relevanten Dokumenten für das Auslandsengagement der zuständigen Ressorts (ja)

Kanadas Kriseneinsatz in Haiti basierte auf einem Whole of Government Approach (WoGA) für internationale Krisenbewältigung, der auf interministerieller Zusammenarbeit beruhte.⁷⁰ Kanada entsandte eine Vielzahl ziviler Experten und militärischer Kräfte nach Haiti.⁷¹ Die Koordination zwischen den staatlichen Einrichtungen funktionierte zeitnah und effektiv. Innerhalb der ersten vier Stunden nach dem Beben versammelte sich die Interdepartmental Task Force on Natural Disasters. Wenig später erreichte das Interdepartmental Strategic Support Team Port-au-Prince. Am Folgetag wurde die Joint Task Force Haiti (JTFH) und die Operation Hestia des kanadischen Militärs ins Leben gerufen.⁷²

⁶⁸ Milne, Glen: Canada: Objectives, Decision-making and Lessons learned. In: Fishel, John. und Saenz, Andrés: Capacity Building for Peacekeeping: The Case of Haiti. Potomac Books: Nebraska Press. 2007, S. 52-66. Hier: S. 57.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Paterson, Ian: Canadian Forces: Civil-Military Cooperation in Humanitarian Response. (Mai 2012) <<http://aseanregionalforum.asean.org/files/Archive/19th/ARF%20DOD,%20Phnom%20Penh,%2024May2012/Annex%20D5%20-%20Presentation%20by%20Canada.pdf>>, abgerufen am 15.03.2018, S. 2.

⁷¹ Mamuji, Aaida: Canadian military involvement in humanitarian assistance: progress and prudence in natural disaster response. In: Canadian Foreign Policy Journal. 2012. 18(2). S. 208-224. Hier: S. 208.

⁷² Paterson, I: Canadian Forces: Civil-Military Cooperation in Humanitarian Response. (Mai 2012). <<http://aseanregionalforum.asean.org/files/Archive/19th/ARF%20DOD,%20Ph>

4.1.3 Übereinstimmung mit spezifischen operativen Konzepten der Ressorts (ja)

Die Ressorts übernahmen die ihnen zugeteilten Aufgaben – siehe auch 4.1.2.

4.1.4 Ziehen von Lehren aus dem Einsatz und die Durchführung von Veränderungen in den Konzepten (ja)

Verschiedenste Lehren wurden aus dem Einsatz gezogen. So wurde die Bedeutung der Luftwaffe für den Zugang in ein Krisengebiet wiederholt hervorgehoben. Auch die Wichtigkeit von einer zeitnahen Reaktion wurde betont. Der WoGA wurde für seine Effektivität gelobt.⁷³

4.1.5 Erzielung eines Konsenses aller Parlamentsparteien für den Einsatz (ja)

Der WoGA war die Basis für einen entsprechenden Konsens aller Parlamentsparteien für die Entsendung, der vom Office of the Prime Minister bestätigt wurde.

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

4.2.1 Einstellung der öffentlichen Meinung vor, während, und nach dem Einsatz (positiv)

Die öffentliche Meinung stand dem kanadischen Einsatz während des gesamten Verlaufes positiv gegenüber. Dies wird durch die große Spendenfreudigkeit der kanadischen Bevölkerung verdeutlicht, die über 80 Millionen US-Dollar für Haiti sammelte.⁷⁴ Gleichmaßen boten einige

nom%20Penh,%2024May2012/Annex%20D5%20-%20Presentation%20by%20Canada.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, S. 5.

⁷³ Paterson, Ian: Canadian Forces: Civil-Military Cooperation in Humanitarian Response. (Mai 2012) <<http://aseanregionalforum.asean.org/files/Archive/19th/ARF%20DOD,%20Phnom%20Penh,%2024May2012/Annex%20D5%20-%20Presentation%20by%20Canada.pdf>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁷⁴ Bill Clinton praises Canadian generosity to Haiti. In: CTV News (Januar 2010) <<https://www.ctvnews.ca/bill-clinton-praises-canadian-generosity-to-haiti-1.478500>>, abgerufen am 23.03.2018.

Privatunternehmen, wie zum Beispiel die National Bank Canada, Air Canada, sowie kanadische NGOs (Oxfam, Canada Red Cross) ihre Unterstützung an.⁷⁵

4.2.2 Erreichung der in den politischen Beschlüssen festgelegten Ziele (ja)

Die kurzfristige Nothilfe für Haiti wurde von Kanada innerhalb von zwei Monaten nach dem Beben erfolgreich umgesetzt. Die lokale Bevölkerung profitierte von der kanadischen Unterstützung. Besonders wichtig für die Logistik der Hilfsleistungen war der Wiederaufbau des Flug- und Meerhafens in Jacmel, den Kanada im Alleingang funktionstüchtig machte. In Zusammenarbeit mit MINUSTAH wurde damit ein Mindestmaß an Stabilität wieder hergestellt und erreicht, dass sich Haiti nicht zu einem gescheiterten Staat entwickelte. Dies entspricht den Richtlinien der kanadischen Sicherheitspolitik. Auch eine große Migrationsbewegung nach Kanada wurde abgewendet.

Im Sinne der Langzeitziele sind die Erfolge allerdings zweifelhaft. Während Kanada in Haiti im Jahr 2015 Erfolge in vielen Bereichen, wie dem Gesundheits- oder Bildungssektor vermeldete, konnte sich Haiti bis heute nicht grundlegend stabilisieren.⁷⁶ Die Fortschritte werden durch erneute Naturkatastrophen wie Hurrikan Matthew, mangelnde politische Legitimität oder auch die langfristigen Auswirkungen der Cholerakrise gehemmt.

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

4.3.1 Ausreichendes Vorhandensein von Personal in Zahl und Qualifikation (ja)

Die eingeübten Abläufe im Rahmen des WoGA zwischen der kanadischen Armee, die eine Luftbrücke errichtete, sowie anderen kanadischen

⁷⁵ Canadian businesses add to Haiti relief effort. In: CBC News (Januar 2010) <<http://www.cbc.ca/news/canadian-businesses-add-to-haiti-relief-effort-1.936372>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁷⁶ Government of Canada: Evaluation of Canada-Haiti Cooperation 2006-2013. (Januar 2015) <<http://www.international.gc.ca/gac-amc/publications/evaluation/2015/dev-eval-canada-haiti01.aspx?lang=eng>>, abgerufen am 15.03.2018.

Organisationen, funktionierten gut. Es standen genügend Ressourcen zu Verfügung, um die Nothilfe-Logistik sicher zu stellen.⁷⁷

4.3.2 Ausreichendes und zeitgerechtes Vorhandensein von Material in Quantität und Qualität (ja)

Ja, siehe 4.3.1.

4.3.3 Eignung der vorhandenen Verfahren der relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements für das Konfliktszenario (ja)

Da die Koordination und Kooperation zwischen den Ministerin gut funktionierte und praktische Maßnahmen in Haiti schnell umgesetzt werden konnten, war der WoGA gut für den internationalen Kriseneinsatz geeignet.

4.3.4 Einhaltung des geplanten Finanzansatzes (ja)

Da der Einsatz der außenpolitischen Zielsetzung entsprach, verwendete Kanada große finanzielle Mittel. Zusätzlich zu der kanadischen Entwicklungshilfe wurde ein Budget von 400 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau und humanitäre Hilfe bereitgestellt. Dieses Budget wurde eingehalten.⁷⁸

4.3.5 Durchgeführte Abstimmung aller relevanten nationalen Akteure des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (ja)

Kanadas WoGA basierte auf einer intensiven Koordination und Kommunikation verschiedener Ministerien („based on interdepartmental

⁷⁷ Roy, Richard: Military Considerations in Assisting Failed States. In: Rostek, Michael and Gizewski, Peter (eds): Security Operations in the 21st Century: Canadian Perspectives on the Comprehensive Approach. Montreal and Kingston: Queen's Policy Studies Series, McGill-Queen's University Press 2011. S. 121–135, siehe z. B. S. 128.

⁷⁸ Government of Canada: Second Anniversary of Haiti's Earthquake (Januar 2012) <<https://www.canada.ca/en/news/archive/2012/01/second-anniversary-haiti-earthquake.html>>, abgerufen am 28.03.2018.

collaboration“) und beinhaltete die Entsendung von zivilen Experten und militärischen Einheiten, die Anpassung der Immigrationspolitik sowie finanzielle Hilfe.⁷⁹

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

4.4.1 Existenz von Lobbygruppen, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (nein)

Lobbygruppen waren nicht vorhanden.

4.4.2 Existenz von politischen Sonderinteressen, die die offizielle gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen konterkarieren (nein)

Die politischen Ziele waren eindeutig und wurden transparent umgesetzt.

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

4.5.1 Akzeptanz als Partner im internationalen System (gestärkt)

Die Akzeptanz Kanadas wurde gestärkt. Kanada gewann an Reputation als Krisenmanager, während MINUSTAH im Laufe des Einsatzes immer mehr an Reputation verlor.

⁷⁹ Mamuji, Aaida: Canadian military involvement in humanitarian assistance: progress and prudence in natural disaster response. In: Canadian Foreign Policy Journal. 2012. 18(2). S. 208–224. Hier: S. 208.

4.5.2 Attraktivität als gewünschter Partner bei Missionen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (erhöht)

Aufgrund des schnellen Handelns der Regierung und der Effektivität des Einsatzes erhielt Kanada internationale Anerkennung.⁸⁰ Daher steigerte sich die Attraktivität als Partner sowie der Respekt für Kanadas Krisenmanagement.

4.5.3 Position im internationalen System (gestärkt)

Kanada ging gestärkt hervor (siehe Kapitel 4.5.1, 4.5.2 und 4.6.2).

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

4.6.1 Auswirkung der Operation/Mission auf die finanzielle Situation der Einsatzorganisation

Keine Angaben möglich.

4.6.2 Veränderung des Prestiges der Einsatzkräfte durch die Operation/Mission (gestiegen)

Das Prestige der kanadischen Streitkräfte erhöhte sich. Besonders hervorgehoben wurde die Effektivität des kanadischen Militärs, wie zum Beispiel durch Nigel Fisher (Head of Humanitarian Aid in Haiti).⁸¹

4.6.3 Ziehung und Umsetzung von Lehren (ja)

Die Wichtigkeit der humanitären Luftbrücke und einer zeitnahen Reaktion wurde hervorgehoben.⁸²

⁸⁰ Mamuji, Aaida: Canadian military involvement in humanitarian assistance: progress and prudence in natural disaster response. In: Canadian Foreign Policy Journal. 2012. 18(2), S. 208–224. Hier: S. 208.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Paterson, Ian: Canadian Forces: Civil-Military Cooperation in Humanitarian Response. (Mai 2012) <<http://aseanregionalforum.asean.org/files/Archive/19th/ARF%20DOD,%20Phnom%20Penh,%2024May2012/Annex%20D5%20-%20Presentation%20by%20Canada.pdf>>, abgerufen am 15.03.2018, S. 5.

4.6.4 Veränderung der Motivation der Einsatzkräfte (verbessert)

Während des Einsatzes waren kanadische Kräfte hochmotiviert.

4.6.5 Feststellung signifikanter negativer Auswirkungen auf Personal und Material (nein)

Signifikante Veränderungen sind nicht feststellbar.

4.7 Auswirkungen der Entwicklungszusammenarbeit im Zielgebiet durch die Intervention

4.7.1 Engagement der Entwicklungszusammenarbeit im Zielgebiet durch die Intervention (ja)

Kanada engagierte sich in Haiti auch vor dem Erdbeben. Die kanadische Auslandshilfe für Haiti stieg von 331 Million CAD im Jahr 2010 auf 354 Millionen CAD im Jahr 2011 an. Seitdem sank das Engagement auf 110 Millionen CAD im Jahr 2017.⁸³ Ein Grund hierfür ist die sinkende Hilfsbereitschaft, die auf die stagnierende Entwicklung in Haiti zurückzuführen ist.⁸⁴

4.7.2 Auswirkungen auf das Budget der Entwicklungszusammenarbeit (gleichgeblieben)

Das Budget für Entwicklungshilfe der Canadian International Development Platform (CIDP) blieb seit 2010 weitgehend gleich.

⁸³ Canadian International Development Platform: Canada's foreign aid. (2016). <<http://cidpnsi.ca/canadas-foreign-aid-2012-2/>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁸⁴ Fights Over Land Stall Haiti Quake Recovery. In: CBS News (Juli 2010) <<https://www.cbsnews.com/news/fights-over-land-stall-haiti-quake-recovery/>>, abgerufen am 15.03.2018.

4.8 Auswirkungen auf den Whole of Nation Approach

4.8.1 Koordinierung aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure (ja)

Generell kann Kanadas Eingreifen in Haiti als Whole of Nation Approach bezeichnet werden, da eine Vielzahl von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen beteiligt war. Das Engagement in Haiti wurde auch von der eigenen Bevölkerung mitgetragen. Die Regierung verdoppelte das Spendenaufkommen der Bevölkerung – ein außergewöhnlicher Schritt. Auch einige private Unternehmen waren involviert.⁸⁵

4.8.2 Abstimmung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure (ja)

Aufgrund des Whole-of-Nation-Ansatzes kann davon ausgegangen werden.

4.8.3 Ergänzung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure entsprechend ihrer Kernkompetenz (ja)

Siehe Kapitel 4.8.2.

4.8.4 Entstehung neuer zivil-militärischer Plattformen (nein)

Das kanadische Instrumentarium war für diesen Einsatz ausreichend.

4.9 Rückwirkungen

4.9.1 Politische Rückwirkungen

4.9.1.1 Veränderung der diplomatischen Beziehungen zum Zielgebiet (gleichgeblieben)

Kanadas traditionell freundliche Beziehungen zu Haiti sind auch nach dem Erdbebeneinsatz bestehen geblieben. Das weiterhin aktive kanadische

⁸⁵ Canadian businesses add to Haiti relief effort. In: CBC News (Januar 2010).
<<http://www.cbc.ca/news/canadian-businesses-add-to-haiti-relief-effort-1.936372>>, abgerufen am 15.03.2018.

Engagement in Haiti ist mit den Prioritäten des Entwicklungskonzepts „Vision 2030“ der haitianischen Regierung abgestimmt und fokussiert sich darauf, internationale Hilfe in lokale Mechanismen einzubetten.⁸⁶

4.9.1.2 Beeinflussung der innenpolitischen Stabilität der Regierung (erhöht)

Die innenpolitischen Konsequenzen waren eine teilweise Verbesserung der Stabilität der kanadischen Regierung unter Harper. Das angespannte politische Klima nach der Schließung des House of Commons 2009 und der Veröffentlichung von Berichten über die Folter von Häftlingen im Afghanistankrieg, in den auch Kanada involviert war, kann als wichtiger Grund für das rasche Eingreifen in Haiti gesehen werden. Der Haiti-Einsatz lenkte von der Problematik des Afghanistan-Einsatzes ab.⁸⁷ Ein Unterlassen von Hilfe für Haiti hätte – wegen bereits bestandener Verbindungen zwischen den beiden Staaten – in Kanada kritisch kommentiert werden können.

4.9.2 Humanitäre Rückwirkungen

4.9.2.1 Zahl der international Schutzsuchenden/Migranten im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte gesellschaftspolitische Herausforderungen (gestiegen)

Die Zahl der international Schutzsuchenden in Kanada stieg mit dem Einsatz in Haiti an. Die Zahl der zeitlich begrenzten Aufenthaltsgenehmigungen (temporary residency) erhöhte sich von 398.845 im Jahr 2010 auf 439.890 im

⁸⁶ Government of Canada: Canada's international assistance in Haiti. (Februar 2018) <http://international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/priorities-priorites/where-ou/haiti.aspx?lang=eng>, abgerufen am 15.03.2018.

⁸⁷ Mamuji, Aida.: Canadian military involvement in humanitarian assistance: progress and prudence in natural disaster response. In: Canadian Foreign Policy Journal. 2012. 18(2). S. 208–224. Hier: S. 218.

Jahr 2011.⁸⁸ Gleichzeitig verdoppelte sich die Zahl der Anträge für eine permanente Aufenthaltsgenehmigung (permanent residency) auf 8.855.⁸⁹

Bestehende Immigrationsgesetze wurden zum Vorteil für Erdbebenopfer ausgelegt. Haitianer mit Familienbeziehungen nach Kanada konnten so von gelockerten Regelungen für Familiennachführungen profitieren. Der Anstieg der Zahl an Haitianern in Kanada wurde gesellschaftlich akzeptiert.

4.9.2.2 Rückkehrer ins Zielgebiet (ja)

Nach der Naturkatastrophe nahm Kanada eine substantielle Zahl an Haitianern auf, zum Teil über Programme für Familienzusammenführungen, aber auch über humanitäre Visa und stoppte gleichzeitig Abschiebungen nach Haiti. Dies änderte sich erst im Jahr 2016, als 100 Haitianer in ihr Herkunftsland zurückkehren mussten. Im Jahr 2017 schob Kanada 474 Personen nach Haiti ab.⁹⁰

4.9.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

4.9.3.1 Veränderung des generellen Außenhandels (gleichgeblieben)

Bezüglich der volkswirtschaftlichen Rückwirkungen konnten keine generellen Veränderungen des Außenhandels festgestellt werden.⁹¹

⁸⁸ Canadian International Development Platform: Migration Flows. <<http://cidpnsi.ca/migration-flows/>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁸⁹ Weiss Fagen, Patricia: Receiving Haitian Migrants in the Context of the 2010 earthquake. Discussion Paper, Georgetown University 2013.

⁹⁰ Canada ramps up deportations amid growing migrant influx, In: Reuters (2017) <<https://www.reuters.com/article/us-usa-immigration-canada-deportation/canada-ramps-up-deportations-amid-growing-migrant-influx-idUSKCN1B42QE?il=0>>, abgerufen am 29.03.2018.

⁹¹ Government of Canada: Canada's state of trade: Trade and Investment Update – 2016 (2016) <http://www.international.gc.ca/economist-economiste/performance/state-point/state_2016_point/index.aspx?lang=eng>, abgerufen am 03.04.2018.

4.9.3.2 Veränderung des Außenhandels mit dem Zielgebiet (gesunken)

Ein deutlicher Rückgang von kanadischen Exporten nach Haiti ist zu verzeichnen, die von 6,5 Million auf 1,5 Million CAD zwischen 2010 und 2011 abfielen. Bis 2016 stiegen die Exporte wieder auf 5,5 Millionen an.⁹²

4.9.3.3 Innerstaatliche wirtschaftliche Konsequenzen (nein)

Es waren keine innerstaatliche Konsequenzen zu erkennen.

4.9.3.4 Zahl der international Schutzsuchenden/Migranten im Entsendestaat in Bezug auf verstärkte budgetäre Herausforderungen (gleichgeblieben)

Es waren ausreichend finanzielle Mittel vorhanden.

4.10 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

4.10.1 Mandat des UN-Sicherheitsrats (ja)

Der kanadische Einsatz war durch ein klares UN-Mandat abgesichert [UNSC-Resolution 1908 (2010)].⁹³ Das internationale Einverständnis für die Unterstützung Haitis war generell sehr hoch. Dies zeigt sich daran, dass die Katastrophe ein noch nie dagewesenes Ausmaß an internationaler Hilfe auslöste.⁹⁴

⁹² Statistics Canada: Canadian International Merchandise Trade Database. (2018) <<http://www5.statcan.gc.ca/cimt-cicm/section-section?lang=eng&dataTransformation=0&refYr=2016&refMonth=1&freq=6&countryId=867&usaState=0&provId=1&retrieve=Retrieve>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁹³ UN News: Security Council authorizes 3,500 more UN peacekeepers for Haiti. (Januar 2010) <<https://news.un.org/en/story/2010/01/326922-security-council-authorizes-3500-more-un-peacekeepers-haiti>>, abgerufen am 15.03.2018.

⁹⁴ 5 Years After Haiti's Earthquake, Where Did The \$13.5 Billion Go?. In: NPR (Januar 2015) <<https://www.npr.org/sections/goatsandsoda/2015/01/12/376138864/5-years-after-haiti-s-earthquake-why-aren-t-things-better>>, abgerufen am 15.03.2018.

4.10.2 Eindeutigkeit der Formulierung des Mandats des UN-Sicherheitsrats (ja)

Das Mandat ist eindeutig formuliert.

4.10.3 Anpassung des Mandats des UN-Sicherheitsrats an reale sicherheitspolitische Entwicklung (ja)

Siehe Kapitel 3.5.3.

4.10.4 Einsatz auf Basis einer Einladung aus dem Zielgebiet (ja)

Direkt nach dem Erdbeben war es der haitianischen Regierung, aufgrund der Zerstörung im Land, nicht möglich, eine Einladung auszusprechen. Allerdings sendete Raymond Joseph, der haitianische Botschafter in Washington, einen offiziellen Hilferuf aus, der von internationalen Organisationen wie Oxfam und dem amerikanischen Roten Kreuz unterstützt wurde.⁹⁵

5 Fazit

Am 12. Jänner 2010 wurde Haiti von einem Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala erschüttert. Die gewaltsame Krise in Haiti, die bereits 2004 das Engagement der UN-Stabilisierungsmission MINUSTAH notwendig gemacht hatte, verschlechterte sich durch das Erdbeben weiter.

Kanada konnte durch seinen Whole of Government Approach rasch reagieren und entsandte eine Vielzahl von zivilen Experten und militärischen Kräften. Dazu kam die Errichtung einer Luftbrücke für Hilfsgüter. Das Engagement der kanadischen Regierung wurde zu einem großen Teil von der eigenen Bevölkerung mitgetragen, was zur hohen Effektivität des kanadischen Engagements maßgeblich beitrug. Neben Kanada trugen insbesondere auch Brasilien und die USA dazu bei, einen kompletten Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in Haiti zu vermeiden. Auch die Migrationsbewegungen hielten sich dadurch in Grenzen. Insgesamt konnte durch die Intervention

⁹⁵ Aid groups rush to Haiti. In: CNN (Januar 2010) <<http://edition.cnn.com/2010/WORLD/americas/01/12/haiti.aid/>>, abgerufen am 15.03.2018.

von MINUSTAH, an der 49 Truppensteller teilnahmen, das Leid der Bevölkerung gelindert und ein Kollaps des Landes verhindert werden.

Neben kurzfristig wirkenden Erfolgen blieben langfristige Ziele bis zur von Einstellung von MINUSTAH 2017 unerreicht. Kleine Fortschritte im Bildungs- und Gesundheitssektor wurden vermeldet. Allerdings bleibt Rechtsstaatlichkeit in Haiti ein großes Problem, das die Nachfolgemission MINUJUSTH mit ihren Polizeikräften zu lösen versucht. Weiterhin ist Haiti politisch in einer sehr prekären Lage. Während Kanada durch den Einsatz in Haiti seinen guten Ruf als Krisenmanager ausbauen konnte, verschlechterte sich die Reputation von Friedenseinsätzen der UNO aufgrund der Vielzahl von Skandalen und Unzulänglichkeiten von MINUSTAH.

Literatur- und Quellenverzeichnis

5 Years After Haiti's Earthquake, Where Did The \$13.5 Billion Go?. In: NPR (Januar 2015) <<https://www.npr.org/sections/goatsandsoda/2015/01/12/376138864/5-years-after-haiti-s-earthquake-why-aren-t-things-better>>, abgerufen am 15.03.2018.

Aid groups rush to Haiti. In: CNN (Januar 2010) <<http://edition.cnn.com/2010/WORLD/americas/01/12/haiti.aid/>>., abgerufen am 15.03.2018.

Bill Clinton praises Canadian generosity to Haiti. In: CTV News (Januar 2010) <<https://www.ctvnews.ca/bill-clinton-praises-canadian-generosity-to-haiti-1.478500>>, abgerufen am 23.03.2018.

Canada ramps up deportations amid growing migrant influx, In: Reuters (2017) <<https://www.reuters.com/article/us-usa-immigration-canada-deportation/canada-ramps-up-deportations-amid-growing-migrant-influx-idUSKCN1B42QE?il=0>>, abgerufen am 29.03.2018.

Canada's role in rebuilding Haiti. In: CHCH (Januar 2013) <<http://www.chch.com/canadas-role-in-rebuilding-haiti/>>, abgerufen am 15.03.2018.

Canadian businesses add to Haiti relief effort. In: CBC News (Januar 2010). <<http://www.cbc.ca/news/canadian-businesses-add-to-haiti-relief-effort-1.936372>>, abgerufen am 15.03.2018.

Haiti Six Months Later: Where Do Things Stand?. In: ABC News (Juli 2010) <<http://abcnews.go.com/WN/haiti-earthquake-months-things-stand/story?id=11120059>>, abgerufen am 15.03.2018.

Canadian International Development Platform: Canada's foreign aid. (2016). <<http://cidpnsi.ca/canadas-foreign-aid-2012-2/>>, abgerufen am 15.03.2018.

Canadian International Development Platform: Migration Flows. <<http://cidpnsi.ca/migration-flows/>>, abgerufen am 15.03.2018.

Caparini Marina und Osland Kari: MINUSTAH's Specialized Police Team to Combat Sexual Violence in Haiti (Juli 2016) Norwegian Institute of International Affairs. NUPI Working Paper 867.

Central Intelligence Agency: The World Factbook, Haiti (2018) <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ha.html>>, abgerufen am 29.03.2018.

Cholera Deaths in Haiti could far exceed official count. In: The New York Times (März 2016) <<https://www.nytimes.com/2016/03/19/world/americas/cholera-deaths-in-haiti-could-far-exceed-official-count.html>>, Abgerufen am 11.04.2018

Cholera quietly still kills dozens a month in Haiti. In: AP News (Mai 2016) <<https://apnews.com/bc72bac9c61a42e5be513daccfd26c65>>, abgerufen am 15.03.2018.

Council on Hemispheric Affairs: The “Enforcers”: MINUSTAH and the Culture of Violence in Port-au-Prince (November 2011) <http://www.coha.org/the-enforcers-minustah-and-the-culture-of-violence-in-port-au-prince/#_ftn1>, abgerufen am 28.03.2018.

Danticat, Edwidge: A New Chapter for the Disastrous United Nations Mission in Haiti? (Oktober 2017) <<https://www.newyorker.com/news/news-desk/a-new-chapter-for-the-disastrous-united-nations-mission-in-haiti>>, abgerufen am 15.03.2018.

Desvarieux, J. und **Padgett, T.:** Haiti’s Cholera Riots: A Plot to Stop the Elections? (November 2010) <<http://content.time.com/time/world/article/0,8599,2031665,00.html>>, abgerufen am 28.03.2018.

Desvarieux, J.: At the Heart of Haiti’s Cholera Riots, Anger at the U.N. (November 2010) <<http://content.time.com/time/world/article/0,8599,2032437,00.html>>, abgerufen am 28.03.2018.

Fights Over Land Stall Haiti Quake Recovery. In: CBS News (Juli 2010) <<https://www.cbs-news.com/news/fights-over-land-stall-haiti-quake-recovery/>>, abgerufen am 15.03.2018.

Fund for Peace: 2017 Fragile States Index (2017) <<https://fragilestatesindex.org/wp-content/uploads/2017/05/951171705-Fragile-States-Index-Annual-Report-2017.pdf>>, abgerufen am 23.03.2018.

Gauster, Markus: Whole of Nation-Ansätze auf dem Prüfstand: Ein neues Paradigma im internationalen Krisenmanagement. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 13. Wien 2013.

Global Public Policy Institute: Interagency realtime evaluation in Haiti: 3 months after the earthquake (August 2010). <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/dms/Documents/Haiti_IA_RTE_1_final_report_en.pdf>, abgerufen am 15.03.2018.

Government of Canada: Canada’s international assistance in Haiti. (Februar 2018) <http://international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/priorities-priorites/where-ou/haiti.aspx?lang=eng>, abgerufen am 15.03.2018.

Government of Canada: Canada’s International Policy Statement: A Role of Pride and Influence in the World (2005) <<http://publications.gc.ca/collections/Collection/D2-168-2005E.pdf>>, abgerufen am 15.03.2018.

Government of Canada: Canada’s state of trade: Trade and Investment Update – 2016 (2016) <http://www.international.gc.ca/economist-economiste/performance/state-point/state_2016_point/index.aspx?lang=eng>, abgerufen am 03.04.2018.

Government of Canada: Evaluation of Canada-Haiti Cooperation 2006-2013. (Januar 2015) <<http://www.international.gc.ca/gac-amc/publications/evaluation/2015/dev-eval-canada-haiti01.aspx?lang=eng>>, abgerufen am 15.03.2018.

Government of Canada: Second Anniversary of Haiti’s Earthquake (Januar 2012) <<https://www.canada.ca/en/news/archive/2012/01/second-anniversary-haiti-earthquake.html>>, abgerufen am 28.03.2018.

Haiti earthquake: police open fire on looters. In: The Telegraph (Januar 2010) <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/centralamericaandthecaribbean/haiti/7005853/Haiti-earthquake-police-open-fire-on-looters.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

Haiti Still Struggling 5 Years After Earthquake. In: VOA News (Januar 2015) <<https://www.voanews.com/a/five-years-after-the-haitian-earthquake/2594607.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations: Uniting Our Strengths for Peace – Politics, Partnerships and People (Juni 2015). <http://www.un.org/sg/pdf/HIPPO_Report_1_June_2015.pdf>, siehe Abstract, abgerufen am 11.04.2018.

Inter-Agency Standing Committee: Response to the humanitarian crisis in Haiti following the 12 January 2010 Earthquake. (Juli 2010) <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/B2987B3C2B0CB071852577600069D837-Full_Report.pdf>, abgerufen am 22.03.2018.

Inter-American Development Bank: Estimating the Direct Economic Damage of the Earthquake in Haiti (April 2011) <https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1817279>, abgerufen am 16.03.2018.

International Organisation for Migration: Migration Data Portal (2018) <<https://migrationdataportal.org/>>, abgerufen am 28.03.2018.

Kolbe, Athena u. Muggah, Robert: Haiti's Urban Crime Wave? Results from Monthly Household Surveys August 2011 - February 2012 (März 2012). <https://igarape.org.br/pdf/Strategic_Note_1.pdf>, abgerufen am 15.03.2018.

Malone, F und Chavda R: Peacekeepers and the People: Domestic Evaluations of Peacekeeping Operations in Haiti. In: Journal of International Peacekeeping. 2012: 17(3–4). S. 385–413.

Malone, Mary und Chavda, Roslyn: Peacekeepers and the People: Domestic Evaluations of Peacekeeping Operations in Haiti. In: Journal of International Peacekeeping. 2012: 17(3–4). S. 385–413.

Mamuji, Aaida: Canadian military involvement in humanitarian assistance: progress and prudence in natural disaster response. In: Canadian Foreign Policy Journal. 2012. 18(2). S. 208–224.

Milne, Glen: Canada: Objectives, Decision-making and Lessons learned. In: Fishel, John. und Saenz, Andrés: Capacity Building for Peacekeeping: The Case of Haiti. Potomac Books: Nebraska Press. 2007. S. 52–66.

OCHA: Global Humanitarian Overview 2017 (2017) <http://interactive.unocha.org/publication/2017_appeal/#p=28.>, abgerufen am 15.03.2018.

OCHA: Haiti: Two years after the devastating earthquake. (2012) <<https://www.unocha.org/story/haiti-two-years-after-devastating-earthquake>>, abgerufen am 15.03.2018.

Paterson, I.: Canadian Forces: Civil-Military Cooperation in Humanitarian Response. (Mai 2012) <<http://aseanregionalforum.asean.org/files/>>.

ReliefWeb: Earthquake-Displaced Haitians in the Dominican Republic Provided Assisted Voluntary Return Home (Mai 2011) <<https://reliefweb.int/report/dominican-republic/earthquake-displaced-haitians-dominican-republic-provided-assisted>>, abgerufen am 28.03.2018.

Report: Haiti recovery 'paralysed'. In: Al Jazeera (Oktober 2010) <<https://www.aljazeera.com/news/americas/2010/10/20101081122418306.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

Roy, Richard: Military Considerations in Assisting Failed States. In: Rostek, Michael and Gizewski, Peter (eds): Security Operations in the 21st Century: Canadian Perspectives on the Comprehensive Approach. Montreal and Kingston: Queen's Policy Studies Series, McGill-Queen's University Press 2011. S. 121–135.

Statistics Canada: Canadian International Merchandise Trade Database. (2018) <<https://www5.statcan.gc.ca/cimt-cicm/section-section?lang=eng&dataTransformation=0&refYr=2016&refMonth=1&freq=6&countryId=867&usaState=0&provId=1&retrieve=Retrieve>>, abgerufen am 15.03.2018.

The Institute for Justice & Democracy in Haiti: Our bodies are still trembling: Haitian women continue to fight against rape (Januar 2011) <<http://ijdh.org/wordpress/wp-content/uploads/2011/03/1-Year-GBV-2011.pdf>>, abgerufen am 11.04.2018.

U.S. Geological Survey: On January 12th – Today in earthquake history (2010) <<https://earthquake.usgs.gov/learn/today/index.php?month=1&day=12.>>; Haiti earthquake: police open fire on looters. In: The Telegraph (Januar 2010), <<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/centralamericaandthecaribbean/haiti/7005853/Haiti-earthquake-police-open-fire-on-looters.html>>, abgerufen am 15.03.2018.

UN Fact Sheet: MINUSTAH's Post-Earthquake Activities (Januar 2011) <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/minustah_press_factsheet_012011.pdf>, abgerufen am 22.03.2018.

UN News: Security Council authorizes 3,500 more UN peacekeepers for Haiti. (Januar 2010) <<https://news.un.org/en/story/2010/01/326922-security-council-authorizes-3500-more-un-peacekeepers-haiti>>, abgerufen am 15.03.2018.

UN News: Security Council decides UN Mission in Haiti will close by October; approves smaller follow-on operation (April 2017) <<https://news.un.org/en/story/2017/04/555342-security-council-decides-un-mission-haiti-will-close-october-approves-smaller#.WeeskMekOt9>>, abgerufen am 15.03.2018.

United Nations attack refugee camp, protests mount. In: Huff Post (2018) <https://www.huffingtonpost.com/beverly-bell/united-nations-attacks-re_b_596365.html>, abgerufen am 23.03.2018.

United Nations: External Review of the Functions, Structure and Capacity of the UN Police Division (Mai 2016) <<http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/policereview2016.pdf>>, siehe Abstract, abgerufen am 11.04.2018.

United Nations: Fact Sheet: Post-Earthquake activities MINUSTAH'S. (Januar 2011) <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/minustah_press_factsheet_012011.pdf>, abgerufen am 15.03.2018.

United Nations: Haiti Moving Forward: step-by-step. (2012) <<http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/UN-factsheets-2012-en.pdf>>, abgerufen am 15.03. 2018.

United Nations: Haiti: 6 months after. (2010) <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/6_months_after_commemoration.pdf>, abgerufen am 15.03.2018.

United Nations: Report of the United Nations in Haiti 2010: Situation, Challenges and Outlook (2010). <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minustah/documents/un_report_haiti_2010_en.pdf>, abgerufen am 15.03.2018, S. 51.

United Nations: Security Council Authorizes Deployment of Further 680 Police in Haiti, Unanimously Adopting Resolution 1927 (Juni 2010). <<http://www.un.org/press/en/2010/sc9944.doc.htm>>, abgerufen am 15.03.2018.

United Nations: Security Council establishes UN Stabilisation Mission in Haiti for initial Six-Month Period (April 2004) <<http://www.un.org/press/en/2004/sc8083.doc.htm>>, abgerufen am 23.03.2018.

USGS: M7.0 - Haiti, 2010. (2010) <<https://earthquake.usgs.gov/learn/today/index.php?month=1&day=12>>, abgerufen am 15.03.2018.

Weisbrot, Mark: Is this Minustah's 'Abu Ghraib moment' in Haiti? (September 2011). <<https://www.theguardian.com/commentisfree/cifamerica/2011/sep/03/minustah-un-haiti-abuse>>, abgerufen am 15.03.2018.

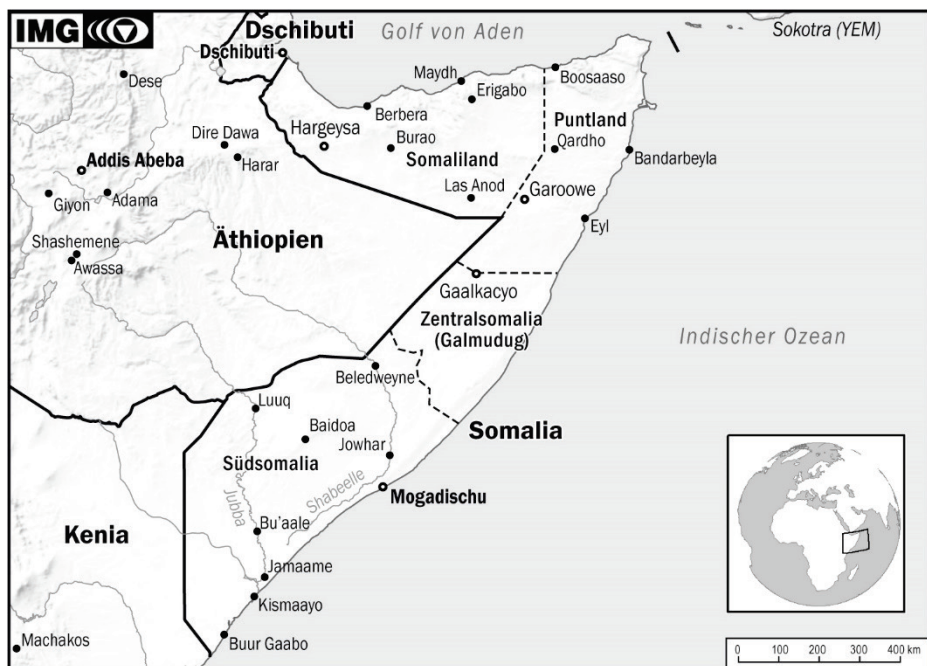
Weiss Fagen, Patricia: Haitian Migrants in the Context of the 2010 earthquake. Discussion Paper, Georgetown University 2013.

Fallstudie zu Basis-Szenario 12: Aktivitäten von organisierten kriminellen Gruppen

Organisierte kriminelle Gruppen wie Schlepper, Piraten, Banden, Menschenhändler, Drogenschmuggler, Cyber-Kriminalität etc., die ihre Basis außerhalb der EU haben, gefährden durch ihre Aktivitäten die internationale Sicherheit und den transnationalen oder regionalen Frieden. Ziel ist die Eindämmung der Organisierten Kriminalität durch militärische, polizeiliche, politische und wirtschaftliche Maßnahmen.

Die Piraterie vor Somalia ab dem Jahr 2000

Gerald Hainzl



1 Konfliktbeschreibung

Nach dem Sturz von Siad Barre im Jahre 1991 haben sich de facto alle staatlichen Institutionen in Somalia aufgelöst oder wurden von Warlords übernommen. Durch das Fehlen einer Zentralregierung wurden seit damals die somalischen Hoheitsgewässer nicht mehr oder nur sehr wenig überwacht, ausländische Hochseefischereiflotten befischten somalische Hoheitsgewässer illegal und intensiv und entzogen damit somalischen Fischern die Lebensgrundlage. Zudem erwies sich Piraterie vor allem ab dem Jahr 2000 als einträglicheres Geschäft und nahm ab 2005 zu.

Piraterie begann, ein einträgliches Geschäft zu werden. Piraterieunternehmen entstanden praktisch pausenlos und sind mit den frühkapitalistischen Unternehmen in England vergleichbar. Ein Boot wurde ausgerüstet und bei Erfolg war den Investoren ein hoher Gewinn sicher.¹

Die Europäische Union startete im Jahr 2008 im Rahmen der European Security and Defence Policy die European Union Naval Force Somalia – Operation ATALANTA (EU NAVFOR ATALANTA). 2012 wurde die Operation verlängert und das Operationsgebiet auf die somalischen Küstengebiete und Binnengewässer ausgedehnt, die es EU NAVFOR ATALANTA erlaubt, Piraten an der Küste zu verfolgen bzw. ihre Logistik zu unterbrechen (Disruption of Pirate Logistic Dumps, DPLD). Die Aufgaben von EU NAVFOR ATALANTA gemäß UNSR-Mandat sind:

- Schutz der Schiffe des World Food Programme(WFP) mit Lebensmitteln für vertriebene Personen (displaced persons) in Somalia; Schutz der Schifflieferungen für die Mission der Afrikanischen Union (AMISOM);
- Abschreckung, Prävention und Unterdrückung von Piraterie und bewaffnetem Raub vor der Küste Somalias;
- Schutz von schutzlosen Schiffen vor der Küste Somalias auf individueller Basis (Case by case);

¹ Für detaillierte Beschreibungen des Konflikts siehe Feichtinger, Walter und Hainzl, Gerald (Hg.). Somalia. Optionen – Chance – Stolpersteine. 2011. Böhlau Verlag.

- Beitrag zur Überwachung von Fischereiaktivitäten vor der somalischen Küste.

2 Der Einfluss der internationalen Intervention auf das Zielgebiet

Da das Mandat zu Beginn auf internationale Gewässer im Indischen Ozean beschränkt war, hatten die Maßnahmen auf Somalia selbst relativ wenig Einfluss, die Schiffe des WFP sowie die Lieferungen für die African Union Mission in Somalia (AMISOM) wurden geschützt.

2.1 Sicheres Umfeld im Mandatsgebiet

Bevor es EU NAVFOR ATALANTA erlaubt war, im somalischen Hoheitsgebiet zu operieren, gab es keinerlei Auswirkungen auf die Anzahl von Piratenangriffen (2009: 163 Angriffe, 2010: 174, 2011: 176, 2012: 34, 2013: 7, 2014: 2, 2015: 0, 2016:1, 2017: 7, 2018: 1)². Erst mit dem neuen Mandat hat sich die Situation signifikant gebessert und die Piraterie konnte effektiv gestoppt werden.

2.2 Erfolg der Bekämpfung der organisierten kriminellen Gruppe

Die **Führungspersonen** waren weiterhin **handlungsfähig**, da sie nicht im Operationsgebiet waren, die **Bewegungsfreiheit** der **Mitglieder** der unterschiedlichen Piratengruppen war aber vor allem nach der Mandatserweiterung **stark eingeschränkt**.³ Ebenso wurde die **Verfügbarkeit von Personal und Material** und der **Zugang zu ihren Ressourcen** durch die militärische Operation **erschwert**. Da die **Vermarktung der Aktivitäten und Rekrutierung** hauptsächlich am Festland in Somalia stattfand, hatten die maritimen Missionen darauf keinen Einfluss. Die **geographische Ausdehnung des Piratennetzwerkes** blieb auf den Golf von Aden und Teile des indischen Ozeans **beschränkt**, wenngleich die Aktivitäten teilweise Richtung Süden an die Küste Kenias abgedrängt wurden. Dabei **änderte** sich

² eunavfor.eu.

³ Nach David Petrovic waren die Anführer regionale Machthaber, Geschäftsleute und Clanführer. Siehe hierzu Petrovic, David: Piraterie an den Küsten Somalias. In: Feichtinger, Walter und Hainzl, Gerald (Hg.). Somalia. Optionen – Chance – Stolpersteine. 2011. Böhlau Verlag.

allerdings das **Geschäftsmodelle**. Das Kapern von Handelsschiffen wurde durch die Entführung von Seereisenden ergänzt.

2.2.1 Erfolg der Bekämpfung durch politische Maßnahmen

Die **Einflussnahme** auf die Staaten in der Region wurde zwar **versucht**, da aber z. B. Somalia, aber auch der Jemen, nicht in allen Gebieten über Autorität verfügte, über welche Souveränität beansprucht wurde, waren die Staaten **wenig erfolgreich**.

International schlossen sich jedoch mehrere **internationale Organisationen** und viele **Staaten** der Piratenbekämpfung **an**.

2.2.2 Erfolg der Bekämpfung durch wirtschaftliche Maßnahmen

Da kaum mehr Schiffe erfolgreich gekapert werden konnten, wurde auch die **Einnahmequelle erfolgreich ausgetrocknet**.

2.2.3 Erfolg der Bekämpfung der organisierten kriminellen Gruppe durch Gegenarrative

Da sich die meisten Piraten aus der somalischen Gesellschaft rekrutierten, verschwanden sie nach Austrocknung des Geschäftsmodells wieder in dieser. Ob der Zulauf von Aussteigern aus der Piraterie zu Gruppen wie Al-Shabaab oder ähnlichen zugenommen hat, lässt sich aufgrund der schlechten empirischen Datenlage nicht feststellen.

2.3 Unterstützung und/oder partielle Substitution kooperativer Strafverfolgungsbehörden

Piraten und die **Anführer von Gruppen auf See** konnten **verhaftet** und **verurteilt** werden, tatsächliche **Hintermänner** wurden jedoch **nicht verhaftet**.

Im Rahmen des Global Maritime Crime Programmes wurden bei der Strafverfolgung und Verurteilung sowohl Somalia als auch Kenia, Mauritius und die Seychellen **unterstützt**. Darüber hinaus wurde das **Justizsystem gestärkt**.

2.4 Akzeptanz des internationalen Engagements bei kooperationsbereiten politischen und staatlichen Akteuren

Mit der somalischen Regierung (Transitional Federal Government/TFG) und mehreren lokalen Administrationen wurde 2012 ein Kooperationsabkommen über die Koordination des Einsatzes an der Küste und in Binnengewässern geschlossen, was eine **Zustimmung** des TFG **zur Mission** bedeutet. Die getroffenen **Vereinbarungen** wurden weitestgehend **eingehalten**.

2.5 Akzeptanz des internationalen Engagements bei der Bevölkerung

Die Küstengemeinschaften haben zuerst das internationale Engagement unterstützt. Durch aggressive militärische Aktionen und vermehrte Todesfälle in der Zivilbevölkerung, besonders bei Angriffen auf Fischerboote, schwenkte das Stimmungsbild in Richtung Piraten, die als Schutz vor ausländischen Fischfangflotten gesehen wurden.⁴

2.6 Regionale/transnationale Auswirkungen

Die **geographische Ausdehnung** des Operationsgebietes der Piraten ist **gesunken**. Die Erfolge vor Somalia führten jedoch **vorerst zu vermehrten Übergriffen an der Küste Kenyas** und weiter im **Indischen Ozean**. 2018 gilt die Piraterie als erfolgreich eingedämmt.

2.7 Soziale und materielle Grundversorgung

Auf die soziale und materielle Grundversorgung der Bevölkerung hat EU NAVFOR ATALANTA nur insofern Einfluss, als die Schiffe des WFP geschützt wurden.

⁴ Bridger, James: The EU's Misguided Move to Fight Pirates Onshore. 11. Mai 2012. www.piracystudies.org/the-eus-misguided-move-to-fight-pirates-onshore, abgerufen am 20.07.2018.

3 Der Einfluss der Intervention im Kontext Internationaler Organisationen

3.1 Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kontext der Bekämpfung organisierter krimineller Gruppen

Der Erfolg gegen die Piraterie wurde nur in Zusammenarbeit von EU NAVFOR ATALANTA mit anderen im Indischen Ozean operierenden Operationen bzw. Einzelstaaten erreicht. Die **Mehrzahl relevanter Akteure beteiligte** sich am Kampf gegen die Piraterie. Dazu zählen die von den USA geführte multinationalen Schiffsverbände Combined Task Force 150 und Combined Task Force 151. Die NATO trägt zum Schutz der internationalen Seehandelswege im Rahmen der Operationen Allied Protector (März bis Juni 2009) und der Ocean Shield (August 2009 bis Dezember 2016) bei.

Neben NATO, EU und USA beteiligten sich unter anderen die Russländische Föderation, Indien, Frankreich, China, Iran, Neuseeland, die Ukraine, Norwegen und Japan. Die **Koordinierungsmechanismen** scheinen aufgrund der erfolgreichen Eindämmung der Piraterie eine **hohe Effektivität** zu haben.

Zeitgleich fanden auch internationale Missionen/Operationen in Somalia selbst statt, die sowohl von der EU als auch von anderen Organisationen durchgeführt wurden. Dazu gehören die EU-Missionen EUCAP NESTOR und EUTM Somalia, die zu einem Gesamtpaket für Somalia im Rahmen der GSVP gehören.

3.2 Innere Kohärenz

Die **Mehrheit** der europäischen Staaten mit Seestreitkräften **beteiligte** sich an EU NAVFOR ATALANTA. Die Implementierung erfolgte von allen EU-Staaten gemeinsam im Rahmen der GSVP. Die **Effektivität der Entscheidungsorgane** in der EU war vor allem in Bezug auf die Diskussionen um die Erweiterung des Mandates **relativ gering**. So dauerte es ein Jahr, bis die Entscheidung getroffen wurde, auch an der Küste Somalias zu operieren.

3.3 Interne Weiterentwicklung der Organisation

EU NAVFOR ATALANTA diene, wie jeder gemeinsame Einsatz im Rahmen der GSVP/ESVP), der **Optimierung interner Abläufe** im Rahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements. Die Entwicklung der **operativen Kapazitäten** ist **gleichgeblieben**, die operativen Fähigkeiten wurden ausgebaut.⁵

3.4 Bedeutungsveränderung im internationalen System

Die **Akzeptanz als Partner** im internationalen System ist ebenso **gleichgeblieben** wie die **Attraktivität** als gewünschter Partner bei Missionen des IKKM.

3.5 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Der Einsatz der EU NAVFOR ATALANTA basiert auf der **EU Council Joint Action 851. Mandate des UNO-Sicherheitsrates** sind wie folgt gegeben:⁶ 1814 (2008), 1816 (2008), 1838 (2008), 1844 (2008), 1846 (2008), 1851 (2008), 1897 (2009), 1918 (2010), 1950 (2010), 1976 (2011), 2015 (2011), 2020 (2011), 2077 (2012), 2125 (2013), 2184 (2014), 2246 (2015) und 2316 (2016), sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 25. August 2010 (S/PRST/2010/16) und vom 19. November 2012 (S/PRST/2012/24).

4 Der Einfluss der internationalen Intervention im Kontext des Entsendestaates

Im Folgenden wird der Entsendestaat Deutschland betrachtet.

4.1 Übereinstimmung mit staatlicher Gesamtstrategie

Deutschland engagierte sich bisher in allen internationalen Missionen der Europäischen Union (EU). Somit **stimmt** auch die Teilnahme an **EU NAVFOR ATALANTA mit der Sicherheitsstrategie und dem Ansatz** für das Auslandsengagement **überein**. Der **Beschluss des Bundestages** zur

⁵ www.eunavfor.eu, abgerufen am 20.07.2018.

⁶ https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_17/sr2383.pdf, abgerufen am 20.07.2018.

Teilnahme erfolgte im Dezember 2008 mit **491 von 558 Stimmen**. Die jeweiligen Verlängerungen des Einsatzes erhielten weniger Zustimmung. **Kritik** der Opposition, aber auch innerhalb der Bundeswehr, besteht vor allem daran, dass die Mission die Piraterie militärisch bekämpft, **ohne konkrete Maßnahmen zur sozialen Lage** der Bevölkerung Somalias zu unternehmen.

4.2 Umsetzung der innerstaatlichen Ziele des Entsendestaates

Da die **Piraterie im Einsatzgebiet massiv zurückgegangen**, de facto zum Erliegen gekommen ist, wurden alle in den politischen Beschlüssen festgehaltenen **Ziele erreicht**.

4.3 Kapazitäten-Ressourcenmanagement

Das militärische **Personal** stand **ausreichend** und entsprechend **qualifiziert** zur Verfügung. Ebenso **verfügte** Deutschland **über das für den Einsatz notwendige Material**. Da es sich bei den teilnehmenden Seestreitkräften bis auf Schweden ausschließlich um NATO-Staaten handelte, waren **für die Zusammenarbeit geeignete Verfahren vorhanden**. Die **Abstimmung** mit allen relevanten nationalen Akteuren des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements war **gegeben**. Die Finanzierung war mit 1,9 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2008 und 2009 mit 43,1 Mio. Euro budgetiert. Der **Finanzrahmen** wurde im Wesentlichen **eingehalten**.

4.4 Politische Dynamik außerhalb der/zusätzlich zu Staatsinteressen

Außer kritischen Äußerungen der Opposition und mancher Beobachter gab es **keine Lobbygruppen**, die die gesamtstaatliche Position durch konkrete Handlungen **konterkarierten**. Es gab auch **keine politischen Sonderinteressen**.

4.5 Auswirkungen auf die internationale Stellung des Entsendestaates

Grundsätzlich wurde der deutsche **Einsatz international positiv** aufgenommen und Deutschland hat sein **Engagement** in Afrika **seither erweitert**. In der **innerdeutschen Debatte** wies der ehemalige Bundeskanzler

Helmut Kohl darauf hin, dass es so etwas wie eine „**Bringschuld**“ für die **internationale Zustimmung zur Deutschen Einheit** gäbe.

4.6 Auswirkungen auf die Einsatzkräfte/Einsatzorganisation

Die deutschen Seestreitkräfte stellen seit Beginn der Mission Schiffe (z. B. eine Fregatte, einen Einsatzgruppenversorger, eine Korvette) oder ein Seefernaufklärungsflugzeug.⁷ Die **Auswirkung auf die finanzielle Situation** der Einsatzorganisation war **neutral** und das **Prestige** der Einsatzkräfte ist **gleichgeblieben**. Signifikante **negative Auswirkungen** auf Personal und Material gab es **nicht**. Motivierend für die Einsatzkräfte war sicherlich das Erreichen des klar festgelegten und vor allem quantitativ messbaren Ziels.

4.7 Rückwirkungen

4.7.1 Politische Rückwirkungen

Die **politischen Beziehungen** zum Zielgebiet sind **gleichgeblieben**. Auf die **innenpolitische Stabilität** der Regierung hatte der Einsatz **keine Auswirkungen**.

4.7.2 Humanitäre Rückwirkungen

Da EU NAVFOR ATALANTA eine Mission zur Piratenbekämpfung auf See ist, hatte der Einsatz **keine Auswirkungen auf die Zahl der international Schutzsuchenden/Migranten**. Eine Veränderung der Anzahl von Somalis in Deutschland kann zwar korrelieren, ist aber nicht kausal.

4.7.3 Volkswirtschaftliche Rückwirkungen

Es gab **keine Veränderung** des generellen Außenhandels mit Somalia. Allerdings wurde durch die Mission der **Seeweg für den internationalen Handel freigehalten** bzw. gegen Übergriffe von Piraten gesichert und diese hatte somit **positive Auswirkungen**. In diesem Sinne hatte der Einsatz **positive Konsequenzen für die innerstaatliche Wirtschaft**.

⁷ <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/engagement-in-afrika/einsaetze-in-afrika/horn-von-afrika-dschibuti/eunavfor-somalia-atalanta>, abgerufen am 25.07.2018.

4.7.4 Sicherheitspolitische Rückwirkungen

Gewaltakte oder aggressive Handlungen der Akteure aus dem Zielgebiet **im Entsendestaat gab es ebenso wenig**, wie aus der Entsendegesellschaft in der Entsendegesellschaft.

4.8 Internationales Einverständnis/völkerrechtliche Grundlage

Der Einsatz der EU NAVFOR ATALANTA basiert auf der **EU Council Joint Action 851. Mandate des UNO-Sicherheitsrates**: 1814 (2008), 1816 (2008), 1838 (2008), 1844 (2008), 1846 (2008), 1851 (2008), 1897 (2009), 1918 (2010), 1950 (2010), 1976 (2011), 2015 (2011), 2020 (2011), 2077 (2012), 2125 (2013), 2184 (2014), 2246 (2015) und 2316 (2016) sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 25. August 2010 (S/PRST/2010/16) und vom 19. November 2012 (S/PRST/2012/24) sind gegeben.⁸ Die Mandate waren/sind eindeutig formuliert und wurden laufend adaptiert. Das Mandat der EU wurde angepasst, um den Kampf gegen die Piraten auch am Küstenstreifen durchführen zu können.

5 Fazit

Das Mandat von EU NAVFOR ATALANTA wurde erfüllt, die Piraterie vor der Küste von Somalia und im Golf von Aden de facto gestoppt. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung in Somalia war allerdings relativ gering, wird von der Begleitung der Schiffe des WFP abgesehen. Allerdings war EU NAVFOR ATALANTA eine von mehreren EU-Operationen/Missionen im Rahmen der GSVP. Politische Veränderungen können im Beobachtungszeitraum festgestellt, jedoch nicht EU NAVFOR ATALANTA zugeordnet werden. Es muss in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass der Kampf gegen die Piraterie weniger dem Schutz/der Versorgung der Bevölkerung Somalias, sondern im Wesentlichen dem Schutz einer der wichtigsten internationalen/globalen Schifffahrtswege diente.⁹

⁸ https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_17/sr2383.pdf, abgerufen am 20.07.2018.

⁹ Laut EU NAVFOR ATALANTA passiert 95% des Handelsvolumens der EU und 20% des globalen Handelsvolumens, welches über Schiffstransporte abgewickelt wird, den Golf von Aden.

Teil IV – Annexe

Annex: Terminologie

De-Radikalisierung

De-Radikalisierung beschreibt den Umkehrprozess, in dem ein Individuum oder eine Gruppe sich von radikalen oder extremen politischen, sozialen oder religiösen Einstellungen und Ideologien zu distanzieren beginnt. Nach Meinung von Expertinnen/Experten sollten Ansätze und Programme im Rahmen der De-Radikalisierung individuell gestaltet werden. Ein Programm ist demnach besonders erfolgversprechend, wenn es auf drei Ebenen ansetzt: auf der affektiven, der pragmatischen und der ideologischen Ebene. Der De-Radikalisierungsprozess führt zum emotionalen Bruch mit der radikalen Gruppe (affektive Ebene), berücksichtigt die Befriedigung der praktischen Bedürfnisse nach dem Ausstieg (pragmatische Ebene) und inkludiert die ideologische Auseinandersetzung (ideologische Ebene). (Quelle: Jasmina Rupp, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement; Ahmad Mansour, Bundeszentrale für politische Bildung, <<http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/193521/salafistische-radikalisierung-und-was-man-dagegen-tun-kann>>).

Gegennarrativ

Unter Gegennarrativ versteht man im Kontext dieser Studie die Gegendarstellung zu einer bestimmten Propaganda und die Propagierung universeller Werte. So können Gegennarrative bestehende Narrative der terroristischen Vereinigung durch Aufzeigen von Widersprüchen in ihren Handlungen, ihrer Ideologie oder Propaganda entlarven.

Internally Displaced People (IDPs)

Gemäß der Definition der UN Refugee Agency (UNHCR) „*IDPs stay within their own country and remain under the protection of its government, even if that government is the reason for their displacement. They often move to areas where it is difficult for us to deliver humanitarian assistance and as a result, these people are among the most vulnerable in the world.*“ (vgl. <https://www.unhcr.org/internally-displaced-people.html>)

International Schutzsuchende

Darunter werden in dieser Studie sowohl Menschen mit einem offiziellen Flüchtlingsstatus, subsidiär Schutzberechtigte als auch andere durch Gewalt-handlungen und/oder als Folge von Katastrophen ins Ausland vertriebene Menschen verstanden.

Logistik

Logistik ist die Planung der Bereitstellung, die Bereitstellung und der Einsatz der erforderlichen Sachgüter und Dienstleistungen zur Unterstützung der Streitkräfte. Sie umfasst im Rahmen der Einsatzunterstützung die Bereiche materielle Sicherstellung, Verkehrs- und Transportwesen, Sanitätswesen und territoriale Aufgaben. (Quelle: Interne Definition des Österreichischen Bundesheeres; Militärlexikon, Milex)

Terrorismus (EU-Definition)

Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung, Artikel 1

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die unter den Buchstaben a) bis i) aufgeführten, nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften als Straftaten definierten vorsätzlichen Handlungen, die durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen können, als terroristische Straftaten eingestuft werden, wenn sie mit dem Ziel begangen werden,

- die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern oder
- öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder
- die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören:

- a) Angriffe auf das Leben einer Person, die zum Tode führen können;
- b) Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit einer Person;

- c) Entführung oder Geiselnahme;
- d) schwerwiegende Zerstörungen an einer Regierungseinrichtung oder einer öffentlichen Einrichtung, einem Verkehrsmittel, einer Infrastruktur einschließlich eines Informatiksystems, einer festen Plattform, die sich auf dem Festlandsockel befindet, einem allgemein zugänglichen Ort oder einem Privateigentum, die Menschenleben gefährden oder zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen können;
- e) Kapern von Luft- und Wasserfahrzeugen oder von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder Gütertransportmitteln;
- f) Herstellung, Besitz, Erwerb, Beförderung oder Bereitstellung oder Verwendung von Schusswaffen, Sprengstoffen, atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie die Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit biologischen und chemischen Waffen;
- g) Freisetzung gefährlicher Stoffe oder Herbeiführen von Bränden, Überschwemmungen oder Explosionen, wenn dadurch das Leben von Menschen gefährdet wird;
- h) Störung oder Unterbrechung der Versorgung mit Wasser, Strom oder anderen lebenswichtigen natürlichen Ressourcen, wenn dadurch das Leben von Menschen gefährdet wird.

Der gesamte Rahmenbeschluss ist abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32002F0475>.

Whole of Nation Approach

Der Whole of Nation Approach (WoNA) zeichnet sich durch einen hohen Grad gesamtstaatlichen Denkens, Initiativen zur Einbindung nichtstaatlicher Akteure im Internationalen Krisen- und Konfliktmanagement, die Akzeptanz des Militärs in der Zivilgesellschaft, NGO-Ansätze, Schnittstellenfähigkeit sowie gemeinsame Lagebeurteilung der involvierten Akteure aus. Relevante staatliche und staatsnahe Stellen sowie nicht-staatliche Organisationen arbeiten dabei zusammen bzw. koordinieren sich, um ein möglichst kohärentes Vorgehen und Synergieeffekte für Auslandsengagements zu erreichen.

Weitere Informationen zum Whole of Nation Approach siehe *Markus Gauster: Whole of Nation-Ansätze auf dem Prüfstand. Ein neues Paradigma im internationalen Krisenmanagement? Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 13/2013, Wien 2013.*

Annex: Szenarien-Fallbeispiele aus dem Tool

Szenario 1: Konflikt im Kontext einer regionalen Hegemonialmacht

Bergkarabach (1991–)

Der Konflikt um Berg-Karabach spielt sich im Grenzgebiet zwischen Armenien und Aserbaidschan ab und betrifft im Wesentlichen das Territorium des in den 1920er-Jahren geschaffenen, damals mehrheitlich armenisch geprägten und dennoch der aserbaidshanischen Sowjetrepublik zugesprochenen autonomen Gebiets Berg-Karabach. Es handelt sich bei dieser zwischen Armenien und Aserbaidschan ausgetragenen Auseinandersetzung um den am längsten andauernden Konflikt im postsowjetischen Raum, der mit einem von 1991 bis 1994 andauernden Krieg einsetzte und die Besetzung des vormals autonomen Gebiets und weiterer aserbaidshanischer Distrikte durch Armenien zur Folge hatte. Der bewaffnete Konflikt, in dem sich Russland selbst als Vermittler zwischen den Konfliktparteien darstellt, dauert mit Stand von Januar 2019 an und erlebte zuletzt im sogenannten Vier-Tage-Krieg vom April 2016 ein neuerliches Aufflammen der Gewalt.

Südossetien und Abchasien (1992–)

Der Konflikt um Südossetien und Abchasien spielt sich im Grenzgebiet zwischen Georgien und Russland ab und betrifft zwei geographisch nicht miteinander verbundene Territorien, in denen kurz vor Zusammenbruch der Sowjetunion einerseits eine ossetische Bevölkerungsmehrheit sowie andererseits eine in der Minderheit befindliche abchasische Ethnie lebte. Nach dem Zerfall der Sowjetunion brachen die bereits zuvor latent existierenden ethnischen Konflikte aus und mündeten im Jahre 1992 in Sezessionskriegen, in denen Russland eine zwiespältige Rolle einnahm und nach den 1994 ausgehandelten Waffenstillstandverhandlungen Friedenstruppen in beide Regionen entsandte. Mit der Anerkennung Südossetiens und Abchasiens als unabhängige Staaten durch Moskau im Jahre 2008 brach Russland erstmals mit seinem Bekenntnis zu den postsowjetischen Grenzen und stationierte auf Basis von „Beistandspakten“ reguläre Truppen in beiden Gebieten. Der darauffolgende russisch-georgische Krieg vom August 2008 markierte einen vorläufigen Höhepunkt der über einen langen Zeitraum aufgestauten

Spannungen in beiden Regionen und muss aufgrund von bis heute andauernden Grenzverschiebungen keineswegs als beendet betrachtet werden.

Ostukraine (2014–)

Der Konflikt in der Ostukraine spielt sich entlang der östlichsten Grenze der Ukraine zu Russland ab und betrifft die historisch eng mit Russland verbundene und ethnisch mehrheitlich russisch geprägte Region des Donezbeckens. Die im Jahre 2014 im Anschluss an die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland einsetzenden und Stand von Januar 2019 andauernden Auseinandersetzungen zwischen von Moskau unterstützten Separatisten und ukrainischen Streitkräften stellen den jüngsten Konflikt im postsowjetischen Raum dar. Russland bestreitet jedoch sein nachgewiesenes militärisches Eingreifen in der Region und gibt sich als Vermittler in den Friedensverhandlungen aus, während Kiew den Konflikt als eine von außen provozierte Auseinandersetzung betrachtet, Moskau im vollem Umfang dafür verantwortlich macht und dessen Willen zu einer nachhaltigen Lösung in Frage stellt. Diese prinzipiellen Auffassungsunterschiede ließen (mit Stand von Januar 2019) die meisten Vermittlungsversuche auf internationaler Ebene scheitern und sorgten dafür, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen weiterhin viele Todesopfer fordern.

Transnistrien (1990–)

Der Konflikt um Transnistrien spielt sich entlang der östlichen Grenze der Republik Moldau ab und betrifft die östlich des Dnister liegenden und an die Ukraine angrenzenden Gebiete, die historisch betrachtet nie Teil eines rumänischen oder moldauischen Staates waren. Bereits in Sowjetzeiten lebte in der im Gegensatz zum Rest des Landes stark industriell geprägten Region eine multiethnische, de facto russischsprachige Funktionselite, die nicht erst durch die Souveränitätserklärung Moldaus im Jahre 1990 in Konflikt mit der vorwiegend rumänischsprachigen moldauischen Emanzipationsbewegung geriet. Nach dem Zerfall der Sowjetunion entbrannte diese Auseinandersetzung in einem kurzen und blutigen Krieg, wobei Russland darin eine Doppelrolle spielte, indem es einerseits die linksufrige, russischsprachige Bevölkerung militärisch unterstützte und andererseits als Garant des 1992 geschlossenen Waffenstillstandes auftrat. Dieser zementierte mit Stand von Januar 2019 die aus der militärischen Auseinandersetzung hervorgegangene

Gebietsaufteilung ein, ließ jedoch die Frage des Status von Transnistrien offen, die immer noch den Hauptstreitpunkt zwischen den Konfliktparteien darstellt.

Szenario 2: Ein diktatorisches oder autoritäres Regime verletzt internationale Normen

Zweiter Golfkrieg (1990–1991)

Im 2. Golfkrieg, 1990–1991, handelte es sich um die gewaltsame Eroberung Kuwaits durch den Irak und dessen Annexion am 28. August 1990. Ab dem 16. Januar 1991 begann eine US-geführte Koalition, legitimiert durch die UN-Resolution 778, Kampfhandlungen aus der Luft und auf dem Boden zur Befreiung Kuwaits durchzuführen. Im Februar 1991 wurde Kuwait City befreit und wenige Tage später annullierte der Irak die Annexion Kuwaits. Am 12. April 1991 endete der Krieg offiziell durch einen Waffenstillstand zwischen dem Irak und den Koalitionsstreitkräften.

Irak-Invasion (2003)

Die Irak-Invasion (auch Dritter Golfkrieg genannt) war eine völkerrechtswidrige Militärinvasion der USA, Großbritanniens und weiterer Staaten innerhalb einer „Koalition der Willigen“ in den Irak. Die Intervention wurde als notwendiger Präventivkrieg begründet, um einen angeblich bevorstehenden Angriff durch Massenvernichtungswaffen auf die USA zu verhindern. Am 20. März 2003 begann die Bombardierung Bagdads – ohne UN-Mandat des UN-Sicherheitsrates – und führte letztlich zur Eroberung der Hauptstadt und zum Sturz des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein. Am 1. Mai 2003 erklärte US-Präsident George W. Bush den Krieg für siegreich beendet.

NATO-Luftoperation Kosovo (24.3. –10.6.1999)

Die NATO-Luftoperation „Allied Force“ war gegen – hauptsächlich – militärische Ziele in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien, inklusive Kosovo, und Montenegro) gerichtet. Von Seiten der NATO wurde die – völkerrechtlich nicht unumstrittene Operation – mit schweren Menschenrechtsverletzungen begründet, die serbische/jugoslawische Sicherheitskräfte im Auftrag des damaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević

gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo begangen hatten. Die Operation führte zum Rückzug der serbischen/jugoslawischen Sicherheitskräfte aus dem Kosovo und zur Errichtung eines UN-Protectorats in diesem Gebiet.

Szenario 3: Aktivitäten von terroristischen Vereinigungen

Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien und Irak (2003–)

Der sogenannte Islamische Staat ist eine seit 2003 aktive terroristische Organisation, die nach der militärischen Eroberung eines zusammenhängenden Gebietes im Nordwesten des Irak und im Osten Syriens am 29. Juni 2014 die Gründung eines Kalifates mit Kalif Abu Bakr al-Baghdadi als Oberhaupt ausrief. Der IS beansprucht die politische, militärische und religiöse Autorität über alle Muslime weltweit und bedroht, durch seine expansiven Ambitionen, nicht nur die Staatlichkeit im Irak, in Irakisch-Kurdistan sowie in Syrien, sondern auch in zahlreichen weiteren Staaten in der Region. Im August 2014 fanden die ersten amerikanischen und iranischen Luftschläge auf IS-Stellungen im Irak statt. Im September 2014 bildete sich eine internationale, US-geführte Allianz gegen den IS, die aus über 60 Staaten besteht, wobei nur 16 Staaten sich aktiv militärisch beteiligen. Der IS hat seit 2014 große Teile seines „Staatsgebiets“ wieder verloren, eine endgültige Zerschlagung des IS sowie das Ende der Anti-IS-Kampagne ist erst mittel-fristig denkbar.

Kenias Engagement in Somalia (AU-Mission AMISOM; 2010–)

Als die somalische Terrorgruppe Al-Shabab ab 2010 begann, Touristen von Booten und Inseln in Kenia zu entführen sowie Anschläge am Festland durchzuführen, begann Kenia, sich vermehrt in Somalia militärisch zu engagieren. Kenia stellte kurz darauf ein Kontingent der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) und erhöhte sein Engagement, da nicht nur ökonomische Interessen im Tourismus, sondern auch Interessen der Erdölindustrie im Landesinneren (mögliche Pipeline) betroffen waren.

Tschad gegen Boko Haram (2010–)

Die vorwiegend in Nigeria und teilweise in Kamerun aktive Terrorgruppe Boko Haram begann, sich auch in Richtung Tschad auszubreiten und verübte mehrere Anschläge und Überfälle. Als Konsequenz daraus forcierte die

tschadische Regierung ihren Kampf gegen die Gruppe nicht nur im Tschad, sondern kämpft im Verbund mit den Nachbarstaaten im Rahmen der Multinational Joint Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram. Die Zielsetzung der Terrorgruppe basiert im Wesentlichen auf einer islamistischen Ideologie, wirtschaftliche Elemente dürfen jedoch nicht übersehen werden.

Szenario 4: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch ein diktatorisches Regime

Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban (1996–2001)

Das diktatorische Taliban-Regime unterstützte nach der weitgehenden Machtübernahme in Afghanistan 1996 die Terrororganisation Al-Qaida unter der Führung von Osama bin Laden und verletzte dadurch internationale Normen. Es wurden Ausbildungslager für Al-Qaida errichtet und Rückzugsräume für Terroristen im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan geduldet, wodurch eine Gefahr für die internationale Sicherheit entstand. Trotz internationalem Druck lieferten die Taliban bin Laden nicht aus. In der Folge wurde das Taliban-Regime im Herbst 2001 durch die US-geführte Operation Enduring Freedom und die Nordallianz (Zweckbündnis afghanischer Milizen) gestürzt und das politische System verändert, indem eine westlich orientierte Übergangsregierung eingesetzt wurde.

Szenario 5: Gewaltsamer Konflikt zwischen Bevölkerungsgruppen in einem Staat

Syrien (2011–)

Der Konflikt in Syrien begann 2011 als ein Bürgerkrieg zwischen den Streitkräften Syriens unter dem Kommando von Präsident Baschar al-Assad sowie bewaffneten Gruppierungen der Opposition. Auslöser des Konflikts waren friedliche Proteste gegen das autoritäre Regime Assads im Zuge des „Arabischen Frühlings“. In weiterer Folge wurde der Konflikt durch Waffen, finanzielle Mittel sowie ausländische Söldner und Kämpfer weiter befeuert. Das Land zerfiel in Gebiete, die entweder von der Regierung Assads, Oppositionsgruppen, Kurden oder von islamistischen Kräften beherrscht wurden. Die direkte Beteiligung zahlreicher Staaten machte aus dem Kampf innerhalb Syriens einen regionalen Stellvertreterkrieg zwischen dem schiitischen Iran

und seinen Verbündeten sowie dem sunnitischen Saudi-Arabien mit seinen Verbündeten Türkei und Katar. Durch die Beteiligung Russlands und der USA entstand zudem ein überregionaler Konflikt zwischen den beiden Mächten mit geostrategischen Implikationen. Die ursprüngliche Motivation der Opposition, die Demokratisierung Syriens herbeizuführen, rückte in den Hintergrund. Die Involvierung zahlreicher ausländischer Mächte erschwert die Beendigung des Krieges, da von außen weiterhin Geld, Munition, Waffen und Kämpfer an lokale Konfliktakteure fließen.

Südsudan (2011–)

Im Südsudan haben sich nach der Unabhängigkeit vom Sudan im Jahr 2011 die inneren Konflikte verstärkt. Während die Perzeption der Konflikte vorwiegend entlang ethnischer Trennlinien liegt, spielen ökonomische Fragen, wie die Umverteilung der Einnahmen aus der Erdölforderung, eine große Rolle. Allerdings werden alte Rivalitäten zwischen den verschiedenen Völkern gezielt eingesetzt, um politische Ziele zu erreichen.

Somalia (UN-Missionen UNOSOM I, UNITAF, UNOSOM II; 1991–1995)

Nach dem Sturz von Siad Barre im Jahr 1991 kämpften unterschiedliche Somali-Clans gegeneinander um die Macht. Eine UN-Mission unterstützte das World Food Programme und wurde in den somalischen Bürgerkrieg hineingezogen (Black Hawk Down), konnte aber nicht zu einer Stabilisierung beitragen.

Libyen (2011–)

Seit dem Sturz Gaddafis im Jahr 2011 befindet sich Libyen auf einem steinigem Weg in Richtung Stabilität. Nach der Machtübergabe des Nationalen Übergangsrates an den 2012 gewählten Allgemeinen Nationalkongress (GNC), welcher ebenfalls nur als Übergangsorgan fungierte, gelang es diesem nicht, den demokratischen Prozess vor Ablauf seines Mandates abzuschließen. Schließlich wurde er vom 2014 gewählten Repräsentantenhaus (HOR), welches bis heute besteht, abgelöst. Die Machtübergabe war von einer Eskalation der Gewalt im ganzen Land geprägt und anhaltende Kämpfe zwangen das Repräsentantenhaus, seinen Sitz nach Tobruk, in den Osten des

Landes, zu verlegen. Das über UNSMIL, die Unterstützungsmission der UNO in Libyen, ausverhandelte Libyan Political Agreement führte zur Einsetzung einer Einheitsregierung mit Sitz in Tripolis. Diese wurde bis heute weder vom Repräsentantenhaus anerkannt, noch besitzt sie Macht und Autorität am Boden. Das Abkommen wird weiterhin von weiten Teilen beider Machtblöcke – angeführt vom selbsternannten General Khalifa Haftar einerseits und dem Chef des Presidential Councils Fayiz al-Sarradsch andererseits – abgelehnt. Externe Unterstützerstaaten, wie Ägypten, die Vereinigte Arabische Emirate, Russland, Frankreich, Italien, Türkei, Katar, Sudan und weitere erschweren letztlich die Streitbeilegung und die Bildung eines von allen Parteien anerkannten politischen Systems. Bewaffnete Gruppen im ganzen Land nützen die chaotischen Verhältnisse zum Zwecke ihrer eigenen Bereicherung aus und höhlen dabei die wenigen demokratischen Überreste weiter aus.

Szenario 6: Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien mit Staatszerfall

Sudan (UN-Mission UNMISS; 1956–2011)

Nach der Unabhängigkeit des Sudan vom Vereinigten Königreich im Jahr 1956 folgte ein Krieg zwischen Sudan und Südsudan, der mit Unterbrechungen bis in das 21. Jahrhundert dauerte. Am Ende stand die Unabhängigkeit des Südsudan im Jahr 2011. Die UN unterstützten die Trennung mit einer Mission (UNMISS) im Südsudan.

Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (1991–1992)

Mit der Einführung eines Mehrparteiensystems in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (1990/91) verstärkten sich nationalistische Gegensätze innerhalb dieses Staates. Der Machtanspruch des damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević stand in einem Widerspruch zu den nationalen Emanzipationswünschen des Großteils der übrigen jugoslawischen Teilrepubliken. Als Folge davon entwickelte sich dieser politische Gegensatz zu einem militärischen Konflikt, aus dem 1992 Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Slowenien als neue, international anerkannte, Staaten hervorgingen. Ungeachtet dieser neuen völkerrechtlichen Realität und verschiedener Maßnahmen im Rahmen des internationalen

Konfliktmanagements dauerten militärische Auseinandersetzungen in Kroatien sowie in Bosnien und Herzegowina bis 1995 an. Erst das Friedensabkommen von Dayton/Paris (Dezember 1995) beendete dauerhaft die Kampfhandlungen zwischen den südslawischen Völkern.

Somalia (1991)

Nach dem Sturz von Siad Barre im Jahr 1991 folgte in Somalia ein Zerfallsprozess. Die international nicht anerkannte Republik Somaliland spaltete sich ab, die südlichen Teile Somalias verfielen in einen Bürgerkrieg. Der Abspaltung Somalilands konnte nichts entgegengesetzt werden.

Irak (2014–)

Die US-Invasion im Jahr 2003, die Etablierung einer schiitisch dominierten Regierung unter Maliki, die gezielte Marginalisierung von Sunniten und der Abzug US-amerikanischer Truppen im Jahr 2011 begünstigten die ethno-konfessionellen Spannungen und befeuerten zusätzlich den raschen Aufstieg der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Jahr 2014. Über viele Jahre regierte der staatenübergreifende IS über weite Teile des Irak und forcierte die de-facto-Dreiteilung des Landes, bestehend aus einem schiitisch dominierten Zentrum und Süden des Landes, der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak und einem sunnitisch dominierten Westen, der vom IS regiert wird. Mit Hilfe der US-geführten Anti-IS-Koalition, kurdischen Peschmerga, pro-iranischen schiitischen Milizen und der regulären Sicherheitskräfte gelang im Dezember 2017 die vollständige Rückeroberung der vom IS kontrollierten Gebiete. Die ersten Parlamentswahlen seit dem Sieg über den IS und dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum der irakischen Kurden im September 2017 sollten nach vielen Jahren Konfessionalismus, IS-Gewalt und Korruption den Weg für einen stabilen Irak ebnen. Der Irak befindet sich jedoch seit der Verkündung des Wahlergebnisses in einer chaotischen Phase. Der gewählte Premierminister Abdel Abdul-Mahdi ist mit weitreichenden politischen Streitigkeiten konfrontiert, die sich aus Rivalitäten innerhalb der schiitischen, sunnitischen und kurdischen sowie pro-iranischen und pro-westlichen Gruppierungen ergeben.

Die Protestwellen, die aufgrund von fehlender Infrastruktur, Korruption und Arbeitslosigkeit im Süden des Landes begonnen haben, könnten sich

auf die sunnitisch arabischen Provinzen, die aufgrund des langsamen Wiederaufbaus in Folge des IS-Kriegs verärgert sind, ausbreiten. Hinzu kommt die Bedrohung von verbliebenen IS-Zellen, die regelmäßig Terroranschläge verüben und auf ihr Comeback warten.

Szenario 7: Gewaltsamer Konflikt zwischen Parteien in einem Nachbarstaat mit Spill-Over-Gefahr

Mazedonien (UN-Mission UNPREDEP; 1995–1999)

Wegen der zunehmenden Verschlechterung des Kosovokonflikts ab Mitte der 1990er-Jahre wurde 1995 entlang der Grenze zwischen Mazedonien (heute Nordmazedonien) und Kosovo, der damals Teil der Bundesrepublik Jugoslawien war, die United Nations Protection Force (UNPREDEP) stationiert. Dadurch sollte ein Überschwappen des Kosovokonflikts auf die albanisch-besiedelten Gebiete in Mazedonien verhindert werden. Die Beendigung der Mission im Februar 1999 – wegen eines diplomatischen Konflikts zwischen Mazedonien und China – führte zur Verschlechterung der Sicherheitslage in Mazedonien.

Ruanda/Uganda (UN-Mission UNOMUR; 1993–1994)

UNOMUR war eine Beobachtermission von Juni 1993 bis 1994 mit dem Ziel, die Grenze zwischen Uganda und Ruanda zu überwachen und sicherzustellen, dass keine Waffen geschmuggelt werden. Der Genozid in Ruanda machte es unmöglich, dass UNOMUR sein Mandat voll implementieren konnte.

Sudan/Südsudan (UN-Mission UNISFA; 2011–)

UNISFA wurde von den UN im Grenzgebiet zwischen Sudan und Südsudan eingesetzt, um ein neuerliches Ausbrechen des Konfliktes zwischen den beiden Staaten um das umstrittene Gebiet zu verhindern. Gleichzeitig soll verhindert werden, dass lokale Gruppen einander bekämpfen.

Staaten im Einflussgebiet der Boko Haram (Tschad, Zentralafrikanische Republik; 2010–)

Die ursprünglich in Nigeria beheimatete Terrorgruppe Boko Haram erweiterte ca. ab 2010 ihr Operationsgebiet auf die Nachbarstaaten, um auch dort das politische Ziel eines Kalifats umzusetzen. Hinter der islamistischen Rhetorik stehen aber auch wirtschaftliche Interessen (Kontrolle des Handels, etc.).

Szenario 8: Postkriegssituation

Der Westbalkan seit Ende des Bosnienkrieges (November 1995) und des Kosovo-Krieges (Juni 1999)

Nach dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege versuchen internationale Akteure in Bosnien und Herzegowina sowie in Kosovo, den politischen, rechtlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozess im Sinne einer Friedenskonsolidierung und demokratischen Entwicklung substantiell zu unterstützen. Das Spektrum der diesbezüglichen Interventionen reicht von der Präsenz internationaler Friedenstruppen über protektoratsähnliche Eingriffsrechte für internationale Organisationen oder internationale Repräsentanten bis hin zu unterstützenden Maßnahmen, die ein „Local Ownership“ ermöglichen sollen.

Osttimor (UN-Missionen UNAMET, UNTAET, UNMIT; 1999–2012)

Im Zuge der portugiesischen Entkolonialisierung geriet der östliche Teil der Insel Timor 1975 in Bürgerkriegswirren zwischen den rivalisierenden Parteien UDT und FRETILIN und wurde schließlich unter internationaler Verurteilung von Indonesien annektiert. Nach 24 Jahren indonesischer Besatzung, mit bis zu 183.000 Opfern, kam es im Zuge eines 1999 abgehaltenen Unabhängigkeitsreferendums erneut zu Gewalt durch die indonesische Besatzungsmacht, woraufhin die Vereinten Nationen die multinationale Schutztruppe INTERFET initiierten und eine „Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Osttimor“ (UNTAET) errichteten, die bis zur vollständigen Unabhängigkeit Osttimors 2002 eine Interimsregierung bereitstellte. Nach mehreren Unruhen in den Folgejahren kam es 2006 zu einem Aufstand mit 37 Toten und 155.000 Flüchtlingen, der zur Entsendung einer

„International Stabilization Force“ (ISF) unter australischer Führung sowie der UN-Mission UNMIT führte, die beide 2012 beendet werden konnten.

Szenario 9: Gewaltsamer Minderheiten-Konflikt

Kosovo (1998)

Das Scheitern der Strategie des friedlichen Widerstandes der Kosovo-Albaner (1990–1996) gegen die Beseitigung der Kosovo-Autonomie durch das serbische Parlament (1989/1990) und die serbische Polizeirepression in Kosovo in der Ära von Slobodan Milošević führten ab 1997 zum bewaffneten Aufstand durch die „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UÇK). Im Jahr 1998 erstreckte sich dieser Aufstand auf den gesamten Kosovo. Parallel dazu verstärkte sich das Engagement internationaler Akteure. Es zielte darauf ab, eine Eskalation des bewaffneten Konflikts zwischen serbischen Kräften und der UÇK zu verhindern und eine politische Lösung zu erreichen.

Ostukraine (2014–)

Der Konflikt in der Ostukraine spielt sich entlang einer die ukrainischen Oblaste Luhansk und Donezk durchziehenden Frontlinie ab und betrifft die historisch eng mit Russland verbundene und ethnisch mehrheitlich russisch geprägte Region des Donezbeckens. Die im Jahre 2014 im Anschluss an die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland einsetzenden und bis heute andauernden Auseinandersetzungen zwischen von Moskau unterstützten Separatisten und ukrainischen Streitkräften stellen den jüngsten Konflikt im postsowjetischen Raum dar. Die politischen und militärischen Führer der selbstausgerufenen Volksrepubliken Donezk und Lugansk kämpfen offiziell für einen politischen Sonderstatus der von ihnen kontrollierten Gebiete, während Kiew diesen Aktivitäten mit seinen Streitkräften in einer sogenannten „Anti-Terror-Operation“ begegnet. Trotz anhaltender Vermittlungsversuche auf internationaler Ebene geht der separatistische Konflikt weiter und fordert weiterhin viele Todesopfer.

No-Fly-Zone Irak (1991–2003)

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Golfkriegs wurden von 1991 bis 2003 zwei No-Fly-Zonen im Irak durch die USA, Großbritannien und

Frankreich eingerichtet, mit dem Ziel, Kurden im Nordirak (1991 Operation Provide Comfort und seit 1997 Operation Northern Watch) sowie Schiiten im Südirak (seit 1992 Operation Southern Watch) vor Menschenrechtsverletzungen durch das Saddam-Regime zu beschützen. Die Überwachung des Luftraumes ermöglichte zudem humanitäre Hilfslieferungen für die Bevölkerung. Die No-Fly-Zones wurden am 1. Mai 2003 mit Beginn der US-Invasion im Irak für beendet erklärt.

Szenario 10: Gewaltsamer Konflikt zwischen zwei oder mehreren Staaten

Indisch-Pakistanischer Konflikt (1947–)

Im Konflikt der Atommächte Indien und Pakistan geht es seit der Unabhängigkeit Pakistans im August 1947 um machtpolitische Interessen, territoriale Ansprüche der beiden Staaten, Ressourcen, die vorherrschende Ideologie sowie um den bürgerkriegsähnlichen Freiheitskampf der muslimischen Bevölkerung im Kontext der Kaschmir-Frage. Nach bewaffneten Auseinandersetzungen einigen sich die beiden Konfliktparteien durch internationale Vermittlungen im Karachi Agreement 1949 auf eine Demarkationslinie (Line of Control), welche die Einflussbereiche in der umstrittenen Region festlegt. Gleichzeitig erhalten die UN das Mandat für eine Militärbeobachter-Gruppe zur Überwachung des Waffenstillstandes (UNCIP bzw. seit 1951 UNMOGIP). Nach insgesamt drei Indisch-Pakistanischen Kriegen und der Kargil-Krise 1999 ist der Konflikt in eine Phase niedriger Intensität übergegangen, wobei eine Lösung jedoch nicht in Sicht ist.

Äthiopien/Eritrea (UN-Mission UNMEE; 1998–2008)

Eritrea und Äthiopien haben von 1998 bis 2000 einen zwischenstaatlichen Krieg ausgetragen. Eine UN-Mission (UNMEE) im Grenzgebiet sollte bis zu einem endgültigen Friedensabkommen dafür sorgen, dass die beiden Konfliktparteien getrennt bleiben.

Israelisch-Arabische Kriege (1948–2006)

1. Palästinakrieg (1948)

Nach der israelischen Staatsgründung im Mai 1948 mündete der bereits bestehende zwischenstaatliche Konflikt zwischen jüdischen und arabischen Milizen in einen regulären Krieg. Die arabische Allianz, bestehend aus Ägypten, Libanon, Syrien, Irak und Jordanien, erklärte Israel umgehend den Krieg, da sie den UN-Teilungsplan für Palästina und damit das Existenzrecht Israels nicht akzeptierte. Der Krieg endete mit dem Waffenstillstandsabkommen von 1949, das den Palästinakrieg beendete und die De-facto-Grenzen des Staates Israels (wie sie bis zum Sechstagekrieg von 1967 bestanden) festlegte.

2. Suezkrieg/ Sinai-Krieg (1956–1957)

Der Suezkrieg begann mit dem Angriff auf Ägypten durch Truppen Israels, Englands und Frankreichs zur Besetzung der Sinai-Halbinsel. Auslöser war die von Ägyptens Präsident Nasser erfolgte Verstaatlichung der mehrheitlich britisch-französischen Suezkanal-Gesellschaft. Nasser versuchte, dadurch das formal souveräne Ägypten aus dem britischen Einfluss zu befreien. Israel bezweckte mit dem Angriff, sich eine Pufferzone zu schaffen und vor andauernden Grenzgefechten mit Palästinensern zu schützen. Auf diplomatischem Weg wurden 1957 die drei Staaten letztlich auf Initiative der USA und der Sowjetunion zum Rückzug ihrer Truppen aus Ägypten gezwungen. Eine UN-Friedenstruppe wurde entlang der israelisch-ägyptischen Grenze stationiert.

3. Sechstagekrieg (1967)

Der Krieg begann am 5. Juni als Präventivschlag der israelischen Luftstreitkräfte gegen ägyptische Luftwaffenbasen und sollte einem befürchteten Angriff der arabischen Staaten zuvorkommen, nachdem ägyptische Truppen an der Grenze zu Israel aufmarschiert waren. Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Algerien waren durch Truppen- und Waffenlieferungen ebenfalls auf arabischer Seite involviert. Aus dem Sechs-Tage-Krieg resultierte die israelische Besetzung des Gazastreifens, der Sinai-Halbinsel, der Golanhöhen, des

Westjordanlands und Ostjerusalems. Der Ausgang des Krieges beeinflusst die Geopolitik bis heute.

4. *Jom-Kippur-Krieg (Oktober 1973)*

Angriff von Ägypten, Syrien und weiteren arabischen Staaten gegen Israel am jüdischen Feiertag Jom Kippur mit dem Ziel, Gebiete zurückzuerobern, welche Israel 1967 besetzt hatte. Die arabische Welt, die sich durch die vollständige Niederlage der ägyptisch-syrisch-jordanischen Allianz im Sechstagekrieg zutiefst gedemütigt gefühlt hatte, konnte aus den anfänglichen Erfolgen des Krieges psychologische Vorteile ziehen. Am 24. Oktober 1973 trat ein UN-Waffenstillstand in Kraft. Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag, der fünfeinhalb Jahre nach dem Krieg folgte, normalisierte die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel – zum ersten Mal erkannte ein arabischer Staat Israel an.

5. *Libanonkrieg (1982)*

Der Libanonkrieg war eine militärische Auseinandersetzung zwischen der israelischen Armee und verbündeten Milizen sowie Kämpfern der PLO und syrischen Truppen. Der israelische Einmarsch markierte den ersten Angriff, den Israel begann, ohne dass seine Existenz unmittelbar bedroht war. Israel begründet seine Intervention mit regelmäßigen Attacken terroristischer Gruppen, die vom Südlibanon aus operierten. Israel besetzte den südlichen Libanon mit seiner Armee zunächst bis in den Februar 1985 und richtete daraufhin dort ein Gebiet ein, das es fortan als „Sicherheitszone“ bezeichnete. Der Libanonkrieg fand vor dem Hintergrund des libanesischen Bürgerkriegs statt, Israels Eingreifen trug wesentlich zur Eskalation bei. Erst am 25. Mai 2000 zogen sich die Israelis vollständig aus dem Libanon zurück.

6. *Libanonkrieg (2006)*

Im Jahr 2006 begann der Libanonkrieg als militärische Reaktion Israels auf die Entführung zweier israelischer Soldaten durch die Hisbollah. Der Konflikt weitete sich schrittweise aus, wobei das primäre Ziel Israels die Schwächung der Hisbollah war. Dieser Krieg endete mit einem Waffenstillstand, der durch die UN vermittelt wurde.

Szenario 11: Humanitäre Katastrophe mit sicherheitspolitischen Folgen

Erdbeben in Haiti (2010)

Der karibische Inselstaat wurde in den Jahrzehnten vor dem Erdbeben bereits zunehmend durch politische Machtkämpfe, Misswirtschaft und bürgerkriegsähnliche Zustände, die zur Entsendung zahlreicher UN-mandatierte Missionen (UNMIH, UNSMIL, UNTMIH, MIPONUH, MINUSTAH; seit Oktober 2017 MINUJUSTH) führten, geschwächt. 316.000 Menschen kamen bei dem Erdbeben, das als verheerendstes des 21. Jahrhunderts gilt, ums Leben und 1,85 Mio. Menschen wurden obdachlos. Der geschwächte Staat war nicht mehr fähig zur Selbsthilfe bzw. zur Aufrechterhaltung der Ordnung, was zu Gewalt und Plünderungen führte. Die humanitäre Lage eskalierte durch den völligen Zusammenbruch der Infrastruktur und der medizinischen Versorgung, woraufhin die laufende UN-Mission MINUSTAH um 3500 Personen aufgestockt wurde. 2016 gestanden die UN, dass die infolge der Krise ausgebrochene Choleraepidemie von Erregern ausgegangen war, die durch nepalesische Blauhelmsoldaten eingeschleppt worden waren.

Dürrekatastrophe in Mali (2011) /Aktivitäten der „Nationalen Bewegung zur Befreiung des Azawad“ (MLNA; 2011–2013)

Eine Dürrekatastrophe in Nordmali im Jahre 2011 führte dazu, dass sich in weiterer Folge Rebellengruppen bildeten, die für die Unabhängigkeit eintraten. In Verbindung mit islamistischen Gruppierungen destabilisierten sie Mali und führten letztendlich 2012 zum Eingreifen Frankreichs und einiger afrikanischer Staaten, hauptsächlich des Tschad.

Szenario 12: Aktivitäten von organisierten kriminellen Gruppen

Somalia (2000–2011)

Piraten bedrohten von 2000 bis ca. 2011 Hilfslieferungen für Somalia sowie die internationale Schifffahrt. Mehrere Staaten und Organisationen, darunter die EU, starteten Operationen in der Region, um die Sicherheit für die Schifffahrt wiederherzustellen.

EU Naval Force Mediterranean (2015–)

2015 stieg die Zahl illegaler Migranten aus den südlichen und südostwärtigen Nachbarregionen Richtung Europa stark an. 90% davon wanderten mit Hilfe von Schleppern. Aus diesem Grund startete die EU die Militäroperation EU Naval Force Mediterranean (EUNAVFORD MED), später in Sophia umbenannt, im südlichen zentralen Mittelmeer. Der Auftrag lautet, die Schlepperaktivitäten im Mittelmeer zu unterbinden, die libysche Küstenwache und Marine auszubilden sowie die Umsetzung des UN-Waffenembargos auf hoher See vor der Küste Libyens zu überwachen.

NATO Einsatz im Ägäischen Meer (2015–)

2015 stieg die Zahl illegaler Migranten aus den südlichen und südostwärtigen Nachbarregionen Richtung Europa stark an. 90% davon wanderten mit Hilfe von Schleppern. Aus diesem Grund startete die NATO 2016 eine Marinemission mit der NATO Standing Maritime Group 2 in der Ägäis zwischen dem türkischen und dem griechischen Festland. Der Auftrag lautet, Informationen über Schlepper zu sammeln und diese an Griechenland, die Türkei und die EU-Grenzschutzagentur Frontex weiterzugeben, damit diese die Schlepper aufgreifen können.

Annex: Indizes und Konzepte

Corruption Perception Index (CPI)

Seit 1995 erstellt *Transparency International* jährlich den *Corruption Perception Index*. Dieser misst die Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor durch Geschäftsleute und Länderexperten. Diese Einschätzungen basieren auf dreizehn Studien von zwölf renommierten Institutionen, darunter die *Economist Intelligence Unit*, die *Weltbank* und das *Weltwirtschaftsforum*, und reihen die Staaten (CPI 2016: 176 Staaten) in eine Skala von 0 (sehr hohe Korruption) bis 100 (keine Korruption) ein. Zumindest drei der angesprochenen Quellen müssen über Daten bezüglich der Korruptionswahrnehmung verfügen, damit ein Land in das Ranking aufgenommen wird. Der aktuelle Bericht und weitere Informationen zur Methodologie siehe unter <<https://www.transparency.org/research/cpi/overview>>.

Democracy Index

Die Zeitschrift *The Economist* veröffentlicht seit 2006 jährlich den Democracy Index, der den Grad der Demokratisierung von 167 Staaten (Stand: 2016) misst und in ein Ranking einordnet. Anhand von 60 Indikatoren auf Basis von Quellen wird für die untersuchten Staaten ein Wert von 0 bis 10 berechnet und die Staaten auf dieser Basis in die Kategorien „Vollständige Demokratie“, „Unvollständige Demokratie“, „Hybridregime“ oder „Autoritäres Regime“ eingeordnet.

Global Hunger Index

Der **Welthunger-Index** (Abkürzung **WHI**) ist ein jährlich im Oktober erscheinender Bericht, der die Entwicklung des Hungers auf globaler, regionaler und nationaler Ebene darstellt. Im engeren Sinne ist der Welthunger-Index ein Zahlenwert, der auf vier Indikatoren beruht:

- dem Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung,
- dem Anteil von Kindern unter fünf Jahren, die an Auszehrung leiden (ein Zeichen für akute Unterernährung),

- dem Anteil von Kindern unter fünf Jahren, die an Wachstumsverzögerung leiden (ein Zeichen für chronische Unterernährung) und
- dem Anteil von Kindern, die sterben, bevor sie fünf Jahre alt sind.

Das mathematische Konzept wurde vom International Food Policy Research Institute (Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik – kurz IFPRI) entwickelt. Zusätzlich zu Erläuterungen zum globalen WHI-Wert sowie zur Ausprägung des Hungers auf regionaler und nationaler Ebene enthält jeder Bericht thematische Schwerpunkte über Ursachen und Wirkungen des Welthungers, woraus Vorschläge für eine Verbesserung der Situation abgeleitet werden sollen.

Verfasst und veröffentlicht wird der jeweilige Bericht seit 2006 gemeinsam vom IFPRI in Washington D.C., der Welthungerhilfe in Bonn und seit 2007 auch mit Concern Worldwide in Dublin.

Der aktuelle Bericht und weitere Informationen zur Methodologie siehe unter <<http://www.ifpri.org/topic/global-hunger-index>>.

Global Peace Index (GPI)

Als Herausgeber des seit 2007 jährlich erscheinenden *Global Peace Index* (GPI) zeichnet das *Institute for Economics and Peace* (IEP) verantwortlich. Mithilfe des Index lassen sich die untersuchten Staaten (GPI 2018: 163 Staaten) in eine Rangfolge einordnen, die deren Friedfertigkeit im Verhältnis zu anderen Staaten darstellt. Anhand von 23 Indikatoren, die sich in die drei Kategorien „Grad an Sicherheit innerhalb einer Gesellschaft“, „Ausmaß inländischer und ausländischer Konflikte“ und „Grad an Militarisierung“ einordnen lassen, misst der Index die Verwicklung des jeweiligen Staates in Konflikte. Die Indikatoren werden unter Heranziehung zahlreicher renommierter Quellen, u. a. der *Economist Intelligence Unit*, des *International Institutes for Strategic Studies*, des *United Nations Survey of Criminal Trends and Operations of Criminal Justice Systems* oder des *Stockholm International Peace Research Institute*, ausgewertet. Der aktuelle Bericht und weitere Informationen zur Methodologie siehe unter <<http://economicsandpeace.org/>>.

Global Terrorism Index (GTI)

Das *Institute for Economics and Peace* (IEP) veröffentlicht seit 2012, basierend auf Daten der *Global Terrorism Database* des *National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism* (START) (University of Maryland), den *Global Terrorism Index*. Der Index reiht Nationen (GTI 2018: 163 Staaten) nach dem Ausmaß an terroristischer Aktivität, von dem sie betroffen sind. Der GTI-Rang eines Landes setzt sich aus der Berechnung von vier unterschiedlich gewichteten Faktoren in einem bestimmten Jahr zusammen: die Anzahl terroristischer Vorfälle, die Anzahl der Todesopfer durch Terrorismus, die Anzahl der Verletzungen durch Terrorismus sowie das geschätzte Ausmaß an Eigentumsschäden durch terroristische Akte. Der aktuelle Bericht und weitere Informationen zur Methodologie siehe unter <<http://economicsandpeace.org/>>.

Human Development Index (HDI)

Der *Human Development Index* wird seit 1990 jährlich im *Human Development Report* des *United Nations Development Programme* (UNDP) veröffentlicht und umfasst Daten für 189 Staaten (Stand: 2018). Mit dem HDI wurde erstmals der Fokus für die Messung der Entwicklung eines Landes auf die menschliche Dimension gelegt und nicht mehr, wie bis dahin, hauptsächlich auf das Wirtschaftswachstum. Dennoch berücksichtigt der HDI nur einen Teilbereich der menschlichen Entwicklung und schließt etwa Ungleichheit, Armut oder menschliche Sicherheit nicht mit ein. Der HDI setzt sich aus der Berechnung dreier Indizes zusammen: dem Lebenserwartungsindex (Lebenserwartung bei Geburt), dem Bildungsindex (durchschnittliche Schulbesuchsdauer und der voraussichtlichen Schulbesuchsdauer in Jahren) und dem Lebensstandard (Bruttonationaleinkommen pro Kopf) (Stand: 2010). Der aktuelle Bericht und weitere Informationen zur Methodologie siehe unter <<http://hdr.undp.org/en>>.

Konzepte:

Basic-Needs-Approach

1976 veranstaltete die *International Labour Organization* (ILO) die *World Employment Conference* und postulierte die fünf *Basic Needs* „Food“, „Clothing“,

„Housing“, „Education“ und „Public Transport“, an welchen in Entwicklungsländern ein Bedarf ausgemacht wurde und auf welche sich die Entwicklungshilfe konzentrieren sollte. Der *Basic-Needs-Approach* stellt einen der Hauptansätze dar, um sich der Messbarkeit von Armut anzunähern, für die es bisher keine international eindeutigen Richtlinien gibt. Der *Basic-Needs-Approach* ist auf das Einkommen fokussiert, das nötig ist, um den Bedarf eines Individuums an bestimmten Grundbedürfnissen zu decken und stellt somit überwiegend einen konsumorientierten Ansatz dar. Die Armutsgrenze liegt bei der Einkommenshöhe, die für die Deckung der *Basic Needs* notwendig ist.

Die Palette an *Basic Needs* ist jedoch sehr breit und reicht vom Zugang zu Nahrung bis zum Internetzugang. Daher wird die Liste an *Basic Needs* von unterschiedlichen Organisationen auch unterschiedlich weit geführt. Die Themen Nahrung, Kleidung und Unterkunft finden sich jedoch in weitestgehend allen Listen wieder. Des Weiteren werden auch sanitäre Versorgung, Bildung und Gesundheitsfürsorge immer wieder als *Basic Needs* angeführt. Weitere Informationen zur Entwicklung des *Basic-Needs-Approach* und seiner Prämissen sowie zur Messbarkeit von Armut siehe unter <http://staging.ilo.org/public/libdoc/ilo/1977/77B09_355_engl.pdf>, <http://www.un.org/en/development/desa/policy/wess/wess_bg_papers/bp_wess2010_emmerij.pdf> und <<http://www.unesco.org/new/en/social-and-human-sciences/themes/international-migration/glossary/poverty/>>.

Model of Short-Term Energy Security (MOSES)

Die *International Energy Agency* (IEA) entwickelte das „MOSES-Konzept“, um die Energiesicherheit eines Staates, die von verschiedensten geographischen, ökonomischen und politischen Faktoren abhängig ist, bewerten zu können. Die Energiesicherheit wird anhand des Risikos von Energieversorgungsunterbrechungen und der Resilienz des Energiesystems quantifiziert, wobei diese in innerstaatliche sowie externe Faktoren aufgeschlüsselt werden. Es werden dafür Daten von der IEA selbst sowie der Weltbank, OECD, IAEA bzw. von jeweiligen spezifischen nationalen Quellen herangezogen. Ziel ist dabei kein Ranking von Staaten, sondern eine Einteilung der IEA-Mitgliedsstaaten nach *energy security profiles*, wodurch Staaten, die mit ähnlichen Herausforderungen in diesem Bereich zu kämpfen haben, gruppiert werden, um eine Kooperation dieser Staaten zu stimulieren und damit lösungsorientiert

zu sein. Die IEA analysiert jedoch nur die Lage ihrer 28 Mitgliedsstaaten, die alle der OECD angehören. Weitere Informationen zum MOSES-Ansatz und seiner Methodologie siehe <<https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/Moses.pdf>> und <[https://www.iea.org/publications/freepublications/publication /moses_paper.pdf](https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/moses_paper.pdf)>.

Abkürzungsverzeichnis

AAK	Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës, <i>dt. Allianz für die Zukunft des Kosovo</i>
ACTORD	Activation Order
ACTWARN	Activation Warning
AMISOM	African Union Mission in Somalia
AOL	Area of Limitation
AOS	Area of Separation
ARCENT	Army Central Command
ATO	Anti-Terror-Operation
AUSBATT	Austrian Battalion (der United Nations Disengagement Observer Force)
AWACS	Airborne Warning and Control System
BiH	Bosna i Hercegovina, <i>dt. Bosnien und Herzegowina</i>
BMEIA	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BuH	Bosnien und Herzegowina
CAF	Conflict Analysis Framework
CAOC	Combined Air Operations Center
CENTCOM	United States Central Command
CFLCC	Combined Forces Land Component Command

CIA	Central Intelligence Agency
CIDP	Canadian International Development Platform
CIVPOL	UN Civilian Police
CJFLCC	Combined Joint Forces Land Component Command
CJTF-OIR	Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve
COA	Combined Joint Operations Aria
CPR	Conflict Prevention and Reconstruction Unit
CWC	Chemical Weapons Convention, <i>dt. Chemiewaffenkonvention</i>
DAESH	Arabisches Akronym für ISIL (Islamic State of Iraq and Levant; <i>dt. Islamischer Staat</i>)
DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, <i>dt. Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte</i>
DDR	Disarmament, Demobilization and Reintegration; <i>dt. Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration</i>
DNR	ukr. Donezka narodna respublika/rus. Donezkaja narodnaja respublika, <i>dt. Donezker Volksrepublik</i>
DPKO	United Nations Department of Peacekeeping Operations, <i>dt. VN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze</i>
DPLD	Disruption of Pirate Logistic Dumps
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union

EU NAVFOR	European Union Naval Force
EUAM Iraq	European Union Advisory Mission in Support of Security Sector Reform in Iraq
EUCAP NESTOR	European Union Regional Maritime Capacity Building for the Horn of Africa and the Western Indian Ocean
EUFOR ALTHEA	European Union Force Bosnia and Herzegovina
EUFOR	European Union Force
EULEX	European Union Rule of Law Mission in Kosovo
EUTM	European Union Training Mission
FARK	Forcat e Armatosura të Republikës së Kosovë, <i>dt. Bewaffnete Kräfte der Republik Kosovo</i>
FDI	Foreign Direct Investment
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FTF	Foreign Terrorist Fighters
G8	Group of Eight (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Russland, UK, USA, EU)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GPI	Global Peace Index
GRC	Governorate Return Committees, <i>dt. Rückkehrerbeiräte für die Provinzen</i>
GRID	Global Report on Internal Displacement
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GTI	Global Terrorism Index
HDI	Human Development Index
HROAG	UN-Human Rights Office in Abkhazia, Georgia

HRP	2018 Iraq Humanitarian Response Plan
ICJ	International Court of Justice, <i>dt. Internationaler Gerichtshof</i>
ICTS	Iraqi Counter Terrorism Service
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, <i>dt. Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien</i>
IDP	Internal Displaced Persons, <i>dt. Binnenflüchtlinge</i>
IEA	International Energy Agency
IED	Improvised Explosive Device
IEP	Institute for Economics and Peace
IFK	Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Wien
IFOR	Implementation Force
IKKM	Internationales Krisen- und Konfliktmanagement
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILO	International Labor Organisation
INCAF	International Network on Conflict and Fragility
INTERPOL	International Criminal Police Organization
IOM	International Organization for Migration, <i>dt. Internationale Organisation für Migration</i>
IS	Islamischer Staat
ISAF	International Security Assistance Force
ISF	Iraqi Security Forces, <i>dt. Irakische Sicherheitskräfte</i>
ISI	Islamischer Staat im Irak

ISIL	Islamic State of Iraq and the Levant, <i>dt. Islamischer Staat im Irak und der Levante</i>
JCC	Joint Control Commission
JFLCC	Joint Forces Land Component Command
JPKF	Joint Peacekeeping Force
JTFH	Joint Task Force Haiti
KCK	Koma Civakên Kurdistan, <i>dt. Gesellschaftskonföderation Kurdistan</i>
KDP	Demokratische Partei Kurdistans
KFOR	Kosovo Force
KG	Balkan-Kontaktgruppe
KRG	Kurdistan Regional Government
KRI	Kurdistan Region Iraq, <i>dt. Region Kurdistan im Irak</i>
KSE-BVG	Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland
KSZE	Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa
KTCC	Kurdistan Training Coordination Center
LDK	Lidhja Demokratike e Kosovës, <i>dt. Demokratische Liga des Kosovo</i>
LNR	ukr. Luhanska Narodna Respublika/rus. Luganskaja narodnaja respublika, <i>dt. Luhansker Volksrepublik</i>
M&E	Monitoring and Evaluation
MINUJUSTH	United Nations Mission for Justice Support in Haiti

MINUSTAH	United Nations Stabilisation Mission in Haiti
MLNA	Mouvement national de l’Azawad, <i>dt. Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad</i>
MOSES	Model of Short-Term Energy Security
MSK	Militärstrategisches Konzept
NATO	North Atlantic Treaty Organization, <i>dt. Organisation des Nordatlantikvertrags</i>
NGO	Non-governmental organization, <i>dt. Nichtregierungsorganisation</i>
NISMA	Nisma Socialdemocrate, <i>dt. Sozialdemokratische Alternative</i>
NORDCAPS	Nordic Coordinated Arrangements for Military Peace Support
ÖBH	Österreichisches Bundesheer
OCHA	United Nations Office for the Coordination of Human Affairs, <i>dt. Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten</i>
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights, <i>dt. Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte</i>
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development, <i>dt. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</i>
OEF	Operation Enduring Freedom
OGG	Observer Group Golan

OGT	Observer Group Tiberias
OHR	Office of the High Representative
OROLSI	Office of Rule of Law and Security Institutions, <i>dt. Büro Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen</i>
ÖSS	Österreichische Sicherheitsstrategie
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PCIA	Peace and Conflict Impact Assessment
PDK	Partia Demokratike e Kosovës, <i>dt. Demokratische Partei des Kosovo</i>
PERBATT	Peruvian Battalion (der United Nations Disengagement Observer Force)
PfP	Partnership for Peace, <i>dt. Partnerschaft für den Frieden</i>
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê, <i>dt. Arbeiterpartei Kurdistans</i>
PRT	Provincial Reconstruction Team
PUK	Patriotische Union Kurdistans
PYD	Partiya Yekîtiya Demokrat, <i>dt. Partei der Demokratischen Union</i>
R2P	Responsibility to Protect, <i>dt. Schutzverantwortung</i>
RCC	Regional Cooperation Council
RECCE	Reconnaissance, <i>dt. (militärische) Aufklärung</i>
REKOM	Regional Commission Tasked with Establishing the Facts about All Victims of War Crimes and Other Serious Human Rights Violations Committed on the Territory of the Former Yugoslavia

SFOR	Stabilisation Force Bosnia and Herzegovina
SMM	Special Monitoring Mission
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPT	Specialized Police Team
SRC	Supreme Revolutionary Council
SRSG	Special Representative of the Secretary General
SSR	Sicherheitssektorreform
START	National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism
TFG	Transitional Federal Government
UÇK	Ushtria Çlirimtare e Kosovës, <i>dt. Befreiungsarmee des Kosovo</i>
ULV	Umfassende Landesverteidigung
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
UNAMET	United Nations Mission in East Timor
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force
UNDP	United Nations Development Programme, <i>dt. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen</i>
UNEF	United Nations Emergency Force
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNISFA	United Nations Interim Security Force for Abyei
UNITAF	Unified Task Force
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo

UNMISS	United Nations Mission to South Sudan
UNMIT	United Nations Integrated Mission in East Timor
UNO	United Nations Organisation, <i>dt. Vereinte Nationen</i>
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia
UNOMUR	United Nations Observer Mission Uganda-Rwanda
UNOSOM	United Nations Operation in Somalia
UNPREDEP	United Nations Preventive Deployment Force
UNPROFOR	United Nations Protection Force
UN-SR	United Nations Security Council, <i>dt. Sicherheitsrat der Vereinten Nationen</i>
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor
UNTSO	United Nations Truth Supervision Organization
USC	United Somali Congress
VN	Vereinte Nationen
WFP	World Food Programme
WHI	Welthunger-Index
WoGA	Whole of Government Approach
YPG	Yekîneyên Parastina Gel, <i>dt. Kurdische Volksverteidigungseinheiten</i>
ZOiS	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

Autoren- und Herausgeberverzeichnis

Christoph Bilban, BA MA

geboren 1991, Masterstudium der Politikwissenschaft und Bachelorstudium der Slawistik an der Universität Wien und der Moskauer Staatlichen Universität „Lomonosow“. Milizoffizier mit Verwendungen als Zugskommandant und Stabsoffizier. Junior Researcher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie (seit 2016). Forschungsarbeiten zu Konflikten im post-sowjetischen Raum mit Fokus auf den Konflikt in und um die Ukraine, zu russischer Militärtheorie, sowie zu russischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Dr. Marius Calligaris, Botschafter i. R.

Dr. Marius Calligaris war bis 2017 als assoziierter Forscher am IFK tätig. Studium der Rechtswissenschaften, Absolvierung der Diplomatischen Akademie Wien. 1968 Eintritt in das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Auslandsverwendungen in Italien, Israel, Rumänien, Spanien, Saudi-Arabien, der Türkei und im Süd-Kaukasus. Ende 2009 Übertritt in den Ruhestand.

Brigadier Dr. Walter Feichtinger

geboren 1956, absolvierte 1979 die Theresianische Militärakademie und war von 1979 bis 1998 zunächst Panzeroffizier und dann Kommandant des Panzerbataillons 10. Nach einem berufsbegleitenden Studium der Politikwissenschaft und Publizistik fungierte er von 1998 bis 2001 als stellvertretender Leiter des Instituts für Friedenssicherung an der Landesverteidigungsakademie. Daraufhin wurde er bis 2002 als sicherheitspolitischer Berater ins Bundeskanzleramt berufen und promovierte im selben Jahre zum Doktor der Philosophie. Seit Mitte 2002 ist er Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement.

Stefan Fink, BSc Econ

geboren 1994, studierte International Relations and Politics an der Cardiff University. Im Sommer 2020 wird er den Master of Advanced International Studies an der Diplomatischen Akademie Wien abschließen. Von April bis Mai 2018 war er als Gastforscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement tätig und forschte über internationale Friedenseinsätze. Seine Forschungsinteressen umfassen Stabilisierungsmissionen, US-amerikanische Außen- und Innenpolitik, sowie Migrationsthematiken.

Dr. Markus Gauster

forscht und publiziert zu innovativen Konzepten und Modellen für internationale Friedenseinsätze sowie zur Konflikttransformation in Afghanistan. Spezialthemen sind zivil-militärische Interaktion, Whole of Nation Ansätze und die Rolle von Streitkräften und nichtstaatlichen Akteuren in Stabilisierungsszenarien. Aufenthalte und Feldforschungen in Afghanistan und seinem strategischen Umfeld, u. a. als EU-Wahlbeobachter.

Hanna Grininger, MA MA

geboren 1993, Masterstudium der Romanistik und Masterstudium der Interdisziplinären Osteuropastudien an der Universität Wien und der Moskauer Staatlichen Universität „Lomonosow“. Junior Researcher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie (2017–2018). Forschungsarbeiten zur Außen- und Sicherheitspolitik Russlands, unter besonderer Berücksichtigung der Security Studies, sowie zur Krise in und um die Ukraine.

Dr. Gerald Hainzl

arbeitet seit 2004 als Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er beschäftigt sich mit Konflikten in Afrika, lokalen, regionalen und internationalen Konfliktlösungsmechanismen sowie afrikanischer Sicherheitspolitik und deren Institutionen. Dr. Hainzl hatte zahlreiche Studien- und Forschungsaufenthalte unter anderen in Tansania, Botswana, Südafrika, Äthiopien, Somaliland, Eritrea und Ghana. Er ist Mitglied in mehreren Forschungsnetzwerken, hat zahlreiche Publikationen zum Thema Afrika verfasst und hält Vorträge und Lehrveranstaltungen an tertiären Bildungseinrichtungen im In- und Ausland.

Sebastian Holler, BA MA

Sebastian Holler hat Globalgeschichte und Internationale Entwicklung an der Universität Wien studiert und ist assoziierter Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf eurasischer und polarer Geopolitik sowie auf den Insular Studies. Dazu hat er vielfältigste Expeditionen von Nordirland bis Nordkorea durchgeführt.

Dr. Predrag Jureković

ist seit 2003 Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Österreichischer Co-chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes; zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen zum Thema Konfliktverlauf und Friedensprozess in Südosteuropa.

Brigadier Mag. Harald Müller

Brigadier Mag. Harald Müller ist Forscher und Lehrer am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie und beschäftigt sich mit Streitkräften im Konfliktmanagement und dem Thema Migration.

Dr. Walter Posch

forscht über staatliche und nichtstaatliche Gewaltakteure im Nahen Osten. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei die Rechtfertigung sowie die Organisation des Gewalteinsatzes. Das beinhaltet Fragen nach der Rolle von Ideologien, politisierten Identitäten und daraus abgeleiteten Strategien ebenso wie die wissenschaftliche Analyse der Organisation und Aktivitäten nichtstaatlicher Akteure.

Mag. Jasmin Rupp, BA

war wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des MENA-Forschungsteams (Middle East and North Africa) im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Ihre Forschungsfelder sind Krisen und Konflikte im Mittleren Osten und Nordafrika, islamistische Bewegungen und militanter Extremismus mit Fokus auf die Aktivitäten von Daesh/IS sowie das internationale Krisen- und Konfliktmanagement in Syrien und Irak.

Michael Schmunk, Botschafter a.D.

war von 1983–2016 deutscher Berufsdiplomat, spezialisiert auf Konflikt-, Post-Konflikt- sowie Transformationsgesellschaften. Als Botschafter war er u. a. in Aserbaidshan und in der Slowakei sowie als Sonderbeauftragter für Afghanistan eingesetzt – im Westbalkan in Bosnien sowie im Kosovo. Er leitete die G 8-Gruppe der Politischen Direktoren 1998/99, die in Köln VN-SR-Kosovo-Res. 1244 herbeiführte. Er hat für das Auswärtige Amt in der SWP Berlin, an der Harvard-Universität sowie am GIGA in Hamburg geforscht, gelehrt und publiziert. Heute arbeitet er als selbstständiger Forscher und Politikberater.

Unter welchen Voraussetzungen wird ein internationales Eingreifen im Rahmen eines Konfliktszenarios als Erfolg oder als Misserfolg gewertet? Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement hat sich durch die Entwicklung des „Analyse-Tools zur Impact-Messung des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements in Idealtypischen Szenarien“ dieser Frage systematisch angenähert. Dabei geht es nicht nur um die Effekte im Einsatzraum, sondern auch um die Auswirkungen auf den Entsendestaat und die involvierten internationalen Organisationen. Das vom IFK entwickelte methodische Konzept wird anhand von 12 anspruchsvollen Fallstudien dargestellt und auf seine Tauglichkeit geprüft.

ISBN: 978-3-903121-69-0

